Generalleutnant a. D. Karl Hoefer

Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918-1921

Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921

Erinnerungen und Dokumente

Von

Karl Hoefer
Generalleutnant a. D.

Neuwirth
1956

Mit 5 Skizzen im Text

6092

1938

Verlag von E. S. Mittler & Sohn / Berlin

943.8
Hoeft.
Oberschl

1978
894 S
943.8 : 943

Alle Rechte
aus dem Gesetz vom 19. Juni 1901
sowie das Übersetzungsrecht sind
vorbehalten.

ZBIORY ŚLĄSKIE

Akc VI Nr 18/49/62/C

Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Buchdruckerei, Berlin SW 68
Printed in Germany

Den Opfern
für das Deutschtum Oberschlesiens
gewidmet

Vorwort.

Nach Kriegsende 1918 bis zur interalliierten Beſetzung des oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebietes Anfang 1920 war ich mit der mir unterſtellten 117. Infanterie-Diviſion, ſpäteren Kleinen Reichswehr-Brigade Nr. 32 (117. Inf.Div.), im Grenzſchutzdienſt in Oberſchleſien tätig. Im Jahre 1920 befehligte ich mehrere Reichswehrſtellen im unbeſetzten Schleſien. An der Volksabſtimmung im März 1921 nahm ich als gebürtiger Oberſchleſier teil. Von Mitte Mai des gleichen Jahres ab während des dritten Aufſtandes leitete ich den Selbſtſchutz Oberſchleſien. Somit hatte ich als Augenzeuge oder naher Beobachter Einblick in die damaligen oberſchleſiſchen Vorgänge. Über dieſe iſt viel geſchrieben und geredet worden, wobei ſich gezeigt hat, daß die Darſtellungen in weſentlichen Punkten voneinander abweichen und auch nicht frei von Irrtümern ſind. Die perſönlichen Eindrücke und Auffaſſungen ſind ſubjektiv eben verſchieden. Auch bezüglich der wichtigen Frage, ob der Selbſtſchutz Oberſchleſien ſeine Aufgabe zum Vorteil des Vaterlandes beſſer hätte löſen können, ſind die Anſichten bis in die Gegenwart geteilt. Wenn auch durch Reden und Schriften hierüber nie reſtloſe Klarheit geſchaffen werden kann, ſo haben doch die Oberſchleſier, die ſo viel gelitten, ein Anrecht darauf, über die damaligen Zuſammenhänge von damals verantwortlicher Seite Aufklärung zu erhalten. Das Bewußtſein der Pflicht, hierzu beitragen zu müſſen, iſt der alleinige Zweck des vorliegenden Buches. Beſondere Umſtände verhinderten ein früheres Erſcheinen. Die Darſtellung konnte mit Rückſicht auf den Umfang des Buches nicht die Verdienſte aller bringen, und ſie mußte ſich auch öfter auf auszugsweiſe Wiedergabe beſchränken. Doch ſind, glaube ich, die weſentlicheren Ereigniſſe und Zuſammenhänge mit genügender Ausführlichkeit behandelt worden. Den Leſern bleibt es überlaſſen, ſich ſelbſt ein Urteil über ſtrittige Fragen zu bilden.

Die Aufzeichnungen ſchildern als nüchterner Tatſachenbericht den realen Hergang der Ereigniſſe unter Berückſichtigung der politiſchen und militäriſchen Verhältniſſe ſo, wie ſie ſich mir damals dargeſtellt

hatten und geben die Eindrücke wieder, die ich empfangen, sowie meine Auffassungen, mein Denken und — soweit ich unmittelbar beteiligt war — mein Handeln. Sie zeigen nur einen Ausschnitt der Leidensgeschichte Oberschlesiens in der Nachkriegszeit. Aus ihr ist insofern ein Segen für ganz Deutschland erwachsen, als die inmitten tiefster Knechtschaft und Schande dort vollbrachten zahlreichen Beispiele edeler Volks- und Vaterlandsliebe und opferwilliger Taten den heldischen Gedanken wieder wachgerufen hatten und eine Keimzelle für die nationale Erhebung geworden sind.

Die Teilung Oberschlesiens sollte Deutschland und Polen in dauerndem Unfrieden halten. Zwölf Jahre seitdem waren auch erfüllt von leidenschaftlicher politischer Fehde der beiden Nachbarvölker bis die zielklare Friedenspolitik unseres Führers und Reichskanzlers, Adolf Hitler, und des Marschalls Pilsudski den deutsch-polnischen Beziehungen eine andere Einstellung gegeben hat. Möchte es die Einleitung einer besseren Epoche sein und es bald gelingen, die noch bestehenden Gegensätze zu beseitigen.

Coburg, Herbst 1937.

Karl Hoefer.

Inhalt.

Seite

Die Vorgeſchichte Oberſchleſiens . . . . . 1— 6

Verbundenheit O.S. mit dem Deutſchen Reich und ſeine Bewohner: 1 / Lebensbedingungen und wirtſchaftliche Entwicklung: 2 / Beginn der polniſchen Propaganda: 4 / O.S. im Weltkriege: 5

Oberſchleſien nach Kriegsende und erſter Aufſtand 1919 . . . . . 7—69

Verſtärkte polniſche Propaganda: 7 / Pläne für O.S. Zukunft: 8 / Bedrohung und militäriſcher Schutz: 10 / Arbeiter- und Soldatenräte: 12 / Die 117. Inf.Div. im Grenzſchutzdienſt: 15 / Vorgeſetzte Dienſtſtellen: 17 / Die örtlichen Truppen. Kampf um die Kommandogewalt: 18 / Freikorps: 20 / Streiks und Putſche. Otto Hörſing: 22 / Meldekopf Kattowitz: 23 / Belagerungszuſtand: 24 / Verſtärkungstruppen: 24 / Frechheiten und Ende der Soldatenräte: 25 / Verſchärfung der Lage: 29 / O.S. im Verſailler Diktat: 30 / Umwandlung in Reichswehr: 32 / Geheime polniſche Kampforganiſationen: 33 / Verbrechertum: 33 / Militäriſche Verſtärkungen: 34 / Annahme des Verſailler Diktates: 34 / Schleſiſcher Adler. Entſpannung: 35 / Verminderung des Grenzſchutzes. Umgruppierung: 36 / Der erſte Aufſtand: 38—48 / O.S. preußiſche Provinz. Abgang Hörſings: 48 / Räumung des Abſtimmungsgebietes: 49

Anlagen: 1—3 = Truppen: 49—56 / 4—5 = Aufrufe: 57 / 6 = Verkündung des Belagerungszuſtandes: 58—59 / 7—9 = Friedensbedingungen über O.S.: 60—66 / 10 = Militäriſche Stärke der Polen: 68 / 11 = Rede des Reichskanzlers: 68—69

Oberſchleſien unter Fremdherrſchaft und der zweite Aufſtand 1920 . . 69—88

Die I.K.: 69—72 / Polniſche Vorbereitungen für einen zweiten Aufſtand: 72—75 / Deutſche Gegenmaßnahmen: 75 / Zuſammenſtoß in Kattowitz: 77 / Der zweite Aufſtand: 78—80 / Apo: 81 / Bojowka polska: 82 / Deutſche Abwehrorganiſation: 83 / Spezialpolizei: 84

Anlagen: 1 = Einführungserlaß der I.K.: 85—86 / 2 = Polniſcher Befehl für die Organiſation des Aufſtandes: 86—87 / 3 = Deutſcher Hilferuf an die I.K.: 88

Die Abſtimmung über Oberſchleſien am 20. März 1921 . . . . . 88—96

Vorbereitungen für die Abſtimmung: 88 / Die Abſtimmungsvorſchrift: 89 / Der Antransport der Abſtimmler: 91 / Verlauf und Ergebnis der Abſtimmung: 91—93

Anlagen: 1—3 = Noten der deutſchen Regierung: 94—96 / 4 = Aufruf der Reichsregierung: 96

Seite

Der dritte Aufſtand 1921.

I.

1. Phaſe des dritten Aufſtandes und Anfang des S.S.O.S.: März bis 18. Mai 1921 . . . . . 97—142

Teilungsvorſchläge für O.S.: 97 / Polniſche Vorbereitungen für einen dritten Aufſtand: 98 / Beginn des dritten Aufſtandes; ſein Zweck: 101 / Gründe für ſeinen Erfolg; Stärke der Aufſtändiſchen: 104 / Verhalten der Beſatzungstruppen und der Apo: 105 / Die Kämpfe um die Garniſonſtädte: 107 / Die Gewaltherrſchaft der Inſurgenten: 108 / Soziale Gründe. Die Geiſtlichkeit: 109 / Erſter deutſcher Widerſtand: 110 / Anfang des S.S.O.S. Die militäriſche Lage: 112 / Vorſtellungen bei General Le Rond: 113 / Die Zentrale in Breslau: 113 / Gruppenabſchnitte des S.S.: 114 / Hilferuf an die Orgeſch: 114 / Zuſtrom von Freiwilligen und Freikorps: 115 / Ihre Behinderung im Reich: 115 / Ihre Charakteriſtik: 116 / Verluſt des Brückenkopfes Coſel: 116 / Kleinkämpfe überall: 117 / Unterſagung größerer Offenſiven: 118 / Dr. Wirth Reichskanzler: 118 / Der deutſche Bevollmächtigte und der Vertreter des Auswärtigen Amtes in O.S.: 118 / Verſagen der I.K.: 118 / Fair play-Rede Lloyd Georges und ihre Bewertung: 120—123 / Löſungsmöglichkeiten: 123—125

Anlagen: 1—21 = Polniſche Hetzartikel, Aufrufe, deutſche Proteſte, Notenwechſel uſw.: 125—142

II.

2. Phaſe des dritten Aufſtandes mit größeren Kampfhandlungen: 18. Mai bis 5. Juni 1921 . . . . . 142—254

Meine Berufung als Leiter des S.S.O.S.: 143 / Beſprechungen in Breslau: 144 / Über meinen Stab: 146 / Orientierung in Berlin: 146 / Direktive des Reichskanzlers: 147—149 / Orientierung in Breslau: 149 / Fahrt ins Abſtimmungsgebiet: 150—152 / Beſprechung mit General von Hülſen: 152—159 / Der Annabergangriff: 159—165 / Seine Folgen: 166 / Der Fall Löwenfeld: 167—170 / Vorſtellungen bei der I.K.: 170 / Mein Aufruf an den S.S.: 170 / Gegenangriffe der Inſurgenten: 171—173 / Mißerfolg bei Ratibor: 173—174 / Gruppe Nord: 174—175 / Auflöſung der Gruppe Mitte: 175 / Einteilung des S.S.: 175—176 / Unterwerfung Korfantys: 176—177 / Erklärung Le Ronds: 177 / Engliſche Verbindungsoffiziere: 178 / Beurteilung der S.S.-Formationen: 179—185 / Beurteilung der Lage: 185—195 / Über meinen Stab: 195—196 / Der Zwölferausſchuß: 197—198 / Mitteilung über Angriffsfreiheit: 198—199 / Neuer engliſcher Kommiſſar: 199—200 / Erwägungen über Angriffsmöglichkeiten: 200 / Kameradengerichte: 204—207 / Dolmetſcher: 207 / Die engliſchen Verſtärkungen: 207 / Unterredung mit dem engliſchen Abgeſandten Mr. Breen: 208 /

Seite

Über die Lohngelder: 209 / Erwägung eines Unternehmens: 210 / Vorſchläge des engliſchen Oberſt Wanchope und des franzöſiſchen Oberſt Caput: 211—213 / Meine Antwort an die J.K.: 214 / Erwägungen eines Angriffs über Gleiwitz: 215 / Zwölferausſchuß verhandelt mit der J.K.: 216 / Denkſchrift General von Hülſens; ihre Beurteilung durch mich: 216—219 / Rede Briands: 220—222 / Kundgebung über die Aufgaben des S.S.: 223 / Gefecht bei Kalinow: 223—224 / Beſprechungen der Lage mit General von Hülſen: 225—229 / Gefecht bei Slawentzitz—Kandrzin: 229—235 / Ultimatum der J.K.: 235—236 / Meine Antwort und das Echo: 237—241

Anlagen: 1—9 = Befehle, Aufrufe, Notenwechſel, Kameradengerichts-Verordnung uſw.: 242—254

III.

3. Phaſe des dritten Aufſtandes mit den Räumungs-Verhandlungen: 6. Juni bis 4. Juli 1921 . . . . . 254—337

Beginn der Verhandlungen mit dem engliſchen General Henneker; Art und Grundſätze ihrer Führung: 254—259 / Unterredung mit dem italieniſchen Oberſt Salvioni; Hilferuf aus Ratibor: 260—262/Zwiſchenfall mit Franzoſen bei Kalinow: 262 / Beſprechung mit dem franzöſiſchen General Gratier u. a.: 262—266 / Einteilung des S.S.: 267 -268 / Vorſchlag der J.K. zur zonenweiſen Räumung: 269—270 / Bedrohung von Ratibor: 270 / Beſprechung mit General von Hülſen über die Lage: 270—272 / Forderungen des Zwölferausſchuſſes an die J.K.: 272—273 / Kämpfe bei Ratibor und Zembowitz: 274—275 / Die J.K. wünſcht Räumung des Annaberges: 276 / Keine Gefechtsberührung mehr mit den Inſurgenten: 277 / Um die Annabergräumung: 278—285 / Abgabe von Orten an die Engländer: 283—286 / Vorſtellungen alliierter Botſchafter wegen meiner Weigerung: 287—288 / Treubruchbeſchluß: 289 / Verhandlungen über unſer künftiges Verhalten: 289—291 / Schleſiſcher Adler: 291 / Abgang Oberſt von Schwartzkoppen; Oberſt Becker: 292 / Ablehnung zonenweiſer Räumung und mein Gegenvorſchlag: 293—296 / Franzöſiſche Regierung ſchiebt Schuld auf mich; Reichstagsvertreter in O.S.: 297 / Befehl für den Abtransport: 298 / Unterzeichnung des Räumungsplanes: 299 / Schutzmaßnahmen gegen einen vierten Aufſtand: 300—301 / Ergänzung der Kameradengerichts-Verordnung: 302 / Abſchiedserlaſſe: 303 / Umgruppierung: 304 / Meine Abſchiedsanſprachen: 304 / Amneſtie: 305 / Beſuch General Hennekers bei mir: 305—306 / Vorfall in Beuthen: 306

Anlagen: 1—5 = Denkſchriften, Befehle: 307—313 / 7—10 = Hilferuf und Schriftwechſel betr. Ratibor: 313—315 / 11 und 12 = Preſſemeldungen: 315—318 / 13 und 14 = Diplomatiſche Orientierungen: 318—320 / 15 und 17 = Telegramme der Parteien uſw.: 320—324 / 16 = Franzöſiſche Note: 321—322 / 18—20 = Die

Seite

Räumung betr.: 324—326 / 21 = Gemeindewachen: 327 / 22 = Orientierung: 327—329 / 23 = Befehl zum Abtransport: 329—330 / 24 = Polens Beteiligung am Aufſtand: 330—331 / 25—29 = Den Räumungsplan betr.: 331—334 / 30 = Aufruf von mir: 334—335 / 31 = Strafverordnungen: 335—337

IV.

Ende des dritten Aufſtandes, Räumung des Abſtimmungsgebietes durch die Inſurgenten und den Selbſtſchutz: 5. bis 9. Juli 1921 . . . . 337—345

Räumung des Abſtimmungsgebietes: 337 / Der Reichskanzler in Breslau: 338—339 / Gerüchte über Putſchabſichten des S.S.; ſeine Beſchimpfungen: 339 / Seine Rechtfertigung: 340—341 / Schlußbetrachtung: 342—345

Nachklänge 1921/22 . . . . . 346—369

Die Arbeitsgemeinſchaften: 346—347 / Die Franzoſen fühlen ſich bedroht: 348—351 / Englands Stellung zur oberſchleſiſchen Frage: 351—354 / Die Teilung O.S.: 354—363

Anlagen: 1—4 = Notenwechſel: 363—368 / 5 = Scheidegruß: 368—369 / 6 = Aufruf: 369

Namenverzeichnis . . . . . 370—376

Verzeichnis der Skizzen:

Seite

1. Die ſlawenumbrandete ſchleſiſche Halbinſel 11
2. Das Abſtimmungsgebiet Oberſchleſien 67
3. Die Kämpfe um den Annaberg 160
4. Die Kämpfe bei Slawentzitz—Kandrzin 230
5. Die neuen Grenzen Oberſchleſiens 355

Abkürzungen.

O.S. = Oberſchleſien.
S.S. = Selbſtſchutz.
S.S.O.S. = Selbſtſchutz Oberſchleſien.
O.L. = Oberleitung des Selbſtſchutzes.
I.K. = Interalliierte Regierungskommiſſion.
Apo = Abſtimmungspolizei.
ſ. S. = ſiehe Seite.
ſ. Anl. = ſiehe Anlage.

Den einzelnen Abſchnitten ſind die zugehörigen Anlagen angefügt.

Vorgeſchichte.

Viele Jahrhunderte ſtellte Oberſchleſien im weſentlichen eine geographiſche Einheit dar; die Grenze wurde nach Oſten von der Waſſerſcheide zwiſchen Oder und Weichſel, nach Weſten durch das böhmiſche Gebirge gebildet. Der Oberſtrom teilte es in eine öſtliche und eine kleinere weſtliche Hälfte. Vor der Völkerwanderung im 4. Jahrhundert nach Chriſti iſt es von Germanen (Lygiern oder Vandalen) bewohnt geweſen. Als ihr größter Teil nach Weſten gezogen, war es lange menſchenarmes Land, in dem ſich allmählich immer mehr Slawen feſtſetzten. 999 wurde es gewaltſam dem polniſchen Reiche eingefügt, gehörte ihm aber nur bis 1163 an. Von da ab beſtand nur ein loſer Zuſammenhang mit Polen. Im 13. Jahrhundert ſetzte deutſche Wiederbeſiedlung ein, die für die Geſchichte Oberſchleſiens von größter Bedeutung wurde. Die deutſchen Koloniſten gaben Oberſchleſien die kulturelle und wirtſchaftliche Weſtorientierung, die im Trentſchiner Vertrage 1335, alſo etwa 100 Jahre ſpäter, ihre politiſche Beſtätigung fand; denn durch dieſen Vertrag verzichtete Polen für ewige Zeiten auf alle ſchleſiſchen Lande, und ſo wurde Oberſchleſien auf friedlichem Wege dem deutſchen Reiche einverleibt. Wohl hat ſeitdem die Herrſchaft der regierenden Häuſer über Oberſchleſien gewechſelt — Böhmen, Ungarn und ſeit 1526 die Habsburger — aber immer gehörte es zum deutſchen Staatenverbande. Friedrich der Große brachte es in der Mitte des 18. Jahrhunderts durch die Schleſiſchen Kriege zu Preußen, nachdem ihm ſeine berechtigten Erbanſprüche von den Habsburgern verweigert worden waren. Seitdem war das Land ein unbeſtrittener Beſtandteil Preußens, eine Tatſache, mit der ſich auch Öſterreich vollkommen abgefunden hatte. Über 600 Jahre hat alſo Oberſchleſien im Verbande des deutſchen Reiches gelebt, mit dem es geographiſch, geſchichtlich, kulturell und wirtſchaftlich auf das engſte verbunden iſt und zu dem es alle Zeit treu gehalten hat in guten und in böſen Zeiten.

Wie eine Halbinſel ragt Oberſchleſien in ſlawiſches Gebiet (Polen und Tſchechen) hinein. Seine Bewohner ſind ein germaniſch-ſlawiſches Miſchvolk, ihre Sprache iſt deutſch und waſſerpolniſch (ein Gemiſch von

polniſch und deutſch), erſtere vorherrſchend in den Städten, letztere beſonders in den öſtlichen und ſüdlichen Teilen des platten Landes. Mit Polen beſtand keinerlei volkliche Verbindung. Auch die waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſier fühlten und handelten deutſch, waren ſtolz darauf, deutſch zu ſein und lehnten eine Gemeinſchaft mit den Kongreßpolen und Galiziern ab. Nie im Laufe dieſer jahrhundertelangen Entwicklung — auch nicht in den Zeiten tiefſter deutſcher Ohnmacht, wie nach dem dreißigjährigen Kriege oder zur Napoleoniſchen Zeit — iſt je der Gedanke aufgetaucht, Oberſchleſien vom deutſchen Reich oder von Preußen zu trennen und zu Polen zu ſchlagen. Wäre in Oberſchleſien nationalpolniſche Geſinnung vorhanden geweſen, dann hätte die nationale Begeiſterung, die bei den polniſchen Aufſtänden 1830, 1846, 1848 und 1863 überall da, wo Polen waren, herrſchte, doch auch auf das benachbarte Oberſchleſien übergreifen müſſen, aber dort blieb alles ruhig. Allen polniſchen Beſtrebungen ſtanden die Oberſchleſier teilnahmlos oder geradezu feindſelig gegenüber. Sechshundert Jahre gemeinſamen Erlebens haben Deutſchland und Oberſchleſien zu einer engen Schickſalsgemeinſchaft zuſammengefügt. Das Fehlen der einheitlichen Sprache als Bindemittel war ein erheblicher Nachteil, und eine nicht immer kluge und öfter wechſelnde Kulturpolitik ließ dieſes Land zu keiner wahren Einheit kommen. Die Sprache allein aber bezeichnete in Oberſchleſien nicht auch die Kulturzugehörigkeit oder gar die politiſche Willenskundgebung. In den Schulen wurde deutſch unterrichtet, aber die Polniſchſprachigen wurden nicht gehindert, ſich ihrer Sprache zu bedienen, die auch von den Deutſchen in der Regel gelernt wurde. Infolgedeſſen trat eine ſtarke Vermiſchung beider Elemente ein. Beide fühlten ſich als Preußen und legten Wert darauf, keinen Unterſchied zwiſchen einander zu kennen. In völkiſchem Grenzland haben die Oberſchleſier allmählich eine eigene Prägung erhalten. In ihrer Art findet ſich das Gegenſätzliche von Deutſchen und Slawen vereint. Etwa 88% der Bevölkerung des Landes ſind katholiſch und namentlich die waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſier zeichnet ein ergreifender Ernſt des religiöſen Empfindens aus. Preußen hat beiden kirchlichen Bekenntniſſen und beiden Nationalitäten volle Freiheit gelaſſen und ihnen Schutz und gerechte Behandlung geſichert. Einen wohlhabenden Bauernſtand gab es in Oberſchleſien nicht, da der größte Teil des Landes Großgrundbeſitzern gehörte.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein waren die Lebensbedingungen auf dem wenig fruchtbaren, von großen Waldungen bedeckten Boden

öſtlich der Oder die denkbar kläglichſten. Daß gerade dieſer Teil wertvolle Bodenſchätze barg, war zwar ſchon vor der Jahrhundertwende bekannt, aber der oberſchleſiſche Bergbau führte lange Zeit ein kümmerliches Daſein. Erſt Friedrich der Große brachte neben vielen anderen kulturellen Schöpfungen auch in den Bergbau friſches Leben. 1788 wurde die erſte Dampfmaſchine des Kontinents bei Tarnowitz aufgeſtellt; 1796 erhielt die Gleiwitzer Hütte den erſten Koks-Hochofen des europäiſchen Feſtlandes. In den Befreiungskriegen 1813/15 war Oberſchleſien Preußens Waffenſchmiede. Seine berg- und hüttenmänniſche Induſtrie: Steinkohle, Zink, Blei, Eiſen, Portlandzement, Kalk, Holzſtoffe, Braunkohle — nahm nun einen immer ſteigenden Aufſchwung. Dieſe machtvolle Induſtrie hat Oberſchleſien, ebenſo, wie ſeine glänzende Forſt- und Landwirtſchaft, ſeine wohlgeordneten Städte und Dörfer, ſeine ganze Kultur und ſtaatliche Ordnung einzig und allein deutſcher Intelligenz zu danken. Alles in dieſem Lande ruht auf deutſchem Fundament. Alles, was es war und hatte verdankte es deutſcher Kraft, deutſcher Wiſſenſchaft, deutſcher Technik, deutſchen Mitteln. Nichts, aber auch rein gar nichts hatte es von Polen erhalten.

Jedem, der den preußiſchen Oſten und ſeinen öſtlichen Nachbarn kannte, drängte ſich der ungeheure Unterſchied in der geiſtigen Höhe ſeiner Bewohner und dem Kulturzuſtand des Landes zu unſeren Gunſten auf; es zeigte, daß der Beweisgrund unſerer Feinde, wir hätten unſere polniſch ſprechende Bevölkerung vernachläſſigt und unterdrückt, eine durch die Tatſachen klar widerlegte Unwahrheit war.

Dem polniſchen Volke jenſeits der ehemaligen Grenzen ſoll mit der vorſtehenden Feſtſtellung der Minderwertigkeit aber keinesfalls etwa ein Vorwurf gemacht werden. Das Kongreßpolen der Vorkriegszeit war von ſeinen Machthabern, den Ruſſen, abſichtlich im Zuſtand der Unkultur und Verwahrloſung gehalten worden, da im Kriegsfall das Land links der Weichſel eindringenden Feinden zunächſt preisgegeben und dieſen das Vorrücken in ihm nach Möglichkeit erſchwert werden ſollte. Auch der öſterreichiſche Staat hatte Galizien ſchlecht behandelt und ſehr wenig für ſeinen kulturellen und wirtſchaftlichen Fortſchritt getan. Seit der Befreiung Polens von dieſen Fremdherrſchaften hat es unter der zielbewußten und kraftvollen Führung des Marſchalls Pilſudſki einen erſtaunlich großen Aufſchwung genommen, und man möchte dieſes Land und dieſe Leute in ihrer Metamorphoſe jetzt kaum noch wiedererkennen.

Infolge des raſchen wirtſchaftlichen Aufſchwunges im vorigen Jahrhundert reichte die einheimiſche Bevölkerung Oberſchleſiens nicht mehr aus, es erfolgte ein ſtarker Zuſtrom aus dem Reich. Die gebildeten Schichten waren zumeiſt evangeliſche Deutſche, die große Maſſe aber bildeten katholiſche Polen aus Galizien und Kongreßpolen des Arbeiterſtandes, die anſpruchsloſer waren als deutſche Arbeiter. Mit der Zunahme der großpolniſchen Elemente entwickelte ſich immer mehr eine großpolniſche Propaganda in Oberſchleſien, welche das bisher ſo friedliche Einvernehmen ſeiner Bewohner immer empfindlicher ſtörte. Es iſt ebenſo bedauerlich wie beſchämend feſtſtellen zu müſſen, daß die preußiſchen Verwaltungsbehörden in Oberſchleſien ebenſo wie die Zentralſtellen in Berlin und auch die Leiter der großen Induſtrieunternehmungen und Bergwerke trotz mancher Warnungen vor dem Kriege die Gefahren nationalpolniſcher Einwanderung und der polniſchen Propaganda nicht erkannt hatten. Aber auch als dieſe Erkenntnis zu dämmern begann, fehlte der zielbewußte Entſchluß zu tatkräftigem Handeln. Der Nationalpole entdeckte, nachdem deutſcher Geiſt und Fleiß das Land entwickelt und reich gemacht hatten, ſeine brüderlichen Gefühle für die bisher von ihm nicht beachteten Oberſchleſier. Seit Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde die polniſch-nationaliſtiſche Agitation künſtlich nach Oberſchleſien hineingetragen, obgleich ſelbſt der durchaus polniſch geſinnte Erzbiſchof von Poſen, von Stabelewſki 1892 ausdrücklich öffentlich davor gewarnt hatte:

„Oberſchleſien, das über 700 Jahre von Polen tatſächlich und rechtlich abgetrennt iſt, in den Kreis der polniſchen Agitation zu ziehen.“

Die Geldmittel lieferte den Polen unter anderem die Marcinkovſki-Stiftung. Unauffällig wurden neben der ſtarken polniſchen Einwanderung an Arbeitern polniſche Intellektuelle: Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker uſw. zumeiſt aus Poſen nach Oberſchleſien gezogen und unter dem Deckmantel geſelliger und kultureller Beſtrebungen wurden Vereine gegründet, in denen das Gefühl der Sehnſucht zur Vereinigung mit der Mutter Polen erweckt und geſchürt wurde. Sie identifizierten die Begriffe polniſch und katholiſch, ſowie deutſch und evangeliſch und redeten dem ſtreng gläubigen, naiven Volke ein, daß nur ein Pole ein wahrer katholiſcher Chriſt ſein könne. Die Begehrlichkeit der Maſſen wurde dadurch angeſtachelt, daß man jedem, der die polniſche Sache unterſtützte, eine Kuh und Landzuwachs verſprach. Etwa von 1908 ab wurde ebenſo wie in den ehemaligen polniſchen Landesteilen (Poſen und Weſtpreußen) auch in Oberſchleſien eine ge-

heime polniſche Militärorganiſation, beſonders in den Sokol (Turn- und Sport)-Vereinen gepflegt. Es iſt ſchon wahr, wenn ſich die Polen jetzt rühmen, daß von den vielen Staaten, die durch den Weltkrieg ihre Unabhängigkeit erlangt haben, nur Polen allein ſich vor dem Kriege darauf vorbereitet hatte, ſeine Unabhängigkeit mit den Waffen zu erringen. Innerhalb der deutſchen Grenzen zeigte man unterwürfige Loyalität, bei Wallfahrten uſw. nach großpolniſchen Orten aber tobte ſich der Deutſchenhaß ungehindert aus. Ebenſo wie die Religionsfragen nutzten die Polen den faſt permanenten ſozialen Kampf in Oberſchleſien zielbewußt für ihre Zwecke aus. Da die höheren Schichten der Bevölkerung faſt alle deutſch waren, die waſſerpolniſch ſprechenden zumeiſt zu den Minderbemittelten gehörten, wurde die Parole: deutſch-evangeliſch-reich, polniſch-katholiſch-arm aufgeſtellt und hetzeriſch ausgenutzt. Daß dieſe antideutſche Propaganda Erfolg hatte, zeigte ſich deutlich bei den Reichstagswahlen. Eine von ganz falſchen Vorausſetzungen ausgehende Sprachenſtatiſtik von 1910 hatte unglaublicherweiſe noch erheblich mehr polniſch ſprechende Oberſchleſier ergeben, als die letzten Wahlziffern. Die Bezeichnung der oberſchleſiſchen ſogenannten waſſerpolniſchen Sprache ſchlechthin als „polniſch“ in offiziellen deutſchen Büchern und ſo weiter war ein verhängnisvoller Irrtum und auch wiſſenſchaftlich gar nicht zu rechtfertigen. In den letzten Jahren der Vorkriegszeit gab es in Oberſchleſien drei große politiſche Parteien: Zentrum, Sozialdemokraten und Radikal-Polen. Eifrigſter Abgeordneter der letzteren war Wojciech Korfanty, Sohn eines armen, loyalen Bergarbeiters aus Laurahütte, ein ſkrupelloſer Fanatiker, ein ſchlauer Demagoge und ein Agitator von fortreißender Beredſamkeit, der ſelbſt von der Tribüne des Reichstages landesverräteriſche Reden zum Fenſter hinaus hielt. Die Regierung hatte, da ſie ſich ſelbſt, ebenſowenig die Vertreter der anderen Parteien, zu aktiver Gegenwehr aufzuraffen vermochte, keinen leichten Stand, war aber durch die ſtarke Autorität des Staates Herr der Lage.

Es kam der Weltkrieg. Wie im ganzen Reich erhob ſich auch in Oberſchleſien einmütig das ganze Volk. Vergeſſen war aller politiſcher, nationaler und religiöſer Hader. Oberſchleſiens Söhne zogen in den Kampf zu Deutſchlands Verteidigung, und ſie haben ſich vortrefflich geſchlagen. Ihre Heldentaten bleiben mit dem Ruhm deutſcher Tapferkeit unlösbar vereinigt, zu dem ſie nach beſten Kräften beigetragen hatten. Die Rieſenziffern an Kriegsfreiwilligen der waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſier wären nicht möglich geweſen, wenn ſich dieſe

als Mußpreußen gefühlt hätten. Die nationalpolniſchen Führer hüteten ſich, zu früh ihr wahres Geſicht zu zeigen und warteten, auf welche Seite die Würfel des Kriegsglückes fallen würden. Heimlich aber ſetzten ſie ihre Vorbereitungen für einen großpolniſchen Putſch eifrig fort. Der nachherige polniſche Nationalheld und große Staatsmann, Joſeph von Pilſudſki, ein Todfeind der Ruſſen, begründete die von ihm ſchon im Frieden vorbereitete polniſche Legion, mit der er auf ſeiten der Mittelmächte unter ſchwierigen Umſtänden tapfer focht. Das Wohlverhalten der Polen täuſchte die Mittelmächte derart, daß dieſe am 5. November 1916 den Polenſtaat wieder ins Leben riefen. Sie rechneten auf Dankbarkeit und auf militäriſche Hilfe, aber ſie verrechneten ſich ſtark. Kein Volk kann eben mit den Augen des anderen ſehen. Die ſogenannte „Vereidigungskriſe“, als die Polen ſich weigerten, auf die Mittelmächte zu ſchwören, brachte Pilſudſki auf die Feſtung Magdeburg, und zeigte endlich klar, daß die Legionäre uſw. natürlich nur Vorkämpfer für die Freiheit Polens waren. Auf die loyale Haltung der Oberſchleſier übte dies alles keinen Einfluß. Aus der Führerſchaft der großpolniſchen Bewegung in Oberſchleſien war Korfanty wegen ſeiner mit Energie gepaarten Schlauheit immer mehr vorgetreten. Er war der kommende Mann, der vorher beſtimmte Führer der oberſchleſiſchen Polen. Er verſtand es, die deutſchen Stellen ſo zu täuſchen, daß er ſogar als ihr Vertrauensmann verwendet wurde. 1921 rühmte er ſich, daß er es ſelbſt an Widerſtänden gegen die deutſche Macht während des Krieges nicht habe fehlen laſſen. Die Magenfrage war für die Oberſchleſier immer eine Frage allererſter Ordnung. Die Kriegs- und Lebensmittelnöte drückten ſtark auf die Stimmung der Arbeiterſchaft. Nationalpolniſche Agenten redeten den waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſiern ein, daß die Deutſchen ſie ausſaugten und daß ſie in dem reichen Paradies Polen alles in Hülle und Fülle haben würden. In kurzer Zeit gelang es dem Großpolentum, die im Kriege vernarbte Wunde, den Gegenſatz zwiſchen dem deutſch und waſſerpolniſch ſprechenden oberſchleſiſchen Volke neu aufzureißen.

Nach dem deutſchen Zuſammenbruch beanſpruchte Polen aus „hiſtoriſchen“ Gründen Oberſchleſien; es ſei „altes polniſches Land“. Aus vorſtehendem ergibt ſich, wie unberechtigt dieſer Anſpruch war.

Oberſchleſien nach Kriegsende und der erſte Aufſtand 1919.

Nach dem langen zermürbendem Weltkriege kam die Revolution mit ihren erſchütternden Folgen, es kam der unſelige Waffenſtillſtand und mit der deutſchen ſtaatlichen Ohnmacht begann für den deutſchen Oſten eine ſchwere Leidenszeit. Um die Jahreswende 1918/19 entglitt infolge der verantwortungsloſen Haltung der nach dem Zuſammenbruch neu eingeſetzten preußiſchen Behörden in den Provinzen und des damaligen preußiſchen Miniſteriums des Innern der größte Teil von Poſen und Weſtpreußen der deutſchen Herrſchaft und wurde von den Polen beſetzt. Oberſchleſien entging dieſem Schickſal, weil dort noch gerade rechtzeitig im November/Dezember 1918 ein militäriſcher Schutz organiſiert wurde und die Bevölkerung für eine ſofortige Überrumpelung zu deutſch geſinnt war. Um es zum Abfall reif zu machen, ſetzte bald, nachdem das deutſche Schickſal beſiegelt war, eine großzügige, ſkrupelloſe polniſche Propaganda in Oberſchleſien ein. Von Haus zu Haus, in den Schichtzügen, in den Eiſenbahnwagen uſw. wurde eifrigſt Stimmung für das neue Polenreich gemacht. Jedem Oberſchleſier wurden mindeſtens zwei Kühe, vier Morgen Land, Steuer- und Militärfreiheit in Ausſicht geſtellt. In Beuthen hatte ſich ein Unterkommiſſariat des polniſchen Volksrates aufgetan, welches die Wühlarbeit leitete. Korfanty hat ſelbſt angegeben, daß er zur Vorbereitung des Kampfes mit den Deutſchen zahlreiche Organiſatoren und die gewandteſten Agitatoren nach Oberſchleſien entſandt und mit großen Geldmitteln zum Ankauf von Waffen verſehen hätte. Sie hatten viel zündenden Stoff und daher leichtes Spiel. Preußen—Deutſchland lag geſchlagen und zertrümmert am Boden. Das deutſche Anſehen ſchwand daher in den Augen des Volkes. Schwere Friedensbedingungen mit hohen Tributen, damit hohe Steuern, teure Lebensverhältniſſe, Elend und Not waren Deutſchland ſicher und auch die Oberſchleſier hatten dies alles mit zu tragen. Die Hetzer hielten ihnen angebliches Unrecht, welches das alte Preußen ihnen zugefügt, vor Augen, ſie ſchoben den Deutſchen alle Schuld an dem Elend des Krieges zu und ſtempelten ſie zu den ſchwerſten Verbrechern der Welt. Durch eine der ſchändlichſten Maßnahmen der Weltgeſchichte, die Hungerblockade nach dem Waffenſtillſtand, ſteigerte ſich die Lebensmittelnot in Deutſchland immer mehr, während in Polen, das ſich des beſonderen Wohlwollens der Siegerſtaaten erfreute, durch freie Einfuhr Lebens-

mittel reichlich vorhanden waren. In ihm winkte ſomit ein behagliches, ſorgloſes Leben! Es kam hinzu, daß die ſehr ſtreng gläubige Bevölkerung durch die berüchtigten kirchenfeindlichen Programme des ſozialdemokratiſchen Kultusminiſters Adolf Hoffmann ſich in ihren heiligſten Gefühlen getroffen fühlte. Kein Wunder, daß Begehrlichkeit und verletzte religiöſe Gefühle der Agitation Vorſchub leiſteten und mancher waſſerpolniſch ſprechende Oberſchleſier, welcher bisher treu zu ſeinem alten Vaterlande gehalten hatte, ſeinen Vorteil darin ſah, aus dem deutſchen Chaos herauszukommen und ſein Heil von einem Anſchluß an Polen erhoffte. Der Geiſt der Auflehnung, von der Revolution geweckt und begünſtigt, ebnete ſolcher polniſchen Propaganda die Bahn.

Die deutſche Gegenpropaganda aber konnte nicht genügend durchgreifen, da ſie an chroniſchem Geldmangel litt, während die Polen ungemeſſene Mittel, die ſie von guten Freunden erhielten, aufwenden konnten. Wahrlich, Oberſchleſien war es wert, daß hier nicht geſpart wurde. Polizei und Gendarmerie waren zur Ohnmacht verurteilt und dem Hohn und Spott des Pöbels preisgegeben. Dafür trieben die zweifelhaften Elemente der Arbeiterräte als angebliche Vertreter von Recht und Geſetz ihr Unweſen im Lande. Anſtatt regulären Militärs gab es an vielen Orten Oberſchleſiens Volkswehren — allein rechts der Oder waren es 19 Bataillone — die ebenſo wie die in den früheren Garniſonen ſtehenden Erſatzformationen, vielfach ohne Offiziere von Soldatenräten regiert wurden, eine entartete Soldateska ohne militäriſchen Wert darſtellten. Nur etwa drei Formationen, von tatkräftigen Offizieren geführt, zeigten etwas beſſeren Geiſt.

In einem Lande, bei dem die Gefahr des Überganges an einen fremden Staat beſteht, iſt einheitliche Abwehr dringendes Gebot. In Oberſchleſien aber herrſchten auf deutſcher Seite die denkbar verworrenſten Zuſtände. Einflußreiche deutſch-oberſchleſiſche Führer ſetzten ſich für die Schaffung eines „Neutralen Staates Oberſchleſien“ ein, da ſie glaubten, nur durch dieſe weitgehende Autonomie Oberſchleſien ungeteilt erhalten zu können. Der Verwirklichung dieſes Planes diente die Gründung des „Bundes der Oberſchleſier“.

Zur Bekämpfung der groß-polniſchen und dieſer ſeparatiſtiſchen Loslöſungsbeſtrebungen von Preußen—Deutſchland war in Oppeln bei der Handelskammer die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberſchleſiens“ gebildet worden. Sie arbeitete zuſammen mit der Breslauer Propagandaſtelle und hat, ſoweit die beſcheidenen Geldmittel es ermöglichten, Erſprießliches geleiſtet. Die Gründung eines neutralen Ober-

ſchleſiens wurde natürlich auch von den deutſchen Regierungsſtellen bekämpft. Ebenſo lehnte die überwiegende Mehrheit des Volkes den Gedanken einer beſonderen Republik Oberſchleſien ab.

Auch die Errichtung eines deutſchen Bundesſtaates Oberſchleſien und die provinzielle Selbſtändigkeit Oberſchleſiens wurden propagiert und vermehrten die Uneinigkeit und Zerriſſenheit der Deutſchen.

Innerhalb der Entente ſpielte ſich ebenfalls ein heimlicher Kampf um Oberſchleſien ab. Die Amerikaner traten für einen „Neutralen Kohlenſtaat“ ein, der das ganze obere Weichſelgebiet umfaſſen ſollte, alſo auch Oberſchleſien. England wollte nur das oberſchleſiſche Kohlenbecken als neutralen Kohlenſtaat und Frankreich wollte die oberſchleſiſche Waffenſchmiede und die reichen Bodenſchätze dieſes Landes durch Zuteilung an Polen unter ſeinen Einfluß bringen und gleichzeitig Deutſchland nachhaltig ſchwächen — „20 Millionen Deutſche zuviel!“ Wie ein zweites Elſaß-Lothringen ſollte die Zuteilung Oberſchleſiens an Polen wirken und dieſes dauernd an Frankreich ketten.

Der Kampf innerhalb der Entente blieb den Deutſchen zumeiſt verborgen, deſto beſſer waren die polniſchen Agitatoren unterrichtet und ſtellten ſich danach ein. In Verſailles ſetzten die Polen alle Hebel in Bewegung, um Oberſchleſien mit ſeiner machtvollen Induſtrie zu erhalten. Ihre Erfolge in Poſen und Weſtpreußen ſteigerten noch ihre Anſprüche und in ebenſo geſchickter wie aufdringlicher Weiſe legten ſie den Machthabern der Welt durch allerhand Beweismittel, die z. T. wir ſelbſt ihnen törichterweiſe geliefert hatten, wie deutſche Schulatlanten und offizielle deutſche Bücher, ihr moraliſches Anrecht auf Oberſchleſien dar.

Der Vernichtungswille der Franzoſen gegen das Deutſchtum, der Größenwahn der Polen und Englands Angſt vor neuer künftiger Handelskonkurrenz ſeitens Deutſchlands wirkten zuſammen gegen uns. Wir aber leiſteten nur eine laue Gegenwehr. Vor allem mangelte uns eine zielbewußte Gegenpropaganda durch die Preſſe, beſonders im Auslande.

Die militäriſche Verantwortung für die Provinz Schleſien, alſo auch für Oberſchleſien trug das Generalkommando VI. Armeekorps in Breslau. Vorgeſetzte Behörde dieſes Generalkommandos nach der Revolution war der Zentral-Grenzſchutz-Oſt (Zegroſt), von Mitte Januar ab das Armeeoberkommando Süd. Von zwiler Seite war der „Zentralrat für die Provinz Schleſien“ ins Leben gerufen worden.

Die Gefahrenlage der ſlawenumbrandeten ſchleſiſchen Halbinſel mit einer Grenze von etwa 500 km erhellt Skizze 1. Die neu geſchaffenen Staaten Polen und Tſchechoſlowakei, zwiſchen denen Schleſien wie ein Keil liegt, umlauerten ſeine Grenzen voll Begierde nach der blühenden Induſtrie in Oberſchleſien und in dem waldenburgiſchen Gebiet, nach der Grafſchaft Glatz, ja ſelbſt nach Breslau. Ein Grund hätte ſich leicht finden laſſen.

Die Bedrohung durch dieſe äußeren Feinde war groß, nicht minder aber die durch innere Feinde; denn neben dem Nationalitätenhader und den Wirren der Revolution mit dem zerſetzenden Rätewahnſinn ſpielten ſich in Oberſchleſien auch harte ſoziale Kämpfe ab. Ein großer Streik im November 1918, der bei unſerer damaligen Machtloſigkeit üble Folgen hätte haben können, wurde zwar noch beigelegt, aber er hatte gezeigt, daß hier ſchon der Bolſchewismus drohend ſein Haupt erhob. Die Polen verſtanden es ausgezeichnet, die deutſchen radikalen Linksparteien für ihre Zwecke auszunutzen. Zur Beleuchtung, wie bedrohlich damals die Lage in Oberſchleſien war und wie kläglich unſere militäriſchen Machtmittel, ſei von vielen Vorfällen nur der eine angeführt. Mitte November 1918 erhielt das Generalkommando VI. Armeekorps in Breslau ein Telegramm, das beſagte, daß mehrere tauſend Polen im Anmarſch von Czenſtochau gegen Beuthen-Kattowitz ſeien. Die dortigen Erſatzbataillone weigerten ſich zu kämpfen und der Beuthener Arbeiter- und Soldatenrat erklärte, er habe kein Intereſſe an der Sache. Das Generalkommando entſandte jetzt mit der Bahn ein faſt ganz aus Oberſchleſiern der Breslauer Truppen zuſammengeſtelltes Bataillon, die ſich ausdrücklich zu kämpfen verpflichtet hatten, nach Beuthen. Dort aber löſte es ſich eigenmächtig auf und verſchwand von der Bildfläche. Die Polen hatten gottlob ihren Vormarſch eingeſtellt.

In Erkenntnis der großen Gefahr beorderte die Oberſte Heeresleitung zunächſt die ſchleſiſchen Diviſionen, die 11., 12. und die mir unterſtellte 117. Infanterie-Diviſion in ihre Heimatprovinz zurück. Die 117. Inf.Div. war, nachdem ſie im Rückmarſch von der Weſtfront am 28. November 1918 die Gegend um Trier erreicht hatte, von dort aus mit der Eiſenbahn in Marſch geſetzt worden. Es war nicht der geringſte Anhalt gegeben worden, welche Abſichten man noch mit der Diviſion hatte. Wenngleich die Diviſionsführung vorſorglich die Truppen vor ihrem Abtransport auf die Gefahren hinweiſen ließ, in der die ſchleſiſche Heimat durch die Bedrohung der Polen und Tſchechen ſchwebte und auf die Pflicht, dort, wenn nötig, mannhaft zu helfen, ſo ſetzte ſich doch bei

Die slawenumbrandete schlesische Halbinsel

Mitte 1919.

vielen die gewünſchte Überzeugung durch, daß die Diviſion, wie viele andere, in ihre Aufſtellungsprovinz, hier Schleſien, befördert werde, um ſofort aufgelöſt zu werden. Wäre es damals ſchon klar geweſen, daß man die Diviſion nicht auflöſen, ſondern noch recht viel von ihr verlangen wollte, dann hätte man noch viel klarer alle Maßnahmen treffen können, um der mit Sicherheit zu erwartenden Erſchütterung der Stimmung vorzubeugen. Die Fahrt gab einen kleinen Vorgeſchmack davon, wie ſehr in den wenigen Tagen ſeit der Revolution die Grundfeſten der Ordnung im Deutſchen Reich erſchüttert waren. Sie gab aber auch durch manche handfeſte Intermezzos mit den Soldatenräten auf den Haltebahnhöfen ein Bild für den in der Truppe noch herrſchenden militäriſchen Geiſt. In guter ſoldatiſcher Ordnung langte die 117. Inf.Div. in Schleſien an; die Gegend von Breslau bildete den Wendepunkt zum Schlechten. Autoriſierte Soldatenräte des Zentral-Soldatenrates der Provinz Schleſien, die von den Erſatzbataillonen und Lazarettinſaſſen gewählt waren, mit den Feldtruppen nicht das geringſte zu tun hatten, reiſten den einzelnen Transporten entgegen und klärten ſie über die neue Zeit auf. Auch Volksratsmitglieder, dieſe zumeiſt alte geſchulte Gewerkſchaftsſekretäre, beteiligten ſich an dieſer Art Begrüßung. Jeder, ſo ſagten ſie, ſei nun ſein eigener freier Herr und könne tun und laſſen, was er wolle. Vorgeſetzte gäbe es nicht mehr. Auflöſung der Diviſion ſei leider noch nicht möglich, die Kameraden würden daher gebeten, nach Oberſchleſien zu fahren und dort den Schutz der ſchleſiſchen Heimat zu übernehmen. Dieſe die Beſeitigung jeder Autorität bezweckenden Belehrungen ſeitens der neuen Machthaber und die Mißſtimmung über die Nichtentlaſſung zeitigten bald Zerſetzungserſcheinungen. Die ſchlechten Elemente gewannen die Oberhand und mit dem guten Geiſte der Diviſion war es mit einem Schlage aus. Kein Truppenteil iſt ohne ſtarke Erſchütterung über Breslau hinweggekommen. Es war ein unſinniges Verfahren, das zur Kataſtrophe führen mußte. Während ſich in der ganzen Zeit bisher nicht ein einziger Mann unberechtigt von der Truppe entfernt hatte, gehörte nunmehr zur Tagesordnung, daß hier einer, dort zwei oder drei, dort ganze Trupps ohne Urlaub ſich von der Truppe entfernten und das Wiederkommen vergaßen. Einzelne aus Breslau und Umgegend ſtammende Transporte weigerten ſich ſogar, die Weiterfahrt anzutreten, und es koſtete viel Überredungskunſt von Offizieren und auch Soldatenräten, ſie dazu zu bewegen. Auf ihre Mitwirkung hierbei waren die Soldatenräte ſehr ſtolz, vergaßen hierbei aber, daß allein durch ihre Aufwiegelung es zu den Widerſetzlichkeiten gekommen war.

In Oberſchleſien aber erwarteten die Volkswehren, dieſe Schutztruppen für das ſchwer gefährdete Heimatland, die eintreffenden Frontdiviſionen mit durchaus gemiſchten Gefühlen. Ein Telegramm des Soldatenrates von Königshütte an das Generalkommando VI. Armeekorps in Breslau gibt u. a. Aufſchluß:

„Erheben flammenden Proteſt gegen Herbeorderung von Grenzſchutztruppen. Hier herrſcht Ruhe. Sicherheitsmaßnahmen treffen nur wir. Berlin ſtändig unterrichtet.“

In der Zeit vom 28. bis 30. November 1918 traf die 117. Inf.Div. in Oberſchleſien ein und wurde zunächſt als Reſerve- und Eingreifdiviſion des Generalkommandos VI. Armeekorps in dem Raume: Ratibor—Coſel—Krappitz verſammelt und bereitgeſtellt; Stabsquartier Coſel. Die Atmoſphäre, in welche die Truppen in Oberſchleſien kamen, war äußerſt ſchlecht; alles verwirrt und verwildert. Örtliche Arbeiter- und Garniſon-Soldatenräte ſchwangen das Szepter und hatten die Maſſen in der Hand. Je größer das Geſchrei, je toller das Geſchimpfe, je wüſter das ganze Gebahren, deſto größer war der Erfolg. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Coſel war beſonders übel und ſein Führer, dank ſeiner redneriſchen Gewandtheit, ein gefährlicher Volksbetörer, gegen den auch die gemäßigteren Räte des Generalkommandos einen ſchweren Stand hatten. Wie gern hätte die Führung der Diviſion gleich hier den Hebel angeſetzt und dieſen Augiasſtall mit eiſernem Beſen gereinigt, aber dazu fehlten leider bei der weiten Verbreitung der Bewegung, der auch die Garniſontruppen völlig unterlagen und die ihren Rückhalt auch in den Volkswehrbataillonen hatte, bei dem gänzlichen Verſagen der zivilen und militäriſchen Behörden ſowie der Bürgerſchaft und bei der mit rapider Schnelligkeit um ſich greifenden Zerſetzung der eigenen Diviſionstruppen die erforderlichen Machtmittel. Dieſe politiſche Beaufſichtigung des militäriſchen Fachmannes, des Offiziers, hielt man für geboten, weil man ihm mißtraute, da ſeine Weltanſchauung anders war als die des neuen Regimes, man witterte daher Nichtbefolgung gegebener Befehle, Sabotage, Verrat uſw. Aber ein ſolches Experiment erſchüttert die Autorität und führt zum Ruin jeden Heerweſens. Erſt nachdem die Diviſion wieder kampfkräftig geworden und die Verhältniſſe in ihren Zuſammenhängen voll überſehen wurden, konnte mit Erfolg gehandelt werden. Und tatſächlich hat der Kampf um die Kommandogewalt und gegen die entarteten örtlichen Formationen, ſowie der Geſundungsprozeß der eigenen Truppen viele Wochen gedauert. Wie bei allen Revolutionen ordinärer Art hatten auch jetzt die trügeriſchen Phraſen von

Brot und Freiheit, von Gleichheit und Brüderlichkeit die Maſſen begeiſtert, hier um ſo leichter, als es ſich um ein durch lange Kriegsleiden und Entbehrungen moraliſch und phyſiſch zerrüttetes Volk handelte. Man mußte daher zunächſt verſuchen, mit den beſtehenden inneren Verhältniſſen ſich ſoweit als möglich abzufinden, um das höhere Ziel, die Abwehr der äußeren Gegner, Polen und Tſchechen, nicht auszuſchalten. Da die Truppen der Diviſion im Grenzſchutzdienſt mobil waren, hatten ſie mit den örtlichen Räten, die ſich z. T. ſpäter als ſchwer vorbeſtrafte Verbrecher entpuppten, unmittelbar nichts zu tun, abgeſehen in wirtſchaftlicher Hinſicht in den Garniſonen, da alle örtlichen Behörden vollkommen von ihnen beherrſcht wurden. Das Geſamtwohl erforderte noch Zurückhaltung der inneren Auflehnung gegen den Wahnwitz dieſes Syſtems, das ja auch nur von kurzer Dauer ſein konnte. Aber dieſe Zurückhaltung war bitter ſchwer und koſtete den Führern heiße innere Kämpfe. Es war für viele ein großes Opfer, das zu bringen war, aber es half nichts, es mußte ſein, wenn man einen Wiederaufbau nicht ausſchließen wollte. Daß eine Anzahl Offiziere es ablehnten, unter ſolchen Verhältniſſen weiter zu wirken, iſt erklärlich. Auch bei mir war der Ekel gegen den ſtinkenden Hexenkeſſel, die Verlumptheit dieſer Wirtſchaft, kaum bezwingbar. Aber als oberer Führer war ich der Truppe ein Beiſpiel ſchuldig und durfte nicht fahnenflüchtig werden, zumal es ſich hier in erſter Linie um Dienſt gegen äußere Gegner handelte.

Eine beſonders ſchwere Gefährdung der Schlagkraft der Diviſion entſtand nun alsbald dadurch, daß jeder Soldatenrat, auch der örtliche, die rechtsgültige Entlaſſung eines Soldaten aus dem Militärdienſt erwirken, zumeiſt auch direkt verfügen konnte. Wie ein Lauffeuer verbreitete ſich dieſe Möglichkeit alsbald in der Diviſion. Zwar wurde dieſe Entlaſſungsart ſofort unterbunden, aber der Drang, ſo kurz vor Weihnachten nach Hauſe zu kommen, führte nur dazu, daß die Führer immer eindringlicher von der Mannſchaft angegangen wurden, ihre Entlaſſung herbeizuführen. In geregelten Bahnen wurden daher allmählich Entlaſſungen in größerem Umfange vorgenommen und entbehrliche Formationen demobiliſiert. Die Verminderung der Stärken machte immer wieder Zuſammenlegungen von Verbänden nötig. Die ſozial gut gemeinte Beſtimmung, daß Arbeitsloſe nicht entlaſſen werden dürfen, führte dann dazu, daß viele ungeeignete Elemente behalten werden mußten; denn die meiſten dachten nicht daran, ſich nach Arbeit umzutun. Es war ein ſehr ſchmerzliches, niederdrückendes Gefühl, die noch vor kurzem ſo ſtolze Diviſion ſo zuſammenbrechen zu ſehen, ihre zahlenmäßige Stärke war

nur noch gering und auch der Geiſt des Reſtes vielfach unterwühlt. Man hätte verzweifeln müſſen, hätte man ſich nicht ſagen können, daß es nur eine vorübergehende allgemeine Pſychoſe und Suggeſtion nach einer phyſiſchen und moraliſchen Überſpannung der Menſchenkräfte ſei, daß die Eigenſchaften der Tüchtigkeit, Rechtſchaffenheit, Tapferkeit und Vaterlandstreue, die in Krieg und Frieden ſo Großes geleiſtet, wieder die Oberhand gewinnen müßten, daß unſer politiſch irregeführtes Volk aus dieſem Unglück und dieſer Schmach lernen und dann verjüngt wieder emporſteigen werde. Nach ſchwerem inneren Kampf rang ich mich zu der Überzeugung durch, daß es zweckmäßiger ſein würde, den bisherigen Rahmen der mir ſo lieben, jetzt aber ſtark zerrütteten Diviſion ganz aufzugeben und neue, friſche Gebilde an ihre Stelle zu ſetzen. Ich beantragte daher beim Generalkommando VI. Armeekorps die Auflöſung der 117. Inf.Div. und ihren Erſatz durch mit ihr zu bildende Freikorps. Dem Antrage wurde wohl deshalb nicht ſtattgegeben, weil die anderen Felddiviſionen alsdann den, wie geſchildert, zweifelhaften bisherigen Beſtand der 117. Inf.Div. aufnehmen mußten. Dieſe Diviſionen hatten daran aber ſelbſt reichlichen Überfluß. Später freilich entſtand dann aus der Poſenſchen 9. Inf.Div auf dieſe Weiſe das Freiwilligenkorps Schleſien. Anſtatt der Auflöſung wurde die Diviſion am 10. Dezember 1918 als Grenzſchutz-Diviſion vorderer Linie im ſchwierigſten Abſchnitt, dem Induſtriebezirk, eingeſetzt. Da der Soldat bei vaterländiſcher Not auch gegen ſeine Überzeugung gehorchen muß, befolgte ich den Befehl. Der Diviſion war nunmehr der Schutz Oberſchleſiens öſtlich der Oderlinie von Oderberg bis Krappitz, dann über Groß-Strehlitz bis Woiſchnik, alſo eine Grenzlinie von etwa 150 km und einem rieſigen, beſonders wertvollen Innenbezirk übertragen; Stabsquartier: Gleiwitz.

Es beſtand jetzt kein Zweifel mehr, daß die neue Tätigkeit der Diviſion eine lange, höchſt bedeutungsvolle und aller Wahrſcheinlichkeit nach eine recht ſchwierige ſein würde. Daß die Tätigkeit des Diviſionsſtabes in Gleiwitz aber über 14 Monate dauern, daß er ſich von 7 auf etwa 40 Offiziere und Beamte vergrößern ſollte und daß unter ſeinem Kommando ein großer Teil der militäriſchen Formationen des neuen Reiches in Oberſchleſien Dienſt tun würde, das konnte man damals nicht vorausſehen [1]). Der alte Stab aus dem Kriege war bös zuſammengeſchmolzen;

[1]) Überſicht der Truppen, die in der Zeit von Dezember 1918 bis Februar 1920 unter dem Befehl der 117. Inf.Div., ſpäteren Kleinen Reichswehrbrigade Nr. 32 (117. Inf.Div.) geſtanden haben, ſiehe die Anlagen 1—3.

mühſam mußte er neu gebildet, dauernd ausgebaut werden. Offiziere kamen und gingen, teils weil ſie einen neuen Beruf ergriffen, teils weil ihnen die neue Tätigkeit nicht lag. Sie alle haben Gutes in ſchwieriger, verantwortungsvoller Tätigkeit geleiſtet, kaum einer war darunter, der ſich nicht voll und ganz in den Dienſt der Sache geſtellt und perſönliches Wohlergehen zurückgeſtellt hätte. Für Anhänger des Achtſtundentages war im Diviſionsſtabe kein Platz, nicht nur der Tag, ſondern häufig zum guten Teil auch die Nacht gehörten ganz der Arbeit. Leuchtendes Beiſpiel war ihnen der erſte Generalſtabsoffizier der Diviſion, Hauptmann Gall, der trotz ſchwerer Schickſalsſchläge in ſeiner Familie von Anfang bis zum Schluß mit außerordentlicher Umſicht und zäher Energie den wichtigen Dienſt des Stabes durch alle Wirrniſſe hindurch in unermüdlicher großzügiger Weiſe geleitet hat. Er begriff die Zeit wie ſie nun einmal war.

So wie beim Diviſionsſtabe lagen auch die Verhältniſſe mit den Offizieren bei den Truppen. Oft Mangel an ihnen, trotz immer erneuter Hilferufe, Mangel, der die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues ſehr verzögerte und Mangel auch vor allem aus Gründen, die der Truppe mit Recht völlig unverſtändlich erſchienen. Faſt alle Hilferufe verklangen ungehört. Deſto höher ſteht das Verdienſt derjenigen Offiziere, die trotz langer Kriegsjahre, trotz dauernder Enttäuſchungen bei der Reorganiſation ihrer Truppen auf ihrem Poſten blieben und unter häufig geradezu unwürdigen Verhältniſſen ihren Dienſt verſahen. Unteroffiziere und Mannſchaften kamen und gingen, wem es nicht paßte, der kündigte eben. Aber auch unter ihnen bei Stab und Truppen gab es ſo manche prächtige, von alt-preußiſchem Soldatengeiſt erfüllte Männer, die den Gemeinnutz über den Eigennutz ſtellten, opferfreudig in hingebender, mühſeliger Tätigkeit dem Vaterlande in ſeinem Unglück erſt recht mit ganzem Herzen dienten. Dieſe Offiziere und dieſe Unteroffiziere und Mannſchaften waren die ruhenden Pole, die das viele Verdrießliche, welches die unerhörten Verhältniſſe ihnen brachten, um Deutſchland willen in ſoldatiſchem Pflichtgefühl einſteckten und ausharrten.

Damals nun, im Dezember 1918, waren es gar wenige beſcheidene Verbände, die den ſchwachen und kranken Stammtruppen der Diviſion für die lange zu ſperrende Grenzlinie und, wie ſich gar bald herausſtellte, für die andere wichtige Aufgabe, den Schutz des großen Innenbezirkes mit ſeinen zahlloſen wertvollen Werken, zur Verfügung ſtanden. Da dieſe Truppen bei weitem nicht ausreichten, um ihre Zwecke erfüllen zu können, wurden der Diviſion im Laufe des Jahres, je nachdem das General-

kommando oder das Reich Kräfte verfügbar hatten, und die Gefahrenlage Oberſchleſiens es erforderlich machte, weitere Formationen bald länger bald kürzer zugeteilt. Alle haben ſie ihr Beſtes hergegeben, faſt alle auch mit Toten und Verwundeten ihre Tätigkeit zum Schutze der deutſchen Oſtmark bezahlt. Gewiß war es nicht jeder Truppe gegeben, ſich ſchnell den ſchwierigen Verhältniſſen anzupaſſen; Übergriffe und Mißgriffe kamen daher vor. Aber wie gering auch in der erſten Zeit der innere Wert der Truppen war, ſo war ſie doch erfüllt von dem heiligen Willen, ſich bis zum Tode einzuſetzen für die Erhaltung Oberſchleſiens beim deutſchen Vaterlande. Dank iſt all den vortrefflichen Männern, die ſich in dieſer Notzeit für Oberſchleſien eingeſetzt hatten, kaum geworden. Raummangel zwingt auch mich zu meinem Bedauern, davon abzuſehen, ſie und ihre Einzelhandlungen hier alle aufzuführen. Das Bewußtſein treueſter Pflichterfüllung in Deutſchlands ſchwerſten Tagen wird ihnen Genugtuung ſein, und ſie werden ſich ihr ganzes Leben glücklich ſchätzen, nicht zu denen gehört zu haben, die nach Beginn der Revolution die Flinte ins Korn warfen und ſich abwartend abſeits hielten.

Es darf hier weiter vermerkt und offen ausgeſprochen werden, daß es der vorgeſetzten Dienſtſtelle der Diviſion, dem Generalkommando des VI. Armeekorps in Breslau, nach der Revolution nur ſchwer gelang, ſich gegen die Soldatenräte durchzuſetzen; denn in dem Chaos dieſer Novembertage reichte der Kommandierende General ſofort den Abſchied ein und der Chef des Generalſtabes bemühte ſich alsbald um ein Frontkommando. Infolgedeſſen war von dieſer höchſten militäriſchen Stelle Schleſiens weder etwas zu erreichen noch zu erhoffen. Erſt von Mitte Januar 1919 ab beſſerte ſich dies, als der bisherige Ia des Generalkommandos, Major Heſterberg, zuerſt ſtellvertretender und dann wirklicher Chef dieſes Korps wurde. Hiermit trat ein praktiſcher Generalſtabsoffizier an die richtige Stelle, vernünftig, gute Nerven, der ſeine Hauptaufgabe zunächſt darin ſah, das Soldatenrats-Geſindel abzuwürgen [1]), und ſo der Truppe am unmittelbarſten zu helfen. Heſterberg hatte Verſtändnis für die Nöte der Truppen und führte den Kampf hauptſächlich nach oben, nicht nach unten. Wenn ſo manche unſerer Wünſche nicht erfüllt wurden, ſo wußten wir, wie ſchwer es auch den Dienſtvorgeſetzten fiel, ſich durchzuſetzen. Bei aller Anerkennung der Bemühungen vorgeſetzter Behörden haben wir uns nie auf ſie verlaſſen. Das Leitwort,

[1]) Vgl. Heſterberg, „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten", Verlag W. G. Korn, Breslau.

unter dem die Diviſion in Oberſchleſien arbeitete, war „Selbſt iſt der Mann!“ Freilich war ſie aus eigener Kraft nicht immer imſtande, die Bedürfniſſe voll zu erfüllen; dazu wäre ſie nur bei ganz anderer Unterſtützung durch die höheren Dienſtſtellen befähigt geweſen. Es fehlte dort an rückſichtslos durchgreifenden Perſönlichkeiten und die hohen Führer ſahen die Klagen oft für übertrieben an.

Taktiſch unterſtand die 117. Inf.Div. jetzt der Gruppe Oſt in Oppeln. Linker Nachbar war die 2. Garde-Diviſion, zeitweiſe auch die 12. Inf.Div. Wert aller Truppen des alten Heeres gleich gering.

Das in dem neuen Bezirk bereits befindliche Militär wurde den ſchwachen Stammtruppen der Diviſion angegliedert und ihr für den Notfall das Verfügungsrecht über die der ſtellvertretenden 23. Inf.-Brigade, Standort Gleiwitz, unterſtellt bleibenden Erſatzformationen und über die ſelbſtherrlichen „Republikaniſchen Volkswehr-Bataillone“ erteilt. Letztere waren als Gegengewicht gegen die Feldtruppen und die Freikorps geſchaffen worden. Die Verhältniſſe waren hier in dem dicht bevölkerten Induſtriegebiet noch wirrer und wilder als weſtlich der Oder. Von den übernommenen örtlichen Truppen hatten kaum welche militäriſchen Wert. Die Erſatzbataillone und Erſatzeskadrons bildeten eine völlig entartete Soldateska, und die vorerwähnten Volkswehren, die von den Kommunen und der Induſtrie hoch entlohnt wurden, waren nicht beſſer. Die Diviſion beantragte die Auflöſung der Erſatz-Formationen beim Generalkommando, aber ohne Erfolg, da die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte im Reich zu ſtark war. Der Kampf um die Kommandogewalt [1]) hatte in den Berliner Regierungsſtellen wohl ſchon eingeſetzt, konnte aber nicht von heute auf morgen gelöſt werden. Später verfügte eine Abteilung des Generalkommandos die Auflöſung der Erſatz-Formationen, aber niemand dachte daran, dieſen Befehl auszuführen, und eine andere Abteilung deſſelben Generalkommandos beſtätigte ſie dann ausdrücklich in ihrem Beſtande. Von der Ausführung meiner Abſicht, dieſen Krebsſchaden durch energiſches und raſches Vorgehen zu beſeitigen, mußte ich abſehen; einer ſolchen Belaſtungsprobe, bei der es ſich ſicher um Aufſtand in faſt allen Städten Schleſiens und um Generalſtreik, der ganz Deutſchland ſchädigte, gehandelt hätte, waren meine eigenen Truppen noch nicht gewachſen. Mit aller Schärfe hatte ich immer

---

[1]) Vgl. Zeitſchrift „Deutſcher Offizier-Bund“, 9. Jahrgang, Nr. 12 vom 25. 4. 1930: „Der Streit um die Kommandogewalt beim Generalkommando des VI. A.-K. in Schleſien“ von Oberſtlt. a. D. E. Heſterberg.

wieder nach oben darauf hingewieſen, daß den Vorgeſetzten die Kommandogewalt wiedergegeben werden müßte, wenn die Truppen in Ordnung gebracht werden ſollten, daß die Anwerbung von Freiwilligen genehmigt und die Zuweiſung weiterer Truppen zu erfolgen hätte, wenn Oberſchleſien nicht verlorengehen ſolle; denn die polniſche und bolſchewiſtiſche Gefahr ſeien groß. In einer Sitzung im Breslauer Rathaus am 30. Dezember 1918, an der u. a. der preußiſche Miniſterpräſident Hirſch und der Volksbeauftragte Landsberg teilnahmen, wurde erklärt, daß die Reichsregierung gegen die von Oſten drohende Gefahr mit allen verfügbaren Mitteln einen ſtarken Schutz ſchaffen wolle. Schöne Worte, denen aber wenig Taten folgten! Allmählich wurden uns Verſtärkungstruppen zugeführt. Ich erließ einen Aufruf zur Anwerbung bereits entlaſſener Offiziere und Soldaten[1]). Die Grundbedingung für die Schaffung einer diſziplinierten Truppe, welche am wirkſamſten in Oberſchleſien das Vertrauen zu Deutſchland wiederherſtellen konnte, war und blieb die Beſeitigung der Rätewirtſchaft; leider ließ die Zeit, wie ſie nun einmal war, dies noch nicht zu. Der Kampf gegen dieſe ruſſiſchen Beiſpielen nachgeahmten Gebilde nahmen die militäriſchen Vorgeſetzten dauernd ſtark in Anſpruch. Die Garniſon-Soldatenräte waren eine geſetzliche Inſtitution, ſie ſtützten ſich auf die Erſatz- und die Volkswehrformationen und hatten Rückhalt bei den revolutionären Regierungsſtellen. Ende Dezember 1918 hatte das Generalkommando auf höhere Weiſung ſogar verfügt, daß die ſeit längerer Zeit beſtehenden Vertrauensmänner bei den Stammtruppen der Diviſion ebenſo wie im ganzen alten Heere laut Geſetz den Titel „Soldatenräte“ zu führen hätten. So verhaßt dieſe Bezeichnung auch war, ſo war doch Widerſtand damals ausſichtslos, und es wurde ſchon dafür geſorgt, daß ſich nur der Name änderte, nicht aber das bisherige Syſtem. Mit Ausnahmen verſahen ſie ihr Amt in erträglicher Weiſe, d. h. ſie beſchränkten ſich auf das wirtſchaftliche Gebiet, fügten ſich den Anordnungen der bewährten Führer und übten zuweilen in nutzbringender Weiſe Vermittlertätigkeit. Ein Merkblatt des Generalkommandos VI. A.-K. vom 3. 2. 1919 ſtellte ſpäter die Rechte und die Pflichten dieſer Leute dar.

Die Wiedergeſundung der zerrütteten militäriſchen Machtmittel war oberſtes Ziel. Mit Hochdruck wurde daran gearbeitet, den alten ſoldatiſchen Geiſt wieder zu heben, die Ausbildung zu vervollkommnen und den Wert der Truppen durch Sichtung, Zuſammenfaſſung und

[1]) S. Anlage 4.

Neugliederung der Verbände zu ſteigern. Beſondere Ausbildungsabteilungen arbeiteten den Truppen in die Hand. Durch die vorerwähnten notwendigen Entlaſſungen ſanken die Truppenſtärken immer wieder herab, und es war ſchwer, genügend Erſatz zu erlangen. Die taktiſche Einteilung und Verwendung der jeweils zur Verfügung ſtehenden Truppen, ihre Führer, ihre Stärken, ihre Unterkunft uſw. ſollen hier nicht näher erörtert werden, bei den vielfach wechſelnden Verhältniſſen änderten ſie ſich oft. Doch enthalten die Anlagen 1 bis 3 mehrere Truppenliſten an beſtimmten Tagen und eine Truppenüberſicht für die ganze Zeit. Im ganzen waren zwei, zeitweiſe drei Abſchnitte gebildet, die für den Schutz der Grenze und für die Ordnung im Innern zu ſorgen hatten; hinter ihnen ſtand eine Reſerve der Diviſion. Der Wert der zugeteilten Verſtärkungstruppen war meiſt nicht höher als der der Stammtruppen der Diviſion. Die ſoldatiſch beſten waren die Freikorps. Im großen Zuſammenbruch nach 1918 hatten ſich dieſe unter Duldung der Reichsregierung gebildet oder waren von ihr ſelbſt zu ihrem Schutze gebildet worden. Es waren alte und junge ungebrochene Frontſoldaten, welche trotz vieljährigen Ringens an den Fronten des großen Krieges in der verzweifelten, beinahe ausſichtsloſen Lage des Reiches freiwillig von neuem zu den Waffen gegriffen hatten, zumeiſt um für die verratene, aus tiefen Wunden blutende Heimat die äußeren Feinde an den Grenzen und die bolſchewiſtiſch-marxiſtiſchen Feinde im Inneren Deutſchlands niederzuringen. Dazu fand ſich begeiſterte, opferbereite Jugend. Sie haben viel dazu beigetragen, das Reich und ſeine Einheit vor dem Schlimmſten zu bewahren. Revolutionär in der Form, konſervativ im alten preußiſchen Soldatengeiſt hielten ſie ſich frei von dem zerſetzenden Soldatenrats-Wahnſinn. Mit ſtarker Führerautorität von oben und gern entgegengebrachter Diſziplin von unten ging es den meiſten von ihnen nicht um Ruhm, Gewinn und Dank, ſondern um ihr deutſches Volk und ihr deutſches Vaterland. Um dieſes vor dem Zerfall zu bewahren halfen ſie den ſchwächlichen Regierungen, die von ihnen mißachtet wurden, des Chaos im Innern und an den Grenzen Herr zu werden. Als dies nach manchen Opfern gelungen, der Mohr ſeine Schuldigkeit getan, ſind die Freikorps z. T. in wenig ſchöner Weiſe abgeſchüttelt worden, und manche ihrer Angehörigen hat man ſpäter verfolgt und geächtet. Allerdings ſchadeten einzelne Freikorps ihrem Ruf durch zu wildes Verhalten. Wie ſchon erwähnt, wäre es m. E. zweckmäßiger geweſen, an Stelle von marxiſtiſch verſeuchten Truppen des alten Heeres in größerem Umfange ſolche neuen, friſchen Gebilde

zu schaffen, sie aber auch fest in die Hand zu nehmen. Mehrfach kamen Weisungen von oben, auch die Freikorps zur Einführung von Soldatenräten zu veranlassen. Aber dies wäre ein törichtes Beginnen gewesen, denn der besondere Wert und Stolz der Freikorps war es ja gerade, sich von dem Soldatenratsunfug frei zu halten. Das bei ihnen herrschende Prinzip der Führung durch Persönlichkeiten gab ihnen ja vor allem die Überlegenheit über die anderen Truppen. Vertrauensleute waren auch hier vorhanden, aber Übergriffe von ihnen wären nie geduldet worden. Durch den Wunsch, eine möglichst große Truppe zu haben, verwässerten leider manche Freikorps. Ein jahrelanger Krieg erzeugt immer Landsknechtsnaturen, denen das Kriegsspielen lieber ist als produktive Arbeit. Herrscht dabei, wie dies hier der Fall, noch Arbeitslosigkeit, dann sucht natürlich auch mancher andere zur Entlassung gekommene Soldat Unterschlupf bei militärischen Verbänden. Die Güte der Freikorps hing noch mehr als bei anderen Truppen ausschlaggebend von der Person ihres Führers ab. Ein besonderes, persönliches Pflichtverhältnis verband hier alle Angehörigen mit ihrem Führer. Das bedingte freilich, daß dieser dauernd in lebendigstem Blutzusammenhange mit seinen Leuten blieb. Die letzte Bedeutung der Freikorpsführer beruhte gar nicht so sehr auf ihren handgreiflichen Leistungen, wichtiger war noch die Wirkung in der Steigerung des Selbstbewußtseins, das sie bei den Geführten auslösten. Da dies auch die Grundlage für die nationalsozialistische Bewegung bildet, sind die Freikorps Vorläufer und Wegbereiter für diese gewesen. Ein wahres Führertum ist angeboren, es läßt sich nicht erlernen. Und nur ein so begnadeter Soldat kann eine solche Gefolgschaft zusammenhalten! Auch im alten Heere etwas bedenklich beurteilte Persönlichkeiten, besonders unbequeme Untergebene, haben sich als Freikorpsführer gut bewährt. Die Freikorps hatten besonders qualitativ einen besonderen Zustrom an Freiwilligen als die Feld-Divisionen. Bei beiden entsprach die Zahl der Meldungen an Freiwilligen nicht den Erwartungen. Anfang Februar wurde daher beim Generalkommando erwogen, ob wir nicht einen Jahrgang wieder ausheben sollten. Dies geschah aber nicht.

Die Verhältnisse, unter denen die Truppen ihren Dienst an der Grenze und im Innern bei stetiger Ausbildungstätigkeit versahen, waren wahrlich nicht verlockend. Zumeist inmitten einer groß-polnisch oder spartakistisch verhetzten Bevölkerung, die jeden deutschen Soldaten mit Gift und Galle bespie, führten diese bei oft jämmerlicher Unterkunft, knapper Verpflegung und mangelhafter Bekleidung ein wenig schönes

Daſein, und die Erfüllung ihrer Aufgaben war nicht leicht. Zuſammenſtöße mit verhetzter Bevölkerung, hinterliſtige Überfälle auf Soldaten, Plänkeleien an der Grenze kamen dauernd vor. Nur einiges davon ſei hier erwähnt.

Um die Jahreswende herrſchten auf zahlreichen Gruben ausgedehnte Streiks, ſo daß die Reſerven ausſchließlich zur Bewachung der wertvollen Induſtrieanlagen gegen Sabotage verwendet werden mußten. Die Hetze der Agitatoren richtete ſich beſonders gegen den Grenzſchutz, der ihren Terror in Schranken hielt. Der Verſuch eine vom Reſerve-Jägerbataillon Nr. 11 (von Chappuis) geſtellte Wache in Königshütte am 5. Januar 1919 zu entwaffnen, zwang dieſe von der Waffe Gebrauch zu machen. Es gäb Tote und Verwundete, aber durch das entſchloſſene Auftreten des Militärs wurde nicht nur der Schutz des ihm anvertrauten Gebäudes bewirkt, ſondern es trat mancherorts auch wieder Ruhe und Ordnung und Arbeitsaufnahme ein. Hier zeigte ſich, was energiſches Handeln vermag zum Segen der Allgemeinheit. Es war wie ſtets ſofortiger Abzug des Militärs aus Königshütte gefordert worden, ſogar mit dem blöden Anſinnen der Entwaffnung, was abgelehnt wurde. Der wütende Haß der in großer Überzahl gegenüberſtehenden Spartakiſten und Polen hatte das brave Häuflein der Chappuis-Jäger nicht geſchreckt, und ſie hatten vollen Erfolg gehabt. Auch die anderen Truppen in den unruhigen Bezirken: Beuthen—Chorzow—Kattowitz hatten die Belaſtungsprobe auf ihre Zuverläſſigkeit im weſentlichen beſtanden. Vorteilhaft trat das eben erſt der Diviſion zugeteilte kleine, aber nach ſoldatiſchem Geiſt und Kampfwert vortreffliche Freiwilligen-Detachement von Aulock hervor. Auf die republikaniſchen Volkswehren aber war nicht der geringſte Verlaß.

Zu dieſer Zeit, um die Jahreswende 1918/19, war ein Feldwebel, Otto Hörſing, vor dem Kriege ſozialdemokratiſcher Gewerkſchaftsſekretär in Schleſien, vom Volksrat in Breslau als beſonders geeignete Perſönlichkeit nach Oberſchleſien geſandt worden und bekleidete ſeit Weihnachten 1918 in Kattowitz die Stelle eines Vorſitzenden des dortigen Garniſon-Soldatenrats. Bei den Unruhen in Königshütte hatte ſich Hörſing als energiſcher Mann erwieſen mit Einfluß auf die Arbeiterſchaft. Da die Truppe im Recht, hatte er ſich offen auf ihre Seite geſtellt und ihre Forderungen unterſtützt. Auch der Vorſitzende des Zentral-Soldatenrats beim Generalkommando Voigt (vorher Gewerkſchaftsſekretär und Sanitätsſoldat) und der einflußreiche Gewerkſchaftsſekretär Löffler hatten erklärt, daß es Schuld des Königshütter Mobs geweſen, wenn Blut

gefloſſen ſei. Am 6. Januar war der Belagerungszuſtand über Königshütte und Umgegend verhängt worden. Ich überlegte, wie ſolche bedauerlichen Zwiſchenfälle eingeſchränkt werden könnten. Ohne mich der Pflicht zu begeben, bei Unruhen aus eigenem Recht militäriſche Hilfe anzuordnen, wurde eine Inſtanz geſchaffen, die von Fall zu Fall beraten ſollte, ob militäriſche Hilfe angefordert werden ſoll. Die Truppen empfanden dies dankbar, da der Verhetzung gegen ſie in ſofern vorgebeugt wurde, als ſie in der Regel nur auf Aufforderung der oberſten Arbeitervertretung handelten; die Arbeiterräte der einzelnen Werke lehnten erfahrungsgemäß ſtets jede Verantwortung ab. Am 6. Januar 1919 wurde Hörſing zum Vorſitzenden dieſes in das Induſtriegebiet vorgeſchobenen Meldekopfes, auch Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat für Oberſchleſien genannt, mit Sitz in Kattowitz gewählt. Als militäriſchen Berater in dieſen Meldekopf entſandte ich zuerſt den vortrefflichen Hauptmann in einer Generalſtabſtelle, Frhr. von Bothmer, und als dieſer auf anderem Poſten benötigt wurde, den Hauptmann d. Reſ. Rangen, eine verſtändige und energiſche Perſönlichkeit, der ſich ſowohl auf dieſer Stelle, wie ſpäter bei der Säuberung der republikaniſchen Volkswehr gut bewährt hat. Die Schaffung dieſes Meldekopfes war für mich auch beſonderes Mittel zum Zweck, der verderblichen Soldatenratswirtſchaft ein Ende zu bereiten. Es war ein ſehr gewagtes Mittel, ein Austreiben des Teufels mit Hilfe des Beelzebub, aber es führte zum Erfolg. Von März 1919 ab war der Soldatenrats- und Volkswehreinfluß im Bezirk der 117. Inf.Div., der durch ſeine rieſige Induſtrie der bei weitem ſchwierigſte in Schleſien war, faſt ganz gebrochen, während andere Bezirke noch länger von dieſer Seuche geplagt wurden. Hörſing wurde Anfang März Staatskommiſſar für Oberſchleſien mit Sitz in Kattowitz; ſpäter Reichs- und Staatskommiſſar für Schleſien und Weſt-Poſen mit Sitz in Breslau. Da ihm die Deutſch-Erhaltung Oberſchleſiens als Aufgabe geſetzt war, ſuchte er ſich naturgemäß mit dem Militär gut zu ſtellen. Dies ergab eine loyale Zuſammenarbeit, wobei wir Soldaten uns aber wohl bewußt waren, was die Sozialdemokratie dem Militär, inſonderheit dem Offizierkorps angetan hatte und nach Abwendung der Polen- und anderer Gefahren wohl wieder antun werde.

Polniſche Agitatoren verſuchten unſere Soldaten zum Übertritt in das polniſche Heer zu veranlaſſen. Als einer derſelben gefaßt wurde, kam es auf mehreren Gruben an der Grenze zu Unruhen, und in Hindenburg wurde eine polniſche Proteſtverſammlung abgehalten. Bei der Gefahr von außen war ſcharfes Eingreifen nötig. Es wurde daher am

10. Januar der Belagerungszuſtand über den unruhigen Bezirk: Beuthen—Königshütte—Chorzow verhängt. Die Verordnung [1]) wurde auch von dem Zentral-Soldatenrat des oberſchleſiſchen Induſtriegebietes mit unterzeichnet, weil bei dem damals gegen das Militär herrſchenden Haß nur auf dieſe Weiſe ein ſtarker Widerſtand gegen ſie und damit neue Unruhen und Blutvergießen ausgeſchaltet werden konnten. Die Erreichung dieſes Zweckes ſtand höher als die Form. In einem Aufruf an die oberſchleſiſche Bevölkerung [2]) legte ich die Aufgaben der Grenzſchutztruppen dar und nahm gegen das unberechtigte Mißtrauen Stellung. Dankbar gedenke ich hierbei des Oberleutnants Kunze, der mich während der Grenzſchutzzeit in Oberſchleſien bei den mit dem Belagerungszuſtand zuſammenhängenden Fragen umſichtig unterſtützt hatte. Lohnſtreitigkeiten löſten ſeit Mitte Januar neue Streiks und Unruhen aus und ein Generalſtreik war angekündigt. Auf einer großen Konferenz in Kattowitz am 17. Januar, der auch der preußiſche Innenminiſter Hirſch und der Volksbeauftragte Dr. Landsberg beiwohnten, einigte man ſich auf einen Vermittlungsvorſchlag, wodurch die Ruhe einigermaßen wiederhergeſtellt wurde. Aber nur für kurze Zeit, denn ſchon am 24. Januar mußte der Belagerungszuſtand über die Kreiſe Pleß und Rybnik verhängt werden. Es trat auch deutlich in Erſcheinung, daß die Polen und die Spartakiſten gemeinſam ihre Ziele verfolgten.

Da die zugewieſenen Verſtärkungstruppen für den großen unruhigen Bezirk bei weitem nicht ausreichten und ihr Wert ſehr unterſchiedlich war, waren noch weitere Maßnahmen notwendig, um die Diviſion in den Stand zu ſetzen, der immer gefährlicher werdenden äußeren und inneren Lage Oberſchleſiens gewachſen zu ſein. Es wurde daher beſonders auf Initiative des energiſchen Vorſitzenden des berg- und hüttenmänniſchen Vereins in Kattowitz, Geheimen Bergrat Dr. Williger, das „Oberſchleſiſche Freiwilligenkorps“ gebildet, drei ſtarke Bataillone, das nur aus Angehörigen der oberſchleſiſchen Induſtrie beſtand und von den Werkverwaltungen in großzügiger Weiſe geſtützt und geſtärkt wurde. Es hat ſich gut bewährt, vor größere Kampfhandlungen war es freilich nicht geſtellt worden, da es wegen Geldmangel vor Beginn des erſten polniſchen Aufſtandes wieder aufgelöſt wurde.

Intereſſant war es mir in jener Zeit zu beobachten, wie jenſeits der Südgrenze des Diviſionsabſchnittes, in dem bisherigen Öſterreichiſch-

[1]) S. Anlage 6.
[2]) S. Anlage 5.

Schleſien, ſich ein regelrechter Krieg zwiſchen Polen und Tſchechen um das Fell des Habsburger Löwen abſpielte, bis die Entente den Streit der feindlichen Brüder ſchlichtete.

Ich vertrat die Anſicht, daß die ſeitens der örtlichen Soldatenräte unter vollſter Ausnutzung ihrer Autorität als geſetzliche Inſtanz gegen Offizierkorps und Heereseinrichtungen betriebene Propaganda bei der jetzigen Gleichheit und Freiheit für alle auch den militäriſchen Kommandoſtellen das Recht gebe, Gegenpropaganda in ähnlicher Weiſe zu betreiben. Nachdem die oberen militäriſchen Stellen Kritiken über das herrſchende Syſtem Untergebenen gegenüber als nicht ſtatthaft bezeichnet hatten, befolgte ich dieſe Weiſung.

Auf mehreren Gruben ſpielten ſich unerhörte Terrorakte ab, wobei die Beamten mißhandelt wurden. Die Volkswehr erwies ſich dabei als völlig unzuverläſſig. Es mußte ſeitens der Truppen eingeſchritten werden und trat erſt Ruhe ein, als es gelungen war, die Rädelsführer feſtzuſetzen. Es war ein niederdrückendes Gefühl, daß ſolche Zuſtände im Bereich der 117. Inf.Div. möglich waren. Alle ſonſtigen Machtmittel verſagten und die ſelbſt kranken Truppen mußten auch ihre Aufgaben verſehen. Ich beantragte, die Volkswehren dem Kommandeur der ſtellvertretenden 23. Inf.Brig., Oberſt Graf Keller, in Gleiwitz zu unterſtellen, um dieſe verlotterten Leute unter militäriſche Leitung zu bringen, was das Generalkommando genehmigte.

In der letzten Januarwoche erhielt die Diviſion Verſtärkung durch das hervorragend geführte Freikorps Haſſe. Ihm waren während der ganzen Dauer ſeines Aufenthaltes in Oberſchleſien die Kreiſe Rybnik und Pleß anvertraut. Es hat ſich, beſonders auch während des Auguſt-Aufſtandes, hervorragend bewährt.

Unter dem Belagerungszuſtand wurden zahlreiche Hetzer feſtgeſetzt oder ausgewieſen. Die Gegenwirkung blieb nicht aus. Eine Verſammlung der oberſchleſiſchen Soldatenräte zu Kattowitz (Hörſing befand ſich als Abgeordneter in Weimar) beſchloß am 6. Februar, eine fünfgliedrige Kommiſſion mit Kontrollrecht über meine Diviſion einzuſetzen und mich und Hauptmann Gall vor eine dreigliedrige Gerichtskommiſſion von Soldatenräten zu ſtellen wegen Überſchreitung unſerer Machtbefugniſſe. In einem Telegramm nach Berlin begrüßte dieſe Verſammlung eine Reſolution der oberſten Rätebehörde, welche „die Überordnung der Soldatenräte über die Kommandobehörden und die vollſtändige Durchführung des Sozialismus“ forderte. Dieſe Angelegenheit iſt auch viel in der Preſſe erörtert worden. Ich ſah ihrer Entwicklung mit Ruhe, ja

mit Freude entgegen, denn jetzt hatte ich eine weithin ſichtbare Begründung für meine ſchon mehrfach geſtellte Forderung um Beſeitigung der Soldatenratswirtſchaft. Erneut ſtellte ich beim Generalkommando den Antrag auf Auflöſung der Garniſon-Soldatenräte, auch des Zentral-Soldatenrates für Oberſchleſien, und erklärte, da meine bisherigen diesbezüglichen Eingaben nicht beantwortet worden ſeien, die Führung der Diviſion am 12. Februar mittags niederzulegen, wenn dieſem Antrage wiederum nicht ſtattgegeben werde. Mein militäriſches Pflichtgefühl und mein Gewiſſen verböten es mir, unter derartigen Verhältniſſen weiter das Kommando auszuüben. Das Generalkommando war erfreut, daß es eine Handhabe für energiſches Einſchreiten habe. Es teilte dem Breslauer Volksrat und den ſchleſiſchen Abgeordneten in Weimar mit, „entweder die Garniſon-Soldatenräte und die Volkswehren verſchwinden aus Oberſchleſien oder die 117. Inf.Div. wird aus Oberſchleſien fortgezogen“. Mir wurde erklärt, daß die Garniſon-Soldatenräte abgebaut werden ſollten und daß ihre Stützen, die republikaniſchen Volkswehren, der Diviſion unter Umorganiſation unterſtellt werden würden. Nur in den früheren Friedensgarniſonen würden noch einige Zeit Garniſon-Soldatenräte beſtehen bleiben. Hörſing, der in dieſer Zeit ſeiner Abgeordnetenpflicht in der Nationalverſammlung nachkam, erklärte „die ganze Geſellſchaft hängt mir ſchon lange zum Halſe heraus“ und ſtimmte der Auffaſſung des Generalkommandos bei. Ich wurde dringend gebeten, mit der Niederlegung der Diviſionsführung zu warten bis die Verhandlungen mit den verſchiedenen Stellen abgeſchloſſen ſeien, was ich tat. Die Garniſon-Soldatenräte gaben zu, eine Dummheit begangen zu haben und erklärten, daß es ſich nicht gegen mich unmittelbar gerichtet habe, ſondern um Übergriffe von Truppen, für die ich doch verantwortlich ſei. Eine Verſammlung der Soldatenräte der Diviſion nahm ſcharfe Stellung gegen die Kattowitzer Beſchlüſſe vom 6. Februar. Mit dem 1. März wurde der Zentral-Soldatenrat für Oberſchleſien und ſämtliche Garniſon-Soldatenräte im Bereich der 117. Inf.Div. abgebaut, nur in den ehemaligen Friedensgarniſonen blieben ſie zunächſt noch beſtehen, wurden aber durch Neuwahlen weſentlich gebeſſert. Die republikaniſche Volkswehr wurde der Diviſion zunächſt taktiſch unterſtellt, ſonſt blieb ſie vorläufig noch unter dem Kommando der ſtellv. 23. Inf.Brig. Unter Leitung des umſichtigen und energiſchen Oberſt von Verſen wurde durch Zuteilung von Offizieren der 117. Inf.Div., durch Sichtung, Ausbildung und Gliederung ihre Zuverläſſigkeit und ihr Kampfwert erhöht. Noch im März wurde ſie als ein Regimentsverband mit der Bezeichnung

„Freiwillige Volkswehr Oberſchleſien“ der Diviſion ganz eingefügt. Alles dies vollzog ſich in Ordnung ohne Zwiſchenfall. Feſtes Zufaſſen führt noch immer am eheſten zum Ziel! Der nachſtehende Bericht des Hauptmann d. Reſ. Rangen, der zum Bataillonsführer in der Volkswehr unter Beibehalt ſeiner Stellung als Verbindungsoffizier beim Staatskommiſſar beſtimmt worden war, gibt ein anſchauliches Bild von den Zuſtänden in dieſen Gebilden.

„Das Bataillon beſtand aus 4 Kompanien, von denen 3 in Kattowitz, ½ in Nicolai und die andere ½ in Myslowitz ſtanden. Die Mannſchaften ſtammten zum überwiegenden Teil aus jenen Orten und weigerten ſich grundſätzlich, ihren Standort zu verlaſſen. An eine Verlegung je nach Bedarf war alſo vorerſt nicht zu denken. Obwohl die Mannſchaften kaſerniert waren, ſchliefen ſie größtenteils zu Hauſe. Das Bataillon wurde bis dahin von einem Offizierſtellvertreter, einem ehemaligen aktiven Unteroffizier befehligt. Als ich am 21. März die Kaſerne betrat, ſtanden die Mannſchaften auf dem Kaſernenhofe und berieten in überlauter Weiſe mit dem Führer, der ſtark angetrunken war, über den Dienſt und allerhand Tagesfragen. Ich begab mich auf das Bataillonsgeſchäftszimmer, wo mehrere Unteroffiziere ſaßen. In ihrer Mitte der Soldatenrat, dieſer gab ſeine Befehle. Naturgemäß wurde ich mit ſehr mißtrauiſchen Augen empfangen, obwohl dem Bataillon meine Ankunft mitgeteilt worden war. Zunächſt war ich der einzige Offizier. Da ich es für taktiſch unrichtig hielt, ſofort den eiſernen Beſen anzuſetzen, griff ich zunächſt vorſichtig und ruhig durch. Vernünftige, aber feſte Behandlung der Leute wirkte Wunder. Als ich ſoweit Boden gewonnen hatte, begann ich geordnete und geregelte Verhältniſſe einzuführen. Meine Bitte an die Diviſion, mir ältere Offiziere zur Unterſtützung zu überweiſen, wurde dahin beſchieden, daß ſolche nicht mehr vorhanden ſeien, ich werde aber ermächtigt, ſelbſt Offiziere anzuwerben und einzuſtellen. Ich ſchrieb darauf an mir vom Felde her bekannte Herren, die mir fähig erſchienen, mich durch Verſtändnis für dieſes Chaos und für richtige Behandlung der Mannſchaften zu unterſtützen. Ich fand die richtigen Herren und ging nun mit Hochbetrieb an die Säuberungsaktion. Es iſt mir in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, durch rückſichtsloſes Entfernen ungeeigneter Elemente, die in dem Bataillon ein Aſyl für Obdachloſe gefunden zu haben glaubten, aus dem Reſt eine brauchbare Truppe zuſammenzuſtellen, die wiederholt bei ſpäteren Beſichtigungen die Anerkennung höchſter Vorgeſetzter gefunden hat.

Mit welchen Schwierigkeiten ich anfangs zu kämpfen hatte, geht

u. a. daraus hervor, daß z. B. bei einer nächtlichen Reviſion der Stuben 67% der kaſernierten Mannſchaften ohne Urlaub auswärts waren, außerdem 18 Dirnen in den Betten vorgefunden wurden. Nächtliche Reviſion der Wachen ergab, daß unzählige Male die Poſten nicht aufgezogen, ſondern nach Hauſe gegangen waren, um zu ſchlafen, und ähnliche Dinge mehr.

Der Zuſtand in der an ſich ſehr ſchönen Kaſerne ſpottete jeder Beſchreibung. Aller Unrat wurde einfach auf Hof und Straße geworfen und blieb dort monatelang liegen. Die Waſchkauen dienten z. T. als Kloſettanlagen. Tag und Nacht iſt gearbeitet worden, ſowohl an der äußeren, wie namentlich an der inneren Reinigung. Als an einem regneriſchen Morgen die wachtfreien Mannſchaften, 125 an der Zahl, zum Exerzieren antreten ſollten, wurde mir vom Soldatenrat bedeutet, daß die Segnung der Revolution u. a. auch darin beſtehe, daß Exerzieren im allgemeinen, bei Regen im beſonderen, ſtets ausfalle. Ich habe es daraufhin durchgeſetzt, trotz des Einſpruchs des Soldatenrates, daß dieſe 125 Mann ſofort am gleichen Morgen nach Abnahme der Waffen uſw. wegen Ungehorſams entlaſſen wurden. Dieſe Maßnahme wirkte! Allmählich zog Ordnung ein."

Weitere Verſtärkung erfuhr die Diviſion durch die Schaffung des „Oberſchleſiſchen Landjägerkorps" unter dem vortrefflichen Hauptmann Hartlaub.

Am 8. März brach faſt gleichzeitig im ganzen oberſchleſiſchen Induſtriegebiet der Generalſtreik wegen zumeiſt politiſcher Forderungen aus. Die hauptſächlichſten waren: Sturz der Regierung, Aufhebung des Belagerungszuſtandes, Entfernung des Grenzſchutzes. Viele Beamte wurden mißhandelt. Aus Berlin kamen zahlreiche ſpartakiſtiſche Agitatoren, doch gelang es zumeiſt, ſie rechtzeitig aus den Zügen herauszuholen und zu entfernen. Dank dem entſchloſſenen Durchgreifen der Truppen, die z. T. erheblichen Widerſtand fanden, wurden Unruhen ſchnell unterdrückt. Wie hätte es in Oberſchleſien ohne Grenzſchutz ausgeſehen!? Der Belagerungszuſtand wurde erweitert und ſeine Beſtimmungen verſchärft. Außerordentliche Kriegsgerichte wurden eingeſetzt. Ich erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, Ruhe und Beſonnenheit zu wahren. Nach kurzer Dauer wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Das polniſche Militär an der Grenze war in dieſen Unruhetagen ebenfalls ſehr aggreſſiv. Auch die 12. Inf.Div. in der Grafſchaft Glatz rechnete in dieſer Zeit mit einem Einfall der Tſchechen. Ich ſtellte Truppen zu ihrer eventuellen Unterſtützung bereit, doch kam es zu keinen Kampf-

handlungen. Der Reſt des Monats März verlief im allgemeinen ruhig.

Im Monat April verſchärfte ſich die innere Lage wieder mehr und mehr, überall gab es Teilſtreiks und Unruhen, bei Zaborze auch Tote. Ende April fanden in Gleiwitz blutige Zuſammenſtöße ſtatt. Wegen Plünderungen in der Wilhelmſtraße ſperrte das Freiwilligen-Detachement von Aulock dieſe Straße und den Ring ab. Die verhetzten Maſſen nahmen ſofort eine drohende Haltung ein, blitzſchnell wuchſen ſie ſo an, daß die Truppe in eine ſehr gefährliche Lage kam. Alle Mahnungen und Warnungen der Truppenführer waren vergeblich. Einem Freiwilligen wurde das Gewehr entriſſen und er zu Boden geſchlagen und mißhandelt. Er zieht eine Handgranate ab und wirft ſie nach rückwärts in die Menge, von der viele verwundet werden. Die Menge geht gegen die Truppe vor, und Oberleutnant von Aulock iſt gezwungen, die Waffen zu gebrauchen. Eine Maſchinengewehrſalve. Es gibt Tote und Verwundete. Trotzdem geht die Menge nochmals gegen das Militär vor. Nochmals muß dieſes die Schußwaffe gebrauchen und ſchließlich ſchafft es ſich mit der blanken Waffe Luft. Gegen die Aulocker ſetzte ſofort ein heftiger Preſſefeldzug ein, und die Maſſen bedrohten ſie derart, daß ſie ſich einzeln nicht ſehen laſſen konnten. Auf des Führers Kopf wurden 1000 Mk., auf die Köpfe der übrigen Offiziere 600 Mk. geſetzt. Eine weitere Folge waren große Streiks auf den meiſten oberſchleſiſchen Werken. In den lebenswichtigen Elektrizitätswerken Zaborze-Chorzow und auch anderwärts wurden die Notſtandsarbeiten verweigert; das ganze Hauptinduſtriegebiet lag im Dunkeln. Die techniſchen Kompanien unter militäriſchem Schutz ſetzten ſie wieder in Gang. Der Staatskommiſſar Hörſing, zu dem ſich in Anbetracht der bedrohlichen Lage auch der Staatskommiſſar für Weſtfalen, Severing, geſellt hatte, verfügte ſchließlich, freilich nur ſtark gedrängt, die Arbeitspflicht bei Notſtandsarbeiten. Nach Feſtnahme der Haupthetzer und der Ausweiſung des ehemaligen Volksbeauftragten Barth flaute der Streik ab, und in den erſten Tagen des Mai wurde auf allen Werken wieder gearbeitet. Das Generalkommando ſtellte alsdann dem Freiwilligen-Detachement von Aulock eine Aufgabe außerhalb des Induſtriegebietes. Es ſollte das völlig verſeuchte und widerſpenſtige Lager Lamsdorf von ſeinem üblen Bewachungsbataillon ſäubern, was es in hervorragend umſichtiger und energiſcher Weiſe durchführte. Auch die außenpolitiſche Lage wurde jetzt bedenklicher. Die bisher in Frankreich befindliche polniſche Armee (7 Diviſionen) unter General Haller in Stärke von etwa 35—45 000

Mann in tadelloſer Bewaffnung und Ausrüſtung mit viel franzöſiſcher Artillerie uſw. mußte auf Weiſung der Entente quer durch ganz Deutſchland transportiert werden. Angeblich zum Schutze gegen das bolſchewiſtiſche Rußland, in Wirklichkeit, um im Intereſſe Frankreichs die militäriſche Machtſtellung ſeines Vaſallen Polen beſonders gegen Deutſchland zu ſtärken. Zu Krotoſchin, in der damals noch zu Deutſchland gehörenden Provinz Poſen angelangt, ſagte General Haller in einer öffentlichen Rede: „In Schleſien harren unſere polniſchen Brüder der Befreiung.“ Ähnliche Reden folgten.

Am 7. Mai 1919 war der deutſchen Delegation in Verſailles ein Vertragsentwurf übergeben worden[1]), nach dem uns der ganze zweiſprachige, alſo der größte Teil Oberſchleſiens, das ſeit über 600 Jahren nicht mehr zu Polen, ſondern zum Verbande des Deutſchen Reiches gehörte, ohne jeden Vorbehalt genommen werden ſollte. Die Deutſchfeinde behaupteten, daß dieſes Land unzweifelhaft polniſchen Volkstums ſei. Dieſe Unwahrheit war der Vorwand, um von Deutſchland ſein zweitgrößtes Kohlen- und Induſtriegebiet abzutrennen und dadurch ſeinen Wiederaufſtieg zu hindern. „Eine ſtarke Armee an der Weichſel im Rücken des Deutſchen Reiches“ war das offen ausgeſprochene Ziel Frankreichs. England aber wollte damals ein ſtarkes Polen als Damm gegen die ruſſiſche Gefahr. Darüber hinaus ſollte das Hultſchiner Ländchen und der weſtl. Teil des Kreiſes Leobſchütz den Tſchechen zufallen. Dieſe Ungerechtigkeit erregte die Deutſchen auf das höchſte, denn die geforderte Abtretung Oberſchleſiens verſtieß gegen die Punkte des Präſidenten Wilſon, auf Grund derer der Waffenſtillſtand angenommen worden war und die die Grundlage des Friedens ſein ſollten. Die Erwägungen, die ſie leiteten, waren folgende: Die geforderten Gebiete wurden nicht von unbeſtreitbar polniſcher Bevölkerung bewohnt. Das oberſchleſiſche Volk ſollte nicht gefragt werden, ſein Land ſollte geteilt, Bande des Blutes und der Kultur zerriſſen und ein vernichtender Schnitt durch ſeine Wirtſchaftswege gelegt werden. Und dies alles einer äußerlichen Sprachgrenze zuliebe.

Wenn auf die Sprachverhältniſſe innerhalb eines großen Teiles der oberſchleſiſchen Bevölkerung hingewieſen wird, ſo iſt darauf zu erwidern, daß hier die Sprache durchaus nicht das Kennzeichen der Nationalität darſtellt[2]). Abweichend von Poſen hatte ſich hier nach dem Gang der Geſchichte jahrhundertelang aus der nicht deutſchen

[1]) S. Anlagen 7 u. 8.

[2]) S. Seite 5.

Sprache der Bevölkerung kein Gegenſatz zum deutſchen Nationalbewußtſein ergeben. Wie wenig Anhaltspunkte die waſſerpolniſche Sprache für die nationalpolitiſche Geſinnung der Bevölkerung gibt, beweiſen außer den politiſchen Wahlen die zahlreichen und begeiſterten Kundgebungen waſſerpolniſch ſprechender Oberſchleſier für das Verbleiben bei Deutſchland und ihr Sturm der Entrüſtung gegen den Anſchluß an Polen. Bei der Frage der Zugehörigkeit eines Landesteiles zu der einen oder der anderen Nation kann nicht die Sprache allein entſcheiden. Dieſen Grundſatz haben die Diktatoren von Verſailles, ſoweit es ſich um Deutſche handelte, durch ſkrupelloſe Vergewaltigung zur Anwendung gebracht. Kultur und Beſitz, wirtſchaftliche und verwandtſchaftliche Beziehungen uſw. ſprechen mit und ſind ſicherlich ebenſo wichtige Kriterien wie die Sprache. Ein polniſch-völkiſches Recht auf Oberſchleſien beſteht nicht. Aus der kurzen Zugehörigkeit Oberſchleſiens zu Polen vor über 600 Jahren können geſchichtliche Anſprüche nicht hergeleitet werden. Ebenſowenig beſteht ein moraliſches Recht; denn Oberſchleſien, ſeine Kultur und ſeine Volkswirtſchaft ſind das Ergebnis deutſcher Arbeit. Polen hat nichts für das Land getan und kein Recht auf deſſen Beſitz. Es konnte ja auch gar nichts dafür tun, da es ihm nicht gehörte. Wenn der Präſident Wilſon im Schlußſatz ſeiner Mount-Vernon-Rede vom 4. Juli 1918 erklärt: „Was wir ſuchen, iſt die Herrſchaft des Rechts“, ſo war es nicht Recht, ſondern ſchnödes Unrecht, ein deutſches Land wie Oberſchleſien, ein Land, das nur durch deutſche Arbeit zur Blüte gebracht worden iſt, auszuliefern an Polen, das keinen einzigen Rechtstitel auf die Erwerbung Oberſchleſiens hatte. Die Abtretung Oberſchleſiens lag auch nicht im Intereſſe und erfolgte auch nicht zugunſten der beteiligten Bevölkerung. Nur ſolche Gründe ſollten aber nach der Kongreßrede Wilſons vom 11. Februar 1918 die Vorausſetzung für jede territoriale Veränderung bilden. Die Lebensverhältniſſe waren in Oberſchleſien in kultureller, ſanitärer und ſozialpolitiſcher Beziehung unvergleichlich beſſer und geregelter als im benachbarten Polen. Nach polniſcher Statiſtik kamen auf 1000 Einwohner in Kongreßpolen 500 Analphabeten, in Galizien 480, in preußiſch Schleſien nur ein einziger. Geriete Oberſchleſien unter polniſche Herrſchaft, ſo würden ſich die Lebensbedingungen ſeiner arbeitenden Bevölkerung weſentlich verſchlechtern. Die oberſchleſiſche Induſtrie würde ſchweren Schaden leiden. Die Polen brauchten nur ihre Gruben rationell auszubeuten und einige Neuanlagen einzurichten, um ihren Kohlenbedarf ſicherzuſtellen, auch ſonſt hat Polen Oberſchleſien wirtſchaftlich nicht nötig.

Die Abtretung würde ein dauernder Zankapfel in Europa bilden. Daß unter dieſen Umſtänden nicht einmal der Wille des Volkes befragt werden ſollte, war der Gipfel brutaler Ungerechtigkeit.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf dieſe unerhörte Vergewaltigung die oberſchleſiſche Bevölkerung. Der bisher noch gleichgültige Teil war ſich auf einmal der Größe der Gefahr und ihrer Folgen bewußt. Polenfreunde wurden plötzlich zu Deutſchfreunden, und ganz ſpontan aus ſich heraus ſchloß man ſich einmütig allerorten — von der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberſchleſiens“ geleitet — zu machtvollen Maſſendemoſtrationen zuſammen, trotzdem die Berliner Regierung die Führer Oberſchleſiens erſucht hatte, von ſolchen abzuſehen. Die Proteſtkundgebungen und Demonſtrationsumzüge waren ſo großartig und überzeugend, daß ſie auf die in Oberſchleſien anweſenden amerikaniſchen und engliſchen Journaliſten und Offiziere ſtark wirkten, und dieſe ihren tiefen Eindruck an die Friedenskonferenz berichteten, was zu einer Änderung der Beſtimmungen führte. Die Polen aber ſteigerten jetzt ihre leider viel zu wenig behinderte Propaganda und peitſchten die Volksleidenſchaften immer mehr auf. Ausländiſche Geldgeber halfen ihnen in freigebigſter Weiſe. Zuſammenziehungen von Haller- und anderen Truppen jenſeits der Grenze waren bedenkliche Anzeichen. Die damals von Polens offenſiven Kreiſen geplante gewaltſame Inbeſitznahme Oberſchleſiens, um vor dem endgültigen Entſcheid eine vollendete Tatſache zu ſchaffen — vor Gericht mußten ſie es ſpäter zugeben —, wurde aber ſchließlich im Hinblick auf den deutſchen Grenzſchutz als ausſichtslos aufgegeben.

Die 117. Inf.Div. wurde in eine Reichswehrbrigade umgewandelt, die am 29. Mai 1919 den Namen „Kleine Reichswehrbrigade Nr. 32 (117. Inf.Div.)“ erhielt. Ihre Zuſammenſetzung enthält Anlage 2. Aus den überzählig werdenden Mannſchaften wurde das „Grenzſchutzregiment von Cramer“ gebildet.

Um die gefährliche Wühlarbeit des Unterkommiſſariats des polniſchen Volksrates in Beuthen, das mit den gleichen Organiſationen in Poſen und Warſchau in engſter Verbindung ſtand, zu unterbinden, wurde es endlich aufgelöſt. Viel zu ſpät, denn dieſe polniſche Propagandaorganiſation war inzwiſchen ſo ausgebaut worden, daß ſie auch ohne Spitze ihren Zweck erfüllen konnte. Die Abſicht des Generalkommandos, ſeinen Leiter, den Juſtizrat Czapla in Beuthen, einen der ſchlimmſten polniſchen Drahtzieher in Oberſchleſien, zu verhaften, wurde leider vom preußiſchen Miniſter des Innern, Heine, verhindert. Czapla verſchwand

nach Warſchau. Im Juli aber geſtatteten die deutſchen inneren Behörden bereits wieder ſeine Rückkehr nach Beuthen. Ein Schulbeiſpiel, wie die angeblich große Politik in die ſchwerwiegendſten provinziellen Erforderniſſe eingriff!

Blutige Zuſammenſtöße, Bahnſprengungen bei Ratibor und Oppeln, hinterliſtige Überfälle kamen im Juni häufig vor, und bei der Nachbardiviſion im Kreiſe Roſenberg war ein größerer polniſcher Putſch begleitet von Eiſenbahnzerſtörungen in Szene geſetzt, aber unterdrückt worden.

Alle dieſe Vorkommniſſe ließen jetzt allmählich erkennen, daß die geheime polniſche Kampforganiſation P.O.W. = polka organizacya woyſkowa genannt, die in den Jahren 1914/15 in Galizien mit dem Zweck gegründet worden war, die auf eine Aufrichtung eines ſelbſtändigen Polens abzielenden Anſprüche mit Waffengewalt zu unterſtützen, ſeit einiger Zeit in Oberſchleſien in Bildung begriffen war. Sie baute ſich auf den ſchon vor dem Kriege vorhandenen Sokol- und Kriegervereinen auf und wurde von einem militäriſchen Komitee jenſeits der Grenze geleitet. Ihr Ausgangspunkt waren die Kreiſe Pleß und Rybnik, die von jeher die oberſchleſiſchen Hochburgen des Groß-Polentums waren. Leider gelang es nicht, ausreichendes Material gegen die Rädelsführer zu erlangen, da ſie ſich untereinander ſehr geſchickt unterſtützten und der Pole Geheimniſſe gut zu wahren verſteht. Auch die Zivilverwaltung Oberſchleſiens durch polniſche Organe war eingehend vorbereitet.

Begünſtigt durch die großen Waldungen und die vielen Schlupfwinkel im Induſtriegebiet nahm auch das Verbrechertum einen erſchreckenden Umfang an. Morde, Plünderungen, Terrorakte waren an der Tagesordnung, dazu Teilſtreiks und ſonſtige Unruhen. Von allen Seiten wurde Schutz durch das Militär erbeten, der bei dem weiten Gebiet leider nicht immer gewährt werden konnte.

Auch die äußere Lage ſpitzte ſich ſtark zu. Ein oberſchleſiſches Chaos war drohend geworden, handelte es ſich doch jetzt um Annahme oder Nichtannahme des Verſailler Diktates. Bedeutende Verſtärkungen des polniſchen Militärs an der Grenze[1]) deuteten darauf hin, daß mit einem etwaigen Angriff auf Oberſchleſien zu rechnen war. Würde der Schandvertrag von Deutſchland nicht angenommen werden, dann ſollte unſerem Vaterlande wohl von den Ententetruppen, oder wenigſtens von den franzöſiſchen im Verein mit Polen und Tſchechen, der Todesſtoß gegeben werden. Angeſichts dieſer bedrohlichen Lage

[1]) S. Anlage 10.

wurden beträchtliche deutſche Verſtärkungen nach Oberſchleſien geleitet. Meinem Abſchnitt wurden zugeführt und unterſtellt: die Detachements Tüllmann und Eulenburg, das Heſſiſch-Thüringiſch-Waldeckſche Freikorps, die Huſaren 12, das Rheiniſche Reiterregiment, ſchwere Artillerie, Munitionskolonnen uſw. Sie trafen in der Zeit vom 22. bis 28. Juni ein. Meine Truppen wurden in zwei Stoßgruppen gegliedert, um gegebenenfalls einer feindlichen Handlung aus der Vorhand offenſiv begegnen zu können. Links von mir ſtand die ebenſo verſtärkte 2. Garde-Diviſion zu gleichem Vorſtoß bereit. General von Friedeburg hatte die taktiſche Oberleitung.

Trotz der ſchönen Worte von der „verdorrten Hand" wurde der Gewaltvertrag von der deutſchen Nationalverſammlung am 23. Juni 1919 angenommen. Dies hatte uns alle auf das tiefſte ergriffen. Beſonders die Annahme der Ehrenpunkte — wenn auch unter Proteſt — hatte eine außerordentliche Erregung in den Offizierskreiſen ausgelöſt. Mahnung und Beiſpiel der oberen Stellen ließen das Perſönliche hinter die Sache — das Wohl des Vaterlandes — zurückſtellen. Es drängte ſich naturgemäß auch der Wunſch auf, mit einer leidlichen Streitmacht in der Hand die deutſche Schmach abzuwenden. Nach eingehender Erwägung aller Für und Wider unſerer äußeren und inneren Lage waren alle oberen Führer in Schleſien von der gänzlichen Ausſichtsloſigkeit ſolchen iſolierten Beginnens überzeugt, das unſere Kataſtrophe nur verſchlimmert hätte. Eine große Aktion zur Rückeroberung Poſens und Weſtpreußens und Schaffung eines Oſtſtaates hatte die Reichsleitung aufgegeben.

Es widerſtrebte mir, unter ſolchen Verhältniſſen weiter zu dienen, andererſeits durfte ich aber auch nicht einen Poſten vor dem Feinde einfach verlaſſen. Ich richtete mein Abſchiedsgeſuch an das Kriegsminiſterium, erklärte mich aber bereit, noch ſo lange auf meinem Poſten zu bleiben, bis die Verhältniſſe in Oberſchleſien einigermaßen geregelt ſeien. Die vorgeſetzten Stellen hielten mein Verbleiben vorläufig für unbedingt nötig, und ſo blieb ich. Nach der Räumung Oberſchleſiens durch die deutſchen Truppen wiederholte ich mein Abſchiedsgeſuch, wurde aber gebeten, zu bleiben, da die Verhältniſſe in Schleſien — zumal nach dem Kapp-Putſch — ſehr ſchwierig waren. Aber Ende 1920, wo Ruhe und Ordnung herrſchte, führte ich endlich meinen Entſchluß durch, obgleich mir auch da noch eine Reichswehrſtelle angeboten worden war.

Am 16. Juni 1919 hatten die alliierten Mächte in einer Mantelnote anerkannt, daß der Fall Oberſchleſien einer Berichtigung bedürfe.

Sie beſtimmten, daß die „Frage, ob Oberſchleſien zu Deutſchland oder Polen gehören ſoll, durch Abſtimmung der Bevölkerung ſelber entſchieden werden ſolle“ (ſ. Anlage 9).

In dem endgültigen Friedensdiktat erhielt der Artikel 88 daraufhin folgende Faſſung:

„In dem Teil Oberſchleſiens, der innerhalb der nachſtehend beſchriebenen Grenzen gelegen iſt, werden die Einwohner berufen, im Wege der Abſtimmung kundzugeben, ob ſie mit Deutſchland oder Polen vereinigt zu werden wünſchen.“

Das Huldſchiner Ländchen war von der Abſtimmung ausgeſchloſſen. Aber aus dem Wortlaut der Erklärung der alliierten Mächte vom 16. Juni 1919 in Verbindung mit dem Text des Artikels 88 des Friedensvertrages wurde gefolgert, daß das geſamte Abſtimmungsgebiet entweder zu Deutſchland oder zu Polen geſchlagen werden ſollte und daß die Feſtſetzung einer Teilungslinie nicht beabſichtigt war. Dies iſt dann auch vor der Abſtimmung in Oberſchleſien allgemeine Meinung geweſen. Von dieſem Geſichtspunkte aus hat dann der bei weitem größte Teil der zum Volksentſcheid aufgerufenen Bevölkerung Oberſchleſiens auch abgeſtimmt. Die Beſtimmung des Artikels 88, daß die

„Feſtſetzung der Grenze nach der Abſtimmung unter Berückſichtigung der geographiſchen und wirtſchaftlichen Lage Oberſchleſiens“

zu erfolgen habe, iſt hierbei zu gering bewertet worden.

Das Generalkommando hatte mit Zuſtimmung der Regierung im Juni 1919 für Verdienſte um Schleſien das „Schleſiſche Bewährungsabzeichen (Schleſiſcher Adler)“ I. und II. Stufe geſtiftet.

Anfang Juli war die Lage in Oberſchleſien weſentlich entſpannt. Die polniſche Truppenleitung ließ bei den zwecks gütlicher Beilegung von Zwiſtigkeiten periodiſch an der Grenze bei Pleß ſtattfindenden Generalſtäbler-Beſprechungen, an denen auch der zweite Generalſtabsoffizier der 117. Inf.Div. teilnahm, wiederholt feierlichſt erklären, daß ſie nicht die geringſten Abſichten auf eine Vergewaltigung Oberſchleſiens habe, über deſſen Schickſal das Volk ſelbſt demnächſt entſcheiden ſollte. Noch Mitte Auguſt wurden dieſe Verſicherungen ausdrücklich bei einer weiteren Unterredung abgegeben und betont, daß die obere polniſche Führung ſagen ließe, daß ſie die polniſchen Übergriffe an der Grenze auf das ſchärfſte verurteile. Bei Beſprechungen mit einflußreichen Führern der polniſchen Bewegung in Oberſchleſien erklärten dieſe, daß es im Hinblick auf die Volksabſtimmung ein ſchweres Verbrechen

ſein würde, jetzt noch oberſchleſiſches Bruderblut zu vergießen. Auch bei den maßgebenden deutſchen Stellen ſah man keine Gefahr mehr für Oberſchleſien nach außen, und um die Monatswende wurden die Verſtärkungstruppen, die jetzt auch an anderen Stellen im Reiche dringend benötigt wurden, zum größten Teil wieder abtransportiert. Auf Grund der Entwaffnungsbeſtimmungen und zur Gelderſparnis wurden das Grenzſchutzregiment von Cramer, ſowie das ſtarke und zuverläſſige Oberſchleſiſche Freiwilligenkorps, ſowie Teile der Feldartillerie ganz aufgelöſt, andere Formationen wurden erheblich vermindert. Ich, wie auch das Generalkommando VI. A.-K., erhoben wiederholt Einſpruch gegen dieſe außerordentliche Schwächung, aber vergeblich. So mußte in Anbetracht der ſtark verminderten Truppenzahl alsdann eine Umgruppierung der Kräfte vorgenommen werden. Eine wirkſame Abſperrung der hunderte Kilometer langen Grenze aber war ausgeſchloſſen. Neben einzelnen wichtigen Poſtierungen an der Grenze wurde bei der außerordentlichen Unſicherheit im Innern des weiten, ſchwierigen Gebietes hauptſächlich dem Schutz der durch Banden aller Art gefährdeten iſolierten deutſchen Bevölkerung auf dem flachen Lande und der wertvollen Induſtriewerke Rechnung getragen. Hierbei konnten weite Strecken nur durch ſchwache Poſtierungen geſchützt werden. Artillerie und Kolonnen, die alle infanteriſtiſch ausgeſtattet und ausgebildet waren, übten jetzt dieſen Schutz mit aus. Sie drängten ſich zu dieſem Dienſt, um ihre Schlagfertigkeit zu beweiſen und um, wie die anderen Truppen, tätig an dem Schutz des Landes und ſeiner Bewohner mitzuwirken. Ihre Ausbildung war ſo weit fortgeſchritten, daß ihnen ſolche Aufgabe anvertraut werden konnte. Schutz der gequälten oder gefährdeten Volksgenoſſen war in dieſem aufgewühlten Lande beſondere moraliſche Pflicht des Militärs. Wenn es ſich einkapſelte, lief es zwar keine eigene Gefahr, konnte aber unter den vorliegenden Verhältniſſen dieſe ſelbſtverſtändliche Aufgabe unmöglich erfüllen. Welche Empörung herrſchte ſpäter darüber, daß die interalliierte Regierungskommiſſion, die Treuhänderin Oberſchleſiens, ihr ſtarkes franzöſiſches Militär während des zweiten und dritten Aufſtandes in den Kaſernen zurückhielt, während die ihrem Schutze anvertraute deutſche Bevölkerung von den Inſurgenten gequält und gemordet wurde. Man betrachtete es, und doch wohl mit Recht, als unritterlich, als moraliſche Schande.

Anfang Auguſt wurde uns endlich auf dringendes Anfordern die 3. Marinebrigade, auch Freikorps Löwenfeld genannt, zugewieſen. Eine prächtige Truppe unter ausgezeichneter Führung. Bald nach dem

Eintreffen ihres Sturmbataillons hatte dieſes das Glück, die gefährlichſten, lang geſuchten Räuber Oberſchleſiens, die Hajok-Bande, zu vernichten; leider fiel hierbei Leutnant z. S. Fricke. Die Regimenter 5 und 6 der Brigade kamen in Grenzabſchnitte, ihr Pionierbataillon nach Zaborze zum Schutz des für das Induſtriegebiet überaus wichtigen Elektrizitätswerkes. In zahlreichen Einzelaktionen und bei der Niederwerfung des Aufſtandes bewährte ſich dieſes Freikorps in glänzender Weiſe.

Mitte Auguſt 1919 war es auf rein politiſcher Grundlage im ganzen Induſtriegebiet wieder einmal zum Generalſtreik gekommen. Die Gewerkſchaften ſtanden abſeits. Schließlich ruhte auf über 90% aller Betriebe die Arbeit, und ſelbſt die großen Lichtzentralen, Zaborze und Chorzow, wurden ſtillgelegt. Die meiſten der vielen Werke mußten durch Militär gegen Sabotageakte geſchützt, auch Notſtandsarbeiten von ihm verrichtet werden. Die durch den Zwang dieſer Verhältniſſe bedingten Maßnahmen führten naturgemäß zu einer Zerſplitterung der ſchon ſo weſentlich verminderten Kräfte. In dieſer aufgeregten Zeit gingen überdies mehrfach Nachrichten über Putſchabſichten der Spartakiſten bzw. der Polen ein. Stets war es falſcher Alarm. Alle kleineren Unternehmungen gegen Truppen ſcheiterten reſtlos an der Wachſamkeit und Verläßlichkeit des Grenzſchutzes. Man durfte nicht jedem der vielen Gerüchte Folge geben, da die Kräfte der Truppen ſchon viel mehr als genug beanſprucht wurden.

Am 16. Auguſt war ich zu Truppeninſpizierungen in Gegend Tichau unterwegs. Irgendwelche Anzeichen für eine Erregung der Bevölkerung waren nirgends zu merken. Allerorten war die faſt durchweg waſſerpolniſch ſprechende Bevölkerung freundlich und aufmerkſam. Und doch brach tags darauf gerade hier am lebhafteſten der Aufſtand aus. Ein eigenes Schickſal war es, daß, als ich am Nachmittag auf dem Wege nach Paprotzan war, um die Lage der dortigen Batterie zu prüfen, welcher bald darauf ein ſo hartes Los beſchieden war, mein Auto Feuer fing. Wir kamen noch gut heraus, und die in der Nähe befindlichen polniſchen Landarbeiter leiſteten ſofort tatkräftige Hilfe beim Löſchen und holten von weit her Waſſer und Werkzeuge. Es wäre ihnen ein leichtes geweſen, uns in der einſamen Gegend zu überwältigen, wenn ſie böswillige Abſichten gehabt hätten. Ich mußte Paprotzan aufgeben, ebenſo den Plan, von dort nach Pleß weiterzufahren, wo ich mich zu einem Sportfeſt angeſagt hatte, das der vortreffliche Oberſt Haſſe nach mehrmaliger Verſchiebung wegen der Putſchgerüchte zur Auffriſchung ſeiner braven Truppen nun doch endlich abhalten wollte. Bei der immer noch recht

kritiſchen Lage hatte ich angeordnet, daß Oberſt Haſſe über alle Nachrichten auf das ſchnellſte in Kenntnis geſetzt werde, um Überraſchungen auszuſchließen.

In der Nacht von Sonnabend, den 16., zu Sonntag, den 17. Auguſt 1919, brach faſt gleichzeitig in verſchiedenen Orten der zumeiſt ländlichen und überwiegend waſſerpolniſch ſprechenden Kreiſe Pleß und Rybnik ein Aufruhr los.

Der erſte Aufſtand begann!

Es iſt feſtzuhalten, daß der Aufſtand nicht im eigentlichen Induſtriegebiet, alſo in den Kreiſen: Gleiwitz, Hindenburg, Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz begann, ſondern im Gebiet der Forſten, Bauerndörfer und kleinen Landſtädte, in dem rauchende Schlote und Arbeitermaſſenquartiere nur verſchwindende Ausnahmen bildeten. Schon aus der Begrenzung des Aufſtandsbeginns auf dieſen Herd am erſten Tage erhellt, daß er nicht in erſter Linie auf das Schuldkonto ſpartakiſtiſch verhetzter Induſtriearbeiter zu ſetzen iſt, ſondern daß die Schuld wohl vornehmlich auf den Schultern der Großpolen liegt.

Am **16. Auguſt** war von der Militär-Kriminal-Polizei feſtgeſtellt worden, daß in der Ortſchaft Halemba — 10 km nördlich Nicolai — größere Vorbereitungen zu einem bevorſtehenden Aufſtande getroffen waren. Oberſtleutnant Tüllmann, der vortreffliche Führer ſeines gleichnamigen Freikorps, ließ kurz entſchloſſen noch am ſpäten Abend dieſes Tages den Ort überraſchend einſchließen und nehmen. Viele Rädelsführer wurden dingfeſt gemacht und große Mengen beſchlagnahmter Gewehre, Maſchinengewehre und Munition auf mehreren Laſtautos abtransportiert.

Bei Morgengrauen des **17. Auguſt** wurden faſt gleichzeitig viele Wachen und Unterkunftshäuſer des deutſchen Militärs in den meiſten Orten der beiden Kreiſe von großen Überlegenheiten angefallen. Alle Angriffe wurden abgeſchlagen, nur eine Batterie in Paprotzan ſüdöſtlich Tichau wurde überwältigt. Nicht etwa wegen ſchlechter Haltung der Mannſchaft, die infanteriſtiſch ausgerüſtet und ausgebildet war und Mann gegen Mann zu kämpfen verſtand, ſondern durch die Überzahl, die mit einem Schlage aus ihren nahe gelegenen Schlupfwinkeln zur Stelle war. Ein ſchlauer Trick hatte auch die Gefechtskraft der Batterie geſchwächt. Vor dem Überfall waren fingierte Nachrichten über ſchwere Not und Gefahr von Deutſchen aus weiterer Umgebung an die Batterie gelangt. Dieſe hatte Hilfskommandos dorthin entſandt, die dann bei

der Verteidigung fehlten. Die einzelnen Teile der Batterie hatten, ſolange nur möglich, heroiſche Gegenwehr geleiſtet. Urſprüngliche Abſicht ſoll es geweſen ſein, ſich der Batteriekaſſe zu bemächtigen. Das weitere ergab ſich von ſelbſt aus dem Erfolg der Übermacht. Es wäre ein großes Unrecht, dieſe tapfere Truppe für ihr Mißgeſchick verantwortlich zu machen.

Etwa gleichzeitig mit dem Angriff auf die Batterie fanden in Pleß große Zuſammenrottungen zu dem Zweck ſtatt, das dort liegende Bataillon Petri vom Freikorps Haſſe zu entwaffnen. Da das Bataillon noch gerade rechtzeitig von dem beabſichtigten Putſch erfahren hatte, konnte es die weit überlegenen Banden noch in der Verſammlung faſſen und ſie nach kurzem Kampf zerſtreuen.

Der ſcheinbar groß angelegte und bis in das kleinſte gut durchdachte Plan zielte wohl dahin, ſich in den der großpolniſchen Sache am meiſten geneigten Kreiſen Pleß und Rybnik eine gute Baſis zu ſchaffen, aus der man von Süden aus in das eigentliche Zentral-Induſtriegebiet hineinſtoßen wollte, während dann zu gleicher Zeit ein Vorſtoß aus Kongreßpolen von Oſten her auf die Gegend Myslowitz—Kattowitz—Beuthen erfolgen ſollte. Hier rechnete man auf ſtarke Unterſtützung der ſpartakiſtiſch verhetzten, gerade wieder einmal ſtreikenden Induſtriearbeiter.

Das Nichtgelingen der Überrumpelung in Pleß hatte dieſen Plan ſchon in ſeinen Anfängen nicht zur Entwicklung kommen laſſen, auch die Mißerfolge in faſt allen anderen Orten hatten die Aufſtändiſchen offenbar ſtark verwirrt und ratlos gemacht. Sie verſuchten noch die von ihnen bei Paprotzan erbeuteten drei Geſchütze im Waldgebiet bei Kobier an der Bahnſtrecke Tichau—Pleß in Stellung zu bringen, um von hier aus Pleß unter Feuer zu nehmen. Das Bataillon Petri hatte inzwiſchen eine Truppenabteilung mit der Bahn nach dem von den Aufſtändiſchen beſetzten Tichau entſandt, die dieſen Ort raſch ſäuberte und auch eins der verlorenen Geſchütze wieder einbrachte. Der Reſt der Aufrührer floh über die nahe Grenze.

Mit Morgengrauen am 17. Auguſt hatten auch faſt an der ganzen Südgrenze Oberſchleſiens Angriffe auf unſere Feldwachen eingeſetzt, die z. T. von jenſeits der Grenze durch Maſchinen- und Minenwerferfeuer unterſtützt wurden. Sie ſind zumeiſt verluſtreich abgeſchlagen worden. Leider gelang es der großen Übermacht aber, unſere ſchwachen Kavalleriepoſtierungen in Wohlau, Boriſchau und Nieder-Boiſchow, nachdem dieſe ihre Munition verſchoſſen und heldenhaft kämpfend auch Verluſte erlitten hatten, z. T. gefangen zu nehmen. Überall in den Kreiſen Pleß und Rybnik zeigten ſich ſtarke, in Verſammlung begriffene

und herumziehende Banden. Beſonders unruhig war der ſtreikende Grubenbezirk Rybnik—Loslau. Am Vormittag war die Lage ſo weit geklärt, daß man von einem Polenaufſtande in dieſen beiden Kreiſen ſprechen konnte. In Pſchow bei Rybnik wurde eine Erkundungsabteilung des Freikorps Haſſe von ſtärkſter Überlegenheit angefallen und erlitt empfindliche Verluſte. Mit zäher Energie ſtellte das Freikorps Haſſe in dieſem Bezirk allmählich die Ordnung wieder her. Am Nachmittag des 17. Auguſt wurde aus Gegend Nicolai das ſüdöſtliche Aufſtandsgebiet (Gegend Tichau—Berun) durch ein Detachement unter Oberſtleutnant Tüllmann planmäßig geſäubert, ohne größeren Widerſtand zu finden, da die Aufſtändiſchen beim Herannahen der Truppen ſich raſch verkrümelten. Von dem Freikorps Tüllman gehörten dem Detachement nur die 12. Huſaren an, die anderen Truppen waren nach der Aktion gegen Halemba noch nicht verwendungsfähig. Dafür waren ihm zugeteilt das I. Bataillon Marineregiments 5 (zur Marinebrigade von Löwenfeld gehörend), das auf 12 Laſtautos herangeſchafft wurde. Ferner 2 Feldbatterien, ein aus Gleiwitz entſandter Panzerzug und die Fliegerabteilung Gleiwitz.

Die beiden letztgenannten unterſtützen auch weiterhin die Truppen im ſüdlichen Abſchnitt wirkſam.

Am **18. Auguſt** früh war eine erhebliche Zunahme des Aufſtandes feſtzuſtellen. Er hatte jetzt plangemäß auf die Kreiſe Tarnowitz—Beuthen—Kattowitz übergegriffen, außerdem fanden erneut erbitterte Kämpfe im Kreiſe Rybnik ſtatt. Die Städte, in denen Truppen lagen, blieben feſt in unſerer Hand, aber in den anderen Induſtrieorten ging es wild her. Vereinzelte Grubenwachen, von erheblicher Übermacht eingeſchloſſen, waren nach tapferer Gegenwehr gefangengenommen und verſchleppt worden. Die Verſuche, Eiſenbahnbrücken an verſchiedenen Stellen zu ſprengen, wurden überall vom militäriſchen Bahnſchutz vereitelt. Deutſch geſinnte Zivilperſonen, einzelne Offiziere und Mannſchaften ſind mehrfach hinterrücks erſchoſſen oder grauſam mißhandelt worden, angeſehene Bürger wurden als Geiſeln über die polniſche Grenze verſchleppt. Am Abend des 18. Auguſt waren viele Orte und Werke im Zentral-Induſtriegebiet noch in der Hand der Aufrührer. Das Generalkommando, welches ſelbſt von Breslau nach Groß-Strehlitz übergeſiedelt war, ſetzte ſeine Reſerven, Teile der 11. Inf.-Div. (38er und 51er) ein und verhängte im Verein mit dem Reichs- und Staatskommiſſar Hörſing den verſchärften Belagerungszuſtand (Standrecht und Streikverbot), darüber hinaus wurde den Truppen vorübergehend noch erhöhte

Machtbefugnis betreffs Waffengebrauch eingeräumt. Es lag hier der Fall vor, wo Härte Humanität bedeutet und größeren Übeln Einhalt tut.

Die Nacht vom 18. zum **19. Auguſt** war verhältnismäßig ruhig verlaufen, nur in den Induſtriebezirken bei Rybnik, ſüdlich Kattowitz und ſüdlich Beuthen gab es kleinere Kämpfe. Im Laufe des 19. Auguſt wurde die Gegend Bobrek, Schomberg, Orzegow, Godullahütte, Lipine, Kamin u. a. planmäßig zumeiſt durch umfaſſende Angriffe geſäubert. Um die Muſterkolonie Gieſchewald wurde immer noch erbittert gekämpft. Bei Myslowitz—Nikiſchſchacht mußte auch Artillerie eingeſetzt werden. Hierbei wurde der mit Maſchinengewehren beſtückte hochragende Bismarckturm an der Dreikaiſerreichecke durch mehrere Granaten getroffen. Die Gefechtsführung im Induſtrie-Dreieck und in dem Rybniker Induſtriebezirk mit dichter Bebauung und dichter Bevölkerung war außerordentlich ſchwierig, weil den ortskundigen Verteidigern die fortartigen Halden, die Schächte uſw. unzählige Rückhalte boten, ſo daß ſie aus geſichertem Hinterhalt faſt gefahrlos kämpfen konnten. Nur wer dieſe Schwierigkeiten ſelbſt kennengelernt hat, kann über die Maßnahmen dieſer Führer und die Haltung der tapferen Angriffstruppen ein gerechtes Urteil abgeben. Im Beuthener Bezirk, der dem Oberſt Heuck unterſtand, war am Abend des 19. Auguſt die Ruhe wiederhergeſtellt. In der folgenden Nacht wurde ein ſtarker Angriff auf Laurahütte von den dort liegenden Truppen unter großen gegneriſchen Verluſten abgewieſen.

Am Morgen des **20. Auguſt** war eine Feldwache des Freikorps Haſſe bei Godow ſüdlich Rybnik unter Leutnant Peterſen von erdrückender Überlegenheit angefallen worden. Die Wache hatte wahren Heldenmut betätigt. Nachdem alle Munition verſchoſſen, war mit der letzten Handgranate noch das Maſchinengewehr geſprengt worden. Peterſen und ein Mann gerieten verwundet in Gefangenſchaft, alles andere war gefallen oder niedergemacht. Mittels eines Panzerzuges entſandte Verſtärkungen ſtellten die Lage wieder her. Ungünſtig war immer noch die Lage im Kreiſe Kattowitz. Die Städte Kattowitz und auch Myslowitz waren zwar in unſerer Hand, aber der nach Oſten vorſpringende Teil Oberſchleſiens, begünſtigt durch die nahe Grenze, war noch im Beſitz der Aufſtändiſchen. Das Generalkommando hatte Truppenverſtärkungen in dieſe Gegend geleitet, und am Morgen des 20. Auguſt wurde ein größerer Angriff durchgeführt, der vollen Erfolg hatte. Gieſchewald, Nikiſchſchacht, Janow, Schoppinitz, Rodzin, der Bismarckturm an der Dreikaiſerreichecke kamen wieder in unſere Hände. Die Kriſis des Aufſtandes war am Abend des 20. Auguſt überwunden.

Am **21. Auguſt** blieben unſere Truppen im Grenzgebiet bei Kattowitz und Myslowitz überall im Vorgehen. Am Abend dieſes Tages war die Reichsgrenze von ihnen erreicht. Die Säuberung war nicht leicht, da bei dieſem Bandenkrieg zahlreiche, durch gute Geländedeckungen geſchützte Inſurgentenneſter auszuheben waren und ein dauerndes Hin- und Herwechſeln über die Grenze ſtattfand. In allen Aufſtandsneſtern wurden zahlreiche Waffen, hauptſächlich franzöſiſcher Herkunft (Hallertruppen), polniſche Fahnen, Abzeichen und Proklamationen in großen Mengen gefunden. Ein nächtlicher Sturmverſuch auf die Jägerkaſerne in Tarnowitz war leicht abgeſchlagen worden. In den letzten Tagen war der Widerſtand der Aufſtändiſchen immer geringer geworden. Offenbar glaubte man nicht mehr, das Unternehmen zu einem guten Ende führen zu können. Auch der mit dem Aufſtand Hand in Hand gehende Generalſtreik flaute allmählich ab.

In die Zeit dieſes erbitterten Ringens fiel nun gerade eine Rede des ſozialdemokratiſchen Reichskanzlers Bauer in der Nationalverſammlung [1]), in der er zu einer Zeit, in der Oberſchleſien in Flammen ſtand, zu ſeiner Freude feſtſtellte, daß die polniſche Regierung dem Putſchverſuch fernſtehe und daß polniſches Militär ſich nicht in Oberſchleſien befände. Über das Schickſal unſerer mißhandelten und verſchleppten Volksgenoſſen kein Wort. Entſprechend die Erregung bei der Truppe und der deutſchen Bevölkerung!

Am **22. Auguſt** wurde noch der ſüdöſtliche Zipfel geſäubert. Am Abend dieſes Tages ſtanden unſere Truppen wieder überall feſt in ihren alten Stellungen längs der ſchleſiſch-polniſchen Grenze und verhinderten den Rücktritt der Banden, die ſich in großen Maſſen auf das kongreßpolniſche Gebiet geflüchtet hatten. Bei ihrem Abzuge hatten die Aufſtändiſchen geplündert, geraubt, Einwohner mißhandelt und verſchleppt.

Die deutſche Regierung wollte eine Demarkationslinie zwiſchen den Aufſtändiſchen und den deutſchen Truppen — im eigenen Lande alſo — in Vorſchlag bringen. Da die Säuberung Oberſchleſiens aber inzwiſchen erfolgt war, war auch dieſer erbärmliche und höchſt gefährliche Vorſchlag hinfällig.

Am **23. Auguſt** herrſchte im Südteil des Kreiſes Rybnik noch geringe Kampftätigkeit mit Abteilungen jenſeits der Grenze. Durch zugeführte Verſtärkungen wurde hier ein geplanter gegneriſcher Angriff vereitelt.

Am **24. Auguſt** war der Aufſtand vollkommen beendet, die Ordnung

---

[1]) S. Anlage 11.

im Lande wiederhergeſtellt und die Arbeit auf faſt allen Werkſtätten wieder im Gange.

Von allen Seiten, den Belegſchaften, den Gütern uſw. war während der Aufſtandszeit in beweglichen Klagen militäriſche Hilfe gegen die z. T. landfremden Terroriſten erbeten worden. Was nur irgend möglich, geſchah mit größter Beſchleunigung. Daß manche der Bitten nicht immer ſogleich erfüllt werden konnten, war ein tief ſchmerzliches Gefühl. Bei der Größe des Raumes und der hierfür zu geringen Truppenzahl war dies aber unmöglich. Die Zeit des Aufruhrs war gut gewählt, inſofern er in eine Zeit hineinfiel, in der unſere Truppenverbände ſtark gelichtet waren und wir die Grenzpoſtierungen und die Innenwachen nicht ſo beſetzen konnten, wie es wünſchenswert erſchien. Die energiſchen Vorſtellungen der Reichswehrbrigade um Belaſſung ausreichender Truppen zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgabe hatten keinen Erfolg gehabt, da nicht genügend Truppen dem Reich zur Verfügung ſtanden. Daß in der Bevölkerung mancher Orte über unzulänglichen Schutz Kritik geübt wurde, war durchaus erklärlich. Wenn aber eine behördliche Perſönlichkeit dies laut betonte, ſo trug er der außerordentlich ſchwierigen Lage des Reichs nach der Annahme des Verſailler Diktates nicht Rechnung und ebenſowenig dem Umſtande, daß es örtlicher Geldmangel war, der hinderte, das vortreffliche „Oberſchleſiſche Freiwilligenkorps“, die Schutztruppe des Induſtriegebiets, wieder ins Leben zu rufen. Hingegen zeigte die obere Leitung der Berg- und Hüttenmänniſchen-Induſtrie durch Geheimrat Dr. Williger und Bergrat Dr. Geiſenheimer Verſtändnis für die Leiſtungen der Truppen. Führung und Truppe wurden hohe Achtung und Dank für Handeln und Tat ausgeſprochen!

Zuſammenfaſſend ſei hier nun nochmals geſagt, daß der Auguſtaufſtand auf ſtark verminderte deutſche Kräfte ſtieß, daß dieſem Zuſtand nur dadurch Rechnung getragen werden konnte, daß die vorhandenen Truppen von minderbedrohten Stellen an exponierte Punkte geſchoben wurden. Hierdurch entſtand Zeitverluſt und mit ihm eine Spanne großer Sorge bei Führung und Bevölkerung. Dieſe aber mußte in Kauf genommen werden. Auch die Reſerve des Generalkommandos, die 11. Inf.-Div., war vorausblickend ſchon bei den erſten Anzeichen eines Aufſtandes am 15. Auguſt in die Gegend um Groß-Strehlitz in Marſch geſetzt worden und griff rechtzeitig ein.

Aber dieſe taktiſchen Verbände waren ſchon vorher durch politiſche Anordnungen ſeitens der Berliner Regierung zahlenmäßig ſtark reduziert worden; denn es war befohlen worden, daß die „Oberſchleſier“, um die

Räumung des Abſtimmungsgebietes von deutſchem Militär und die Beſetzung des Landes durch Ententetruppen vorzubereiten, zu entlaſſen ſeien. Hierdurch ſollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, in ihrem Heimatlande zurückzubleiben. Wir hatten uns ja nicht ſchnell genug beeilen können, den Schmachfrieden zu ratifizieren, und man gab ſich wohl in den Kreiſen der allzu optimiſtiſchen Regierung der Hoffnung hin, daß die Entente ebenſo ſchnell das gleiche tun würde. Da nun nach den Beſtimmungen 14 Tage nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch drei Großmächte die Räumung des oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebietes von deutſchen Truppen ſtattfinden ſollte, war angeordnet worden, daß jetzt ſchon alles zur Räumung und Übergabe vorbereitet werden ſollte. So kündigten die meiſten Oberſchleſier ihre Verträge, und die Kompanien ſchmolzen auf einen geringen Beſtand zuſammen. Die Ratifizierung durch die drei Großmächte aber erfolgte nicht, die Entente hielt die Deutſchen weiter hin, die Beſetzung kam vorläufig nicht und der verringerten Truppenzahl lag wie früher der Schutz der Grenzen und des oberſchleſiſchen Landes ob, und zwar einem immer mehr großſprecheriſch und angriffsluſtig ſich gebärdenden Gegner gegenüber. Die Gutgläubigkeit hatte uns Deutſchen, wie ſo oft ſchon, einen Streich geſpielt und uns in eine üble Lage hinein verſetzt. Die Scharten an der eiſernen Wehr um das oberſchleſiſche Induſtriegebiet wurden gemildert durch die tapfere Haltung der braven Grenzſchutztruppen und der vortrefflichen Hilfstruppen in den Tagen beſonderer Not.

Von den Aufſtändiſchen gehörten über 7000 der Kampforganiſation P.O.W. an, ein Mehrfaches dieſer Zahl, zumeiſt von jenſeits der Grenze, hatte ſich ihnen angeſchloſſen. Es ſind auch zahlreiche polniſche Legionäre, Hallerſoldaten und andere polniſche Militärperſonen einwandfrei feſtgeſtellt worden, und die ganze Aktion war mehr ein von jenſeits der Grenze geführter und unterſtützter Überfall als ein oberſchleſiſcher Aufſtand. Die Aufſtändiſchen trugen deutſche feldgraue Uniformen, polniſche Konfederadkas, hatten Armeepiſtolen umgeſchnallt und führten Gewehre oder Karabiner, viele aber trugen Zivilkleidung mit dem polniſchen weißen Adler an der Mütze, was ihnen leicht ermöglichte, ſich zu gelegener Zeit als harmloſe Feld- oder Hausarbeiter auszugeben. Über Waffen, Munition und Sprengmittel verfügten ſie in reichlichem Maße. Sie führten aber auch die Heldenwaffen jeder polniſchen Revolution: Senſen, Miſtgabeln, Stangen mit durchgetriebenen Nägeln und dergleichen.

Den größten Anſporn für die Aufrührer bildete die ſeitens der Aufſtandsleitung bewußt hierfür verbreitete Falſchmeldung, daß die

polniſche Hallerarmee im Anmarſch nach Oberſchleſien ſei, und daß die Oberſchleſier bis zu ihrem Eintreffen die deutſchen Truppen unſchädlich machen oder wenigſtens feſſeln ſollten. Der Zeitpunkt, in dem der große Berg- und Hüttenarbeiter-Aufſtand tobe, ſei der günſtigſte Moment für eine Beſitzergreifung Oberſchleſiens und daher unbedingt auszunutzen. Die Entente würde nur allzugern bereit ſein, etwaige Erfolge anzuerkennen, weil ſich dann die ihr unbequeme und für Polen gefährliche Abſtimmung erübrigen würde. Die polniſche Regierung aber erklärte, daß ſie den Aufſtand verurteile und nichts mit ihm zu tun habe. Zur Stützung ihrer Angabe verwies ſie darauf, daß vornehmlich deutſche und polniſche Spartakiſten die Hand im Spiele gehabt hätten. Traf dies zu, hätte erwartet werden dürfen, daß die polniſche Regierung bei der Niederſchlagung des Aufſtandes dadurch tatkräftige Hilfe geleiſtet hätte, daß ſie den Zugang aus Kongreßpolen unterband. Denn der Bolſchewismus bedrohte Polen noch mehr als Deutſchland. Ganz im Gegenſatz hierzu hatten die polniſchen Organe an der Grenze die Putſchiſten in wirkſamſter Weiſe verſtärkt, ihren Grenzübertritt nach Oberſchleſien gefördert und das Verſchleppen von deutſchen Gefangenen und Geiſeln nach Polen und in die Feſtung Krakau nicht gehindert. Die polniſche Regierung iſt hiergegen nicht eingeſchritten. Nach einer offiziellen polniſchen Aufſtellung, die in öffentlichen Blättern erſchien, ſind bei erſten Aufſtand auf polniſcher Seite eingeſetzt worden: 11 000 Mann, 10 000 Gewehre, 1,5 Millionen Patronen, 10 000 Handgranaten und 500 Revolver. Dieſe Materialzahlen beziehen ſich ſicher nur auf das, was eine offizielle polniſche Stelle geliefert hatte. Korfanty, der Organiſator des 2. und 3. Aufſtandes, hat ſpäter angegeben, daß er dringend von dieſem erſten Aufſtande abgeraten hätte, weil er ihn im Hinblick auf den deutſchen Grenzſchutz als ausſichtlos gehalten habe, man habe aber nicht auf ihn gehört. Mit einer mißglückten Tat will man bekanntlich nicht gern etwas zu tun haben. Wohl mögen die ſpartakiſtiſch-kommuniſtiſchen Umtriebe und nachfolgenden Streiks eine Grundlage für den Aufſtand gebildet haben, aber ebenſo feſt ſteht, daß die nationalpolniſchen Elemente ſich ihnen verabredetermaßen von vornherein anſchloſſen und ſie ausnutzten, um ihre politiſchen Ziele zu verfolgen. Nachdem dann dieſer mit Hilfe der Spartakiſten geglückt war, ſollte ſofort eine bis ins kleinſte vorbereitete polniſche Verwaltung die Macht ergreifen. Die militäriſch ausgebildeten Vereine ſollten möglichſt mit Unterſtützung polniſcher Truppen die Spartakusbewegung ſowie deutſche Rückeroberungsverſuche unterdrücken. Hierzu hatte eine weitverzweigte polniſche Organiſation, die beiſpielsweiſe

die Rekrutierung von polniſchen Regimentern aus den Kreiſen Kattowitz und Rybnik vorſah, den Aufſtand militäriſch und politiſch gründlich vorbereitet. Der Mißerfolg trat aber ein, weil es nicht gelang, den Aufruhr überall gleichzeitig zum Aufflammen zu bringen und er daher niedergeſchlagen werden konnte. Da gerade der Pole aus ſeiner eigenen ſchmerzhaften Geſchichte wiſſen mußte, daß irreguläre Banden auf die Dauer kaum Ausſicht gegen reguläre Truppen haben, war er aber auch von vornherein zum Scheitern verurteilt. So iſt es nicht recht verſtändlich, weshalb er, dem dies doch auch bekannt ſein mußte und der die Abſtimmung unter den polenfreundlichſten Auſpizien vor ſich ſah, dieſes Blutvergießen in Szene geſetzt hat. Darüber hinaus aber verſuchte man, auch dieſen eingehend vorbereiteten, allerdings ſchlecht durchgeführten Verſuch als einen plötzlichen Verzweiflungsausbruch des von den deutſchen Behörden und dem Grenzſchutz gequälten Volkes hinzuſtellen. Belagerungszuſtand und Grenzſchutz aber ſicherten doch gerade die ſchwer gefährdeten großen oberſchleſiſchen Wirtſchaftswerte und damit erſt recht die Bevölkerung, ihre Wohlfahrt und Ernährung. Das Groß-Polentum arbeitete von außen her lange vorher an der Losreißung Oberſchleſiens. Es wurde auch geſagt, daß übereifrige Polenführer deshalb losgeſchlagen hätten, weil ſie die Zeit ihres Herrſchaftsantritts nicht erwarten konnten. Die nach Kongreßpolen geflüchteten Oberſchleſier ſollen beſonders ſcharf für ein rechtzeitiges Losſchlagen vor der Ententebeſetzung eingetreten ſein, ſie fürchteten, wie auch die noch im Lande befindlichen polniſch Geſinnten, bei einem Verbleiben Oberſchleſiens bei Deutſchland um Stellung, Hab und Gut. Dieſe wollte man ſich ſichern, mochte es auch noch ſo viel Blut des oberſchleſiſchen Volkes koſten. Vielleicht trifft auch die Anſicht zu, daß den polniſchen Führern die Oberſchleſier noch zu deutſchfreundlich erſchienen und daher das Ergebnis der Abſtimmung zweifelhaft war. Sie wollten daher das deutſche Militär durch den Aufruhr zwingen, die Waffen zu gebrauchen, um die Bevölkerung gegen die Deutſchen aufzupeitſchen. Das vergoſſene Bruderblut ſollte Märtyrer und Agitationsſtoff für die polniſchen Hetzer zum Abſtimmungskampfe ſchaffen. Das mußte natürlich vor der bevorſtehenden Übernahme, der Souveränität des Landes durch die interalliierte Regierungskommiſſion (I.K.) geſchehen, die bekanntlich die Abſtimmung, geſtützt auf interalliiertes Militär, vorbereiten und leiten ſollte. Die ſtarke Verminderung des deutſchen Militärs ſowie die große Streikbewegung ließen den Zeitpunkt beſonders günſtig erſcheinen. Wäre der Sieg aber doch den Polen zugefallen, ſo hätte das befreundete und verbündete Frankreich es doch

wohl durchgeſetzt, daß die vollendete Tatſache anerkannt und Oberſchleſien entſprechend dem Vertragsentwurf vom 7. Mai 1919 behandelt wurde. Die läſtige Abſtimmung hätte ſich dann erübrigt.

Wie im Kriege ſuchte die feindliche Propaganda den Spieß umzudrehen. Ein gehäſſiger Verleumdungsfeldzug ſetzte gegen den Grenzſchutz ein. Eine nach Oberſchleſien entſandte interalliierte Militärmiſſion, mit beſchämend weitgehenden Vollmachten ſeitens der Berliner Regierung ausgerüſtet, mußte aber doch feſtſtellen, daß die Polen die größere Schuld treffe. Ihre Tätigkeit hat aber zur Beruhigung beigetragen. Ein Amneſtievertrag gab Straffreiheit für alles, was im Zuſammenhange mit dem Aufruhr ſtand und nicht gemeines Verbrechen war.

Es ſei hier eingeſchaltet, daß der amerikaniſche Oberſt Goodyear, Chef der interalliierten Kohlenkommiſſion, ſich tatkräftig und erfolgreich für die Befreiung der von den Polen verſchleppten Deutſchen eingeſetzt hatte, wodurch er viel Gutes geſchaffen hat.

Daß der Aufſtand trotz ſorgfältiger Vorbereitungen, trotz des Fanatismus, der die Aufrührer beſeelte, ſo ſchnell niedergeſchlagen werden konnte, iſt der tadelloſen Haltung, der Tapferkeit und Entſchloſſenheit der oft auf verlaſſenem Poſten in geringer Zahl bis zur letzten Patrone kämpfenden Grenzſchutztruppen (Reichswehr, Freikorps, Marinebrigaden) und der Korpsreſerve ſowie der in jeder Hinſicht umſichtigen und energiſchen Leitung durch ihre Führer zu danken. Gleiches Lob gebührt den örtlichen Polizeiorganen, die in oft verzweifelten Lagen mutvoll ihre Pflichten erfüllten. Makellos iſt das Bild, das ſie alle geboten. Nicht mehr Begeiſterung, ſondern nur Pflichtbewußtſein in vaterländiſch furchtbar trüber Zeit ließ ſie, bis zuletzt ſich ſelbſt getreu, Leib und Leben fürs Vaterland einſetzen zum Schutze ihrer deutſchen Brüder, deutſchen Landes und deutſcher Ehre. Krieg im eigenen Lande gegen Landsleute führen, bedeutet ſchwerſte Belaſtung. Höchſte Anforderungen werden geſtellt, ſchmerzlichſte Pflicht iſt zu erfüllen! Etwa hundert brave deutſche Männer hatten bei dieſem Aufſtande ihren Tod gefunden, viele waren verwundet worden. Dieſes hohe Opfer iſt aber nicht umſonſt gebracht worden, denn der Überfall auf Oberſchleſien iſt wuchtig abgeſchlagen worden. Es iſt dadurch davor gerettet worden, daß die Polen die erſtrebte vollendete Tatſache ſchaffen konnten, die ſie der Entente für ihren Anſpruch auf Oberſchleſien als Beweismittel bieten wollten. Ein ſchöner Erfolg war es auch, daß die arme gequälte deutſche Bevölkerung in kurzer Zeit von ihren Peinigern befreit werden konnte. Dank und Ehre gebührt allen, die dazu beigetragen haben, dieſe Ziele zu erreichen.

Den Gegnern von damals, die ſauber die Waffen geführt, bezeigen wir ritterlich die Achtung, die denen gebührt, welche geleitet von patriotiſchen Gefühlen für ihr Volk und Vaterland ihr Leben einſetzten.

Nach der Niederwerfung des Aufſtandes trat eine Neueinteilung der militäriſchen Abſchnitte ein. Das hochbewährte Freikorps Haſſe in dem abgelegenen Zipfel Rybnik—Pleß trat unter Befehl der Reichswehr-Brigade Nr. 6, die ihr Stabsquartier in Raudten bei Ratibor hatte. Die Marine-Brigade Ehrhardt wurde nach Oberſchleſien gelegt und auch Baltikumer kamen dorthin. Die folgende Zeit verlief ruhig.

Am 14. Oktober 1919 wurde Oberſchleſien eine geſonderte preußiſche Provinz. Damit flaute der innere Kampf um die Zukunft des Landes in der deutſch-oberſchleſiſchen Bevölkerung ab. Jetzt wurde auch die Leitung der „Freien Vereinigung“ wegen der bevorſtehenden interalliierten Beſetzung von Oppeln nach Breslau verlegt. Dort wirkte ſie im Verein mit anderen Organiſationen als „Vereinigte Verbände heimattreuer Oberſchleſier“ weiter und hat recht Gutes für die Vorbereitung und die Durchführung der Abſtimmung geleiſtet. Auch nach Errichtung der Provinz Oberſchleſien und nach Steigerung der Not durch den erſten Aufſtand konnte nur eine teilweiſe Einigung der deutſchen Parteien erzielt werden. Das Problem der oberſchleſiſchen Propaganda war die Zuſammenfaſſung aller deutſch geſinnten Bewohner. Hörſing ſcheiterte vornehmlich, weil er ſie auf ſeine ſozialdemokratiſche Partei aufbauen wollte. Nach Abſchluß der Ära Hörſing iſt derſelbe Fehler gemacht worden, die deutſche Propaganda vornehmlich auf das Zentrum zu gründen. Erſt der Druck der interalliierten Beſetzung und die weiteren Aufſtände haben ſpäter eine Einheitsfront der Deutſchen in Oberſchleſien von rechts und links zuſtande gebracht.

Staatskommiſſar Hörſing hatte trotz ſtarken Widerſpruches durchgeſetzt, daß die oberſchleſiſchen Gemeindewahlen im November 1919 ſtattfanden. Dieſe ganz unzeitgemäßen Wahlen brachten zahlreiche Gemeinden in die polniſche Hand, wodurch die deutſche Sache recht erheblich geſchädigt wurde, denn dieſe Gemeinden gingen auch bei der Abſtimmung dem Deutſchtum verloren, was vielleicht dadurch hätte gebeſſert werden können, daß die deutſche Propaganda ſtärker in die gefährdeten Dörfer gelegt wurde. Das Eintreten für die verfehlten Gemeinderatswahlen, Mißgriffe als Propagandaleiter für die Abſtimmung, dies auch durch die Wahl ungeeigneter Mitarbeiter, verſtärkten die Widerſtände gegen den Reichs- und Staatskommiſſar Hörſing erheblich. Er zog es daher vor, noch vor dem Eintreffen der interalliierten

Regierungskommiſſion von ſeinem Poſten zurückzutreten. Er wurde dann Oberpräſident der Provinz Sachſen und ſpäter übernahm er auch die Leitung des Reichsbanners. In dieſen Stellen war er wieder voll und ganz normaler, fanatiſcher Sozialdemokrat.

Nachdem endlich die Ratifizierung des Verſailler Diktats durch alle beteiligten Mächte erfolgt war, begann Ende Januar 1920 die zonenweiſe Räumung des Abſtimmungsgebietes durch die deutſchen Truppen, die durch interalliierte Truppen (Franzoſen, Engländer, Italiener) erſetzt wurden.

Reichswehr, Freikorps und Marinebrigaden konnten Oberſchleſien mit dem Bewußtſein verlaſſen, das ihnen anvertraut geweſene Land vor dem gleichen Schickſal wie Poſen und Weſtpreußen bewahrt und es in geordnetem Zuſtande den neuen Machthabern übergeben zu haben. Heimat- und Vaterlandsliebe, betätigt durch opferwillige Wehrhaftigkeit und todesmutige Tapferkeit, waren bei ihnen in ſchändlichſter Zeit allmählich wieder voll zu Ehren gekommen.

Anlage 1.

Die Truppen, die am 11. Januar 1919 zur Verfügung der 117. Inf.Div. ſtanden:

I.

117. Inf.Div. ſelbſt:

Truppenteil	Führer	Unterkunft
Stab 117. I.D.	Generalmajor Hoefer	Gleiwitz
Stab 233. I.B.	Oberſt Dey	Zawiſc (ſüdweſtl. Nicolai)
Gr.R. 11	Major Lange	Beuthen
I. Batl.	Hptm. d. R. Flögel	Myslowitz
II. Batl.	Hptm. d. R. Schäffer	Schoppinitz
III. Batl.	Hptm. d. R. Neugebauer	Naklo-Neudeck (öſtl. Tarnowitz)
I.R. 157	Major Bracht	Tichau
I. Batl.	Major von Simon	Pleß
III. Batl.	Hptm. Braune	Loslau (ſüdl. Rybnik)
I.R. 450	Major Kaulbach	Tarnowitz
I. Batl.	Hptm. von Winterfeld	Tarnowitz
II. Batl. (ohne 6.)	Hptm. Rohde	Beuthen
6. Komp.	—	Rybnik
1. Kür. 8	Ltn. Böhm	Königshütte
Stab Arko 117	Oberſtlt. Krimler	Königshütte

Truppenteil	Führer	Unterkunft
F.A.R. 233	Major Splettſtößer	Beuthen
Stab I. Abtg.	Major Aldenhoven	Marienhof (dicht nördl. Kattowitz)
1. Battr.	—	Ornontowitz (weſtl. Nicolai)
2. Battr.	—	Zawodzie (dicht öſtl. Kattowitz)
3. Battr.	—	Myslowitz
6. Battr.	—	Wyrow (ſüdl. Nicolai)
8. Battr.	—	Preußengrube (weſtl. Bobrek)
L.M.K. 1068	—	Ornontowitz (weſtl. Nicolai)
Fuß-A.Batl. 88	Hptm. Weimer	Schönwald (ſüdl. Gleiwitz)
1. u. 2. Battr.	—	Schönwald (ſüdl. Gleiwitz)
Battr.Kol. u. 3. Battr.	—	Dt.-Zernitz (ſüdweſtl. Gleiwitz)
4. Battr.	—	Carlshof (dicht ſüdl. Carnowitz)
Pi.Komp. 233	Ltn. Zumbruch	Heinitzgrube (ſüdöſtl. Beuthen)
Diwferna 117	Ltn. Frhr. von Maltzahn	Gleiwitz
Bauzug Hanke	—	Roſdzin (öſtl. Kattowitz)
Diwfua 187	Ltn. Kothe	Gleiwitz

II.

Zugeteilte Truppen:

Truppenteil	Führer	Unterkunft
J.R. 156	Oberſtlt. Keil	Beuthen
I. Batl.	Hptm. Traumann	Beuthen
II. Batl.	Oberlt. Borowietz	Beuthen
III. Batl.	Hptm. Bieder	Beuthen
J.R. 51	Major von Sommerfeld	Schleſiengrube (nordw. Königsh.)
I. Batl.	—	Schleſiengrube (nordw. Königsh.)
II. Batl.	—	Lipine
III. Batl.	—	Morgenrot (weſtl. Lipine)
Det. von Aulock	Oberlt. von Aulock	Miechowitz, Bobrek, Preußengrube
Reſ.Jäg.Batl. 11	Hptm. von Chappuis	Königshütte
Radf.Batl. 6	Rittm. Frhr. von Berchem	Schwientochlowitz, Bismarckhütte
Ulanen-R. 2	Oberſtlt. von Pappritz	Rybnik
1. Esk.	—	Rybnik
4. Esk.	—	Pleß
E./Jäg. z. Pf. 11	—	Beuthen
3./F.A.R. 42	—	Schleſiengrube
I./J.R. 19	—	Nicolai und Laurahütte
II./J.R. 19	Major Nemſt	Rybnik
Flieg.Abtg. B.	Rittm. Oernen	Gleiwitz

Anlage 2.

Die Truppen, die am 23. Mai 1919 zur Verfügung der Kl.Rw.Brig. 32 (117. J.D.) ſtanden:

II.

Kleine Reichswehr-Brigade Nr. 32 (117. J.D.) ſelbſt:

Truppenteil	Führer	Unterkunft
Stab Kl.Rw.Brig. 32 (117. J.D.)	Generalmajor Hoefer	Gleiwitz
Inf.Führ. 32 (233. J.Brig.)	Oberſt v. Gottberg	Beuthen
J.R. 63 (Gr.R. 11) zuſammengeſt. aus: Gr.R. 11, J.R. 156 u. R.Jäg.Batl. 11 zu 3 Batln. zu je 3 Kp. u. je 1 M.G.Kp.	Oberſt von Gottberg	Gardawitz (ſüdweſtl. Nicolai)
I. Batl.	Major Koſegarten	Nicolai und Gegend
II. Batl.	Major von Ziegler (ſtellv. Regts.Führer)	Orzeſche (ſüdweſtl. Nicolai)
III. Batl.	—	Pleß
J.R. 64 (J.R. 157) zuſammengeſt. aus: J.R. 157, J.R. 450 u. O.S.Ld.Jäg.K. z. 3 Batl. zu je 3 Kp. u. je 1 M.G.Kp.	Oberſtlt. von Cramer	Piasnicki (zw. Königsh. u. Lipine)
I. Batl.	Hptm. Wenzel	Königshütte und Gegend
II. Batl.	—	Beuthen
III. Batl.	Hptm. Hartlaub	Gleiwitz und Gegend
A.Führ. 32	Oberſtlt. Krimler	Gleiwitz
L.F.A.R. 32 (F.A.R. 233)	Major Bracht	Gleiwitz
I. Abtg. (4 Battr.)	Major Aldenhoven	Gleiwitz
Stab Euler	—	Gleiwitz
Battr. Schürmeyer	—	Beuthen
L.M.Kol. 1068	—	Gleiwitz
Kol. Frankenberg	—	Gleiwitz
Brig.Fernſpr.Abt. 232 (Divfern. 117)	Ltn. Frhr. von Maltzahn	Gleiwitz
Brig.Fu.Abt. 332 (Divfun. 187)	Ltn. Schönermark	Gleiwitz
Divkonach.Pi.Batl. (Pico 233)	Ltn. Zumbruch	Gleiwitz und Coſel

II.

Zugeteilte Formationen:

Truppenteil	Führer	Unterkunft
Grzſch. R. v. Cramer zuſammengeſt. aus: den nicht i. d. Reichswehr übern. Leuten d. bish. Formation.	Oberſtlt. von Cramer	Piasnicki (zw. Königsh. u. Lipine)
Grzſch.Btl. Gr.R. 11	—	Beuthen und Gegend
Grzſch.Btl. J.R. 450	Hptm. Rohde	Radzionkau (zw. Beuthen und Tarnowitz)
Grzſch.Btl. J.R. 157	Major Madlung	Schleſiengrube
Frw.Jäg.K. Chappuis	Hptm. von Chappuis	Panewnik (nördl. Nicolai)
Ulanen-R. 2	Oberſtlt. von Pappritz	Gleiwitz
2. u. 4. Esk.	—	Pleß
Grzſch.Flieg.Abt. 401	Hptm. Reinicke	Gleiwitz
Kampfw.Abt. Süd	Ltn. Kirnitz	Gleiwitz
R.J.R. 19 (O.F.R.)	Oberſt Hoffmann	Kattowitz
I. Batl.	Hptm. Kintſcher	Myslowitz und Gegend
II. Batl.	Hptm. d. L. von Chappuis	Schoppinitz und Gegend
III. Batl.	Major Lange	Kattowitz
Freiw.Esk.	Ltn. Fitzner	Imielin (ſüdl. Myslowitz)
Freiw. Volkswehr	Major von Verſen	Gleiwitz
1. u. 4. Komp.	—	Gleiwitz und Rybnik
II. Batl.	—	Beuthen und Königshütte
III. Batl.	Hptm. Rangen	Kattowitz, Myslowitz, Nicolai
Marſch-Batl.	Rittm. Piſchel	Miechowitz (weſtl. Beuth.) u. Gegd.
Freikorps Haſſe	Oberſt Haſſe	Rybnik
R. Haupt	Oberſtlt. Haupt	Rybnik
Batl. Petri	Major Petri	Rybnik
Batl. Alemann	Major von Alemann	Loslau und Gegend
Batl. Reichenbach	Hptm. von Reichenbach	Goldmannsdorf (weſtl. Pleß) u. Gg.
Battr. Schmeden	—	Pſchow
Kav.Abt. Poehl	Rittm. Poehl	Sohrau (ſüdöſtl. Rybnik)
Garde-Gren.R. 5	—	Ratibor

Anlage 2a.

Die Truppen, die Ende Juli 1919 der Kl. Rw.Brig. 32 (117. J.D.) zur Verfügung ſtanden:

I.

Kl. Rw.Brig. 32 (117. J.D.) ſelbſt:

Truppenteil	Führer	Unterkunft
Stab Kl.Rw.Brig. 32 (117. J.D.)	Generalmajor Hoefer	Gleiwitz
J.Führer 32 (233. J.Brig.)	Oberſt Heuck	Beuthen
J.R. 63	Oberſt von Gottberg (Oberſtlt. von Enkevort)	Miechowitz (weſtl. Beuthen)
I. Batl.	Major Ziegler	Neudeck (öſtl. Tarnowitz)
II. Batl.	Hptm. von Chappuis	Königshütte und Gegend
III. Batl.	Hptm. Bieder	Beuthen und Gegend
J.R. 64	Major Kaulbach	Kattowitz
I. Batl.	Major Madlung	Myslowitz und Gegend
II. Batl.	Major Fritſch	Schoppinitz und Gegend
III. Batl.	Hptm. Hartlaub	Gleiwitz
Volkswehr Batl. O.S.	Rittm. Piſchel	Beuthen, Hindenburg, Kattowitz, Gleiwitz
Rhein. Reit.R.	Major Frhr. von Schilling	Urbanowitz (ſüdöſtl. Tichau) und Gegend
Esk. 32 (1. Jäg.z.Pf.)	—	Neuhof bei Pſchow
Stab A.Führ. 32	Oberſtlt. Krimler	Gleiwitz
L.A.R. 32	Oberſtlt. Krimler	Gleiwitz
I. Abt.	Major Aldenhoven	Kattowitz, Beuthen, Paprotzan (ſüdl. Tichau)
II. Abt.	Major Materne	Gleiwitz
Brig.Nachr.Abt. 132	Hptm. von Knobelsdorf	Gleiwitz
Brig.Fernſpr.Abt. 232	—	Gleiwitz
Brig.Funk-Abt. 332	Ltn. Schönermark	Gleiwitz
L.Kampfw. u. Kraftwagen-Werkſt.Zug	Ltn. Kirniß	Gleiwitz
Sankazug	—	Gleiwitz
Pi.Batl. 32	Ltn. Zumbruch	Coſel
Ausbildungs-Batl.	—	Trebnitz u. Zirkwitz (nördl. Breslau)

II.

Zugeteilte Formationen:

Truppenteil	Führer	Unterkunft
Freikorps Haſſe	Oberſt Haſſe	Rybnik
R. Haupt	Oberſtlt. Haupt	Rybnik
I. Batl.	Major Petri	Pleß und Pawlowitz (weſtl. Pleß)
II. Batl.	Major von Alemann	Rybnik und Gegend
III. Batl.	Hptm. von Reichenbach	Loslau, Goldmannsdorf u. Gegend
Kav.Abt. Poehl	Rittm. Poehl	Sohrau
Radf.Abt.	—	Sohrau
Det. Tüllmann	Oberſtlt. Tüllmann	Emanuelsſegen (nordöſtl. Nicolai)
R. Coſter	Major Coſter	Nicolai
I. Batl.	—	Nicolai, Wyrow (ſüdl. Tichau), Kattowitz
II. Batl.	—	Radzionkau, Schleſiengrube u. Geg.
Kav.R.	—	Ornontowitz, Orzeſche und Gegend
F.A.Abt.	—	Petrowitz (nordöſtl. Nicolai) und Gegend
S.A.Abt.	—	Nicolai und Gegend
Pi.Komp.	—	Emanuelsſegen
Nachr.Abt.	—	Giſchewald (ſüdweſtl. Myslowitz)
Kw.Kol.	—	Emanuelsſegen
III./Rw.R. N.Schl.	Major von Oebſchütz	Katſcher und Gegend
Erſ.J.Batl. (Grenzſch.Batl.)	Hptm. von Schweinitz	Ratibor (bald aufgelöſt)
Dieſe beiden Batl. bildeten das Erſ.J.R. 4 unter		Oberſtlt. Dennert, Bauerwitz
Erſ.Kav.Zug 6	—	Pleß
Panzer-Zug 32	Oberlt. Gomlicki	Gleiwitz
Gru.K.K. 232	—	Paruſchowitz (dicht öſtl. Rybnik)
Heifuſta	—	Kattowitz
A.Flieg.Staffel 129	—	Gleiwitz
Feldpoſt 859	—	Gleiwitz

Anlage 3.

Überſicht der Truppen, die in der Zeit von Anfang Dezember 1918 bis Anfang Februar 1920 unter dem Befehl der 117. Infanterie-Diviſion, ſpäteren Kleinen Reichswehr-Brigade Nr. 32 (117. J.D.) geſtanden haben:

Formation	Unterſtellt der 117. J.D. bzw. Kl. Rw.Brig. 32 (117. J.D.) von	bis
Gr.R. 11 (Rw.R. 63)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
J.R. 157 (Rw.R. 64)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
J.R. 450 (Rw.R. 64)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)

Unterſtellt der 117. J.D. bzw. Kl. Rw.Brig. 32 (117. J.D.)		
Formation	von	bis
F.A.R. 233 (l. A.R. 32)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
Pico 233 (Pi.Batl. 32)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
Divferna (Brig.Fe.A. 132)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
Divfunka (Brig.Fua. 332)	aus dem Felde	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
1. Kür. 8	aus dem Felde	1. 4. 19
Fuß-A.Batl. 88	aus dem Felde	3. 3. 19
J.R. 156 (Rw.R. 63)	15. 12. 18	11. 2. 20
R.Jäg.Batl. 11 (Rw.R. 63) (v. Chappuis)	15. 12. 18	31. 7. 19
Radf.Batl. 8, 2. Komp.	15. 12. 18	2. 5. 19
Radf.Batl. 8, 4. Komp.	15. 12. 18	12. 7. 19
Flieg.Abt. B (1. Zug) R.Flieg.Horſt Brieg	15. 12. 18	3. 2. 20 (Räumung O.S.)
3. F.A.R. 42	29. 12. 18	24. 1. 19
J.R. 51	29. 12. 18	24. 1. 19
Ul.R. 2	28. 12. 18	8. 7. 19
Det. von Aulock	28. 12. 18	6. 5. 19
J.R. 19	5. 1. 19	20. 1. 19
II./J.R. 62	15. 1. 19	27. 1. 19
R.J.R. 19 (O.S.Frw.Korps)	22. 1. 19	31. 7. 19
Freikorps Haſſe	26. 1. 19	26. 8. 19
1. Jäg.R. z. Pf. 11 (Esk. 32)	15. 2. 19	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
Feldpoſtſt. 859	15. 2. 19	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
R.J.R. 6 (Rw.R. 64) (O.S.Landjäg.Kps.)	20. 2. 19	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
Freiw. Volkswehr	21. 3. 19	20. 9. 19
Panzerzug 32	15. 4. 19	3. 2. 20 (Räumung O.S.)
Div.K.K. 100 (Brig.K.K. 32)	16. 4. 19	11. 2. 20 (Auflöſ. der Brig.)
Erſ.J.R. 4 (Abſchn. Bauerwitz)	7. 5. 19	26. 8. 19
III./Rw.R. Niederſchleſien	7. 5. 19	8. 8. 19
1. F.A.R. 57	7. 5. 19	30. 6. 19
1. Leib-Garde-Huſ.	13. 5. 19	3. 7. 19
Garde-Gren.R. 5	13. 5. 19	3. 7. 19
GrenzſchR. von Cramer	29. 5. 19	31. 7. 19
3. Flak 6	8. 6. 19	14. 7. 19
8,8 cm-E.Flak-Battr.	8. 6. 19	14. 7. 19
Heſſ.Thür.Wald.Freik.	12. 6. 19	1. 8. 19
Scheinwerferzug 6	18. 6. 19	18. 8. 19
Dt. Tüllmann	18. 6. 19	24. 1. 20
Huſ. 12	18. 6. 19	15. 10. 19
Rhein.Reit.R.	20. 6. 19	2. 2. 20 (Räumung O.S.)
Det. Eulenburg	20. 6. 19	3. 7. 19
Mun.Kol. 1223 (Feldkol. 44)	28. 6. 19	19. 1. 20
Mun.Kol 1224 (Feldkol. 45)	28. 6. 19	19. 1. 20
Mun.Kol. 1234	28. 6. 19	3. 7. 19
Schw.A. 7	1. 7. 19	10. 7. 19
2. Flak-A. 6	6. 7. 19	14. 7. 19

Unterſtellt der 117. J.D. bzw. Kl. Rw.Brig. 32 (117. J.D.)

Formation	von	bis
Geb.Maſch.Gew.Abt. 201	31. 7. 19	22. 8. 19
3. Marine-Brig.	2. 8. 19	31. 1. 20 (Räumung O.S.)
Brig.K.K. 58	2. 8. 19	10. 10. 19
Geb.A.Abt. 1	3. 8. 19	4. 9. 19
Kampfwag.Abt. 103	15. 8. 19	19. 1. 20
Tech.Komp. VI. A.K.	15. 8. 19	25. 8. 19
Sanka-Zug 5	15. 8. 19	1. 2. 20
I./Rw.R. Niederſchleſien	18. 8. 19	26. 8. 19
Rw.R. 53	19. 8. 19	23. 1. 20
Rw.R. 28	19. 8. 19	2. 10. 19
Panzerzug 24, 38 u. 50	20. 8. 19	4. 9. 19
Panzerzug 39	20. 8. 19	20. 11. 19
Rw.R. 11	20. 8. 19	4. 9. 19
Rw.R. 12	20. 8. 19	4. 9. 19
Drag. 8	20. 8. 19	4. 9. 19
Det. Klewitz	24. 8. 19	17. 9. 19
Tech.Abt. d. Rw.Gr.Kdos.	26. 8. 19	5. 9. 19
2. Marine-Brig.	26. 8. 19	2. 10. 19
Maſch.Gew.Schütz.Abt. Petersdorf	26. 8. 19	2. 10. 19
K.K. 10	27. 8. 19	11. 10. 19
Kav.R. 26 (115)	28. 8. 19	23. 1. 20
Fuß-A.Batl. 54	28. 8. 19	25. 11. 19
Luftſch.Abt. 29	28. 8. 19	3. 12. 19
2./F.A.R. 19	28. 8. 19	7. 10. 19
3./II. Garde-Fuß-A.	30. 8. 19	30. 9. 19
Sanka-Zug 4	30. 8. 19	10. 12. 19
Rw.R. 30	31. 8. 19	20. 10. 19
Rw.R. 20 (einſchl. 56, dann Det. Eckhardt)	31. 8. 19	28. 1. 20
Park-Kol. 1 u. 3	31. 8. 19	12. 10. 19
Fuß-A.Batl. 1	31. 8. 19	25. 11. 19
Erſ.Kav.Zug 6	4. 9. 19	10. 9. 19
Kampfwag.Zug 6	9. 9. 19	25. 10. 19
2./Fuß-A. 22	15. 9. 19	20. 11. 19
Kav.R. 3	20. 9. 19	20. 11. 19
II./Rw.R. 29	22. 9. 19	4. 12. 19
II./Rw.R. 95	15. 10. 19	28. 11. 19
Rw.R. 104	18. 10. 19	30. 1. 20 (Räumung O.S.)
Gr.K.K. 217	19. 11. 19	14. 1. 20
Gr.K.K. 218	19. 11. 19	24. 1. 20
Brig.K.K. 53	20. 11. 19	21. 1. 20
III./Freik. Faupel	22. 11. 19	30. 1. 20 (Räumung O.S.)
I./Freik. Faupel	3. 12. 19	30. 1. 20 (Räumung O.S.)
Stab Freik. Faupel	3. 12. 19	30. 1. 20 (Räumung O.S.)
Pi.Komp. Freik. Faupel	4. 1. 20	30. 1. 20 (Räumung O.S.)
Batl. Widdendorf	4. 1. 20	31. 1. 20 (Räumung O.S.)

Anlage 4.

Deutſche Männer! Zu den Waffen!

Unſer Schleſien iſt in ſchwerer Gefahr! Schleſien, deſſen Bodenſchätze für ganz Deutſchland wichtigſte Lebensbedingung. Furchtbares Schickſal droht den ſchleſiſchen Deutſchen! Hier ſchnell zu helfen, iſt dringendſte patriotiſche Pflicht. Retten kann nur mannhafte Tat! Wehrhafte Deutſche mit echter Vaterlands- und Heimatliebe gehören jetzt nicht nach Haus, ſondern unter die Waffen, an Schleſiens Grenzen!

Die 117. Infanterie-Diviſion iſt zum Schutze Schleſiens beſtimmt.

Deutſche Männer mit begeiſtertem Herzen tretet ein in ihre Reihen, um die bedrängten Volksgenoſſen, um Deutſchlands Wirtſchaftsleben und Deutſchlands Freiheit zu ſichern!

Aber handelt ſchnell und kommt bald; denn es geht um Eure und Eurer Kinder Zukunft. Meldet Euch zum Eintritt in die Regimenter der Diviſion.

Vorbedingung: Abgeſchloſſene militäriſche Ausbildung und feſter Wille zur altbewährten Manneszucht.

Gewährt wird: Mobile Löhnung und Verpflegung, ſowie täglich fünf Mark Grenzſchutzzulage.

Verſorgung: Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienſt herangezogen im Sinne der Militär-Verſorgungsgeſetze. Die Anſprüche auf Familienunterſtützung laufen weiter und werden neu begründet, die freiwillige Dienſtzeit rechnet für Invaliden- und Altersverſicherung wie im aktiven Heere.

Werbeſtellen befinden ſich in: Gleiwitz, Orzeſche, Beuthen O.S., Tarnowitz. Auskunft an den Bahnhöfen. Fahrſcheine ſind bei der nächſten Militärdienſtſtelle zu beantragen. Militärpapiere und Entlaſſungsuniform — die vergütet wird — mitbringen.

Gleiwitz, im Januar 1919.

Der Diviſions-Kommandeur
Hoefer
Generalmajor.

Anlage 5.

An die Bevölkerung des oberſchleſiſchen Induſtriebezirks!

Die Grenzſchutztruppen folgten und folgen dem Befehl der Volksregierung.

Das von Teilen der Bevölkerung Oberſchleſiens der Truppe entgegengebrachte Mißtrauen und die an einzelnen Stellen gezeigte feindſelige Haltung gegen die Truppe iſt durchaus ungerechtfertigt.

Dem Grenzſchutzſoldaten liegt jede Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeiter fern.

Politiſche Agitationen und wirtſchaftliche Bewegungen gehen ihn nichts an.

Seine Aufgabe beſteht im Schutz des oberſchleſiſchen Induſtriebezirks gegen Angriffe von außen. Ohne die Erzeugniſſe Oberſchleſiens müßten viele Millionen Volksgenoſſen frieren und hungern.

Er hat aber auch das Land vor Plünderungen und Verwüſtungen zu ſchützen, damit nicht durch Unverſtand, Haß und deutſchfeindliche Geſinnung unermeßliche Werte und Arbeitsgelegenheiten für hunderttauſende von Familienvätern ſinnlos vernichtet werden.

Er arbeitet im Einvernehmen mit allen A.- und S.-Räten, welche ſich auf Seite der Ordnung ſtellen und wird dieſe in jeder Weiſe unterſtützen.

Alſo zeigt der Grenzſchutztruppe kein unberechtigtes Mißtrauen, ſondern kameradſchaftliches und freundſchaftliches Entgegenkommen, wie es jeder Soldat in herzlicher Weiſe der Zivilbevölkerung entgegenbringt.

Grenzſchutzkommando Gleiwitz
Hoefer
Generalmajor.

Anlage 6.

Verkündung des Belagerungszuſtandes über die Kreiſe (Gemeinden) .....

Auf Grund des Geſetzes über den Belagerungszuſtand werden die obengenannten Bezirke in Belagerungszuſtand verſetzt. Dieſer hat folgende Wirkungen:

1. Die Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 30 und 36 der preußiſchen Verfaſſungsurkunde werden außer Kraft geſetzt.
2. Die vollziehende Gewalt geht auf die Militärbefehlshaber über, deren im Einvernehmen mit den Soldatenräten ergehenden Anordnungen und Aufträgen die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden Folge zu leiſten haben.

   Mit dieſer Maßgabe bleiben die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden im Zuſammenwirken mit den anerkannten örtlichen Arbeiterräten (Volksräten) in Tätigkeit.
3. Hausſuchungen und Verhaftungen können von den dazu berechtigten Behörden und Beamten zu jeder Zeit vorgenommen werden.
4. Alle Fremden, die ſich über den Zweck ihres Aufenthaltes nicht gehörig ausweiſen können, haben den in Belagerungszuſtand erklärten Bezirk ſofort zu verlaſſen. In Hotels, Wirtshäuſern oder Privatquartieren befindliche oder neueintreffende Reiſende haben ihre Ausweispapiere den Quartiergebern ſofort zu übergeben. Der Quartiergeber hat die Papiere innerhalb drei Stunden der zuſtändigen Polizeibehörde vorzulegen.
5. Verboten ſind Zuſammenrottungen, Umzüge und Verſammlungen unter freiem Himmel, auf Straßen, Plätzen, Gruben- und Fabrikhöfen und in Zechenhäuſern. Geſtattet ſind: Verſammlungen zu rein geſelligen oder kirchlichen Zwecken, ſowie für die Wahlen zur deutſchen und preußiſchen Nationalverſammlung; ferner die Mitgliederverſammlungen der Angeſtellten- und Beamtenvereinigungen, Gewerkſchaften Hirſch-Dunkerſchen Gewerkſchaften, chriſtlichen Gewerkſchaften, katholiſcher Fachvereine und polniſcher Berufsvereinigungen.

   In den ſtattfindenden Verſammlungen hat der Einberufer bzw. Leiter für Ruhe und Ordnung zu ſorgen, die Verſammlungsteilnehmer haben ſich ſeinen Anordnungen zu fügen.
6. Alle öffentlichen Lokale ſind um zehn Uhr abends zu ſchließen. Es wird Schankwirten verboten, Perſonen unter 16 Jahren, die nicht in Begleitung ihrer Eltern oder Vormünder ſind, in den Schankräumen zu dulden. Kinder unter 14 Jahren dürfen nach ſieben Uhr abends nicht auf der Straße ſein.

7. Verboten wird der Verkauf und das Führen von Waffen, Patronen, Pulver, Sprengſtoffen oder Handgranaten. Wer im Beſitz ſolcher Waffen oder Gegenſtände iſt, iſt verpflichtet, ſie bis zum 27. Januar abends 6 Uhr an die in den einzelnen Gemeinden eingerichteten, beſonders bekanntgegebenen Waffenabgabeſtellen abzuliefern.
8. Während der Dauer des Belagerungszuſtandes ſtehen alle Militärperſonen unter den Kriegsgeſetzen.
9. Die Gemeinden und örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte (Volksräte) werden innerhalb ihres Bezirks dafür verantwortlich gemacht, daß die vorſtehenden Anordnungen befolgt werden. Zu ihrer Durchführung iſt die tätige Mitwirkung der geſamten Bevölkerung erforderlich. Von ihrer vaterländiſchen Geſinnung wird erwartet, daß jedermann nach Kräften die militäriſchen Maßnahmen unterſtützt.
10. Auf die ſchweren Strafen in den §§ 8 und 9, b bis d des Geſetzes über den Belagerungszuſtand wird beſonders hingewieſen. Dieſe lauten:

§ 8.

Wer in einem in Belagerungszuſtand erklärten Orte oder Diſtrikte der vorſätzlichen Brandſtiftung, der vorſätzlichen Verurſachung einer Überſchwemmung oder des Angriffs oder des Widerſtandes gegen die bewaffnete Macht oder Abgeordnete der Zivil- oder Militärbehörden in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen verſehen ſich ſchuldig macht, wird mit dem Tode beſtraft. — Sind mildernde Umſtände vorhanden, ſo kann ſtatt der Todesſtrafe auf zehn- bis zwanzigjährige Zuchthausſtrafe erkannt werden.

§ 9.

Wer in einem in Belagerungszuſtand erklärten Orte oder Diſtrikte

b) ein bei Erklärung des Belagerungszuſtandes oder während desſelben vom Militärbefehlshaber im Intereſſe der öffentlichen Sicherheit erlaſſenes Verbot übertritt oder zu ſolcher Übertretung auffordert oder anreizt, oder
c) zu dem Verbrechen des Aufruhrs, der tätlichen Widerſetzlichkeit, der Befreiung eines Gefangenen oder zu anderen im § 8 vorgeſehenen Verbrechen, wenn auch ohne Erfolg, auffordert oder anreizt, oder
d) Perſonen des Soldatenſtandes zu Verbrechen gegen die Subordination oder Vergehungen gegen die militäriſche Zucht und Ordnung zu verleiten ſucht,

ſoll, wenn die beſtehenden Geſetze keine höhere Freiheitsſtrafe beſtimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr beſtraft werden.

Auch wird darauf hingewieſen, daß nach § 4 des Einführungsgeſetzes zum Strafgeſetz die in den §§ 81, 88, 90, 307, 311, 312, 315, 322, 323 und 324 des Strafgeſetzbuches für das Deutſche Reich mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen in den in Belagerungszuſtand erklärten Gebieten mit dem Tode zu beſtrafen ſind.

11. Weitere Anordnungen bleiben vorbehalten.

Dieſe Anordnung tritt ſofort in Kraft.

Gleiwitz, den ... Januar 1919.

Der Kommandeur
der 117. Infanterie-Diviſion
Hoefer.

Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat des oberſchleſiſchen Induſtriebezirks
I. A.: O. Hörſing, Vorſitzender.

Anlage 7.

Auszug aus den Friedensbedingungen der Alliierten und Aſſoziierten Regierungen vom 7. Mai 1919.

II. Teil Artikel 27.

Die Grenzen Deutſchlands.

6. mit der Tſchechoſlowakei: Die Grenze vom 3. Auguſt 1914 zwiſchen Deutſchland und Öſterreich von ihrem Treffpunkt mit der alten Verwaltungsgrenze zwiſchen Böhmen und der Provinz Ober-Öſterreich bis zu dem vorſpringenden Punkte der alten Provinz Öſterreichiſch-Schleſien im Norden, welcher ungefähr 8 km öſtlich von Neuſtadt liegt.
7. mit Polen: Von dem eben beſtimmten Punkt in nördlicher Richtung bis zu der nach Oſten vorſpringenden Spitze des Kreiſes Falkenberg, welche ungefähr 3 km öſtlich von Puſchine gelegen iſt. Eine noch zu beſtimmende Linie, die durch das Gebiet öſtlich von Zülz geht; von dort die Oſtgrenze des Kreiſes Falkenberg, dann die Grenze zwiſchen Ober- und Mittelſchleſien, dann die Weſtgrenze von Poſen bis zur Bartſch, dann den Lauf dieſes Fluſſes ſtromabwärts, dann die Grenze zwiſchen den Kreiſen Guhrau und Glogau nach Norden, dann die Grenze von Poſen nach Nordoſt bis zu ihrem Treffpunkt mit der Grenze zwiſchen den Kreiſen Liſſa und Frauſtadt; ....

Artikel 83.

Deutſchland verzichtet zugunſten des Tſchechoſlowakiſchen Staates auf alle Rechte und Titel auf den Teil des ſchleſiſchen Gebietes, der zwiſchen der alten öſterreichiſch-deutſchen Grenze und einer an Ort und Stelle feſtzuſetzenden Linie, die ausgeht von einem an der Oder direkt ſüdlich der Eiſenbahn Ratibor—Oderberg gelegenen Punkte, und die in nordweſtlicher Richtung verläuft, weſtlich von Kranowitz und öſtlich von Katſcher und ſo die alte öſterreichiſche Grenze am ſüdöſtlichſten Punkte ſeines Vorſprunges, ungefähr 5 km weſtlich von Leobſchütz trifft. .....

§ 87.

Deutſchland erkennt, wie dies bereits die verbündeten und aſſoziierten Mächte getan haben, die völlige Unabhängigkeit Polens an und verzichtet zugunſten Polens auf alle Rechte und Titel auf die Gebiete, welche begrenzt ſind durch die Oſtſee, die Oſtgrenze Deutſchlands gemäß ihrer Feſtſetzung im Artikel 27 des gegenwärtigen Vertrages, durch die Grenze des Tſchechoſlowakiſchen Staates von einem Punkte 8 km öſtlich von Neuſtadt bis zu ihrem Schnittpunkt mit der alten Grenze zwiſchen Deutſchland und Öſterreich-Ungarn, dann durch dieſe letzte Grenze bis zu dem Punkte, wo die früheren Grenzen Deutſchland, Öſterreich-Ungarn und Rußland zuſammentrafen, durch die alte Grenze zwiſchen Deutſchland und Rußland bis zu dem Punkte, wo ſie den Lauf des Njemen ſchneidet, ſodann durch die Nordgrenze Oſtpreußens, wie ſie im Artikel 28 beſtimmt wird. .....

Die vorſtehenden Friedensbedingungen ſehen die Abtretung Oberſchleſiens mit einem kleineren überwiegend landwirtſchaftlichen Teil der Kreiſe Leobſchütz und Ratibor an den tſchechoſlowakiſchen Staat, mit dem geſamten oberſchleſiſchen Induſtriebezirk und den ihn umgebenden ländlichen Kreiſen an Polen vor.

Es handelt ſich um rund 10 000 qkm mit etwa zwei Millionen Einwohnern.

Anlage 8.

Auszug aus der Denkſchrift der deutſchen Friedensdelegation, die mit Mantelnote am 29. 5. 1919 überreicht wurde.

Die territorialen Fragen des Oſtens.

Der 13. Punkt der Grundſätze des Präſidenten Wilſon lautet:

„Es ſollte ein unabhängiger polniſcher Staat errichtet werden, der die von unbeſtritten polniſcher Bevölkerung bewohnten Gebiete einſchließen ſollte, dem ein freier und ſicherer Zugang zum Meere zugeſichert werden ſollte und deſſen politiſche und wirtſchaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationales Abkommen garantiert werden ſollte."

Der Präſident der Vereinigten Staaten von Amerika hat außerdem die folgenden programmatiſchen Ausführungen gemacht, die für die Löſung der polniſchen Frage in Betracht kommen:

„Alle klar umſchriebenen nationalen Strebungen müſſen die weitgehendſte Befriedigung finden, die ihnen gewährt werden kann, ohne neue Elemente von Zwiſt und Gegnerſchaft zu ſchaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrſcheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und der Welt ſtören würden." (4. Punkt der Kongreßrede vom 11. Januar 1918.)

„Außerdem ſollte, ſoweit möglich, jedem Volke, das jetzt um die volle Entwicklung ſeiner Mittel und ſeiner Macht kämpft, ein unmittelbarer Zugang zu den großen Verkehrsſtraßen des Meeres zugebilligt werden. Wo dies nicht durch Gebietsabtretungen geſchehen kann, kann es zweifellos unter einer allgemeinen Friedensbürgſchaft durch Neutraliſierung unmittelbarer Wegerechte geſchehen." Rede vom 22. Januar 1917.)

Die deutſche Delegation erkennt die obigen Sätze einzig und allein als Richtſchnur für die Regelung der territorialen Fragen des Oſtens an. Sie iſt bereit, die ſich aus dieſen Grundſätzen ergebenden Konſequenzen loyal zu erfüllen und an den polniſchen Staat die Gebiete abzutreten, auf die er danach ein Recht hat. Auch iſt die deutſche Delegation entſchloſſen, Polen den ihm zuſtehenden Zugang zum Meere zu ſichern und ihm dementſprechend weitgehende wirtſchaftliche Konzeſſionen zu machen; ſie teilt die Überzeugung, der Präſident Wilſon in jener Rede vom 22. Januar 1917 Ausdruck gegeben hat, daß dort, wo ein Zugang zum Meere aus ethnographiſchen Gründen nicht durch Gebietsabtretungen geſchaffen werden kann, er ſich durch wirtſchaftliche Maßnahmen herſtellen läßt.

Von dieſem Standpunkte aber lehnt die deutſche Delegation entſchieden ab, der territorialen Regelung im Oſten zuzuſtimmen, wie ſie der Entwurf der Alliierten und Aſſoziierten Mächte vorſieht. Die Weſtgrenze Polens, die durch die Alliierten und Aſſoziierten Mächte in Artikel 27 und 28 feſtgeſetzt iſt, wird dadurch charakteriſiert, daß ſie ausſchließlich auf die militäriſchen und wirtſchaftspolitiſchen Intereſſen zugeſchnitten iſt. Sie läßt vor dieſen Intereſſen unbekümmert die ethnographiſchen Geſichtspunkte zurücktreten. Weite rein deutſche Gebiete kommen zu Polen, nur damit die polniſche Grenze etwa die Flußniederung der Bartſch oder die Seenlinie von Tirſchtigel erreicht; ganz oder überwiegend deutſche Städte, wie Oppeln, Liſſa, Bentſchen, Birnbaum, Schneidemühl, Soldau werden an Polen ausgeliefert, nur damit Polen dieſe wichtigen Eiſenbahnknotenpunkte und die dort befindlichen Eiſenbahnhauptwerkſtätten erhält.

Ob Polen auf die ihm zufallenden Landesteile irgendein hiſtoriſches oder moraliſches Anrecht hat, iſt bei der Feſtſetzung der Grenze völlig außer acht gelaſſen: Gebiete, die wie Oberſchleſien und die ſüdlichen Teile Oſtpreußens nie zu Polen gehört haben und nie von polniſcher Kultur befruchtet ſind, werden Polen ebenſo zugeteilt, wie Gebiete, die trotz vorübergehender Zugehörigkeit zu Polen ſtets deutſch geweſen ſind, oder wie die Gebiete, die — ſolche Gebiete ſind ebenfalls vorhanden — auch während ihrer Zugehörigkeit zu Preußen ihren polniſchen Charakter bewahrt haben. Unterſchiedslos werden Gebiete, die ſeit 100, ſeit 150, ſeit 250, ſeit 750 Jahren von Polen losgelöſt ſind, oder in denen es überhaupt nie geherrſcht hat, jetzte ihm zugeſprochen. Andere Gebiete, wie der Nordoſtzipfel Oſtpreußens, werden vom Deutſchen Reich abgetrennt, ohne das feſtſteht, was mit ihm geſchehen ſoll; wenn irgendwo, ſo wird hier eine Bevölkerung von einer Souveränität zur anderen verſchachert, als ob ſie ein bloßer Gegenſtand oder ein Stein in einem Spiele wäre. Oſtpreußen mit 1 und ½ Millionen deutſcher Bevölkerung wird ſeiner territorialen Zuſammenhänge mit dem Reich beraubt und wirtſchaftlich völlig in die Hand Polens gegeben, es muß verkümmern und Polen ſchließlich als verdorrte Frucht zufallen. Dieſe ganze Regelung der Oſtfragen in den Artikeln 27 und 28 bedeutet nicht Berückſichtigung der allgemein anerkannten Grundſätze des Rechtsfriedens, ſie iſt auch nicht „Desannexion", ſie iſt ſchlechthin Vergewaltigung.

Auch wenn die Deutſche Regierung dieſe Regelung hinnehmen wollte, das deutſche Volk würde es nie ertragen, daß ihm zugunſten Polens weit über jedes berechtigte Maß hinaus Gebiete genommen werden, die rein deutſch ſind oder all' ihren Wohlſtand, ihre ganze Blüte jahrhundertelanger deutſcher Arbeit verdanken. Das deutſche Volk würde dieſe Amputation um ſo weniger ertragen, als in den Gebieten, die ihm genommen werden ſollen, überall das deutſche Element die Oberſchicht iſt. Die Polen ſelbſt begründen ihre Anſprüche auf weite Gebiete ihres Oſtens mit der kulturellen und wirtſchaftlichen Überlegenheit, die ſie in jenen Gebieten anderen Völkern gegenüber beſitzen. Dieſe Überlegenheit iſt aber ebenſo auf deutſcher Seite in den Landesteilen, die jetzt zu Polen kommen ſollen, vorhanden; das dort anſäſſige Deutſchtum iſt ſich dieſer ſeiner Überlegenheit bewußt und wird ſich nicht der polniſchen Herrſchaft fügen. Schon heute kommen tauſende und abertauſende von Kundgebungen aus dem Oſten, daß die deutſche Bevölkerung lieber zu den Waffen greifen als polniſch werden wolle. Die deutſche Delegation glaubt, die Aufmerkſamkeit der Alliierten und Aſſoziierten Mächte auf dieſe Kundgebungen lenken zu müſſen; ſie ſieht in ihnen den Auftakt zu dauernden Unruhen im Oſten, wenn die Beſtimmungen der Artikel 27 und 28 verwirklicht werden ſollten. Noch nie hat ſich ein Volk, das in ſeiner Entwicklung vorgeſchrittener iſt, dauernd willig unter die Herrſchaft einer noch unentwickelteren Nation gebeugt.

Die deutſche Delegation ſteht auf dem Standpunkt, daß es möglich iſt, einen Ausgleich der berechtigten polniſchen Intereſſen mit denen Deutſchlands und ſo eine Löſung der polniſchen Frage zu finden, die dem Oſten Europas Ausſichten auf eine ruhige Entwicklung eröffnet. Die wirtſchaftlichen Intereſſen Polens, der Zugang zum Meere, werden ſich ohne Schwierigkeiten ſichern laſſen, und auch in territorialer Beziehung wird ſich bei objektiver Prüfung der tatſächlichen Verhältniſſe jedem der beiden Staaten das zuteilen laſſen, was ihm auf Grund des 13. Punktes der Wilſonſchen Grundſätze in Wirklichkeit zuſteht. Im folgenden wird die deutſche Delegation die Verhältniſſe in den einzelnen in Frage kommenden Landesteilen erörtern. ...

Oberſchleſien.

Das gilt insbeſondere zunächſt für Oberſchleſien. Die vorgeſehene Abtretung des größten Teiles dieſes Gebietes ſtellt einen durch nichts zu rechtfertigenden Einbruch in das geographiſche und wirtſchaftliche Gefüge des Deutſchen Reiches dar.

Oberſchleſien iſt ſeit 1163 außer jedem politiſchen Zuſammenhang mit dem polniſchen Reich. Es gibt in Oberſchleſien keine nationalen polniſchen Traditionen oder Erinnerungen. Von polniſcher Vorzeit und polniſcher Geſchichte weiß der Oberſchleſier nichts. An den polniſchen Freiheitskämpfen hat der Oberſchleſier ſich nicht beteiligt. Er ſtand vielmehr dieſen Bewegungen vollkommen fremd und teilnahmslos gegenüber. Für die Abtretung Oberſchleſiens kann Polen keinerlei Rechtsanſprüche geltend machen, namentlich nicht ſolche, die ſich auf die Grundſätze des Präſidenten Wilſon ſtützen. Die für Polen geforderten Gebiete Oberſchleſiens werden nicht von unbeſtreitbar polniſcher Bevölkerung bewohnt. Dementſprechend geben über die bisherige Willensrichtung der Bevölkerung die Wahlen von 1903 und 1907 zum Reichstag deutlich Ausdruck. Vor 1903 iſt überhaupt kein polniſcher Abgeordneter gewählt worden. Im Jahre 1907 erhielten bei der allgemeinen, gleichen, direkten und vollkommen geheimen Reichstagswahl die Polen 115 090 Stimmen, die Deutſchen 176 287 Stimmen, im Jahre 1912 die Polen 93 029, die Deutſchen 210 100 Stimmen. Bei den Wahlen zu den Nationalverſammlungen des Reichs im Jahre 1919, bei denen alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geſchlechts in allgemeiner, gleicher, direkter, ſtreng geheimer Wahl gewählt haben, hatten die Polen Wahlenthaltung proklamiert. Es haben trotzdem faſt 60% aller Wahlberechtigten gewählt und zwar die aufgeſtellten deutſchen Kandidaten. Da bei den deutſchen Wahlen erfahrungsgemäß eine Anzahl Wähler aus äußerlichen Gründen verhindert ſind, können die Polen höchſtens etwa $^1/_3$ der wahlberechtigten Stimmen für ſich in Anſpruch nehmen.

Auch nach dem Zuſammenbruch der deutſchen Macht fehlten nicht Anzeichen für den vorwiegend deutſchen Charakter Oberſchleſiens. Auf Grund der neuen Beſtimmungen konnten die Eltern von 200 000 Schulkindern ſich entſcheiden, ob ſie die Kinder in deutſcher, polniſcher oder mähriſcher Sprache unterrichten laſſen wollten. Es haben ſich die Eltern von nicht ganz 22% der Schulkinder für den Unterricht in nicht deutſcher Sprache erklärt.

Die polniſche Sprache (das Hochpolniſche) iſt nicht die Sprache des einen polniſchen Dialekt (waſſerpolniſch) ſprechenden Oberſchleſiers. Dieſer Dialekt, den neben deutſch ein erheblicher Teil der Oberſchleſier ſpricht, iſt eine deutſch-polniſche Miſchſprache, die niemals Schriftſprache und niemals Urkundenſprache geweſen iſt. Sie ſtellt kein Kennzeichen der Nationalität dar, namentlich keinen Gegenſatz zum deutſchen Nationalbewußtſein.

Der Anteil der mähriſchen (tſchechoſlowakiſchen) Bevölkerung beträgt nach der letzten Volkszählung im Kreiſe Ratibor 39,7%, im Kreiſe Leobſchütz nur 7,6%. Es kann alſo auch in dieſen beiden Kreiſen von einer überwiegend tſchechoſlowakiſchen Bevölkerung nicht geſprochen werden.

Oberſchleſien verdankt ſeine ganze Entwicklung in geiſtiger und materieller Beziehung deutſcher Arbeit. Die Vertreter und Führer der Kunſt und Wiſſenſchaft, die Führer des wirtſchaftlichen Lebens in Handel und Gewerbe, in Landwirtſchaft und Induſtrie ſind ausnahmslos Deutſche, ebenſo die Arbeiterführer und die Leiter der Gewerkſchaften.

Deutſchland kann Oberſchleſien nicht entbehren, Polen dagegen hat Oberſchleſien nicht nötig.

Das wichtigſte Produkt Oberſchleſiens iſt die Kohle. Die Kohlenförderung Oberſchleſiens betrug im letzten Jahr 43 und ½ Million Tonnen, d. h. rund 23% der geſamten deutſchen Steinkohlenförderung von 190 Millionen Tonnen. Die Abtretung Oberſchleſiens an Polen würde nicht nur den induſtriellen Niedergang Oberſchleſiens, ſondern ſehr ſchwere Nachteile wirtſchaftlicher Art für Deutſchland mit ſich bringen. Die oberſchleſiſche Steinkohle hat bis jetzt die geſamte Induſtrie Oſtdeutſchlands, ſoweit ſie nicht von der Oſtſee aus mit Kohlen aus England oder Rheinland-Weſtfalen beliefert wurde, verſorgt, ebenſo Teile Süddeutſchlands und Böhmens, und zwar außer der Induſtrie hauptſächlich die Gasanſtalten und die Haushaltungen. Insgeſamt ſind über 25 Millionen Menſchen mit oberſchleſiſchen Steinkohlen verſorgt worden. Fällt Oberſchleſien an Polen, ſo iſt dieſe Vorausſetzung aufs äußerſte gefährdet.

Der polniſche Steinkohlenbedarf betrug im Frieden zuletzt etwa 10 und ½ Millionen Tonnen, während die polniſche Kohlenförderung aus dem dicht an Oberſchleſien angrenzenden polniſchen Kohlenbecken 6,6 Millionen Tonnen betrug. Von dem Fehlbetrag wurden 1 und ½ Million aus Oberſchleſien, der Reſt aus den Gruben aus der jetzigen Tſchecho-Slowakei eingeführt. Die Verſorgung der Polen mit Kohlen, abgeſehen von gewiſſen Spezialkohlen, würde ſich aus den eigenen Kohlenfeldern ohne weiteres bewirken laſſen, insbeſondere, wenn Polen ſeine Gruben, die z. T. noch nicht rationell ausgebeutet ſind, genügend ausnützt. Dazu kommt, daß Polen durch die Erwerbung von Galizien einen weiteren reichen Zuwachs an Bodenſchätzen erhält. Insbeſondere trifft dies für die neuerdings in Weſtgalizien feſtgeſtellten Kohlenvorkommen zu.

Die Abtretung Oberſchleſiens an Polen liegt nicht im Intereſſe der oberſchleſiſchen Bevölkerung. Die Lebensverhältniſſe ſind namentlich auf dem Gebiet des Geſundheitsweſens und der ſozialen Fürſorge in Oberſchleſien unvergleichlich beſſer als im benachbarten Polen, wo die Geſetzgebung zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung erſt ſchwache Anfänge zeigt.

Die Abtretung Oberſchleſiens an Polen iſt auch nicht im Intereſſe der übrigen Staaten Europas und der Welt; denn ſie ſchafft zweifellos neue Elemente von Zwiſt und Gegnerſchaft. Die Fortnahme Oberſchleſiens würde Deutſchland eine niemals heilende Wunde ſchlagen, und die Wiedergewinnung des verlorenen Landes würde von der erſten Stunde des Verluſtes an der glühende Wunſch eines jeden Deutſchen ſein. Das würde den Frieden Europas und der Welt ſchwer gefährden. Es liegt im eigenſten Intereſſe der Alliierten und Aſſoziierten Mächte, Oberſchleſien bei Deutſchland zu belaſſen; denn Verpflichtungen aus dem Weltkriege kann Deutſchland höchſtens mit, niemals aber ohne Oberſchleſien erfüllen. Schon aus dieſem Grunde vermag Deutſchland in eine Abtretung Oberſchleſiens nicht zu willigen.

Anlage 9.

Auszug aus der Antwort der Alliierten und Aſſoziierten Mächte vom 16. 6. 1919 auf die Bemerkungen der Deutſchen Delegation zu den Friedensbedingungen.

... Ein großer Teil der deutſchen Antwort iſt der oberſchleſiſchen Frage gewidmet. Es wird zugegeben, daß dieſes Problem von dem Poſens und Weſtpreußens ſich unterſcheidet, und zwar deswegen, weil Oberſchleſien zu der Zeit, als Polen geteilt wurde,

nicht dieſem Staate angehörte. Man kann die Behauptung aufſtellen, daß Polen keinen rechtlichen Anſpruch auf die Abtretung Oberſchleſiens hat; aber feierlich muß erklärt werden, daß die Behauptung, es hätte keine Rechte darauf, die durch die Grundſätze des Präſidenten geſtützt würden, nicht der Wahrheit entſpricht. In den Bezirken, deren Abtretung in Frage ſteht, iſt die Mehrheit der Bevölkerung unbeſtreitbar polniſch. Alle deutſchen Spezialwerke, alle Schulhandbücher lehren den deutſchen Kindern, daß die Bewohner nach Urſprung und Sprache Polen ſind. Die Alliierten und Aſſoziierten Mächte hätten vollkommen die Grundſätze verletzt, zu denen die Deutſche Regierung ſich ſelbſt bekannt hat, wenn ſie nicht den Rechten der Polen auf dieſes Gebiet Rechnung getragen hätten.

Die Deutſche Regierung beſtreitet indeſſen jetzt dieſe Schlußfolgerungen. Sie weigert ſich, die polniſchen Beſtrebungen der Bewohnerſchaft anzuerkennen. Sie behauptet, daß die Trennung des Gebiets von Deutſchland weder den Wünſchen noch den Intereſſen der Bevölkerung entſpricht. Unter dieſen Bedingungen ſind die Alliierten und Aſſoziierten Mächte geneigt, die Entſcheidung der Frage denjenigen zu überlaſſen, die ſie beſonders angeht. Sie haben danach beſtimmt, daß das Gebiet nicht unmittelbar an Polen abgetreten werden ſoll, ſondern daß Maßnahmen getroffen werden, um dort eine Volksabſtimmung ſtattfinden zu laſſen.

Sie wären glücklich geweſen, dieſe Volksabſtimmung vermeiden zu können; denn die Maßregel wird auch eine beträchtliche Zeit aufgeſchoben werden müſſen; ſie wird die zeitweilige Beſetzung des Gebiets durch fremde Truppen mit ſich bringen. Um die volle Freiheit der Abſtimmung zu ſichern, wird die Schaffung einer unabhängigen Kommiſſion mit der Aufgabe, das Gebiet während der der Abſtimmung vorangehenden Zeit zu verwalten, erforderlich ſein.

Überdies iſt, um zu verhindern, daß Deutſchland willkürlich der notwendigen Rohſtoffe für ſeine Induſtrie beraubt wird, dem Vertrage ein Artikel hinzugefügt worden, der vorſieht, daß die Mineralprodukte, einſchließlich der Kohle, die in irgendeinem abgetretenen Teile Oberſchleſiens erzeugt werden, von Deutſchland zu denſelben Bedingungen, wie von den Polen ſelbſt gekauft werden können.

... Um jeder Kritik, die ſich auf die Folgen einer Gebietsübertragung auf Polen bezieht, Rechnung zu tragen, machen die Alliierten und Aſſoziierten Regierungen, geleitet von dem Wunſche, Sicherungen hinſichtlich der Liquidation deutſchen Eigentums zu ſchaffen, Vorſchläge, deren Einzelheiten ſich weiter unten bei den Beſtimmungen, die ſich auf Eigentum, Rechte und Intereſſen beziehen, finden.

... Die Wiederherſtellung des polniſchen Staates iſt eine große geſchichtliche Tat, die ſich nicht vollziehen kann, ohne viele Beziehungen zu zerbrechen, ohne viel zeitweilige Schwierigkeiten zu verurſachen und ohne viele Perſonen in Unruhe zu verſetzen, aber die Alliierten und Aſſoziierten Mächte haben es ſich ganz beſonders angelegen ſein laſſen, den Deutſchen, die an Polen kommen ſollen, ebenſo wie allen anderen in Religion, Raſſe oder Sprache ſich ergebenden Minderheiten ernſthaften Schutz angedeihen zu laſſen. Eine Klauſel des Vertrages ſichert ihnen Religionsfreiheit, das Recht des Gebrauchs ihrer Sprache und auch das Recht, ihre Kinder in ihrer eigenen Sprache erziehen zu laſſen. Sie werden keinerlei Verfolgung kennen, die der ähnlich wäre, die die Polen von ſeiten des preußiſchen Staates zu erdulden hatten.

In dem endgültigen Friedensvertrag wurden im Artikel 88 die Grenzen des Abſtimmungsgebietes feſtgeſetzt und die Modalitäten der Abſtimmung in nachſtehendem Sinne näher erläutert; die Artikel 27, 83 und 87 (ſ. S. 60) wurden entſprechend geändert.

An Polen: Abſtimmung in Oberſchleſien, abgeſehen von den Kreiſen: Falkenberg, Neiße Stadt und Land, Grottkau, Halbneuſtadt, ſowie des größten Teils von Leobſchütz und Ratibor.

Als Modalitäten wurden feſtgeſetzt:

1. Sofortige Übernahme der Gewalt durch eine Interalliierte Kommiſſion mit von ihr feſtzuſetzenden Befugniſſen. Beſetzung durch Entente-Truppen. Polizei aus Eingeborenen.
2. Späteſtens 15 Tage nach Unterzeichnung Abzug der deutſchen Truppen und der von der I.K. zu bezeichnenden Behörden.
3. Auflöſung der A.- und S.-Räte nebſt Abſchiebung ihrer nicht aus dem Abſtimmungsgebiet ſtammenden Mitglieder. Auflöſung aller militäriſchen und halbmilitäriſchen Vereine.
4. Landesverweiſung der Perſonen, die das Wahlergebnis zu beeinfluſſen ſuchen.
5. Termin früheſtens 6 Monate, ſpäteſtens 18 Monate nach Übernahme der Gewalt durch die I.K.
6. Geheime Wahl; wahlberechtigt alle Perſonen über 20 Jahre, die im Abſtimmungsgebiet geboren ſind oder dort ſeit einem feſtzuſetzenden Tage gewohnt haben. Gemeindeweiſe Abſtimmung nach einfacher Mehrheit.
7. Feſtſetzung der Grenze nach der Abſtimmung unter Berückſichtigung der geographiſchen und wirtſchaftlichen Lage Oberſchleſiens.
8. Die Koſten trägt der Abſtimmungsbezirk.
9. Die Beſtimmungen des Artikels 92 über die Option treten erſt nach endgültiger Zuteilung in Kraft.

An die Tſchechoſlowakei: Abtretung des größten Teiles der Kreiſe Leobſchütz und Ratibor.

Abtretung desſelben Teiles des Kreiſes Ratibor, wie in den urſprünglichen Bedingungen ohne Abſtimmung.

Abtretung desſelben Teiles des Kreiſes Leobſchütz, wie in den urſprünglichen Bedingungen ohne Abſtimmung für den Fall, daß ein durch das Ergebnis der Volksabſtimmung in dem eventuell zu Polen kommenden Teil ohne territorialen Zuſammenhang mit Deutſchland bleibt.

Mittelſchleſien an Polen: Militſch und Guhrau bis auf unweſentliche Teile bei Deutſchland, dafür Abtretungen in Gegend Groß-Wartenberg und Namslau.

Von einer Wiedergabe des ganzen Artikels 88 iſt wegen ſeiner Länge abgeſehen worden. Nur die in § 5 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages enthaltene Beſtimmung über die Auswertung des Abſtimmungsergebniſſes ſei hier angegeben. Sie lautete:

„Nach Beendigung der Abſtimmung teilt der Ausſchuß den Alliierten und Aſſoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung ſowie einen Vorſchlag über die Linie ein, die in Oberſchleſien unter Berückſichtigung ſowohl der Willenskundgebung der Einwohner als auch der geographiſchen und wirtſchaftlichen Lage der Ortſchaften als Grenze angenommen werden ſoll.“

Abstimmungsgebiet Oberschlesien.

Skizze 2. Das Abstimmungsgebiet Oberschlesien.

Anlage 10.

Großer Generalſtab
Abt. Fremde Heere, Oſt. Berlin, den 1. Juni 1919.

Auszug aus der Monatsüberſicht (Mai 1919) Polen.

I. Allgemeines: Die Polen ſind in ihren Vorbereitungen für den Feldzug gegen Deutſchland weit vorgeſchritten. Sie haben hierzu von den Hallerſchen Kräften je eine Diviſion nordweſtlich und nordöſtlich von Warſchau bereitgeſtellt, die Poſener Gruppe Nord ſtark erhalten und verſtärken ſeit einigen Tagen auch ihre Truppen gegen Oberſchleſien durch Kräfte von der ukrainiſchen und auch anſcheinend von der tſchechiſchen Front.

Durch Fortſetzung der Transporte der Haller-Armee nach Polen und nach den Erfolgen gegen die Ukrainer und Bolſchewiki werden die Polen in nächſter Zeit weitere erhebliche Kräfte zur Verwendung gegen Deutſchland bereitſtellen können, ſo daß im ganzen etwa 140 000 Kongreßpolen, darunter 4 bis 5 Haller-Diviſionen und 50 000 Poſener Polen gegen Deutſchland verwendet werden könnten.

Nach der Kräfteverteilung — etwa gleichſtarke Gruppen gegenüber Oberſchleſien und Weſt- und Oſtpreußen, an letzterer Front Verteilung auf breitem Raum — ſcheint es ſich vorläufig um Defenſivmaßnahmen der Polen zu handeln. Sie können aus ihrer Aufſtellung heraus jedoch jederzeit, zumal nach Heranführung weiterer Verſtärkungen, ſchnell Angriffsgruppen an beiden oder an einer von beiden Fronten bilden.

Sollte das Ergebnis der Friedensverhandlungen nicht ganz ihren Wünſchen entſprechen, ſo müſſen wir jedenfalls auf einen Angriff gefaßt ſein, den ſie, wie in Galizien, unter Umſtänden auch gegen den Willen der Entente durchführen. Es wird z. Zt. in Warſchau und auch ſonſt im Lande ſehr zu einem Krieg gegen Deutſchland gehetzt ...

Oberſchleſiſche Font: (vermutliche Stärke 20 bis 23 000 Mann; baldige Verſtärkung zu erwarten) ... Auf die Möglichkeit bald vermuteter Verwicklungen mit Deutſchland deutet das Fortſchaffen von Proviant, Kaſſen und Eiſenbahnleermaterial aus dem Raume Auſchwitz—Bendzin—Czenſtochau nach dem Innern hin. Die polniſche Preſſe ſucht dieſe Vorbereitungen als Defenſivmaßnahmen hinzuſtellen.

Anlage 11.

Reichskanzler Bauer hielt am 19. 8. 1919 in der Nationalverſammlung folgende Rede:

Meine Damen und Herren!

Während in Berlin im Beiſein der Alliierten zwiſchen Preußen und Polen über eine ſchiedlich-friedliche Nachbarſchaft verhandelt wird, haben in Oberſchleſien polniſche Agitatoren gewaltſam einen bewaffneten Aufſtand herbeizuführen für richtig befunden. Es ſind die verſchiedenſten und zugleich beunruhigendſten Nachrichten über den Stand der Dinge in Oberſchleſien verbreitet. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die Nachrichten zu einem erheblichen Teil übertrieben ſind, und daß es weſentlich beſſer ausſieht, als man nach den hier verbreiteten Nachrichten annehmen ſollte. Der Regierung iſt um 12 Uhr mittags die telephoniſche Mitteilung zugegangen, daß das Generalkommando des VI. Armeekorps in Oberſchleſien in militäriſcher Hinſicht Herr der Lage

ſei. Da, wo polniſche Banden eingedrungen waren, ſind ſie zurückgeworfen oder feſtgenommen. An einzelnen Stellen ſind die militäriſchen Maßnahmen noch im Gange. Die einzige am 18. Auguſt abends noch nicht von Polen geſäuberte Gegend war das Gebiet öſtlich der Linie Beuthen—Tarnowitz. Dort halten ſich noch polniſche Banden auf, die noch nicht gefaßt wurden. Außer den 100 angetroffenen Legionären, die ſicher auf eigene Fauſt operiert haben, ſind reguläre polniſche Truppen auf deutſchem Boden nicht angetroffen. Nach Meldung des Generalkommandos trifft auch das in Berlin verbreitet geweſene Gerücht von der Beſetzung von Myslowitz durch polniſche Truppen nicht zu. Die gleichfalls gemeldete Beſitzerklärung von Grubenanlagen bei Myslowitz als polniſches Nationaleigentum durch Polen hat ſich gleichfalls nur als eine von polniſchen Banden getroffene Maßnahme herausgeſtellt.

Danach ſind alſo Befürchtungen, wie ſie vielfach geäußert worden ſind, nicht berechtigt. Wir ſind militäriſch ſtark genug, um dieſer Putſche Herr zu werden. Es gibt eben nationalpolniſche Kreiſe in Oberſchleſien, die fürchten, daß die Volksabſtimmung zu ihren Ungunſten ausfällt, und die deshalb unter allen Umſtänden jetzt ſchon feſtſtehende Tatſachen ſchaffen wollen. Unſere Aufgabe wird es ſein, ſolche Beſtrebungen zu verhindern und dafür zu ſorgen, daß dem Friedensvertrag gemäß eine wirkliche ungehinderte und unparteiliche Entſcheidung ſeitens der Oberſchleſier erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmſte Pflicht, die Oberſchleſier vor ſolchen nationalpolniſchen Angriffen zu ſchützen, und es gereicht uns zur Freude, feſtſtellen zu können, daß die polniſche Regierung den Dingen fernſteht und polniſche Truppen ſich an dieſem Vorgehen nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß dieſe Mitteilungen weſentlich dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberſchleſien zu wirken.

Oberſchleſien unter Fremdherrſchaft und der zweite Aufſtand 1920.

Auf Grund des Artikels 88 des Verſailler Diktates unterſtand von Anfang Februar 1920 ab das oberſchleſiſche Abſtimmungsgebiet einer dreigliedrigen interalliierten Regierungskommiſſion — I.K. — mit Sitz in Oppeln. Den Vorſitz in der Kommiſſion führte der franzöſiſche General Le Rond, der bereits bei den Friedensverhandlungen in Verſailles an den oberſchleſiſchen Angelegenheiten mitgearbeitet haben ſoll. Er war ein außerordentlich gewandter Diplomat, der es glänzend verſtand, die Menſchen ſeinen Wünſchen dienſtbar zu machen. Herren ſeines Stabes ſagten von ihm: „Le Rond lügt mit ſolcher Grazie, daß er unwiderſtehlich wirkt.“ Rückſichtslos verfolgte er ſeine polenfreundlichen Abſichten, da dies den Intereſſen ſeines Vaterlandes entſprach. Ihm ſtanden als Kommiſſare zur Seite: Oberſt Percival als Vertreter Englands und General de Marinis als Vertreter Italiens. Dieſe ſollen der überragenden Perſönlichkeit Le Ronds gegenüber nur ſehr geringen Einfluß

gehabt haben. Die Verwaltungsdepartements der J.K. und ihre Chefs waren: Direktor des Militärdepartements der franzöſiſche Oberſt Caput — Chef der inneren Verwaltung war der liſtenreiche Franzoſe Anjubeault — Chef des Departements des Äußeren der Franzoſe Ponſot — Chef des Departements der Juſtiz der Italiener Galli — Chef des Departements der Wirtſchaft der Engländer Clark — Chef des Departements der Finanzen der Franzoſe Dayras — Chef des Verkehrsdepartements der Engländer Hammond. In den Kreiſen der interalliierten Juriſten ſtritt man ſich herum, ob der Auftrag der J.K. ein völkerrechtliches Verwaltungsmandat oder ein kriegeriſches Beſetzungsmandat darſtelle. Die Aufſicht über die 21 Stadt- und Landkreiſe führten interalliierte Offiziere; davon waren 11 Franzoſen, 5 Engländer und 5 Italiener. Die oberſte Polizeigewalt lag in Händen von Franzoſen. Der franzöſiſche General Comte Gratier war „Oberkommandierender der interalliierten Truppen“ und auch Chef der 46. franzöſiſchen Alpenjäger-Diviſion. Sein Stabschef war Oberſt de Reyniés. Das Oberkommando arbeitete eng mit dem Militärdepartement der J.K., welchem neben den Franzoſen auch engliſche und italieniſche Offiziere angehörten. Zur 46. Diviſion zählten: der Diviſionsſtab — nicht identiſch mit dem Stab des Oberkommandos —, die Jägerbataillone 6, 7, 13, 18, 24, 27, 29, denen je eine M.G.K. und M.W.K. zugeteilt waren, das Jäger-Regiment 23, das Huſaren-Regiment 12, die Feldartillerie-Regimenter 218 und 418, vier Kompanien von den Pionier-Bataillonen 3, 8 und 11, eine Gruppe chars d'assaut (26 Tanks und 18 Panzerkraftwagen) und einige Spezialtruppenteile. Dem franzöſiſchen Oberkommando unterſtanden ferner die italieniſchen Truppen, und zwar: das Alpini-Regiment 135 unter Oberſt Salvioni, zwei motoriſierte Artillerie-Abteilungen Nr. 3 und 9. Anfang März 1921 erhielt das Regiment 135 Verſtärkungen und im Mai 1921 kam noch ein Bataillon unter Major Caligari aus Italien nach Oberſchleſien. Bis Anfang März 1921 ſtanden keine engliſche Truppen in Oberſchleſien. Vier engliſche Bataillone trafen über die Abſtimmungswochen vom Rhein ein. Sie verließen Oberſchleſien Anfang April 1921 wieder. Während des dritten polniſchen Aufſtandes trafen Ende Mai und Anfang Juni 1921 wieder vier Bataillone Engländer ein. Ihre Führung hatte der aus England berufene General Henneker. Auch die engliſchen Truppen unterſtanden dem Oberkommando Gratier. Die Durchſchnittsſtärke der glänzend ausgeſtatteten, ſchlagfertigen interalliierten Okkupationstruppen dürfte etwa 20 000 Mann betragen haben.

Aufgabe der I.K. war es, mit Hilfe dieſer Truppen das Land vor Unruhen zu ſchützen und eine Beeinfluſſung der Bevölkerung für die Abſtimmung zu verhindern. Sie führte ſich mit einer Bekanntmachung ein, in der ſie u. a. der oberſchleſiſchen Bevölkerung eine „Ära der Freiheit und Gerechtigkeit“ verſprach, und in der ſie androhte, „alle Unruheſtifter rückſichts- und gnadenlos zu verfolgen, wer ſie auch ſein mögen“. Die Bekanntmachung enthält Anlage 1. Briefmarken mit Friedenstaube und Ölzweig verſinnbildlichten dieſe verlockenden Verheißungen.

Zum polniſchen Plebiſzitkommiſſar für die oberſchleſiſche Abſtimmung mit Sitz in Beuthen O.S. beſtimmte die polniſche Regierung den zwar in Oberſchleſien geborenen, aber nationalpolniſch geſinnten früheren deutſchen Reichstagsabgeordneten, Wojciech Korfanty, deſſen bereits Erwähnung getan wurde. Obgleich er ſchon ſeit der Jahrhundertwende die polniſche Bewegung in Oberſchleſien mit geleitet hatte, wurde ihm von deutſchen Regierungsſtellen während des Krieges unbegreiflich großes Vertrauen geſchenkt. Jetzt bekannte er ſich offen als Separatiſt. Es wurde geſagt, daß er ſchon in Verſailles bei den Friedensverhandlungen verhängnisvoll gegen uns gewirkt habe, und daß er ein guter Bekannter des Generals Le Rond ſei. Letzterer hat ja auch die ſpäteren Gewalttaten und Rechtsbrüche Korfantys in Oberſchleſien mit auffallender Nachſicht beurteilt. Deutſcher Plebiſzitkommiſſar wurde Dr. Urbanek mit Sitz in Kattowitz. Kommiſſariſcher deutſcher Bevollmächtigter mit Sitz in Oppeln — nach Ablehnung des Dr. Brüning ſeitens der I.K. auf Wunſch der Polen — ſeit März 1920 der Fürſt von Hatzfeld, Herzog von Trachenberg. Er ſtand der I.K. zu etwaigen Beziehungen mit deutſchen Behörden außerhalb des Abſtimmungsgebietes zur Verfügung.

Die ſchönen Verheißungen der I.K. waren eitel Hohn. Ihre Herrſchaft wurde für die deutſchgeſinnten Oberſchleſier zu einer Zeit des Leidens, des Schreckens und der Anarchie. Sie führte zu einer Verwüſtung dieſes blühenden Landes. Der Eindruck, daß General Le Rond und andere Franzoſen das Land den Polen zuzuſpielen ſuchten, gewann bei der deutſchen Bevölkerung mehr und mehr an Boden. Die Deutſchen fühlten ſich in jeder Hinſicht von den Franzoſen ſchikaniert und unterdrückt. Den polniſch Geſinnten wurde dagegen in weiteſtem Umfange offenſichtlich freie Hand gelaſſen. Ein Waffenverbot holte bei den Deutſchen ſcharf durchgreifend die letzte Wehr heraus, während die Polen — wie die Aufſtände bewieſen — über unzähliges Kriegsgerät verfügten. Das von uns aufgelöſte „Kommiſſariat des polniſchen Volksrates“ wurde wieder ins Leben gerufen. Es verſchärfte ſeine hetzeriſche

Tätigkeit in höchſtem Maße. Während die Abſtimmungen in den anderen Gebieten ſchon im Sommer 1919 ſtattfanden, wurden ſie in Oberſchleſien bis in das nächſte Jahr verſchoben. Viele nahmen an, daß dies den Zweck verfolge, den Polen Zeit für ihre Propaganda uſw. zu geben. Als Begründung ſeitens der I.K. wurde angegeben, daß ſich die Bevölkerung nach dem letzten Aufſtande erſt beruhigen ſolle. Die Grenze nach dem unbeſetzten Deutſchland hin wurde geſperrt, die Grenze nach Polen hin blieb faſt offen. Ein- und Ausreiſe für Deutſche wurde äußerſt erſchwert, den Polen gegenüber war man entgegenkommend. Deutſche Urlauber durften Oberſchleſien nicht in Uniform betreten, während polniſche Haller- uſw. Soldaten überall in Uniform ſogar mit Waffen zu ſehen waren. Den Deutſchen waren alle Umzüge, alle Fahnen uſw. verboten, während man den Polen auch in dieſer Beziehung freiere Hand ließ. In die deutſche Rechtspflege und Verwaltung wurde widerrechtlich eingegriffen, was zu zeitweiſen Einſtellungen der Juſtiz- und Beamtentätigkeit führte. Die deutſche Preſſe wurde geknebelt. Viele Deutſche wurden aus geringfügigſten Urſachen ins Gefängnis geſteckt oder anderweit beſtraft. Viele Hunderte von ihnen wurden aus dem Abſtimmungsgebiet ausgewieſen. Ein Heer von Spitzeln überwachte jede Äußerung des öffentlichen und des privaten Lebens. Dieſe und andere Schikanen verſchiedenſter Art erregten die deutſche Bevölkerung immer von neuem, weil ſich in allen Dingen eine ganz offenſichtige Begünſtigung der Polniſchgeſinnten offenbarte.

Korfanty hatte ſich als Plebiſzitkommiſſar durch einen Aufruf eingeführt, in dem er zum Kampf gegen jegliches Deutſchtum aufforderte. Der Ton der polniſchgeſinnten Preſſe war ſo hetzeriſch und aufreizend wie nur möglich. Trotz wiederholten deutſchen Einſpruchs tat die I.K. nichts dagegen und ließ die polniſche Propaganda frei gewähren. Die deutſche Propaganda dagegen wurde, wo nur irgend möglich, behindert und unterdrückt. Die franzöſiſchen Truppen ſtanden faſt ausnahmslos ganz unverkennbar und tatkräftig auf der Seite der Polen, was deren Selbſtbewußtſein und ihre Agitation gewaltig ſtärkte. Die zahlloſen polniſchen Agenten ſchürten ganz offen und ungehindert in unerhörter Weiſe den gewalttätigen Haß gegen alles, was deutſch war. Mit allen Mitteln, durch überſchwengliche Verſprechungen, durch Beſtechungen, durch Drohungen und Mißhandlungen ſuchte man die Oberſchleſier dem Deutſchtum abtrünnig zu machen. Eins der wirkungsvollſten Lockmittel war das mit unterſiegelten Urkunden bekräftigte Verſprechen an die armen Tagelöhner und die landhungrigen Kleinbauern, ihnen

aus dem Großgrundbeſitz das gewünſchte Stück Land zu ſichern, wenn Oberſchleſien zu Polen käme. Schutzlos waren die deutſchgeſinnten Oberſchleſier, die durch vernünftige Aufklärung die in die Bevölkerung hineingetragenen Gegenſätze beſeitigen wollten, dieſen Machenſchaften preisgegeben. Zu den polniſchen Wünſchen geſellte ſich der franzöſiſche Vernichtungswille gegen Deutſchland. Solchen Gewalten gegenüber konnte ſich die deutſche Aufklärung nicht recht entfalten, und die durch das Verſailler Diktat gefeſſelte, dauernd mit gewaltſamen Sanktionen bedrohte deutſche Regierung war machtlos. Ein tiefer beiderſeitiger Haß beſtand zwiſchen der franzöſiſchen Beſatzung und den deutſchgeſinnten Oberſchleſiern, die das unritterliche Verhalten gegen tapfere Beſiegte tief empörte. Für unſer geknechtetes Volk bildete Haß ja damals letztes Kapital. Der Deutſchenhaß der Polen geht ſehr erklärlicherweiſe bis auf die Teilungen ihres Landes an drei volksfremde Staaten zurück. Leider war auch der Fehler gemacht worden, daß die waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſier öfter von Deutſchen als minderwertig behandelt wurden. Die Angſt und der Widerwille, unter polniſche Herrſchaft zu kommen, die Greueltaten der Aufſtändiſchen und ihre Verbindung mit den ungerechten Franzoſen löſte auch gegen ſie ſtarken Haß ſeitens der Deutſchen aus. Daß bei einem ſo lebenswichtigen Kampfe, wie es die Abſtimmung über die Staatszugehörigkeit iſt, ſich die Leidenſchaften auf beiden Seiten aufs höchſte ſteigerten, iſt verſtändlich. Dies liegt jetzt lange zurück und darf nicht länger nachgetragen werden, ſondern muß politiſch wie ſeeliſch überwunden werden. Damals alſo war die Atmoſphäre in Oberſchleſien eine außerordentlich geſpannte und gefährliche. Das herausfordernde Verhalten der Franzoſen gegen alles Deutſche führte öfter zu Zuſammenſtößen. Die deutſche Sicherheitspolizei wurde von den Machthabern des Landes beſonders ſchlecht behandelt, zumal, wenn Pflicht ſie zwang, gegen Polen einzuſchreiten.

Die Engländer und die Italiener waren zwar bemüht, Gerechtigkeit zu üben, konnten ſich aber bei dem Übergewicht der Franzoſen nur ſelten durchſetzen. Ziel der franzöſiſchen Regierung war es, Oberſchleſien den Polen zuzuſchanzen, dies unterſtützten die Franzoſen in Oberſchleſien und ſtellten dabei ihr Nationalgefühl vor ihre Moral.

Die Hinausſchiebung des Abſtimmungstermins gab den Polen die Zeit, ihre Agitation unter dem Schutz der franzöſiſchen Bajonette ausgiebig zu betreiben. Der polniſche Plebiſzitkommiſſar Korfanty mit Sitz im Lomnitz-Hotel in Beuthen verſtand es mit großer Schläue die Vorbereitungen für die Abſtimmung mit den Vorbereitungen für einen

neuen Gewaltſtreich zielſicher zu verbinden. Die ſeit dem Frühjahr 1919 beſtehende polniſche Kampforganiſation P.O.W. wurde unter der Oberfläche nicht nur ohne jede Behinderung, ſondern ſogar mit Unterſtützung einiger Franzoſen neu aufgezogen und weſentlich vervollkommnet. Ein in Überſetzung beigefügter Geheimbefehl gibt ein Bild über das polniſche Vorgehen[1]). Die militäriſche Leitung führte in engſtem Einvernehmen mit Korfanty das „Oberſte Kommando" in Sosnowice, 4 km von der Grenze auf polniſchem Gebiet, ähnlich einem deutſchen Armeeoberkommando. Es unterſtand einem Oberbefehlshaber mit einem Chef des Stabes; der Stab ſoll eine Stärke von 243 Köpfen gehabt haben. Im weiteren Verlauf beſtand die polniſche Kampforganiſation für Oberſchleſien aus drei Gattungen und zwar:

1. Aus der allgemeinen Geheimorganiſation für den örtlichen Kampf. Das geſamte Abſtimmungsgebiet war hierfür in neun Bezirke eingeteilt, jeder Bezirk umfaßte 1—3 von den 17 Verwaltungskreiſen. Jeder Bezirk war in 4—13 Rayons eingeteilt, jeder Rayon hatte eine Anzahl „Organiſationsorte", von wo aus die übrigen Zehnerſchaften des Rayons organiſiert, Waffenverſtecke angelegt, ſowie militäriſche Übungen veranſtaltet wurden. Dort befanden ſich auch als Kerntruppen die Sturm- und Maſchinengewehr-Zehnerſchaften. Je 15 Zehnerſchaften bildeten eine Kompanie, mehrere Kompanien wurden in Bataillone und dieſe in Regimenter zuſammengefaßt.
2. Aus den beweglichen Formationen für den Vormarſch, die dem Oberſten Kommando unmittelbar unterſtanden und ſich zumeiſt aus beurlaubten bzw. demobiliſierten Hallertruppen, Legionären und anderen polniſchen Soldaten zuſammenſetzten.
3. Aus dem Selbſtſchutz der Gruben, Hütten, Eiſenbahnen und anderen Induſtrieanlagen zwecks Beſitzergreifung dieſer Werke, beſtehend aus den weniger kampftüchtigen Elementen.

In dieſen drei Gruppen war die geſamte polniſchgeſinnte Bevölkerung derartig militäriſch organiſiert, daß bei einer Aktion jeder einen ſeinen Fähigkeiten und ſeinem Alter entſprechenden Platz hatte; auch die Frauen und Mädchen hatten ihre Aufgaben. Viele tauſende ehemalige oder beurlaubte Angehörige der polniſchen Armee, beſonders Hallerſoldaten, waren in das Abſtimmungsgebiet angeblich als Arbeiter heimlich herangezogen und erhielten durch Vermittelung des polniſchen Roten Kreuzes

[1]) S. Anlage 2.

in Beuthen ihren früheren Sold und Familienzulagen. Jenſeits der Grenze ſtanden ſtarke Reſerven, in Czenſtochau wurde das „Schützenregiment Beuthen“ zuſammengeſtellt, in vielen polniſchen Orten wurde die Jugend, welche noch keinen Waffengebrauch kannte, hierfür ausgebildet. Waffen und Munition, teils im Beſitz der Leute, teils in geheimen Waffenlagern, teils dicht an der Grenze auf polniſchem Boden, lieferten beſonders die polniſchen Lager in Sosnowice, Czenſtochau und Czeladz. Bei hermetiſch abgeſchloſſenen Verſammlungen in Privaträumen wurden die Anordnungen bekanntgegeben, die Ausbildung gefördert, die Aufgaben bei einer Aktion erörtert. Übermittlung von Befehlen und Meldungen erfolgte faſt nur mündlich zwecks Wahrung des Geheimniſſes. Das Oberſte Kommando in Sosnowice hatte gemeinſam mit Korfanty einen eingehenden Operationsplan für den Aufſtand feſtgelegt, der auf das genaueſte die Tätigkeit aller Truppen regelte. Die Gemeinſamkeit der Organiſation für Abſtimmung und Aufruhraktion erleichterte die Übermittelung der Weiſungen für letztere erheblich.

Daß die franzöſiſche Leitung der I.K. über die polniſchen Aufſtandspläne, auch in Einzelheiten, genaueſtens unterrichtet war, kann keinem Zweifel unterliegen; ſie iſt ja auch eingehend unter Beifügung zahlreicher Dokumente ſchon im Mai 1920 von deutſcher Seite fortlaufend gewarnt worden, und ſie hätte, wenn ſie gewollt hätte, rechtzeitig und energiſch dagegen einſchreiten können. Auch die Regierungen in Paris, London und Rom konnten nicht Unkenntnis vorſchützen, denn die deutſche Regierung hatte ſie genaueſtens informiert und auch Geheimdokumente übergeben, die einwandfrei das Beſtehen der polniſchen Geheimorganiſation ſowie die Abſicht der Polen, die oberſchleſiſche Frage gewaltſam zu löſen, eindeutig enthüllten.

Trotz großer Verſchwiegenheit der polniſchen Kreiſe war manches durchgeſickert, aber Störungen hatten ſie ja bei dem heimlichen Einverſtändnis mit vielen der Franzoſenführer nicht zu erwarten. Nicht nur Oberſchleſien, ſondern ſelbſt Breslau und die oſtpreußiſche Inſel wurde von den Polen als ihr Ziel bezeichnet, das ſie durch Schaffung einer vollendeten Tatſache erreichen wollten.

Der Deutſche iſt für ſolche unterirdiſche Kampfweiſe wenig geeignet. Die deutſche Gegenwehr hatte überhaupt einen ſehr ſchweren Stand. Bei der parteiiſchen Einſtellung der damaligen Machthaber war es ihr nicht möglich, ſie im Abſtimmungsgebiet ſelbſt, wie es Korfanty tat, zu leiten, dies mußte von dem weit entfernten Breslau aus geſchehen. Die Verſorgung mit Waffen und Munition war äußerſt erſchwert, da

die deutſche Grenze im Gegenſatz zu der polniſchen dadurch interalliierte Truppen ſcharf überwacht wurde; die geforderte Abgabe der Waffen wurde, wie ſchon erwähnt, bei den Deutſchen in ſchärfſter Weiſe gehandhabt. Alle der I.K. zur Kenntnis kommenden deutſchen Gegenmaßnahmen wurden ſcharf unterdrückt, während ſie trotz aller Warnungen und Beſchwerden die polniſchen Vorbereitungen nicht ſehen wollten. Die deutſche Abwehrorganiſation konnte daher nach allem äußerlich und innerlich nur weſentlich ſchwächer als die polniſche Aktionsorganiſation ſein.

Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1920 kam es an vielen Orten zu blutigen Zuſammenſtößen. Am polniſchen Nationalfeiertage, dem 3. Mai, machten die Polen ungehindert große Umzüge mit polniſchen Fahnen, die ſie auch, z. T. unter Anwendung von Gewalt, auf ſtaatlichen Gebäuden hißten. Überall prangten aufreizende Plakate und von der Kanzel wurde die Wiedervereinigung mit der Mutter Polen erfleht. Da der Deutſche dies in ſeinem Lande nicht dulden wollte, kam es in Oppeln zu Zerſtörungen von Gebäuden polniſcher Hetzblätter uſw. Der Franzoſe ſtellte ſich auf die Seite der Polen und verhängte ſchwere Strafen gegen die Deutſchen. Als um Pfingſten in Beuthen eine große Demonſtration der empörten deutſchen Bevölkerung ſtattfand, ſchoſſen die Franzoſen auf die Wehrloſen, die ſieben Tote hatten. Den Polen, welche die Urſache gegeben, wurde kein Haar gekrümmt.

Die Mitgliederzahl der geheimen polniſchen Kampforganiſation betrug nach einer polniſchen Zuſammenſtellung am 1. Juli 1920 = 11736 Köpfe, außerdem waren um dieſe Zeit 1000 bis 20000 Hallerſoldaten in Oberſchleſien, und ein Vielfaches dieſer Zahl ſtand an der Grenze auf polniſchem Gebiet bereit. Als Operationsbaſis war das öſtliche Drittel des Abſtimmungsgebietes vorgeſehen. Dieſes Teiles ſollte ſich die geheime Kampforganiſation zuerſt bemächtigen, um alsdann unter Mitwirkung der auf polniſchem Gebiet bereitgeſtellten ſtarken Streitkräfte das ganze Abſtimmungsgebiet zu beſetzen. Der 18. Auguſt 1920, der Jahrestag des erſten Aufſtandes von 1919, war ſchon lange als Beginn des zweiten polniſchen Aufſtandes vorgeſehen. Nun kam den Polen noch folgender Umſtand zu Hilfe, um ſich das Mäntelchen einer Volkserhebung gegen die böſen Deutſchen anhängen zu können.

Im Polenlande tobte im Auguſt 1920 ein Krieg mit den Ruſſen. Es lag die Gefahr nahe, daß auch Oberſchleſien zum Kriegsſchauplatz werden könnte. Man wünſchte daher, daß die I.K. das Abſtimmungsgebiet ebenſo als neutral erkläre, wie es die deutſche Regierung hinſichtlich

Deutſchlands getan hatte. Um eine diesbezügliche deutſche Note an die interalliierten Mächte zu ſtützen, veranſtalteten die Deutſchen Oberſchleſiens Demonſtrationen. In Kattowitz wurde eine ſolche törichterweiſe von dem franzöſiſchen Kreiskommiſſar verboten. Als ſie am 17. Auguſt trotzdem ſtattfand, ritt franzöſiſche Kavallerie, gefolgt von Maſchinengewehren, mit gezogenem Säbel gegen die Maſſen an, mußte ſich aber, nachdem einige Reiter geſtürzt oder vom Pferde geriſſen worden waren, zurückziehen; hierbei wurden ſie mit Steinen uſw. beworfen. Jetzt platzte inmitten der Demonſtration eine Handgranate. In der naheliegenden Annahme, daß ſie aus dem Hauſe des polniſchen Agitators Dr. Milecki gekommen, wurde dieſer herausgeholt und trotz des Einſchreitens von Polizei und anderen beſonnenen Deutſchen von der wütenden Menge erſchlagen. Faſt gleichzeitig gab der Führer der franzöſiſchen Maſchinengewehre mehrere Salven auf die Menge vor der franzöſiſchen Kommandantur ab; es gab 9 Tote und 26 Verwundete. Die Demonſtranten flohen panikartig, ein Teil von ihnen drang in polniſche Geſchäfte ein, räumte zwei Waffenläden aus, und die jetzt mit Feuerwaffen verſehenen Leute verſuchten die franzöſiſche Hauptwache zu ſtürmen, was mißlang, da ſie von Franzoſen verſtärkt wurde. Über Kattowitz wurde der verſchärfte Belagerungszuſtand verhängt. Trotzdem fanden am Nachmittage des 18. Auguſt wieder Zuſammenrottungen in den Straßen von Kattowitz ſtatt. Hierbei wurde ein Mann durch einen Schuß verwundet, der einwandfrei aus dem Hauſe der polniſchen Plebiſzitkommiſſion abgegeben worden war. Die erregte Menge ſteckte das Haus in Brand. Leider wurden am Abend dieſes Tages wieder einige polniſche Geſchäfte geſtürmt. Nunmehr holten die Franzoſen erhebliche Verſtärkungen heran. Am 19. Auguſt früh durchraſten franzöſiſche Panzerautos die Hauptſtraßen der Stadt und feuerten mit Maſchinengewehren ohne Anruf und Pardon auf ſämtliche Paſſanten; es gab zahlreiche Tote und Verwundete. Hinter den Panzerautos folgten zwei italieniſche Bataillone, geführt von dem franzöſiſchen Oberkommandierenden, General Graf Gratier. Dieſer entſandte ſtarke Straßenpatrouillen und erklärte den verſammelten oberſten Vertretern der Behörden und Gewerkſchaften, daß er ſie als Geiſeln feſtſetzen werde, wenn weitere Unruhen in der Stadt vorkommen ſollten. Es kam nicht mehr zu ſolchen und von jetzt ab herrſchte Ruhe in Kattowitz. Der ganze bedauerliche Zwiſchenfall war eine rein örtliche Angelegenheit, die ſich aus dem Verbot einer harmloſen unbewaffneten Demonſtration mit verſtändigem Zweck entwickelt hatte. Erſt nach der Ausräumung von

zwei Waffenläden war ein kleiner Teil der Demonſtranten mit Feuerwaffen verſehen. Von einem bewaffneten Aufſtand der deutſchen Bevölkerung Oberſchleſiens, wie es unſere Gegner darzuſtellen verſuchten, konnte keine Rede ſein.

Dieſer Konflikt zwiſchen den Kattowitzer Deutſcheren und den interalliierten Truppen war Korfanty ein willkommener Vorwand, um ſeine bewaffnete, ſprungbereite Organiſation gegen die waffenloſen, nichts Böſes wollenden Deutſchen ganz Oberſchleſiens losſchlagen zu laſſen. Er inſzenierte einen großen Streik und, durch dieſen getarnt, begann

der zweite Aufſtand!

Ein Befehl der Aufſtandsleitung kennzeichnet ſeine Ziele, wie folgt:

1. Die deutſchen bewaffneten Organiſationen ſind zu zerſchlagen. (Es gab kaum ſolche.)
2. Die gegenwärtige Bewegung iſt auszunutzen, um die Sicherheitspolizei für immer unmöglich zu machen und zu entwaffnen.
3. An Stelle der Sicherheitspolizei ſchreitet die P.O.W. ſofort zur Bildung der „polniſchen Bürgerwehr", welche die Grundlage für die kommende Abſtimmungspolizei bilden ſoll.

Der nicht erwähnte Hauptzweck war natürlich, durch Terror den Willen der deutſchen Abſtimmungsberechtigten zu beugen, ſie zu zermürben und abzuſchrecken. Korfanty erklärte der J.K.K., daß er alles verſucht hätte, ſeine Leute von dieſem Schritt abzuhalten, bei der ungeheuren Volkswut gegen die deutſchen Bedrücker ſei dies aber nicht möglich geweſen. Die Wahrheit war, daß er erkannt hatte, daß das ruhige oberſchleſiſche Volk ſich durch ſeine materiellen Verſprechungen und Lockungen, wie Bodenaufteilung, Zuweiſung von Vieh, Befreiung vom Militärdienſt und von Steuern, ſowie von ſonſtigen ſozialen Verbeſſerungen nicht genügend ködern laſſen wollte, deshalb wollte er es durch Gewalt einſchüchtern und mürbe machen. Er rühmte ſich ſpäter, durch ſeinen Befehl zum Generalſtreik den Aufſtand in Fluß gebracht zu haben.

Am Nachmittag des 19. Auguſt ſetzten die Unruhen ein. Sie gingen von der polniſchen Grenze zwiſchen Neu-Berun und Laurahütte aus. Überall wurde dort zum Kampf aufgerufen und wurden Waffen und Munition verteilt. Zahlreiche Banden ſtrömten von Polen herein und drangen nach Weſten vor, die ſchwache Sicherheitspolizei vor ſich hertreibend. In den nächſten Tagen verbreitete ſich der Aufſtand auf das ganze öſtliche Abſtimmungsgebiet, da die waffenloſen Deutſchen keinen ernſthaften Widerſtand leiſten konnten. Nur in den überwiegend deutſchen

Städten, wie Kattowitz, Königshütte, Hindenburg, Beuthen, Tarnowitz, Zaborze, Rybnik, Pleß hielten ſich die Aufſtändiſchen zurück, dieſe hatten aber auch interalliierte Garniſonen, gegen welche die Aufrührer nicht vorgehen wollten. Ein Strom von Flüchtlingen ergoß ſich nach dieſen Städten. Aus Nicolai zog die franzöſiſche Beſatzung ab und die Polen beſetzten ſofort dieſe Stadt kampflos. Im Kreiſe Ratibor wurde der Aufſtand durch das energiſche Eingreifen der Italiener bald unterdrückt; im Kreiſe Roſenberg ſtellten ſich Engländer den Aufrührern entgegen. Das übrige flache Land bis einſchl. der Kreiſe Groß-Strehlitz und Coſel war bald in Hand der Inſurgenten. An Oppeln, den Sitz der I.K., wagten ſie ſich nicht heran. Mit einem Male ſtarrte Oberſchleſien von Waffen, auch den modernſten, aber nur im Beſitz der Aufrührer. Dieſe waren jetzt die Herren des Landes und der Terror feierte wahre Orgien. Die deutſchgeſinnten Gemeinde- und Amtsvorſteher wurden abgeſetzt, deutſchgeſinnte Lehrer und Pfarrer mißhandelt und vertrieben. Unerhörte Gewalttaten gegen die ſchutzloſe deutſche Bevölkerung wurden verübt. Vielerorten wurde gemordet, gefoltert, geplündert. Eine große Zahl bezahlte ihr Bekenntnis zum Deutſchtum mit ihrem Leben, viele wurden unter gemeinſten Mißhandlungen nach Polen verſchleppt, 1200 Deutſche von ihren Heimſtätten verjagt und viele retteten ſich vor dem Aufſtändiſchenterror in deutſche Gebiete außerhalb Oberſchleſiens. Das deutſch-evangeliſche Dorf Anhalt [1]) im Kreiſe Pleß wurde niedergebrannt, wobei die unglücklichen Bewohner durch Gewehrſchüſſe gehindert wurden, irgend etwas von ihrem Eigentum zu retten. Die Beſatzungstruppen, die doch eben erſt gegen die Kattowitzer Deutſchen ſo energiſch eingeſchritten waren, rührten keine Hand gegen die Aufrührer. Sie verbarrikadierten ſich in ihren Kaſernen in den Städten und erklärten dieſe als neutral. Dies taten ſie auf Weiſung des Präſidenten der I.K., der als Hüter der Ordnung und des Rechts nach Oberſchleſien geſetzt war, und der feierlichſt verſprochen hatte:

„in einer Ära der Freiheit und Gerechtigkeit gegen Unruheſtifter rückſichts- und gnadenlos vorzugehen.“

[1]) Anmerkung: Die Gründung dieſes Dorfes iſt intereſſant: Am 24. Mai 1770, alſo mitten im Frieden, hatte der Urgroßvater des „Retters Schleſiens“ im Weltkriege, ein Leutnant von Woyrſch, von Friedrich dem Großen den Befehl erhalten, mit der Eskadron aus Pleß nach Seiffersdorf im Öſterreichiſchen zu eilen, um die ihres Glaubens wegen bedrängten reformierten Bewohner mit ihrem beweglichen Eigentum über die Weichſel nach Preußen zu bringen. Es gelang ohne Eklat und Blutvergießen und 303 Menſchen wurden in Anhalt angeſiedelt.

Die ganz offenſichtige Unterſtützung ſeitens der Franzazoſen gab den Polen ſtarke Sicherheit. Schwer bewaffnete Banden paſſaſſierten ungehindert die franzöſiſchen Wachen und wurden von dieſen freſtreundſchaftlich begrüßt.

Die oberſchleſiſche Sicherheitspolizei (Sipo) hatte mannhnhafte Haltung gezeigt und mehrfach unter erheblichen Verluſten hartnäckigegen Widerſtand geleiſtet, aber die außerordentliche Übermacht zwang ſie e zumeiſt, das Feld zu räumen. An einzelnen Stellen, wie z. B. in Myshslowitz, mußte ſie ſich nach Verbrauch der Munition den Inſurgenten e ergeben. In Kattowitz und Beuthen wurde ſie durch Befehl der J.K.K. gezwungen, ſich in ihre Kaſernen zurückzuziehen. Im Kreiſe Pleß wuvurde Sipo auf franzöſiſchen Befehl entwaffnet und unter franzöſiſcherer Bewachung nach Kattowitz abgeführt. Als die Sipoleitung Verſtärkungenen in beſonders gefährdete Gebiete ſenden wollte, verbot dies das franzößöſiſche Militärdepartement in Oppeln. An der faſt ungeſchützten und raſaſche Sicherheit bietenden Grenze nach Polen und in den großen Waldldungen Oberſchleſiens hatten ſich ſtarke, gut ausgerüſtete Räuberbamnden gebildet, die unglaubliche Verbrechen verübten. Banken und KKaſſen, Häuſer mißliebiger Perſonen uſw. wurden ausgeplündert, Gelelb- und Poſttransporte überfallen und einzelne Leute mißhandelt : und beraubt.

Am 26. Auguſt 1920 ſtürmte die Volkswut gegen i das ſchreiende Unrecht in Oberſchleſien das franzöſiſche und das polniniſche Konſulat in Breslau. Frankreich verlangte, daß der Reichskanzler r perſönlich ſich auf der franzöſiſchen Botſchaft in Berlin deswegen entſchſchuldigen ſolle. Zwar ließ dieſer ſich durch den Außenminiſter und deben preußiſchen Innenminiſter vertreten, aber eine Kompanie Reichswwehr mußte in Breslau beim Hiſſen der Trikolore präſentieren.

Um den Aufſtand beizulegen, der ſo viele Opfer an ı Gut und Blut gekoſtet, waren die deutſchen Parteien und Gewerkſchaftenn Oberſchleſiens mit Sitz in Kattowitz an Korfanty herangetreten und hhatten mit ihm das ſogenannte Beuthener Abkommen vom 28. Auguguſt 1920 geſchloſſen[1]). Die Polen verzichteten damals auf ddie gewaltſame Löſung der oberſchleſiſchen Frage und ſetzten bei der ſ J.K. ihre Forderungen nach Abſchaffung der Sicherheitspolizei und › Stärkung des polniſchen Einfluſſes in der Verwaltung in vollem Umfange durch. Präſident Le Rond nahm für ſich das Verdienſt der Einigung zwiſchen Deutſchen und Polen in Anſpruch und bezeichnete den ‹ auf Grund des

[1]) S. Anlage 3.

Beuthener Abkommens geſchaffenen paritätiſchen Beirat als den Beginn des Ausgleichs der nationalen Gegenſätze. Er hat aber dieſen Ausſchuß nur einmal zum Zweck der Begrüßung und auch damals erſt auf wiederholten Antrag der deutſchen Partei einberufen und dann die deutſchen Mitglieder nie mehr angehört.

Faſt ſämtliche polniſchen Forderungen waren erfüllt worden, ihre Verbrechen amneſtiert, die landfremden Inſurgenten blieben im Lande. Die Sicherheitspolizei wurde durch eine paritätiſche, nur aus gebürtigen Oberſchleſiern beſtehende Abſtimmungspolizei (Apo) erſetzt. Als Grundlage für die „paritätiſche" Zuſammenſetzung der Apo galt das Ergebnis der unglückſeligen Gemeindewahlen vom November 1919[1]), ſo daß beſonders im Induſtriegebiet und auf dem flachen Lande ſie überwiegend aus polniſch Geſinnten beſtand. Befehlshaber und Adjutant waren Franzoſen. Der deutſche Teil der Apo wurde unerhört zurückgeſetzt und ſchikaniert, die Offizierſtellen zumeiſt mit Polen beſetzt, von denen einige deutſche Deſerteure oder ſchwer vorbeſtraft waren. 1700 zuverläſſige deutſche Sipomänner wurden, da nicht Oberſchleſier, abgeſchoben. Durch die zu 5:7 aus Polen zuſammengeſetzte Apo wurde der Terror in legale Bahnen übergeführt. Auf dieſem Wege konnte leichter dem deutſchen Widerſtande das Rückgrat gebrochen werden, und es beſtand mehr Ausſicht, das Abſtimmungsergebnis zugunſten Polens zu geſtalten. Der zweite Aufſtand war aber nicht nur eine Vorbereitungshandlung für die Abſtimmung, ſondern auch eine Probemobilmachung für den eventuellen Hauptſtreich, den Korfanty zu machen gewillt war, wenn die Abſtimmung nicht ſeinen Erwartungen entſprechen ſollte; denn ſchon drohten er und ſeine Genoſſen laut mit einem dritten Aufſtand für dieſen Fall. Der offene Kampf war jetzt wohl beigelegt, die heimliche Fehde wurde aber, je näher die Abſtimmung rückte, mit immer ſteigender Schärfe fortgeſetzt. Die Entwaffnung der Aufſtändiſchen war das reine Theater, niemals nämlich konnten die Franzoſen bei ihnen Waffen finden. Die bei dem Aufſtand klar zutage getretene polniſche Kampforganiſation blieb unangetaſtet. Korfanty, der Organiſator und Leiter des zweiten Aufſtandes, blieb weiter auf ſeinem Poſten als polniſcher Plebiſzitkommiſſar in Beuthen. Dort wurde ſogar noch eine Apo-Schule eingerichtet, auf die er einen gewiſſen Einfluß ausübte. Seine heuchleriſchen Mahnungen zur Ruhe genügten dem General Le Rond als Alibibeweis, was für deſſen Einſtellung und für die Einflußloſigkeit der engli-

[1]) S. Seite 48.

ſchen und italieniſchen Mitglieder der J.K. bezeichnend iſt iſt. Manche Engländer und Italiener trugen ihren Ekel gegen das Verhalten der Franzoſen, und die ihnen von dieſen aufgezwungene unwürdige Rolle, die ja auch den eigenen Ruf ſchädigte, offen zur Schau oder kamen um ihre Entlaſſung ein. Aber ſolcher Abſcheu hat nichts zu tun und war nebenſächlich gegenüber den Zielen einer Politik, die bezweckten, Deutſchland zu ſchwächen und die Zukunft Frankreichs zu ſichern. General Le Rond wurde zwar zur Berichterſtattung nach Paris berufen, es blieb aber alles beim alten.

Den Deutſchen hatte dieſer Aufſtand und die nach ihm getroffenen Maßnahmen gezeigt, daß ſie ohne Recht und ohne Schutz waren. Polniſche Übergriffe und hetzeriſche Reden Korfantys uſw. wurden geduldet, rechtmäßige deutſche Aufklärung aber durch Verhaftungen, Ausweiſungen uſw. gehindert. So leitete die J.K. die „freie und unbeeinflußte" Volksabſtimmung ein, ſo verwirklichte ſie die Worte ihres Aufrufs: „Alle Bewohner Oberſchleſiens, ohne Unterſchied der Nationalität, des Standes und der Religion, können ſich auf ihren Rechtsſinn und ihr aufrichtiges Wohlwollen verlaſſen." Die Bedrückung der deutſchen Bevölkerung ſeitens der Polen nahm immer mehr zu. Hatten doch letztere von ihren franzöſiſchen Freunden keine Verfolgungen zu erwarten. Der deutſche Plebiſzitkommiſſar, Dr. Urbanek, übergab der J.K. eine Fülle Material von Brutalitäten der Inſurgenten. Hier ſei nur ſein Hilferuf vom 1. 9. 1920 an General Le Rond erwähnt, den Anl. 3 enthält. Die deutſche Regierung gab darüber Weißbücher heraus, ebenſo über das Verhalten der Beſatzungstruppen und über die weiter fortſchreitenden polniſchen Aufſtandsvorbereitungen. Aber alles dieſes hatte keinen Erfolg. Die Grenze nach Polen blieb praktiſch offen. In den Grenzbezirken gewannen die deutſchen Behörden die volle Gewalt überhaupt nicht wieder. Etwa 5000 deutſche Flüchtlinge waren ihrer Heimſtätten beraubt, etwa 150 Lehrerſtellen verwaiſt. Eine Rückkehr ſetzte die meiſten ſchrecklichen Mißhandlungen aus. Die Vorbereitung der Abſtimmung auf polniſcher Seite bewirkte mit die „Bojowka polska", gut organiſierte Rollkommandos, von denen manche ſchon einen kühnen unterirdiſchen Kampf gegen den Zarismus in Kongreßpolen geführt hatten. Sie beſorgte die Beſeitigung mißliebiger Perſonen und ſchüchterte die deutſchgeſinnte Bevölkerung durch Terrorakte ein. Zahlreiche ſchwere Gewalttaten entfallen auf ihr Konto. Ihr Zweck war es, den deutſchen Menſchen den deutſchen Mut zu rauben und ihren Widerſtandsgeiſt zu brechen. Neben der Werbekraft der polniſchen Agitation in wirtſchaftlicher Hinſicht führte auch die

Furcht vor Drangſalierungen durch die Polen und Franzoſen der polniſchen Sache manche Mitläufer zu.

In Erkenntnis der ſich dauernd ſteigernden Gefahr für die Deutſchen Oberſchleſiens und für das Ergebnis der Abſtimmung iſt endlich auch die bisher nur ein ſchüchternes Daſein führende geheime deutſche Abwehrorganiſation verſtärkt worden. Dieſe war beim Abzug der deutſchen Truppen aus Oberſchleſien im Januar 1920 durch den ſehr tatkräftigen Leutnant Hobus (Propagandaoffizier beim Gen.Kdo. VI. A.K.) mit Stützpunkten in Kreuzburg unter Dr. Menz, in Lublinitz unter Pfannſchmidt und Genz, in Kattowitz unter Dr. Heinze, in Oppeln unter Kapitänleutnant Lenſch und Leutnant Kosmalla, in Gleiwitz unter Kapitänleutnant Dömming heimlich aufgezogen worden, ſie entbehrten aber ausreichender Kraft, da die Reichsregierung und die ihr nachgeordneten Stellen des Zivils wie des Militärs bei ihrem Handeln und ihrer Taktik dem Faktor der phyſiſchen Kraft völlig ablehnend gegenüberſtanden. Während des zweiten polniſchen Aufſtandes im Auguſt 1920 verlangte man plötzlich ein aktives Eingreifen der vorhandenen Organiſation, was aber faſt ausgeſchloſſen war, da es völlig an Waffen und Munition fehlte. Ohne Wiſſen von dem Handeln des Leutnant Hobus hatte Rechtsanwalt Thienel (Ratibor) und Leutnant Coupette in den Kreiſen Ratibor, Leobſchütz und Neuſtadt ſich ebenfalls mit dem Aufbau einer Abwehrorganiſation beſchäftigt. Nach dem zweiten Aufſtand erfuhr die Abwehrbewegung behördliche Förderung, zumal Abordnungen der oberſchleſiſchen Bevölkerung die deutſchen ſtaatlichen Behörden immer dringender um Unterſtützung und Bewaffnung baten. Bei den Feſſeln, welche das Verſailler Diktat dieſen auferlegte, war offene Unterſtützung nicht möglich, andererſeits war es erforderlich, daß die Behörden ſich Einfluß auf die aus der Not geborene, ſich von Tag zu Tag verſtärkende Bewegung ſicherten. Die Gruppen Hobus und Thinel wurden zuſammengeſchloſſen und der Organiſation eine Spitze gegeben. Die politiſche und finanzielle Leitung dieſer „Zentrale“ genannten geheimen Organiſation übernahm der Zentrumsabgeordnete Dr. Spieker, während die militäriſche Leitung zuerſt in der Hand des Major a. D. Beckmann, ſpäter in der des Oberſt a. D. von Schwartzkoppen lag; Sitz beider in Breslau. Dieſe handelten de jure den ſtaatlichen Stellen gegenüber geheimnisvoll und auf eigene Verantwortung. Die hierdurch bedingte Geheimnistuerei war legaliſiert durch die allgemein gültigen Geſetze der Menſchlichkeit, denn es handelte ſich hier um den Schutz ſchwer bedrohter Volksgenoſſen; und kein Volk kann es ſich gefallen laſſen, daß

ihm wichtige Gebietsteile durch Aufrührer entriſſen werden. Nacht für Nacht gingen Autos mit Waffen, begleitet von Freiwilligen in das vom Reich abgetrennte, der I.K. unterſtellte Abſtimmungsgebiet, deſſen Grenzen nach Deutſchland hin interalliierte Truppen ſperrten. Mancher Transport kam nur nach heftigem Feuerkampf mit franzöſiſchen Grenztruppen an ſeinen Beſtimmungsort. Unterbringung der Waffen — nur leichter Art — war oft ſchwierig. Verrat ſpielte auch hier eine Rolle. Unerſchrockene Vorkämpfer haben wahre Heldenſtücke vollbracht. Aber bei den außerordentlichen Schwierigkeiten, denen ſie begegneten, konnten ſie nicht annähernd das vollbringen, was den Polen unter der Duldung der Franzoſen und bei faſt offener Grenze möglich war.

Die nationalpolniſche Agitation, welche ſchon in den letzten Jahrzehnten das bis dahin einige oberſchleſiſche Volk unterwühlt und verhetzt hatte, wandte nach dem Aufſtand in hohem Maße ungehemmt alle Mittel an, um namentlich die waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſier für die Abſtimmung ihrem Deutſchtum abtrünnig zu machen. Dies ſtiftete viel Unheil, machte Eltern und Kindern zu Feinden und entzweite Freunde und Nachbarn; ja ſelbſt Kanzel, Beichtſtuhl und Schule wurden hierfür mißbraucht. Es war eine ſchreckliche Verwüſtung der Seelen und der Charaktere. Mißtrauen, Haß, Hinterhältigkeiten und Angebereien vergifteten die Atmoſphäre. Die Bojowka polſka, mit reichlichen Mitteln verſehen, übte jetzt in allen Teilen des Abſtimmungsgebietes einen ſchweren Terror. Die Deutſchen waren faſt vogelfrei, denn die interalliierte Juſtiz verſagte den Polen gegenüber offenſichtig. Es war Pflicht der Deutſchen, aus dem Recht der Selbſterhaltung dieſem wüſten Treiben zu begegnen, wenn ſie nicht geradezu Selbſtmord begehen wollten. Da kein anderes Mittel zur Verfügung ſtand, wurde eine beſondere Gegenorganiſation gegen die Bojowka polſka eingerichtet, „Spezialpolizei“ genannt, die noch geheimnisvoller als die andere deutſche Abwehrorganiſation waltete. Ihr erſter Führer war der junge, aber außerordentlich umſichtige und tatkräftige ehemalige Einjährige Unteroffizier Hauenſtein gen. Heinz. Auch Albert Leo Schlageter gehörte der Spezialpolizei an.

Die deutſche Bevölkerung ſah ſehnſüchtig der Abſtimmung entgegen, von der ſie ein Ende ihres Elendes erhoffte.

Anlage 1.

Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission (I.K.) gab bald nach ihrem Eintreffen folgende Bekanntmachung in deutscher und polnischer Sprache heraus.

An die Bewohner Oberschlesiens!

In Ausführung der Bedingungen des am 28. Juni zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten einerseits und Deutschland andererseits in Versailles geschlossenen Vertrages ist nun die Besetzung Oberschlesiens durch die alliierten Truppen durchgeführt.

Von heute an übernimmt die Regierungs- und Plebiszitkommission die Verwaltung des Landes. Dieser Kommission werden in Ausführung des Vertrages alle Verwaltungsbefugnisse, die bisher der deutschen Regierung, der preußischen Regierung, sowie den verschiedenen Behörden der Provinz Schlesien zustanden, übertragen.

Mit der Besitznahme der Regierung im Namen der alliierten Mächte bis zur Ausführung des Plebiszit, durch welches die Einwohner selbst über die deutsche oder polnische Landeszugehörigkeit entscheiden werden, setzt die Interalliierte Regierungskommission eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit ein.

Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens, die von nun an die Regierung in Oberschlesien ausüben werden, sowie die alliierten Beamten im Dienste der Regierung und die alliierten Besatzungstruppen hegen den Wunsch, als aufrichtige Freunde der Bevölkerung betrachtet zu werden.

Das allgemeine Wohl des Landes und der Bevölkerung ohne jeglichen Unterschied wird von der Interalliierten Regierungskommission angestrebt. Demgemäß betrachtet diese als ihre erste Pflicht, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, damit jeder in voller Sicherheit seinen Geschäften nachgehen kann, so daß das wirtschaftliche Leben des Landes durch den Regierungswechsel in keiner Weise gestört wird, und daß später, wenn die Abstimmung gekommen ist, die Bevölkerung sich über ihre politische Zugehörigkeit frei aussprechen darf.

Vor der Hand aber hat jeder die Pflicht, sich unverzüglich und entschlossen an die Arbeit zu machen, ohne sich um die künftige Abstimmung zu kümmern. Jetzt gilt es, das Unheil des Krieges ohne Säumen wieder gut zu machen, damit das Land und die Bevölkerung sich einer neuen Wohlfahrt erfreuen können. Darum ist es vor allem die Absicht der Interalliierten Kommission, den Oberschlesiern Ruhe und vollkommene Arbeitsfreiheit zu sichern.

Um aber diesen Zweck zu erreichen, mögen anfangs besondere Maßnahmen des öffentlichen und des politischen Lebens erforderlich sein. Sobald aber das angestrebte Ziel erreicht ist, werden natürlich diese Maßnahmen aufgehoben, und jeder darf innerhalb der gesetzlichen Grenzen vollkommene Freiheit genießen, sowie seine Bürgerrechte uneingeschränkt ausüben. Die Interalliierte Kommission wird sich bei der Verwaltung des Landes nur durch Erwägungen der Gesetze und der Gerechtigkeit leiten lassen. Alle Bewohner Oberschlesiens ohne Unterschied der Nationalität, des Standes und der Religion können sich auf ihren Rechtssinn und ihr aufrichtiges Wohlwollen verlassen. Gleichheit vor dem Gesetz wird jedem gänzlich gewährleistet.

Die Interalliierte Kommission ihrerseits fühlt sich berechtigt, auf die pflichtgetreue Fügsamkeit der Beamten zu rechnen, sowie eine vernünftige Haltung und fleißige Betriebsamkeit seitens der Bevölkerung erwarten zu können. Auch verlangt sie, daß alle mit gleicher Anhänglichkeit zum Lande und mit vollem Vertrauen zu der Inter-

alliierten Regierung an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitwirken und Bedingungen ſchaffen helfen, welche für eine friedliche und den Tatſachen entſprechende Äußerung des Volkswillens ſo notwendig ſind.

Gönnt einerſeits die Interalliierte Kommiſſion ihr Wohlwollen a all' denjenigen, die ihrer Pflicht treu bleiben, ſo hält ſie ſich auch anderſeits für verpflichtet, alle Unruheſtifter rückſichts- und gnadenlos zu verfolgen, wer ſie auch ſein mögen. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung ſtören, die den Klaſſenhaß und religiöſe oder nationale Zwiſte anfachen oder verſuchen, revolutionäre Kommplotte zu ſchaffen, ſowie diejenigen, welche offen oder heimlich zum Widerſtand gegen die Verwaltung aufhetzen, ſchließlich auch diejenigen, welche die freie Äußerung des Willens der Bevölkerung in Oberſchleſien während der Abſtimmung zu hemmen oder zu fälſchen ſuchen, werden aufs ſtrengſte beſtraft.

Gewalttaten, Beſtechungen, ſowie jeder Mißbrauch der Amtsgewalt ſeitens der Staats- oder Gemeindebehörden ſind ſtrafbar und ſollen mit äußerſter Strenge beſtraft werden. Desgleichen wird auch jeder Zwang zur Beeinfluſſung der Abſtimmung verfolgt, gleichgültig, ob er von Mitgliedern der Geiſtlichkeit ſtammt, die ihr prieſterliches Anſehen bei ihren Pfarrkindern mißbrauchen, oder von Firmen- und Landgutsbeſitzern kommt, welche die Vorteile ihres wirtſchaftlichen Standes dazu benützen würden, einen Druck auf ihre Beamten und Arbeiter auszuüben.

Die auf wahre Freiheit gegründete, den Oberſchleſiern von den Alliierten Mächten gewährte Gerechtigkeit ſetzt eine entſprechende Rückſicht auf aufrichtige Achtung für die Äußerung des Willens des Nächſten voraus. Auch in dieſer Beziehung wird die Interalliierte Kommiſſion ihre Kontrolle ſcharf und genau ausüben.

Gegeben zu Oppeln, den 11. Februar 1920.

Der Vertreter Frankreichs, Präſident
Le Rond

Der Vertreter Großbritanniens
H. F. P. Percival

Der Vertreter Italiens
A. de Marinis

Dieſer Bekanntmachung war ein Auszug aus dem Friedensvertrag von Verſailles vom 28. Juni 1919, Artikel 88 mit Anlagen beigegeben, der mit vorſtehender Bekanntmachung in allen Gemeinden des Abſtimmungsgebietes durch öffentlichen Anſchlag bekannt gemacht wurde.

Anlage 2.

Komitee zum Schutze Oberſchleſiens Am Orte, den 12. 4. 1920.
Organiſationsabteilung Nr. 402/20

1. Die jetzt geſpannten politiſchen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe in Oberſchleſien müſſen wir auf alle Fälle für unſere Ziele ausnützen, um Oberſchleſien mit Gewalt mit unſerem Staate zu vereinigen.

Die dortige Oberbefehlsſtelle muß natürlich eine Verſchwörung ſchaffen und ſpitzfindig arbeiten. Zu dieſem Zweck müſſen die derzeitigen deutſchen Unruhen in

jedem Falle unterſtützt werden, damit in der Öffentlichkeit kein Verdacht eines polniſchen Aufſtandes auf uns fällt.

Die Gewerkſchaftsverbände müſſen Glauben machen, daß ſie auf dem Standpunkt der Deutſchen ſtünden. Daher müſſen ſie deren Ziele zum Schein unterſtützen, ſich zur geeigneten Zeit aber von ihnen abwenden, um für unſere Ziele zu arbeiten.

2. Es iſt notwendig, daß ſich die Oberbefehlsſtelle an die Interalliierte Kommiſſion wendet, ihr die jetzigen Verhältniſſe in Oberſchleſien unterbreitet, ſie von der Exiſtenz deutſcher geheimer Organiſationen überzeugt und ihr ſämtliches bis jetzt geſammeltes Material und die Berichte unſeres Nachrichtenbüros vorlegt. Weiter machen wir ſie darauf aufmerkſam, daß die Deutſchen in Oberſchleſien Unruhen anzetteln können, und in dieſem Falle die Polen auf Seiten der Koalition ſtehen würden.

Bei dieſer Gelegenheit muß die Oberbefehlsſtelle erklären, daß die Polen weder Waffen noch Munition haben, daß aber alle polniſchen Sportvereine ſich mit den alliierten Truppen vereinigen werden, wenn ihnen Waffen und Munition zur Verteidigung Oberſchleſiens geliefert werden. Dadurch verſchleiern wir die Exiſtenz unſerer geheimen Waffen- und Munitionslager, und die Deutſchen werden keine Beweiſe dafür haben, daß der Aufſtand von unſerer Seite organiſiert worden iſt.

3. Zur Ausführung dieſer Ziele befehlen wir gemäß unſerer Verſammlungsbeſchlüſſe in Polen nachſtehende Einzelheiten:

a) Die ſofortige Mobiliſation von acht oberſchleſiſchen Kreiſen unſerer Militärorganiſation, nämlich: Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Zabrze, Myslowitz, Oppeln und Rybnik wird angeordnet.

b) Vor Beginn der Unruhen benachrichtigt die dortige Oberbefehlsſtelle ſofort das Kommando des polniſchen Heeres jenſeits der Grenze und erhält von demſelben militäriſche Unterſtützung.

c) Die Pläne zur Beſetzung der öffentlichen Gebäude, wie Poſtämter, Rathäuſer uſw. arbeitet das dortige Oberkommando nach den örtlichen Verhältniſſen für jeden Kreis beſonders aus.

d) Pflicht iſt es, für den Angriff und die Entwaffnung der Sicherheitswehr und Marinebrigade einen eingehenden und genauen Plan auszuarbeiten.

e) Zur Durchführung unſeres Umſturzes treffen dieſer Tage Offiziere des polniſchen Heeres und Organiſationen des Generalſtabes der P.O.W. aus Warſchau ein.

f) Die Kommandanten unſerer Organiſation kleiden ſich bei der Mobiliſation in Uniform franzöſiſcher Offiziere, damit in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß das oberſchleſiſche Volk ſich freiwillig zur Verteidigung ſeines Landes in die Reihen der Interalliierten geſtellt und mit den Deutſchen nichts gemein habe.

g) Sämtliche telegraphiſchen und telephoniſchen Hauptverbindungen mit Deutſchland müſſen zu gegebener Zeit ſofort abgeſchnitten werden. Vom heutigen Tage an gibt die oberſte Befehlsſtelle täglich ein Loſungswort aus.

Weitere Befehle geben wir nach der jeweiligen Lage heraus.

Im Einverſtändnis mit dem Generalſtab der P.O.W.
J. V. gez. Koſtannecki.

(Siegel.)

Streng vertraulich!!!

Zum perſönlichen Gebrauch des Platzkommandanten in Beuthen, Lomnitz-Hotel.

Anlage 3.

Telegramm des deutſchen Abſtimmungskommiſſars Dr. Urbanek an General Le Rond
vom 1. 9. 1920.

pp. Der polniſche Aufſtand iſt heute 14 Tage alt. Durch dieſe 14 Tage haben die Deutſchen, obwohl ſie zur bewaffneten Notwehr berechtigt ſind, dieſe nicht angewandt. Ihre Macht, Herr Präſident, iſt ſo groß, daß der Polenführer Czaplyla Sie in einem Zeitungsartikel des „Katolik“ als mächtiger in Oberſchleſien bezeichnet hat, als es früher der ruſſiſche Zar in ſeinem Lande geweſen iſt. Sie haben feierlich eine neue Ära der Freiheit und Gerechtigkeit verkündet, aber die 14 Tage haben Mord auf Mord gehäuft. Mit kalter Überlegung ſind der Buchdruckereibeſitzer Vater und der Generaldirektor Radlik, ſowie dutzende andere getötet worden. In Joſefstal liegen zehn deutſche Leichen im Walde verſcharrt. Von der ſtaatlichen Autorität verlaſſen, ſchutzlos den polniſchen Banden preisgegeben, haben die Deutſchenführer eine Verſtändigung mit den Polenführern geſucht, um das deutſche Volk wenigſtens durch eine Hoffnung vor Verzweiflungsakten zurückzuhalten. In dem ſicheren Bewußtſein unſerer moraliſchen Position, geſtärkt durch heroiſche Geduld von 14 Tagen voll Blut und ohne Gegenwehr, proteſtieren wir gegen die Fortſetzung des Mordens und fordern, daß Korfanty — der noch im Aufruf für die Beendigung des Aufſtandes das männliche und einheitliche Vorgehen der Polen zu preiſen wagte — angeſichts des weitergehenden Mordens von der Interalliierten Kommiſſion gezwungen wird, öffentlich und uneingeſchränkt in ſchärfſter Form gegen die Fortſetzung der Gewalttaten mit ſeiner ganzen Perſon ſich einzuſetzen.

Wir fordern ein entſchiedenes Vorgehen der bewaffneten Macht!

Die Abſtimmung über Oberſchleſien am 20. März 1921.

Die Deutſch-Oberſchleſier arbeiteten trotz aller Schwierigkeiten unter der ungerechten, ſchon über ein Jahr dauernden Fremdherrſchaft unermüdlich hingebend für die Abſtimmung. Mutige Männer und Frauen aller Parteien, Stände und Konfeſſionen haben unter unſäglichen Mühen, in häufiger Gefahr, Leben oder Freiheit zu verlieren, unter Hintanſetzung ihrer eigenen Intereſſen dauernd um den deutſchen Gedanken geworben und gerungen, obgleich vielen Schaden an Leib und Gut daraus erwuchs.

An der Grenze von Polen und Oberſchleſien ſtanden um die Jahreswende 1920/21 große Truppenmaſſen, davon drei Viertel polniſches Militär und ein Viertel irreguläre Polen, doch wohl zu dem Zweck, gegebenenfalls in Schleſien einzugreifen. Eine Note der deutſchen Regierung über polniſche militäriſche Vorbereitungen ſ. Anl. 1. Die polniſche Propaganda arbeitete mit allen Mitteln. Sie verbreitete,

daß die Deutſchen — wenn Oberſchleſien an Polen falle — alle Gruben, Hütten uſw. zerſtören wollten. Überfälle, Gewalttaten, Drohbriefe, Unterbinden der deutſchen Verſammlungsfreiheit durch die Aufſtändiſchen waren an der Tagesordnung. Die deutſche Regierung wies alle die vielen Ungeheuerlichkeiten, urkundlich beglaubigt, der J.K., den Ententeregierungen und der Botſchafterkonferenz nach und machte Vorſchläge. Ihr wurde bedeutet, daß ſie ſich nicht in Sachen zu miſchen habe, die ſie nichts angingen, und ihr wurde aufgegeben, deutſche Truppenanſammlungen an der oberſchleſiſchen Grenze alsbald rückgängig zu machen. Im Innern des Reichs ſah es ſchlimm aus, und die Reparationsverhandlungen mit ihren Sanktionsdrohungen hemmten die deutſche Regierung.

Korfanty verſuchte mit allen Mitteln bei den alliierten Mächten durchzuſetzen, daß den im Reich wohnenden abſtimmungsberechtigten Oberſchleſiern das Abſtimmungsrecht verſagt werden ſolle. Es iſt bezeichnend, daß die Mächte inſofern Korfanty entgegenkamen, daß ſie die Abſtimmung dieſer Perſonen im beſetzten Rheinland zu Köln abhalten laſſen wollten, und zwar, erſt nachdem in Oberſchleſien das Plebiſzit bereits ſtattgefunden hat, natürlich um eine einheitliche, machtvolle Willenskundgebung des oberſchleſiſchen Volkes zu unterbinden. Da dies gegen das im Friedensdiktat feſtgelegte Abſtimmungsreglement verſtieß, drang die deutſche Regierung diesmal mit ihrem Proteſt durch.

Am 5. Januar 1921 wurde von der J.K. endlich ihr unter dem 30. Dezember 1920 datiertes Abſtimmungsreglement bekanntgegeben. Dieſe Abſtimmungsvorſchriften ſind erlaſſen worden, ohne daß die J.K., wie es ſ. Z. in Oſt- und Weſtpreußen der Fall war, über ihren Inhalt mit dem deutſchen Bevollmächtigten in Oppeln oder einer der in Oberſchleſien vorhandenen Organiſationen der Deutſchland zuneigenden Abſtimmungsberechtigten in Verbindung getreten wäre. Demgegenüber war den Polen Gelegenheit gegeben worden, ihre Wünſche zum Ausdruck zu bringen. Auch der von der J.K. genehmigte paritätiſche Beirat iſt bei der Aufſtellung der Abſtimmungsvorſchriften nicht beteiligt worden. Die deutſche Regierung erhob Einſpruch gegen dieſe Vorſchriften, weil ſie einmal Verletzungen des Friedensvertrages — und zwar lediglich zum Nachteil der deutſchen Intereſſen — und ferner Beſtimmungen enthielten, die ſich als unbillige, einſeitig gegen den deutſchen Teil der Stimmberechtigten gerichtete Härten darſtellten und fügte eine eingehende Denkſchrift darüber bei. Aber alle deutſchen Einſprüche waren erfolglos.

Die Abſtimmungsberechtigten wurden in folgende vier Kategorien eingeteilt:

1. Perſonen, die in Oberſchleſien geboren ſind und dort wohnen;
2. Perſonen, die in Oberſchleſien geboren, aber dort nicht anſäſſig ſind;
3. Perſonen, die außerhalb Oberſchleſiens geboren ſind, aber dort ſeit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen;
4. außerhalb Oberſchleſiens wohnende Perſonen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnſitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweiſung aus dieſem Gebiet durch die deutſchen Behörden nicht behalten haben.

Jeder Stimmberechtigte ſollte in der Gemeinde abſtimmen, in der er am 1. Oktober 1920 anſäſſig geweſen war, die nicht im Abſtimmungsgebiet wohnenden in der Gemeinde ihres Geburtsortes, die „Ausgewieſenen“ in der Gemeinde, in der ſie zur Zeit ihrer Ausweiſung anſäſſig geweſen waren.

Der zweite Teil der Vorſchriften für die Abſtimmung in Oberſchleſien, in dem endlich der 20. März 1921 als Abſtimmungstag feſtgeſetzt war, datierte vom 23. Februar 1921 und wurde erſt Ende Februar, alſo genau drei Wochen vor der Abſtimmung, veröffentlicht. Da alle Beamten, Geiſtlichen uſw. von der Verwendung in den Ausſchüſſen uſw. ausgeſchloſſen waren, ging ihre Konſtituierung nicht immer glatt vonſtatten, zumal viele aus Geſchäfts- oder anderen Rückſichten Zurückhaltung übten. Die allgemeine Anſicht ging dahinn, daß die abſolute Mehrheit bei der Abſtimmung über die Zuteilung des ganzen Gebietes an Deutſchland oder Polen entſcheidend ſein ſollte. Die I.K., darüber befragt, gab keine Auskunft, wohl, weil ſie ſich vor dem Ergebnis der Abſtimmung nicht binden wollte. Sicher hätten ſehr viele Oberſchleſier keinen polniſchen Stimmzettel abgegeben, wenn ſie gewußt hätten, daß eine Teilung des Landes und damit eine ſolche ihrer Familienbande möglich werden könnte. Nur das beſetzte Abſtimmungsgebiet durfte an der Abſtimmung teilnehmen. Die Kreiſe Falkenberg, Neiße, Grottkau, ſowie Teile der Kreiſe Neuſtadt und Ratibor gehörten nicht dazu, und den Bewohnern des Hultſchiner Ländchens im Südteil des Kreiſes Ratibor blieb trotz ſtarker Proteſte derſelben die Abſtimmung verſagt. Es war ohne ſtichhaltige Begründung und ohne Befragung an die Tſchechoſlowakei ausgeliefert worden, obgleich eine freiwillige Volksabſtimmung 93,7% für Deutſchland ergeben

hatte. Die von der I.K. erlaſſenen Beſtimmungen zum Abſtimmungsreglement waren außerordentlich kompliziert, bei der allzu kurz bemeſſenen Friſt ſchwer durchführbar und den Deutſchen ungünſtig. Aber, was möglich war, geſchah! Auf beiden Seiten wurde fieberhaft gearbeitet, um ſich den Wahlſieg zu ſichern. Die unfreien Deutſchen waren dabei im Nachteil. Der erbitterte Kampf wurde nicht nur offen, ſondern auch im Dunklen geführt. Nun galt es auch, die auswärtigen gebürtigen Oberſchleſier aus allen Gauen des Reiches und ſelbſt aus fernem Ausland zur Wahlurne heranzuſchaffen. Dieſe umfangreiche Arbeit war durch den deutſchen Schutzbund für die Grenz- und Auslanddeutſchen und die vereinigten Verbände heimattreuer Oberſchleſier, ſowie durch das Reichsverkehrsminiſterium mit unendlicher Mühe in ſo muſtergültiger Weiſe vorbereitet worden, daß trotz der kurzen Friſt der Antransport der etwa 170 000 Abſtimmler in altpreußiſcher Ordnung klappte. Die deutſche Regierung tat, was ſie konnte, um die Schwierigkeiten der Reiſe in materieller Hinſicht zu erleichtern und die Zuverſicht für einen deutſchen Sieg zu ſtützen und zu ſtärken. Einer Völkerwanderung, einer heiligen Wallfahrt gleich ſtrömten die Ausgewanderten, auch hier ohne jeden Unterſchied, nach dem Geburtsort ihrer oberſchleſiſchen Heimat, um mit den Männern und Frauen des Landes ihr Urteil über die Zukunft Oberſchleſiens abzugeben. Trotz bitterer Not im eigenen Heim ließ man Arbeit und Geſchäfte ruhen. Greiſe und Greiſinnen, ſtillende und werdende Mütter, Sieche, ja Schwerkranke ſetzten weite Eiſenbahn- und Seefahrten durch, um bei der Abſtimmung nicht zu fehlen. Eine gewaltige Kraft hatte dieſe Maſſen in Bewegung geſetzt: die heiße Liebe zu ihrer oberſchleſiſchen Heimat. Die ſpätere polniſche Angabe, daß 25% von ihnen für Polen geſtimmt haben, iſt ſicher nicht zutreffend. Die I.K. hatte jede deutſche Kundgebung verboten und ihre Organe, ſoweit ſie Franzoſen waren, ſuchten durch Schikanen den Deutſchen die Wahl zu verekeln. Die Polen forderten auf, den angemeldeten Deutſchen Wohnung und Nahrung zu verſagen und drohten mit Gewalttaten. Die Polen verordneten in allen Dörfern, in denen ſie durch Terror herrſchten, daß der zweite, der deutſche Stimmzettel, den polniſchen Vertrauensleuten nach der Wahl vorgelegt werden müſſe. Allen, die ihn nicht abliefern könnten, wurde brutale Gewalt angedroht. Unzählige Plakate, wie z. B.: „Schlagt die deutſchen Halunken aus unſerem Lande“ oder „Unſere Zukunft iſt bei Polen“ waren an allen Orten zu leſen. Die Bekanntmachung des ſchönen Aufrufes der deutſchen Regierung: „Oberſchleſier, die Stunde der Entſcheidung iſt da“ — ſiehe ihn Anlage 4 —

verhinderte der Aufſtändiſchen-Terror auf dem flachemm Lande. Reichspräſident Ebert rief den von Berlin abfahrenden Abſtiſtimmlern zu: „Es geht um die Heimat, es geht um Deutſchland! Wir gehören nicht nur in guten Tagen, ſondern auch in Zeiten ſchwerſter r Not zuſammen.“ Der Aufſtändiſchen-Terror nahm derart zu, daß die d deutſchen Stellen noch zwei Tage vor der Abſtimmung allen Ernſtaſtes erwogen, ob ſie nicht Stimmenthaltung anraten ſollten. EinEinige Noten der deutſchen Regierung aus dieſer Zeit ſind in den 2 Anlagen 2 und 3 enthalten. Der Wahlkampf erforderte von allen Deututſch-Oberſchleſiern Mut, Entſchloſſenheit und Opferwilligkeit, und ſie habeben dieſe bewieſen! Am Abſtimmungstage ſelbſt freilich waren der Aufſtändiſchen-Terror und die Überfälle auf Deutſchgeſinnte, namentlich o auf dem platten Lande, wo den Deutſchen ſelbſt bei Kraftwagentransporten vielfach der Weg zu den Wahlorten verſperrt wurde, ſo ſtark, daß k das Wahlergebnis kein richtiges Bild der wirklichen Geſinnung war. MMan muß ſich klar darüber ſein, was es mancherorten damals bedeutete, ', ſich als Deutſcher zu bekennen, dadurch ſind natürlich viele deutſche SStimmen verloren gegangen. Der ehemalige italieniſche Staatsmann Nitti ſagt in ſeinem Buch „Das friedloſe Europa“ richtig: „Alle in Oberſchlleſien begangenen Gewalttaten, um ein günſtiges Ergebnis der Volksabſtimmmung für Deutſchland zu verhindern, ſind nicht nur geduldet, ſondern i von langer Hand vorbereitet worden.“

98% der in den Liſten eingetragenen Wähler g gingen zur Urne. Nicht nur in Deutſchland, ſondern in ganz Europa wwurde das Ergebnis mit großer Spannung erwartet. Herrlich ſchön war eses am Wahltage in den vom Aufſtändiſchen-Terror nicht berührten Ortenen. Ein Gedanke, ein Wille beſeelte alle: nur deutſch, nur deutſch! Und i in den Wahlbüros gab es rührende Szenen, Schwerkranke und hinfällige e Greiſe ließen ſich zur Urne tragen, um ihre deutſche Pflicht zu erfüllen.n. Als am Abend des 20. März für Deutſchland günſtige Ergebniſſe bekannt wurden, herrſchte elementarer Enthuſiasmus und oft erklangg trotz ſtrengſten Verbotes das Deutſchlandlied.

709 348 = rund 60,3% = $^3/_5$ der Stimmen wareen für, 479 747 = rund 39,7% = $^2/_5$ der Stimmen gegen Deutſchland abbgegeben worden, 55% aller Gemeinden waren für, 45% gegen Deutſchhland. Sämtliche Städte hatten deutſch gewählt, nur nicht Alt-Berun. ' Nur ein Beiſpiel: Kattowitz = 22 774 deutſch, 3900 polniſch. Von deen Kreiſen hatten nur Rybnik, Pleß und Tarnowitz, wo der Aufſtänddiſchen-Terror am ſchlimmſten gewütet hatte, eine polniſche Mehrheit. ' Im Kreiſe Groß-

Strehlitz hielten ſich deutſch und polniſch die Waage. Das eigentliche Induſtriegebiet (Kattowitz, Beuthen, Hindenburg, Königshütte, Gleiwitz) hatte eine deutſche Mehrheit und zwar 285 900 gegen 229 600. Etwa 42% der waſſerpolniſch ſprechenden Oberſchleſier hatten deutſch geſtimmt, ein Beweis dafür, daß Sprache und Geſinnung in Oberſchleſien nicht gleichgeſetzt werden dürfen. Wieviel mehr deutſche Stimmen hätte erſt eine Abſtimmung nach Wahrheit und Recht unter normalen Verhältniſſen ergeben! Bei den ungünſtigen Vorbedingungen für die Deutſchen, dem ungeheuerlichen Aufſtändiſchen-Terror, den franzöſiſchen Schikanen, der Verzweiflung über den deutſchen Zuſammenbruch und die ſchwere deutſche Not, bei der Aufpeitſchung der Unzufriedenheit der Maſſen, den angeblichen materiellen Nachteilen, die bei einem Verbleiben im Deutſchen Reiche vorgeſpiegelt wurden und dem lockenden Bild von dem durch machtvolle Freunde geförderten Lande der Zukunft, Polen, bei der ausſchlaggebenden Rolle, welche in der politiſchen Propaganda die Religion ſpielte: katholiſch = polniſch, proteſtantiſch = deutſch, war wohl eine Zunahme der polniſchen Stimmen zu erwarten geweſen, aber doch nicht eine ſo erhebliche. Daß der Abſtimmungskampf in ſo grauſamer Art geführt wurde, und daß er eine überraſchend große Zahl polniſcher Stimmen erbracht hatte, iſt bei dem vertrauensſeligen, gutmütigen oberſchleſiſchen Volke einerſeits dadurch zu erklären, daß die polniſche Propaganda ungehemmt aufs raffinierteſte alles ungemein geſchickt dazu ausnutzen konnte, um ihm einzuflößen, wieviel beſſer es ihm bei der katholiſchen Mutter Polen gehen werde, und andererſeits durch den von der I.K. geduldeten Terror. Um nationalpolniſche Wünſche ging es den armen, einfältigen Leuten, und ſolche waren es in der Hauptſache, die für Polen ſtimmten, wahrlich nicht. Viele Deutſche werteten dieſe Abſtimmung als guten deutſchen Sieg. Doch dazu lag bei faſt einer halben Million polniſcher Stimmen bei ein und ein Viertel Millionen Geſamtſtimmen wahrlich kein Anlaß vor. Bei den Reichstagswahlen 1905 waren es nur 95 000 polniſche Stimmen geweſen. Die franzöſiſche und franzoſenfreundliche Preſſe betrachteten den Ausgang der Abſtimmung als einen Erfolg der Polen. Nachdem ſich die hochgradige Erregung gelegt hatte, waren weder die Deutſchen noch die Polen mit dem Abſtimmungsergebnis ganz zufrieden.

Anlage 1.

Die deutſche Regierung ſandte am 9. Januar 1921 an die Botſchafterkonferenz und die Regierungen in Paris, London und Rom folgendnde Note:

„Die Deutſche Regierung hat durch ihren Botſchafter auf die ie Gefahren hinweiſen laſſen, die ſich für das oberſchleſiſche Abſtimmungsgebiet aus militärtäriſchen Anordnungen ergeben können, wie ſie ſeitens der polniſchen Regierung auf polniſchiſchem Boden getroffen worden ſind und noch getroffen werden.

Sie iſt des weiteren in den Beſitz einer Fülle urkundlichen MaMaterials gelangt, aus dem mit Deutlichkeit hervorgeht, in welch' umfangreicher Weiſe vonon gewiſſen polniſchen Kreiſen auch auf oberſchleſiſchem Boden ſelbſt die militäriſche Orgaganiſation weiter ausgebaut worden iſt, auf deren Vorhandenſein die Deutſche Regierungng ſchon bei Gelegenheit des Auguſt/September-Aufſtandes hingewieſen hat.

Die anliegende Aufzeichnung enthält eine zuſammenhängendnde Darſtellung hierüber, die ſich auf das als Anlagen beigefügte Material ſtützt. Dieſeeſes ſelbſt iſt einwandfrei und wird durch die beigegebenen Photographien belegt. (Dieie Anlagen uſw. ſind hier nicht beigefügt.)

Die Deutſche Regierung hält ſich für verpflichtet, erneut auf if die Gefahren hinzuweiſen, die dem Frieden in Oberſchleſien von dieſer Seite drohenen. Sie tut dies im jetzigen Augenblick, um mit Hilfe der Alliierten Regierungen, wenenn möglich, noch den Ausbruch eines erneuten Aufſtandes im Abſtimmungsgebiet zu v verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar gepeplant zu ſein ſcheint. Sie hält es für ihre Pflicht, in letzter Stunde vor Taten zu warnen, didie eine dem Friedensvertrag entſprechende Abſtimmung verhindern und erneutes namenenloſes Unglück über das bereits über alles Maß von polniſchem Terror gequälte Land d bringen würde. Es iſt an der Zeit, dem Terror zu ſteuern und unter allen Umſtänden zi zu verhindern, daß er durch noch Schlimmeres, den Bürgerkrieg, erſetzt werde."

Anlage 2.

Am 14. März 1921 hatte das Auswärtige Amt folgende Note e an die Botſchafterkonferenz und die J.K. gerichtet:

„Die Deutſche Regierung hat mit Befriedigung davon Kenntnnis genommen, daß die interalliierte Beſatzung in Oberſchleſien für die bevorſtehende A Abſtimmung erheblich verſtärkt worden iſt, ſie hofft, daß damit den bisherigen unſichereren Zuſtänden im Abſtimmungsgebiet ein Ende bereitet wird, zumal wenn nunmehr ei ein ſtrenger Abſchluß der Grenze zwiſchen Oberſchleſien und Polen erfolgt. Die Deutſchſche Regierung hält es jedoch für ihre Pflicht, die Aufmerkſamkeit der ad 1) Botſchafterkorkonferenz, ad 2) J.K. auf folgende Umſtände zu lenken, die immer noch ernſte Störungeigen des Verlaufes der Abſtimmung befürchten laſſen.

Der ad 1) Botſchafterkonferenz, ad 2) J.K. dürfte es nicht entntgangen ſein, daß in der letzten Zeit die polniſche Öffentlichkeit in einer an Heftigkeit kaukaum zu überbietenden Weiſe auf eine gewaltſame Löſung der oberſchleſiſchen Frage, ui unabhängig von dem Ergebnis der Abſtimmung, hindrängt.

Der Londoner Beſchluß des Oberſten Rates über die gemeinſame Abſtimmung hat nahezu alle Kreiſe in Polen von rechts bis links zu einer ſchrankenloſen Agitation veranlaßt. Unter dem Vorwand, daß Angriffsabſichten bei den Deutſchen beſtehen, und daß insbeſondere die einreiſenden Stimmberechtigten bei der gewaltſamen Beſitzergreifung Oberſchleſiens mitwirken ſollen, wird in der Preſſe, wie auch ſonſt in der Öffentlichkeit planmäßig auf die Erregung eines Aufſtandes in Oberſchleſien, auf Störung der Abſtimmung durch Gewaltakte und ein ſich daran anſchließendes militäriſches Eingreifen Polens hingearbeitet. Wenn z. B. in Regierungskreiſen naheſtehenden Blättern, wie dem „Kurjer Poranny“ vom 25. v. Mts., ganz offen mit einer Bartholomäusnacht in Oberſchleſien gedroht wird, ſo kann es nicht Wunder nehmen, daß auch die ganze übrige Preſſe ſich keinerlei Zurückhaltung auferlegt.

Die Polniſche Regierung hat bis jetzt nichts zur Beſchwichtigung der erregten Öffentlichkeit getan. Ihre Haltung erweckt vielmehr den Anſchein, als billige ſie dieſe aufreizende Haltung der Preſſe. Hand in Hand mit der Verſammlung regulärer polniſcher Truppen gegenüber der Oſtgrenze Deutſchlands, über die ad 1) der Botſchafterkonferenz, ad 2) der J.K. geſonderte Aufzeichnungen überreicht werden, geht, wie aus der Anlage zu erſehen iſt (dieſe iſt hier nicht beigefügt), der weitere Ausbau der geheimen militäriſchen Organiſationen in Oberſchleſien ſelbſt, wie ſie in der Note der Deutſchen Regierung vom 9. Januar 1921 über die Gefahr eines erneuten polniſchen Aufſtandes bereits geſchildert worden ſind. Die Aufrufe und Ermahnungen des polniſchen Plebiſzitkommiſſars Korfanty zur Ruhe ſtehen in nur ſcheinbarem Gegenſatz zu dieſen Tatſachen. Angeſichts aller ſonſtigen dokumentariſch belegten Vorbereitungen des polniſchen Führers in Oberſchleſien können ſie lediglich als Verſuch betrachtet werden, ſich vor der Welt moraliſch zu entlaſten. Denn der in Oberſchleſien verübte Terror, ſowie die durch die Gewalttaten hervorgerufenen Zuſtände im Abſtimmungsgebiet haben ſich ſeit der von der Deutſchen Regierung dieſerhalb übergebenen Note vom 9. Januar 1921, wie aus der Anlage zu erſehen iſt, nicht gebeſſert. Sie haben vielmehr in den Grenzkreiſen, namentlich in den Kreiſen Kattowitz, Tarnowitz, Pleß und Rybnik, einen Umfang angenommen, der zu ernſten Beſorgniſſen Anlaß gibt.

Die Deutſche Regierung möchte nicht unterlaſſen, nochmals nachdrücklichſt zu erklären, daß ſie entſchloſſen iſt, mit allen ihr zur Verfügung ſtehenden Mitteln für eine ruhige und geordnete Abſtimmung zu wirken, bittet aber ad 1) die Botſchafterkonferenz, ad 2) die J.K. auch ihrerſeits kein Mittel unverſucht zu laſſen, um eine freie und unbeeinflußte Abſtimmung zu gewährleiſten.

gez. Simons.“

Anlage 3.

Am 18. März 1921 ſandte das Auswärtige Amt an die ausländiſchen Botſchaften und Geſandtſchaften in Berlin nachſtehende Verbalnote:

„Im oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebiet nehmen Terror und Bandenunweſen gegen die deutſch geſinnte Bevölkerung, namentlich in den Kreiſen Beuthen, Kattowitz, Lublinitz, Pleß, Rybnik und Tarnowitz täglich zu und machen eine freie, geheime, unbeeinflußte Abſtimmung unmöglich. In den letzten Tagen ſind Zuſtände eingetreten, die jeder Gerechtigkeit und Billigkeit Hohn ſprechen. Deutſche werden erſchoſſen, verprügelt, beraubt, Handgranaten werden nachts in die Häuſer der Deutſchen geworfen. Die Wut richtet ſich beſonders gegen die von außerhalb einreiſenden Stimmberechtigten.

Die Verhetzung hat zu den ſchon erwähnten Gewalttaten und zur Brandſtiftung an den für die Zugereiſten beſtimmten Wohnbaracken geführt. In ähnlicher Weiſe wird gegen die Einwohner verfahren, die zugereiſte Stimmberechtigte beherbergen. In vielen Kreiſen iſt es deshalb nicht möglich, dieſe Stimmberechtigten ihren Geburtsorten zuzuführen.

Die immer wiederholten Vorſtellungen der Deutſchen Regierung haben bisher keinen ſichtbaren Erfolg gehabt. Die interalliierten Truppen, die in den Städten konzentriert ſind, gehen nicht in durchgreifender Weiſe gegen den Terror vor. Insbeſondere werden die Truppen nicht in ausreichendem Maße auf das flache Land verteilt, um den Schutz der Bevölkerung in den gefährdeten Orten wahrzunehmen.

Das A.A. beehrt ſich in der beigefügten »Zuſammenſtellung polniſcher Gewalttaten, Terrorakte im oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebiet in der Zeit vom 6. bis 16. März 1921« eine Anzahl beſonders hervorgetretener Fälle zur Kenntnis zu bringen." (Die Zuſammenſtellung iſt hier nicht beigefügt.)

Anlage 4.

Oberſchleſier!

Die Stunde der Entſcheidung iſt gekommen. Von Euch wird es abhängen, ob Oberſchleſien, durch Jahrhunderte mit Deutſchland vereint, in Jahrhunderten mit Deutſchland groß geworden, ſich auch in Zukunft in Blüte und Wohlſtand weiter entwickeln kann. Oberſchleſien und Deutſchland ſind unlöslich miteinander verbunden durch Bande des Blutes, durch die gemeinſame Kultur, durch den gleichzeitigen ſozialen Aufſtieg und durch die gemeinſame wirtſchaftliche Entwicklung. Würden dieſe Bande zerriſſen werden, ſo iſt die fruchtbare Arbeit des letzten Jahrhunderts zunichte gemacht und Hunger, Not und Elend ſind die unausbleiblichen Folgen.

Oberſchleſier!

Voll Stolz und voller Zuverſicht blickt das ganze deutſche Volk auf Eurem Schickſalstage auf Euch. Aus allen Teilen des Reichs, aus dem Auslande, ſind Eure Brüder und Schweſtern zu Euch gekommen, um aller Welt die Einmütigkeit aller Deutſchen und die Zuſammengehörigkeit Oberſchleſiens mit dem Deutſchen Reich zu beweiſen. Weder Drohungen noch Lockungen, weder Mühen noch Entbehrungen haben vermocht, ſie von der Erfüllung ihrer vaterländiſchen Pflicht abzuhalten. Wir vertrauen darauf, daß die Abſtimmung in Ruhe und Ordnung vor ſich gehen wird.

Der Reichsregierung iſt es ein Bedürfnis, in dieſer feierlichen Stunde erneut zu erklären, daß ſie das oberſchleſiſche Volk in der Neugeſtaltung ſeiner Zukunft nach Kräften unterſtützen wird. Die erſte gemeinſame Aufgabe der Zukunft wird es ſein, Gegenſätze auszugleichen, die der Abſtimmungskampf geſchaffen hat und ſich zu gemeinſamer Friedensarbeit zuſammenzufinden.

Oberſchleſier!

Die Stunde der Entſcheidung iſt da! Das deutſche Volk und die deutſche Regierung hoffen und vertrauen auf Euch. Denkt an Eure Zukunft, denkt an Euch und Eure Kinder und ſtimmt für ein deutſches Oberſchleſien!

Die Reichsregierung. Der Reichspräſident.

Der dritte Aufſtand 1921.

I.

1. Phaſe des dritten Aufſtandes und Anfang des S.S.O.S. März bis 18. Mai 1921.

Der Ernſt der Lage wurde immer deutlicher erkennbar. Es zeigte ſich mehr und mehr, daß unſere Gegner darauf ausgingen, Deutſchland dadurch zu treffen, daß man ihm den Reichtum Oberſchleſiens fortnahm und ſo ſeine wirtſchaftliche Kraft ſtark verminderte. Von einer Belaſſung ganz Oberſchleſiens bei Deutſchland auf Grund der über 60% für dieſes abgegebenen Stimmen, alſo der zahlenmäßigen Mehrheit, war keine Rede. § 5 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensdiktates[1]) ſah allerdings ſchon eine Teilung Oberſchleſiens vor. Artikel 88 beſtimmte noch, daß das „Abſtimmungsergebnis gemeindeweiſe, und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde feſtgeſtellt wird". Wie ſchon geſagt, waren 55% aller Gemeinden für, 45% gegen Deutſchland. Die Städte, die faſt ganz deutſch gewählt hatten, lagen inmitten großer polniſcher Bezirke, und Landgemeinden mit ſtarker polniſcher Mehrheit lagen inmitten großer deutſcher Bezirke. Bei dieſen Verhältniſſen war eine gerechte Teilung Oberſchleſiens kaum möglich. Deshalb wohl hatte man gemeindeweiſe und nicht zahlenmäßige Feſtſtellung beſtimmt. Da auch die „geographiſche und wirtſchaftliche Lage der Ortſchaften" bei dem Vorſchlag für die neue Grenzziehung berückſichtigt werden ſollte, war Willkür freie Bahn gelaſſen. Die drei Kommiſſare der J.K. konnten zu keinem einheitlichen Vorſchlage über die Linienführung der Grenze kommen, da ihre Auffaſſungen und vor allem die Intereſſen ihrer Regierungen verſchieden waren. Frankreichs Wunſch war es ganz offenbar, Deutſchland möglichſt dauernd zu verſklaven, und ihm galt es, den polniſchen Bundesgenoſſen, welcher die Stelle Rußlands in dem neuen um Deutſchland gelegten Einkreiſungsringe einzunehmen hatte, durch die möglichſt ganze Zuteilung der oberſchleſiſchen Waffenſchmiede und der reichen Bodenſchätze dieſes Landes zu ſtärken. Durch die Schaffung eines zweiten Elſaß-Lothringens — einer dauernd offenen Wunde im Oſten — ſollte Polen politiſch unlösbar mit Frankreich verkettet werden. General Le Rond wollte den Polen daher faſt die gleichen oberſchleſiſchen Gebiete zuſprechen, welche die Polen in der ſogenannten Korfanty-Linie, welche die Oder entlang bis Krapitz und dann über

[1]) S. Seite 66.

Zembowitz—Roſenberg verlief, als äußerſte Mindeſtforderung erſtrebten. Dies war etwa zwei Drittel Oberſchleſiens einſchließlich des ganzen Induſtriegebietes. England gingen die Abſichten Frankreichs zu weit. Der engliſche Vertreter bei der I.K., Oberſt Percival, ſchlug daher vor, nur die Kreiſe Pleß und Rybnik, ſowie die Grenzſtreifen der Kreiſe Kattowitz und Tarnowitz, die ſtarke polniſche Mehrheiten aufgebracht hatten, den Polen zuzuweiſen. Italien bewegte ſich mit der von ihm vorgeſchlagenen Sforza-Linie zwiſchen dem franzöſiſchen und dem engliſchen Vorſchlage. Daß der italieniſche Außenminiſter, Graf Sforza, letzterem nicht beigetreten, war erſtaunlich. Es ſtand auch zur Frage, ein ſelbſtändiges Oberſchleſien unter der Schutzmachtſtellung des Völkerbundes oder Englands zu ſchaffen, doch wurde dieſer Vorſchlag bald fallen gelaſſen.

Da die Polen wußten, daß der Volksentſcheid für ſie ſehr zweifelhaft war, hatten ſie, wie ſchon erwähnt, unter der Oberfläche die Vorbereitungen für einen neuen Gewaltſtreich getroffen, indem ſie ihre ſeit Frühjahr 1919 beſtehende und bereits in zwei Aufſtänden geſchulte Kampforganiſation — P.O.W. — mit Unterſtützung franzöſiſcher Beſatzungstruppen und unter ſtärkſter Förderung durch die Republik Polen bis ins kleinſte ausbauten, ausrüſteten und fanatiſierten. Schon im Januar 1921 hatte Korfanty auf die Frage, was bei einem für Polen ungünſtigen Volksentſcheid geſchehen werde, mehrfach unumwunden geantwortet: „Dann gibt es einen bewaffneten Aufſtand“. Er hatte ſich doch aber am 28. Auguſt 1920 bei dem ſogenannten Beuthener Abkommen[1]) durch Unterſchrift ausdrücklich verpflichtet, keinen neuen Verſuch zur gewaltſamen Löſung der oberſchleſiſchen Frage zu unternehmen. Schnell und ſchlau fand ſich der willensſtarke Korfanty mit der durch den deutſchen Abſtimmungserfolg gegebenen Lage ab. Er ſtellte die Tatſachen auf den Kopf, feierte in täglichen Aufrufen den großen, denkwürdigen polniſchen Abſtimmungsſieg und prophezeite, daß man das polniſche Oberſchleſien bis zum letzten Atemzuge verteidigen werde[2]). Heuchleriſch mahnte er dabei wieder zur Ruhe und zur Zurückhaltung. Gleichzeitig aber mobiliſierte er ſeine P.O.W. Überall Gewalttaten und Bedrohungen gegen Deutſche. So wurden am 23. März, alſo drei Tage nach der Abſtimmung, in Karf bei Beuthen O.S. vier Landjäger in beſtialiſcher Weiſe hingemordet. Am 6. April wurde Kapitän-

[1]) S. Seite 80.
[2]) S. Anlage 1.

leutnant von Dömming, einer der tatkräftigſten und deshalb beſonders gefürchteten deutſchen Stoßtruppführer, in Gleiwitz von etwa 10 franzöſiſchen Soldaten unter Führung eines franzöſiſchen Kriminalbeamten in ſeinem Zimmer überfallen. Da er wußte, was ihm als Gefangener bevorſtand, gebrauchte er ſeinen Revolver und erſt nachdem er 7 Gegner niedergeſtreckt hatte, traf auch ihn eine tödliche Kugel. Viele andere Fälle ließen ſich noch anführen. Bei polniſchen militäriſchen Übungen und Ausſchreitungen drückten die Hüter der Ordnung beide Augen zu, während viele Deutſche aus nichtigen Urſachen von den interalliierten Gerichten beſtraft wurden. Es herrſchte große Erregung über die Zukunft Oberſchleſiens. In dieſen gewitterſchwülen Tagen, in denen ſchwerſte Erſchütterungen ſicher ſchienen, zog England ſeine Truppen aus Oberſchleſien zurück; es verblieben nur einige engliſche Offiziere und Beamte dort.

Im April 1921 wieſen zahlreiche Anzeichen darauf hin, daß die P.O.W. einen neuen Aufſtand auf das intenſivſte vorbereite und über die faſt offene Grenze aus der Republik Polen durch Perſonal, Waffen, Munition und Gerät andauernd weſentlich verſtärkt wurde. Allein in den Kreiſen Tarnowitz und Hindenburg wurde die Zahl der dorthin beurlaubten polniſchen Soldaten auf 12 000 geſchätzt. Weitere polniſche Diviſionen wurden zu den ſchon vorhandenen an der ſchleſiſchen Grenze bereitgeſtellt. Ihr Einmarſch ins Abſtimmungsgebiet war freilich unwahrſcheinlich, da England und Italien ſich dem widerſetzen würden; nur mit vollem offenen Einverſtändnis und unter Mitbeteiligung Frankreichs könnte es geſchehen. Aber es lag ja anderes ſchleſiſches Land frei da. In Polen fanden rieſige Kundgebungen ſtatt, in denen die Zuteilung von ganz Oberſchleſien gefordert wurde. Die polniſche Preſſe führte eine immer drohendere Sprache und kündete an, daß die Polen die Oderlinie nötigenfalls unter Kampf beſetzen würden. Korfanty verhandelte nicht nur mit General Le Rond, ſondern auch in Warſchau und Prag. Die Bojowka polſka übte in Oberſchleſien ſtarken Terror aus. Durch Drohungen und Tätlichkeiten gezwungen, verließen viele deutſche Beamte ihre Ämter, die Verwaltung geriet ins Stocken. Viele deutſche Redakteure wurden von den Franzoſen in das Gefängnis geworfen und die fünf größten deutſchen Zeitungen verboten. Die eingehenden, mit zahlreichen Beweisſtücken belegten Warnungen und Proteſte der deutſchen Regierung wegen dieſer polniſchen Kampfvorbereitungen blieben ſowohl bei der J.K. wie bei den alliierten Mächten ungehört. Um wieviel beſſer mußte doch General Le Rond, der das Land mit zahlreichen Geheim-

agenten überzogen hatte, über die polniſchen Aufſtandsvorbereitungen unterrichtet ſein; auch engliſche und italieniſche Offiziere hatten offen auf die Aufſtandsgefahr hingewieſen. Es lag klar zutage, daß hier nur eine ſchnelle Entſcheidung das ſo lange ſchon gequälte Oberſchleſien vor einer neuen Erſchütterung bewahren konnte. Aber die Zeit arbeitete für Polen, und es ging hier nicht um Recht und Gerechtigkeit, auch nicht um den Willen des Volkes, ſondern um Macht und Beſitz. Deshalb wollte man von dem drohenden Aufſtande nichts ſehen und hören. Mitte April 1921 erklärte der Miniſterpräſident Briand in der franzöſiſchen Kammer:

„Das Ergebnis iſt klar. Man wird Polen die Gruben- und Induſtriebezirke zuteilen und Deutſchland die landwirtſchaftliche Zone."

Auch Lloyd George ſagte im Unterhaus:

Die Gebiete, die überwiegend für Polen geſtimmt hätten, müßten an Polen, der Reſt an Deutſchland kommen."

Wie vorerwähnt, war deutſcherſeits als Schutzmaßregel gegen die polniſchen Kampfvorbereitungen eine geheime Abwehrorganiſation geſchaffen worden, von der man erwartete, daß ſie eine Aufſtandsbewegung im Keime erſticken würde. Sie beſchränkte ſich faſt ausſchließlich auf Ortsſchutz, Kräfte zu offenſiven Vorſtößen waren nicht bereitgeſtellt. Der Pole dagegen hatte beides planmäßig und alles in viel größerem Umfange vorbereitet. Dazu kam, daß die deutſchen Behörden die Aufgabe der Abwehrorganiſation einſchl. der Spezialpolizei nach dem Abtransport der abſtimmungsberechtigten Ausgewanderten aus Oberſchleſien, alſo etwa von Ende März ab, als im weſentlichen beendet angeſehen hatten. Man verminderte oder ſtrich Geldmittel und ſchickte eine Anzahl Führer nach Hauſe, obwohl immer wieder auf einen bevorſtehenden Angriff der Aufſtändiſchen hingewieſen wurde. Schon Mitte April hatte Korfanty durch die Preſſe die falſche Nachricht verbreiten laſſen, daß der Oberſte Rat am 1. Mai die Entſcheidung über Oberſchleſien treffen werde. Zu dieſem Zeitpunkt war wohl ſeine P.O.W. ſchlagbereit. Am 29. April wurde in der deutſchen Preſſe der Aufſtand für den 3. Mai beſtimmt vorausgeſagt. Sie berief ſich hierfür auf einen Geheimbefehl der 23. polniſchen Infanterie-Diviſion und auf einen Aufruf des Generals Haller. Bei dem heimlichen Kampf, der dauernd geführt wurde, zeigte es ſich immer wieder, daß dem Polen das Inſurgententum viel mehr im Blute liegt als dem Deutſchen. Die deutſche Organiſation war der I.K. ziemlich genau bekannt. Während die Aufſtändiſchen ungeſtört weiter arbeiteten, wurde am 25. April ein großer

Teil der deutſchen Führer verhaftet bzw. des Landes verwieſen, ſo daß ganze Gebiete ohne militäriſche deutſche Führung waren. So traf der Vorſtoß der Aufſtändiſchen die deutſche Organiſation im Zuſtande der Auflöſung und hatte daher leichtes Spiel. Auch ein engliſcher Führer bei der Apo, Major Keatings, der ſpäter Verbindungsoffizier bei der Oberleitung des Selbſtſchutzes wurde, hatte bei der Verhaftung der deutſchen Führer mitgewirkt. Er äußerte ſpäter ſein Bedauern über dieſe auf unrichtigen Informationen beruhende Handlungsweiſe. Die Maßregelungen der deutſchen Führer geſchahen wenige Tage vor dem Überfall der Aufſtändiſchen — ein eigenartiges Zuſammentreffen. Am 29. April wurden die franzöſiſchen Grenzkompanien und Poſtierungen aus der Gegend Beuthen—Kattowitz, die gerade dort lagen, wo der Aufſtand ſeinen Anfang nahm, zurückgezogen. Kurz vor Aufſtandsbeginn verſicherte General Le Rond dem deutſchen Bevollmächtigten, Fürſt Hatzfeld, daß:

„ſolange er in Oberſchleſien ſei, kein polniſcher Soldat oberſchleſiſchen Boden betreten werde."

Am 2. Mai beſagte eine Bekanntmachung der I.K., daß General Le Rond ſich nach Paris begeben habe. Am 3. Mai — General Le Rond iſt außerhalb Oberſchleſiens —

begann der dritte Aufſtand!

Scharenweiſe ſtrömten polniſche Soldaten, allerdings zumeiſt getarnt, in das oberſchleſiſche Land zu den dort ſchon vorhandenen. Alle dieſe eigenartigen Zuſammentreffen ſteigerten naturgemäß das Mißtrauen, ja den Haß gegen die Franzoſen in hohem Grade.

Der Zweck dieſes dritten Aufſtandes war es wohl ſicher, eine vollendete Tatſache zu ſchaffen und dadurch den Willen der zu der Entſcheidung über das Abſtimmungsergebnis berufenen Mächte zu beeinfluſſen. Bei einer vollendeten Tatſache würde es, ſo hoffte man, der franzöſiſchen Politik ſchon gelingen, die Entſcheidung in polniſchem Sinne durchzuſetzen. Der Aufſtand ſollte ein gerechtes Urteil verhindern. Er ſollte der Welt beweiſen, daß das Abſtimmungsergebnis ein irriges geweſen, daß die ſtarke Beteiligung der Ausgewanderten bei der Abſtimmung ein falſches Bild über die wahre Geſinnung der eigentlichen, im Lande ſeßhaften oberſchleſiſchen Bevölkerung ergeben habe. Es kam natürlich darauf an, den Aufſtand als ſpontane Volkserhebung, als einen zweiten Volksentſcheid der Welt darzuſtellen, deshalb mußten zunächſt die Maſſeninſtinkte gehörig aufgepeitſcht werden. Wie beim erſten und

zweiten Aufſtand bediente man ſich hierzu einer großen Streikbewegung, die gleichzeitig den Beginn des Aufſtandes verſchleierte. Daß der Maiaufſtand 1921 keine elementare Volksbewegung, ſondern ein mit Unterſtützung polniſchen Militärs und anderer polniſcher Organe von Korfanty inſzenierter Überfall auf Oberſchleſien geweſen iſt, ergibt einwandfrei die Vorgeſchichte und der Verlauf dieſer Gewaltaktion.

Am 1. Mai 1921, einem Sonntage, leitete Korfanty den Aufſtand durch ein Flugblatt ſeiner „Oberſchleſiſchen Grenzzeitung“ ein[1]). Er gab darin an, daß die Diplomaten geſprochen hätten und Deutſchland faſt ganz Oberſchleſien zuſammen mit dem zentralen Induſtriegebiet erhalten ſolle; dies als Berliner Nachricht friſiert. Und weiter, daß die deutſchen Schlotbarone, um eine Zuteilung des Induſtriegebietes an Polen zu verhindern, in einer Sitzung beſchloſſen hätten, die Gruben- und Hüttenanlagen zu vernichten, die Schuld daran den Polen in die Schuhe zu ſchieben und dann an Stelle polniſcher Arbeiter ſolche aus Deutſchland zu beſchaffen u. a. Selbſtverſtändlich waren dieſe Nachrichten von Anfang bis Ende von Korfanty erfunden. Sie bezweckten, die polniſche Arbeiterſchaft und auch weite Kreiſe des Mittelſtandes mit Angſt vor ihrer Zukunft und mit Haß gegen die Deutſchen zu erfüllen. Sie waren das verabredete Signal, der Auftakt zum dritten Aufſtande. Sie verfehlten ihre Wirkung nicht. Bereits am Morgen des Montag, des 2. Mai, ſtreikten etwa 80% der geſamten oberſchleſiſchen Arbeiterſchaft — gegen 190 000 Mann —. Es herrſchte eine außerordentliche Erregung gegen die Arbeitswilligen. Auch gegen Beamte wurden wüſte Gewalttaten verübt und gegen alles Deutſche wurde gehetzt. Die P.O.W. nutzte dies geſchickt aus, um die Streikbewegung in die Aufſtandsbewegung hinüberzuleiten. Allerorten tauchten landfremde Elemente auf und wurden organiſiert. Waffen waren zahlreich vorhanden und immer neue Züge mit Geſchützen, Maſchinengewehren, Gewehren und Munition rollten von Polen nach Oberſchleſien.

In der Nacht vom 2. zum 3. Mai, dem geſchickt hierfür gewählten polniſchen Nationalfeiertage, dem Kosciuſzkotage, 6 Wochen nach dem Abſtimmungstage, brach der Sturm ſchlagartig los, der ſchwerſte und blutigſte von allen 3 Aufſtänden, und überflutete faſt widerſtandslos im Handumdrehen das flache Land des größten Teiles des Abſtimmungsgebietes, während alle Städte öſtlich der Korfanty-Linie durch ſtarke Maſſen von Waffenträgern umzingelt wurden. Die Eiſenbahnlinien, welche das

[1]) S. Anlage 2.

Abſtimmungsgebiet mit Deutſchland verbanden, wurden durch fünf Brückenſprengungen und durch Sperrungen unterbrochen, der wichtige Eiſenbahnknotenpunkt Kandrzin von den Polen beſetzt. Die Vorbereitungen Korfantys und ſeiner Freunde bewährten ſich, es klappte alles vortrefflich. Der deutſche Plebiſzitkommiſſar Dr. Urbanek proteſtierte bei der J.K., die deutſche Regierung bei den Alliierten Regierungen und die deutſchen Parteien und Gewerkſchaften Oberſchleſiens ermahnten in einem Aufruf die Bevölkerung zur Ruhe [1]). Die J.K. verhängte am 3. Mai den Belagerungszuſtand über das betreffende Gebiet und der Stellvertreter des in Paris weilenden Generals Le Rond, der italieniſche General de Marinis, kündete in einem Aufruf an, daß die J.K. vor keinen Maßnahmen zurückſchrecken würde, um in kürzeſter Zeit die Wiederherſtellung der Ordnung zu ſichern [2]). Aber dieſen Worten folgten keine Taten. Wie planmäßig der Aufſtand vorbereitet war, zeigten ein Aufruf an die oberſchleſiſche Bevölkerung und eine Note an die alliierten Mächte vom gleichen Tage, dem 3. Mai, in denen Korfanty mitteilte, daß die polniſche Regierung ihn von dem Poſten als Plebiſzitkommiſſar enthoben habe, weil er den Putſch zu unterbinden nicht imſtande geweſen ſei. (Welche Heuchelei!) Daß er ſich an die Spitze der Bewegung ſtelle, um ihr Organiſationsform zu geben, daß er einen militäriſchen Oberbefehlshaber ernannt und Feldgerichte eingerichtet habe, daß die Inſurgenten ſich eher niedermähen laſſen, und alle Gruben und Hütten, ſowie andere Arbeitsſtätten vernichten würden, als daß ſie kapitulierten. Zum Schluß bat er um ſofortige Feſtlegung einer Demarkationslinie [3]). Am 4. Mai machten die Inſurgenten weitere Fortſchritte. In Hindenburg waren Banden mit dem Rufe „Es lebe Sowjetrußland!“ eingedrungen. Die deutſche Regierung bot ohne Erfolg der J.K. und den alliierten Mächten Reichswehr, Schutzpolizei oder auch einen deutſchen Selbſtſchutz zur Verwendung unter alliiertem Kommando und ſonſt jede erwünſchte Unterſtützung an und erhob ſchärfſten Einſpruch gegen die unerhörten Vorgänge [4]). Ebenſo richteten das deutſche Plebiſzitkommiſſariat, die deutſchen Parteien und Gewerkſchaften in dieſen Tagen Telegramme und Schreiben an die ausländiſchen Regierungen, die J.K., die Kulturnationen der Welt, das Rote Kreuz uſw. Einige davon enthalten die Anlagen 13, 15 u. 18. Am 4. Mai trat

[1]) S. Anlage 3—6.
[2]) S. Anlage 7.
[3]) S. Anlage 8 u. 9.
[4]) S. Anlage 10, 11, 12.

die Reichsregierung Fehrenbach zurück und die Alliierten forderten in befriſtetem Ultimatum die Bereiterklärung Deutſchlands zur Zahlung von Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark. Frankreich mobiliſierte etwa 120 000 Mann. Der franzöſiſche Miniſterpräſident Briand erklärte, „durch die um das Ruhrgebiet herum konzentrierte Truppenmacht werden wir die Fauſt am Kragen durch das Meſſer an der Gurgel erſetzen“. Am 5. Mai hatten die Inſurgenten das flache Land der 7 ſüdlichen Kreiſe Oberſchleſiens: Pleß, Rybnik, Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz, Hindenburg, Gleiwitz und Teile der Kreiſe Ratibor und Coſel in vollem Beſitz; ſie ſtoppten jetzt, um ihre wirr gewordenen Maſſen zu ordnen und zu gliedern. Ihr Erfolg war außerordentlich groß. Wie war es möglich, daß ſie ihn ſo leicht errangen? Die Bewegung war, wie ſchon geſagt, von langer Hand vorbereitet und ohne Störung organiſiert und ausgebaut worden. Als nun Korfanty das Signal zum Sturm gegeben hatte, wurden alle wichtigen Punkte durch planmäßig vorbeſtimmte Abteilungen blitzartig beſetzt, die taktiſch wichtigen Eiſenbahnlinien und Brücken geſprengt und die Maſſen, wo noch erforderlich, durch Laſtautos uſw. mit Waffen verſehen. Außer den vielen tauſenden beurlaubten polniſchen Soldaten, zumeiſt ehemalige deutſche und öſterreichiſche Kriegsteilnehmer, die ſich ſchon in Oberſchleſien befanden, ſtrömten tagtäglich zahlloſe Freiwillige aus Polen herein, ebenſo reguläre polniſche Truppenabteilungen, zumeiſt in Zivil, aber auch welche in Uniform. So ſind während der Dauer des Aufſtandes von Mai bis Anfang Juli in Oberſchleſien Abteilungen von 8 Infanterie-Regimentern, von 2 Zollbataillonen und 1 Kavallerieregiment, die nur ihre Nationalabzeichen entfernt hatten, feſtgeſtellt worden. Die Inſurgenten verfügten über eine unerhörte Menge an Waffen und Munition, ſehr viele leichte und ſchwere Maſchinengewehre, auch ſtanden ihnen Artillerie, Panzerzüge, Panzerautos, Minenwerfer, Granatenwerfer, Flammenwerfer, Sanitätsformationen mit allem Zubehör, Laſtkraftwagen und militäriſch organiſierter Train zur Verfügung. Dieſe ausgezeichnete Bewaffnung und Ausſtattung können ſie nur durch Vermittlung ſtaatlicher polniſcher Organe erhalten haben; auch zahlreiche franzöſiſche Waffen waren in ihrem Beſitz. Sprengmittel aller Art bot ihnen überreich das Induſtriegebiet; etwa 30 polniſche Ingenieuroffiziere hatten Pioniere ausgebildet und beſonders in Sprengungen unterwieſen. Die Polen haben die Stärke der Inſurgenten an den erſten Aufſtandstagen mit 30- bis 40 000 Mann angegeben und für ſpäter mit 50- bis 60 000, was ungefähr ſtimmen dürfte. Die faſt eine halbe Million polniſcher Stimmen bei der Abſtimmung ſind zumeiſt in dieſem Aufſtands-

gebiet abgegeben worden. Die offene Grenze gegen Polen geſtattete während der ganzen Aufſtandszeit, ungehindert und auf das ſchnellſte alles Nötige an Perſonal und Material, was ihnen die Truppen der neutralen Republik Polen liefern konnten, heranzuziehen. Nicht nur in den Grenzorten, ſondern auch in Poſen, Warſchau, Lemberg, Krakau, Lublin und anderen Städten waren beſondere Büros eingerichtet, welche die durch flammende öffentliche Aufrufe geworbenen Freiwilligen organiſierten und den Nachſchub mit Waffen, falſchen Päſſen und dergleichen regelten. Auf den polniſchen Univerſitäten, Kadettenkorps uſw. wurden die Zöglinge zum Eintritt gedrängt, Beurlaubungen und ſelbſt Deſertionen aus dem polniſchen Heere zu dieſem Zweck unter Zuſicherung von Bezahlung und guter Koſt begünſtigt. Die Ausbildung der Waffen-Ungeübten wurde in zahlreichen Orten Polens eifrigſt betrieben, zum Teil unter Leitung franzöſiſcher Inſtruktionsoffiziere, die bei vielen militäriſchen Stellen beſchäftigt waren. Jenſeits der Grenze ſtanden, wie ſchon erwähnt, mit modernſten Kampfmitteln ausgerüſtete polniſche Diviſionen — eine davon hieß 1. „Oberſchleſiſche“ Diviſion, zum ſofortigen Einmarſch bereit, andere wurden mobil gemacht. General Haller ſollte den Oberbefehl in Schleſien übernehmen. Das Hauptquartier der Inſurgenten war mit Aufſtandsbeginn von Sosnovice nach Schoppinitz verlegt worden, alſo auf deutſches Gebiet. Dort ſollen ſich etwa 50 polniſche Offiziere, man ſprach auch von franzöſiſchen, befunden haben, alle natürlich in Zivil. Befehlshaber des mittleren Hauptabſchnitts der polniſchen Front war angeblich ein ehemaliger preußiſcher Huſarenmajor und Reichstagsabgeordneter, Graf Mielczynſki, der ſich aber ſchamhaft des Decknamens „Nowina Doliwa“ bediente. Auch Korfanty hatte mit Aufſtandsbeginn ſein Quartier von Beuthen nach Schoppinitz verlegt. Manche der vorangegebenen Tatſachen waren nicht von Anfang an bekannt, ſondern ſind erſt im Laufe der Zeit zu deutſcher Kenntnis gelangt. Aber trotz der erheblichen Stärke und guten Bewaffnung der Inſurgenten, ſowie ihrer ungeſtört mit Umſicht und Energie durchgeführten Organiſation, ihrem gleichzeitigen, ſchlagartigem Auftreten und der Brutalität, die ſie anwandten, iſt der ſo leicht errungene Anfangserfolg erſtaunlich. Er findet ſeine Erklärung darin, daß die Franzoſen ihrer von ihnen ſelbſt feierlich anerkannten Pflicht, Ruhe und Ordnung in dem von ihnen verwalteten Gebiet zu wahren, den aufſtändiſchen Polen gegenüber nirgends nachgekommen ſind. Die ſtarken, glänzend bewaffneten franzöſiſchen Beſatzungstruppen taten nichts gegen die Rebellen, meiſtens zogen ſie ſich ohne weiteres vor ihnen zurück, oder ſie führten Scheingefechte

und gaben ſich gefangen, was für die Inſurgenten einen Zuwachs an beſten Waffen bedeutete, ſtellenweiſe verbrüderten ſie ſich ſogar mit ihnen und ſtützten und ſtärkten ſie. Die italieniſchen Truppen, welche in dem ihnen unterſtellten Südbezirk pflichtgetreu die Ordnung wiederherſtellen wollten, erlitten am 4. Mai bei einem Vorſtoß in Gegend Rybnik—Czerwionkau—Nicolai in zwei Gefechten Niederlagen mit einem Verluſt von etwa 30 Toten und etwa 100 Verwundeten und mußten ſich, weil von den Franzoſen jede Unterſtützung verweigert wurde, zurückziehen. Ein Offizier vom Stabe des Generals Le Rond ſchrieb darüber: „Les Italiens sont plus Boches, que les Boches aux-mêmes.“ Die engliſchen Truppen waren, wie erwähnt, aus Oberſchleſien fortgezogen worden. Die paritätiſch zuſammengeſetzte Apo ſpaltete ſich bei Aufſtandsbeginn ſofort in zwei feindliche Lager. Die Polniſchgeſinnten ſchlugen ſich offen auf die Seite der Inſurgenten und entwaffneten, wo ihnen möglich, die deutſchen Kameraden. Letztere und die einzeln über das Land verſtreuten Landjäger erwieſen ſich als pflichttreue Beamte und leiſteten erdrückender Übermacht vielfach hartnäckigen Widerſtand. Er endete aber faſt überall mit ehrenvollem Untergange oder Gefangennahme oder Verſchleppung. Beſonders hervorgehoben ſei die Vernichtung und z. T. Tötung der 24 Apobeamten und Landjäger nach heldenhafter Gegenwehr in der Nacht vom 2. zum 3. Mai in einem Gaſthof bei Antonienhütte. Sie waren dort einer franzöſiſchen Abteilung unterſtellt geweſen und von dieſer im Stich gelaſſen worden. Aktive polniſche Truppenabteilungen kämpften in der Reihe der Aufrührer.

Auf Grund des Verſagens der Apo und der Verluſte der italieniſchen Truppen erfüllte übrigens der Stellvertreter Le Ronds, General de Marinis, die deutſche Forderung um Verſtärkung der Apo. Er genehmigte am 4. Mai die Einſtellung von 3000 Mann, möglichſt Oberſchleſier, die ſofort aufgebracht wurden. Mit dieſer Verſtärkung und den im ganzen jetzt etwa 18 000 Mann ſtarken interalliierten Truppen hätte es der J.K. wohl möglich ſein ſollen, den Inſurgenten den gebotenen Reſpekt einzuflößen. Wieviel ſchwächer waren die deutſchen Truppen, die 1919 ſo ſchnell den erſten Aufſtand unterdrückt hatten. Es geſchah aber nichts, weil die Franzoſen ſich verſagten. Ein einziges energiſches Auftreten ihrerſeits hätte die Aufrührer zur Vernunft gebracht. Dieſe machten den Aufſtand ja nur und konnten ihn nur machen, weil ſie ſich hinter den franzöſiſchen Bajonetten ſicher fühlten. Das treuloſe Verhalten der Franzoſen gegen die ihnen anvertraute Bevölkerung entrüſtete die engliſchen Offiziere in Oberſchleſien ſehr ſtark. Der engliſche Kreiskontrolleur

von Beuthen, Major Ottley, trat zurück, weil ihm ſeine Ehre verbot, die Politik General Le Ronds tatenlos mitanzuſehen. Nach Aufſtandsbeginn verlangten 18 engliſche Offiziere von ihren Ämtern als Kreiskontrolleure uſw. enthoben zu werden, blieben aber ſchließlich, weil die hilfloſe und betrogene Bevölkerung ohne ihre Gegenwart den allerletzten Schutz verloren hätte. Daß bei ſolcher Sachlage, gegen die auch der engliſche Kommiſſar Oberſt Percival vergeblich ankämpfte, die engliſche Regierung nicht energiſch eingegriffen hat, iſt eine grobe Verletzung der von ihr vertraglich übernommenen Verpflichtungen und eine moraliſche Schande geweſen. Die geheime deutſche Abwehrorganiſation war wenige Tage vor Aufſtandsbeginn ihrer Führer beraubt worden und ſie war auf dem flachen Lande nur ſchwach aufgezogen. Sie konnten daher, als dieſes und die kleineren Orte in den erſten zwei Tagen von der großen Übermacht der Inſurgenten überrannt wurden, keinen Widerſtand leiſten und die wenigen ihnen verbliebenen Waffen fielen in Feindeshand.

Die interalliierten Garniſonen in den großen Städten konnten dieſe doch nicht gut den Aufrührern überlaſſen. Sie wurden aber in großer Stärke umzingelt und glichen belagerten Feſtungen ohne Verbindung mit der Außenwelt. Sie waren von Flüchtlingen überfüllt, die die Not noch ſteigerten. Hier wurde trotz Mangels an Lebensmitteln, zeitweiſe ſogar von Waſſer und Licht abgeſchnitten, ſeitens deutſcher Männer während der ganzen Aufſtandsdauer, alſo zwei Monate lang, ein ingrimmiger, haßvoller Kleinkrieg mit den belagernden Aufſtändiſchen geführt und die meiſten Städte hielten ſich bis zum Schluß. Der engliſche Major Caſſe verließ die Stadt Tarnowitz in voller Empörung darüber, daß die franzöſiſchen Beſatzungstruppen ſich bis auf 60 Mann zurückgezogen hatten, die „unfähig und unwillens waren, die Stadt zu verteidigen“. Die Broſchüre „Der Polenaufſtand in Beuthen“ gibt einen Ausſchnitt davon, wie es in dieſen belagerten Städten zuging. Nur im ſtillen, im dunklen konnte ſich der deutſche Heroismus hier betätigen, weil die Franzoſen Waffen- und Ausgehverbote erlaſſen hatten, ſie gegen die Deutſchen rückſichtslos durchführten, dagegen die Polen vielfach offenſichtlich begünſtigten, ſo daß die ſchlecht bewaffneten und nicht ſehr zahlreichen Deutſchen nach zwei Fronten kämpfen mußten. Dazu kamen noch die eingeſchmuggelten Spitzel und Verräter. Aber ſo ſchwierig auch ihre Lage war und ſo groß ihre Opfer, ſie hielten, obgleich unbezahlt und ihre Eigenintereſſen ſchädigend, die ganze Aufſtandszeit tapfer durch. Hier ſind ungenannt und ungeehrt manche heldiſchen Einzelhandlungen im Kampf um Oberſchleſien gezeitigt worden. Da der heimliche nächtliche

Kampf in ſteter Gefahr, von den Franzoſen im Rücken gefaßt zu werden, äußerſt ſchwierig war, wurde er nur von einer kleinen Zahl todesmutiger Stoßtruppler geführt, an deren Spitze zumeiſt Männer der ehemaligen Spezialpolizei ſtanden. Fielen ſolche bei Vorſtößen oder Verrat den Inſurgenten in die Hände, ſo wurden ſie meiſt nach grauſamer Folterung gemordet. Auch an der ſonſtigen deutſchen Bevölkerung wurden allerlei Gewalttaten verübt. Da die franzöſiſche Juſtiz den Inſurgenten gegenüber vollkommen verſagte, waren die Deutſchen in ihrem Verzweiflungskampf auf Selbſthilfe angewieſen. Eine ſolche gewalttätige Zeit wie dieſe, voll vaterländiſcher und ſittlicher Wirrnis, unaufhörlicher Bedrängnis und zwingendſter Not führte naturgemäß auch dahin, daß mit Mördern und Verrätern, dieſem ſchlimmſten Auswurf der menſchlichen Geſellſchaft, anders verfahren wurde, als in normalen Zeiten. Die Bahnhöfe der belagerten Garniſonſtädte bildeten in der Folgezeit das Hauptziel der Inſurgenten, da ohne ihren Beſitz allmählich immer mehr ihr Nachſchub behindert wurde. Die deutſchen Eiſenbahner und die deutſche Bevölkerung widerſetzten ſich lange mannhaft trotz eigener Verpflegungsſchwierigkeiten. Schließlich erzwangen aber die Franzoſen die Übergabe der Bahnhöfe an die Inſurgenten bis auf den von Gleiwitz, wo die Deutſchen ſich bis zum Schluß die meiſte Beweggungsfreiheit wahrten.

Korfanty maßte ſich in dem inſurgierten Gebiet während der ganzen Aufſtandszeit die Stellung des oberſten Leiters dieſes Landes an. Dem Einfluß der I.K. war es tatſächlich faſt vollkommen entzogen, ohne daß dieſer Treuhänder ſich mit den ihm zur Verfügung ſtehenden ſtarken Machtmitteln wieder Geltung zu verſchaffen verſuchte. Die Inſurgenten hauſten in dem von ihnen beherrſchten Gebiet mit ſchonungsloſer Willkür und Brutalität. Die Deutſchgeſinnten wurden verfolgt, gepeinigt, auch viele gemordet. Manche ihrer Wohnungen wurden geplündert und zerſtört. Schlöſſer uſw. in Brand geſteckt oder in die Luft geſprengt. Die Requiſitionen beſchränkten ſich nicht auf das Nötige, ſondern vieles, was nicht niet- und nagelfeſt war, wurde über die Grenze geſchafft. Ebenſo deutſche Lokomotiven und weiteres rollendes Eiſenbahnmaterial. Alles unter den Augen der franzöſiſchen Wachen. Viele Hunderte, darunter die gefangenen deutſchen Apo-Beamten und die Männer bis zu 40 Jahren wurden verſchleppt und in unwürdigſter Weiſe in polniſchen Internierungslagern inhaftiert. Wie die von dem General Le Rond zugeſicherte „Ära der Freiheit und Gerechtigkeit“ in Oberſchleſien ausſah, darüber gibt das vom deutſchen Plebiſzitkommiſſariat verfaßte, mit vielen an Ort und

Stelle aufgenommenen Photographien und Tatberichten versehene Buch „Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien. Gewaltakte und Greueltaten der Polen während des 3. Aufstandes in Oberschlesien im Mai bis Juni 1921" u. a. ein erschütterndes Bild. Allein 1066 Mißhandlungen ärgster Art vielfach mit Todesfolge sind hier festgelegt und ärztlich bekundet. Es ist aber nur ein Bruchteil der von den Insurgenten begangenen Verbrechen. Viele Hunderte von Flüchtlingen suchten Schutz in dem von den Insurgenten noch nicht beherrschten Gebiet. In kurzer Zeit war ein Volk, das viele Jahrhunderte lang in Ruhe und Frieden gelebt hatte, in den Zustand rasender gegenseitiger Zerfleischung versetzt worden. Das Tier im Menschen war aufgeweckt und mit politischen Impulsen ausgestattet worden. Gewalttätigkeiten rasten sich zügellos aus. Nach dem Vorbilde der Inquisition richteten die Insurgenten Prügel- und Marterstationen ein, um Geständnisse zu erpressen. In ihrem Haß schändeten sie selbst grausamst Hingemordete in widerlichster Weise. Die deutschen Klagen über diese Schändlichkeiten suchten die Polen durch eine Gegenpropaganda auszugleichen. Jede Partei weiß eben nur von der Schuld der anderen, und die angreifende Seite ruft in heuchlerischer Weise oft nicht weniger laut um Hilfe als es die angegriffene zu tun gezwungen ist. Viele Untersuchungen im Beisein von Ententeoffizieren im Laufe der Aufstandszeit ergaben fast stets die Grundlosigkeit der polnischen Anschuldigungen. Solche Untersuchungen waren aber nur an der Peripherie des insurgierten Gebietes oder in den Garnisonstädten möglich.

Im Grunde genommen handelte es sich bei den Aufständen in Oberschlesien nicht ausschließlich um eine nationale Bewegung, sondern auch viel um die Auflehnung des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber, um die Wut der kulturellen Inferiorität gegen die Überlegenheit des Geistes, der Bildung, der höheren organisatorischen, wirtschaftlichen und technischen Befähigung. Mag vielleicht die deutsche Überlegenheit in einzelnen Fällen sich verletzend geäußert haben, so können doch solche Einzelfälle niemals als Entschuldigung für das haßerfüllte und menschenunwürdige Verhalten der Aufständischen sein. Auch bei der Geistlichkeit mögen in vereinzelten Fällen vielleicht Gefühle der Vernachlässigung, der Zurücksetzung und des gekränkten Stolzes mitgesprochen haben, aber sie erklären nicht, wie in einem Lande mit so einheitlicher Konfession und so großer Frömmigkeit es zu einem derartig erbitterten Bürgerkriege und zu so fürchterlichen Unmenschlichkeiten hat kommen können. Neben vielen prächtigen, besonnenen, echt deutsch gesinnten und energisch

für das Deutſchtum handelnden katholiſchen Geiſtlichen gegab es auch ſolche, beſonders jüngere (Kapläne), welche die chauviniſtiſcheren Regungen gegen das proteſtantiſche Deutſchland ſogar von der Kanzezel und dem Beichſtuhl in ſchärfſter Weiſe aufſtachelten, ja mit eigenen ı Händen die Waffen führten, Truppenkommandanten ſpielten und zuum Blutvergießen aufforderten, ſo daß ſich Mitte Mai 1921 der apoſtotoliſche Kommiſſar für Oberſchleſien, Monſignore Ogno Serra — wie e ſchon 1920 ſein Vorgänger, Monſignore Ratti, der ſpätere Papſt — veeranlaßt ſah, einen Erlaß gegen dieſes Treiben zu veröffentlichen[1]), dder natürlich von der polniſchen Preſſe totgeſchwiegen wurde. DDie polniſche Propaganda auf religiöſem Gebiete hatte große Erfolgee; deutſcherſeits wurde der Mißbrauch der Religion zu politiſchen Zweckenn abgelehnt.

Am 5. Mai hatten die Inſurgenten das Gebiet rechbts der Oder von Oderberg bis Krappitz (ausſchl. kleiner Brückenköpfe l bei Ratibor, Coſel und Krappitz) und ſüdlich der Linie Malapane—Roſenboerg—Landsberg (Orte einſchl.) in ihrer Gewalt. Es war damit zu rrechnen, daß Korfanty, wenn er ſich auf der ſo ſchnell gewonnenen Opoerationsbaſis gefeſtigt und ſeine Truppen beſſer organiſiert hatte, über dvie Oder vorſtoßen würde, um noch mehr von dem begehrten ſchleſiſchoen Lande in die Hand zu bekommen.

Inzwiſchen bahnte ſich an der Peripherie des inſurgiertten Gebietes ein deutſcher Widerſtand an. Die Vorgänge kurz nach Aufffſtandsbeginn in Ratibor und Kreuzburg führe ich als beſonders bezeichnend an.

In Ratibor hatte Rittergutsbeſitzer von Banck u. a. amn 3. Mai die erſten Formationen (3 ſchwache, ſchlecht bewaffnete Kompanien) mit vorläufiger Genehmigung durch den italieniſchen Ortskommmandanten aufgeſtellt. Nach der Schlappe der italieniſchen Truppen am 4. Mai ſetzten die Italiener auch der weiteren Aufſtellung der deutſchen Abwehr in ihrem Bezirk keine ernſthaften Schwierigkeiten entgegen,, obgleich der franzöſiſche Verbindungsoffizier in Ratibor befohlen hattee, die Stadt den Inſurgenten zu übergeben. Die deutſchen Wehren in Ratibor Stadt und Land vermehrten ſich raſch. Hier geſchah auch die erſſte Siegestat, indem die Polen bei dem Dorfe Kreuzenort durch die aus Ratibor verſtärkte Ortswehr hinter die Oder zurückgeworfen wurden.

In Kreuzburg hatte der franzöſiſche Kreiskontrolleur naach Aufſtandsbeginn dem Bürgermeiſter und dem Landrat feierlichſſt verſtärkten militäriſchen Schutz verſprochen. Als am 4. Mai die Geffährdung der

[1]) S. Anlage 20.

Stadt ſtark geſtiegen war, gab der Kreiskontrolleur die Genehmigung zur Verteilung von 60 Gewehren an die Eiſenbahner. Eine weitere Bewaffnung hatte ihm die J.K. ausdrücklich verboten. In der Nacht vom 4./5. Mai wurden die franzöſiſchen Truppen trotz des feierlichen Verſprechens aus Kreuzburg abtransportiert; ein merkwürdiges Verfahren. In Kreuzburg und Gegend hatte die geheime deutſche Abwehrorganiſation unter Oberleutnant a. D. Lenz ſo geſchickt gearbeitet, daß die J.K. bei ihr keine Führerverhaftungen vorgenommen hatte. Die Einwohnerwehren wurden nun aus den unter unſäglichen Schwierigkeiten errichteten geheimen Waffenlagern bewaffnet, was freilich nur dürftig möglich war, und ſtellten ſich zur Abwehr gegen die andrängenden Polen. In Kreuzburg ſelbſt wurde die unzuverläſſige Apo entwaffnet und eine neue Polizeitruppe, beſtehend aus 300 Freiwilligen, mit Zuſtimmung des Kreiskontrolleurs gebildet.

Auch bei Coſel—Kandrzin, Krappitz—Gogolin und dann auf der ganzen 150 km langen Front ſcharten ſich in den erſten Aufſtandstagen die Ortsbewohner aus eigenem Antrieb unter energiſchen Führern zuſammen zum Schutz von Weib und Kind, von Haus und Hof gegen die Inſurgentenflut. Den Grundſtock hierfür bildeten die wenigen unberührt gebliebenen Ortswehren der geheimen deutſchen Abwehrorganiſation. Auf dem linken Oderufer von der tſchechiſchen Grenze bei Oderberg bis Krappitz — mit kleinen Brückenköpfen auf dem rechten Ufer bei Ratibor, Coſel und Krappitz — bildete ſich ein Stromſchutz und in dem Waldgelände in der Linie Krappitz, Turawa, ſüdlich Kreuzburg, Landesgrenze — wo es keinen ſchützenden Flußlauf gab — entſtanden zahlreiche Widerſtandsneſter. In dieſer Front trafen die Inſurgenten auf die erſte Gegenwehr. Sie ſetzten ihren Vormarſch, vielleicht auch aus eigenem Entſchluſſe, nicht weiter fort. Die deutſchen Sicherungen waren nur unzuſammenhängende, meiſt örtliche Gebilde, wie ſie der Selbſterhaltungstrieb in plötzlich entſtandener Not in kürzeſter Zeit zu ſchaffen vermag. Dieſe Widerſtandslinien füllten ſich ſchnell aber regellos mit Freiwilligen. Zunächſt mit den Flüchtlingen der zerſchlagenen geheimen Abwehrorganiſation im inſurgierten Gebiet und aus dem ſchleſiſchen Hinterlande, dann kamen ſie auch aus dem übrigen Reich. Die wirren Haufen in einigermaßen geordnete Verbände gebracht zu haben, iſt in erſter Linie das Verdienſt der braven Männer, die in der erſten Verworrenheit und Panik energiſch und umſichtig zugegriffen hatten. Ihnen iſt es zu danken, daß die Inſurgenten überhaupt einen Widerſtand fanden und nicht das ganze Land in ihre Gewalt bekamen.

Einmütig ſtanden hier Schulter an Schulter alle Schichteten der Bevölkerung zuſammen, rechts und links, hoch und niedrig, Bürger neben Bauer, Arbeitgeber neben Arbeitnehmer, Beamte neben Studenten und Schülern, jung neben alt, um die Heimat vor weiterem Vordringen der Inſurgenten zu ſchützen. Und nicht alle waren Soldaten des großen Krieges, viele Jungmannen mußten erſt dazu herangebildet werden. Es fehlte am Nötigſten für die täglich wachſenden Maſſen. Ein großer Teil der Freiwilligen beſaß keine Schußwaffe, Knüppel und Meſſer dienten als Erſatz. Geſchütze gab es natürlich nicht, Maſchinengewehre, Minenwerfer uſw. nur verſchwindend wenig. Man holte ſich ſpäter manches davon bei den Inſurgenten, die Überfluß daran hatten. Bekleidung und Ausrüſtung waren ſehr buntſcheckig, alte Felduniform, Bauerntracht, Sportanzüge, ſtädtiſches Zivil, alles vermiſcht. Das notwendige Gepäck wurde, ſoweit überhaupt vorhanden, in Rucksäcken, vielfach nur in Pappkartons mitgeführt. Kläglich war das Äußere, aber beherzter Mut beſeelte alle.

Dies war der eigentliche Anfang des Selbſtſchutzes Oberſchleſien (S.S.O.S.).

Die militäriſche Lage war für die Inſurgenten ſo günſtig, für die Deutſchen ſo ungünſtig wie nur möglich. Dort eine von langer Hand eingehend vorbereitete, zur Zeit etwa 40 000 Mann ſtarke, erfolgreiche Organiſation auf ſicherer, ſich immer mehr feſtigender Operationsbaſis, die ungehindert aus Polen durch Perſonal und Material verſtärkt wurde und ſich des Wohlwollens der Machthaber des Landes erfreute, von Organen derſelben ſogar unterſtützt wurde. Hier eine ſchwache, durch den erſten Anſturm zerſchlagene Organiſation, die erſt noch völlig neu aufgebaut und verſorgt werden mußte.

Die deutſche Regierung ſandte weitere bewegliche Noten an die allierten Regierungen und nach Warſchau, in denen ſie die ſchärfſten Proteſte erhob; ſie verhallten ungehört [1]). Die Antwort Briands zeigte deutlich, daß Frankreich die wahre Lage in Oberſchleſien nicht ſehen wollte und jedes Eingreifen Deutſchlands ſchroff ablehnte [2]). Engliſche Zeitungen, wie die „Times“, brandmarkten das Verhalten der Franzoſen in Oberſchleſien. Korfanty, der ſich den Glorienſchein eines „Retters und Befreiers Oberſchleſiens“ gab, drohte mit der Feſtnahme von Geiſeln und erklärte am 8. Mai, die Reichsregierung ſolle das Maul halten, ſonſt werde er den Angriff nach Niederſchleſien und nach Brandenburg vortragen.

[1]) S. Anlage 14, 16, 17.

[2]) S. Anlage 19.

Die Deutſch-Oberſchleſier in dem noch nicht inſurgierten Gebiet, verlaſſen von ihren Treuhändern, abgeſprengt vom übrigen deutſchen Raum, einigten ſich in allen Parteien, Ständen und Konfeſſionen. Freilich gab es auch hier Leute, welche die Not der Heimat wenig berührte und die nur ihre Eigenintereſſen im Auge hatten. In Oppeln wurde eine „politiſche Leitung zur Vertretung der deutſchen Intereſſen gegenüber der J.K.“ geſchaffen. Dieſe richtete am 9. Mai an den nach Oberſchleſien zurückgekehrten General Le Rond, unterſtützt durch ſpontane Volkskundgebungen, kategoriſche Forderungen. Der Sozialdemokrat Cyrus ſagte hierbei u. a. folgendes: „Die deutſche Bevölkerung iſt mit ihrer Geduld zu Ende. Sie iſt gewillt, mit der J.K. den Aufſtand niederzuſchlagen, ſie iſt bereit, ohne die J.K. den Aufſtand niederzuſchlagen, ſie iſt entſchloſſen, gegen die J.K. den Aufſtand niederzuſchlagen.“ Wenngleich General le Rond wohl wußte, daß hinter dieſen kraftvollen Worten nicht die erforderliche Macht ſtand, zeigte er einiges Verſtändnis. Er erklärte, daß er die Stimmung der deutſchen Bevölkerung verſtehe, er verſicherte auch, daß die J.K. Truppenverſtärkungen bei dem Oberſten Rate beantragt habe, deren Eintreffen erwartet werde. Tatkräftiges Eingreifen der J.K. gegen die Aufrührer erfolgte aber nicht.

Der Zentrale in Breslau[1]) fehlte in den erſten Maitagen nach der Zerſchlagung ihrer bisherigen Organiſation im größten Teil des Abſtimmungsgebietes der Überblick über die Lage in Oberſchleſien. Als ſie dieſen einigermaßen wiedergewonnen hatte und der „Korfanty-Schreck“ gemildert war, nahm ſie die Neuorganiſation der Abwehr kraftvoll in die Hand. An ihrer Spitze ſtand, wie ſchon geſagt, Oberſt a. D. von Schwartzkoppen, der auch die Operationen der neuen Organiſation leitete. Es war eine ſchwierige Aufgabe. Alles, was nötig war, um aus dem Zuſtrom wirrer Maſſen opferwilliger Männer eine einigermaßen verwendungsfähige Truppe zu ſchaffen, mußte erſt geregelt und beſchafft werden. Waffen, Munition, Bekleidung, Ausrüſtung, Nachrichtenmittel, Verpflegung uſw. waren nur in unzureichenden Mengen vorhanden. Vieles mußte heimlich bei Nacht aus dem unbeſetzten Deutſchland nach Oberſchleſien geſchafft werden. In der Vorkriegszeit, als alles bereit ſtand, wäre die Ausſtattung eines ſolchen Aufgebotes eine Kleinigkeit geweſen. Jetzt waren die Kammern zumeiſt geplündert, die Waffen wurden verſchrottet und jede Maßnahme wurde beſpitzelt und verraten. Aber, was möglich war, geſchah. Die Mittel freilich waren und blieben unzulänglich.

[1]) S. Seite 83.

Am 8. Mai hatte die Zentrale die Bildung von drei Hauptgruppen angeordnet:

1. Gruppe Süd: An der Oderlinie entlang von der tſchechiſchen Grenze bis zur Straße Krappitz—Groß-Strehlitz. Zu ihrer Führung war der in Potsdam lebende General a. D. Bernhard von Hülſen durch einen verwandten Herrn nach Ratibor herbeigerufen worden. Er war als Kommandantenſohn inn Coſel O.S. geboren. Stabsquartier: zunächſt Ratibor, dann Polniſch-Neukirch.
2. Gruppe Mitte: Anſchließend bis zur Linie Friedrichsgrätz—Lugnian, am Südſaum des Forſtes Zembowitz uund Turawa, mit einer Lücke im Raum öſtlich Oppeln, in dem Apoo Sicherungsdienſt verſah. Zu ihrer Führung hatte die Zentralle den Oberſt a. D. von Holleben beſtimmt. Stabsquartier: Schyurgaſt, ſpäter Löwen. Oppeln war als Sitz der J.K. nicht möglilich.
3. Gruppe Nord: Anſchließend bis zur Landesgrenze boei Landsberg. Zu ihrem Führer ernannte die Zentrale den beei ihr tätigen Oberſtleutnant a. D. Grützner, der auch aus Oberſchleſien ſtammte und nahe Beziehungen dorthin hatte; Stabsquartier: Namslau.

Dieſe Gruppenkommandos haben in mühevoller, eifriger Arbeit die Organiſation des Selbſtſchutzes ergänzt. Es waren groſſe Schwierigkeiten hierbei zu überwinden. Bei dem Wechſel der ungewiſſen Zahl und bei dem dauernden Eintreffen neuer Führer waren auch fortwährend Neu- und Umgliederungen vorzunehmen. Innerhalb der Gruppen arbeiteten die Selbſtſchutzabteilungen und Freikorps raſtlos daran, ſich eine innerlich und äußerlich brauchbare, taktiſch gut gegliederte Truppe zu ſchaffen.

Die Lage war ſehr bedenklich; denn es wäre den Inſurgenten ein leichtes geweſen, die dünnen, ſchlecht bewaffneten Linien zu überrennen oder aufzurollen. Es beſtand auch die Gefahr, daß die Tſchechen ihnen in den Rücken fielen, um ſich ihren Teil an deutſchem Lande zu ſichern. Hier verſagte die Führung der Aufſtändiſchen, ſie kam nicht zum Entſchluß, zuzupacken. In Erkenntnis der großen Gefahr richtete endlich — am 10. Mai — die Zentrale einen Hilferuf an die Leitung der Organiſation Eſcherich (Orgeſch) in München um Zuſendung von Kampfverbänden. Da die Orgeſch im Vertrauen auf die Pflichten der J.K. keine Vorbereitungen getroffen hatte, erforderte das Eintreffen der von ihr geſtellten Abteilungen viel Zeit, bis über die Monatswende hinaus. Inzwiſchen war ſchon eine Abteilung der tatkräftig geführten Arbeits-

gemeinſchaft Roßbach bei Kreuzberg eingetroffen. Sie hatte am 8. Mai unter Rittmeiſter Freiherr von Loén und Leutnant Michael an der Zembowitzer Bahn und am 10. Mai bei Alt-Roſenberg Gefechte mit wechſelndem Glück. Als erſte Hilfsverbände ſind noch zu nennen eine Breslauer Studentenformation — von Eicken — und ein Verband aus Brieg — Streit —, die ſchon in den Morgenſtunden des 8. Mai bei Oeſchowitz—Leſchnitz und Hanuſchkowitz an der Seite der bodenſtändigen Truppen in die Verteidigungskämpfe eingriff. In Neiße wurde in kurzer Zeit das Sturmbataillon Heinz (Hauenſtein) aufgeſtellt. Vom 11. Mai ab traf ebenfalls aus eigenem Entſchluß die bayeriſche Stammformation des Freikorps „Oberland“ in Neuſtadt O.S. ein. Ihr Führer war der vortreffliche Major a. D. Horadam, ihr Stabschef Hauptmann Beppo Römer. Sie verfügte ſogar über Ärzte und auch eine tapfere Krankenſchweſter, Pia genannt, hatte ſich ihr angeſchloſſen. In kürzeſter Zeit wurden die Oberländer, die als gemeinſames Erkennungszeichen das Edelweiß am Kragen trugen, durch Neueinſtellungen auf drei Bataillone gebracht. Das I. führte Hauptmann Öſterreicher (auch Teja genannt), das II. Hauptmann Ritter von Finſterlin, das III. Hauptmann Siebringhaus. Zum I. Bataillon gehörte die Kompanie von Dibitſch mit dem etwa 60 Mann ſtarken Tirolerzug unter Oberleutnant Drexler, einem Innsbrucker Korpsſtudenten. Major von Heydebreck ſtellte ſein offiziell aufgelöſtes Freikorps in Brieg wieder auf. Allmählich ſtrömten dann auch, vielfach über den Sammel- und Organiſationspunkt „Fliegerlager Brieg“, andere Freikorpsreſte, Studentenformationen, ein Jungdeutſches Bataillon uſw. neben den einzelnen Freiwilligen nach Oberſchleſien, auf deſſen Boden ſich auch weitere Freiwilligen-Formationen bildeten.

Die Triebkraft, welche dieſe Männer und Jünglinge im S.S.O.S. zuſammenführte, war die Liebe zur Heimat, zu ihrem Deutſchtum, die Treue zu den in Not und Gefahr befindlichen deutſchen Brüdern und Schweſtern. In einer Zeit tiefſter ſtaatlicher Ohnmacht und furchtbarſter Schmach erbrachten ſie den Beweis, daß opferwilliges Volks- und Vaterlandsbewußtſein doch noch nicht überall untergegangen war. Aber mit wenigen Ausnahmen waren ſie, wie geſagt, ſchlecht oder gar nicht bewaffnet und dürftig bekleidet. Manchen der zu Hilfe Eilenden waren während der Fahrt nach Oberſchleſien in Binnendeutſchland die Waffen abgenommen worden, ſogar auf ſtaatliche Anordnung (zumal in Sachſen), manche wurden ſogar zur Rückkehr gezwungen[1]). Die Angſt vor einem neuen Rechtsputſch war übermächtig.

[1]) S. Anlage 21.

Eine Reihe von Länderregierungen stand der illegalen Hilfefe für Oberschlesien ablehnend gegenüber; sie mißtrauten jeder Selbstschutzorganisation und suchten ihnen alle nur möglichen Schwierigkeiten zuzu bereiten; sie stützten sich hierbei auf ein Gesetz vom 22. März 1921 „z„zur Durchführung des Friedensvertrages", welches die obersten Landesbehörden ermächtigte, alle Vereinigungen aufzulösen, die sich mit mmilitärischen Dingen befaßten und darauf, daß die alliierten Mächte imm Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 erneut und besonders dringend gefordert hatten, „die Entwaffnung unverzüglich durchzuführen". Die „Rote Fahne" verbreitete ein Extrablatt mit der Überschrift „Durch Deutschland schreit es wieder Krieg" und forderte darin zum Generalstreik auf. Welch klägliches Bild zeigten hier wieder die Deutschen, während gleichzeitig im ganzen Polenlande einhellig und offen mit größter Begeisterung und starkem Erfolge für die Insurgenten geworben wurde. Aber der wiedererwachte Wille zum nationalen Widerstande ließ die Braven trotz allem den heimlichen Weg durch den inneren Feind und durch die interalliierte Sperre zu den bedrängten oberschlesischen Volksgenossen finden. Aus eigenem, freiem Willen kamen sie aus allen deutschen Gauen, auch aus Österreich und Böhmen, um sich mit Leib und Leben einzusetzen für deutsches Land und deutsche Ehre. Der Oberschlesische Selbstschutz wurde zu einer kleinen Reichsarmee. Die Freikorps, welche in der ersten Nachkriegszeit so Gutes geleistet hatten, waren freilich schon zumeist abgebaut oder führten nur noch ein unterirdisches Dasein; aber solche, die überall dabei waren, tauchten jetzt auch in Oberschlesien auf. Der Selbstschutz wurde zu einem Sammelbecken von Männern, die Waffenfreude, Drang zum Handeln, am Wagnis beherrschte; stark war auch der Andrang begeisterter Jugend, die blutige Begebnisse, ja selbst den Waffengebrauch noch nicht kannte. Freilich mangelte es auch nicht an Abenteurern im schlechten Sinne dieses Wortes. Der Zuzug erfolgte nur allmählich und dauerte bis über die Monatswende hinaus. Den Insurgentaten gegenüber blieb der Selbstschutz bis zum Aufstandsschluß zahlenmäßig etwa um die Hälfte, nach Bewaffnung um ein Mehrfaches unterlegen; soldatischer Geist wog aber manches davon auf.

In der Zeit vom 6. bis 20. Mai fanden an der ganzen Front nur zusammenhangloſe Gefechtshandlungen statt. Bei Ratibor und an den Flußübergängen südlich und nördlich dieser Stadt waren zahlreiche Vorstöße der Aufständischen abgewiesen worden. Am 9. Mai war der wirtschaftlich wichtige Brückenkopf Cosel nach starker Artillerievorbereitung von ihnen erobert worden. Der italienische Kommandant von Cosel

erreichte, daß eine neutrale Zone um dieſe Stadt und die beiden dortigen Oderbrücken vereinbart wurde. Ebenfalls am 9. Mai gelang es dem Gegner, ſich zwiſchen Ratibor und Coſel bei Schichowitz auf dem linken Oderufer feſtzuſetzen, von wo ſie erſt am 13. Mai vertrieben werden konnten. Als Antwort ſprengten ſie in der Nacht vom 13. zum 14. Mai die in der neutralen Zone um Coſel gelegene große Eiſenbahn-Oderbrücke. Am 13. Mai war auch Apo in Wyſſoka angegriffen und zum Rückzug gezwungen worden. Am Brückenkopf von Krappitz—Gogolin, wo Major d. R. a. D. Wild den erſten Widerſtand in umſichtiger und energiſcher Weiſe organiſiert hatte, fanden faſt täglich an irgendeiner Stelle kleinere Kämpfe ſtatt. Am 14. Mai nahm das Sturmbataillon Heinz und die Kompanie von Eicken unter ſtarken gegneriſchen Verluſten das Vorwerk Strebinow bei Gogolin und erbeutete zahlreiche Gewehre und mehrere Maſchinengewehre; ein toter Hallerſoldat und franzöſiſche Uniformen wurden feſtgeſtellt. Am 16. und 17. Mai machten die Inſurgenten ſtärkere Vorſtöße nach längerer Feuervorbereitung gegen den Brückenkopf Krappitz—Gogolin, ohne daß ihnen der Durchbruch gelang. Bis hierher reichte der durch das Stromhindernis der Oder geſchützte Abſchnitt der Gruppe Süd. Die in nordöſtlicher Richtung anſchließenden Gruppenabſchnitte Mitte und Nord hatten keinen trennenden Strom zwiſchen ſich und dem Gegner, ihr Gelände war ſehr waldreich und unüberſichtlich und verurſachte daher ſowohl den Truppen, wie ihrer Führung große Schwierigkeiten. Die Gruppe Mitte war in zwei Teile geſpalten. Die rechte Hälfte im Anſchluß an Gruppe Süd kämpfte bei Gogolin und Groß- und Klein Stein, der linken Hälfte im Anſchluß an Gruppe Nord gelang es allmählich ihre Front bis zum Ort Malapane vorzuſchieben. Der Zwiſchenraum öſtlich von Oppeln war ausſchließlich von Apo beſetzt. Es war natürlich nicht anzunehmen, daß die Polen den Sitz der ihnen ſo wohlwollenden J.K. angreifen würden. Bei Gruppe Nord waren die Städte Roſenberg und Landsberg in polniſchem, Kreuzberg in deutſchem Beſitz. Im Zwiſchengelände wurde namentlich bei Bahnhof Sauſenberg und bei Bankau durch umſichtig und erfolgreich geführte Gefechte unſere Front vorgeſchoben und verbeſſert. Am 18. Mai wurde Seichwitz an der polniſchen Grenze genommen und gegen ſtarke Gegenſtöße gehalten. Am 20. Mai griffen die Aufſtändiſchen mit Panzerzügen, die mit Geſchützen und Maſchinengewehren beſtückt waren, längs der Bahn Zembowitz—Kreuzberg an, wurden aber verluſtreich abgeſchlagen. In dieſer Zeit wurden auch aus der Republik Polen heraus geführte Angriffe auf Coſtau vom dortigen Selbſtſchutz nach ſchweren Kämpfen abgeſchlagen.

Außerdem fanden kleinere Kampfhandlungen täglich an faſt allen Teilen der ganzen Front ſtatt. Trotzdem wurde dieſe Zeit zur Feſtigung der ſich ſtändig dauernd vermehrenden Selbſtſchutz- und Freikorps-Verbände intenſiv von allen Seiten ausgenutzt.

Der damalige Leiter der Selbſtſchutz- uſw. Verbände, Generalmajor Oberſt von Schwartzkoppen, hatte in Übereinſtimmung mit höheren Stellen jede offenſive Unternehmungen unterſagt. Auf ſtarkes Drängen der Gruppe Süd war am 17. Mai von ihm zugeſtanden worden, daß unbedingt erforderliche, der Abwehr dienende Vorſtöße in ganz engem Rahmen und unter rechtzeitiger Meldung an die Zentrale in Breslau ſtattfinden dürften.

Von Ereigniſſen der letzten Tage ſeien noch folgende erwähnt:

Am 10. Mai wurde Dr. Joſef Wirth deutſcher Reichskanzler. Er empfahl namens der neuen Regierung die Annahme des wahnwitzigen Reparations-Ultimatums, was der Reichstag gegen eine ſtarke Oppoſition tat. Eine außerordentlich große Erregung wurde im deutſchen Volke ausgelöſt, da die Verpflichtung zu unerfüllbaren Leiſtungen wider Treu und Glauben verſtößt und unmoraliſch iſt.

Am 12. Mai trat Fürſt Hatzfeld von dem Poſten als deutſcher Bevollmächtigter für das oberſchleſiſche Abſtimmungsgebiet zurück, weil General Le Rond die ihm gemachten Zuſicherungen für die Wiederherſtellung der Ruhe und Ordnung nicht zur Ausführung brachte. An ſeine Stelle trat Graf Praſchma. Dem deutſchen Bevollmächtigten zur Seite ſtand der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat von Moltke. Er vermittelte auch die Verbindung zwiſchen dem Selbſtſchutz und der I.K., wofür außerdem noch einige engliſche Offiziere beſtimmt waren.

Das ſehr beſtimmt auftretende Gerücht, die I.K. habe mit den Inſurgenten einen Waffenſtillſtand abgeſchloſſen, wurde zwar dementiert, aber es geſchah auch nicht das geringſte gegen ſie. Dem General Le Rond, welchem als dem Vorſitzenden der I.K. das Abſtimmungsgebiet in erſter Linie anvertraut war, ſtanden auch vor dem Eintreffen der erbetenen Verſtärkungen genügend ſtarke Truppen zur Verfügung — etwa 18 000 glänzend bewaffnete Franzoſen und Italiener, ſowie die zum 3000 durchweg kriegserfahrene deutſche Männer verſtärkte Abſtimmungspolizei. Seine Erklärung einem engliſchen Korreſpondenten gegenüber, daß ſeine Truppen zu ſchwach ſeien, um die Aufſtandsbewegung zu unterdrücken, kann nur als zyniſche Ausflucht gewertet werden. Richtiger iſt ein Ausſpruch von ihm bei einer anderen Gelegenheit: „Wir ſind nicht hierher gekommen, um zu kämpfen.“ Die interalliierte Truppenmacht war der I.K. doch aber nur zu dem Zweck der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beigegeben worden. Daß ſich Franzoſen dazu hergaben, ihre

in höchſter Not befindlichen deutſchen Schützlinge der brutalen Willkür der Inſurgenten zu überlaſſen, läßt die Rolle, welche die „ritterlichſte“ Nation damals in Oberſchleſien ſpielte, in keiner günſtigen Beleuchtung erſcheinen. Kein Wunder, daß die Oberſchleſier in den Franzoſen nicht ihre Treuhänder, geſchweige denn Beſchützer ſahen, ſondern das, was ſie — keine Regel ohne Ausnahme — wirklich waren. Daher ihre ſcharfe Einſtellung, ja ihr Haß gegen ſie. Beinahe noch mehr als Korfanty tragen dieſe Treuhänder die Schuld an dem unſäglichen Unheil, welches der Aufſtand über das ihnen anvertraute Land gebracht hatte. Sie hatten ſeine Vorbereitungen geduldet und nichts zu ſeiner Unterdrückung getan. Nicht die Machtmittel hatten ihnen gefehlt, ihn zu hindern, ſondern der Wille, es zu tun. Offiziell haben natürlich General Le Rond und ſeine Organe den Aufſtand nie gebilligt; dies war aus politiſchen Gründen ausgeſchloſſen, General Le Rond mag auch wohl für die Galerie Korfanty einige geharniſchte Noten geſandt haben, welche ſein Verhalten mißbilligten, vielleicht auch formelle energiſche Befehle, den Aufſtand zu beenden. Aber Korfanty wußte genau, wie dieſe Noten und Befehle gemeint waren. Nach außen hin wird General Le Rond ſeine angebliche Neutralität vielleicht mit irgendwelchen Dokumenten beweiſen können, innerlich ſtand er, wie faſt alle Franzoſen, auf polniſcher Seite. Bei der Abhängigkeit Polens von Frankreich hätten entſchloſſenes Auftreten General Le Ronds und einige Beiſpiele energiſchen Einſchreitens des franzöſiſchen Militärs ſicher genügt, den Aufſtand bald zu beenden.

Mit tiefer Bitternis mußten die Oberſchleſier zuſehen, wie franzöſiſche Soldaten, auch Offiziere ohne Scheu den Aufrührern Handlangerdienſte leiſteten. Ohnmächtig mußte das deutſche Volk erdulden, wie in Oberſchleſien die deutſchen Brüder und Schweſtern brutaler Willkür ausgeliefert waren, wie ſie ihren deutſchen Bekennermut mit Gut und Blut und ſelbſt mit ihrem Leben bezahlten. Das Vertrauen auf das im Verſailler Diktat feſtgelegte Recht und auf den ehrlichen Willen der alliierten Treuhänder hatte eine furchtbare Enttäuſchung voll Blut und Tränen gebracht. Selbſt bei dieſer klaren Sachlage verſuchte der franzöſiſche Miniſterpräſident Briand anfänglich die Schuld den Deutſchen in die Schuhe zu ſchieben, mußte aber ſpäter anerkennen, daß auf deutſcher Seite kein Verſchulden vorlag. Angelſächſiſche und italieniſche Zeitungen verurteilten ſcharf das Verhalten der Franzoſen und ſagten, daß Oberſchleſien nicht mehr ein europäiſches Problem, ſondern eine europäiſche Schande wäre. Dieſes und die Berichte des engliſchen Kommiſſars bei der I.K. Oberſt Percival

veranlaßten wohl den engliſchen Premierminiſter Lloyd George, dem bei den Friedensverhandlungen erſt geſagt werden mußte, wo eigentlich Oberſchleſien lag, am 13. Mai im engliſchen Unterhauſe eine Rede zu halten, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Die Alliierten haben durch eine allgemeine Entſcheidung beſtimmt, daß die Teile Oberſchleſiens, die überwiegend für Polen geſtimmt haben, an Polen gegeben werden ſollen. Jetzt haben die Polen einen Aufſtand veranſtaltet und die Alliierten vor ein fait accompli geſtellt. Dieſer Schritt war ein vollſtändiger Bruch des Friedensvertrages von Verſailles. Wenn wir die Situation nicht ganz gerecht behandeln, kann ſie verhängnisvolle Folgen für den europäiſchen Frieden haben. Polen iſt das letzte Land, das verſuchen dürfte, gegen den Vertrag von Verſailles zu verſtoßen. Es hat ſeine Freiheit nicht durch ſeine eignen Waffen errungen, ſondern durch England, Frankreich und Italien. Jeder Buchſtabe des Vertrages ſtellt ein engliſches Menſchenleben dar. Die polniſche Regierung hat die Verantwortung für den Aufruhr abgelehnt, aber dieſe Ablehnungen ſind etwas zu häufig gekommen. Es iſt ſchwer zu glauben, daß ſie mehr als verbale Bedeutung haben. Für die Alliierten iſt es ein vitales Intereſſe, daß der Vertrag von Verſailles gehalten wird. Wenn Polen Erlaubnis bekäme, dieſe deutſchen Provinzen zu überrennen, ſo würde das ein böſes Ende nehmen. Dann würde Deutſchland das Recht haben, zu den Alliierten zu ſagen: »Ihr habt uns gezwungen, unſer Wort zu halten, was habt ihr mit dem Eurigen getan?« Es iſt für uns nicht nur eine Frage der Ehre, ſondern der Sicherheit, zu zeigen, daß wir den Vertrag halten, gleichgültig, ob er für oder gegen uns iſt. Vielleicht könnte jemand ſagen, ach es ſind ja nur Deutſche! Aber die haben auch ein Recht auf alles, was der Vertrag ihnen gibt. Es gibt zwei Möglichkeiten, ſich mit der Situation zu beſchäftigen. Die eine iſt, daß alliierte Truppen die Ordnung wiederherſtellen. Ich möchte keine militäriſche Meinung ausdrücken, aber ich würde ſehr überraſcht ſein,, wenn das geſchehen könnte. Wir ſind gezwungen geweſen, unſere Truppen zurückzuziehen und wir haben kein Recht, unſeren Verbündeten zu ſagen, daß ſie ihre Soldaten gebrauchen ſollen, um die Ordnung wiederherzuſtellen. Aber es wäre unfair, den Deutſchen nicht zu erlauben, ihre eigenen Truppen zu gebrauchen, um die Ordnung in ihrer eigenen Provinz wiederherzuſtellen. Fair play iſt es, wofür England eintritt, und ich hoffe, daß England bis zum Ende dafür eintreten wird. Ich hoffe auch, daß, obwohl es ſich um Deutſche handelt, wir immer mehr

zeigen werden, daß wir für fair play eintreten, und daß wir unſere Autorität in Europa in immer ſteigendem Maße dafür einſetzen werden. Daß den Polen geſtattet ſein ſoll, in Verachtung des Friedensvertrages Oberſchleſien wegzunehmen, und daß es den Deutſchen nicht geſtattet ſein ſoll, ſich in einer Provinz zu verteidigen, die ihnen zweihundert Jahre lang gehört hat, und die ſechshundert Jahre lang gewiß nicht polniſch war, wäre entehrend und unwert der Ehre jeden Landes."

Ein polniſcher Exekutivausſchuß, wohl ein Organ Korfantys, reagierte auf die Lloyd George Rede mit folgendem Telegramm an die J.K.:

„Oberſchleſien hat ſich zwölf Tage im Aufſtand befunden. Das polniſche Volk hat niemals Anſpruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren. Aber es hat ſein Leben für ſeine heiligen Rechte hingegeben. Der Ausſchuß gibt zu, daß in der Leidenſchaft des Aufſtandes die Grenzen der Klugheit überſchritten worden ſind. Aber unſere Streitkräfte ſind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu ſichern, daß die Feindſeligkeiten mit den Deutſchen ſofort aufhören, vorausgeſetzt, daß das Gebiet, das wir räumen, von interalliierten Truppen und nicht von deutſchen Truppen beſetzt wird. Wir wollen keinen Zoll an Boden an die Deutſchen überlaſſen, aber wir werden ihn der J.K. überlaſſen. Wir bitten demgemäß, daß die geräumte Zone von den Alliierten beſetzt werde, ſo daß die polniſche Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmaßregeln zu leiden hat, wie ſie bereits vorgekommen ſind...."

Anſcheinend hatte die J.K. auf dieſes Telegramm nichts veranlaßt.

Ich hatte von der Rede Lloyd Georges und von vorſtehendem Telegramm erſt im letzten Maidrittel zufällig in Oberſchleſien gehört, da ich ſie in den Zeitungen nicht geleſen hatte und ſie bei den Beſprechungen vor Übernahme des Kommandos durch mich vom 16. bis 19. Mai in Breslau und Berlin merkwürdigerweiſe von niemandem erwähnt worden waren. Anſcheinend iſt ihnen keine beſondere Bedeutung beigemeſſen worden. Die mir, der bisher in Mitteldeutſchland weilte, gewordenen Orientierungen waren überhaupt in höchſtem Maße dürftig. Da die Rede von Lloyd George naturgemäß in der Folgezeit zu vielen Erörterungen geführt hat, halte ich es für angezeigt, meine Auffaſſung über ſie hier zu ſchildern.

Aus dieſer Rede iſt folgendes von beſonderer Bedeutung:

I. Es iſt beabſichtigt, Oberſchleſien zu teilen, trotz der richtigen Feſtſtellung, daß dieſes Land 600 Jahre nicht polniſch war.

Es iſt oft behauptet worden, daß das Verhalten des Selbſtſchutzes ausſchlaggebend dafür geweſen ſei, ob Oberſchleſien geteilt werde oder nicht. Die Entſcheidung hierüber lag aber nicht mehr im Lande, ſondern ſtand bereits feſt. Trotz der Beſtimmungen des Verſailler Diktates über die Abſtimmung herrſchte in den weiteſten deutſchen Kreiſen ein geradezu unbegreiflicher Optimismus, der durch den Schiedsſpruch auf Grund des Genfer Sachverſtändigengutachtens grauſam enttäuſcht wurde.

II. Es iſt für die Alliierten von vitalem Intereſſe, daß der Vertrag von Verſailles gehalten werde, das heißt, daß auch die Autorität der I.K. geachtet werde.

III. Lloyd George würde ſehr überraſcht ſein, wenn alliierte Truppen die Ordnung wiederherſtellen würden. England hat aber die zu dieſem Zweck von der I.K. angeforderten Truppen bald darauf nach Oberſchleſien entſandt und dann auch erklären laſſen, daß die I.K. die Säuberung des Landes nach Eintreffen dieſer Verſtärkungen ſelbſt vornehmen wolle und die Deutſchen daher Offenſivunternehmungen zu unterlaſſen hätten.

IV. Es wird für unfair gehalten, den Deutſchen nicht zu erlauben, daß ſie ihre eigenen Truppen gebrauchen, um die Ordnung in ihrer eigenen Provinz wiederherzuſtellen.

Hierzu rückblickend folgendes: Die deutſche Regierung hatte ſchon vor einiger Zeit bei den Alliierten angefragt, ob nicht ein Einſatz von Reichswehr nötig werden könne. Frankreich hat auf dieſe Frage ein Eingreifen von Reichswehr in Oberſchleſien als casus belli erklärt und wiſſen laſſen, daß es alsdann in Erfüllung ſeiner Bündnispflichten gegen Polen mit ſeinen Truppen von Weſten her in Deutſchland einrücken würde; die Polen und Tſchechen wären natürlich von Oſten und Süden eingerückt. Eine einſeitige Ermächtigung zum Einmarſch in Oberſchleſien war auch nicht zu erwarten, zumal die polniſche Regierung feierlichſt jede Verantwortung für den Aufruhr abgelehnt hatte und Frankreich dieſer Erklärung natürlich mehr als eine verbale Bedeutung beimaß. Es erkannte die polniſche Neutralität an und forderte dieſe auch von den Deutſchen. Wurde ſie von letzteren verletzt, was leicht kommen konnte, ſo bot ſich hier vielleicht die Gelegenheit, über uns herzufallen und die ihm in Verſailles verſagte Rheingrenze, den Zerfall des Bismarckſchen Reiches und damit die permanente politiſche

und ſonſtige Schwäche der Deutſchen doch noch zu erreichen. Es lauerte damals nur auf einen Anlaß hierfür. Auch das Angebot der deutſchen Regierung, mehrere Hundertſchaften Schutzpolizei oder auch einen deutſchen Selbſtſchutz dem interalliierten Truppenkommando in Oberſchleſien zu unterſtellen, war von Frankreich zurückgewieſen worden. Offener Einſatz von Reichswehr und von Schutzpolizei in Oberſchleſien war daher nicht möglich, wenn man nicht eine ausſichtsloſe Kataſtrophenpolitik treiben wollte. England war damals in mehreren Fragen, die von vitaler Bedeutung für dieſes Weltreich waren, ſtark von Frankreichs gutem Willen abhängig, ſein militäriſcher Wert war wieder gering, und es drohte auch gleichzeitig im Verein mit Frankreich anderer Fragen wegen an Deutſchlands Weſtgrenze mit Sanktionen. Der neue Reichskanzler Dr. Wirth hatte erklärt, daß er „feſt auf das Ergebnis der Volksabſtimmung vertraue". Man vertraute damals in Deutſchland vielfach blind auf England und nach der Brandmarkung Polens durch die Rede von Lloyd George mit ſeinem Eintreten für fair play glaubten viele, daß der polniſche Rechtsbruch die endgültige Entſcheidung des Oberſten Rates über Oberſchleſien nur zugunſten Deutſchlands beeinfluſſen werde. Reichskanzler Dr. Wirth hat ſpäter ſelbſt angegeben, daß die Haltung der deutſchen Regierung in der oberſchleſiſchen Frage durch die Notwendigkeit beſtimmt wurde, „alles hintanzuhalten, was unſeren Gegnern Gelegenheit geboten hätte, unſere gerechte Sache zu verdunkeln und das eigene Unrecht zu beſchönigen". Wie oft haben wir erfahren müſſen, wie wenig unſer Recht damals galt, und wie oft haben ſich unſere auf andere geſetzten Illuſionen als trügeriſch erwieſen!

Wenn man ſich die damalige Lage vergegenwärtigt, ſo ſcheinen vor und erſt recht nach der Rede von Lloyd George deutſcherſeits folgende Löſungen möglich geweſen zu ſein:

1. Offener Einſatz von Reichswehr und Schutzpolizei war ausgeſchloſſen. Wir hätten „unſere eigenen Truppen" ebenſo getarnt, wie es die Polen mit den ihrigen getan — in Zivil, mit falſchen Päſſen, aber mit beſter Bewaffnung — einſetzen können. Geſchah dies, wenn nicht ſchon früher, ſo unmittelbar nach Lloyd Georges Rede planmäßig genau vorbedacht und geregelt und mit größter Schnelligkeit, den vorhandenen Selbſtſchutz mit Waffen verſehend und bis zur Landesgrenze vorreißend, dann hätte dies bei der Einſtellung, die in dieſen Tagen vielerorten gegen die Polen und Franzoſen herrſchte, vielleicht ein gutes

Ergebnis für uns gezeitigt. Es wäre jedenfalls die ſchnellſte Art geweſen, die für die empörte engliſche öffentliche Meinung beſtimmten Worte Lloyd Georges in befreiende Tat umzuſetzen, ehe er ſie revidierte. Ob dies bei dem großen Vorſprung, den die Polen hatten, und bei der Einſtellung der Franzoſen gegen uns ohne Kampf mit dieſen möglich geweſen, bleibt eine offene Frage. Die zuſtändigen deutſchen Stellen hatten ſicher ihre triftigen Gründe, dieſe Methode nicht anzuwenden. Bei der interalliierten Kontrolle und dem ſchändlichen Verrätertum wurde jede Verfehlung unſererſeits bekannt, und nichts wäre der franzöſiſchen Politik und dem franzöſiſchen Militär willkommener geweſen, uns vor aller Welt ins Unrecht zu ſetzen. Dies hätte das Schickſal Oberſchleſiens gewiß nicht günſtig beeinflußt. Man wollte ſich der Reparationen und der drohenden Ruhrbeſetzung wegen wohl auch nicht die Möglichkeit einer „Verſtändigung“ verſchütten und mann vertraute auf England.

2. Aufpeitſchen des geſamten deutſchen Volkes zu machtvollen Kundgebungen aber ohne Kampfwillen gegen das Unrecht, das Deutſchland ſo offen in Oberſchleſien angetan wurde. Man möge über ſolche bloßen Demonſtrationen denken wie man will; 1919 hatten ſie durchgeſetzt, daß für Oberſchleſien, das anfänglich ohne Vorbehalt an Polen ausgeliefert werden ſollte, die Abſtimmung bewilligt wurde.
3. Die vorſtehenden Möglichkeiten wurden nicht gewählt. Etwas aber mußte bei der heftigen Erregung der deutſchen Volksſtimmung geſchehen. Man ließ der ſchon in ſtarkem Wachſen begriffenen Selbſtſchutzbewegung heimlich freien Lauf und unterſtützte ſie vornehmlich finanziell, wenngleich die deutſche Regierung auf ultimatives Verlangen Frankreichs gezwungen war, offiziell die Anwerbung und Bildung von Freiwilligen-Verbänden, Freikorps uſw. auf deutſchem Gebiet, das Übertreten von Freiwilligen und die Beförderung von Waffen und Munition nach Oberſchleſien unter Androhung hoher Strafen zu verbieten und die Grenze nach dem Abſtimmungsgebiet mit Schupo zu ſperren; die Grenze nach Polen hin blieb aber weiter faſt ganz offen. Ebenſo wie die Regierung bei ihren Verboten betätigte auch die Schupo bei ihrer Grenzſperre ein weites Gewiſſen.

Solches Verfahren konnte natürlich nur eine halbe Maßnahme, nur Stückwerk bleiben. Man verpaßte den rechten Zeitpunkt und man verfügte nicht über ausreichende Kraft. Freiwilligenſcharen ohne Korſettſtangen von Militär ſind auch weniger lenkbar und wirkungsvoll, doch gibt es auch Ausnahmen von dieſer Regel. Vor allem aber bedürfen ſie zu Erfolgen genügender Bewaffnung, beſonders in einem Kampfe mit einem überreich bewaffneten Gegner. Wie ſah es damit bei uns aus? Im Hinterland durch nächtlichen Einbruch in Reichswehrdepots und in Waffenlager der Reichstreuhandgeſellſchaften, an der Front durch Kampf mit den Polen mußte der Selbſtſchutz ſeine Bewaffnung ergänzen; ſie blieb bis zum Schluß der der Inſurgenten weit unterlegen. Die Lage Deutſchlands war eben ungleich ſchwieriger als die Polens, das volle Freiheit des Handelns hatte und von machtvollen Freunden wirkſam unterſtützt wurde.

Anlage 1.

Am 23. März 1921 hatte Korfanty in Oppeln eine Beſprechung mit franzöſiſchen Offizieren und an demſelben Tage fand im Lomnitzhotel in Beuthen, dem Stabsquartier der polniſchen Abſtimmungs- und Aufſtandsleitung, eine Sitzung ſtatt, an der Delegierte der geheimen militäriſchen Organiſationen teilnahmen. In dieſer Verſammlung wurde folgender Aufruf verteilt:

Meine lieben Volksgenoſſen und Brüder!

Der Beſitz Oberſchleſiens iſt uns geſichert. In ſchwerem Kampfe haben wir uns Oberſchleſien in Verbindung mit dem Mutterlande Polen erkämpft. Euch allen danke ich im Namen Polens für Eure Mühe und Arbeit, für Eure Unverzagtheit und Euren Opfermut, den Ihr bei der Abſtimmung gezeigt habt. Noch iſt der Kampf nicht zu Ende, doch wir werden ihn ſiegreich zu Ende führen, geſtützt auf unſer Recht und auf die tapfere polniſche Armee. Brüder, ſchließt Euch der heiligen Fahne Polens an. Duldet nicht länger das deutſche Regime, denkt an das Lied „Der Preuße knechtet polniſche Kinder; aber mag er knechten und bedrücken, Gott ſchützt Polen". Duldet deutſche Knechtſchaft und Herrſchaft nicht mehr in Oberſchleſien. Gebt Gut und Blut für Eure Muttererde, auf daß Oberſchleſien in Verbindung mit Polen groß und mächtig werde. Dazu helfe uns Gott!

W. Korfanty.

Anlage 2.

Am 1. Mai 1921 nachmittags brachte die von Korfanty in deutſcher Sprache herausgegebene „Oberſchleſiſche Grenzzeitung" einen Artikel über eine angebliche Sitzung der Großinduſtriellen in Kattowitz, wonach dieſe beſchloſſen hätten, alle Gruben

und Hüttenwerke zu zerstören, ehe sie an Polen kämen. Ferner brachte dieseſe Sonderausgabe die falſche Nachricht, daß die Diplomaten eine für Polen ungünſtige Entſcheidung über Oberſchleſien getroffen haben. Das war das verabredete Zeichen zum 1 Aufſtand, der am 3. Mai ausbrechen ſollte, was auch daraus hervorgeht, daß bereits in d der Nacht, bevor die Grenzzeitung vorſtehende Mitteilungen brachte, verſchiedene wichtige Eiſenbahnbrücken geſprengt worden waren.

Sonder-Ausgabe der Oberſchleſiſchen Grenzzeitung

Sonntag, den 1. Mai 1921. 49. Jahrgangg Nr. 100.

Die Diplomaten haben geſprochen!

Die Kreiſe Rybnik, Pleß und ein Teil von Kattowitz an Polen.

Der Bericht der J.K.:

Warſchau, 30. April. Eaſt Expreß. Unſer Berliner Korreſpondent erfährt, daß eines der Berliner Blätter aus Kattowitz aus gut informierten Ententekreiſen die zuverläſſige Nachricht erhalten hat, daß die J.K. in Oppeln am Donnerstag ihren Bericht über das Abſtimmungsergebnis in Oberſchleſien fertiggeſtellt hat und dieſen Bericht am Freitag nach London an den Oberſten Rat geſandt hat. Die J.K. ſchlägt in ihrem Bericht eine Teilung Oberſchleſiens zwiſchen Deutſchland und Polen vor und zwar in der Weiſe, daß Deutſchland faſt ganz Oberſchleſien zuſammen mit dem zentralen Induſtriegebiet erhalten ſoll. Die J.K. rät, Polen nur die Kreiſe Rybnik und Pleß zuzuteilen, ſowie eine unbedeutende Grenzregulierung im Kreiſe Kattowitz öſtlich von Kattowitz vorzunehmen.

Beuthen, 1. Mai. Eaſt Expreß. Unſer Beuthener Korreſpondent verſuchte ſofort nach Eintreffen obiger Meldung an Ort und Stelle in Oberſchleſien eine Beſtätigung zu erhalten. Alles ſpricht dafür, daß die in Berlin eingetroffene Meldung vollkommen auf Wahrheit beruht.

Die halboffiziöſen Meldungen, die in letzter Zeit über die Entſcheidung in Oberſchleſien verbreitet wurden, finden heut ihre Beſtätigung. Heute ſteht die Wirklichkeit vor uns.

Die oberſchleſiſche Induſtrie in Gefahr!

Die deutſchen Schlotbarone wollen Oberſchleſien vernichten!

Am 7. April fand in Kattowitz im Hotel Klemenz eine Verſammlung der deutſchen Großinduſtriellen ſtatt, die uns die verderblichen Abſichten dieſer allmächtigen Induſtriegebieter mit erſchreckender Deutlichkeit vor Augen führt. Die Pläne, die am 7. April beſprochen wurden, reißen die Maske vom Geſicht jener allgewaltigen Ausſauger, die es wagen, als Vertreter der oberſchleſiſchen Induſtrie aufzutreten, und die ſich jetzt mit verbrecheriſchſten Vernichtungsgedanken gegen unſere polniſche Heimat und gegen unſere Arbeiterſchaft tragen. Über die Verſammlung erfährt der „Gorniec Slonſki“ Nr. 99 folgende Einzelheiten:

Die Sitzung wurde von dem deutſchen Plebiſzitkommiſſar Dr. Urbanek eröffnet, der gleichzeitig über die politiſche Lage referierte. Danach ſtellte er dem verſammelten Induſtriellen die Frage, was ſie für den Fall des Anſchluſſes des Induſtriebezirks an Polen zu tun gedächten. Als erſter ergriff daraufhin Oberbergrat Willliger das Wort, indem er erklärte, daß die deutſchen Direktoren für dieſen Fall ſofort ihre Ämter nieder-

legen und die Arbeit in allen Unternehmen einstellen werden, um zu beweisen, daß ohne deutsche Hilfe die oberschlesische Industrie zum sofortigen Stillstand verurteilt sei. Die Ausführungen Willigers wurden von allen Anwesenden beifällig aufgenommen; sie erklärten sich gleichzeitig mit dem Standpunkt des Redners vollkommen solidarisch. Anschließend sprach Generaldirektor Pistorius; er riet den Arbeitern gegenüber vorläufig Entgegenkommen zu zeigen, um dann, wenn Oberschlesien an Deutschland fällt, ihnen um so schärfer zuzusetzen und sie zum Verlassen der Arbeit zu zwingen. An Stelle der polnischen Arbeiter werden dann Arbeiter aus Deutschland beschafft werden.

Von anderer Seite erfahren wir über diese Sitzung noch folgendes: Den Gipfelpunkt der Provokation bedeutete die Ansprache des Direktors Werner, welche etwa folgendermaßen lautete: Um eine Zuteilung des Industriegebietes an Polen zu verhindern, müssen die oberschlesischen Großindustriellen alle verfügbaren Mittel ergreifen, um ein für allemal das industrielle Leben zu vernichten. Es müssen vor allem die Maschinen zerstört werden, die aus deutschen Fabriken stammen. Auf diese Weise wird der Arbeiter plötzlich ohne Beschäftigung dastehen und wird sich auflehnen. Sodann muß im rechten Augenblick das Gerücht in Umlauf gesetzt werden, daß diese Vernichtung und diese Katastrophe von den Polen herbeigeführt worden ist. Auf diese Weise werden die Kapitalisten den Haß der Arbeiterschaft auf die Polen abwälzen, und es dürfte nicht schwer sein, die oberschlesische Bevölkerung in diesen Irrtum zu verstricken.

Nach einer Debatte kamen die deutschen Großkapitalisten zusammen mit dem deutschen Plebiszitkommissar zu dem Schluß, daß der Weg, den Direktor Werner vorschlägt, der einzige Rettungsweg für Deutschland sein kann. Alle Anwesenden erklärten sich damit einverstanden, daß man schnellstens alle Gruben und Hütten vernichten und die Schuld an diesen Zerstörungen den Polen in die Schuhe schieben müsse. Auf diese Weise wird es gelingen, die Arbeiterschaft für den Gedanken der Vereinigung Oberschlesiens mit Deutschland zu gewinnen.

Der oberschlesische Arbeiter steht heute einer in der Geschichte der zivilisierten Welt einzigartigen Provokation gegenüber. Eine Handvoll fremder Blutsauger und Kapitalisten beschließt im eigenen Interesse und im Interesse des hakatistisch-imperialistischen Preußen—Deutschland, mit einem einzigen Gewaltstreich alles das zu vernichten, was das Werk der Hände vieler Geschlechter des polnischen Volkes ist! Diese allmächtigen Gebieter beschließen ohne Scheu, hunderttausende Arbeiterfamilien in den Abgrund des tiefsten Elends zu stürzen, damit ja nicht etwa dem Recht und der ewigen Weltgerechtigkeit Genüge geschehen kann. Die deutschen Kapitalisten Oberschlesiens haben dem polnischen Arbeiter den Kampf auf Leben und Tod angesagt. Es geht ihnen nicht um einen Kampf mit der Arbeiterklasse, sondern sie wollen nur ausschließlich die Vernichtung des polnischen Arbeiters. Sie wollen, daß Oberschlesien ein für allemal aufhört, der imperialistischen Preußenpolitik gefährlich zu sein, sie wollen das polnische Volk aus Oberschlesien ausrotten, sie wollen, daß die polnische Sprache in diesem Lande aufhöre! Die Stelle des polnischen Arbeiters in Oberschlesien sollen ganze Scharen deutscher Arbeitsloser einnehmen. Ein glücklicher Zufall erlaubte uns, die verbrecherischen deutschen Vernichtungspläne noch rechtzeitig vor aller Welt und vor allem vor unserer Arbeiterschaft zu enthüllen. Und jetzt erst wird die Bedeutung des Spiels, welches die deutschen Industriebarone auf der Gleiwitzer Grube begonnen haben, uns klar; jetzt erscheint es uns in dem richtigen Lichte. Von dort sollte der Brand ausgehen, der ganz Oberschlesien in einen Trümmerhaufen verwandeln sollte.

Anlage 3.

Plebiſzitkommiſſar Dr. Urbanek an die T.K. am 1. Mai 1921.

Die Angaben der Grenzzeitung ſind vom erſten bis zum letzten Wort erlogen. Weder am 7. April noch an irgend einem andern Datum hat der Unterzeichnete an einer beratenden Sitzung der oberſchleſiſchen Großinduſtrie teilgenommen. Der Unterzeichnete hat ſich niemals mit ſolch ungeheuerlichen Gedanken befaßt oder ähnliche Gedanken geſprochen. Der Unterzeichnete ſetzt dem Verſammlungsbericht der Grenzzeitung die ſchärfſte und entſchiedenſte Ableugnung entgegen. Die Lüge der Grenzzeitung, die ſelbſt in der Abſtimmungspropaganda ihresgleichen ſucht, iſt ein Akt wahnſinniger Verzweiflung. Sie iſt augenſcheinlich dazu beſtimmt, Elemente, die für den 3. Mai, als den Tag der polniſchen Konſtitution, bereits in Erregung verſetzt und durch die täglich vorgegaukelte polniſche Anwartſchaft auf die ſogenannte Korfcfanty-Linie verblendet ſind, zum Losſchlagen aufzuputſchen.

Anlage 4.

Telegramm an die T.K.

Kattowitz, den 2. Mai 1921.

Die „Grenzzeitung" verbreitet weiter falſche Nachrichten, welche zu öffentlichen Ruheſtörungen führen können. (Verordnung vom 7. Juni 1920.) In ihrer heute, am 2. Mai, erſchienenen Nummer 101 wiederholt ſie ihre geſtern veröffentlichten Unwahrheiten mit dem offenkundigen Ziele, die Arbeiterſchaft gegen die Induſtrieverwaltung aufzuhetzen. Sie bezichtet das deutſche Plebiſzitkommiſſariat und einzelne ſeiner Mitglieder des konſpiratoriſchen Zuſammenwirkens mit den Induſtrieverwaltungen. Wir erklären nochmals dieſe Behauptungen, insbeſondere, was über die Perſönlichkeiten Urbanek und Ulitz geſagt iſt, für frei erfunden. Dieſe Wühlarbeit der „Grenzzeitung" kann die verhängnisvollſten Folgen zeitigen.

Die „Grenzzeitung" ſagt ferner, daß Herr Korfanty am Sonnabend, dem 30. April, nach Warſchau gereiſt iſt, um dort über die neu geſchaffene Lage in Oberſchleſien zu berichten, die ſich auf Grund der Nachrichten von dem Beſchluß der T.K. über die oberſchleſiſche Grenze herausgebildet hätte. Wir ſtellen demgegenüber feſt, daß bis Sonnabend abends abſolute Ruhe in Oberſchleſien geherrſcht hat und nicht das geringſte Alarmierende zu bemerken war. Die Erregung iſt erſt ſeit dem Herauskommen des Sonntags-Sonderblattes vom 1. Mai zu beobachten. Herr Korfanty kann alſo lediglich über Vorbereitungen zur Erregung von Unruhen berichten, die er inzwiſchen in Oberſchleſien getroffen haben mag.

Das Plebiſzitkommiſſariat für Deutſchland
gez. Dr. Urbanek.

Anlage 5.

Aufruf!

Teile der polniſch geſinnten Bevölkerung Oberſchleſiens haben die Waaffen erhoben, um der Entſcheidung über das Schickſal Oberſchleſiens vorzugreifen.

So ſchwer die Not des deutſchen Volkstums auch iſt, ſo richten wir doch an unſere Volksgenoſſen die allerdringendſte Aufforderung, überall Ruhe zu bewaahren und ſich

auch durch die ſchwerſten Herausforderungen nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu laſſen.

Kattowitz, den 3. Mai 1921.

Plebiſzitkommiſſariat für Deutſchland.

Deutſchnationale Volkspartei. Deutſche Volkspartei. Katholiſche Volkspartei (Ztr.).
Deutſche demokratiſche Partei. Sozialdemokratiſche Partei.
Allgemeiner deutſcher Gewerkſchaftsbund. Deutſcher Gewerkſchaftsbund.
Gewerkſchaftsring.

Anlage 6.

Am 3. Mai, als die Unruhen ſich ausbreiteten und verſchärften, richtete das Auswärtige Amt folgendes Telegramm an die Botſchafter in London, Paris, Rom:

„Von unverantwortlichen polniſchen Provokatoren iſt geſtern durch verhetzende, lügneriſche Meldungen Streik in Oberſchleſien entfacht worden, der faſt ſämtliche Gruben- und Induſtriebezirke erfaßt hat. Arbeiterſchaft größtenteils arbeitswillig, wird aber durch polniſche Terroriſten gehindert, einzufahren oder in Betriebe zu gehen. Polniſche Sokols und Banden durchſtreifen Land und haben ſich bereits bis Kreis Ratibor ausgedehnt. Zahlreiche Bahn-Brückenſprengungen, Gewalttaten, Sabotageakte. In Kreiſen Kattowitz, Beuthen, Pleß, Rybnik, Groß-Strehlitz, Gleiwitz flaches Land zum großen Teil in Hand polniſcher Banden, Geſamtbild insbeſondere organiſierte Zerſtörung Eiſenbahnlinien und Brücken, ergeben planmäßige polniſche Aufſtandsbewegung im geſamten Induſtriegebiet bis Korfantylinie. Reguläre polniſche Truppen bisher nicht feſtgeſtellt.

Handelt ſich anſcheinend um Verſuch, Auguſtaufſtand zu wiederholen und ſich mit Gewalt in Beſitz Oberſchleſiens zu ſetzen. I.K. iſt verpflichtet, für Ruhe und Ordnung zu ſorgen, hat deutſchem Bevollmächtigten gegenüber großen Ernſt der Lage zugegeben und anerkannt, daß ſeitens deutſcher Bevölkerung keinerlei Anlaß zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten oder Unruhen gegeben worden iſt. Die I.K. hat heute Belagerungszuſtand über Beuthen (Stadt und Land), Kattowitz (Stadt und Land), Tarnowitz, Hindenburg, Pleß, Rybnik, Ratibor, Gleiwitz (Stadt und Land) verhängt und iſt anſcheinend entſchloſſen, Ruhe und Ordnung wiederherzuſtellen. Infolge Stockung Bahnverkehrs Kohlentransporte unmöglich, Belieferung auch Italiens, Öſterreichs, Tſchechoſlowakei und Polens dadurch gefährdet.

Bitte dortige Regierung in nachdrücklichſter Weiſe auf großen Ernſt Situation aufmerkſam machen und verlangen, daß ſofort mit allen Mitteln gegen polniſche Inſurgenten rückſichtslos eingeſchritten wird. Deutſche Regierung muß jede Verantwortung für unerhörte Zuſtände und ihre Folgen ablehnen."

Anlage 7.

Die I.K. hatte ſich bisher völlig paſſiv verhalten. Da nunmehr auch ihr Sitz Oppeln bedroht war, bequemte ſie ſich zu folgender Bekanntmachung:

„Von gewiſſen Elementen der polniſchen Bevölkerung Oberſchleſiens ſind Gewaltakte verübt worden. Die Ordnung iſt in einer Anzahl von Kreiſen des Abſtimmungs-

gebiets ſchwer gefährdet worden. Die I.K. iſt feſt entſchloſſen, in kürzeſter Friſt die Wiederherſtellung der Ordnung zu ſichern, und hat den Belagerungszuſtand über die vom Aufſtand betroffenen Kreiſe verhängt.

Die I.K. wird vor keiner Maßnahme zurückſchrecken, um die Achtung vor den Geſetzen ſicherzuſtellen."

Oppeln, den 3. Mai 1921.

Unterſchriften.

Dieſe erſte diesbezügliche Bekanntmachung ließ ſofort erkennen, daß ſie nicht von General Le Rond, der ſich ja in Paris befand, herrührte; die Stellvertretung als Präſident der I.K. hatte der italieniſche General de Marinis.

Anlage 8.

Der nachfolgende, am polniſchen Nationalfeiertage, dem 3. Mai, erlaſſene Aufruf Korfantys an die Bevölkerung des Abſtimmungsgebietes folgte der Bekanntmachung der I.K. auf dem Fuße; er zeigt, wie planmäßig der Aufſtand von ihm vorbereitet war:

Mitbürger!

Die polniſche Regierung hat mich von meinem Poſten als Plebiſzitkommiſſar enthoben, weil ich den Putſch zu unterdrücken nicht imſtande war. Ich bin nicht mehr Plebiſzitkommiſſar, aber ich bin von Eurem Blut und Leben, ein Sohn des oberſchleſiſchen Volkes, der ſich ſeit 20 Jahren ſeines Vertrauens erfreut, der über 20 Jahre für Euch kämpft und auch für Recht und Freiheit Oberſchleſiens. Wie Euer Bruder bin ich immer mit Euch, kämpfende, ſtreikende Arbeiter und im Einvernehmen mit unſeren polniſchen Parteien ſtehe ich an der Spitze unſerer Bewegung.

Ich wirke aber darauf hin, daß dieſe edle Bewegung nicht durch einzelne Untaten zu einer Anarchie umſchlägt, daß ſich keine Morde und Übergriffe ereignen, damit der normale Lebenslauf deſto ſchneller zurückkehrt.

Wir müſſen von uns jede niederdrückende deutſch-preußiſche Knechtſchaft abwerfen, unſeren Sieg müſſen wir um jeden Preis erringen und kein Gewalthaber der Welt wird uns aufs neue deutſche Feſſeln anlegen können.

Um die Maſſenbewegung organiſatoriſch zu erfaſſen, ernenne ich zum oberſten Befehlshaber aller aufſtändiſchen Kräfte den Inſurgenten Doliwa, dem alle Kommandanten und Führer, ſowie die Aufſtändiſchen ſelbſt unbedingten Gehorſam ſchulden. Von nun an ſeid Ihr Soldaten und habt Euch zu betragen, wie es die Soldatenehre gebietet. Ich verbiete jegliche Gewalt, ſowie rohe Räubereien, Mißhandlungen jeglicher Perſonen ohne Rückſicht auf ihre Sprache, ihren Glauben und ihre Abſtammung. Das Betragen jedes Aufſtändiſchen muß gut ſein. Vermögen, Leben, Geſundheit wehrloſer Menſchen iſt zu achten. Ich verbiete jede Entfernung von Beamten von ihrem Amte und fordere die Beamten zu treuer Pflichterfüllung und Ausharrung in ihrem Amte auf. Unfolgſame Beamte werde ich vom Amte weiſen und das Amt durch von mir beauftragte Perſonen ausüben laſſen.

Die Namen aller Verhafteten müſſen mir von den Führern der Aufſtändiſchen binnen 24 Stunden gemeldet werden. Mit dem Tode wird beſtraft, wer ſich eines Dieb-

ſtahls ſchuldig macht oder der Anwendung von Waffen oder Gewalt um eigener Vorteile willen oder wer ſich des Mordes, Totſchlages, Raubes, Notzucht, Brandſtiftung, einer Beſchädigung der Werkſtätten, Waſſerleitungen, Elektrizitätswerke oder Gasanſtalten ſchuldig macht. Die Behörden der Aufſtändiſchen verpflichte ich, für die Aufrechterhaltung zu ſorgen und gebe ihnen alle Mittel, die dazu nötig ſind. Wer dagegen handelt oder dazu aufreizt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, mit Haft bis zu 6 Wochen oder mit Geldſtrafe zu 20 000 bis 150 000 Mark beſtraft.

Ich übertrage die Aburteilung ſchuldiger Aufſtändiſcher und der von den Aufſtändiſchen ergriffenen Zivilperſonen den Feldgerichten. Das Feldgericht beſteht aus einem Bataillonsführer und zwei Schöffen. Jeder Schöffe muß mindeſtens 30 Jahre alt ſein. Die Todesſtrafe wird nur vollſtreckt, wenn ich das Urteil beſtätige. Sie wird durch Erſchießen vollſtreckt.

Das Feldgericht erhebt die Beweiſe, die es für nötig hält und vernimmt ſtets die Zeugen eidlich. Über die Verhandlungen iſt ein Protokoll zu führen und ein Urteil zu fertigen, das die feſtgeſtellten Tatſachen enthalten muß.

Am Standort, den 3. Mai, dem Tage der denkwürdigen polniſchen Verfaſſung.

Korfanty.

Der von Korfanty ernannte Oberkommandant der Inſurgenten Doliwa (Deckname für den Grafen Mielczynſki, früher preußiſcher Huſarenmajor und Mitglied des Deutſchen Reichstages) erklärte in ſeinem erſten Tagesbefehl, daß das Ergebnis der Abſtimmung von der Welt nicht anerkannt werde und daher die polniſchen Rechte mit der Waffe in der Hand gewahrt werden müßten. Die polniſche Regierung müſſe die oberſchleſiſchen Ereigniſſe vor der Entente in das richtige Licht ſtellen. Der Aufſtand müſſe als ein Triumph des polniſchen Patriotismus aufgefaßt werden.

Anlage 9.

Am gleichen Tage, dem 3. Mai, richtete Korfanty folgende Note an die alliierten Regierungen und an die Regierung in Waſhington mit der Forderung, eine Demarkationslinie feſtzulegen:

„Die Regierung der polniſchen Republik hat mich von dem Amte als polniſcher Plebiſzitkommiſſar in Oberſchleſien abberufen, weil ich den bewaffneten Aufſtand des polniſchen Volkes in Oberſchleſien nicht verhindern konnte. Ich erkläre feierlichſt, daß ich alles getan habe, was in meiner Macht ſteht, um einen bewaffneten Aufſtand, eine Störung der öffentlichen Ordnung zu verhüten. Als aber die Vorſchläge der Hohen Interalliierten Kommiſſion bezüglich der Teilung Oberſchleſiens bei den Kreiſen der polniſchen Arbeiter und Bauern, die ſeit Jahrhunderten Gegenſtand gewiſſenloſer Ausbeutung und einer brutalen Unterdrückungspolitik ſeitens Preußens und Deutſchlands ſind, bekannt wurden, hat dieſe Maſſe eine grenzenloſe Verzweiflung ergriffen bei dem Gedanken, daß ſie wieder unter das preußiſche Joch zurückkehren könnten. Die Bevölkerung, die zu allem entſchloſſen war, hat den Bericht und die Vorſchläge der Interalliierten Kommiſſion in Oppeln am Sonntag, dem 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, erfahren, und Montag früh begann der Generalſtreik. Alle Gruben und Hüttenwerke

wurden mit einemmal ſtillgelegt. 300 000 Arbeiter ſtreiken, die oberſchleſiſchen Bauern haben ſich mit den polniſchen Arbeitern ſolidariſch erklärt. 24 Stunden nach dem Eintreffen der Hiobsbotſchaft der Interalliierten Kommiſſion in Oppeln mit ihren Vorſchlägen bzw. der Teilung Oberſchleſiens zwiſchen Polen und Deutſchland hat die Bevölkerung ſpontan zu den Waffen gegriffen, die in großen Mengen durch die Deutſchen nach dem Abſtimmungsgebiet eingeführt wurden, und die von den deutſchen Geheimorganiſationen für billiges Geld gekauft werden konnten, und hat in einem Verlauf von 12 Stunden die Kreiſe Pleß, Rybnik, Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz, Gleiwitz, Zabrze und einen Teil der Kreiſe Ratibor und Coſel beſetzt. Dieſe elementare Bewegung, die noch nicht beendet iſt, greift immer mehr nach dem Weſten um ſich. Dammit dieſer leidenſchaftliche Ausbruch des erbitterten bewaffneten Volkes nicht unter dem Einfluß verbrecheriſcher Elemente in den Zuſtand der Anarchie ausartet, habe ich mich auf Verlangen der Aufſtändiſchen und der Streikenden an die Spitze dieſer Bewegung geſtellt, um ihr Organiſationsform zu geben, Mord- und Gewalttaten und Plünderungen zu verhindern und ſo ſchnell als möglich die öffentliche Ordnung, einen normalen Gang des Lebens wiederherzuſtellen. Ich erkläre hierdurch, daß dieſes Volk, welches im Laufe der beiden letzten Jahre zum drittenmal die Waffen gegen Deutſchland ergriffen hat, niemals mehr die preußiſche oder deutſche Herrſchaft vertragen wird. Und ich kenne dieſes Volk; denn ich bin ein Sohn dieſes Volkes und kämpfe ſeit 20 Jahren zuſammen mit ihm für ſeine Rechte und ſeine Freiheit. Ich verſichere feierlich, daß dieſes Volk eher entſchloſſen iſt, ſich von interalliierten Truppen bis auf den letzten Mann niedermähen zu laſſen, als ſeinen Nacken erneut unter das preußiſche Joch zu beugen, d. das Volk wird eher alle Gruben und Hütten ſowie andere Arbeitsſtätten vernichten, als daß es kapitulieren würde.

Deshalb bitte ich im Intereſſe der Menſchlichkeit und im Intereſſe des wirtſchaftlichen Lebens Europas, über das Schickſal Oberſchleſiens einen mit dem Willen des polniſchen Volkes in Oberſchleſien, dem es ſo deutlich Ausdruck gibt, übereinſtimmenden Beſchluß zu faſſen, im Intereſſe des Friedens und der Menſchlichkeit bitte ich um eine ſofortige Feſtlegung der Demarkationslinie."

Beuthen, den 3. Mai 1921.

Korfanty.

Anlage 10.

Am 4. Mai 1921 richtete das deutſche Auswärtige Amt an den deutſchen Bevollmächtigten in Oppeln folgendes Telegramm:

„Bitte nochmals mit allem Nachdruck I.K. auf Verantwortung aufmerkſam zu machen und ſofortige durchgreifende Maßnahmen im Auftrage der Reichsregierung zu verlangen. Völlige Befriedung geſamten Gebietes muß innerhalb weniger Tage erfolgt ſein. Deutſche Regierung erklärt ſich bereit, I.K., falls ſie ihre Truppenmacht nicht für ausreichend hält, mehrere Hundertſchaften Schutzpolizei zur Verwendung unterer alliiertem Kommando zur Verfügung zu ſtellen. Bitte dieſen Vorſchlag ſofort machen an I.K. (Er hatte den Erfolg, daß Verſtärkung der Apo um 3000 Mann bewilligt wurde.)

Gleichzeitig an die Botſchafter in London, Rom und Paris gegangen."

Anlage 11.

Am 4. Mai 1921 richtete die deutſche Regierung folgende Note an die alliierten Regierungen, in der ſie Wiederherſtellung geſetzmäßiger Zuſtände in Oberſchleſien forderte:

„Am 2. Mai ſind in Oberſchleſien durch polniſche Inſurgenten, die aus Kongreßpolen hineinſtrömten, im Zuſammenwirken mit polniſchen Sokols aus dem Abſtimmungsgebiet Streiks und ſchwere Unruhen hervorgerufen worden, die zu einem Aufruhr in dem größten Teile von Oberſchleſien geführt haben. Die tatſächlichen Machtbefugniſſe ſind den Händen der geſetzmäßigen Organe entriſſen worden. Die Bevölkerung iſt den Gewalttaten polniſcher Banden in noch größerem Ausmaße als zur Zeit des polniſchen Auguſtaufſtandes v. Js. ſchutzlos preisgegeben.

Die J.K. hat dem deutſchen Vertreter gegenüber anerkannt, daß die deutſche Bevölkerung keinerlei Anlaß zu dieſen Unruhen gegeben hat. Sie hat in einer Bekanntmachung vom 3. Mai 1921 ausdrücklich öffentlich feſtgeſtellt, daß polniſche Elemente dieſe Gewalttaten verübt und die Ordnung im Abſtimmungsgebiet ſchwer gefährdet haben. Sie hat ſich in dieſer Bekanntmachung, die von Vertretern Italiens, Englands und Frankreichs unterzeichnet iſt, ausdrücklich verpflichtet, in kürzeſter Friſt die Wiederherſtellung der Ordnung herbeizuführen und vor keinem Mittel zurückzuſchrecken, um die Achtung vor den Geſetzen ſicherzuſtellen.

Die deutſche Regierung muß gegen die unerhörten Vorgänge in Oberſchleſien ſchärfſten Einſpruch erheben und die ſofortige Wiederherſtellung geordneter Zuſtände verlangen. Sie muß insbeſondere das dringende und ernſte Erſuchen ausſprechen, die interalliierten Truppen in Oberſchleſien in dem Maße zu verſtärken, als es zur Wiederherſtellung der geſetzmäßigen Lage und zum Schutz der friedliebenden Bevölkerung erforderlich iſt. Die deutſche Regierung hat der J.K. jede Hilfe angeboten, die dieſer zur Herbeiführung geordneter Zuſtände zweckmäßig erſcheinen könnte. Sie hat ſich bereit erklärt, mehrere Hundertſchaften Schutzpolizei dem interalliierten Kommando in Oberſchleſien zur Verfügung zu ſtellen. Die deutſche Regierung erneuert auch den interalliierten Regierungen gegenüber das Anerbieten jeder erwünſcht erſcheinenden Unterſtützung. Sie wird ihrerſeits weiter alle erdenkliche Mühe darauf verwenden, die äußerſt erregte deutſche Bevölkerung Oberſchleſiens zu bewegen, die bisher bewahrte muſtergültige Ruhe aufrechtzuerhalten. Die deutſche Regierung muß aber erneut und mit allem Nachdruck fordern, daß mit größter Beſchleunigung die geſetzmäßigen Zuſtände entſprechend dem Friedensvertrage hergeſtellt werden. Sie erklärt ſchon jetzt, daß ſie nicht in der Lage ſein würde, eine auf Grund der gegenwärtigen Sachlage getroffene Entſcheidung anzuerkennen.“

Anlage 12.

Am 4. Mai wurde aus Warſchau folgender Funkſpruch verbreitet, in dem Korfanty ſich an die Spitze des Aufruhrs ſtellt:

„Korfanty, ſelbſt ein Oberſchleſier, ſtellte ſich an die Spitze der Inſurgenten und ernannte den Inſurgenten Nowina Doliwa zum Befehlshaber der Inſurgenten. In einem geſtern erlaſſenen Aufruf ermahnt Korfanty die Inſurgenten zur Diſziplin und Achtung von Gut und Leben der Bürger. Korfanty ſchreibt für Mord, Gewalttaten

und Diebſtahl und Einbruch ſtrenge Kriegsſtrafen vor. Todesurteile ſollen vovon Korfanty beſtätigt werden.

Der Befehlshaber der Inſurgenten, Nowina Doliwa, ſchreibt in ſeinemm erſten Tagesbefehl, wenn die ziemlich ruhig verlaufene Volksabſtimmung nicht genügtgt, dann müſſen wir ſie mit Gewalt unterſtützen und der Welt trotz des deutſchen Terrorors unſer Recht beweiſen. Ich befehle, mit äußerſter Energie die deutſchen Militärbanden n zu entwaffnen, gegen die friedliche deutſche Bevölkerung die der ganzen Welt bekannte p polniſche Toleranz zu üben. Gegen die alliierten Behörden müſſen wir abſolute Loyalität benewahren, dürfen uns unter keinen Umſtänden zu Konflikten hinreißen laſſen."

Die deutſche Regierung gab daraufhin folgendes bekannt:

„Der deutſche Geſchäftsträger in Warſchau iſt am 4. Mai angewieſen u worden, bei der polniſchen Regierung gegen die Benutzung amtlicher polniſcher Funkenſtaſtationen zur Verbreitung von Nachrichten Korfantys Einſpruch zu erheben."

Anlage 13.

Kattowitz, den 4. Maiai 1921.

An die

Hohe Interalliierte Regierungs- und Plebiſzit-Kommiſſion

Oppeln.

Die feierliche Bekanntmachung der Hohen Kommiſſion vom 11. 2. 192920 ſagt: „Gönnt einerſeits die Interalliierte Kommiſſion ihr Wohlwollen allen denjenigigen, die ihrer Pflicht treu bleiben, ſo hält ſie ſich auch andererſeits für verpflichtet, alle Unruheſtifter rückſichts- und gnadenlos zu verfolgen, wer ſie auch ſein mögen und wasas ſie für Unruhe haben ſtiften mögen. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeinine Ruhe ſtören, die den Klaſſenhaß und religiöſen oder nationalen Zwiſt entfachen oder veverſuchen, revolutionäre Konflikte zu ſchaffen, ſowie diejenigen, welche offen oder heimlnlich zum Widerſtand gegen die Verwaltung aufhetzen ..., werden aufs ſtrengſte beſtrafaft."

Am 1. Mai 1921 hat die polniſche Partei in der Sonderausgabe der „Oberſchleſiſchen Grenzzeitung" offen gegen alle dieſe Beſtimmungen verſtoßen. Dieſe Nummmer der „Grenzzeitung" war das Signal für die Eröffnung des polniſchen Putſches, deer in der Nacht zum 3. Mai 1921 über Oberſchleſien hereingebrochen iſt. Wir ſtellen feſt, t, daß die Hohe Kommiſſion von ihrer Befugnis, Zeitungen zu verbieten, bisher gegenüber der „Oberſchleſiſchen Grenzzeitung" keinen Gebrauch gemacht hat. Der Hohen Kommmiſſion und ihren örtlichen Stellen waren zahlreiche Meldungen über die polniſchen Vorbereitungen zugegangen. Wir ſtellen feſt, daß trotz dieſer Warnungen keine wirkſamen Vorbeugungsmaßregeln getroffen worden ſind, ſo daß die friedliche Bevölkerung vollkommen ſchutz- und hilflos den Inſurgenten ausgeſetzt war.

Der Hohen Kommiſſion ſteht für ihre Zwecke ein ſtarkes Truppenaufgebot zur Verfügung. Es iſt einwandfrei feſtgeſtellt, daß zwiſchen Angehörigen der franzöſiſchen Truppen und den Inſurgenten faſt durchweg ein durchaus friedliches Verhältniss beſteht. Während Angehörige der italieniſchen Truppen am 3. Mai 1921 gegen 9 Uhr vormittags den Angriff der polniſchen Inſurgenten gegen den Bahnhof Kattowitz mit deer Waffe abwehrten, verhielt ſich das am Bahnhof mit Kampfwagen poſtierte franzöſiſche Militärkommando völlig untätig, obgleich die ſehr kleine italieniſche Truppe hart bedrängt war.

Daß ſchon das rückſichtsvollſte Eingreifen der Truppe vollkommen zur Abwehr auch größerer Inſurgentenmaſſen hinreicht, beweiſen die Vorgänge in Kattowitz am 3. Mai 1921, als etwa 800 Inſurgenten auf einige wenige Schreckſchüſſe hin ſofort unter dem Wegwerfen ihrer Waffen die Flucht ergriffen. Ungeheuerlich iſt die durch zahlreiche Zeugen erwieſene Tatſache, daß am 3. Mai 1921, gegen 2 Uhr nachmittags, in Zalenze, Kreis Kattowitz, von franzöſiſchen Soldaten aus dem Laſtauto J.K. 6916 Gewehre auf die Straße geworfen worden ſind, die von Inſurgenten aufgenommen wurden. Die friedliche Bevölkerung muß durch die Anweſenheit von Truppen das Gefühl der Sicherheit erhalten; dieſes Gefühl der Sicherheit iſt infolge der Haltung der franzöſiſchen Truppen nicht mehr vorhanden.

Bei der Errichtung der Abſtimmungspolizei haben wir die Hohe Kommiſſion eindringlichſt auf die Gefahr aufmerkſam gemacht, die in der Politiſierung der Polizei liegt. Unſere ſchlimmſten Befürchtungen ſind am 3. Mai verwirklicht worden. Zahllos ſind die Fälle des Verrates der polniſchen Apobeamten an ihren deutſchen Kameraden. Die Mehrzahl der polniſchen Apobeamten hat ſich den Inſurgenten angeſchloſſen. Der polniſche Apo-Hauptmann Pietruſzka hat als Inſurgent das Amt eines Stadtkommandanten von Königshütte ausgeübt. Die von der Hohen Kommiſſion geſchaffene Abſtimmungspolizei hat ſich nicht als ein Inſtrument zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, ſondern in ihren polniſchen Mitgliedern als die Vormacht der polniſchen Inſurrektion erwieſen.

In vielfachen Eingaben haben wir die Abſchließung der Oſt- und Südgrenze nach dem Beiſpiel der Weſtgrenze gefordert. Wir ſtellen feſt, daß eine wirkſame Grenzabſperrung niemals vorhanden geweſen iſt, und daß ſogar unmittelbar vor dem Putſch Truppenkommandos aus dicht an der Grenze gelegenen Ortſchaften herausgezogen worden ſind, ſo daß die Grenze völlig ungeſchützt war. Die ungeheure Zahl der bei den Inſurgenten vorhandenen Waffen liefert den Beweis, daß ſeit langem die Waffenverſorgung von Polen aus erfolgt iſt und daß irgendwelche wirkſamen Maßnahmen zur Erfaſſung dieſer Waffen nicht getroffen worden ſind, während die Zeitungen der polniſchen Partei mit Nachrichten über Waffenfunden bei Deutſchen angefüllt waren. — Bei Kamin, Kreis Beuthen, iſt über den Grenzfluß eine Brücke geſchlagen, auf der der Verkehr zwiſchen Polen und Oberſchleſien ſich vollzieht.

Während es bis zum 3. Mai 1921 mittags den Anſchein hatte, als hätten die polniſchen Inſurgenten ſich im allgemeinen von der Verübung ſchwerer Gewalttaten gegen das Leben ferngehalten, häufen ſich jetzt die Nachrichten über Morde. In Preußengrube iſt der Bergwerksdirektor Kox, in Ruda der Bauführer Kuchorz ermordet worden. Furchtbar lauten die Nachrichten über ſchwere Bluttaten in Antonienhütte. Unkontrollierbar ſind die Gerüchte über die Vorgänge im Kreiſe Rybnik und die Nachrichten über zahlreiche Verſchleppungen von Oberſchleſiern. Die friedliche Bevölkerung erlebt von neuem das grauſige Schauſpiel vom Auguſt-Aufſtand 1920. In Karf, Miechowitz und Godullahütte, Kreis Beuthen, in Hohenlohehütte und Domb, Kreis Kattowitz, wurden am 4. Mai die erwachſenen deutſchen Männer von den Inſurgenten zum Waffendienſt gezwungen.

Das geſamte Wirtſchaftsleben iſt gelähmt. Die ſelbſt jetzt noch in ſehr großem Umfange arbeitswillige Bevölkerung wird durch die bewaffneten Inſurgenten an der Arbeit gehindert. Auf dieſe Weiſe ſoll dieſem bis aufs kleinſte vorbereiteten Putſch künſtlich der Charakter einer allgemeinen Volksbewegung aufgedrückt werden, die keineswegs vorhanden iſt.

Wir haben die Bekanntmachung vom 3. Mai (siehe Anlage 7 Seite 129) begrüßt. Wir stellen an die Hohe Kommission nicht mehr die selbstverständliche Forderung nach der Schaffung gesetzmäßiger Zustände. Unsere heutige Eingabe hat nur den Zweck, der Hohen Kommission die Auffassung der deutschen Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, die vor der Welt die Zustände darlegen wird, wie sie sich unter der Herrschaft der Interalliierten Regierungs- und Plebiszit-Kommission bis zum heutigen Tage haben entwickeln können. Wir behalten uns vor, der Hohen Kommission die uns zugehenden Berichte vorzulegen, weil örtliche Organe der Interalliierten Kommission es ablehnen, Meldungen des deutschen Plebiszit-Kommissariats entgegenzunehmen, obgleich diese Meldungen rein sachlich sind und nur den Absichten der Hohen Kommission zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände dienen können.

Plebiszitkommissariat für Deutschland.

Deutschnationale Volkspartei. Deutsche Volkspartei. Katholische Volkspartei (Ztr.).
Deutsche demokratische Partei. Sozialdemokratische Partei.
Allgemeiner deutscher Gewerkschaftbund. Deutscher Gewerkschaftsbund.
Gewerkschaftsring.

Anlage 14.

Am 5. Mai 1921 richtete das deutsche Auswärtige Amt an die Botschafter in London, Paris und Rom Telegramme; ihr wesentlicher Inhalt war folgender:

„1. Die G.K. in Oppeln erklärt in einem von den Vertretern Italiens, Englands und Frankreichs gezeichneten Aufruf vom 3. Mai abends ausdrücklich, daß Teile der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens den Aufruhr begonnen haben, und daß sie mit allen Mitteln wieder gesetzmäßige Zustände herstellen werden.

2. Die polnischen Banden sind straff militärisch organisiert und ausgezeichnet bewaffnet, besonders auch mit schweren Waffen. Sie verfügen über Bahnzerstörungsmittel sowie über Lastkraftwagen und militärisch organisierten Train. Ohne eingehende Vorbereitung von polnischer Seite wäre eine derartig umfassende, schlagartig im ganzen Lande auftretende Organisation nicht möglich gewesen.

3. Die polnischen Banden verüben Terrorakte, brutalste Gewalttaten und Morde an der friedlichen Bevölkerung. Sie verschleppen Geiseln aus allen Schichten der Bevölkerung, über deren Verbleib und Schicksal nichts bekannt ist. Sie haben mit der Waffe in der Hand den interalliierten Truppen Widerstand geleistet und ihnen Verluste zugefügt.

4. In Warschau erschienen am 3. Mai an zahlreichen Häusern Plakate mit der Unterschrift „Vereinigung polnischer Verbände", in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich in der oberschlesischen Frage keinerlei Vergewaltigung gefallen zu lassen, sondern zu den Waffen zu greifen.

5. Die amtliche polnische Telegraphenagentur meldet am 4. Mai die Abberufung Korfantys von seinem Amt als Volksabstimmungskommissar. Gleichzeitig verbreitet am 4. Mai mittags die Funkenstation Warschau an Alle, daß sich Korfanty, „ein Oberschlesier", an die Spitze der Insurgenten gestellt und einen Befehlshaber der Insurgenten ernannt habe.

6. In einem Aufruf vom 3. Mai, verbreitet in Oberſchleſien am 4. Mai abends, erklärt Korfanty ſich zum Führer der Bewegung unter gleichzeitiger Einſetzung von Feldgerichten, die Todesurteile erlaſſen dürfen.

Dies alles in einem Lande, das auf Grund des Friedensvertrages von Verſailles von den drei alliierten Hauptmächten verwaltet und durch deren Truppen beſetzt gehalten wird, dem der Präſident der J.K., General Le Rond, bei ſeinem Amtsantritt eine Ära der Gerechtigkeit und des Rechtes feierlichſt verſprochen hat.

7. Die deutſch geſonnene Mehrheit der Bevölkerung des Landes hat ſich dieſem brutalen Friedensbruch einer terroriſtiſchen Minderheit gegenüber bisher bewundernswert ruhig verhalten. Sie erwartet noch von den alliierten Regierungen die Einlöſung des verpfändeten Wortes ihrer Vertreter in Oppeln.

Anlage 15.

An die Arbeiterſchaft Oberſchleſiens.

Nationaler Fanatismus hat von neuem das Wirtſchaftsleben Oberſchleſiens ſtillgelegt und unüberſehbares Unglück über unſere Heimat gebracht. Durch Waffengewalt wird die arbeitſame Bevölkerung an der Arbeit verhindert.

Tauſende ſind gegen ihren Willen in die Reihen der Aufrührer gepreßt worden. Not und Elend ſind die Folgen dieſes Wahnſinnes. Schon heute hungern Frauen und Kinder.

Zu dem wirtſchaftlichen Elend tritt die ſeeliſche Qual, die über viele Familien heraufbeſchworen wird. Mord, Plünderung und Verſchleppung begleiten den Aufſtand.

Arbeitsbrüder, Kollegen!

Laßt ab von der Selbſtzerfleiſchung. Der Aufſtand richtet ſich nicht gegen den Kapitalismus. Er verfolgt ausſchließlich politiſche Ziele. Unſere Lebensnotwendigkeiten waren, ſind und bleiben dieſelben, wie auch immer das Schickſal Oberſchleſiens ſich geſtaltet.

Die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet die Wiederherſtellung von Ruhe und Ordnung. Wir richten deshalb an Euch die dringende Aufforderung, ſchon jetzt überall dort, wo es ohne Gefahr für Leib und Leben möglich iſt, die Arbeit aufzunehmen und dadurch die Wiederherſtellung geſetzmäßiger Zuſtände zu fördern.

Kattowitz, den 6. Mai 1921.

Allgemeiner deutſcher Gewerkſchaftsbund. Deutſcher Gewerkſchaftsbund.
Gewerkſchaftsring.

Anlage 16.

Am gleichen Tage, dem 5. Mai, wurde von der deutſchen Regierung nachſtehende Note an die alliierten Regierungen gerichtet:

„Das oberſchleſiſche Abſtimmungsgebiet befindet ſich heut zum größten Teil in der Hand polniſcher Banden. Die friedliebende Bevölkerung wird aufs ſchlimmſte terroriſiert; Morde und Verſchleppungen häufen ſich; der Betrieb der Gruben- und Hüttenwerke wird gewaltſam verhindert; Zerſtörung dieſer wertvollen Produktionsſtätten iſt

zu befürchten. Korfanty maßt ſich die Stellung eines oberſten Leiters der Verwaltung an, ernennt Militär- und Zivilbeamte und verhängt Todesſtrafen. Die polniſchenen Banden ſind ſchwer bewaffnet und militäriſch organiſiert, ihre Aktion hat ſich planmäßigig und blitzartig über das ganze Land verbreitet. Die friedliche Bevölkerung bewahrt bibisher eine muſterhafte Ruhe.

Das Gebiet iſt gemäß dem Frieden von Verſailles der J.K. zur Verwaltung anvertraut. Truppen der alliierten Mächte halten es beſetzt. Bisher hat weder dieie Kommiſſion die offenbar von langer Hand vorbereitete Bewegung zu verhindern n noch die Truppenmacht den Aufruhr wirkſam zu bekämpfen vermocht. Die deutſche ? Regierung verwahrt ſich wiederholt dagegen, daß die bisherige Zurückhaltung der großenn Mehrheit der Bevölkerung ſo aufgefaßt wird, als ob ſie ſich bei der Gewaltherrſchaft der r polniſchen Banden beruhige, und daß die gegenwärtige Sachlage bei der bevorſtehenden Entſcheidung über Oberſchleſien in Betracht gezogen wird. Die Bevölkerung ; kann verlangen, daß die alliierten Regierungen, ihrer ſchweren Verantwortung bewußt, unverzüglich für eine derartige Stärkung der Beſatzungstruppen ſorgen, daß deer Aufruhr binnen kürzeſter Zeit niedergeworfen und die Ordnung im Lande wiederrhergeſtellt wird. Die deutſche Regierung ſchließt ſich dieſem Verlangen mit allem Naachdruck an und erſucht um eine Erklärung der dortigen Regierung, ob ſie geſonnen iſt, ggemeinſam mit den anderen beteiligten Regierungen alsbald die zur Herſtellung der Ruhoe erforderlichen militäriſchen Kräfte einzuſetzen; ſie iſt bereit, ein tatkräftiges und ſchnelles Eingreifen der Machtmittel der Alliierten zu erleichtern und ihm alle gewünſchte Förderung zuteil werden zu laſſen. Die deutſche Regierung bedarf einer ſolchen Erklärung, um entſcheiden zu können, ob von deutſcher Seite Maßnahmen zum Schutze der oberſchleſiſchen Bevölkerung zu treffen ſind, die vom deutſchen Volke auf das entſchiedenſte gefordert werden.

Die deutſche Regierung vertraut, daß die alliierten Mächte die ihnen nach dem Friedensvertrag zufallende Aufgabe in vollem Umfange erfüllen werden, wie es ihre bevollmächtigten Vertreter in Oppeln der Bevölkerung am 3. Mai öffentlich angekündigt und wie ſie es dem deutſchen Bevollmächtigten gegenüber wiederholt beſtätigt haben."

Anlage 17.

Am 7. Mai richtete die deutſche Regierung gegen die Note Korfantys vom 3. Mai folgenden Proteſt an die alliierten Regierungen:

„Korfanty, der Führer des polniſchen Aufſtandes in Oberſchleſien, hat an die leitenden Staatsmänner in London, Paris, Rom und Waſhington aus Beuthen eine Note überſandt, in der er einen mit dem Willen des polniſchen Volkes übereinſtimmenden Beſchluß über das Schickſal Oberſchleſiens fordert und Feſtlegung einer Demarkationslinie verlangt.

Die deutſche Regierung muß gegen die in der Note aufgeſtellten Behauptungen ſchärfſte Verwahrung einlegen. Das Schriftſtück ſucht den wahren Sachverhalt ſyſtematiſch zu verfälſchen.

Korfanty wagt zu behaupten, er habe alles getan, was in ſeiner Machht ſtehe, um einen bewaffneten Aufſtand und eine Störung der öffentlichen Ordnung zu verhüten. Die zahlreichen Tatſachen, die in den letzten Monaten von der deutſchen Reggierung mitgeteilt worden ſind, haben dargetan, daß militäriſche polniſche Verbände in Oberſchleſien

organiſiert, daß hierfür in umfaſſender Weiſe finanzielle Mittel ſowie Waffen und Munition aller Art bereitgeſtellt wurden. Der Organiſator war Korfanty. Das beweiſt auch ſein Aufruf vom 2. Mai, mit dem er ſich an die Spitze der ſchlagartig in Erſcheinung getretenen Organiſation ſtellt. Nicht minder beweiſt es die Tatſache, daß am erſten Tage des Aufruhrs planmäßig Eiſenbahnlinien und Brücken an ſtrategiſch wichtigen Punkten des Abſtimmungsgebiets zerſtört wurden. Dieſe bis ins einzelne gehende ſyſtematiſche Vorbereitung ſtraft die Behauptung einer ſpontanen Volksbewegung Lügen. Die Organiſationsform des Aufſtandes war da. Sie brauchte nicht erſt gegeben zu werden.

Der von Korfanty weiter behauptete Generalſtreik der Gruben und Hütten war faſt überall keine freiwillige Arbeitseinſtellung. Er iſt vielmehr von unverantwortlichen polniſchen Hetzern wild entfacht worden. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter war arbeitswillig. Sie iſt infolge terroriſtiſcher Akte einer bewaffneten Minderheit gewaltſam an der Arbeit gehindert worden.

Die unerhörten Mengen von Waffen und Munition, leichten und ſchweren Maſchinengewehren, Minenwerfern, Granatwerfern und Flammenwerfern, Laſtkraftwagen, Bagagekolonnen und Sanitätsformationen mit allem Zubehör, über die der Aufruhr verfügt, dürfte Korfanty ſchwerlich im Lande habe kaufen können. Sie ſind, wie einwandfrei feſtgeſtellt, in großer Menge aus Polen nach Oberſchleſien geſchafft worden.

Auch hat das Eingreifen Korfantys Oberſchleſien keineswegs vor Mord, Gewalttat und Plünderung bewahrt. Erſt ſeitdem er herrſcht, herrſcht auch Mord, Gewalttat und Plünderung. Induſtrie und Gewerbe liegen darnieder, die Hütten ſtehen ſtill, die Gruben fangen an, zu erſaufen, die Städte leiden Mangel an den wichtigſten Bedürfniſſen des Lebens. Not und Elend verbreiten ſich mit unheimlicher Geſchwindigkeit über das ſonſt blühende und friedliche Land.

Das oberſchleſiſche Volk hat ſich in der Abſtimmung mit faſt $^2/_3$ aller Stimmen und der weit überragenden Mehrheit ſeiner Gemeinden für Deutſchland, d. h. für die ruhige, friedliche und ſtetige Entwicklung Oberſchleſiens entſchieden und ſeinen Willen kundgegeben, ungeteilt mit ſeiner alten Heimat vereint zu bleiben.

An dieſem klar zutage gebrachten Willen der Bevölkerung können und werden die Lügen und Verdrehungen des polniſchen Inſurgentenführers ebenſo wenig ändern wie ſeine Gewalttaten.

Anlage 18.

Kattowitz, den 7. Mai 1921.

Telegramme an: Premierminiſter Lloyd George, London.
Premierminiſter Briand, Paris.
Premierminiſter Giolitti, Rom.
Präſident Harding, Waſhington.
Miniſter des Auswärtigen Graf Sforza, Rom.
Miniſter des Auswärtigen Lord Curzon, London.

Mit unerhörter Dreiſtigkeit hat es der bisherige polniſche Plebiſzitkommiſſar Korfanty gewagt, am 3. Mai 1921 den Vertretern der Weſtmächte eine der Wahrheit ins Geſicht ſchlagende Darſtellung der Entſtehung des polniſchen Putſches in Oberſchleſien zu unterbreiten.

In Oberſchleſien hat weder ein Pole noch ein Deutſcher auch nur den leiſeſten Zweifel daran, daß Korfanty die Seele dieſes verbrecheriſchen Unternehmens und daß einzig und allein er für das furchtbare Unglück verantwortlich iſt, das er über unſere Heimat bringt.

Der Putſch war bis in die geringſte Einzelheit vorbereitet. Die Pläne waren der Interalliierten Regierungs- und Plebiſzitkommiſſion vorher bekannt. Die „Oberſchleſiſche Grenzzeitung", die am 1. Mai den alarmierenden Bericht über den Vorſchlag der Interalliierten Kommiſſion in einer Sonderausgabe brachte, iſt das offizielle Organ Korfantys.

Unwahr iſt die Behauptung, daß am 2. Mai ſämtliche Gruben und Hütten mit einem Male ſtillgelegt worden ſind. Es ſtreikte nur ein Teil der Gruben, während der Hüttenbetrieb unverändert vor ſich ging. Die allgemeine Arbeitseinſtellung vom 3. Mai ab iſt durch die bewaffneten Aufſtändiſchen erzwungen worden.

Eine ungeheuerliche Lüge iſt die Behauptung über die Herkunft der Waffen der Aufſtändiſchen. Die Aufſtändiſchen ſind mit Gewehren, Minenwerfern, leichten und ſchweren Maſchinengewehren und ſogar mit Geſchützen in einem Umfange ausgerüſtet, der monatelange Zufuhr vorausſetzt. Es iſt erwieſen und der Interalliierten Kommiſſion bekannt, daß dieſe Waffen aus Polen ſtammen. Der erſte an die Aufſtändiſchen am 3. Mai 1921 gerichtete Aufruf ſagt wörtlich: „Mit den während der Sklaverei verborgenen Gewehren, mit den von den beiden vorangegangenen Aufſtänden übrig gebliebenen Waffen ſeid Ihr in den Aufſtand getreten." Es iſt eine unerhörte Anmaßung, daß Korfanty im Namen des oberſchleſiſchen Volkes zu reden wagt, desſelben Volkes, das am 29. März 1921 mit gewaltiger Stimmenmehrheit ſeine deutſche Geſinnung bekannt hat. Es iſt eine lächerliche Phraſe, daß Korfanty von einer Entſchloſſenheit zum Tode bis auf den letzten Mann zu ſprechen wagt; denn Schreckſchüſſe reichen hin, um die aufgeputſchten Inſurgenten unter Wegwerfen der ihnen aufgedrungenen Waffen in die Flucht zu ſchlagen. Es iſt eine ungeheuerliche Unwahrheit, daß dieſes Volk zur Vernichtung der Produktionsſtätten ſchreiten will, wenn es nicht dazu aufgehetzt wird. Mit derſelben Dreiſtigkeit ſpricht Korfanty von einer elementaren Bewegung. Dieſe Bewegung, die künſtlich entfacht worden iſt, wird getragen von den Söldlingen Korfantys, die mit Gewalt große Mengen der friedlichen Bevölkerung zu den Waffen und zur Teilnahme an dem verbrecheriſchen Putſch zwingen. Die Morde, Gewalttaten und Plünderungen beweiſen den Geiſt der Träger dieſer angeblichen Volksbewegung. Korfanty will in maßloſem Ehrgeiz das politiſche Spiel von Wilna wiederholen und wagt es, ſich auf das Intereſſe der Menſchheit und das Intereſſe des wirtſchaftlichen Lebens Europas zu berufen. Die Taten der Aufſtändiſchen ſind ein Hohn auf die Geſetze der Menſchheit, und die verbrecheriſche Lahmlegung des Wirtſchaftslebens Oberſchleſiens ſchlägt der Bevölkerung die tiefſten Wunden. Die Interalliierte Kommiſſion zu Oppeln hat in ihrer Bekanntmachung vom 3. Mai anerkannt, daß der Putſch nur von gewiſſen Teilen der polniſchen Bevölkerung getragen wird. Selbſt unter den heutigen Verhältniſſen iſt die übergroße Mehrheit des oberſchleſiſchen Volkes friedlich und arbeitswillig, aber ſie wird von den zum größten Teil landfremden Inſurgenten mit der Waffe von den Arbeitsſtätten ferngehalten und zurückgetrieben.

Wir fordern von den für die Entſcheidung über Oberſchleſien verantwortlichen Nationen, daß ſie ſich durch die der Wahrheit widerſprechenden Darlegungen jenes Mannes nicht beeinfluſſen laſſen, der Oberſchleſien mit allen Mitteln eines gewiſſenloſen

Demagogentums seit zwei Jahren in Furcht und Schrecken hält, sondern, daß sie nach den unveränderlichen Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit entscheiden, die ausnahmslos für uns sprechen.

Plebiszitkommissariat für Deutschland.

Deutschnationale Volkspartei. Deutsche Volkspartei. Katholische Volkspartei (Ztr.).
Deutsche demokratische Partei. Sozialdemokratische Partei.
Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. Deutscher Gewerkschaftsbund.
Gewerkschaftsring.

Anlage 19.

Am 9. Mai wurde die seitens der französischen Regierung auf die deutsche Note vom 5. Mai erteilte Antwort bekannt, sie lautete:

Herr Geschäftsträger!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 6. Mai 1921 zu bestätigen, durch welchen Sie die Güte hatten, mir von den ernsten Unruhen Mitteilung zu machen, die in Oberschlesien entstanden sind. Sie fragten an, ob die interalliierten Truppen imstande seien, die Ordnung wiederherzustellen. Sie brachten mir zur Kenntnis, daß die Deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Meldungen aus deutscher Quelle in tendenziöser Weise die im übrigen bedauerlichen Vorgänge darstellen, die sich in einem Teil des oberschlesischen Abstimmungsgebietes zugetragen haben. Der Grund zu den Unruhen ist ohne Zweifel in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten zu sehen, die unzutreffenderweise meldeten, daß die Interalliierten sich entschieden hätten, den größten Teil des Industrie- und Bergwerksgebietes Deutschland zuzuteilen. Dadurch wurde der Aufstand der Insurgenten entfesselt. Die J.K., die mit der Verwaltung des Abstimmungsgebietes beauftragt ist, hat in einmütiger Übereinstimmung die energischsten Maßregeln zur schnellen Wiederherstellung der Ordnung und zur Sicherheit der Einwohner aller Nationalitäten, die im Abstimmungsgebiet leben, getroffen. Die alliierten Truppen haben voll ihre Pflicht getan. Die jetzt einlaufenden Meldungen lassen eine wesentliche Besserung der Lage (!) in den wichtigsten Zentren der Grubenreviere feststellen. Die J.K. hat an Ort und Stelle die notwendigen Rekrutierungsmaßnahmen angeordnet, um die Lücken auszufüllen, die in der Polizei durch den Abgang polnischer Elemente entstanden sind. Sie verschafft dadurch der Bevölkerung die Ruhe, die sie wünscht. Von irgendeiner der J.K. für Oberschlesien von außerhalb zu leistenden Hilfe kann nicht die Rede sein.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Briand.

Diese Note zeigt deutlich, daß Frankreich, das die wahre Lage in Oberschlesien genau kannte, nicht die notwendige Abhilfe leisten wollte und jedes Eingreifen Deutschlands ablehnte. Die Behauptung, daß die Veröffentlichung der Grenzzeitung vom 1. Mai bezüglich der Teilung Oberschlesiens aus deutscher Quelle gestammt hat, war unwahr.

Anlage 20.

In dem öffentlichen Erlasse des Vertreters des Papstes Monsignore Ogno Serra von Mitte Mai heißt es u. a.:

„Mit um so größerem Seelenschmerze erfüllt es uns, daß wir unter den Insurgenten sogar Männer sehen, die, ohne Scham, uneingedenk ihreres heiligen Amtes als Priester der Kirche, den Haß gegen ihre Brüder schürten oder die rechtmäßige kirchliche und staatliche Obrigkeit mißachteten oder sogar mit eigenen Händen, die doch mit dem heiligen Öl geweiht sind, die Waffen führten oder Truppenkommmandanten spielten oder zum Blutvergießen aufforderten. Mit Worten vermögen wivir nicht auszudrücken, wie sehr wir kraft unseres Amtes diese Taten bei jedermann, der sie begangen hat, verurteilen. Das Urteil über sie alle überlassen wir Gott dem Gerechten! pp."

Anlage 21.

Zur Beleuchtung folgendes Stimmungsbild vom Hauptbahnhof Leipzig, das in einer Zeitschrift zu lesen war:

„Finsterblickende Gestalten mit roten Armbinden gehen von Wagen zu Wagen des haltenden Schnellzuges. In einem Abteil sitzen vier Jünglinge in Sportkleidung.

Exekutionsausschuß! Ausweise vorzeigen!

Die jungen Leute übergeben ihre Studentenkarten, Münchener Akademiker auf der Ferienreise nach Breslau.

Die Roten lachen: „Das kennen wir schon. Studenten, und noch dazu aus München! Ihr wollt nach Oberschlesien zum Selbstschutz, auf unsere polnische Genossen schießen. Aber wir passen auf, hier in Sachsen, wir Sozialdemokraten. Hier kommt keiner von Euch Freikorpsbestien durch. Gestern abend ist uns erst einer in die Hände gelaufen, der hat drei Kisten Gewehre durchschmuggeln wollen. Allber dem haben wir es besorgt! Raus mit Euch und mit dem nächsten Zuge zurück!"

II.

2. Phase des dritten Aufstandes mit größeren Kampfhandlungen. 18. Mai bis 5. Juni 1921.

Mit dem Anwachsen des Selbstschutzes hatte sich die Notwendigkeit herausgestellt, ihm eine einheitliche Leitung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet selbst zu geben. Diee Zentrale in Breslau war zu weit vom Kampfgebiet entfernt und mußte in Rücksicht auf die dem Deutschen Reich auferlegte Neutralität und Fesseln eine Geheimorganisation bleiben. Da ihr die offiziell verbotene Ergänzung des Selbstschutzes mit Personal, Waffen, Munitition, Gerät, Bekleidung,

Ausrüſtung und Verpflegung aus dem Deutſchen Reich oblag, durfte ſie nicht durch Verlegung in das Abſtimmungsgebiet dem Zugriff der I.K. ausgeſetzt werden. Das Deutſche Reich mußte den Schein wahren, daß es mit dem Selbſtſchutz im interalliierten Hoheitsgebiet nichts zu tun habe. Im Verhältnis zu der ſogenannten Landesherrin, der I.K., zu den oberſchleſiſchen Behörden und der oberſchleſiſchen Bevölkerung gab es viele Fragen, die nur im Abſtimmungsgebiet ſelbſt zu löſen waren. Auch verlangten die oberſchleſiſche Bevölkerung und die Selbſtſchutzformationen einen ſichtbaren, einheitlichen Führer des Volksaufgebotes. Über dieſe Führerfrage ſollen Beſprechungen zwiſchen den oberen Selbſtſchutzführern, leitenden Perſönlichkeiten in Oberſchleſien und der Zentrale ſtattgefunden haben, bei denen ſchließlich die Wahl auf meine Perſon gefallen iſt. Gründe hierfür ſollen geweſen ſein, daß ich gebürtiger Oberſchleſier und dort durch meinen Grenzſchutzdienſt von Kriegsende bis zur interalliierten Beſetzung und durch meine Reichswehrtätigkeit in Schleſien beſonders bekannt war. Ich wurde aus Coburg in Bayern, wo ich ſeit meinem Ausſcheiden aus der Reichswehr, Ende 1920, wohnte, von offizieller Seite telegraphiſch nach Breslau gerufen. Nach meinem Eintreffen daſelbſt am 16. Mai nachmittags klärte mich der General der Infanterie a. D. Lequis, der nach mehrtägigem Aufenthalt bei den Selbſtſchutzformationen in Oberſchleſien ſoeben nach Breslau zurückgekehrt war, über die Art und Verwendungsmöglichkeit der einzelnen Formationen auf, deren Bewaffnung und Ausrüſtung er als ſehr dürftig bezeichnete. Dies beſtätigte mir auch Oberſt von Schwartzkoppen, der die Bewaffnung der Inſurgenten namentlich mit Maſchinengewehren und anderen ſchweren Waffen, ſowie mit Munition für weſentlich überlegen hielt. Meine Frage an General Lequis, ob er als der Ältere und Berufenere nicht die Oberleitung des Selbſtſchutzes übernehmen werde, ich wolle mich ihm gern unterſtellen, verneinte er, er müſſe nach Berlin zurück. Ich fragte Oberſt von Schwartzkoppen, weshalb nicht General von Hülſen, der doch ſchon beim Selbſtſchutz tätig, die Oberleitung übertragen würde, er antwortete, daß dies höheren Orts nicht gewünſcht werde. Bezüglich der politiſchen Lage, über die ich nur wenig im Bilde war, verwies mich Oberſt von Schwartzkoppen auf eine Orientierung, die ich in Berlin auch durch den Reichskanzler ſelbſt erhalten ſolle und darauf, daß er mir ja bei allen auftauchenden Fragen zur Auskunft zur Verfügung ſtehen würde. Die militäriſche Lage in Oberſchleſien beſchäftigte mich natürlich ſehr. Der I.K. waren ſtarke interalliierte Truppen, die mit den modernſten

Kampfmitteln, auch mit Tanks, ausgerüſtet waren, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Abſtimmungsgebiet zugeteilt. Nun aber tobte ungehindert ſchon 14 Tage lang wüſteſte Anarchie in dem Gebiet, das der I.K. zu treuen Händen übermittelt war und für deſſen Schutz ſich dieſe ausdrücklich feierlichſt verbürgt hatte. Die I.K. beſtand aus klugen Offizieren, die doch ganz genau wußten, daß irreguläre Verbände auf die Dauer keine Ausſicht gegen gute reguläre Truppen haben. Und doch war unter Bruch des Wortes gegen wehrlos Gequälte, abgeſehen von einigen braven italieniſchen Truppen, nicht das geringſte gegen die Inſurgenten geſchehen, obgleich ſehr wahrſcheinlich ſchon energiſche, vor aller Welt erteilte Befehle bei dem ſtarken Einfluß der Franzoſen auf das ihm ſtark hörige Polen genügt hätten. Mir wurde geſagt, General Le Rond habe erklärt, ſeine Truppen ſeien zu ſchwach und zu verzettelt, um den Inſurgenten entgegenzutreten, und die I.K. müſſe überhaupt Neutralität bewahren. Wenn etwa 20 000 reguläre Truppen zu ſchwach, wie ſtand es dann mit den Inſurgenten zahlenmäßig und an Bewaffnung ſtark unterlegenen Selbſtſchutz? Und wie kann ein Treuhänder wochenlang tatenlos zuſehen, wie die ſeinem Schutz Anvertrauten von Aufrührern gemordet und gepeinigt werden? Ein gewiſſes Verſtändnis für ſolche Neutralität könnte man vielleicht aufbringen, wenn es ſich hier um Bürgerkrieg gehandelt hätte; hier aber handelte es ſich ganz klar um einen einſeitigen, heimtückiſchen Überfall, der faſt das ganze Schutzgebiet der I.K. ſchlagartig und ganz „widerſtandslos“ an ſich geriſſen hatte. Wenn ſich alsdann an der Peripherie dieſes Gebietes allmählich ein deutſcher Widerſtand bildete, um weiteres Vordringen zu hindern, ſo kann hieraus doch nie und nimmer ein Bürgerkrieg hergeleitet werden. Dieſes unerhörte Verhalten mußte einen beſtimmten Zweck verfolgen. Schon einmal war faſt ganz Oberſchleſien auf Betreiben der Franzoſen den Polen zugeſprochen worden, jetzt handelte es ſich darum, die Entſcheidung über die Abſtimmung ſo günſtig, wie nur möglich, für Polen, das ein wichtiges Glied im Einkreiſungsringe war, zu geſtalten. Dies war am beſten zu erreichen, wenn die Deutſchen zu unüberlegten Verzweiflungstaten getrieben wurden, dann konnte man ſie vor aller Welt ins Unrecht ſetzen.

Am Abend des 16. Mai wohnte ich auf Aufforderung einer Verſammlung der aus Oberſchleſien geflüchteten Berg- und Hüttendirektoren unter Leitung des Geheimrates Dr. Williger bei, in den über verſchiedene Einzelheiten im Aufſtandsgebiet und über Lockungen Korfantys

an die Induſtrie berichtet wurde. Am nächſten Tage, dem 17. Mai, nahm ich an einer großen Verſammlung der ſchleſiſchen Parteiführer und anderer prominenter Perſönlichkeiten über Oberſchleſien im Breslauer Oberpräſidium unter Leitung des ſozialdemokratiſchen Oberpräſidenten Zimmer teil. In Breslau hatte ſich der Kapputſch ſehr unheilvoll ausgewirkt. Es beſtand ſeitdem eine ſtarke Erbitterung gegen Freikorps, die hier angeblich brutal aufgetreten ſein ſollen. Dies wurde bei der Verſammlung hervorgehoben und Klage über angebliche Übergriffe der derzeitigen Selbſtſchutzformationen in Oberſchleſien geführt. Es wurde von allen Seiten, auch den nationalen, nachdrücklichſt erklärt, daß es zur Vermeidung einer feindſeligen Haltung der ſchleſiſchen Arbeiterſchaft und auch gewiſſer bürgerlicher Kreiſe gegenüber dem Selbſtſchutz notwendig ſei, die Freikorps unter ſtrenger Diſziplin zu halten und als einziges Ziel ihrer Tätigkeit die Erhaltung Oberſchleſiens ſcharf zu betonen. Anderenfalls ſei mit Sicherheit anzunehmen, daß die ſchleſiſche Arbeiterſchaft uſw. aus Furcht vor reaktionären Umtrieben dem Selbſtſchutz Schwierigkeiten bereiten würde. Die Verſammlung bat mich einmütig, den Befehl über den Selbſtſchutz zu übernehmen, da ich der einzige Mann ſei, der in Schleſien, aus meiner früheren Tätigkeit daſelbſt, auch bei der Arbeiterſchaft ſoviel Anſehen habe, daß dieſe im Zaum gehalten werden könne. Nur durch dieſes Verſprechen ſei es bisher möglich geweſen, die radikale Arbeiterſchaft zur Duldung des Selbſtſchutzes zu bewegen. Ich dankte für die allzu ſchmeichelhafte Einſchätzung meiner Perſon und verſprach, mein möglichſtes zu tun, falls ich den Befehl übernähme, was noch von einer Beſprechung in Berlin abhängig ſei. Ich bat dringend, die Vergangenheit beiſeite zu laſſen und hinſichtlich der Formationen nicht engherzig zu ſein, da es ſich hier doch um die Verteidigung deutſchen Landes und den Schutz deutſcher Brüder und Schweſtern handle.

Da ich am Abend dieſes Tages zu der entſcheidenden Beſprechung nach Berlin fahren mußte, konnte ich leider vorher nicht mehr nach Oberſchleſien zu perſönlicher Fühlungnahme mit den Gruppenführern und Truppen fahren, auch eine telephoniſche Verbindung mit General von Hülſen, die ich wiederholt dringend erbeten hatte, war zu meinem lebhaften Bedauern nicht zu erreichen; als Grund wurde mir Abreißen der Verbindung durch Quartierwechſel des Gruppenſtabes Süd angegeben.

Für den Fall der Übernahme des Kommandos durch mich erörterte ich mit Oberſt von Schwartzkoppen die Frage der Beſetzung meines

Stabes. Es handelte ſich um ein Aufgebot von etwa 30 000 Mann auf einer Front von etwa 150 km. Die I.K. wie auch Korfanty verfügten über umfangreiche eingeſpielte Stäbe. Nach längerem Hin und Her wurde mir als Chef ein bekannter, im Kriege hervorragend bewährter Generalſtäbler auf das wärmſte empfohlen, der aber z. Z. in Tirol weile. Von Schwartzkoppen war überzeugt, daß er auf dringendes Telegramm in zwei Tagen hier ſein werde, da er ſtark nach militäriſcher Tätigkeit dränge. Im übrigen würde Schwartzkoppen ja ſelbſt mein Chef ſein, häufig von Breslau zu mir kommen, auch telephoniſch immer erreichbar ſein. Die Verwaltungstätigkeit würde die Zentrale weiter in Breslau bewirken, einen ehemaligen Kriegsgerichtsrat möchte ich mir in Berlin erbitten, ebenſo einen Dolmetſcher. Leider erklärte ich mich mit dieſer Regelung einverſtanden. Vorgreifend bemerke ich, daß weder der Herr aus Tirol, noch der von mir in Berlin erbetene Kriegsgerichtsrat gekommen ſind; ein Dolmetſcher erſchien wohl, aber nur auf ganz kurze Zeit, da ihm die Verhältniſſe nicht paßten.

Als ich am 18. Mai 1921 früh in Berlin anlangte, wurde mir mündlich eine Einladung des Reichswehrminiſters Geßler zum Tee für nachmittags übermittelt, dort werde der Reichskanzler mich ſelbſt über die Lage aufklären; um mich ſchon vorher ins Bild zu ſetzen, wurde ſie mir wie folgt geſchildert:

Hauptaufgabe iſt es, den Selbſtſchutz feſt in die Hand zu nehmen und Zuchtloſigkeiten, ſowie eigenmächtige Handlungen, wie im Baltikum, zu verhindern. Eigene Offenſivmaßnahmen ſind zu unterlaſſen und auf Einvernehmen mit der I.K. hinzuwirken, welche die Säuberung des Landes nach Eintreffen der engliſchen Verſtärkungen ſelbſt vornehmen will. Mitwirkung des Selbſtſchutzes iſt hierbei anzuſtreben. Der engliſche Botſchafter hat nachdrücklichſt darauf hingewieſen, daß die engliſche Regierung ihre für Deutſchland wohlwollende Stellungnahme gegenüber Frankreich nur bei Zurückhaltung des Selbſtſchutzes aufrechterhalten könne. Abwehr von örtlichen Angriffsunternehmungen der Inſurgenten ſeien aber geſtattet. Der engliſche Botſchafter habe durchblicken laſſen, daß er vielleicht etwas mehr Bewegungsfreiheit ſeitens der I.K. für den Selbſtſchutz, aber nicht auf diplomatiſchen Wege, durchſetzen werde. Sollte letzteres zutreffen, dann iſt es auszunutzen und auch ein kriegeriſcher Konflikt mit der Republik Polen nicht zu ſcheuen. Doch hätte ich den Verhältniſſen entſprechend und nach Befund der Leiſtungsfähigkeit des Selbſtſchutzes ſelbſtändig zu handeln.

Ich war enttäuſcht und rang mit dem Gedanken, das Kommando

abzulehnen; aber das Bewußtſein der Pflicht, die Heimat in ihren ſchwerſten Schickſalsſtunden ſeit der Zeit Friedrichs des Großen unter Umſtänden vor ſchlimmen Schäden bewahren zu können, hielt mich davon ab. Ein kriegeriſcher Konflikt mit der I.K. und dadurch mit dem Polen verbündeten Frankreich ſchien mir viel näher liegend, als mit der Republik Polen, da es von dieſer töricht ſein würde, ihre offizielle Neutralität durch offenen kriegeriſchen Einmarſch nach Oberſchleſien aufzugeben. Aber an einen Einmarſch nach Polen ſeitens des Selbſtſchutzes war bei ſeiner ſchlechten Bewaffnung, die ſich bei ſeiner faſt ſtündlich wachſenden Zahl noch ungünſtiger geſtaltete, ſowie im Hinblick auf die franzöſiſchen Truppen in Oberſchleſien wohl kaum zu denken. Die oberſten Reichsſtellen befanden ſich in einer ſchwierigen Lage. Außenpolitiſch hielten ſie eine deutſche Wiedereroberung Oberſchleſiens wegen der politiſchen Folgen für verderblich. Sie hatten daher zunächſt dem Faktor der phyſiſchen Kraft ganz ablehnend gegenübergeſtanden (ſiehe Seite 83) und ſpäter nur notgedrungen unter ſchwierigſten Verhältniſſen notdürftige Abwehrmaßnahmen getroffen, während die Polen in jahrelanger ſyſtematiſcher Arbeit ohne weſentliche Schwierigkeiten auf breiteſter Grundlage und mit großzügiger Waffenverſorgung den Angriff vorbereitet hatten. Wie in ſolchen Lagen üblich, billigten nicht alle beteiligten Perſönlichkeiten die angeordnete Taktik, zumal ſie ſich hier als Halbheit darſtellte, während ſie, koſte es, was es wolle, eine Wende aus unſerem Elend herbeiführen wollten. Ich ſah mit Spannung der Inſtruktion entgegen, die mir die offizielle und verantwortliche Reichsführung erteilen werde.

Am 18. Mai nachmittags beim Reichswehrminiſter Geßler waren der Reichskanzler Dr. Wirth und Vertreter der beteiligten Reſſorts anweſend. Auf Aufforderung des Reichskanzlers gab ich eine kurze Schilderung des Selbſtſchutzes, die ſich leider nicht auf eigene Anſchauung, ſondern nur auf die in Breslau erhaltenen Informationen gründen konnten. Er gab mir darauf ſeine Direktive, über die ich mir am gleichen Abend folgende Notiz gemacht hatte; ſpäter hatte ich Dr. Wirth den nachſtehenden Wortlaut vorgeleſen, den er billigte:

Frankreich lauert nur auf einen Grund über uns herzufallen, was ein unermeßlicher, nie wieder gutzumachender Schaden für das Reich ſein würde. Dies muß daher unter allen Umſtänden vermieden werden. Die oberſchleſiſche Frage, bei der die Intereſſen mehrerer Staaten aufeinanderplatzen, kann nicht allein und auf eigene Fauſt des Selbſt-

ſchutzes gelöſt werden, ſondern hängt weſentlich von der politiſchen Geſamtlage ab. Der engliſche Botſchafter hat erklärt, daß ſeine Regierung ihre für Deutſchland wohlwollende Stellungnahme in der oberſchleſiſchen Frage gegenüber Frankreich nur dann aufrecht erhalten könne, wenn der Selbſtſchutz Offenſivmaßnahmen unterlaſſe, da die J.K. die Säuberung des Landes nach Eintreffen engliſcher Verſtärkungen ſelbſt vornehmen werde. Die Entſendung engliſcher Truppen nach Oberſchleſien iſt ein Beweis, wie England an der oberſchleſiſchen Frage intereſſiert iſt. Soweit möglich iſt Einvernehmen mit der J.K. und Mitwirkung des Selbſtſchutzes bei der Säuberungsaktion anzuſtreben, tunlichſt auch ſolche durch Schupo und Reichswehr, letztere ſei freilich ſehr wenig wahrſcheinlich. Eine Teilung Oberſchleſiens werde uns wohl aufgezwungen werden, wahrſcheinlich werden die Kreiſe Pleß und Rybnik, ſowie ein Streifen der Kreiſe Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz den Polen zugewieſen werden. Unter Hinweis auf das Baltikum wies der Reichskanzler darauf hin, daß der Selbſtſchutz zu einer großen Gefahr für das Reich werden könne, wenn er nicht feſt in die Hand genommen wird und Zuchtloſigkeiten und Eiggenmächtigkeiten verhindert werden. Es liegen ſchon viele Klagen vor. Ich bat, mir die Direktive ſchriftlich zu geben, um Mißverſtändniſſe auszuſchließen. Dies wurde abgeſchlagen, weil eine offizielle Stelle des Reichs keine Weiſungen für das nur der J.K. unterſtehende Gebiet geben dürfe. Er warnte mich eindringlich vor ſchriftlichen Aufzeichnungen und Befehlen bei geheimzuhaltenden Sachen, da die feindliche Spionage ſo gut organiſiert ſei, daß ihr nichts entgehe, und dem Reich leicht Schwierigkeiten erwachſen könnten. Soweit irgend möglich, nur mündlicher Verkehr. Auf meinen Einwurf, daß es dem Selbſtſchutz doch wenigſtens erlaubt ſein müſſe, ſich gegen Angriffshandlungen der Inſurgenten zu wehren, wurde dies vom Reichskanzler als ganz natürlich bezeichnet. Reichskanzler und Reichswehrminiſter betonten noch, daß eine ſolche Aufgabe für einen deutſchen General wenig angenehm ſei. Da es aber in hohem vaterländiſchem Intereſſe läge, würden ſie mir ſehr dankbar ſein, wenn ich den Poſten übernehmen würde, weil ich bei meiner Kenntnis der oberſchleſiſchen Verhältniſſe und bei dem großen Vertrauen, das ich dort genieße, beſonders geeignet dafür erſcheine. Orientierungen würden mir durch die Zentrale Breslau vermittelt werden. Einmütigkeit mit den deutſchen Parteien in Oberſchleſien ſei natürlich anzuſtreben. Nach Übernahme des Kommandos hätte ich mit der Reichsregierung nichts mehr zu tun, da dieſe

neutral bleiben müſſe. Ich müſſe dann der Lage entſprechend ſelbſtändig handeln.

Ich war mir der großen Verantwortung und der Schwierigkeit der Lage bei den verzwickten ſtaatsrechtlichen Verhältniſſen im Abſtimmungsgebiet bewußt. Hier handelte es ſich aber darum, das oberſte Geſetz, der Heimat und dem Vaterlande zu dienen, zu erfüllen. Mir fielen die Worte des Reichsfreiherrn vom Stein ein, daß es im Augenblick allgemeinen Unglücks ſehr unmoraliſch ſei, ſeine eigene Perſon in Anſchlag zu bringen. Große Maſſen und auch manche prominenten Perſönlichkeiten ſahen damals, wo die wahnwitzigen Londoner Reparationsforderungen und die entſetzlichen innerdeutſchen Zuſtände eine ſehr ſtarke Verzweiflungsſtimmung erzeugt hatten, Rettung nur in einer Kataſtrophenpolitik. Ich bin wahrlich kein Schwarzſeher und nichts liegt mir ferner als der Geiſt des Pazifismus, aber bei unſerer damaligen inneren und äußeren Lage war m. E. ein Krieg ein völlig ausſichtsloſes Beginnen und nichts konnte Frankreich zur Erreichung ſeiner unerfüllten Kriegsziele erwünſchter ſein, als eine ſolche deutſche Torheit. Für jeden Kilometer, den wir über unſere Oſtgrenze vorgingen, wären die Franzoſen meilenweit über unſere Weſtgrenze vorgedrungen. Aber dies waren nur ganz private Gedanken, wie ſie ſich einem zwangsläufig aufdrängen. Die Verantwortung hierfür trugen ja die Politiker. Ich bin nur Soldat, für den die vorſtehende Direktive die allgemeine Richtſchnur zu bilden hatte. Ich nahm mir vor, die Löſung der mir zugefallenen Aufgabe durch nüchternes, vernünftiges Handeln, aber natürlich auch ohne unfruchtbare Mutloſigkeit zu erſtreben. Ein Putſchiſtentum, das in ſo verzweifelter Lage naheliegt und das auch öfter erörtert wurde, durfte m. E. nur dann in Frage kommen, wenn die Kräfteverhältniſſe reale Wirkung verſprachen, ſonſt mußte es das Unglück unſeres Volkes noch erheblich ſteigern. Aus dieſem ganzen Sinne heraus erklärte ich, daß ich den Auftrag annähme.

Am folgenden Tage, dem 19. Mai, langte ich wieder in Breslau an. Oberſt von Schwartzkoppen, den ich eingehend informierte, teilte mir u. a. mit, daß er den Major der Zentrale, von Wiedner, zur Gruppe Süd entſandt habe mit dem Auftrage, an General von Hülſen oder an den Chef der Gruppe, Oberſtleutnant a. D. von Löwenfeld u. a. die ſtrikte dienſtliche Frage namens der Zentrale und des Reichswehrminiſteriums zu richten, ob die Gruppe Süd oder Teile von ihr in

nächſter Zeit irgendein größeres oder kleineres Unternehmen beabſichtigen. Major von Wiedner ſei vor kurzem zurückgekehrt und habe gemeldet, daß Oberſtleutnant von Löwenfeld auf ſeine offizielle dienſtliche Frage ganz beſtimmt gemeldet habe, daß die Gruppe Süd oder Teile von ihr weder ein größeres noch ein kleineres Unternehmen in nächſter Zeit vorhaben. Da auch von den anderen Fronten keine Kampfabſichten gemeldet ſeien, würde ich mich in aller Ruhe einarbeiten können. Von Schwartzkoppen fügte noch hinzu, daß, wenn die Meldungen über die Feindvorſtöße bei Krappitz—Gogolin ſtimmten, die am 16. und 17. Mai erſtattet worden waren, die Inſurgenten an dieſer heiklen Frontſtelle wohl Durchbruchsabſichten gehabt hätten. Letzteres beſchäftigte mich ſehr, denn ich kannte dieſes vom Annaberg beherrſchte Gebiet von früher her genau. Etwa 10 km öſtlich Krappitz ſteigt er unvermittelt aus der Ebene bis zu 300 m über die Oder empor. Auf ſeinem höchſten Punkt liegt ein Wallfahrtskloſter. Von Ellguth bis Ujeſt, etwa 20 km lang, erſtreckt ſich dieſer zerklüftete und waldreiche Gebirgsſtock. Ein Durchbruch an dieſem Punkte, dem Stellungsknie unſerer Front, auf das linke Oderufer mußte kataſtrophale Folgen für den Selbſtſchutz haben, da er alsdann leicht aufgerollt werden konnte. Nur eine Fortnahme des beherrſchenden Annaberges, des Schlüſſels von Oberſchleſien, konnte die Gefahr bannen. Dies nahm ich mir als eins der erſten Ziele, wenn es ſich mit der allgemeinen Lage irgend vereinen ließ.

Telegramme in großer Zahl von den Bezirks- und Kreisleitern, den Politiſchen Parteien, den Gewerkſchaften und den Selbſtſchutzverbänden — von letzteren fehlte nur Gruppe Süd — baten mich um Übernahme der Oberleitung. Verwunderlich war, daß erſt jetzt eine Oberleitung eingerichtet wurde. Mein Fehler war es, daß ich duldete, daß mir ein Stab beigegeben wurde, der nicht einmal dem eines Bataillonskommandeurs glich, obgleich doch etwa 30 000 Mann zu leiten waren. Bekannte Herren fanden es unbegreiflich, daß ich zu dem verhaßten Reichskanzler gefahren war und nicht ſelbſtändig handele. Ich hielt es für Pflicht des Soldaten, ſich für das Vaterland nach außen hin einzuſetzen, gleichgültig, in weſſen Händen die Regierung liegt, und ich bin überzeugt, daß ſolche Verwicklungen nicht allein vom Militär gelöſt werden können, wenn ſeine Kraft ſo ſchwach, wie die des Selbſtſchutzes war, und die Politik weſentlich mitſprechen muß. Deshalb war die Berliner Unterweiſung m. E. dringend notwendig.

Am 20. Mai fuhr ich mit dem mir zugeteilten Major a. D. Exner

im Auto von Breslau Richtung Oberglogau, das als mein Stabsquartier gewählt war, weil Oppeln als Sitz der J.K. nicht möglich war. Mein erſter Halt war am Stabsquartier der Gruppe Mitte. Ihr Führer, Oberſt a. D. von Holleben, war irgendwo an der Front und nicht zu erreichen. Meine Weiſung, ihn rechtzeitig zu benachrichtigen, war nicht ausgeführt worden. Oberſt von Schwartzkoppen rief mich hier telephoniſch an und teilte mir mit, daß er durch Zufall erfahren habe, daß einige Formationen, welche und wo wiſſe er nicht, in der Nacht einen Vorſtoß machen wollten. Es iſt nichts darüber gemeldet worden und ſolche Eigenmächtigkeiten müſſen unbedingt verhindert werden, da ſie uns jetzt ſehr ſchaden könnten. Ich antwortete ihm, daß ich verſuchen werde, das Nähere feſtzuſtellen, und daß ich, wenn geboten, das Unternehmen mit allen Mitteln verhindern würde. Bei der Ungewißheit über dasſelbe, der großen Frontausdehnung (etwa 150 km) und der Unzuverläſſigkeit des Autos ſolle er aber auch ſelbſt ſeine telephoniſchen Verbindungen hierfür auszunutzen. Der im Stabsquartier anweſende Ordonnanzoffizier des Oberſt von Holleben meldete mir, daß er gehört habe, daß eine kleine Abteilung der Gruppe Mitte mit Teilen der Gruppe Süd morgen einen Vorſtoß machen wollten, weiter wiſſe er nichts, da alles ſtreng geheim behandelt würde. Ich ordnete an, daß er ſeinem Kommandeur, deſſen Wiederkehr erſt am Abend erwartet wurde, melden ſolle, daß ein geplanter, nicht weiſungsgemäß gemeldeter Vorſtoß größeren Umfanges unſerer Sache ſchaden könne und unbedingt zu unterbleiben habe, wenn er nicht zur Abwehr zwingend geboten ſei. Im Laufe des morgigen Tages werde ich Herrn Oberſt perſönlich über die Lage unterrichten. Ich fuhr nach dem Schloß des deutſchen Bevollmächtigten, Graf Praſchma, mit dem eine Beſprechung verabredet war, die Neues aber nicht ergab. Bei der Weiterfahrt begegnete ich Truppenabteilungen, die mir zuriefen: „Wir ſtürmen den Annaberg, den Annaberg.“ Im Stabsquartier der Gruppe Süd, Polniſch-Neukirch, wo ich gegen 5.30 Uhr nachm. anlangte, war nur der Oberquartiermeiſter, Major a. D. von Hauenſchild, anweſend, von dem ich folgendes erfuhr: es handle ſich um einen Angriff aus dem Brückenkopf Krappitz—Gogolin zur Fortnahme des Annaberges, der nach ſeiner Anſicht der Zentrale bekannt ſein müßte. Er war anfänglich ſchon für die Nacht vom 19. zum 20. Mai geplant geweſen, mußte aber leider auf heute Nacht verſchoben werden, weil die Vorbereitungen nicht rechtzeitig beendet werden konnten. General von Hülſen ſei vor kurzem nach Krappitz abgefahren. Mein Eintreffen

ſei der Gruppe von der Zentrale nicht mitgeteilt worden. Ich war natürlich ſehr erſtaunt, daß es ſich um einen Angriff großen Ausmaßes handelte, der nicht gemeldet war, und deſſen Zeitpunkt mir höchſt unerwünſcht war. Ich gab dieſer peinlichen Überraſchung Hauenſchild gegenüber auch Ausdruck. Ich wollte mit Oberſt von Schwartzkoppen telephoniſch ſprechen; die Zentrale war bald zur Stelle, aber er nicht zu finden, ſo daß ich es ſchließlich aufgeben mußte. Ich fuhr nach Krappitz, wo ich gegen 7 Uhr abends anlangte. Im Schloß daſelbſt ſollte eine Führerverſammlung ſtattfinden und waren die meiſten Herren ſchon zur Stelle. Ich äußerte älteren Führern gegenüber mein Erſtaunen, da der Zentrale erſt geſtern ausdrücklich dienſtlich gemeldet worden war, daß keinerlei Unternehmungen beabſichtigt ſeien; Oberſchleſien könne ſchwerer Schaden durch ſolche Überraſchungen zugefügt werden, ich werde erſt mit General von Hülſen ſprechen, ob der Angriff heute ſtattfinden muß. Dieſer, der einen anderen Weg gefahren war, traf bald darauf im Auto in Krappitz ein und ich hatte ſofort eine Beſprechung unter vier Augen mit ihm, die nach meinen Notizen von damals folgenden Verlauf nahm:

„Über meine Berufung als Oberleiter wußte er Beſcheid. Er erklärte, daß er ſelbſt den Oberbefehl nicht wünſche und er ſich mir, wenngleich der ältere nach Patent (was ich erſt hierdurch erfuhr) unterſtellen wolle. Er tue dies ſogar gern, und er habe auch ſelbſt bei meiner Berufung mitgewirkt. Ich klärte ihn über die mir erteilte Direktive auf und fragte ihn nach ſeinen Gründen für den Angriff. Er legte dar, daß es ſich nur um die Gegenwehr fortgeſetzter, uns höchſt gefährlicher, vom Annaberg geführter Angriffe der Inſurgenten handle, daß dieſer Angriff, um mich vor eine vollendete Tatſache zu ſtellen und mir dadurch die Lage zu erleichtern, ſchon am 19. hatte ſtattfinden ſollen, und daß es bei dem ungeſtümen Angriffsdrang der Truppen, beſonders der Oberländer, nur mit Mühe gelungen ſei, die durch verſchiedene Schwierigkeiten notwendig gewordene Verſchiebung um 244 Stunden zu erreichen. Es handle ſich um einen Angriff mit begrenztem Ziel, nicht um einen Großangriff. Die Einnahme des Annaberges ſei zu unſerer Sicherheit unbedingt geboten und würde heute mit geringen Opfern wahrſcheinlich zu einem großen Erfolge führen, denn die durch Scheinangriffe an der anderen Gruppenfront getäuſchten Inſurgenten ſeien, wie feſtgeſtellt, völlig ahnungslos. Letztere würden aber ſicher die heute von uns verſäumte Gelegenheit zu ihrem Vorteil ausnutzen, ſo daß wir die Unterlaſſung mit hohen Verluſten würden bezahlen

müſſen. Ein erneutes Abblaſen des nunmehr unter größter Heimlichkeit fertig angeſetzten Angriffs würde bei der erregten Stimmung der Angriffstruppen in dieſem vorgeſchrittenen Stadium, die Sturmbataillone ſtehen ſchon ſprungbereit, zur Tat auf jeden Fall entſchloſſen in ihren Bereitſtellungen, zu Eigenmächtigkeiten und dadurch zu Nachteilen führen. Die Truppen wollten ſich nicht länger von den Inſurgenten angreifen laſſen, ohne ſie dafür ſtrafen zu dürfen, ſie forderten ungeſtüm den Gegenangriff, wollten ſich nicht mehr halten laſſen und würden eventuell überſchäumen. Meine weitere Frage, warum nicht der Zentrale vereinbarungsgemäß Mitteilung über das doch von langer Hand vorbereitete große Unternehmen gemacht worden ſei, beantwortete von Hülſen wie folgt: Da es ſich nur um eine Stellungsverbeſſerung und eine notgedrungene Abwehr gegneriſcher Maßnahmen handle, bedurfte es nach den mit der Zentrale getroffenen Vereinbarungen keiner ſolchen Mitteilung; die mir von Oberſt von Schwartzkoppen gemachten Angaben müßten auf einem Mißverſtändnis beruhen. Auch die Rückſicht auf die notwendige Geheimhaltung zwänge zur Vorſicht. Auf meinen Hinweis, daß nach der mir erteilten Direktive dieſes überraſchende große Unternehmen politiſche Nachteile im Gefolge haben könne, forderte mich von Hülſen auf, den verſammelten Führern ſelbſt meine Gründe für mein Verbot des Angriffs darzulegen; Gehorſam werde ſich ſchon erzwingen laſſen. Ich ſagte, mir ſei gemeldet worden, daß die Inſurgenten hier auch Artillerie und Panzerzüge verwendeten; unſere Bewaffnung erſcheine mir demgegenüber unzureichend, was doch unverhältnismäßige Verluſte zur Folge haben könne. Von Hülſen erwiderte, die Angriffstruppen ſeien durch andere Truppen mit Waffen und Munition ergänzt worden; die freilich immer noch beſſere Bewaffnung des Gegners würde die als ſicher anzunehmende Überraſchung und der ungeſtüme Vorwärtsdrang der Angreifer wettmachen. Auf meine Frage nach der Bewaffnung ſeiner ſonſtigen Truppen bezeichnete er dieſe als ſehr kläglich. Von Hülſen wunderte ſich mit Recht darüber, daß ich keinen meiner Aufgabe entſprechenden Stab habe, der dem eines Armeeoberkommandos entſprechen müßte. Er konnte es nicht verſtehen, daß vor meiner Reiſe nach Berlin keine Telephonverbindung zwiſchen ihm und mir herzuſtellen geweſen und meinte, es ſollte wohl verhindert werden, daß ich über die Verhältniſſe in ſeinem Sinne aufgeklärt werde. Er ſagte, daß ſeine Truppen mir mißtrauiſch, ja erregt gegenüber ſtünden, da ich von ihnen als Beauftragter der verhaßten Regierung und der ebenſo verhaßten ſchlappen

Zentrale angeſehen werde, um dem Selbſtſchutz in die Arme zu fallen. Daß der Stab der Gruppe Süd und wohl auch Truppen derſelben General von Hülſen als oberſten Führer wollten, i, war ja ſehr erklärlich. Er war ein im Kriege hochbewährter Generalſtäbler und Führer geweſen, hatte ſich vor allem ſchon bei der Aufbauarbeit des Selbſtſchutzes intenſiv betätigt und er vertrat den Standpunkt, daß der Selbſtſchutz aus eigener Initiative handeln müſſe, was von den vorwärtsdrängenden Teilen beſonders begrüßt wurde. Die Sympathie für ihn war mir daher durchaus verſtändlich, ebenſo die Antipathie gegen den, welcher ſtatt ſeiner die Oberleitung des Selbſtſchutzes erhielt. Daß dieſe Lage für mich nicht angenehm war, iſt klar, aber nachdem ich einmal den Auftrag übernommen hatte, mußte ich ihn auch durchführen. Ich hatte den Eindruck, daß dem General von Hülſen mein unangemeldetes und daher unerwartetes Erſcheinen recht unerwünſcht war, zumal er dieſe Annaberg-Aktion vor meinem Eintreffen hatte durchführen wollen. Ich bedauerte dies und wollte alles vermeiden, was etwa irgendwie das Selbſtgefühl dieſes ausgezeichneten Offiziers ſtören könnte.

Seit der geſtrigen Meldung des Oberſt von Schwartzkoppen hatte ich, wie ſchon geſagt, an die dem Selbſtſchutz vom Annaberg her drohende Gefahr gedacht, deſſen Inbeſitznahme jedes einſichtigen Soldaten Wunſch ſein mußte. Ich hielt mir vor, daß bei einer ſpäteren Ausführung, nachdem mein Streben, von der J.KK. einige Bewegungsfreiheit zu erlangen, Erfolg gehabt, die bei unſerer ſchlechten Bewaffnung beſonders wichtige Überraſchung im Hinblick auf die Beſpitzelung des Selbſtſchutzes leicht fortfallen könne und wir zumindeſt größere Verluſte haben würden. Hier handele es ſich umm die Ausnützung eines beſonders günſtigen Augenblicks, der die Sicherung des heikelſten Punktes unſerer Front verſpräche, was für denn geſamten Selbſtſchutz von großem Vorteil ſein würde. Ob eine ſolche Gelegenheit ſich nochmals bieten werde, ſei doch ſehr fraglich. Hinzu kam die praktiſche Erwägung, daß man falſch handele, wenn man bei ſolcher auf ſtürmiſchen Vorwärtsdrang gerichteten Mentalität der Truppe nicht rechtzeitig das Ventil öffnet, ehe der Dampf die Röhren ſprengt. Dieſes Moment erſchien mir hier bei einer irregulären, ſtark gärenden, ſprungbereiten Truppe im Anfangsſtadium meiner Leitung beſonders wichtig; denn trotz der letzt geäußerten Meinung von General von Hülſen hielt ich jetzt eine Auflehnung gegen mich, der ihr unerwünſcht war, weil ſie bei mir einen pſychologiſchen Gegenſatz gegen ihr vater-

ländiſches Wollen annahm und deſſen erſte Handlung ein hemmender Eingriff in das war, was ihrer Anſicht nach getan werden mußte, für ſehr wohl möglich. Bei der hohen Spannung, in der ſie ſich jetzt befand, ihrer Kampfbegeiſterung und Opferbereitſchaft hätte meine Weisheit wenig Eindruck gemacht; meuternder Selbſtſchutz aber konnte ſehr viel verſchütten. Daß den Polen und Franzoſen unſere Angriffsabſicht und ihr Abblaſen bald bekannt wurde und ſie es zu ihrem Vorteil nutzen würde, war klar. Der beſſere Überblick des ſchon einige Zeit im Selbſtſchutz wirkenden Generals von Hülſen über die Lage an der Front ließen mir ſeine Gründe für die Notwendigkeit des Unternehmens doch ſehr gewichtig erſcheinen, zumal ſie ſich im weſentlichen mit meiner Auffaſſung deckten, nur der gewählte Zeitpunkt war mir ſehr unerwünſcht. Aber um einen Erfolg zu erzielen, muß etwas gewagt werden. Dieſes Wagen bezog ſich für mich hier nicht nur auf den militäriſchen Erfolg, ſondern auch auf die mir erteilte Direktive. Laut dieſer waren dem Selbſtſchutz Abwehrmaßnahmen erlaubt. Es gibt auch offenſiv geführte Abwehrmaßnahmen. Schwerlich trug im Sinne der Berliner Direktiven das geplante Unternehmen den Charakter einer ſolchen. Dies war mir klar. Meine Inſtruktion verbot ſelbſtändige Offenſivhandlungen, der Konflikt war da. Aber einen vorbereiteten Angriff im letzten Augenblick abzuſagen, noch dazu bei einer ſolchen Truppe, barg ſchwere Gefahr in ſich. Auch war der Angriff hier nur eine Operation mit begrenztem Ziel, an der noch nicht $^1/_{10}$ des Selbſtſchutzes beteiligt war. Mit ziemlicher Sicherheit war aber anzunehmen, daß das große Unternehmen mir bei der I.K., mit der ich doch im guten auskommen ſollte und wollte, viel ſchaden werde. Für die Entſcheidung war keine Zeit zu verlieren. Ich war überzeugt, daß nach der Lage ſich ſowohl aus der Durchführung wie aus der Unterlaſſung des Unternehmens im jetzigen Zeitpunkt Schäden ergeben mußten. Die Nachteile, die ein Abblaſen in ſich barg, hielt ich ſchließlich für größer als die beim Angriff. Letzterer entſprach auch dem heißen Wunſche, daß nach dreiwöchentlicher Alleinherrſchaft der Inſurgenten dieſe endlich die deutſche Fauſt zu ſpüren bekommen ſollten. Sehr verlockend war ja auch das Angriffsziel, denn die Erſtürmung eines ſolchen Berges konnte in dieſer elenden Zeit weithin ein leuchtendes Fanal werden, durch das der erſchütterte heldiſche Gedanke etwas aufgerüttelt wurde. Da Anlage und Durchführung des Unternehmens in den Händen eines ſo hervorragenden Offiziers lagen, wie es General von Hülſen war, rechnete ich ziemlich ſicher mit Sieg, zumal Überraſchung in

Ausſicht ſtand, von der ſchon Clauſewitz geſagt hat, daß ſie ſchon meiſtens den Erfolg verbürgt. Ich kämpfte einen ſchweveren inneren Kampf zwiſchen politiſchen und militäriſchen Belangen. Die politiſche Bindung verbot mir ſelbſtändige Offenſivmaßnahmen, die militäriſche Lage gebot die Durchführung des Angriffs. Wie berechtigt meine Bedenken waren, hat die ſpäter angeführte Note der J.K. vom 21. Mai bewieſen. Es war eine ſchwierige Entſcheidung. Bis zuzu dieſer Unterredung mit General von Hülſen war ich entſchloſſen, das Unternehmen zu verbieten. Unter dem Eindruck ſeiner Ausführungen trat in meiner Beurteilung der Lage eine Wandlung ein. Ich genehmigte den Angriff. Gewiß war dies gegen meinen urſprünglichen Willen und unter dem Zwange der Verhältniſſe geſchehen, dies aber entbindet mich nach alter guter Soldatenart niemals von der Verantwortung für ihn. Wenn er mißglückte, wäre dies auch ſicher ſcharf zum Ausdruck gekommen. Um bei der Größe des Unternehmens der J.K. gegenüber eine Rechtfertigung in der Hand zu haben, regte ich — wenn auch innerlich widerſtrebend — an, als erſtes Angriffsziel nur eine kurze Erweiterung des Brückenkopfes zu beſtimmen, ein Verbot, dieſe Linie zu überſchreiten aber nicht zu erteilen. Glückte es, dieſe erſte Linie zu nehmen, was natürlich auch nicht ſicher war, und machte es die Gefechtslage erforderlich, dieſes verkürzte Ziel zu erweitern, ſo mußßte es zur Abwendung erheblicher Nachteile u. U. bis zu dem urſprünglich bezeichneten Ziel — d. h. bis zur Einnahme des Annaberges — geſchehen. Zwang der Gefechtslage ſollte mir bei einem weiteren Vorgehen der Truppen als Rechtfertigung dienen, wollte ich etwaigeren Eingriffen der J.K. entgegenſetzen können. General von Hülſen hielelt dieſe Zwiſchenlöſung bei der Art der Truppen für zu kompliziert, war aber doch ſchließlich einverſtanden und ſchlug als verkürztes Ziel die Linie: Oberwitz—Höhe 209—Sakrau—Sprengſchützer Höhe vor. Nachdem ich mein Einverſtändnis hierzu erklärt hatte, verſprach er, die Führer mit entſprechenden Weiſungen zu verſehen. Es herrrſchte Übereinſtimmung zwiſchen uns, daß die erſte Ziellinie militäriſch ungünſtig ſei; es handelte ſich für mich ja auch nur um ein etwas machiavelliſtiſches Mittel in der Ungewißheit der J.K. gegenüber. Daß der Selbſtſchutz bei günſtigem Verlauf nicht am Fuße des Annaberges bleiben würde, war klar. Er hat es ja auch nicht getan und die Durchfiführung des Angriffs in zwei Etappen war für ſeinen Enderfolg vielllleicht dadurch beſonders vorteilhaft gegenüber dem Angriff in einem Zuuge, daß nach Erreichung des erſten Zieles eine gründlichere Ordnung fiür den zweiten Sprung

ſtattfand. Der Zwang der Gefechtslage ſpielte bei den ſpäteren Auseinanderſetzungen mit der J.K. uſw. ſeine Rolle.

General von Hülſen äußerte ſich ſehr erſtaunt darüber, daß ich dem Rufe des Reichskanzlers gefolgt war und meinte, daß man ſich von der Geſellſchaft in Berlin und Breslau ſo unabhängig wie nur möglich halten müſſe. Die Zentrale ſei eine unglaublich ſchlappe Behörde; ich ſolle mich ja von dem verderblichen Einfluß des Oberſt von Schwartzkoppen, deſſen Bild er mir aus der Kriegszeit und der Jetztzeit in wenig ſchmeichelhaften Farben ſchilderte, losſagen und mit ihm, Hülſen, ohne Rückſicht auf Berlin und Breslau die oberſchleſiſche Sache in deutſchem Sinne durchführen, dann werde ich mir bald das Vertrauen und die Sympathie ſeines Stabes und ſeiner Truppen erwerben. Die Beſetzung des Ruhrgebiets durch die Franzoſen, vor der ſich die Regierung ſo fürchtet, kommt auf jeden Fall und dürfen wir hier keine Rückſicht darauf nehmen. Ich widerſprach, da die Franzoſen jede Gelegenheit ergreifen würden, um mehr zu wollen als die Ruhrbeſetzung und betonte, daß wir nur im Einklang mit der Regierungspolitik handeln dürfen, die über die Abſichten der Franzoſen doch wohl beſſer unterrichtet ſein dürfte als wir. Der Reichskanzler iſt hier doch nur Sprachrohr der Regierung. Er wird beraten von einem der klügſten und erfolgreichſten Soldaten der alten Armee, dem General von Seeckt, und der Miniſter des Auswärtigen iſt ein langbewährter Diplomat, Dr. Roſen. Auch mit der Zentrale, die den Selbſtſchutz verſorgt, muß dieſer klüglicherweiſe loyal zuſammenarbeiten, wenn er hier in Oberſchleſien den deutſchen Belangen erfolgreich dienen wolle. In dieſem Sinne werde ich handeln und bitte, daß auch er, wenn er weiter Wert auf eine Zuſammenarbeit legt, dies tue. Ich würde bemüht ſein, mir alsbald ein eigenes Urteil über die Verhältniſſe zu bilden, bis dahin vertrete und erwarte ich den Standpunkt loyaler Zuſammenarbeit."

Im Anſchluß an die Unterredung mit von Hülſen ſtellte ich mich den verſammelten Führern vor, wies darauf hin, daß wir Oberſchleſien, zu deſſen Schutz ſie hierher gekommen, und dem Reiche ſchwer ſchaden können, wenn wir nicht im Einklang mit der hier ganz beſonders ſchwierigen Politik ſelbſtherrlich handeln wollten, ſagte, daß der Angriffsbefehl etwas geändert ſei, was General von Hülſen ihnen näher erläutern würde und wünſchte ihnen Heil und Sieg. Da es ſich um eine Teilunternehmung innerhalb der Gruppe Süd handelte, die vom Gruppenſtab ſelbſt eingehend angelegt war, wäre es ein taktloſer

Eingriff in die Selbſtändigkeit geweſen, wenn ich nicht alles weitere General von Hülſen überlaſſen hätte, auch mußte ich natürlich beſtrebt ſein, der T.K. gegenüber ſoweit möglich das Geſicht zu wahren, d. h. die Tarnung mit dem Zwang der Gefechtlage nicht öffentlich preiszugeben und ſchließlich war auch Eile geboten, da die Zeit durch die Beſprechung arg vorgeſchritten war. Der Empfang, der mir bei meinem Eintritt in die Führerverſammlung von einigen der Herren bereitet worden war, bewies mir die allgemeine Erregung über mein Erſcheinen in dieſem unerwünſchten Augenblick, die durch meine Worte vor dem Eintreffen von Hülſen in Krappitz, die ja beſſer unterblieben wären, wohl noch geſteigert worden war. Es iſt ſpäter angegeben worden, daß von mir vor den verſammelten Führern „der Sturm auf den Annaberg verboten wurde". Nimmt man es als geſchehen an, ſo wäre auch dies aus dem Wunſche heraus, mir der T.K. gegenüber, mit der ich es nicht von vornherein verſchütten wollte, ein öffentliches Alibi zu ſchaffen, erklärlich geweſen. Ich wollte ja doch mit Recht behaupten können, und habe es getan, nur eine geringe Erweiterung des Brückenkopfes genehmigt zu haben. Ein „Verbot, die verkürzte Linie zu überſchreiten", hatte ich nicht erteilt. Das Verhalten nach ihrem Erreichen ergab die Gefechtslage. Die Erläuterung hierfür an die Unterführer hatte ich abſichtlich vermieden und ſie von Hülſen überlaſſen. Daß mein kompliziertes Manöver zur Täuſchung der T.K. von manchen Herren anders aufgefaßt wurde, iſt durchaus begreiflich.

Von der hiſtoriſchen Richtigkeit meiner vorſtehenden Darſtellungen bin ich innerlich durchdrungen. Sie ſteht für mich unerſchütterlich feſt. Etwa 15 Jahre ſpäter ergab ein Zeitungsartikel des Generals von Hülſen im „Reiter gen Oſten" vom Mai 1936, daß er die Verkürzung des Angriffszieles nicht in meinem Sinne, ſondern als Verbot ſeiner Überſchreitung aufgefaßt hat. Selbſtverſtändlich iſt er von der Richtigkeit ſeiner Auffaſſung ebenſo innerlich durchdrungen, wie ich von der meinen. Behauptung ſteht alſo gegen Behauptung und Zeugen ſind bei der Ausſprache nicht zugegen geweſen. Eine beſondere Bedeutung dürfte dieſer Differenz aber nicht beizumeſſen ſein, da ein Schaden durch ſie nicht entſtanden iſt. Nach meinem Fortgange aus der Führerverſammlung hatte von Hülſen den Sturmführern auf ihre Frage, was ſie nach Erreichung des verkürzten Angriffsziele tun ſollen, wenn der Feind fliehe, folgende Weiſung gegeben: „Die tatſächlich durch die Kampfhandlung erreichte Linie iſt zu melden." Dies entſprach durchaus auch meinem Sinne. — Ferner war in dem Kriegstagebuch der Gruppe

Süd zur Tarnung der wahren Lage ein Vermerk aufgenommen: „daß General von Hülſen am 21. Mai perſönlich zur Truppe gefahren ſei, um dafür zu ſorgen, daß der Befehl des Generals Hoefer, die verkürzte Linie nicht zu überſchreiten, reſpektiert würde. Der Angriff ſei aber ſo ſtürmiſch geweſen, daß er nicht mehr aufzuhalten geweſen wäre".

Dies hatte mir General von Hülſen bald nachher mitgeteilt. Ich empfand es dankbar, da ich natürlich annahm, daß er damit in meinem Sinne gehandelt habe.

General von Hülſen, ſein Stab und einige ſeiner Truppen haben damals von vornherein in der Vorſtellung gelebt, daß ich als Organ und Exponent der Berliner Regierung den Angriff auf den Annaberg nicht wolle. Mein Eintreffen vor der Durchführung des Angriffs war daher ſicherlich ſehr unerwünſcht und unbequem, weil man mit einem gewiſſen Recht Reibungen und Schwierigkeiten, ja Gefahr für das ganze Unternehmen befürchtete. Dieſe Vorſtellung ſcheint auch während und nach dem Angriff auf den Annaberg haften geblieben zu ſein.

Der Entſchluß zum Angriff iſt bei der Gruppenſtelle Süd ſelbſtändig gefaßt und die Vorbereitungen ſind ebenfalls von ihr allein geleitet worden. Den Kampf am 21. Mai hat ebenfalls die Gruppenſtelle Süd völlig ſelbſtändig geleitet.

Ich komme nun zur Schilderung des Annabergangriffs. Für dieſen hatte die Gruppenſtelle Süd 7 neu aufgeſtellte ſchwache Bataillone zur Verfügung; die Führerſtellen hatten faſt durchweg erfahrene Front- und Freikorpskämpfer inne, ihre Gefolgſchaften aber waren ſehr buntſcheckig. Die Bewaffnung war den Inſurgenten gegenüber unterlegen. Es war alſo eine gewagte Aktion, aber man vertraute der Überlegenheit deutſchen Führertums und der unbändigen Stoßkraft der zum Kampf in ſchärfſter Weiſe drängenden opferbereiten Freiwilligen. Die weſentlichſten Punkte des von der Gruppenſtelle Süd für dieſen Angriff erteilten Befehls lauteten:

1. Zur Schaffung eines Brückenkopfes wird die eigene Stellung am Nordflügel vorverlegt. Ziel: Bachabſchnitt Januſchkowitz—Rokitſch—Kurzowka—Lichinia—Scharnoſin—Höhe 105 bei Kadlubietz—Nieder Ellguth—Nordrand Steinbrüche bei Gogolin.
2. Am 21. Mai 3.30 Uhr vormittags greifen von den unten genannten Ausgangsſtellungen beginnend an:

Skizze 3. Die Kämpfe um den Annaberg.

a) Detachement von Chappuis über die Linie: Oder—Krempa—Jeſchona (Jeſchona ausſchließlich). Ausgangsſtellung: Höhenrücken ſüdöſtl. Ottmuth—Ausgang Gogolin nach Oberwitz (Gogolin ausſchließlich). Truppen: Freiw. Abtlgn. Lenſch, von Winkler, Bergerhoff.

b) Detachement Horadam den Annaberg und die Waldſtücke nördlich davon. Schwergewicht zur Umfaſſung auf linken Flügel. Rechter Flügel über Jeſchona. Ausgangsſtellung: Gogolin einſchl. und nördl. davon. Mit Det. Strachwitz iſt Fühlung zu nehmen. (Ltn. Heinz iſt orientiert.) Truppen: Freikorps Oberland und Sturmabteilung Heinz. Anzuſtreben iſt, daß das Det. von Chappuis den Bachabſchnitt von Januſchkowitz bis Scharnoſin ausſchließlich erreicht. Hier ſchließt ſich das Det. Horadam in der unter Ziffer 1 genannten Linie an. In der erreichten Linie ſind ſofort Stützpunkte anzulegen.

Den ganzen Befehl enthält Anlage 1.

Am 21. Mai um Mitternacht wurde in tiefer Finſternis die Oder auf den Brücken bei Krappitz überſchritten und lautlos in die Ausgangsſtellungen eingerückt. Punkt 3.30 Uhr vormittags begann der Sturm. Kolonne von Chappuis lief ſich bald an der Wygodahöhe und bei Oberwitz feſt und konnte nicht weiter. Kolonne Horadam hatte mehr Glück. Die Oberländer kümmerten ſich nicht um das heftige, in der Dämmerung aber faſt wirkungsloſe gegneriſche Feuer und gingen, ohne ſelbſt einen Schuß zu tun, vor. Das I. Bataillon (Öſterreicher), längs der Eiſenbahn vorgehend, ſtürmte Strebinow und kam bis zur Linie: Neuhof—Höhe 209—Sakrau vor. Das III. Bataillon (Siebringhaus) und das II. Bataillon (Finſterlin) nahmen umfaſſend die Kalköfen von Gogolin und kamen bis Dombrowka vor. Die Sturmabteilung Heinz nahm in geſchickt geführtem, ſchneidigem Angriff die Sprengſchützer Höhen. Den linken Flügel deckte die Abteilung Graf Strachwitz, zur Gruppe Mitte gehörend. Bei der Sturmabteilung Heinz befand ſich als Kompanieführer Albert Leo Schlageter, der ſich in den offenen Kämpfen ebenſo todesmutig für Oberſchleſien einſetzte, wie er es vorher als Mitglied der Spezialpolizei im Dunklen getan hatte. Sein glänzendes Vorbild bei allen Gelegenheiten, ſeine Umſicht und ſeine warme Fürſorge machten ihn zum Abgott ſeiner Gefolgſchaft. Er hat zu den ſchönen Erfolgen der Sturmabteilung Heinz weſentlich bei-

getragen. Vor dem Abmarſch zur Front hatte e übrigens Schlageter in Neiße aus Schrottzeug eine Haubitze zuſammmengeſtellt.

Die Kolonne Horadam hatte das ihr geſteckkte erſte Ziel erreicht. Da machten die Inſurgenten einen Gegenſtoß gegegen die rechte Flanke von Oberland, etwa bei Vorwerk Strebinoww—Vorwerk Neuhof. Sofort organiſierten ſich die erfahrenen deutſchchen Frontkämpfer des I. Bataillons zur Abwehr, und Major Horadam ſeſetzte ſein II. Bataillon zum Angriff auf Jeſchona und Oleſchka an, uum dem angreifenden Gegner von Norden und Nordoſten her in die FFlanke zu ſtoßen. Als die Inſurgenten dies merkten, fluteten ſie zurirück. Jeſchona wurde genommen; bei Oleſchka ſtieß das II. Bataillon auuf heftigen Widerſtand. Die Kompanie von Eicken, zum Bataillon Googolin gehörend, hatte ſich aus eigener Initiative dem Angriff angeſeſchloſſen und Dallnie genommen. Nieder-Ellguth, Ober-Ellguth und Niewke waren in der Hand des Bataillons Siebringhaus und der SSturmabteilung Heinz. Die Weſtſpitze des Annaberges war alſo ſchon umfaßt, das erſte Angriffsziel weit überſchritten. Dieſe Erfolge hattten natürlich auch ihre Wirkung auf die bisher zäh ſtandhaltende Linie des Gegners zwiſchen Eiſenbahn und Oder ausgeübt. Das Bataillon Beergerhoff, auch ſchwarze Schar genannt, konnte nun die Wygoda-Höhe ſtürmen und ſchließlich fiel auch Oberwitz. Jetzt hatte auch die Kolonnee Chappuis freie Bahn und ſtürmte bald Krempa und den Krempaer FForſt.

Die Kolonne Horadam mußte jetzt einen ſſelbſtändigen Entſchluß faſſen. Ihr Gefecht war bisher denkbar günſttig verlaufen, das Zuſammenwirken der Kommando-Einheiten zu einheitlichem Handeln und die ſtürmiſche Tapferkeit aller Grade gegem Überlegenheiten war klar zutage getreten. Begeiſterung und Siegeszzuverſicht erfüllten alle und drängten zu entſchloſſenem Tun. Da fiel ees Horadam und ſeinem tatkräftigen Chef, Hauptmann Römer, nicht ſchwer, den richtigen Entſchluß, die Erſtürmung des Annaberges zuu faſſen, wenngleich es doch ſehr ungewiß war, was alles er auf ſeinen Hööhen, in ſeinen Wäldern und Schluchten barg. Römer ſandte mehreere Meldungen an die Gruppenſtelle Süd, daß die Bataillone des FFreikorps Oberland dem überall weichenden Gegner hart an der Klingge geblieben ſeien, und daß es völlig unmöglich ſei, die Kompanien aan der Front auch nur einigermaßen in der Hand zu behalten. Zuwang der Gefechtslage, wie ſie mir vorgeſchwebt hatte, ſollte, wie ſpäätter von Oberland angegeben, ſtörendes Eingreifen verhindern, denn ddie tatſächliche Lage war noch nicht ſo weit. Erſt mußte die Aufſtellungg der Truppen für den

Sturm auf den Annaberg bewirkt werden. Da weſtlich des Annaberges ſtärkere Inſurgenten-Kräfte ſtanden, faßten Horadam-Römer den Entſchluß, den Berg von Norden her durch den Wald von Wyſſoka anzupacken. Zu dieſem Zweck wurde das I. Bataillon aus der Front herausgezogen und hinter dem II. Bataillon zur Verſtärkung der ſchon im Norden ſtehenden Kräfte hingeführt. Der Stab des Freikorps Oberland führte eine ſchneidige Erkundung auf Höhe 301 aus, auf der der Gegner im Abzug begriffen war. Das zäh verteidigte Oleſchka ſperrte immer noch den Weg. Da umging der Kommandeur des II. Bataillons mit wenigen Mann den Gegner und ſtieß über Ober-Oleſchka gegen die Oſtſeite des Dorfes vor. Der Unterſtab des Bataillons auf Rädern, gleichfalls nur wenige Mann, wurde im Norden angeſetzt, als von Süden und Weſten die beiden vor Oleſchka liegenden Kompanien zum Sturm antraten. Oleſchka fiel, ein heiß erkämpfter Sieg über einen ſich tapfer wehrenden Gegner war erfochten. Inzwiſchen hatte ſich das I. Bataillon über Höhe 301 vorgehend zwiſchen dem II. (Oleſchka) und dem III. mit Kompanie von Eicken (Ober-Ellguth) aufgebaut, Sturmabteilung Heinz ſtand bei Niewke bereit. Gegen Mittag gab Major Horadam den Angriffsbefehl. Das I. Bataillon erreichte faſt widerſtandslos den Oſtrand des großen Wyſſoka Forſtes. Dort wurde der Sturm auf den Ort Annaberg mit ſeinem ragenden Kloſter durch Feuer vorbereitet. Inzwiſchen waren auch die anderen Sturmkolonnen ſo nahe herangekommen, daß die Zange geſchloſſen werden konnte. Von drei Seiten wurde mit Hurra gegen den Ort Annaberg vorgeſtürmt. Der größte Teil ſeiner Verteidiger hatte dieſen vorher fluchtartig verlaſſen. Gegen 12.30 Uhr war die beherrſchende Höhe in der Hand des Selbſtſchutzes.

Inzwiſchen ging auch das Detachement von Chappuis z. T. unter ſchweren Kämpfen weiter vor. Ein auf der Bahnlinie hin und her fahrender, mit Geſchützen und Maſchinengewehren beſtückter Panzerzug der Inſurgenten bereitete hier erhebliche Schwierigkeiten. Bei ſeinem erſten Auftreten war er im Krempaer Walde einer dort ruhenden Kompanie des Bataillons Bergerhoff ſehr verhängnisvoll geworden. Aber das tapfere Detachement von Chappuis ſtürmte Roſwadze—Deſchowitz—Solownia—Bahnhof Leſchnitz und ſchließlich auch das Städtchen Leſchnitz.

Auch von Gruppe Mitte war die günſtige Gelegenheit genützt worden. Rittmeiſter Graf Strachwitz hatte ſich mit der von ihm geführten Abteilung dem linken Flügel des Detachements Horadam unterſtellt, und es gelang ihm, auf das wirkſamſte unterſtützt durch

die zumeiſt aus früheren Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt beſtehende Sturmkompanie „Koppe“ des Kapitänleutnants a. D. von Killinger, ſeinen väterlichen Beſitz Klein- und Groß-Stein nach hartem Kampf den Inſurgenten zu entreißen, gerade in dem Augenblick, als ſie das auf Wagen verladene Mobiliar des Schloſſes abfahren wollten.

Am Abend des 21. Mai war als Angriffsergebnis die Linie: Deſchowitz — Kowalliksruh — Leſchnitz — Poremba — Kadlubietz — Niewke—Schedlitz (Orte einſchl.) in unſerem Beſitz. Die Initiative, die Beweglichkeit und der Löwenmut der Sturmtruppen hatten hier einen Erfolg errungen, der alle Erwartungen überſtieg. Wenn man in Betracht zieht, daß der Gegner beſonders an Bewaffnung überlegen war, daß eine Anzahl Selbſtſchutzgruppen keine Gewehre, andere nur etwa fünf Patronen für das Gewehr hatten, daß die meiſten Kompanien keine Maſchinengewehre beſaßen, daß die Fußbekleidung nach den Marſchleiſtungen an den letzten Tagen z. T. erledigt war, daß ſchließlich die Verpflegung erſchwert war, weil es weder Feldküchen noch Fuhrparks gab, ſo mutet die Leiſtung dieſer Truppen wie ein Wunder an, und ſie iſt einzureihen unter die ſchönſten Heldentaten der deutſchen Geſchichte. Der Nachſchub war übrigens von dem O.Q. der Gruppe Süd, dem ausgezeichneten Major a. D. von Hauenſchild, genial aus dem Stegreif organiſiert worden. Er wurde hierbei neben anderen hervorragend durch den auch ſonſt bewährten Oberbäckermeiſter Höhniſch aus Oberglogau unterſtützt.

Das Verdienſt, die heldenmütige Truppe am 21. Mai zum Siege geführt zu haben, gebührt General von Hülſen und ſeinen Mitarbeitern. Ehre und Ruhm des Tages gehören ihm, ſeinem Mitarbeitern und der Truppe.

Die Bevölkerung der befreiten Ortſchaften begrüßte den Selbſtſchutz als ihren Befreier und bat, ſie nur ja nicht wieder unter das Inſurgentenjoch kommen zu laſſen. Erbeutet wurden viele Waffen und Munition aller Art. Zwanzig deutſche Helden hatten an dieſem Tage ihr Herzblut hingegeben für deutſches Volk und deutſche Ehre, und hundertzwanzig Verwundete wurden von der Sanitätskompanie Oberland im Schloß Krappitz verſorgt bzw. weitergeleitet.

Dieſer Sieg umgab den Selbſtſchutz mit dem Nimbus todesmutiger Ritterlichkeit, was auch unſeren Gegnern Achtung und Furcht abnötigte. Aber, wo viel Licht iſt, gibt es auch Schatten, was bei der Zuſammenſetzung des Selbſtſchutzes ja nicht verwunderlich war; hinzu

kam die unzureichende Ausrüſtung mit Waffen und Munition. Wenn es durch das unbändige Ungeſtüm der Kerntruppen nicht gelungen wäre, viele Teile der überraſchten Inſurgenten zu überrennen und ſich ihrer Waffen zu bedienen, hätte das Unternehmen anders enden können.

Trotz ſtarker Ermüdung nach dem 15ſtündigen Kampf wurde noch am Abend überall fleißig gearbeitet, um das Eroberte zu ſichern. Teile, die weiter als taktiſch zweckmäßig vorgegangen waren, wurden zurückgenommen. Die jetzt über 25 km lange Brückenkopffront — bisher waren es 5 km — wurde nur noch durch Maſchinengewehrneſter verteidigt. Die anderen Kräfte wurden dahinter zu Gegenſtößen bereitgeſtellt. Die erbeuteten Maſchinengewehre gingen in Feuerſtellung gegen ihre bisherigen Beſitzer. Die ſtark verlängerte Front erforderte, daß faſt alle Truppen vorn verwendet wurden; Gruppenreſerve blieb nur ein einziges ſchwaches Bataillon in Roswadze. Die Verlängerung der Front, die mehr Kräfte zur Beſetzung erforderte, war ein Nachteil. Nach Meldungen von Flüchtlingen in den letzten Tagen ſollten die Inſurgenten den Annaberg zu einer Feſtung ausgebaut haben. Davon war jedoch nichts zu ſehen; ſtellenweiſe bildete er aber an ſich eine natürliche Feſtung. Nach Angabe der Bewohner und der Mönche war der Ort Annaberg ſelbſt nur ſchwach beſetzt geweſen, anderenfalls hätte ſeine Eroberung wohl auch nicht ſo ſchnell erfolgen können. Größere Truppenmaſſen, wie ſie ein beabſichtigter großer Durchbruch erfordert, ſind beim Gegner nicht feſtgeſtellt worden. Die Bewaffnung des Selbſtſchutzes war zwar durch Beuteſtücke vervollſtändigt worden, aber ſie ließ noch ſehr zu wünſchen übrig, und beſonders an Munition mangelte es außerordentlich. Trotz dauernder Erſuchen an die Zentrale verſagte dieſer Nachſchub nicht nur jetzt, ſondern auch in der Folgezeit genügte er in keiner Weiſe.

Der Stolz, welcher die ſiegreichen Truppen erfüllte, war mit Recht groß, manche glaubten, daß ſie jetzt alles zu leiſten vermöchten, wenn man ihnen nur freie Bahn gäbe. Es waren ganze Männer, wie gern hätte man ihren Wünſchen entſprochen! Aber eine ſo minderwertige Beurteilung der Inſurgenten, wie ſie infolge dieſes glänzenden Erfolges vielfach geübt wurde, war nicht gerechtfertigt, was ſchon die nächſten Tage klar erwieſen. Die Inſurgenten hatten am Annaberge ein Gefecht und eine wichtige Außenſtellung verloren, ſie hatten überraſcht die deutſche Fauſt geſpürt und ſie hatten einen gewaltigen Schrecken bekommen. Wie in ſolchen Fällen häufig, blieben auch die

Mißhelligkeiten unter den Führern nicht aus, und die Aufſtandsleitung war entſetzt über die Unfähigkeit ihrer Annaberger Verteidiger. Aber man urteile mit Maß. Die Inſurgenten erholten ſich viel ſchneller von dieſer Niederlage als erwartet, und es waren in den nächſten Tagen noch ſchwere Kämpfe zu beſtehen.

Die I.K. hatte am 21. Mai nachm. in einer ſcharfen Note an den deutſchen Vertreter des Auswärtigen Amtes in Oppeln, Legationsrat von Moltke, ſofortigen Stillſtand der Offenſive gefordert, der nach Erreichung des geſteckten Zieles ja bereits eingetreten war. Bei Nichtbefolgung drohte ſie mit der Zurückziehung der franzöſiſchen Truppen aus den Städten des inſurgierten Gebietes. Das bedeutete, daß ſie auch die ſtädtiſche deutſche Bevölkerung den Gewalttaten der belagernden Inſurgenten ausliefern wollte. Ein ganz ungeheuerliches Verfahren einer Behörde, der dieſe Bevölkerung zu treuen Händen übergeben war, und die ſich ausdrücklich für ihren Schutz feierlichſt verbürgt hatte. Eine ſo unerhörte Handlung war nur möglich, um einen beſtimmten Zweck zu erfüllen. Dieſer konnte nur der ſein, das ganze franzöſiſche Militär im Rücken des Selbſtſchutzes zu verſammeln, natürlich um ihn abzuſchneiden und gegebenenfalls gegen ihn zu verwenden. Dem Wunſche, die Deutſchen ins Unrecht zu ſetzen, unum den Polen möglichſt viel von Oberſchleſien zuzuſchanzen, wurde manches untergeordnet. Da man über etwa 18 000 auf das glänzendſte mit den modernſten Kampfmitteln ausgeſtattete interalliierte Truppen und ſtarke Polizeikräfte verfügte, hätten dieſe den Aufſtand längſt beenden können, und zwar — ohne Krieg zu führen — wenn man es nur gewollt hätte. Der Einfluß der Franzoſen und damit des Generals Le Rond auf die Polen war ſehr groß, auf keinen Fall durfte man es mit ihnen, von denen das Polenreich ſo ſtark abhängig war, verderben. Energiſche Worte Le Ronds in aller Öffentlichkeit, energiſche Noten der franzöſiſchen an die polniſche Regierung und vor allem energiſches Auftreten des franzöſiſchen Militärs hätten Ruhe und Ordnung in kurzer Zeit ohne Blutvergießen wieder herſtellen können. Der Vorgang in Kattowitz am 3. Mai 1921, ſ. S. 135, wo einige Schreckſchüſſe einer kleinen franzöſiſchen Abteilung genügten, etwa 800 verſammelte Inſurgenten unter Wegwerfen ihrer Waffen in die Flucht zu treiben, bietet einen klaſſiſchen Beleg hierfür. Dies alles wußten die klugen franzöſiſchen Generale doch ganz genau. Die Drohung beleuchtete grell die Auffaſſung des Generals Le Rond und die Einflußloſigkeit des engliſchen und des italieniſchen Kommiſſars, und ſie zeigtgte mir, was ich in der

Folge von dort zu erwarten hatte. Der Annabergſieg hatte alſo leider die Lage des Selbſtſchutzes recht ungünſtig beeinflußt. Dies aber verkleinert nicht dieſe ſchöne Heldentat, der gegenüber auch die Mißhelligkeiten vorher und nachher keine Rolle ſpielen.

Die den Zeitungen gegebene Notiz über das Annabergunternehmen ſtellte es ſo nüchtern wie möglich dar, um der Entente keinen Grund zu geben und um Überſchwang und Mißtrauen im Reich nicht zu fördern.

Wie bei der I.K. herrſchte auch bei deutſchen Stellen ſtarke Erregung, da doch erſt am 19. Mai der Chef der Gruppe Süd, Oberſtleutnant a. D. von Löwenfeld, auf eine ſtrikte dienſtliche Frage namens der den Selbſtſchutz damals noch leitenden Zentrale und des Reichswehrminiſteriums gemeldet hatte, daß keine größeren oder kleineren Unternehmungen ſeitens der Gruppe Süd oder Teilen von ihr in nächſter Zeit beabſichtigt ſeien. Dies war anſcheinend auch Botſchaftern oder anderen mitgeteilt worden, und man fühlte ſich blamiert. Auch Meuterei des Selbſtſchutzes lag ja hier nahe. Ich ließ von Schwartzkoppen keinen Zweifel, daß ich der Verantwortliche ſei, da ich die Durchführung des Unternehmens genehmigt hatte. Bis zu einer Unterredung mit General von Hülſen am 20. Mai abends ſei ich entſchloſſen geweſen, jedes Unternehmen zu verbieten. Unter dem Eindruck ſeiner Ausführungen trat in meiner Beurteilung der Lage eine Wandlung ein. Es wäre kaum möglich geweſen, das große, genau vorbereitete, ſprungbereite Unternehmen in dieſem vorgerückten Stadium zu ſtoppen. Auch die Verkürzung des Angriffszieles und den Zwang der Gefechtslage brachte ich natürlich zu Sprache. Auch hob ich hervor, daß von Löwenfeld beſondere Verdienſte an dem ſchönen Erfolge zugemeſſen werden müſſen. Die Erregung über die Falſchmeldung, über General von Hülſen und über die unheimlichen Oberländer, denen man beſonders mißtraute, war aber ſehr groß. Baldiger Abtransport der Bayern wurde gewünſcht, ſogar Auflöſung des Selbſtſchutzes, was ich ablehnte. Wie die oberen Stellen die Angelegenheit auffaßten und was ſie veranlaßt hatten, weiß ich nicht, da ich nur mit Oberſt von Schwartzkoppen verhandelte und dieſer ängſtlich Bezugnahme nach oben vermied. Am 10. Juni 1921 hatte General Le Rond die Forderung geſtellt, daß der Annaberg als „Sühne für den Ungehorſam des Selbſtſchutzes“ von dieſem geräumt werden müſſe. Dies läßt darauf ſchließen, wie ihm der Annabergangriff damals geſchildert ſein mag.

Ich halte es für zweckmäßig, vorwegnehmend hier gleich die Folgen anzuführen, welche die Meldung des Oberſtleutnants von Löwenfeld an die Zentrale am 19. Mai gezeitigt hatte. Dieſe Irreführung wurde überall begeiſtert beſprochen und als beſonderes Heldenſtück gegen die verhaßte Regierung, die ſchlappe Zentrale und wohl auch die neue unerwünſchte Oberleitung verherrlicht, das ſofort Nachahmer gefunden hatte und noch weitere finden ſollte. Was von Löwenfeld getan, war natürlich in beſter Abſicht geſchehen. Er glaubte ſo der vaterländiſchen Sache am beſten zu dienen. Aber ſolche Eigenmächtigkeiten konnten Oberſchleſien und dem Reich ſchwer ſchaden, zumal die militäriſchen Kräfteverhältniſſe eine nachhaltige Aktion ausſchloſſen. Bei der Beurteilung ſolcher Willkürhandlungen kommt es auch darauf an, wer ſie begeht. Iſt es, wie hier, einer der beſten Vertreter des alten militäriſchen Geiſtes, dann führen ſie leicht dazu, daß auch andere, die nicht das Zeug dazu haben, glauben, Autorität und Diſziplin negieren zu können. Es iſt dann mehr als überſchäumender Freikorpsgeiſt und kann dem Geſamtwohl verhängnisvoll werden.

Das Reichswehrminiſterium forderte ſcharfe Remedur. Oberſt von Schwartzkoppen, welcher nach dem Annabergſiege auch noch offen ironiſiert worden war, wollte, da ſich die Angelegenheit vor der Übernahme der Oberleitung durch mich abgeſpielt hatte, von Löwenfeld ſelbſt veranlaſſen, ſeinen Poſten niederzulegen. Ich lehnte dies ab, da ich es für nötig und gerecht hielt, vor einer Entſcheidung die Herren des Gruppenſtabes Süd ſelbſt über die Sache zu hören. Ich ſagte aber zu, daß ich eingreifen werde, falls ſich das Bild nicht ändere. Von Schwartzkoppen erklärte mir feierlichſt, daß ſonſt nicht nur er, ſondern die geſamte den Selbſtſchutz verſorgende Zentrale jede weitere Mitarbeit ablehnen würde. — Die Abſichtlichkeit der unrichtigen Meldung wurde mir beim Gruppenſtab ohne weiteres zugegeben und damit begründet, daß es eine ſchlaue Handlungsweiſe war, um die ſchlappe Zentrale, die niemals ihr Einverſtändnis zu dem Angriff gegeben hätte, vor eine vollendete Tatſache zu ſtellen. Das Verſchweigen des Vorhabens verſtand ich bei den hier vorliegenden eigentümlichen Verhältniſſen wohl und fühlte mit. Aber ſolches Verfahren war bei unſerer Lage äußerſt gefährlich und nachteilige Folgen zeigten ſich bald und auch ſpäter noch. Die unzutreffende Meldung vor dem Annabergangriff belaſtete den Selbſtſchutz nach außen und nach innen in empfindlicher Weiſe. Wahrung der Diſziplin war von höchſter Bedeutung und mußte rückſichtslos erſtrebt werden. Ein Beiſpiel von

Mangel an Diſziplin an hoher Stelle wirkt in Verhältniſſen, wie ſie hier vorlagen, beſonders verheerend und kann leicht zum Chaos führen. Nur auf der Grundlage der Mannszucht im großen und kleinen konnte die Einheitlichkeit und der Zuſammenhalt des buntſcheckigen Selbſtſchutzes erreicht werden. In dieſer Richtung mußte ich mich durchſetzen, wenn ich mir auch manches damit verſcherzte. Es wurde mir ſehr ſchwer, den erfahrendſten Generalſtäbler des Selbſtſchutzes, der eben erſt bei der Planung, bei den Vorbereitungen und bei der Leitung des glückhaften Annabergunternehmens den bei weitem weſentlichſten Anteil hatte, aus dieſem zu verlieren und die Mitarbeit dieſes ausgezeichneten, unermüdlich fleißigen Kameraden zu entbehren; im Intereſſe des Ganzen aber hielt ich es für meine unabweisbare, bittere Pflicht. Ich bedauerte daher, dem Wunſche General von Hülſens, der ſich natürlich ſcharf für von Löwenfeld einſetzte, nicht entſprechen zu können und beſtand etwa am 25. Mai auf dem Abgang von Löwenfeld. Auf die Verhandlungen, die ich dieſerhalb mit General von Hülſen geführt hatte, will ich nicht näher eingehen. Es war der zweite ſchwere Konflikt und Gegenſatz, in den ich zu ihm geriet. Dies war für die kommende Zuſammenarbeit ungünſtig, denn ein inneres Verhältnis zwiſchen von Hülſen und mir hat ſich nicht mehr herſtellen laſſen. Bei meiner Achtung vor den Fähigkeiten von Hülſens bedauerte ich dies ſehr. Es wäre vielleicht beſſer geweſen, wenn einer von uns beiden jetzt das Feld geräumt hätte, denn ſolcher Antagonismus der beiden höchſten Führer kann der Sache ſchädlich werden. General von Seeckt hatte übrigens Konflikte mit Sicherheit vorausgeſehen. Auch das von mir erſtrebte Vertrauensverhältnis zu den Truppen, die mir von vornherein mißtrauiſch gegenüberſtanden, iſt durch dieſen Zwieſpalt beeinträchtigt worden. Ich blieb, denn ich war nun einmal der verantwortliche Leiter des Selbſtſchutzes und trotz des von der Gruppenſtelle Süd errungenen ſchönen Sieges war meine Zukunftsſorge für die mir anvertraute Truppe, für Oberſchleſien und für das Reich groß. Ich hatte den Glauben und die Überzeugung, daß noch größeres Unglück Schleſien nur erſpart werden könne, wenn hier ſtreng nach dem Geſetz der Vernunft und nicht gefühlsmäßig gehandelt werde. Die Notwendigkeit des von der Gruppenſtelle Süd der Zentrale gegenüber angewandten Verfahrens iſt ſpäter damit begründet worden, daß ſonſt überhaupt vom Selbſtſchutz nichts gegen die Inſurgenten unternommen worden wäre. Dieſe Auffaſſung iſt unbegründet. Es wäre ſicher etwas geſchehen und wahrſcheinlich unter günſtigeren Folgen, als ſie das

Ultimatum der J.K. vom 21. Mai in ſich ſchloß. Die Notwendigkeit des Annabergangriffs aus taktiſchen Gründen lag für jeden einſichtigen Soldaten klar zutage. Der aufgezwungene Zeitpunkt war aber falſch, da er das Verhältnis zur J.K. verſchüttete. Bei rückſchauender Betrachtung ſcheint die Gruppenſtelle Süd inſofern gut daran getan zu haben, ihr Vorhaben den übergeordneten Dienſtſtellen zu verſchweigen, da der Sturm auf den Annaberg in ſo vorbildlicher, glückhafter Weiſe ſpäter kaum möglich geweſen wäre. War unſere Abſicht bekannt, war auch mit Gegenmaßnahmen zu rechnen. Es kommt auch darauf an, unter welchen Umſtänden Ungehorſam geübt wird. Für mich aber war damals wichtigſtes Gebot, den Ungehorſam nicht zur Regel werden zu laſſen. Ich hatte von Schwartzkoppen auch geſagt, daß ich mein Amt der Reichsregierung zur Verfügung ſtelle, doch wurde ich gebeten, im Intereſſe der Sache zu bleiben, was ich tat.

Die Gründe für den Annabergangriff wurden auch der J.K. dargelegt und dabei dringende Vorſtellungen erhoben, da die Forderung, daß der Selbſtſchutz ſich nicht regen dürfe, während die Inſurgenten ihn fortgeſetzt angriffen und in ſeiner Nähe Greuel und Plünderungen verübten, ungeheuerlich ſei, und daß die angedrohte Strafmaßnahme der Preisgabe der deutſchen Bevölkerung in den Städten an die belagernden Inſurgenten durch Fortziehung der interalliierten Garniſonen ſeitens der Behörde, die doch auch Treuhänder der deutſchen Bevölkerung ſei, unbegreiflich und unmenſchlich erſcheine.

Im Einvernehmen mit Legationsrat vonn Moltke veröffentlichte ich am 22. Mai einen Aufruf, in dem der Zweck des Selbſtſchutzes dargelegt und er zu Ordnung und Diſziplin ermahnt wurde. Er iſt in Anlage 1 a enthalten. Über die Ziele des Selbſtſchutzes war darin folgendes geſagt:

„... Wir wollen nicht dem Zuſtand der Gewalt, den Korfanty geſchaffen hat, einen anderen Zuſtand der Gewalt nach unſerem Willen entgegenſtellen. Wir kämpfen in berechtigter Notwehr. Wir wollen nur die Wiederherſtellung des Rechts, die Wiederherſtellung der erſchütterten Autorität der J.K., die Wiederherſtellung des Friedens, den erſt Korfanty dem oberſchleſiſchen Volke geraubt hat. Unſer gutes Recht war allzeit Richtſchnur unſeres Handelns und ſoll es bleiben. Aber lange genug haben wir die ſchnöde Verachtung unſeres Rechtes und der J.K. durch die Rebellen mit angeſehen. Auch größte Geduld und Beſonnenheit hat ihre Grenzen. Wenn wir heut zum Sprung bereit noch an uns halten, ſo geſchieht es nur im Vertrauen auf den

Gerechtigkeitsſinn der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen Tagen im Rate der Alliierten Mächte endlich die erlöſende Entſcheidung darüber fallen wird, wie dem Recht und der Autorität der J.K. in Oberſchleſien wieder Geltung verſchafft werden ſoll. Landsleute! Kameraden! Bis dahin ſteht mit Gewehr bei Fuß. Wahret Ordnung und Diſziplin! Laßt Euch durch keine polniſche Greueltaten zu Vergeltungsmaßnahmen hinreißen! Ehret das Eigentum eines jeden, ſei er polniſch oder deutſch geſinnt! Zeigt Euch würdig des deutſchen Namens und Eurer guten gerechten Sache! — — — —“

Dieſer Aufruf, der durch ein Flugzeug auch im inſurgierten Gebiet verbreitet wurde, hatte mit den Zweck eine Klärung des Verhaltens der J.K. herbeizuführen. Sie ließ dann ſagen, daß in einigen Tagen engliſche Verſtärkungen eintreffen würden und die J.K. die Säuberung des Landes ſelbſt vornehmen werde.

Ich kehre zur Schilderung der Lage an den Kampffronten zurück.

Am 22. Mai herrſchte im allgemeinen ſowohl auf der deutſchen wie auf der polniſchen Kampffront ſtarke Erſchöpfung, doch wurde bei uns eifrig die Ordnung der Verbände und die Feſtigung der Front betrieben. Bei Leſchnitz wurde ein ſchwächlicher polniſcher Angriff abgewieſen und die Bataillone Winkler und Lenſch hatten die Dörfer: Wielmierzowitz—Januſchkowitz—Kraſſowa eingenommen, die ſie aber am 23. Mai befehlsgemäß wieder aufgeben mußten, weil die Verteidigung rückwärts beſſer geführt werden konnte. Die Front von der Oder bei Oeſchowitz bis einſchließlich Leſchnitz, etwa 7 km, hatten dann die drei ſchwachen Bataillone: Lenſch, von Watzdorf (bisher Gruppenreſerve in Roswadze, die jetzt das Bataillon Winkler bildete) und Bergerhoff zu verteidigen, während Oberland uſw. nach Weiſung der Gruppe Süd beim Annaberg möglichſt geſchloſſen gehalten werden ſollte.

Am 23. Mai griffen die Polen mit maſſierten Kräften die beiden Flügel der neu gewonnenen Stellung bei Leſchnitz und Groß-Stein an mit der offenſichtigen Abſicht, unſere Front aufzurollen, ein taktiſch ſehr richtiger Plan, der bei Erfolg von kataſtrophalen Folgen für den Selbſtſchutz werden konnte. Sie hatten Reſerven von allen Seiten herangeſchafft — vor Leſchnitz allein ſind acht Bataillone feſtgeſtellt worden — ſowie Artillerie und Minenwerfer. Nach Feuervorbereitung mit letzteren beiden griffen ſie von Scharnoſin, Lichinia und Lenkau heftig Leſchnitz an und gelangten bis an den Oſtrand dieſes Ortes. Die ſchwachen Verteidiger, namentlich Bataillon Bergerhoff, hatten

das letzte Gewehr eingeſetzt und alles ſchien bei der großen Überlegenheit der Inſurgenten verloren. Aber von der Annaberghöhe hatte das Korps Oberland die Not des Nachbarn erkannt und ſein Bataillon Öſterreicher bereitgeſtellt, damit es, wenn der Gegner genügend ſeine rechte Flanke darbot, ſich auf ihn ſtürzen ſolle. Dies glückte in vollkommenſter Weiſe, nicht nur in der ungedeckten Flanke, ſondern auch im Rücken wurden die Inſurgenten gepackt und Lichinia, Saleſche, Klutſchau genommen. Dann war auch das zweite Bataillon von Oberland, Finſterlin, vorgeſtoßen und hatte dem Gegner Dollna, Johanneshof und Olſchowa entriſſen. Der Kampf um letzteren Ort war ſehr ſchwer. Als die Oberländer den Oſtrand geſtürmt hatten, ſchlug ihnen ſtärkſter Geſchoßhagel entgegen. Ein Kompanieführer, Leutnant Lüdemann, wurde durch ſchweren Armſchuß zu Boden geworfen. „Kameraden haltet die Stellung“ rief er ſeinen Getreuen zu, da traf ihn wieder eine Kugel. „Haltet dem Vaterland die Treue, wie ich ſie gehalten habe bis zum Tode!“ rief er mit letzter Kraft, dann ſchoß ein Blutſtrom aus ſeinem Munde und darauf ſtarb dieſer Held. Hier zeigte ſich auch wieder einmal die Hinterhältigkeit der Aufſtändiſchen. Sie täuſchten durch Schwenken ſchwarz-weiß-roter Fähnchen vor, heimattreue Oberſchleſier zu ſein, als dann unſere Leute auf ſie zugingen, empfing ſie auf nächſte Entfernung Maſchinengewehrfeuer. Als die Gefahr am höchſten war, faßte der Bataillonskommandeur ſeine letzten Leute des Stabes und der Bagage zuſammen, bewaffnete ſie mit Gewehren von Verwundeten und alles mit fortreißend ging es mit Handgranaten und Bajonett zum Nahkampf. Darin waren die Oberländer unübertroffene Meiſter. Die 67 Mann, welche als Reſt des tapferen Bataillons zuletzt noch kämpften, ſchlugen eine drei- bis vierfache gegneriſche Übermacht in die Flucht, brachten ihr ſchwere Verluſte bei und erbeuteten viele Waffen und Gerät. Da durch unſere eigenen erheblichen Verluſte in den letzten Tagen unſere zahlenmäßige Schwäche noch weſentlich geſteigert worden war, wäre eine weitere Verlängerung unſerer Front gefährlich geweſen, deshalb wurden die Orte: Saleſche, Lichinia, Poppitz, Oberhof, Klutſchau — ſo ſchwer dies auch fiel — tags darauf wieder geräumt. An dieſem Tage übernahm Oberſt Graf von Magnis den Befehl über die Truppen im Annaberg-Brückenkopf. Er hat ſich als rechter Freiſcharenführer erwieſen.

Am linken Flügel, im Bereich der Gruppe Mitte, waren am 23. Mai ſtarke Kräfte der Inſurgenten durch den Stubendorfer Forſt gegen Groß-Stein und über Poſnowitz auf Schedlitz vorgeſtoßen. Sie drangen

in Groß-Stein ein, wurden aber bald darauf durch die Sturmkompanie „Koppe“ wieder vertrieben und bis Vorwerk Kaminietz und Bhf. Groß-Stein, wo ſie ein Panzerzug aufnahm, verfolgt. Zahlreiche Gefangene und Waffen fielen in unſere Hände. Am 24. Mai wurde Groß-Stein von neuem erfolglos angegriffen. In Schedlitz hatte Leutnant von Schlebrügge den überlegenen Gegner bis auf nahe Entfernung herankommen laſſen und den Angriff durch ruhiges, wirkungsvolles Feuer leicht abgeſchlagen.

Auch bei dieſen Kämpfen am 23. und 24. Mai wurde manche deutſche Heldentat betätigt. Unſere Verluſte an Toten und Verwundeten waren aber leider recht erheblich. Es zeigte ſich auch, daß der Selbſtſchutz noch dringend innerer Feſtigung bedurfte. An den folgenden Tagen fanden hier nur Patrouillen-Plänkeleien ſtatt. Schwächliche Verſuche der Inſurgenten, an mehreren Stellen über die Oder zu kommen, wurden abgewieſen. Die folgende ruhigere Zeit wurde zur nötigen Säuberung, Auffüllung und Ausbildung verwendet.

Wohl durch den Annabergſieg verleitet hatte der Führer der Ratiborer Selbſtſchutztruppen am frühen Morgen des 23. Mai einen größeren Vorſtoß von Zabelkau—Kreuzenort aus nach dem rechten Oderufer unternommen. Dieſes Unternehmen hatte anfangs einen ſchönen Erfolg durch Überraſchung. Ein großer Teil der Angriffstruppen nutzte dies aber dafür aus, in den Gehöften nach Beute zu ſuchen. In dieſe Unordnung traf ſie ein Gegenſtoß der Inſurgenten unter Mitwirkung eines Panzerzuges. Ohne ernſtlichen Widerſtand, zum Teil die Waffen wegwerfend, floh wer konnte. Ein Teil wurde erſchlagen, ein anderer gefangengenommen; zwei Offiziere und etwa hundert Mann flüchteten über die tſchechiſche Grenze und wurden bei Kopidan von den Tſchechen entwaffnet und interniert. Der Reſt, der ſich auf das linke Oderufer gerettet, zerſtreute ſich zum großen Teil, kehrte nach Hauſe zurück oder ſuchte, natürlich ohne die Teilnahme an dieſem traurig verlaufenem Unternehmen anzugeben, Unterſchlupf bei anderen Selbſtſchutzformationen. Die Bevölkerung war in höchſter Erregung, da ſie nach dieſem kataſtrophalen Mißerfolge des Selbſtſchutzes einen Vorſtoß der Inſurgenten auf ihre Stadt befürchteten, zu deren Verteidigung jetzt nur noch ganz geringe Kräfte zur Verfügung ſtanden. In abfälligſter Weiſe wurde über den Selbſtſchutz hergezogen und die Prominenten forderten von mir offiziell alsbaldigen Schutz durch beſſere Truppen. Der Kommandeur des Abſchnitts Ratibor, ein ausgezeichneter hochbewährter Offizier, war entſetzt über

den geringen moraliſchen Wert ſeiner Truppen, deren Verwendungsfähigkeit er, wie auch andere weniger beteiligte, erfahrene Führer als ſehr gering bezeichnete. Ich ſuchte aufzurichten, ſprach aber auch mein ernſtes Mißfallen darüber aus, daß das auch nach der Geſamtlage unerwünſchte Unternehmen nicht rechtzeitig, wie vorgeſchrieben, gemeldet worden war. Der Verluſt Ratibors, wie überhaupt ein Feſtſetzen der Inſurgenten auf dem linken Oderufer, wäre für die dortige Bevölkerung und für das Anſehen des Selbſtſchutzes ein ſchwerer Schlag geweſen. Es war daher geboten, dieſe Gegend durch friſche Truppen zu ſichern. Das war ſchwierig, weil alle kampfkräftigen Reſerven der Gruppe Süd beim Annabergſturm eingeſetzt waren und jetzt in der dort weſentlich erweiterten Front verwendet werden mußten, und weil bei den Gruppen Mitte und Nord nicht nur keine Truppen entbehrlich waren, ſondern ſolche ſogar fehlten. Ein glücklicher Zufall fügte es, daß einige Orgeſch-Truppen aus dem Reich gerade im Anrollen waren. Aber ſchweren Herzens dirigierte ich ſie in die Gegend von Ratibor zu defenſiver Verwendung, viel lieber hätte ich ſie als bewegliche Reſerve an der Nordfront oder der Annabergfront verwendet. Sie haben mir namentlich bei Nord in den folgenden Tagen ſehr gefehlt.

Der Abſchnitt Nord verfügte damals nicht über ſo glänzende Sturmtruppen wie der Abſchnitt Süd mit ſeinem Korps Oberland und anderen, wenn auch Freikorps Roßbach u. a. als gut geführt und verwendungsfähig bezeichnet werden konnten. Er hatte kein ſchützendes Fronthindernis wie die Oderfront, ſeine lange Front lief durch ausgedehnte Waldungen, ſein linker Flügel war durch den Bogen, welchen die polniſche Grenze dort macht, Angriffen von drei Seiten (Front, linke Flanke, Rücken) ausgeſetzt. Die nur tropfenweiſe eintreffenden Verſtärkungen machten dauernd Organiſationsänderungen erforderlich. Der Führer der Gruppe Nord, Oberſtleutnant Grützner, ein ſehr umſichtiger und verſtändiger Offizier, klagte ſehr über zu wenig Truppen für den großen und ſchwierigen Abſchnitt, über ganz ungenügende Bewaffnung — manche Leute hatten überhaupt keine Waffe, manche Formationen zwei, andere fünf Patronen je Gewehr, Maſchinengewehre fehlten faſt ganz. Auch hob er ſcharf die Schwierigkeiten hervor, welche ihm die Unbotmäßigkeit einiger Unterführer verurſachte. So hatte ein Bataillonsführer am Morgen des 22. Mai, wohl auch verführt durch den Annabergſieg, entgegen ganz ausdrücklich erteiltem Befehl allein mit ſeinem Bataillon einen Vorſtoß auf die Stadt

Roſenberg gemacht, er war durch Überraſchung anfangs gut vorwärts gekommen, ſtieß dann aber auf energiſchen Widerſtand. Die völlig iſolierte Stellung gefährdete nicht nur das Bataillon ſelbſt in höchſtem Grade, ſondern auch die durch ſein Vorgehen des Flankenſchutzes ohne vorherige Benachrichtigung beraubten Nachbarverbände. Kräfte zur Unterſtützung des Bataillons ſtanden nicht zur Verfügung, es mußte alſo wieder zurück und es hatte nutzloſe Verluſte erlitten. Oberſtleutnant Grützner legte dar, daß es ſein Plan ſei, entſprechend den geringen eigenen Kräften gegenüber einem ſtark überlegenen, ganz ungleich beſſer bewaffneten Feinde — dieſer habe Artillerie, Panzerwagen und mindeſtens das zehnfache an Maſchinengewehren — Roſenberg uſw. allmählich und ſyſtematiſch durch vorſichtige Teilunternehmungen zu umfaſſen und ſo in Beſitz zu bekommen. Ich ſtimmte ihm bei, da jedes andere Verfahren nicht zu verantwortende Verluſte koſten mußte. Am 23. Mai hatte eine ſtarke Inſurgentenabteilung aus polniſchem Gebiet her unſere Poſtierungen bei Coſtau — alſo gegen den Rücken unſeres linken Flügels — angegriffen und konnte nur mit Mühe abgewehrt werden. An dem gleichen Tage war aus der Initiative von Unterführern auf Landsberg ein Vorſtoß unternommen worden. Er wurde auf Grund der Drohung der I.K. vom 21. Mai zunächſt angehalten; nach Klärung der Lage aber war die Beſetzung von Landsberg, das übrigens von den Inſurgenten geräumt war, genehmigt worden. Da der linke Flügel „Abſchnitt Landesgrenze“ infolge ſeiner ungünſtigen geographiſchen Lage ſtark gefährdet war, hatte ich die nächſten Verſtärkungen aus dem Reich dorthin dirigiert; dieſe gingen alſo wieder als Stoßreſerve verloren.

Zur Vereinfachung der Befehlsführung löſte ich die Gruppe Mitte durch Verteilung ihrer Truppen auf Gruppe Nord und Gruppe Süd auf. Das Waldgelände an der Naht der letztgenannten Gruppen, etwa beiderſeits der Straße Oppeln—Groß-Strehlitz behielt Apo beſetzt; ein Angriff auf Oppeln ſeitens der Inſurgenten war unwahrſcheinlich.

Die Einteilung des Selbſtſchutzes war jetzt folgende:

Oberleitung: Generalleutnant a. D. Hoefer, St.Qu. Oberglogau.

Generalſtabsoffizier Major a. D. Jacobſen; vom 24. Mai ab.

Zentrale und Chef Oberſt a. D. von Schwartzkoppen, ſpäter Oberſt a. D. Becker.

Gruppe Süd: Generalleutnant a. D. von Hülſen, St.Qu. Polniſch-Neukirch.

Chef Major a. D. von Wiedner (Nachfolger des † Oberſtleutnants a. D. von Löwenfeld), dann Major a. D. von Hauaenſchild (auch O.Qu.).
Oberfront: Oberſt a. D. von Notz, St.Qu.i. Gnadenfeld, ſpäter Polniſch-Krawarn.
Abſchnitt Ratibor: Oberſtleutnant a. D. Grününer, St.Qu. Ratibor.
Abſchnitt Coſel: Oberſtleutnant a. D. von MMatzke; St.Qu. Wiegſchütz.
Brückenkopf Krappitz: Oberſt a. D. Graf Magignis, St.Qu. Krappitz.
Gruppe Nord: Oberſtleutnant a. D. Grützmacher, St.Qu. Konſtadt; Generalſtabsoffizier Rittmeiſter a. D. Hohoferdt.
Abſchnitt Turawa: Oberſt a. D. Schuſter, SSt.Qu. Turawa ſpäter Jedlitze.
Abſchnitt Carlsruhe: Oberſtleutnant a. D. Nolllau, St.Qu. Bierdzan.
Abſchnitt Kreuzburg: Oberſtleutnant a. D. ? Muther, ſpäter Oberleutnant a. D. Roßbach, St.Qu. Kreuzbwurg.
Abſchnitt Landesgrenze: Hauptmann a. D. . von Jordan, St.Qu. Pietſchen.

Korfanty hatte nach dem Verluſt des Annaaberges einen Aufruf erlaſſen, in dem er erklärte, daß die Inſurgentiten die Autorität der J.K. rückhaltlos anerkennen und jeder Anordnunng derſelben unbedingt Folge leiſten wollten. Es iſt natürlich ſchwer feſtzuſtellen, ob dieſe Kapitulation ein Angſtprodukt oder aber einee ſchlaue Maßnahme dieſes vielgewandten Rebellenführers geweſen iſſt. Dieſe ſeine bedingungsloſe Unterwerfung unter die J.K. wurde von vielen Inſurgentenführern ſcharf mißbilligt, weil dieſe ſich trotz der Annabergniederlage und vorübergehenden, bald behobenen Geldmangels, der übrigens auch zu Unbotmäßigkeiten geführt haben ſoll, dem Selbſtſchutz an Zahl und Bewaffnung und damit militäriſch überlegen fühlten. Es kam in ſpäterer Zeit zu ſcharfer gegenſeitiger Befehdung, wobei Korfanty zu ſeiner Rechtfertigung die damalige Lage für die Inſurgenten bedrohlicher darſtellte, als ſie es nach der Überzeugung der Inſurgentenführer tatſächlich geweſen iſt; hierbei ſtellte Korfanty ſeine eigenen Verdienſte in grellſtes Licht. Seine wahren Abſichten für ſein damaliges Verhalten werden wohl nie bekannt werden. Er war während der ganzen Aufſtandszeit durch ſeine vielen Spione über unſere geringe Stärke und mangelhafte Bewaffnung ſicher gut unterrichtet, und ſeine Hauptkraft lag nicht an der Peripherie ſeines Machtgebietes, ſondern in dem für einen Guerillakrieg hervorragend geeigneten Induſtriegebiet, deſſen Behauptung ihm natürlich weſentlich mehr am

Herzen lag als die landwirtſchaftliche Zone. Nach meiner Auffaſſung war es die Abſicht Korfantys, die Rollen zu vertauſchen. Überzeugt, daß der Selbſtſchutz durch den Annabergangriff ſich das Mißfallen der I.K. zugezogen habe, denn deren Ultimatum vom 21. abends hatte er natürlich ſofort erfahren, wollte er ſich durch ſein Unterwerfungsangebot die Sympathien der I. K. und der hinter ihr ſtehenden Staaten erwerben, hoffend, daß dieſe dann den Selbſtſchutz als Aufrührer anſehen würden. Beruhte die Unterwerfung aber tatſächlich auf Angſt, ſo war dieſe nur von ganz kurzer Dauer, denn die Inſurgenten erholten ſich ſehr ſchnell von ihrem Schrecken. Wie ſchon geſagt, hatten ſie bereits am 23. Mai taktiſch ſehr richtige, energiſche, wenn auch vergebliche Gegenſtöße gegen die beiden Flanken unſerer neuen Stellung unternommen. Man konnte doch wohl mit Recht erwarten, daß ein Treuhänder nach ſolchem Angebot Korfantys Entwaffnung und Auflöſung der Inſurgenten fordern und erzwingen würde. Doch dies geſchah nicht, es blieb vielmehr alles beim alten. Die Engländer und Italiener, die Korfanty ſicher verdammten, konnten ſich anſcheinend nicht gegen die Franzoſen durchſetzen. Dieſen erſchien der jetzige Zuſtand in Oberſchleſien vielleicht vorteilhaft für ihre Ziele, um ſchließlich den Deutſchen alle Schuld zuſchieben zu können und ſo einen Vorwand für ihre Schädigung zu erhalten. Korfanty hat auch mehrfach öffentlich gedroht, bei einem weiteren Vorgehen des Selbſtſchutzes Oberſchleſien in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Hierbei hat er wohl den Mund zu voll genommen, aber ganz genaue Zerſtörungspläne beſtanden, was klar erwieſen iſt. Die Inſurgenten verfügten ja über die großen Sprengmittelvorräte des Induſtriegebietes, und ſie hatten ihre Truppen reichlich damit ausgeſtattet. Die Drohung, bei jedem weiteren Vorgehen des Selbſtſchutzes Vergeltung an den nächſten Deutſchen in ihrem Machtbereich zu üben, wurde von den Inſurgenten in brutaler Weiſe ausgeführt. Dabei machten ſie auch von ihren Sprengmitteln gegen Gebäude uſw. reichlich Gebrauch.

Nach der von oberſchleſiſchen polniſchen Zeitungen in dieſen Tagen zitierten „Daily Chronicle“ hat General Le Rond einem engliſchen Korreſpondenten dieſes Blattes erklärt, daß die interalliierten Behörden in Oberſchleſien die Aufſtandsbewegung nicht verhindern konnten, da ſie nur über 14 000 Soldaten verfügten. Auf die Frage des Korreſpondenten, warum die I.K. nicht entſprechende Anordnungen getroffen habe, erklärte der General: „Wir ſind nicht hierher gekommen, um zu kämpfen.“ Hierzu iſt folgendes zu bemerken. Die Zahlenangabe

iſt wohl nicht ganz zutreffend, denn zu den 14 0000 Franzoſen kommen doch noch die Italiener und die um 3000 Maann verſtärkte Polizei. Und dieſe Truppenmacht, auf das modernſte ausggerüſtet und bewaffnet, ſogar mit Tanks und Panzerwagen verſehen, ſooll nicht imſtande ſein, irreguläre Verbände zur Raiſon zu bringen? So können Sie Ihre tapferen franzöſiſchen Soldaten doch unmöglich einſchätzen, Herr General, und die italieniſchen haben ihre Tapferrkeit pflichtgemäß doch ſchon mit Blutopfern bewieſen. Die Soldaten ſind Ihnen doch wohl nur zugeteilt, um Ruhe und Ordnung in Ihrrem Machtbereich aufrechtzuerhalten, und es iſt doch wohl auch Ihre: Pflicht Herr General, nötigenfalls mit ihnen zu kämpfen, um Ihre Aufgabe, für die Sie auch noch Ihr Wort verpfändet haben, zu erfülillen. Aber ſicher hätte ein ſo mächtiger Mann, wie Sie, wie ſchon eerwähnt, auch ohne zu kämpfen, ohne Blutvergießen die Ordnung in Bälde wiederherſtellen können, wenn Sie mannhaft und energiſch mnit Wort und Tat vor aller Welt den Polen entgegengetreten wäreen. Ich glaube, Herr General, daß Sie in Oberſchleſien in erſter Linie den Intereſſen Ihres Landes gedient haben und dieſen opferten Sie realpolitiſch Ihren Ruf als Treuhänder.

Es wurde jetzt offiziell je ein engliſcher Verbindungsoffizier zu den Gruppen Süd und Nord und zur Oberlleitung beſtimmt. Sie leiſteten erſprießliche Dienſte bei der Abwicklung ſchwebender Fragen. Der zu mir kommandierte Offizier war der ſchon früher erwähnte Keatings, der ſeinen Wohnſitz in Oppeln behielt. Er hatte ſich bei der Gefangenſetzung der deutſchen Führer vor Beginn des dritten Aufſtandes hervorgetan, was er jetzt als einen Mißgriff bedauerte. Er beteuerte laut ſeine Sympathie für die Sache der Deutſchen und hatte auch bei den Selbſtſchutztruppen geſchürt, um ſie zu Angriffen zu veranlaſſen. Dieſes hatte ſogar dazu geführt, daß er von manchen, auch in den Zeitungen, natürlich ganz unberechtigt, als der eigentliche Führer des Annabergangriffes bezeichnet wurde. Gelegentlich zeigte er auch ein wertvolles Zigarettenetui, das ihm Korfanty mit Widmung geſchenkt hatte. Als Major Keatings ſich mir vorſtellte, wies ich auch ihn darauf hin, daß es doch geradezu ungeheuerlich ſei, durch die Drohung mit der Preisgabe der deutſchen Bevölkerung in den Städten zu fordern, daß wir, die wir doch das gleiche Ziel wie die E.K. verfolgen, uns nicht regen dürften, während die Aufſtändiſchen uns fortgeſetzt angriffen und in unſerer Nähe Greuel und Plünderungen verübten. Ich bat ihn, eine Änderung dieſes Zuſtandes herbeizuführen, was er zu verſuchen mir verſprach.

Es war natürlich mein eifriges Beſtreben, mir bald ein ſelbſtändiges Urteil über ſämtliche Selbſtſchutzformationen zu bilden. Durch eigene Anſchauung und durch Beſprechungen mit den Führern hatte ich folgende Eindrücke erhalten, die ich hier wiedergebe.

Um aus einem Maſſenaufgebot von Freiwilligen ſchnell eine verwendungsfähige Truppe zu ſchaffen, iſt, wie ſchon früher geſagt, der feſte Rückhalt an einen wenn auch noch ſo kleinen Stamm ein Haupterfordernis und ferner ganz beſonders eine genügende Zahl hierfür vorbeſtimmter erfahrener Führer. Dieſe Vorbedingungen fehlten beim S.S.O.S. leider überwiegend — ſoweit es ſich nicht um Freikorps oder Freikorpsreſte mit feſten Stämmen handelte —, was die Aufſtellung und Leiſtungsfähigkeit des Selbſtſchutzes natürlich beeinträchtigte. Beſondere Schwierigkeiten erwuchſen dadurch, daß das Reich die Freikorps, welche in der erſten Nachkriegszeit ſo viel Gutes geleiſtet hatten, bereits aufgelöſt hatte. Einige hatten freilich heimlich ihre Stämme beibehalten, was dem Selbſtſchutz ſehr zuſtatten kam. Die äußere Ausſtattung des Selbſtſchutzes war kläglich: Mäntel, Decken, Rucksäcke fehlten bei den meiſten Formationen ſo gut wie ganz, das äußerſt dürftige Schuhwerk machte größere Marſchleiſtungen faſt unmöglich, an Waffen waren faſt nur Gewehre, aber lange nicht für alle, vorhanden und an Munition mangelte es derart, daß viele Abteilungen nicht mehr als fünf Patronen, einige nur zwei Stück je Mann hatten; zu Ausbildungszwecken konnte daher keine Munition aufgewendet werden. Beſſere Ausſtattung und Bewaffnung war daher ein dringendes Erfordernis. Die Einrichtung von Bekleidungs- und Waffendepots erforderte Zeit und die Belieferung, beſonders an Waffen und Munition, blieb bis zum Schluß ſehr mangelhaft. Freilich wurde noch viel davon vergeudet. Der Kommandeur der Oberfront, Oberſt von Notz, meldete mir, daß an ſeiner doch ſehr geſchützten Front täglich etwa eine halbe Million Patronen durch törichtes Mut- und Angſtſchießen verſchoſſen würden. Es bedurfte energiſcher Eingriffe, um dieſen Unfug abzuſtellen. Überhaupt wurde alles verſucht, um ein gewiſſes Maß an Zucht und Ordnung in die Formationen zu bringen. Da eine Prüfung der perſönlichen Verhältniſſe der ſich Meldenden meiſt nicht möglich war, fanden ſich neben prächtigen, von edelſter Heimat- und Vaterlandsliebe beſeelten Männern und Jünglingen, die bei weitem den größten Teil des Selbſtſchutzes ausmachten, auch Abenteurernaturen ein, die noch ſtark unter der Kriegspſychoſe ſtanden und nur kamen, weil ſie überall dabei ſein mußten, ferner ſolche, welche durch das Chaos

eines neuen Krieges ihre radikalen Ziele zu finden hofften, dann viele Arbeitsloſe, die nur einen bezahlten Unterſchlupf ſuchten, dann neben Gutgeſinnten, Wirrköpfen und Glücksrittern auch ſchlechte Elemente, dunkle Exiſtenzen mit oft übler Vergangenheit, die aus der Unordnung eigenen Nutzen ziehen wollten, aber mit eiſernerer Stirn ganz beſonders laut betonten, ſich für die Geſamtheit opfern zu wollen. Die Kommuniſten hatten Spitzel, ja ganze Gruppen entſandt, um den Selbſtſchutz zu verſeuchen. Daß bei ſolcher Zuſammenſetzung und bei dem Mangel an Strafmitteln auch bedauerliche Einzelhandlungen vorkamen, die dem Anſehen des Selbſtſchutzes bei der Bevölkerung ſchadeten, ergab ſich zwangsläufig. Daher die Klagen über ihn in Breslau und Berlin. Das blutige Chaos eines Aufſtandes und der allgemeine moraliſche Tiefſtand nach dem Zuſammenbruch machten Übergriffe erklärlich. Wir ſind doch alle allzumal Sünder! Während der wenigen Wochen des Beſtehens des Selbſtſchutzes war ſchon manches beſſer geworden, aber es kam immer noch Unerfreuliches vor. Landsknechtsgeiſt, nicht immer in gutem Sinne dieſes Wortes herrſchte. Paßte es einzelnen oder mehreren nicht mehr, ſo wechſelten ſie nach Belieben die Fahne. Der ehrgeizige Wunſch mancher Führer, eine große Zahl zu kommandieren, begünſtigte dieſe Entwicklung. „Entlaſſung“ als Beſtrafung war aus dieſem Grunde wirkungslos. Es gab ſogar ſolche, die aus dieſem Zuſtand ein Geſchäft machten, indem ſie deſertierten, ihre gelieferten Waffen und Ausrüſtungsſtücke verkauften, ſich bei einer anderen Formation anwerben ließen und dort ebenſo verfuhren. Die Einführung „ſchwarzer Liſten“ ſchuf Beſſerung, und mit dem allmählichen Verſiegen des Zuſtromes konnte auch ſchärfere Kontrolle geübt werden. Der militäriſche Wert der einzelnen Abteilungen war ſehr verſchieden. Überall ſtanden neben kriegserfahrenen ehemaligen Frontkämpfern Grauköpfe, welche moderne Kriegführung nicht kannten, und blutjunge Burſchen, die eben der Schule entwachſen waren oder ſie noch beſuchten, und die noch nie eine Waffe gehandhabt hatten. Ähnlich wie im Kriege blühte auch beim Selbſtſchutz der Front- und Etappenklatſch und Aufſchneidereien waren im Schwunge.

Alle dieſe Mängel waren aber nur Einzelerſcheinungen, welche Zeit und Umſtände naturgemäß mit ſich brachten. Um ſo ſchöner und edler hebt ſich die gute Mannszucht der Maſſe des Selbſtſchutzes ab. Ich führe auch die hervorgetretenen Schattenſeiten an, weil ſie es waren, die den Ruf des Selbſtſchutzes im ganzen geſchädigt und Mißtrauen gegen ihn im Volke ausgelöſt haben, und weil nur bei unge-

ſchminkter Darſtellung der tatſächlichen Verhältniſſe Nutzen für die Zukunft erwachſen kann.

Man kann die etwa 60 Abteilungen und Sonderformationen des Selbſtſchutzes ihrer Art nach in nachſtehende drei Kategorien gliedern:

1. Die ganz neu eingerichteten, gleichſam aus der Erde geſtampften Abteilungen, welche ſich aus Selbſterhaltungstrieb, aus der grimmen Not der Heimat oder zu ihrer Hilfeleiſtung gebildet hatten. Sie hatten es beſonders ſchwierig, da es zunächſt an allem gebrach und ſie in weiteſtem Sinne auf Selbſthilfe angewieſen waren. Der Zahl nach waren ſie die ſtärkſten, aber aus vorerwähnten Gründen zumeiſt nur zum Stellungsdienſt, nicht zu größeren Angriffsunternehmungen geeignet. Gewiß war man überall bemüht geweſen, die Maſſen zu ſichten und den Weizen von der Spreu zu ſondern, der Erfolg hing von der Qualität des Führers ab. Es bedurfte guter organiſatoriſcher Begabung, ſtarker Willenskraft und klaren Verſtandes, um die brauchbaren Elemente zu erkennen und durch ſie ein ſcharfes Inſtrument zu ſchaffen. Der heimiſche Landadel und andere ehemalige Offiziere hatten den erſten Widerſtand veranlaßt, aber ſo Gutes auch vielfach geleiſtet wurde, manchen fehlte trotz heißen Bemühens die Gabe, um unter ſo ungewöhnlich ſchwierigen Verhältniſſen in größter Schnelligkeit eine Truppe zu organiſieren und verſtändnisvoll in Unſicherheit und Gefahr zu führen. Einem großen Mundwerk war es auch zuweilen leichter, eine der Wahl-Führer- oder Wahl-Unterführerſtellen zu erlangen als gewiſſenhaften ſtrengen Soldaten. Einige Abteilungen waren daher verwendungsfähig, beſonders ſolche, welche ſich vornehmlich aus Flüchtlingen des inſurgierten Gebiets zuſammenſetzten; der Wert der anderen war gering.

2. Die Abteilungen, denen die Reſte der im Baltikum, in Weſtfalen, München, Berlin uſw. bewährten Freikorps uſw. [1]) als Stamm dienten. Nach Auflöſung der Freikorps waren Teile derſelben unter ihren vergötterten Führern als Arbeitsgemeinſchaften, Siedlungsgeſellſchaften u. dgl. beiſammengeblieben und übten im allgemeinen nach feſten Grundſätzen leidliche Zucht. Dieſer Stamm war militäriſch gut brauchbar, aber der Zahl nach ſchwach. Er mußte ſich daher durch Werbungen ausbauen, bei denen, wenn auch in geringerem Maße, ſich ähnliche Schwierigkeiten geltend machten, wie bei Kategorie 1. Dadurch wurden ſie verwäſſert, blieben aber doch durch ihren ſoldatiſchen

[1]) S. Seite 20.

Stamm gut brauchbar, ſoweit ſie ruhige und klaare Führer und Unterführer hatten. Die markanteſte Abteilung dieſer zweiten Kategorie war das Korps Oberland, ein treffliches, gut organiſiertes und leidlich bewaffnetes Freikorps, welches das Rückgrat der deutſchen Angriffskräfte bildete. Es war eine in Bayern gegen den Kommunismus aufgeſtellte Formation, die ſich ſchon gegen das aufrühreriſche München und gegen die rote Armee an der Ruhr hervorragend bewährt hatte. Obgleich ſchon aufgelöſt, erſtand ſie mit einem Schlage wieder und eilte trotz großer Hinderniſſe als eine der erſten und ohne Ruf nach Oberſchleſien. Auf viele Oberſchleſier wirkte die Ankunft der Bayern, denen auch eine Abteilung Tiroler zugehörte, wie eine Erlöſung aus quälender Angſt, auf viele aber wirkte ſie als Bayernſchreck. Das ſehr derbe, rückſichtsloſe und anfangs vielleicht nicht immer ganz einwandfreie Auftreten ſchaffte ihnen manche Feinde. Die mißtrauiſche Furcht vor den weſensfremden Volksgenoſſen, die ihre radikale Geſinnung offen zur Schau trugen, war ſo groß, daß mehrfach trotz der Polennot ihre ſofortige Zurückſchaffung nach Bayern gefordert wurde. Nachdem ſie ſich aber als ſtärkſter und erfolgreichſter Stoßtrupp am Annaberge hervorragend bewährt hatten, wurden ſie überall geachtet; ein gewiſſes Mißtrauen blieb jedoch vielfach beſtehen. Die Bayern waren zumeiſt prächtige Leute von echtem Freikorpsgeiſt, aber von ſo wildem zügelloſen Tatendrang und Ungeſtüm, daß ſie leicht der Führung entgleiten konnten, um eigene Wege zu gehen. Von ihrem Annabergerfolge geblendet, überſchätzten ſie wohl etwas ihre innere Kraft, und die kleine Schar (nach Auffüllung in Oberſchleſien etwa 10 000 Mann) glaubte in Unterſchätzung des Gegners den zerſchmetternden Sieg nach allen Seiten verfechten zu können. So ſehr man ſich an der Aktivität der jugendlichen Scharen freute und ſich viele ſolche Truppen wünſchten, ſo war doch ihr Zügeln nicht leicht. Nur durch ein gewiſſes Mitſpielen konnte man den nötigen Einfluß behalten. Diſziplin mangelhaft — aber es waren ganze Kerle! Das Korps Oberland hatte das Glück, in allen ſeinen Teilen vortreffliche Führer zu haben. Eine beſonders markante Perſönlichkeit des Korps war auch ſein Generalſtabsoffizier Hauptmann Römer, der durch ſeine äußere Erſcheinung, ſeine zündenden Worte und vor allem durch das heldenhafte Einſetzen ſeiner Perſon viele und nicht nur Oberländer in ſeinen Bann zwang. Heimliche Gerüchte über ihn vermehrten ſeinen Glorienſchein; für viele wurde er zum Halbgott. Er war ſicher von beſtem, vaterländiſchem Geiſt und edlem Willen erfüllt, aber eine Deſperadonatur, welche nicht wähleriſch

war in den Mitteln, um ſein Ziel zu erreichen. Voll trauen konnte man ihm nicht, aber ſeine Tüchtigkeit als Soldat ließ darüber hinwegſehen. Sein Einfluß, nicht nur bei Oberland, ſondern darüber hinaus war ſehr groß, und es iſt bezeichnend, daß Beppo Römer von ſeinen Freunden als der Urheber und der eigentliche Führer des Annabergſturmes und der folgenden Angriffsaktionen der Gruppe Süd bezeichnet worden iſt. Das kraftbewußte Auftreten und der Siegernimbus der bayeriſchen Oberländer — letzterer kam übrigens nicht ihnen allein zu, denn auch andere Formationen hatten am Annaberge ſehr tapfer und erfolgreich mitgekämpft — hatten etwas Faſzinierendes für ihre Umgebung. Auch die Vorſtellung, daß Bayern allein berufen und fähig ſei, Deutſchland zu retten, war damals weit verbreitet, und dieſer Gedankengang, in lauter Aufmachung immer wieder verkündet, nahm das Denken und Fühlen der Jugend gefangen. Wenn ein Oberländer zur Tat aufrief, fand er leichter Beifall und Gefolgſchaft als andere, und ſie verſuchten dieſen Einfluß nicht nur bei ihrer Gruppe Süd, ſondern durch Abgeſandte auch bei Gruppe Nord geltend zu machen. Der Annabergruhm weckte den Tatendrang nichtbeteiligter Führer, und als gar bekannt geworden, daß dieſer Sturm unter bewußter Täuſchung der verhaßten, „ſchlappen“ Zentrale erfochten war, da wollten manche Führer es ihnen gleich tun und auf eigene Fauſt mit ihrer kleinen Schar womöglich ganz Polen überrennen. Selbſtändiges Handeln iſt notwendig, aber Einheitlichkeit des Handelns muß gewahrt bleiben, da es ſonſt zu Nachteilen für das Ganze und zu nutzloſen Verluſten der Gefolgſchaft führt, die in jugendlichem Vertrauen dem Ehrgeiz geopfert wird. Es war auch an der Tagesordnung, daß jüngere engliſche und italieniſche Offiziere Selbſtſchutzformationen in offener oder verſteckter Weiſe zum Dreinſchlagen drängten. Scham über die klägliche Rolle, die ſie ſpielten, die Nichtachtung ſeitens der Inſurgenten, die nur Franzoſen gelten ließen, vielleicht auch militäriſch-ſportliches Intereſſe waren die Gründe. Manche der Selbſtſchutzführer hielten alles, was dieſe jungen Herren ihnen ſagten, für das reine Evangelium. Ich habe bereits einige Fälle ſolcher zweckloſen und verluſtreichen Vorſtöße angeführt, es gab noch mehrere, und es bedurfte ſchließlich ſehr ſtrikter Befehle, um den ſtürmiſchen Tatendrang einzelner Unterführer im Zügel zu halten, weil nur ſo nutzloſe Opfer und andere Nachteile vermieden werden konnten. Es würde zu weit führen, alle die prächtigen Freikorps uſw. hier näher zu beſchreiben, die nach Oberſchleſien zu Hilfe geeilt waren oder ſich dort gebildet hatten; auch ſie haben in Erfüllung ihrer oft ſchwierigen Aufgaben ihr Beſtes geleiſtet.

3. Die Orgeſch-, Jungdeutſchen- und Studentenformationen, die aus den verſchiedenſten Teilen des Reiches kamen. Sie trafen, weil zu ſpät gerufen, erſt nach dem Annabergſturm, z. T. erſt im Juni, in Oberſchleſien ein und mußten hier vielfach organiſiert und ausgeſtattet werden. Die Zucht und Ordnung, die Stimmung und Begeiſterung verbunden mit verſtändiger Beſonnenheit und williger Unterordnung waren hier bei weitem am beſten. Verſuchten andere Elemente einzudringen, wurden ſie bald erkannt und entfernt. Ihre Zuſammenſetzung war mehr auf inneren Kampf zugeſchnitten, für einen äußeren Kampf waren ſie deshalb weniger zweckmäßig, weil ſie eine Verſchwendung wertvollen Führermaterials darſtellten, das hier gehäuft in Reih und Glied ſtand, während anderwärts empfindlicher Führermangel herrſchte. Es gab neben normal zuſammengeſetzten Abteilungen ſolche, die faſt ganz aus ehemaligen Offizieren beſtanden, ſolche nur aus nationalen Arbeitern ohne ehemalige Offiziere, und die Angehörigen der einzelnen Univerſitäten, Techniſchen Hochſchulen und Forſtakademien ſchloſſen ſich ſtreng von allen anderen ab. Das Sonderintereſſe der korporativen Zuſammengehörigkeit muß aber dem Intereſſe des großen Ganzen untergeordnet werden. Die Zuſammenſtellung ſo vieler Führernaturen hat den weiteren Nachteil, daß ſolchen Formationen auch die geſunde Durchſetzung mit Männern des praktiſchen Lebens fehlt, die in den kleinen Dingen des Alltags und in ruhiger, praktiſcher Kampfführung größere Erfahrungen beſitzen. Meine Verſuche, hier Wandel zu ſchaffen, ſcheiterten an dem unbeugſamen Willen, ſich nicht von den liebgewordenen Formationen und den gleichgearteten Kameraden und Freunden zu trennen. Nach den Erfahrungen der Revolutionszeit war manchen wohl auch der Platz in der Front begehrter als der vor der Front. Einige Formationen waren zu taktiſcher Verwendung bald leidlich geeignet, bei den anderen aber ließen Bewaffnung und Ausrüſtung ſehr viel zu wünſchen übrig. Auch waren hier viele nur ganz flüchtig oder gar nicht Ausgebildete vorhanden. Der Geiſt aber, der dieſe jungen Leute erfüllte, war herzerfriſchend. Aus den blanken Augen ihrer jungen Geſichter klang es heraus: ich bin opferbereit, ich will kämpfen und ſiegen oder ſterben. Sie mahnten lebhaft an die kriegsfreiwilligen Jugendregimenter, die ſich bei Ypern im Herbſt 1914 ſo heldenmütig fürs Vaterland geopfert hatten. Begeiſterung allein vermag aber keine Maſchinengewehre uſw. zu überwinden; man muß auch ſelbſt ſolche Waffen beſitzen und ihre Kampftechnik beherrſchen. Auch der Humor kam zu ſeinem Recht, ſo deuteten die

Studenten wegen der ſchönen Löhnung, die es gab, das S.S.O.S. als „Sommerſemeſter ohne Schulden“.

Nach Vorſtehendem war die taktiſche Leiſtungsfähigkeit der Selbſtſchutzformationen eine ſehr verſchiedene. Während ein Teil, der zumeiſt der Gruppe Süd angehörte, ſeiner Art nach zu größeren Angriffshandlungen befähigt war, galt dies bei einer hohen Zahl nur in mehr oder minder beſchränktem Umfange. Die Stärke ſchnell improviſierter Formationen beruht nicht allein auf dem Wert der Zahl, auch nicht auf der Vollkommenheit des Materials, ſondern neben dem moraliſchen Wert ihrer Soldaten weſentlich auf der Güte ihrer Truppenſtämme. Sind ſolche nicht oder ungenügend vorhanden, ſo ſind improviſierte Truppen in der Regel nur zur Verteidigung, nicht aber zum Angriff geeignet. Bei allen Formationen des Selbſtſchutzes herrſchte Waffenmangel und der Munitionsmangel war geradezu kataſtrophal.

Als die Kunde von dem Annabergſiege im Reiche näher bekannt geworden, löſte ſie in den nationalen Kreiſen der deutſchen Lande ſtarke Begeiſterung und Hoffnungen aus, war es doch der erſte Lichtblick inmitten einer Zeit tiefſter ſtaatlicher Ohnmacht und brennender Schande. Alle dieſe Hoffnungen und Erwartungen angeſichts des Terrors der Inſurgenten nicht durchführen zu können, war ein ſehr ſchmerzliches Gefühl. Gründe der Logik und Vernunft verboten es.

Über meine Beurteilung der Lage das Folgende:

Es iſt viel behauptet worden, daß der Selbſtſchutz nach dem Annabergſiege ohne Zweifel innerhalb zwei bis drei Tagen mit Leichtigkeit ganz Oberſchleſien hätte befreien können. Gewiß, gibt es Fälle, wo das höchſte Wagen die höchſte Weisheit iſt. Hier aber war nach reiflicher Überlegung keine Wahrſcheinlichkeit eines ſolchen Erfolges. Der Glaube an die eigene Truppe iſt eine ſchöne und notwendige Sache, aber man muß ſich davor hüten, auch nach ſolch glänzendem Siege, wie es der am Annaberge war, die vorhandenen Kräfte weſentlich höher zu bewerten als es ihnen zukommt, ſonſt hat die Truppe die blutigen Koſten zu tragen. Auch ich bewertete die Überlegenheit der Führer und die moraliſche Kraft beim Selbſtſchutz hoch, und ich war mir durchaus bewußt, daß nicht immer die Überlegenheit der Zahl den Sieg verleiht, ſondern vor allem das Übergewicht der ſittlichen Kraft, die in den Streitern liegt. Aber aller Menſchen Kraft ſind auch Grenzen geſetzt. Wenn das Mißverhältnis zu groß iſt, wie hier, iſt bei aller Begeiſterung und Tapferkeit ein Erfolg nicht wahrſcheinlich und führt zu nutzloſen Metzeleien. Ein baldiger, blitzartiger knockout-Schlag, der in kürzeſter

Zeit unſeren Sieg bis an die Grenze trug, war natürlich unſer aller heißer Wunſch; aber auch nur von einem derartigen Schlage wäre, wenn keine außenpolitiſchen Nachteile, z. B. durch Zuſammenſtöße mit den Franzoſen eintraten, die erſtrebte Wirkung zu erwarten geweſen. Vorbedingung hierfür war aber, daß die Inſurgenten faſt keinen Widerſtand geleiſtet und die 15 000 Mann ſtarken franzöſiſchen Truppen ſich völlig paſſiv verhalten hätten. Dieſe Annahmen waren aber weder durch das bisherige Verhalten der Gegner gerechtfertigt, noch fanden ſie in der Folge ihre Beſtätigung.

Betrachtet man die Chancen bei einem Kampf allein zwiſchen dem Selbſtſchutz und den Inſurgenten, ſo iſt zu berückſichtigen, daß am Annaberge nur ein kleiner Teil, etwa ein Zwanzigſtel der jetzt auf etwa 60 000 Mann angewachſenen, beſtens bewaffneten Inſurgenten in Mitleidenſchaft gezogen war. Unſere faſt einzigen Stoßtruppen hatten am Annaberge recht erhebliche Verluſte erlitten, und wie mangelhaft unſere Bewaffnung, Ausrüſtung und vor allem die Munitionsausſtattung war, habe ich bereits mehrfach erwähnt. Dieſes Unternehmen war von vornherein nur ein Angriff mit begrenztem Ziel geweſen und konnte auch nichts anderes ſein, da das Mißverhältnis der Kräfte damals noch ſo groß war, daß nach Anſicht aller oberen Selbſtſchutzführer eine große Offenſive keine Ausſicht auf Erfolg hatte. An Zahl halb ſo ſtark, an Waffen noch weſentlich ſchwächer, hat ein Großangriff mit einem Luftwege von etwa 100 km (beim Annabergangriff betrug dieſer etwa 10 km) auch bei überlegener Führung und bei heroiſcher Tapferkeit keine Wahrſcheinlichkeit eines „ſchlagartigen“ Erfolges. Führt dieſer Weg, wie hier, noch dazu aus bisher landwirtſchaftlichem, überſichtlicherem Gebiet in ein dichtes Bergwerks- und Hüttenrevier, ſo kann er nicht zum „ſchlagartigen“ Großerfolge führen, weil den ortskundigen Verteidigern in dem fortartigen Halden, Schächten uſw. unzählige Rückhalte geboten ſind, ſo daß ſie aus geſichertem Hinterhalt mit ihren zahlreichen Maſchinengewehren gefahrlos kämpfen können. Der Kampf der Reichswehr gegen die rote Armee an der Ruhr und auch ſchon die Kämpfe in Oberſchleſien 1919 hatten deutlich gezeigt, wie ſchwierig der Vormarſch durch ein Induſtriegebiet ſchon für eine reguläre, gut bewaffnete und ausgerüſtete Truppe iſt; wie anders lag es hier für ein uneinheitliches, ſchlecht bewaffnetes Volksaufgebot! Dazu kam, daß die Kräfte der Inſurgenten ſich über die nahe offene polniſche Grenze fortgeſetzt ſchnell ergänzten, während die unſeren bei dem langen Angriffsweg ſtändig abnahmen. Die

offene Grenze nach Polen bildete während der ganzen Dauer des Aufſtandes den moraliſchen wie den materiellen Rückhalt für die Inſurgenten. Außerdem hatte dieſe offene Grenze für ſie den unſchätzbaren Wert des freien Rückens und der Rückzugsmöglichkeit. Dies beeinflußte neben der erheblichen Überzahl an Truppen und Bewaffnung ganz weſentlich die Kampfſtärken der Inſurgenten. Demgegenüber hatte die Reichsregierung am 24. Mai 1921 auf franzöſiſchen Druck hin folgende Verordnung erlaſſen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Verfaſſung des Deutſchen Reiches verordne ich zur Wiederherſtellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuſtändigen Dienſtſtellen Perſonen zu Verbänden militäriſcher Art zuſammenzuſchließen oder wer an ſolchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldſtrafen bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis beſtraft.

§ 2. Dieſe Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.“

Dieſe Verordnung nahm dem Selbſtſchutz formell jeden Rückhalt in der Heimat und ſchnitt ihm die Zufuhr ab. Außerdem war die Reichsregierung gezwungen worden, die Grenze Oberſchleſiens gegen Deutſchland ſchärfer als bisher durch Sipo zu ſperren. Daß noch viele und vieles aus dem Reich durch die anweiſungsgemäß nachſichtige Sipokette hindurchkamen, bedarf keiner Betonung, aber mit welchen Schwierigkeiten und welchen Zeitverluſten war es im Hinblick auf die Wachſamkeit der Franzoſen verbunden. Dieſe hatten es auch jederzeit leicht in der Hand, bei einem eventuellen Vorrücken des Selbſtſchutzes ſeinen Nachſchub zu ſperren. Dies war bei ſeiner kläglichen Bewaffnung natürlich von weſentlicher Bedeutung, und auch ſeine Verpflegung war in hohem Grade in Frage geſtellt; denn das Land, in das er kam, litt bittere Lebensmittelnot.

Der doch gewiß aktiviſtiſche General von Hülſen ſagt in ſeinem in Bergers Verlagsanſtalt, Stuttgart 1922, erſchienenen Buche „Der Kampf um Oberſchleſien“ über die Kräfteverhältniſſe nach dem Annabergangriff folgendes.

„Etwa vom 1. Juni ab war die Stärke des Selbſtſchutzes zur Not genügend, um mit vereinter Kraft die große Offenſive durchzuführen, bis dahin reichten die militäriſchen Kräfte des Selbſtſchutzes hierfür nicht aus.“

Für die Zeit vom 23. bis 31. Mai hielt alſo auch er die große Offenſive für ausſichtslos. Über dieſe ſei hier gleich folgendes geſagt. Wir hatten es bei ihr m. E. nicht nur mit den Inſurgenten zu tun, ſondern auch mit den interalliierten Truppen, zumindeſt mit den franzöſiſchen. Die Drohung der I.K. vom 21. Mai beſagte, daß bei Fortſetzung der Offenſive die Deutſchen in den Städten den Inſurgenten überliefert und etwa 15 000 glänzend bewaffnete franzöſiſche Truppen im Rücken des Selbſtſchutzes verſammelt werden würden; natürlich doch nur, um dieſen in ihre Gewalt zu bekommen. Dieſe Drohung, die nach dem Slaventzitz-Angriff am 4. Juni verſchärft wiederholt worden war, zu unterſchätzen oder gar zu mißachten, war für mich unmöglich. General von Hülſen hat 1935 in dem Buch „Deutſche Soldaten“ von Hans Roden über die große Offenſive geſagt:

„Es hat keinen Zweck, darüber nachzudenken, wieviel günſtiger ſich die Dinge entwickelt hätten, wenn der geſamte Selbſtſchutz, nicht nur die Gruppe Süd, angegriffen hätte, und wenn die oberſte Leitung nicht alles verſucht hätte, auch bei dieſer Gehorſam gegenüber der Angſtpolitik der Regierung durchzuſetzen.“

Gewiß hatte ich der Regierung gegenüber politiſche Bindungen und Pflichten übernommen, und Ehre und Anſtand geboten mir, dieſen Richtlinien nachzukommen, wenn ich auch manchmal anders gefühlt, gedacht und gewollt habe, als das politiſche Gewiſſen mir gebot. Vor allem aber war es Verantwortungsbewußtſein gegen den Selbſtſchutz, Oberſchleſien und das Reich, das mir bei meinem Handeln Richtſchnur war. Die Mißerfolge bei Ratibor und Roſenberg und die hohen Verluſte der an Zahl geringen Stoßtruppen vom 21. bis 23. Mai am Annaberg, wie auch ſpäter, lieferten den Beweis, daß die Inſurgenten nicht unterſchätzt werden durften, zumal bei unſerer dürftigen Bewaffnung und Munitionsausrüſtung. Es gab auch, wie ſchon geſagt, ſo manche Formationen, die zu Angriffen nicht geeignet waren. Überraſchungen, wie am Annaberg, ſind bekanntlich nur ſelten möglich. Militäriſch wäre die große Offenſive m. E. der Weg in die Kataſtrophe geweſen und politiſch hätte ſie ſchwer geſchadet. Man darf ſich nicht blenden laſſen, ſagte ich mir, durch noch ſo glänzende Augenblickserfolge an einzelnen Frontſtellen, ſondern muß die beiderſeitige Kräfteverteilung im ganzen für ſeine Entſchlüſſe zugrunde legen. Ich hielt es für ausgeſchloſſen, eine große Offenſive, die doch nur als Rebell gegenüber der I.K. möglich war, ohne Zuſammenſtoß mit den franzöſiſchen Truppen durchzuführen. Es iſt ſpäter geſagt worden, daß General Le Rond ſeine Drohungen

mit Zurückziehung der franzöſiſchen Truppen aus den Städten des inſurgierten Gebietes in den Rücken des Selbſtſchutzes vielleicht gar nicht ausgeführt hätte. Tat er es, war der vorſtürmende Selbſtſchutz abgeſchnitten; tat er es nicht, waren Zuſammenſtöße mit den im Angriffsgebiet verteilten franzöſiſchen Truppen erſt recht unabwendbar. Als kluger Soldat war ſich Le Rond ſeiner militäriſchen Überlegenheit über den Selbſtſchutz bewußt, und als kluger Politiker nutzte er ſie, um auf dieſe oder jene Art das Ziel ſeiner Regierung zu erreichen, den Polen möglichſt ganz Oberſchleſien zuzuſchanzen. Dazu waren Diffamierung des Selbſtſchutzes als Rebellen und ſeine Erledigung gute Mittel. Das Auftreten Le Ronds gegen den Selbſtſchutz nach kleinen Affären desſelben mit Franzoſen zeigte, was bei größeren Zuſammenſtößen zu erwarten war. Daß ſiegreiche Freikorpsführer, wie der exploſive Hauptmann Römer u. a., ihren Vorwärtsdrang nicht zügeln laſſen wollten und mir deshalb gram waren, war mir ſehr verſtändlich. Man hat mir dabei vorgeworfen, daß ich den neuen Freikorpsgeiſt nicht erfaßt hätte. Doch hatte ich 1919 in Oberſchleſien Gelegenheit, ihn mit allen ſeinen Vor- und Nachteilen kennen und lieben zu lernen. Nachfolgeorganiſationen waren es zumeiſt, die jetzt in Oberſchleſien auftraten. Ich durfte mich mit ihren ſtürmiſchen Wünſchen und Wollen nicht identifizieren, da ich die geſamte militäriſche und politiſche Lage zu bedenken und zu berückſichtigen hatte, die ich nicht ſo optimiſtiſch beurteilen konnte, wie ſie es tun zu können glaubten. Ein verantwortlicher Leiter ſieht die Dinge ja oft mit anderen Augen als die von ihm Geführten und ſchätzt ſie dementſprechend auch anders ein. Über den Intereſſen und den Wünſchen der Freikorps ſtand für mich natürlich das Intereſſe des geſamten Selbſtſchutzes, Oberſchleſiens und des Reiches. Ich durfte nicht die Zügel ſchießen laſſen, ſondern mußte das Geſetz des Handelns in meiner Hand behalten. Ein ungebundenes, unkontrolliertes und unbeherrſchtes Eigenleben konnte den Freikorps nicht gewährt werden, dies war politiſch untragbar und auch militäriſch würden unmögliche Zuſtände die Folge geweſen ſein. Gewiß, die prächtigen, jungen, national-revolutionären Kräfte hatten ſich nicht zuſammengefunden, um mit Gewehr bei Fuß zu ſtehen, ſondern um ſich für deutſches Land und deutſche Ehre opferbereit einzuſetzen. Aber dieſe Opfer hatten nur Sinn und Zweck, wenn ſie der Aufgabe entſprachen, ſonſt waren ſie ein Fehler. Deutſchland hatte es dringend nötig, daß Helden in ihm lebten und nicht, daß ſie ſich nutzlos, ja zum Schaden des Vaterlandes opferten, nur um Herois-

mus zu zeigen. Daß Wille von oben Öl in die ſchäumenden Wogen goß, war doch wohl vorteilhaft für den Selbſtſchutz — und Oberſchleſien ſtand an der Schwelle eines Chaos.

Auch ich war überzeugt, daß der Selbſtſchutz nach der Monatswende trotz aller Nachteile gegenüber den Inſurgenten dieſe wohl mit Elan, ſchwerlich aber ſchlagartig aus Oberſchleſien hinausgefegt hätte, wenn wir es allein mit ihnen zu tun gehabt hätten und nicht Rückſichten zu nehmen brauchten. Das war aber leider nicht der Fall. Höchſt bemerkenswert waren für meine Beurteilung der Lage auch folgende Umſtände. Korfanty hatte ſich am Tage nach unſerem Annabergſiege, am 22. Mai, der I.K. voll unterworfen, was in kraſſem Gegenſatz zu ſeiner Note vom 3. Mai ſtand. Es war mir klar, daß dies den Zweck verfolgte, den Deutſchen die Rebellenrolle zuzuſpielen, wenn ſie, entgegen der Drohung der I.K., die ihm durch ſeine guten Spione natürlich ſofort bekanntgeworden, weiter vorgingen. Sodann waren nach ſicheren Nachrichten polniſche Streitkräfte in überwältigender Überlegenheit — man rechnete oben mit vielen Diviſionen — bereitgeſtellt, die jederzeit in Schleſien, vielleicht auch in Oſtpreußen, einrücken konnten. Ferner waren die Tſchechchen, die auch weites ſchleſiſches Gebiet erſtrebten [1]), von Frankreich verpflichtet worden, bei einem Konflikt in Oberſchleſien gegen die Deutſchen einzugreifen. Ein Kartenblick auf die ſchleſiſche Halbinſel zeigt, in welche Lage der Selbſtſchutz, eingekeilt zwiſchen Polen und Tſchechen, vor der Front die Inſurgenten, im Rücken die interalliierten Truppen, die gar nicht zu kämpfen, ſondern nur abzuſchneiden brauchteten, bei einem Kampf auf Gedeih und Verderben geraten wäre. Welcher Hexenkeſſel hätte ſich im Innern des Deutſchen Reiches ergeben! Zu einer leidenſchaftlichen Kraftäußerung war das damalige, ſich ſelbſt zerfleiſchende Deutſchland abſolut unfähig. Ein Bürgerkrieg war unausbleiblich.

Die Vertreter anderer Auffaſſungen können über die tatſächlichen Geſamtverhältniſſe nicht ausreichend im Bilde ſein. Die Befürworter eines ſolchen va banque-Spieles rechneten damit, daß eine elementare Volkserhebung die Kraft des Selbſtſchutzes vervielfachen werde. Demgegenüber iſt zu ſagen, daß eine Volkserhebung nur Erfolg haben kann, wenn ſie einen großen Teil des Volkes zum Kampfe aufreißt. Es darf nicht vergeſſen werden, daß bei der Volksabſtimmung insgeſamt faſt eine halbe Million polniſcher Stimmen abgegeben und überragend

[1]) S. Anlage 2.

in dem zu durchſchreitenden inſurgierten Gebiet aufgebracht worden waren. Die Deutſchen auf dem flachen Lande daſelbſt befanden ſich inmitten polniſch Geſinnter in der Minderheit. Ob und welche Hilfe von den Deutſchen in den dortigen Städten zu erwarten war, hing von dem Verhalten ihrer franzöſiſchen Garniſonen und davon ab, ob ſie ſich den belagernden Inſurgenten gegenüber würden behaupten können. Es war wahrſcheinlich, daß die Franzoſen noch viel ſchärfer wie bisher die deutſche Gegenwehr dort unterdrücken würden. Etwa wie in Kattowitz am 19. Auguſt 1920, wo ſie mit Maſchinengewehren und Panzerautos gegen die waffenloſen Deutſchen vorgingen und viele von ihnen töteten und verwundeten. Gegen die Inſurgenten, welche die Autorität der I.K. ſo ſchmählich mit Füßen traten und die ſchwerſte Gewalttaten verübten, ſind die Franzoſen auch nicht ein einziges Mal energiſch eingeſchritten. Zwar war anzunehmen, daß opferwillige Männer in den Städten, Reſte der erſten Abwehrorganiſation uſw., alles verſuchen würden, den Vorſtoß des Selbſtſchutzes zu ſtärken, aber es war nur ein kleiner Haufen; denn mit einem Einſatz der großen Maſſe der wehrhaften, zumeiſt aber waffenloſen deutſchen Bevölkerung der Städte war nicht zu rechnen. Viele hemmte auch die Ungewißheit der Zukunft, ſie wollten es mit den Polen nicht verderben, denen ſie vielleicht zugeteilt werden würden. Perſönlichkeiten, die ihre Oberſchleſier genau kannten und wahrlich nicht pazifiſtiſch oder furchtſam eingeſtellt waren, warnten dringend, einen deutſchen Gegenaufſtand zu verſuchen, der ganz ſicher vollkommen fehlſchlagen würde. Dies deckte ſich mit meiner auf früheren Erfahrungen beruhenden eigenen Auffaſſung. Vielfach paſſives Verhalten großer Teile der Bevölkerung in dem nicht inſurgierten Gebiete war ebenfalls ein Beleg dafür. Bei dieſer Lage konnte ich den mir aus den Städten des inſurgierten Gebietes zugetragenen Nachrichten, daß bei Vorrücken des Selbſtſchutzes die Deutſchen dort aufſtehen würden, keine ausſchlaggebende Bedeutung beimeſſen; ſie waren ja bis auf einen kleinen Teil auch waffenlos. Man ſprach dort auch davon, die Franzoſen zu entwaffnen. Meine Weiſungen, derartige Torheiten von ſchwerſten Folgen für das Land und das Reich zu unterlaſſen, hätten gewiß viele befolgt; aber man vergegenwärtige ſich die Pſyche der Menge in ſolcher Zeit der Leidenſchaft, in der jede Vernunft aufhört. Im tollen Wirrwarr der Ereigniſſe hätte ſich der Haß in Rachſucht und Wiedervergeltung auch gegen die Franzoſen entladen, die man als die Vertreter und die Beſchützer der beiden letzten Aufruhre anſah, die ſo unſägliches Unglück über die deutſch-oberſchleſiſche Bevölkerung gebracht haben.

Der Selbſtſchutz durfte auch gar nicht allein und auf eigene Fauſt handeln, ſondern mußte Einvernehmen mit der I.K. anſtreben, hinter der die ganze Macht der Entente und der franzöſiſchen Bundesgenoſſen ſtand. Nicht gegen, ſondern mit der I.K. mußte er dazu helfen, die Ordnung im Abſtimmungsgebiet wiederherzuſtellen. Tat er dies nicht, ſondern handelte er unbeſonnen, ſo war dies dabei dem Mißverhältnis der Kräfte nicht nur der ſichere Untergang, der Selbſtmord des Selbſtſchutzes, das nutzloſe Opfern eines beſonderes wertvollen Reſtteiles der ſchon ſo furchtbar gelichteten deutſchen Jugend, der Anlaß eines Meeres von Blut und Trümmern, ſondern auch ein verderbliches Beginnen um Oberſchleſiens Zukunft und um des Reiches willen. Ein meuternder Selbſtſchutz hätte Frankreich die billige Ausrede für ein Eingreifen gegen das Reich und den Nachweis geboten [1]), daß Deutſchland den Vertrag gebrochen, die Neutralität verletzt und womöglich einen neuen Krieg provoziert habe. Frankreich lauerte nur auf einen Grund, von Weſten her über uns herzufallen. Der Gewalt der Umſtände hätte auch kein noch ſo friedfertiges Miniſterium widerſtehen können, und General Foch hätte ganz Frankreich hinter ſich gehabt, wenn es galt, den jahrhundertelangen Traum von der Rheingrenze für Frankreich trotz Verſailles zur Erfüllung zu bringen und Deutſchland vollends und für immer zu zerſchlagen. Die Rheinarmee hatte eine Stärke von etwa 150 000 Mann, dazu beſaß Frankreich damals zahlreiche noch voll mobile Einheiten, und den Jahrgang 1919 — alſo etwa auch 150 000 Mann — hatte es erſt kürzlich einberufen. Von England aber, auf das damals weiteſte Kreiſe in Deutſchland übergroße Erwartungen ſetzten, wäre nicht die geringſte tätige Hilfe zu erwarten geweſen, ſchon, weil es ſelbſt in Nöten ſteckte und auf Frankreichs Wohlwollen vielfach angewieſen war. Ein Bruch des Selbſtſchutzes mit der I.K. hätte Deutſchland ſogar mit größter Sicherheit die wohlwollende Stellungnahme der engliſchen Regierung gekoſtet, die trotz ſchöner Worte ausdrücklich erklärt hatte, einen Bruch des Vertrages, alſo eine Stellungnahme gegen die I.K., nicht dulden zu wollen. Alle wahrſcheinlichen Gegner ringsum verfügten über die modernſten Angriffswaffen, die unſeren wurden verſchrottet. Das entwaffnete Deutſchland ſtand ganz allein. Die Verzweiflungsſtimmung im Reich trieb damals viele, auch Prominente — die glaubten, auf ihre Weiſe beſſer dem Vaterlande dienen zu können — zu dem Wunſche, wie

[1]) S. Anlagen 3 u. 4.

1813 alles auf eine Karte zu ſetzen, und von einem durch den Selbſtſchutz hervorgerufenen deutſchen Kriege gegen Polen erwartete man eine Schickſalswende. Aber, wie anders lagen 1921 die Verhältniſſe! Und wer zweifelt heute wohl daran, daß Frankreich ſeinen Schützling und Bundesgenoſſen Polen nicht im Stich gelaſſen hätte, und daß noch andere Intereſſenten auf deutſche Gebiete ſich an Polens Seite geſtellt hätten. Auch Vergleiche mit Kärnten und Kemal Paſcha waren abwegig, weil die geographiſchen und militäriſchen Verhältniſſe dort ungleich günſtiger lagen. Für jeden, der ſich das Augenmaß für das militäriſch Erreichbare bewahrt hatte, konnte der Ausgang nicht zweifelhaft ſein, und das Ergebnis, die unvermeidliche Folge ſolcher Politik, wäre geweſen, daß wir jetzt überhaupt kein Oberſchleſien mehr hätten, das ja ſchon einmal in Verſailles Polen zugeſprochen worden war, und daß dem Reich noch andere ſchwerſte Schäden und Verluſte entſtanden wären. Initiative iſt eine ſchöne Tugend, aber nur dann, wenn ſie in richtigem Rahmen geübt wird, ſonſt nützt ſie nicht, wie gewollt, dem Vaterlande, ſondern kann ihm ſehr verderblich werden. Stieß der Selbſtſchutz zum Großangriff weiter vor ohne die Wahrſcheinlichkeit eines ſchnellen durchſchlagenden Erfolges, ſo hätte er das getan, was die Deutſchfeinde erhofften. Dann konnte man die Verantwortung auf die Schultern der Deutſchen laden, dann waren ſie die blutdürſtigen Übeltäter, die natürlich ganz anders behandelt worden wären als die polniſchen Freunde. Ein oberſter Führer muß alle Möglichkeiten in Betracht ziehen und ſeine Maßnahmen gegen die wahrſcheinlichſte derſelben richten. Er muß in Selbſtbeherrſchung die Dinge leiten, die er am beſten in der Geſamtheit und in ihren großen Zuſammenhängen überſehen kann, und er darf vor allem in ſolcher nervöſen und kopfloſen Zeit nicht auch ſelbſt die Nerven verlieren. Sachlichkeit und Selbſtbeſcheidung müſſen ſiegen über Gefühle, ſo tief und ſo ſtark ſie auch ſein mögen und natürlich erſt recht über Eitelkeit und Preſtigerückſichten. Das Ziel darf nicht über die zu Gebote ſtehenden Möglichkeiten hinausgehen. Auch die bedeutenden moraliſchen Rückwirkungen des Annabergſieges durften nicht durch weitere Rückſchläge, wie ſie bald eingetreten waren, und wie ſie bei weiterem Vorgehen zu erwarten waren, verwiſcht werden. Nicht in Kühnheit und Bravour darf in ſolcher Lage gehandelt werden, wenn auch alle Faſern des Herzens dazu drängen, ſondern in dem höheren Mute, der auch eine Abſage der Wünſche der von ihm Geführten und ihre Mißbilligung nicht fürchtet. Ein Gewährenlaſſen des vorwärtsſtürmenden Dranges

wäre hier geradezu Feigheit geweſen. Es war natürlich eine höchſt unerfreuliche Aufgabe, eine Truppe, die doch nur zum Kämpfen zuſammengekommen war, und die z. T. ſcharf zum Angriff drängte, zurückzuhalten. Von mancher Seite wurde ſogar die Frage der Auflöſung des Selbſtſchutzes an mich herangetragen, da es wenig wahrſcheinlich ſei, ein lohnendes Ziel zu erreichen. Dieſe Auffaſſung fand aber auch bei den Prominenten Oberſchleſiens heftigſten Widerſtand, weil ſie überzeugt waren, daß dann die Inſurgenten nicht nachgeben, ſondern weiter vorrücken und neues Unheil ſtiften würden. Eine Verwendung unſerer Notwehrorganiſation bei der Wiederherſtellung des Rechtszuſtandes, alſo des Zieles, das der E.K. und dem Selbſtſchutz doch hätte gemeinſam ſein müſſen, ſchien nach dem nahe bevorſtehenden Eintreffen der Engländer auch noch in irgendeiner Form möglich, wenn auch nicht ſehr wahrſcheinlich. Gern hätte ich ſchwerſte Verantwortung auf mich genommen, wenn hier Großes erzielt werden konnte, aber hierzu waren die Kräfteverhältniſſe zu ungleich — nur ein großes Unglück wäre erreicht worden. Maßnahmen auf Grund oberflächlicher oder gar leichtfertiger Beurteilung wären bei der äußerſt geſpannten Geſamtlage geradezu verbrecheriſch geweſen. Ich faßte die Wirklichkeit ins Auge und ging bei meinem Handeln von ihr aus. Dabei wollte ich neben den harten, bitteren Tatſachen auch das Idealiſtiſche möglichſt nicht überſehen. Alle die vorſtehend geſchilderten Umſtände und Erwägungen führten mich zu folgendem Entſchluß:

Handeln im Sinne der Berliner Direktive, da anderenfalls unermeßlicher Schaden entſtehen konnte. Mit kühler Vernunft Ausnutzung von Gelegenheiten, um das zu tun, was nach den militäriſchen Kräfteverhältniſſen erreichbar war, ohne politiſch viel zu verſchütten. Wahrung der deutſchen Würde unter allen Umſtänden, und Anwendung von Gewalt da, wo Gewalt gegen uns gebraucht wurde. Im weſentlichen ſollte ſich alſo der Selbſtſchutz, ſolange ſich die Lage nicht änderte, darauf beſchränken, ein weiteres Vordringen der Inſurgenten zu verhindern.

Ich war mir wohl bewußt, daß beſonders die mittlere Führung, die mit ihren weitgehenden Zielen nicht durchdrang, mir dies übel vermerken werde. Ich verſtand dies vollkommen und wußte auch, daß ſie meine eindeutigen Weiſungen, wo nur irgend möglich, zu umgehen gewillt war. Auch abfällige Bewertung meiner Perſon und Vorwürfe wie „Schlappheit“ oder „Mangel an Mut, Entſchloſſenheit und Energie“ kann ich von ihrem Standpunkt aus durchaus mitfühlen.

Mein Standpunkt mußte leider ein anderer ſein. Wer den beſſeren Dienſt erwieſen hat, hätte ganz einwandfrei wohl nur dann feſtgeſtellt werden können, wenn die andere Auffaſſung zur Ausführung gelangt wäre. Daß der jetzt von mir gefaßte Entſchluß bald weiter geſteckt werden und damit meine Aufgabe weiter geführt werden könne, hoffte und wünſchte ich ſtark. Leider ſollte es nicht dazu kommen. Eine Beſtätigung war es mir, daß der damalige kluge Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, in einem Prozeß 1932 ausgeſagt hat: er ſei über die damaligen Verhältniſſe genau unterrichtet geweſen, die militäriſchen Kräfte in Oberſchleſien hätten zu einem weiteren Vorgehen des Selbſtſchutzes gar nicht ausgereicht.

Bei meinen täglichen Truppenbeſuchen zeigte ich natürlich Optimismus, und betonte dabei, daß der leider gefeſſelte Selbſtſchutz bei Bewegungsfreiheit leicht ganz Oberſchleſien befreien würde. Selbſtbewußter Stolz war für ihn, der doch eventuell noch kämpfen mußte, eine wichtige Vorbedingung. Ich machte hierbei auch auf die Folgen aufmerkſam, welche eine Stellungnahme gegen die I.K. und ihre Truppen nach ſich ziehen würden und mahnte eindringlichſt, was ſie dem guten Ruf des Selbſtſchutzes und dem deutſchen Namen ſchuldig ſeien.

Vor weiterer Schilderung der Ereigniſſe möge auf die Verhältniſſe meines Stabes näher eingegangen werden. Am 23. Mai benachrichtigte mich Oberſt von Schwartzkoppen, daß der Herr aus Tirol (ſ. S. 146), der als Chef meinem Stabe zugedacht war, telegraphiert habe, er könne nicht kommen, da er krank ſei. Ein Hauptmann a. D. Jacobſen werde im Laufe des morgigen Tages zu mir treten; er habe ſchon im Kriege eine Generalſtabsſtelle bekleidet. Ich antwortete, daß mir der Herr willkommen ſei, ich aber erwarten müſſe, daß mir endlich ein älterer, erfahrenerer Berater zugeteilt werde. Die letzten Tage hätten bewieſen, daß die Doppelſtellung als Leiter der Zentrale und als Chef des Selbſtſchutzes nicht auszufüllen ſei; der Chef gehöre zu mir und nicht nach Breslau. Da Gruppe Süd einen Oberſtleutnant als Chef und einen älteren Major als Oberquartiermeiſter habe, ſei mir auch aus Autoritätsgründen mit einem Hauptmann allein nicht gedient. Auch bat ich erneut, zu veranlaſſen, daß mir endlich ein militäriſcher Rechtsberater und ein Dolmetſcher überwieſen würden. Jacobſen erhielt, um ihm mehr Gewicht zu geben, den Charakter eines Majors, zu dem er übrigens auch heranſtand; meine weiteren Forderungen ſind nicht erfüllt worden. Jacobſen blieb bis zum Schluß bei mir.

Er war ſehr intereſſiert und hat bei unermüdlichem Fleiß und großer Umſicht vortreffliche Dienſte geleiſtet; vorher warr er im Freikorps-Stabe des Generals Märker tätig geweſen. Er warr aber mehr der Ia des Oberſt von Schwartzkoppen, den er weiſungsgegemäß mit Schriftlichem verſehen mußte, was ich ihm gern überließ; ddie Umſpitzelung zwang dabei, manches nicht und manches anderes zu ſageen. Von Schwartzkoppen fühlte ſich offenbar noch weiter als oberſter LLeiter des Selbſtſchutzes und ſah mich als ſein ausführendes Organ ann. Berlin wollte mich in mißtrauiſcher Sorge nicht aus der Hand verrlieren und hatte mich an von Schwartzkoppen gefeſſelt, der im unbeſeetzten Gebiet verbleiben und damit für die Reichsregierung jederzeit: erreichbar ſein ſollte. Dies war einleuchtend; aber ich entbehrte eines Chefs, weil von Schwartzkoppen durch ſeine umfangreiche und wichtige Arlrbeit für die Ergänzung und Verſorgung des Selbſtſchutzes voll in Anſſpruch genommen war. Als Mittler mit Berlin war von Schwartzkoppenns Tätigkeit anſcheinend nicht groß. So weit ich mich erinnere, hat er mir vvon dort, abgeſehen von diplomatiſchen Schriftſtücken, faſt nichts übermittelt. Vielleicht ſollte die Neutralität nicht verletzt werden, vielleicht I hatte man auch nichts zu ſagen. Es iſt das Schickſal, daß Menſchen mitit beſonderen Aufgaben oft einſam und allein ſind, mir ward dieſes Schchickſal — aber ich trug ſelbſt mit Schuld daran. Ich zog mich auf michch ſelbſt zurück mit dem feſten Willen, nach beſten Kräften meine Aufggabe ſo gut wie irgend möglich zu erfüllen. Meine erſten Begleiter: MMajor a. D. Exner und Leutnant a. D. Graf Pückler traten zur Zentralde zurück. Durch Kommandierungen wurde der Stab der Oberleitungg in der nächſten Zeit ergänzt und erweitert. Ein Rittmeiſter a. D. ivon Raczek erhielt die Adjutantengeſchäfte, ein Oberleutnant a. D. Ottto wurde Gehilfe des Major Jacobſen, ein Leutnant a. D. von Carlowitz Ordonnanzoffizier. Alle waren prächtige, tüchtige Männer, ebenſſo die kommandierten Schreiber. Ein Induſtrieller hatte die Freundlichkeit, dem Stabe der Oberleitung eine Schreibmaſchine zu leihen unnd eine Stenotypiſtin zu ſtellen. Allen dieſen treuen Helfern der Obberleitung, die in hingebender Weiſe Beſtes geleiſtet haben, gebührt ddankbare Anerkennung. — Daß die Zentrale dieſes notwendige Handwerkszeug nicht rechtzeitig bereitgeſtellt hatte, war eine ſchädliche Unnterlaſſung.

Ich war bemüht, mir ältere Kameraden zuum Selbſtſchutz heranzuziehen, aber die meiſten hielten es für eine auusſichtsloſe Sache oder hatten andere Gründe, abzulehnen. Der hochboewährte einſtige Freikorpsführer General Märker war auf Anregunng von Dresden nach

Breslau gekommen und hatte ſich der Zentrale für den Selbſtſchutz zur Verfügung geſtellt. Aus politiſchen Gründen (Kapp-Putſch?) war er von Berlin oder Breslau abgelehnt worden, was ich leider erſt erfuhr, nachdem er wieder abgereiſt war.

Unter den Deutſch-Oberſchleſiern aus der politiſchen Führerſchicht und den ihr naheſtehenden Kreiſen hatte der tückiſche dritte polniſche Überfall allen Hader verſtummen laſſen und — das erſtemal im Reich ſeit 1914 — verband volle Einmütigkeit alle Parteien von rechts bis links und alle Konfeſſionen. Wiederum beſtätigte ſich, daß Not zuſammenſchweißt. Bei dem völligen Verſagen der Treuhänder des Landes hatte die Bevölkerung, wie ſchon erwähnt [1]), eine politiſche Leitung zur Vertretung der deutſchen Intereſſen gegenüber der J.K. mit Sitz in Oppeln geſchaffen. Aber auch die gebotene Zuſammenarbeit des Selbſtſchutzes mit der Bevölkerung erforderte ein ſolches Organ. Um dieſes zu verwirklichen, wurden am 24. Mai die Vertreter ſämtlicher Parteien und gewerkſchaftlichen Organiſationen nach Oberglogau zu einer Sitzung eingeladen. Auf ihr einigte man ſich dahin, daß ein Zwölferausſchuß gewählt wurde. Seine Mitglieder enthält Anlage 5. Drei Mitglieder bildeten den geſchäftsführenden Ausſchuß (Dreierausſchuß). An der Spitze ſtand der Pfarrer, ſpätere Prälat Ulitzka, Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei, eine markante Perſönlichkeit mit Verſtändnis für die militäriſchen Notwendigkeiten der Stunde. Der Ausſchuß ſollte ſolange als Vertretung der Bevölkerung wirken, bis die Verbindung mit dem inſurgierten Gebiet wiederhergeſtellt war. Er war natürlich keine Regierung und wollte auch keine ſein. Ich wollte dieſe Vertretung der deutſch-oberſchleſiſchen Bevölkerung haben, denn ein einmütiges Zuſammenarbeiten mit dieſer war eine zwingende Notwendigkeit für die Erfüllung der Aufgaben des Selbſtſchutzes. Der Zwölferausſchuß wurde durch Vermittlung des Legationsrates von Moltke von der J.K. anerkannt; ſpäter freilich, als dieſer ehrliche Makler der J.K. gegenüber ein erfreuliches Rückgrat zeigte, wollte ſie nichts von ihm wiſſen. In dem Ausſchuß wirkten ſämtliche Parteien uſw. ohne Reibungen loyal zuſammen. Ebenſo hat die Selbſtſchutzleitung bis zum Schluß im Einvernehmen mit dem Ausſchuß gearbeitet, der ihr und den Truppen nach Kräften zur Seite ſtand. Auf die Kommandogewalt und die militäriſchen Operationen hatte der Zwölferausſchuß natürlich keinen

[1]) S. Seite 113.

maßgebenden Einfluß, ebenſowenig wie Legegationsrat von Moltke. Die beſonders aktiviſtiſchen Teile des Selbſtſchutzes ſtanden ihm zumeiſt mißtrauiſch, ja feindſelig gegenüber. Die Aulufgaben des Ausſchuſſes wurden in gemeinſamen Beratungen mit Vertretern der Selbſtſchutzleitung feſtgelegt. Sie ergaben ſich aus der LLage:

1. Wie bisher Vertretung der Intereſſen i der Bevölkerung gegenüber der I.K.
2. Regelung der manchmal etwas wildden Beitreibungen des Selbſtſchutzes.
3. Nachprüfungen, ob Verhaftungen von ı Zivilperſonen zu Recht erfolgt ſind.
4. Mitwirkung bei der Flüchtlings- und ARbeitsloſenfürſorge u. a.

Es wurde ein Aktions- und Requiſitionsausſchuß und ein Ausſchuß für Verhaftungen gebildet mit Unterabteilunggen in den Kreiſen und in den Orten.

Am 24. Mai nachmittags während einer Beſprechung mit dem Stabe der Gruppe Süd in Krappitz wurde mir ein engliſcher Leutnant gemeldet, der auf meine Frage, was er wünſchte, erwiderte:

„Ich ſoll ſagen, die Deutſchen können naach Belieben angreifen.“ Ich verlangte nähere Aufklärung, woraufhin er ſein Notizbuch nahm und etwas Engliſches vorlaß. Ich erſuchte ihn, i da er doch der deutſchen Sprache mächtig ſcheine, es in dieſe zu überſetzen. Es lautete:

„Major Keatings läßt ſagen, die Kommiſſion würde eine allgemeine Offenſive des Selbſtſchutzes nicht als erwünſcht bezeichnen, doch bleiben örtliche Unternehmungen zur Sicherung ſeiner jetzigen Stellung oder zum Schutze deutſchen Lebens und Eigentums dem Ermeſſen des General Hoefer anheimgeſtellt.“

Ich bewertete dieſe Mitteilung dahin, daß ſie die Antwort auf meine Bitten war, dem Selbſtſchutz mehr Bewegungsfreiheit einzuräumen. Es erſchien mir vorteilhaft, mit dem den Deutſchen wohlgeſinnten engliſchen Kommiſſar, Oberſt Percival, in perſönliche Beziehungen zu treten. Ich ſondierte Legationsrat von Moltke darüber, dem ich auch vorſtehende Nachricht des Major Keatings mitteilte. Er war über letztere ſehr erſtaunt, da ſeiner Anſicht nach die I.K. nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer Drohung vom 21. Mai ſtehe. Weiter ſagte er mir, daß Oberſt Percival ſchon ſeit einigen Tagen ſchwer krank und daher dispoſitionsunfähig ſei, die Mitteilung daher nicht von ihm herrühren könne. Ebenfalls ſicher nicht von den Generalen Le Rond und de Marinis; denn mit letzterem habe er erſt vor einer Stunde

verhandelt. Er könne Percival, deſſen baldiges Ableben ſogar erwartet würde, und der die Geſchäfte als Mitglied der J.K. bereits niedergelegt habe, unmöglich aufſuchen. Wahrſcheinlich handele es ſich, wie ſo oft, um eine der beliebten Aufmunterungen unverantwortlicher engliſcher Offiziere. Oberſt von Schwartzkoppen teilte ich die Keatingsſche Mitteilung und meine Auffaſſung über ſie mit zwecks Weitergabe nach Berlin. Er hatte dabei in Berlin auch angefragt, ob eine Änderung der Selbſtſchutzaufgaben eingetreten ſei, aber erfahren, daß dies nicht der Fall wäre. Er warnte dringend davor, den Gruppen größere Freiheiten als bisher zu geben. Der zügelloſe Selbſttätigkeitsdrang einiger Führer könne zu ſchwerſten Nachteilen führen. Nach den bisherigen Erfahrungen und bei der Fragwürdigkeit der engliſchen Mitteilung ſei äußerſte Vorſicht geboten. — Am Abend desſelben Tages wurde mir in Oberglogau gemeldet, daß ein älterer engliſcher Offizier unten ſei, der gebeten habe, ihm die Mitteilung zur Einſicht zu geben, welche ein engliſcher Leutnant mir heute in Krappitz gegeben habe. Ich ließ den Herrn zu mir bitten. Als ihm dies übermittelt worden, verließ er das Haus und kam nicht wieder. Eine etwas myſteriöſe Sache! War es ein Engländer, war es ein Spion? — Am folgenden Tage, den 25. Mai, traf ich mit Major Keatings zuſammen. Ich ſondierte ihn über den eben erwähnten Fall — er wußte von nichts. Über ſeine geſtrige Mitteilung ſagte er, daß er ſie ſelbſt aufgeſetzt und von Oberſt Percival an deſſen Krankenbette das Einverſtändnis erbeten und erhalten habe. Ich dankte ihm für die Erfüllung meiner Bitte. Im weiteren Verlauf der Beſprechung wies ich ihn auch auf die Zweiſchneidigkeit kleiner Vorſtöße des Selbſtſchutzes hin, weil die Inſurgenten ihre wiederholten Drohungen, ſofort an Deutſchen in ihrem Machtbereich brutale Rache zu nehmen, ſtets wahr gemacht hätten. Auch ſagte ich ihm, daß die Bewaffnung und Munitionsausrüſtung des Selbſtſchutzes infolge der erzwungenen Entwaffnung Deutſchlands eine ſehr ſchlechte ſei. Er hatte im Hinblick auf unſeren Annabergerfolg ſtarke Zweifel, ſagte aber ſchließlich, daß er, der die Munitionsergänzung der Apo in Händen habe, uns bald Munition zuſtecken werde — was aber nie geſchah. Später ſagte er mir, daß ihm die Hergabe verweigert worden wäre. Auch mein dauerndes Drängen bei der Zentrale um Munition, Maſchinengewehre uſw. hatte nur ſehr geringen Erfolg.

Oberſt Percival iſt ſeiner ſchweren Erkrankung wegen als Kommiſſar der J.K. abgelöſt worden. Er ließ in England öffentlich erklären: „daß ſeine Geſundheit völlig zuſammengebrochen ſei durch den fort-

währenden Kampf zwiſchen ſeinem Gewiſſen unnd ſeiner Verpflichtung, mit den Franzoſen nicht zu brechen.“ Er wvurde durch Sir Harald Stuart erſetzt. Von dieſem war bekannt, daß er t bei den bolſchewiſtiſchen Unruhen im Ruhrgebiet im März 1920 als Mitiglied der interalliierten Rheinlandkommiſſion die 400 deutſchen Offiziziere und 750 Mann, die in die engliſche Zone übergetreten waren, doort zurückbehalten hatte, obgleich Deutſchland ausdrücklich ermächtigt waur, den Aufſtand niederzuſchlagen. Dieſe Neutralität dem Bolſchewismus gegenüber, die dieſen als gleichwertige Macht anerkannte, hatte ɜ damals große Erregung hervorgerufen.

Ich erwog eingehend, welche operativen ı Möglichkeiten an den verſchiedenen Frontabſchnitten vorlagen. Die e zur Gruppe Süd gehörende Oberfront vom Hultſchiner Ländchenn bis zur Oeſchowitzer Oberbrücke nördlich Coſel war 68 km lang und ı wurde von 8 ſchwachen Bataillonen geſchützt. Bei der derzeitigen Beſchaffenheit der Truppen an dieſer Front [1]) war eine Aktion dort ausgeſchloſſen. Die geringe Truppenzahl reichte auch kaum für die jetzige e Front aus, ihre Verlängerung durch Vortreiben von Brückenköpfen ı uſw. wäre daher unklug geweſen. In der tief vorſpringenden Naſe iim Annaberggebiet, wo die Inſurgenten eben noch geſchickt und energiſiſch geführte Gegenſtöße gemacht hatten, ging die Reinigung und Gliliederung noch vor ſich. Die weſentlich erweiterte Front — von 5 auuf 25 km — erforderte natürlich mehr Kräfte als bisher. Hier waren ı die bewährten Sturmtruppen des Selbſtſchutzes, die aber durch die letzttten Kämpfe empfindliche Verluſte erlitten hatten. Reſerven fehlten faaſt ganz. Eine Frontverlängerung durch Vorſtöße wäre daher nachtteilig geweſen. Im Abſchnitt Nord lagen die Verhältniſſe nicht viel canders. Dort hätte ich aber beſonders Roſenberg gern genommen. Ich beſprach dieſen Fall eingehend mit Oberſtleutnant Grützner. Er tbat mich dringend, jetzt davon abzuſtehen. Der Feind habe ſich an ſeeiner Front, namentlich bei Roſenberg, weſentlich verſtärkt, er verfüge: über eine ſolche Fülle von Maſchinengewehren, ſowie über mehrere Panzerzüge und über reichlich Artillerie. Er glaube, daß bei dem außerordentlichen Kräfteunterſchied und der elenden eigenen Bewafffnung jetzt ein Vorſtoß mit größter Wahrſcheinlichkeit zu einem ſchweeren Mißerfolge führen werde. Er möchte die Verantwortung für einee ſolche Aktion jetzt noch nicht übernehmen. Er wolle die Truppe erſt ı noch feſtigen und beſſer

[1]) S. Seite 173.

ausſtatten; der engliſche Major Keatings habe ihm feſt verſprochen, Waffen und Munition von der Apo zu verſchaffen (ſie ſind nie eingetroffen). Er ſei ſchon dauernd dabei, ſich durch ſyſtematiſches Verfahren eine günſtigere Angriffsbaſis zu ſchaffen, um dann ein ſicheres Unternehmen durchführen zu können; dies ſei durch den unglücklichen Vorſtoß am 22. Mai (ſ. S. 174) ſehr geſtört. Ich konnte mich dieſen Gründen nicht verſchließen. Durch den Ratiborer Echec am 23. Mai war es mir ja leider nicht möglich, ihm friſche Truppen zur Verfügung zu ſtellen. Die Achtung, die ſich der Selbſtſchutz durch den Annabergſieg bei Freund und Feind erworben, durfte auch nicht durch einen neuen Mißerfolg aufs Spiel geſetzt werden und eine Teilaktion konnte ja auch nie von ausſchlaggebender Bedeutung werden. Die Inſurgenten hatten durch ihren glänzenden Spionagedienſt ſicher auch ſchon wieder von der Mitteilung des engliſchen Majors Kenntnis erhalten, denn ſie drohten erneut an allen Fronten bei jedem Vorgehen des Selbſtſchutzes Gewaltmaßnahmen gegen die in ihrer Hand befindlichen Deutſchen anzuwenden und alle wertvollen Objekte zu ſprengen; ſie verhielten ſich auch in der nächſten Zeit auffallend ruhig, wohl um keinen Anlaß zu deutſchen Angriffen zu geben. Wie Korfanty ſeine Spionage organiſiert hatte, darüber hat er ſehr offenherzig in einer Nummer ſeiner „Polonia“ vom Mai 1925 folgendes geſchrieben:

„Ich hatte einen nicht ſchlecht organiſierten Nachrichtendienſt, der mich beinahe täglich über die Beratungen der Kommiſſion und über den Stand der Abſichten der einzelnen Kommiſſare informierte. Ich beobachtete alle Kommiſſare ohne Ausnahme. Außerdem war ich im Beſitz des Telegrammſchlüſſels des engliſchen Kommiſſars Percival und habe viele ſeiner Telegramme zu leſen bekommen, wodurch ich über ſeine geheimſten Abſichten unterrichtet wurde. Die Papierkörbe der einzelnen Kommiſſare wurden von meinen Vertrauensmännern wie Goldgruben durchwühlt und haben mir ſehr viel intereſſantes Material geliefert. Leichtſinnigerweiſe wurden Entwürfe wichtiger Briefe in die Körbe geworfen.“

An Stellen, an denen das Verhalten der Inſurgenten Gegenmaßnahmen erforderlich machte, haben ſolche natürlich ſtattgefunden, vornehmlich im Abſchnitt Nord, wo der Feind reger war wie bei Süd. So bei Leſchna am 24. Mai, bei Zembowitz am 25. Mai, bei Boritſch — gemeinſam mit Apo — am 26. Mai und 1. Juni. Hierbei traf der Selbſtſchutz gelegentlich auch auf franzöſiſche Abteilungen, ſo die

Kompanie des Grafen Schweinitz auf dem Marſch von Malapane nach Groß-Stein; es gelang aber, das Gefecht noch rechtzeitig abzubrechen. Ein aus Roſenberg herausgeführter ſtarker feindlicher Angriff zwang am 26. Mai zur Zurücknahme unſerer vorſpringenden Linie nördlich dieſer Stadt um mehrere Kilometer. Dies machte die mühſame Arbeit der letzten Tage zunichte und zerſtörte die Hoffnungen auf eine baldige Einnahme Roſenbergs, zumal unſere Waffen- und Munitionslage immer noch kläglich war. Die richtige Erkenntnis des Oberſtleutnants Grützner wurde hierdurch dargetan. Durch „örtliche Unternehmungen“ wurde ein Schutz von Leben und Eigentum Deutſcher in dem betreffenden Gebiet nicht erreicht, vielmehr war das Gegenteil der Fall. Die Inſurgenten machten ihre Drohung, bei Vorſtößen des Selbſtſchutzes Vergeltung an den in ihrer Gewalt befindlichen Deutſchen zu üben, wahr. Wurde der Ort A. genommen, ſo rächten ſich die Polen an den Deutſchen im Orte B. Es war bekannt, daß Liſten der deutſchgeſinnten Bewohner beſtanden, die zur Strafe für Vorſtöße des Selbſtſchutzes nach Polen oder in das berüchtigte Internierungslager Neu-Berun verſchleppt, oder als Geiſeln feſtgenommen, oder erſchoſſen werden ſollten. Ferner wußten wir, daß die Inſurgenten für jeden ihrer Rayons einen genauen Zerſtörungsplan, beſonders von Schlöſſern, öffentlichen Gebäuden, Brücken uſw. hatten, der bei Angriffen des Selbſtſchutzes auszuführen war. Die Inſurgenten verfügten über die großen Lager der zwei Sprengſtoffwerke Oberſchleſiens und hatten ihre Front reichlich damit ausgeſtattet; auch lbot ihnen jede Grube Sprengmittel. Sie haben ſie auch mehrfach angewendet und große Schäden angerichtet. Korfanty hatte den Alliierten in der Note vom 3. Mai angekündigt: „das Volk wird eher alle Gruben und Hütten ſowie andere Arbeitsſtätten vernichten, als daß es kapitulieren würde“ und in einem ſpäteren Aufruf an die Deutſchen in den Städten hatte er gedroht, „Oberſchleſien in einen Trümmerhaufen zu verwandeln“ [1]). Wenn ich dies auch für eine Übertreibung hielt, da ich mir nicht denken konnte, daß die Oberſchleſier die Stätten, die ihnen Arbeit und Brot gaben, zerſtören würden, ſo wußte ich doch, daß noch vieles andere zu zerſtören war als Hütten und Gruben und daß auch viele Nicht-Oberſchleſier in den Reihen der Aufſtändiſchen ſtanden. Ich beſprach mit einigen Selbſtſchutzführern und mit prominenten Vertretern Oberſchleſiens die verſchiedenen Vor- und Nachteile eingehend. Nur

[1]) S. Anlage 6.

eine schlagartige Befreiung des insurgierten Gebietes etwa bis Kattowitz —Myslowitz wurde von allen Seiten als erfolgversprechend angesehen. Teilaktionen brachten den Deutschen aus vorerwähnten Gründen mehr Schaden als Nutzen ein. Es wurde auch befürchtet, daß eine durch Teilvorstöße erreichte Zwischenlinie bei der Entscheidung über Oberschlesien eine verhängnisvolle Rolle spielen könne, und ich wurde gebeten, von solchen abzusehen. Diese Befürchtung schien mir wenig wahrscheinlich, aber nach allem, was uns Deutschen schon angetan worden war, doch möglich. Für mich war in erster Linie die militärische Lage ausschlaggebend. Bei einer Munitionslage mit knapp fünf Patronen fürs Gewehr bei etwa $^9/_{10}$ der Formationen wäre ein Vorstürmen zum Großangriff gegen die wesentlich besser bewaffneten Insurgenten gewissenlos gewesen. Daß die I.K., insonderheit ihr Leiter, General Le Rond, dem Selbstschutz eine solche Generalabrechnung mit den Insurgenten nicht zubilligen wollte, geht aus ihrem Verhalten vorher und nachher klar hervor. Angenommen, es wäre dem Selbstschutz trotz allem ein Vorstoß tief hinein und ohne Zusammenstoß mit Franzosen geglückt — eine schnell zu bewirkende Versammlung der französischen Truppen im Rücken des Selbstschutzes brachte diesen in ihre Gewalt, was doch keine würdige Lage gewesen wäre. Das Anheimstellen *örtlicher* Unternehmungen zum Schutze meiner *jetzigen* Stellung oder zum Schutze deutschen Lebens und Eigentums hielt mich an der I.K.-Strippe. Ging ich über diese Genehmigung hinaus, hatte General Le Rond es in der Hand, mit dem Selbstschutz zu verfahren, wie es ihm beliebte, und es stand und steht ihm auch frei, seine damaligen Absichten so darzulegen, wie es ihm beliebt.

Bei der Übernahme des Kommandos durch mich war von verschiedenen Seiten bewegliche Klage über schwere Ausschreitungen und Vergewaltigungen aller Art durch Angehörige des S.S. geführt worden. Aber für keinen Fall konnte mir der Täter oder auch nur die Truppe angegeben werden, bei der dies geschehen war. Die Truppen wiesen jeden Zusammenhang mit den angeblichen Gesetzwidrigkeiten, Erschießungen usw. empört zurück. Die Deutsch-Oberschlesier im Abstimmungsgebiet hatten als Souverän die Entente, die sie als Treuhänder des Landes zu schützen hatte, aber nicht schützte. Das schwer gepeinigte deutsch-oberschlesische Volk war daher zu Notwehrhandlungen gezwungen. Wie weit solche Handlungen öffentlich oder geheim vorgenommen werden mußten, diktierte die Rücksicht auf die Geheimhaltung vor der Entente und ihren Organen. Die Greuel des zweiten

Aufſtandes, die erbitterten Abſtimmungskämpfe der letzten Zeit und die täglichen Nachrichten über niederträchtigſte Scheußlichkeiten, Grauſamkeiten und Morde der Aufſtändiſchen an Deutſchgeſinnten im inſurgierten Gebiet hatten naturgemäß eine tiefe Wut gegen die Polniſchgeſinnten ausgelöſt. Ebenſo beherrſchte glühender Haß die national und völkiſch Denkenden gegen die Juden und die anderen, die den Dolchſtoß von hinten geführt und unſererem Volke ſo furchtbar geſchadet hatten. Einzelne Selbſtſchutzler und ganze Formationen verkündeten laut, daß ſie alle Juden in Oberſchleſien totſchlagen wollten. Sicher handelte es ſich nur um Maulhelden, aber es hatte Furcht im Lande ausgelöſt; eine Deputation aus Oppeln bat mich flehentlich um Hilfe. Mündliche Hinweiſe beſeitigten bald dieſen Spuk. Einige Formationen führten auf ihren Fahrzeugen übergroße Hakenkreuzplakate. Im Hinblick auf die hier unbedingt gebotene Einmütigkeit aller deutſchen Parteien bat ich um ihren Erſatz durch normale Fahnen, was auch geſchah. Ich erwähne all dies nur, weil es auch Anlaß zur Hetze gegen mich war.

In Oberſchleſien herrſchte damals offener Krieg und das Leben jedes einzelnen war in Gefahr. Auch überwältigende Angſt vor Nachteilen durch die andere Seite war, wie ſo oft, mit der Anlaß zu Notwehrhandlungen. Alle Menſchen ſind doch mehr oder weniger das Produkt ihrer Zeit und ihrer Umgebung. Die damalige Zeit in Oberſchleſien aber war eine gewalttätige voll entfeſſelter Leidenſchaften, eine Zeit roher Willkür, die unüberlegten Äußerungen und Handlungen und hemmungsloſem Tatendrang ſtarken Vorſchub leiſtete. Wie war es denn nach anderen, großen verlorenen Kriegen? Immer herrſchte nach ihnen grauenhafte Verwilderung. Da kann man doch nicht gut erwarten, daß wir nach dem verlorenen Weltkriege, wohl dem größten in der ganzen Weltgeſchichte, geſchändet und gequält von unſeren Feinden, das gleiche Sittenbild bieten, wie etwa in der Vorkriegszeit. Daß in ſolcher Atmoſphäre auch manchmal der Wert menſchlichen Lebens geringer geachtet wurde, als geboten, iſt naheliegend. Man darf daher meines Erachtens nicht phariſäiſch urteilen über Handlungen in einer Zeit ungeheurer vaterländiſcher und ſittlicher Wirrnis, unaufhörlicher Bedrängnis und zwingendſter Not, die Unheil gebären mußte. Beſonders die Jugend befand ſich bei der Schwäche der menſchlichen Natur damals vielfach in einem geiſtigen Zuſtande, der ihr die Fähigkeit raubte, Recht und Unrecht immer in ausreichendem Maße zu unterſcheiden. Dabei hat das, was die bürgerliche Moral mit Abſcheu als

Unrecht verdammte, oft größeren Übeln vorgebeugt. Auch hier beim Selbſtſchutz Oberſchleſien handelte es ſich faſt nie um gemeine Verbrechen aus Eigennutz, ſondern die Täter gehorchten einer Macht, der ſie keinen Widerſtand bieten konnten, nämlich ihren patriotiſchen Gefühlen. Gerecht kann über dieſe Handlungen nur unter voller Berückſichtigung des Geiſtes geurteilt werden, der damals in dem haß- und ſturmdurchpeitſchten Oberſchleſien geherrſcht hatte. Es iſt auch immer zu bedenken, daß es ſich hier nicht um diſziplinierte Truppen, ſondern um ein in aufgeregteſter Zeit in größter Eile und ohne jede Vorbereitung zuſammengewürfeltes Aufgebot von etwa 25 bis 30 000 Mann handelte, bei dem eine Sichtung in ausreichender Weiſe nicht möglich war, ſo daß angezogene dunklere Exiſtenzen erſt allmählich abgeſtoßen werden konnten.

Zur Bekämpfung der Geſetzloſigkeiten gab es für dieſe militäriſchen Formationen in einem Aufruhrgebiete, das ſozuſagen „Niemandland“ war, weder Organe noch Vorſchriften. Das Deutſche Reich hatte kein Recht, die I.K. übte keine Macht in ihm gegen die Polen, und der ordentliche Rechtsweg war zumeiſt ausgeſchloſſen. Die Truppen waren daher auf Selbſthilfe angewieſen, zumal, wenn ſchnelles Handeln geboten war. Wenngleich mir in den letzten Tagen keine neuen Ausſchreitungen gemeldet waren, war ich doch überzeugt, daß ſolche früher vorgekommen und jederzeit wieder vorkommen konnten. Ich hielt es daher für meine Pflicht, den Truppen ein Mittel in die Hand zu geben, unſaubere Elemente zu entfernen und eine Geheimjuſtiz dadurch auszuſchalten, daß ich ſelbſt die Verantwortung übernahm. Die notwendigen Maßnahmen und das Recht zu ihnen lagen, da das Reich ausgeſchaltet war, allein bei mir. Wenn die Truppe die Möglichkeit hatte, über Verfehlungen ſelbſt und ſchnell „in aller Öffentlichkeit“ zu urteilen, hatte die Geheim- und Lynchjuſtiz keinen Zweck mehr. Vergebens hatte ich auf den in Breslau und Berlin als juriſtiſchen Berater mehrfach angeforderten Kriegsgerichtsrat gewartet, der bei einem ſo großen Truppenkörper doch wohl unbedingt notwendig war. Als Nichtjuriſt ſtützte ich mich auf den Rat des Rechtsanwalts Thienel, eines Mitgliedes des Dreierausſchuſſes. Eine Anzeigepflicht bei Zivilgerichten allein genügte in dem „geſetzloſen Lande“ nicht. Es mußte etwas gegeben werden, das Ausſicht hatte, reſpektiert zu werden. Es wurde daher eine Verordnung zur Einſetzung von „Kameradengerichten“ aufgeſtellt. Dieſe Verordnung mußte durch ſchwere Strafandrohungen und raſche Aburteilung abſchreckend wirken. Ich nahm

es daher auf mich, auch die Todesſtrafe anzudrohen. Dabei war ich mir bewußt, daß dieſes Mittel, wenngleich das Abſtimmungsgebiet nicht dem Reich unterſtand, als ſchwere Ungeſetzlichkeit angefochten werden konnte. Ich war aber auch überzeugt, daß es in dieſer wirren Lage das einzige Mittel war, Bevölkerung und Truppe wirkſam zu ſchützen, und darin erblickte ich eine meiner Pflichten als oberſter Führer. In außergewöhnlichen Zeiten bedarf es einer außergewöhnlichen Gewalt! Die Verordnung wurde der Vertretung der Bevölkerung, der Zentrale in Breslau zwecks Weitergabe nach Berlin und auch der I.K., welche ſich öfter über Ausſchreitungen von Selbſtſchutzangehörigen beklagt hatte, zugeleitet. Durch die Anordnung, daß die Beſtätigung der Urteile durch mich zu erfolgen habe, behielt ich die Ausführung in der Hand. Die in Anlage 8 wiedergegebene Verordnung hat während ihres fünfwöchigen Beſtehens erwieſen, daß die Mannszucht im Selbſtſchutz eine gute war. Es ſind mir in dieſer ganzen Zeit nur etwa acht Urteile auf „ſchimpfliche Ausſtoßung“ und ein einziges Todesurteil zur Beſtätigung vorgelegt worden. Letzteres wurde nicht vollſtreckt, da, wie ſich ſpäter herausſtellte, es ſich um einen Geiſteskranken gehandelt hat. Von urteilsfähiger Seite iſt mir wiederholt verſichert worden, daß die Verordnung vortreffliche Dienſte geleiſtet hat. Auch in den Fällen, in denen die I.K. mir Klagen der Inſurgenten über Grauſamkeiten uſw. des Selbſtſchutzes mitgeteilt hatte, wurden von mir ſofort Unterſuchungskommiſſionen eingeſetzt, denen ſtets auch Ententeoffiziere angehörten. Faſt immer wurde Schuldloſigkeit des Selbſtſchutzes feſtgeſtellt. Bei den jetzt in Oberſchleſien beſtehenden Verhältniſſen war ein wirkſamer Schutz gegen Verrat kaum möglich. Ich hatte daher angeordnet, daß über alles, was für den Gegner wichtig ſein konnte, Schriftliches vermieden werden ſollte, von beabſichtigten Unternehmungen ſollten nur die oberen Führer Kenntnis erhalten und erſt ganz zuletzt die Truppen. Truppenverſchiebungen u. dgl. waren den Polen und den Ententeſpionen ringsum und mitten unter uns unmöglich zu verbergen. Abgeſehen von Unternehmungen war nicht viel geheim zu halten, unſer Zweck und Ziel war klar und rein. Wir hatten auch keine geheimen Waffenlager, keine Geheimformationen u. dgl. Alle Parteien von rechts und von links ſtanden im Selbſtſchutz einmütig zuſammen. Im Quartier der Oberleitung, im Schloß von Oberglogau, von wo doch am meiſten zu verraten geweſen wäre, lag ein franzöſiſcher Offizier mit Büro und Perſonal, und den Selbſtſchutzſtäben waren engliſche Offiziere als Verbindungsoffiziere zu-

geteilt. Es iſt von linksradikaler Seite in ſpäteren Jahren behauptet worden:

„daß die von mir eingerichteten Kameradengerichte den Ausgangspunkt der Femejuſtiz gebildet haben, und daß die Kameradengerichte pſychologiſch, organiſatoriſch und politiſch ein ſehr wichtiges Glied in der unüberſehbaren Kette der vielen Fememorde waren."

Dieſe Behauptung kann nur als widerſinnig bezeichnet werden, denn angebliche Fememorde ſind ſchon vor Mai 1921 und nicht vereinzelt vorgekommen, ſo daß meine Verordnung nicht der Ausgangspunkt geweſen ſein kann. Auch als ein Glied in der Kette der angeblichen Fememorde kann ſie nicht angeſehen werden, denn es handelte ſich bei ihr um ein offenes Verfahren ohne jede Geheimniskrämerei. Es verfolgte doch gerade den Zweck, Geheimjuſtiz auszuſchalten. Die würdeloſe Femehetze iſt eins der traurigſten Kapitel in der ſo traurigen Nachkriegszeit.

Als Dolmetſcher hatte ich mir einen Leutnant a. D. von Pleſſen herangezogen, der engliſch und franzöſiſch ſprach. Er gehörte nicht dem Selbſtſchutz an, ſondern war vom Auswärtigen Amt inoffiziell nach Oberſchleſien entſandt worden, um den Oberſchleſien-Referenten desſelben zu Informationszwecken und zur Verbindung mit den engliſchen Truppen zur Verfügung zu ſtehen; er hatte in Oberſchleſien ein eigenes Büro aufgetan. Er war ſehr gewandt, hatte aber einen übergroßen Selbſtändigkeitsdrang. Ich habe ihn bis zum Schluß beibehalten, und er hat bei den ſpäteren Verhandlungen erſprießliche Dolmetſcherdienſte geleiſtet.

In dieſen Tagen hatten franzöſiſche und andere deutſchfeindliche Blätter in großer Aufmachung den oberſchleſiſchen Selbſtſchutz als Beweisſtück dafür angeführt, daß Deutſchland nicht entwaffnet ſei, weil es möglich geweſen, in allerkürzeſter Zeit ein bewaffnetes Aufgebot von 40 000 Mann aufzuſtellen. Inländiſche Blätter, wie „Rote Fahne" und „Freiheit" brachten Nachrichten über geſchloſſene reichsdeutſche Formationen in Oberſchleſien, und in offiziellen franzöſiſchen Noten waren ja auch ſchon eine Anzahl Freikorps aufgeführt worden, die entgegen den Deutſchland erteilten Weiſungen in Oberſchleſien Verwendung fänden.

Da die I.K. ihr Nichteingreifen gegen die Inſurgenten damit entſchuldigte, daß ihre verteilten Truppen, obgleich doch recht zahlreich und auf das glänzendſte bewaffnet, zur Säuberung des Abſtimmungsgebietes zu ſchwach ſeien, waren für dieſen Zweck engliſche Truppen

im Anrollen. Mitwirkung bei dieſer Aktion ſollllte ich nach der mir ſ. Z. in Berlin erteilten Direktive anſtreben, die freilichch nach den inzwiſchen geführten Verhandlungen ziemlich ausſichtslos erſchhien. Nachdem die interalliierten Mächte ſo oft auf ihre Aktion nach dem Eintreffen der engliſchen Verſtärkungen hingewieſen hatten, konnte ich nnicht annehmen, daß ſie diesmal wieder nichts gegen die Inſurgenten unternehmen würden. Es war hierzu ja auch zunächſt noch kein Krieg erforderlich, ein energiſcher Befehl General Le Ronds unter Drohunng mit dem Einſchreiten der nunmehr verſtärkten interalliierten Truppen hätte wohl auch Wirkung gehabt.

Am 27. Mai war Major Keatings mit einem von der engliſchen Botſchaft in Berlin nach Oberſchleſien entſanddten Herrn, Mr. Breen mit Namen, zu mir nach Oberglogau gekommmen, ohne Auftrag, wie ſie ſagten, nur um mich kennenzulernen. Es wurde mir mitgeteilt, daß von morgen, dem 28. Mai ab, vier engliſchhe Bataillone in Stärke von etwa 3000 Mann eintreffen und zunächſt inn und um Oppeln untergebracht würden. Weitere Truppen mit Artillllerie und Panzerwagen würden folgen. Das erſte Ziel der Engländder werden dann wahrſcheinlich Groß-Strehlitz ſein, von dort würden je nach dem Verhalten der Aufſtändiſchen die übrigen Städte beſetzt woerden. Beteiligung des Selbſtſchutzes an der Säuberungsaktion ſchheine noch zweifelhaft. Ich wurde gefragt, ob der Selbſtſchutz im Vereein mit den Engländern ſtark genug ſei, die Inſurgenten aus dem vonn ihm beſetzten Gebiet zurückzudrängen, oder ob es für nötig gehalten würde, daß franzöſiſche und italieniſche Verſtärkungen herangezogen wwürden. Ferner, ob ich glaube, daß die interalliierten Truppen für ſich alillein für die Säuberungsaufgabe genügten; die Franzoſen hätten bisshher zur Entſchuldigung ihrer Haltung ſich immer damit herausgeredet, daß ſie zu ſchwach gegen die Aufſtändiſchen ſeien. Ich erklärte den Selelbſtſchutz im Verein mit den Engländern für völlig ſtark genug und boetonte eindringlichſt den Wunſch des Selbſtſchutzes, gemeinſam mit dden Engländern an der Wiederherſtellung der Ordnung in dem ſchwerr leidenden Heimatlande beteiligt zu werden. Sie wieſen auf geſchloſſene reichsdeutſche Formationen im Selbſtſchutz hin und darauf, daß dies ſeelbſtwerſtändlich in Paris in ungünſtigſtem Sinne gegen die deutſche Saache in Oberſchleſien ausgenutzt würde. Demgegenüber ſchilderte ich Entſtehung, Art und Ziele des Selbſtſchutzes. Unter Zuſtimmung der Engländer warnte ich vor jeglicher Verhandlung mit Korfanty. Hierbei teilten ſie mir mit, daß Oberſt Percival den Standpunkt vertreten hahbe, Korfanty müſſe zur

Räumung „überredet“ werden. Ich war darüber ſehr erſtaunt; denn bisher hatte ich über die Auffaſſung Percivals eine andere Meinung. Die Herren fragten mich, wie ich mich zu der Frage ſtelle, das durch die Inſurgenten abgeſchnürte Induſtriegebiet mit Lebensmitteln und Geld wieder zu verſorgen und die Verkehrsbeamten anzuhalten, die Verkehrswege in das abgeſperrte Gebiet wieder zu öffnen. Es ſei die Anſicht von Teilen der I.K., daß durch derartige Erleichterungen die Rückkehr zur Arbeit und die Wiederherſtellung geordneter Zuſtände im Induſtriegebiet erleichtert werden würde. Hierauf erwiderte ich, daß es ſich hier um eine reine politiſche Angelegenheit handele, für die ich nicht zuſtändig ſei. Als meine perſönliche Anſicht äußerte ich, daß, wenn ein Vorgehen gegen die Inſurgenten auch weiterhin nicht beliebt würde, eine völlige Abſchnürung des von den Inſurgenten beſetzten Gebietes, natürlich beſonders nach Polen hin, die beſte Waffe ſei, um die troſtloſen Zuſtände zu beenden und den Aufruhr zum Zuſammenbruch zu bringen. Die beiden Herren ſtimmten lebhaft zu. Auf Anfrage erklärte ich noch, daß der Selbſtſchutz ſich ſofort ganz auflöſen werde, ſobald der jetzige Zuſtand beſeitigt und ſeine Wiederkehr für die nahe Zukunft verhindert ſei. Ich bat noch, dem engliſchen General nach ſeinem Eintreffen zu übermitteln, daß mir eine baldige Unterredung mit ihm ſehr erwünſcht ſei.

In den ſcharfen Auseinanderſetzungen mit der franzöſiſchen Botſchaft in Berlin wurde ſeitens des Auswärtigen Amtes mit Nachdruck den franzöſiſchen Behauptungen entgegengetreten, die Rechte des Selbſtſchutzes verteidigt und die Verantwortung der Franzoſen für die Zukunft präziſiert. Neben den Fragen des Selbſtſchutzes war es vor allem die Frage der Lebensmittelverſorgung und der Überſendung der Lohngelder, die Gegenſtand der Auseinanderſetzungen mit den Franzoſen bildeten. Die Lohngelder wurden regelmäßig von der Reichsbank in Breslau nach dem Induſtriegebiet geſandt. Nach der Beſetzung durch die Inſurgenten hatte das Auswärtige Amt verfügt, daß Geldſendungen nicht mehr in das beſetzte Gebiet erfolgen dürften, da die Sicherheit für die ordnungsmäßige Verwendung der Gelder fehle. Die Franzoſen behaupteten demgegenüber, im Induſtriegebiet herrſche Ruhe und Ordnung. Im übrigen habe die I.K. und nicht die deutſche Regierung über die Zuſtände in Oberſchleſien zu befinden. Der Oberſchleſien-Referent des Auswärtigen Amtes, Legationsrat Richard Meyer, der die Verhandlungen führte, lehnte dieſe Auffaſſung kategoriſch ab und wies die Unrichtigkeit der franzöſiſchen Behauptungen

über die Lage in Oberſchleſien nach. Er erklärte, daß kein Geldtransport nach dem Induſtriegebiet abgehen werde, bevor er nicht durch eine Rundfahrt des Vertreters des Auswärtigen Amtes in OOberſchleſien, Legationsrat von Moltke, feſtgeſtellt ſei, daß die Inſurgenten abgezogen ſeien. Die franzöſiſche Botſchaft lehnte eine derartigige Inſpektionsreiſe mit der Begründung ab, daß ſie die Gewähr für Sicherheit nicht übernehmen könne. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. In der Frage des Selbſtſchutzes und der Geldüberweiſungen wurde Einigung nicht erzielt. Nach dem von den Inſurgenten beſetzten Gebiet wurden keine Geldbeträge geſandt; ſiehe hierüber auch Anlage 3.

Am 27. Mai ſprengten die Inſurgenten, um ihrer Wut kraftvollen Ausdruck zu geben, das Schloß in Stubendorf.

Am 29. Mai war mir von Mitgliedern des Zwölferausſchuſſes und von Legationsrat von Moltke mitgeteilt worden, ſie hätten beſtimmt erfahren, daß die I.K. eine militäriſche Säuberungsaktion mit Hilfe der Engländer überhaupt nicht beabſichtige, daß ſie den Selbſtſchutz genau wie die Inſurgenten behandeln und auf ausdrückliches Verlangen Korfantys ſogar zuerſt die Räumung des Annaberges von uns fordern werde. Anderenfalls habe Korfanty kategoriſch erklärt, unter keinen Umſtänden zurückzugehen. Er wußte wohl, daß dies bei der Mentalität der oberſchleſiſchen Bevölkerung als ein augenfälliger Sieg der polniſchen Sache gewertet werden würde. Dies aber bedeutete dauernden Nachteil für die deutſchen Belange. Dieſe dem Rechtsempfinden hohnſprechende und das deutſche Anſehen in OOberſchleſien ſchädigende Forderung mußte tiefſte Entrüſtung bei der deutſchgeſinnten Bevölkerung hervorrufen. Ich war daher entſchloſſen, falls ſolche Forderung an mich geſtellt werden ſollte, mich ihr, ſolangege wie möglich, zu widerſetzen. Ziel war, daß Korfanty von der I.K. gegezwungen werden müſſe, mit ſeinen Leuten Oberſchleſien zu verlaſſen. Die vorherige Räumung des Annaberges durch uns würden die Polen zu einer zugkräftigen Propaganda ausnützen, die ihnen ein Übebergewicht geben würde. Dieſe meine Auffaſſung wurde auch von den anderen Herren geteilt.

Die empörende Behandlung des Selbſtſchutzes durch die I.K. regte mich zur Überlegung an, ob es nicht trotz allem angezeigt und möglich ſei, ein größeres Unternehmen zu wagen. Die mehrfach geſchilderte Lage und die Gefahr, es dadurch auch mit den Engländern zu verderben, veranlaßten mich jedoch, dieſen Plan nicht weiter zu verfolgen. Ich beſchloß, die Ankunft des mit der Säuberungsaktion beauftragten engliſchen Befehlshabers, Generals Henneker, abzuwarten,

deſſen Eintreffen in kurzem erwartet wurde und dem ein ſehr guter Ruf vorausging. Es hieß, er würde weitere Vollmachten erhalten und nicht nur ausführendes Organ der Franzoſen ſein. Da ſeine Engländer z. T. ſchon in Oberſchleſien eingetroffen waren, mußte die Lage ſich ja bald klären.

Am 30. Mai mittags kam der britiſche Oberſt Wanchope nach Oberglogau und ließ mich um eine Unterredung bitten. Er ſtellte ſich mir als älteſter Offizier der bisher eingetroffenen engliſchen Truppen vor und teilte als Forderung der J.K. mit:

Einſtellung jeder Kampftätigkeit auf beiden Seiten und Räumung Oberſchleſiens durch den Selbſtſchutz und die Inſurgenten. Letzteres ſolle in der Weiſe erfolgen, daß zunächſt die Inſurgenten etwa 20 km, dann der Selbſtſchutz eine etwas geringere Strecke zurückgehen, ſo daß ſchließlich beide Parteien etwa gleichzeitig das Abſtimmungsgebiet verlaſſen würden. In die dadurch entſtehende neutrale Zone würden ſich interalliierte Truppen ſchieben. Über die nähere Durchführung ſolle zwiſchen der J.K., den Deutſchen und den Polen verhandelt werden. — Ich bezeichnete den Vorſchlag als eine Gleichſtellung des Selbſtſchutzes mit den Inſurgenten und erklärte mich außerſtande, ſchon jetzt eine bindende Antwort zu geben. Meine perſönliche Auffaſſung gehe dahin, daß ſolche Gleichſtellung ein ungeheuerliches Unrecht gegen den Selbſtſchutz bedeute, der ſich zuſammengeſchloſſen habe, um bei der Säuberung dieſes deutſchen Landes von den Rebellen zu helfen. Auf die nochmalige Frage des Oberſt, ob ich mit der Einſtellung der Kampftätigkeit einverſtanden ſei, ſagte ich dies für den Fall zu, daß die Inſurgenten den Selbſtſchutz nicht herausfordern ſollten. Ferner ſprach ich den Wunſch aus, mit dem engliſchen Oberbefehlshaber ſelbſt möglichſt bald über dieſe Fragen zu verhandeln.

Oberſt Wanchope teilte mit, daß der franzöſiſche Oberſt Caput, Direktor des Militärdepartements der J.K., draußen ſei und fragte, ob ich Wert darauf lege, ihn zu ſprechen. Ich erwiderte, daß, wenn er mich zu ſprechen wünſche, ich bereit ſei, ihn zu empfangen. Darauf wurde die Beſprechung mit Oberſt Caput, Oberſt Wanchope und ihren Begleitern fortgeſetzt; in meiner Begleitung befanden ſich Major Jacobſen und Leutnant von Pleſſen, dieſer als Dolmetſcher. Die Verhandlung war dadurch ſehr erſchwert, daß dreifache Verdolmetſchung notwendig war. Ihr Verlauf war folgender:

Oberſt Caput erklärte, daß er im Auftrage der J.K. käme und erläuterte eingehend mit Skizzen den von Oberſt Wanchope vorerwähnten Vorſchlag. Auf meinen Einwand ungerechter Gleichſtellung lenkte Oberſt Caput inſoweit ein, daß unmittelbare Verhandlungen zwiſchen den Deutſchen und den Inſurgenten nicht ſtattfinden ſollten, daß vielmehr die Inſurgenten Befehl erhalten ſollten, zu räumen, während darüber mit den Deutſchen wahrſcheinlich Vereinbarungen getroffen werden würden. Ich betonte, daß dieſe feine Unterſcheidung von dem Selbſtſchutz und vor allem von der deutſchen Bevölkerung nicht verſtanden werden würde, da doch der Selbſtſchutz genau ſo wie die Rebellen zurückzugehen habe; ob das auf Grund von Vereinbarungen oder auf Befehl geſchehe, ſei der Ausführung nicht anzumerken. Auf meinen Einwand, daß, falls der Selbſtſchutz zurückgehe, Leben und Eigentum der Einwohner des von ihm geräumten Gebietes ſchutzlos der Rache der Inſurgenten ausgeſetzt ſein würden, da die interalliierten Truppen nicht imſtande wären, alle Orte zu beſetzen, machte er das Zugeſtändnis, daß ein aus Ortseingeſeſſenen paritätiſch zuſammengeſetzter Schutz in den zu räumenden Gemeinden gebildet werden würde. Ich erwiderte, daß mir dies bei dem ſtarken Bandenunweſen, das jetzt in dem inſurgierten Gebiet herrſche, nicht ausreichend erſcheine, da manche Orte nicht über eine ausreichende Zahl tatkräftiger Männer verfügen. Es wäre doch das richtigſte, den Selbſtſchutz, wenn er ſchon bei der Säuberung nicht mit verwendet werden dürfe, zumindeſt in ſeiner jetzigen Aufſtellung zu belaſſen, bis die Befreiung erfolgt ſei. Auch wies ich darauf hin, daß eine Herabdrückung des Selbſtſchutzes auf die Stufe der Inſurgenten große Schwierigkeiten nach ſich ziehen müſſe. Der Selbſtſchutz würde einem ſo entwürdigenden Befehl der J.K. wohl kaum nachkommen, und ich würde mich zu einer ungerechten Behandlung des Selbſtſchutzes nicht hergeben. Wahrſcheinlich würde der Selbſtſchutz dann ſtehen bleiben, wo er ſtehe, gleichgültig, welche Maßnahmen die Alliierten dagegen treffen würden. Daß der Selbſtſchutz gegen dieſe keine Gewalt anwenden könne, ſei ihm natürlich klar. Wegen Einſtellung der Kampftätigkeit erklärte ich, daß der Selbſtſchutz gegen die Inſurgenten ſo lange nichts Offenſives unternehmen würde, als ſie nicht dazu herausfordern ſollten. (Bei einer Weigerung hätte die J.K. ſicher irgendwelche Zwangsmaßnahmen angewendet.) Eine bindende Ant-

wort auf die Forderungen der I.K. verſprach ich am 31. Mai abends ſchriftlich zu erteilen. Auf den Hinweis des Oberſt Caput, daß eine Beendigung des augenblicklichen, auf beiden Seiten äußerſt geſpannten Zuſtandes ſehr dringend ſei, erwiderte ich, daß die I.K. dieſem Zuſtand ſeit dem 3. Mai tatenlos zugeſehen habe, und ihn jetzt nicht durch ſchroffe Forderungen an den im Intereſſe Oberſchleſiens aufgetretenen Selbſtſchutz beendigen könne. Gleichwohl erklärte ich, den Vorſchlag den politiſchen Parteien vorlegen und mit ihnen beraten zu wollen und ſagte, ſo bald dies geſchehen, Antwort zu. Oberſt Caput kam noch auf die Freikorps zu ſprechen und führte an, daß die I.K. beſonderen Wert darauf lege, daß dieſe den oberſchleſiſchen Boden verließen, da ſie zumeiſt aus Nichtoberſchleſiern beſtänden. Ich entgegnete, daß die aus dem Reich gekommenen kleinen Trupps, darunter viele Oberſchleſier von Geburt, mit den oberſchleſiſchen Formationen zumeiſt verſchmolzen worden ſeien, und daß unter den vorliegenden Verhältniſſen Franzoſen und Engländer doch ſicher dafür Verſtändnis haben würden, daß auch Männer, die nicht in Oberſchleſien geboren ſeien, herbeieilten, um den ſo ſchwer bedrängten Volksgenoſſen zu helfen. Schließlich wies Oberſt Caput darauf hin, daß ſeitens des Selbſtſchutzes manche Grauſamkeit vorgekommen ſeien, z. B. im Dorf Olſchowa, und daß dies bei den Polen große Erbitterung hervorgerufen hätte. Ich ſagte zu, dieſen Fall, wie ſtets, ſofort unterſuchen zu laſſen. Etwaige Unregelmäßigkeiten beim Selbſtſchutz ſtänden übrigens in gar keinem Verhältnis zu den zahlloſen Greueltaten der Inſurgenten. Letztere ſeien nur die Urſache, wenn etwa Übergriffe ſeitens des Selbſtſchutzes vorkämen. Ich hätte durch ſtrenge Befehle und neuerdings durch eine Verordnung betr. Verhängung ſcharfer Strafen gegen derartige Übelſtände angekämpft.

Am 30. Mai nachm. und 31. vorm. beſprach ich die vorliegenden Fragen mit dem politiſchen Ausſchuß, mit Legationsrat von Moltke, Oberſt von Schwartzkoppen und einigen Führern des Selbſtſchutzes.

Das Ergebnis dieſer Beſprechungen war nachſtehendes Antwortſchreiben an die I.K., das ihr am 31. Mai abends zugeſtellt wurde:

Oberglogau, den 31. Mai 1921.

An die interalliierte Regierungs- und Plebiſzitkommiſſion

Oppeln.

Auf die mir am 30. Mai durch Herrn Oberſt Caput übermittelten Darlegungen habe ich die Ehre, im Einverneh̃men mit der politiſchen Leitung der deutſchgeſinnten oberſchleſiſchen Bevölkerung folgendes zu erwidern:

Der deutſche Selbſtſchutz iſt organiſierte Notwehr. Die deutſche Bevölkerung mußte zur Selbſtverteidigung greifen, da die Machtmittel der J.K. zu einem wirkſamen Schutz nicht ausreichten. Der Selbſtſchutz tritt ein für die Wiederherſtellung des Rechtszuſtandes, für den Schutz des Lebens und Eigentums der Bevölkerung im geſamten Abſtimmungsgebiet. Vorbedingung hierfür iſt die reſtloſe Vertreibung der Aufrührer vom oberſchleſiſchen Boden. Hieran mitzuwirken iſt unſer aller entſchloſſener Wille, und in der Hoffnung, daß die J.K. alle vorhandenen Machtmittel für dieſes gemeinſame Ziel bald einſetzen würde, haben wir mit Aufbietung aller Selbſtbeherrſchung bisher an uns gehalten. Die Forderung, den Selbſtſchutz aus ſeiner jetzigen Stellung zurückzuziehen, bevor der Rechtszuſtand in Obberſchleſien wiederhergeſtellt iſt, trägt weder der Rechtslage noch dem Rechtsempfinden meiner Kameraden Rechnung und iſt undurchführbar. Sie ſtellt den in berechtigter Notwehr handelnden Selbſtſchutz den polniſchen Inſurgenten gleich. Eine ſolche Gleichſtellung mit jenen, die den Rechtszuſtand in frivolſter Weiſe brachen und Elend und Not über unſere oberſchleſiſche Heimat brachten, wird vom Selbſtſchutz und von der geſamten deutſchgeſinnten Bevölkerung mit tiefſter Entrüſtung abgelehnt.

Hoefer
Generalleutnant a. D. und Führer des oberſchleſiſchen Selbſtſchutzes.

Eine Vollverſammlung der politiſchen Parteien und der Kreisleitungen des Selbſtſchutzes im Rathaus von Oberglogau billigte einſtimmig dieſe Stellungnahme. Der Vorſchlag der Errichtung einer neutralen Zone, die von den eintreffenden engliſchen Truppen beſetzt werden ſollte, wurde von dem Zwölferausſchuß unter Berufung auf die Erfahrungen beim letzten Polenaufſtand und unter Betonung,

daß dieſes Verlangen in ſchärfſtem Widerſpruch zu den Zuſagen ſtehe, die General Le Rond der deutſchen Bevölkerung gegeben hatte, in ſchroffſter Weiſe abgelehnt. Das Projekt der Dreiteilung Oberſchleſiens ſtand auch im Widerſpruch mit den Beſtimmungen des Verſailler Vertrages. Die Verſammlung forderte, jede Gleichſtellung des Selbſtſchutzes mit den Inſurgenten unter allen Umſtänden zurückzuweiſen. Dieſe Auffaſſungen deckten ſich mit den meinigen.

Am 30. Mai wurde die Ratiborer Vorſtadt Oſtrog von erheblichen Kräften, aber vergeblich, angegriffen und es war bekanntgeworden, daß die Inſurgenten die Stadt Ratibor durchaus in Beſitz nehmen wollten. Der dringenden Bitte der Bürgerſchaft um Hilfe entſprach ich durch Verſtärkung der Truppen in Gegend von Ratibor. Auch bei Roſenberg, Zembowitz und Landsberg hatten unſere tapferen Truppen feindliche Vorſtöße abgewieſen.

In der Nacht vom 30. zum 31. Mai teilte Leutnant von Pleſſen telephoniſch mit, Legationsrat von Moltke habe ihm gegenüber ſoeben erklärt, daß u. U. ein Unternehmen über Gleiwitz hinaus auf Grund einer völligen Änderung der Lage angebracht ſein könnte, falls ſpäteſtens bis Donnerstag, den 2. Juni, dem Tage des vorausſichtlichen Einſatzes der engliſchen Truppen, ſich ſeine Durchführung ermöglichen ließe. Es werde noch ſondiert, ob die neue Auffaſſung berechtigt ſei. Immerhin ſei es wohl angebracht, in eine Prüfung der militäriſchen Durchführbarkeit des Unternehmens alsbald einzutreten. Ich ließ antworten, daß ich das angeregte Unternehmen militäriſch für durchführbar halte. Ob ich es werde geſchehen laſſen, hänge aber natürlich davon ab, ob die Gründe dafür genügend überzeugend ſeien. Die Truppen waren durch die unermüdliche Arbeit aller Grade jetzt für Offenſivunternehmungen allgemein geeigneter geworden und brannten darauf, mit den Inſurgenten abzurechnen. Bald ſtellte ſich aber heraus, daß die Anfrage auf Grund der privaten Anſicht einer prominenten Perſönlichkeit erfolgt war. Dieſe wollte durch das Unternehmen eine völlig neue Lage ſchaffen. Es ſollte dadurch die damals gerüchtweiſe umlaufende Abſicht der Bildung eines ſaarſtaatähnlichen Gebildes in Oberſchleſien, das beſonders gefürchtet war, hintertrieben werden. Daß ein ſolches Unternehmen den erſtrebten politiſchen Erfolg bei den Alliierten auslöſen würde, hielten Legationsrat von Moltke und ich nicht für möglich. Seine Folgen für den Selbſtſchutz würden Brandmarkung als Rebellen und ſeine Entfernung aus Oberſchleſien eventuell mit Waffengewalt geweſen ſein.

Am 1. Juni hatte eine Abordnung des Zwölferausschusses eine Unterredung mit der I.K., die mit meinen vorerwähnten Verhandlungen mit Oberst Caput im Zusammenhange stand. Sie legte Verwahrung dagegen ein, daß der Selbstschutz als Insurgentenbewegung eingeschätzt und so behandelt werde. Sie erklärte sich außerstande, für eine Räumung der blutig erkämpften Linien einzutreten zu können ohne Gewähr, daß im insurgierten Gebiet Ruhe und Ordnung gesichert seien. Die überaus traurigen Erfahrungen innerhalb der Besetzungszeit berechtigten die Deutsch-Oberschlesier, alle Garantien für die Wiederherstellung und die Aufrechterhaltung gesetzmäßiger Zustände zu verlangen und erfüllt zu sehen, bevor die deutsche Notwehrbewegung abgebaut würde. General Le Rond erklärte einlenkend, daß die I.K. im deutschen Selbstschutz keine Insurgentenbewegung sehe, denn sie habe nicht vergessen, daß der 2. Mai (Aufstandsbeginn) vor dem 12. Mai (Beginn der Selbstschutzbildung) liege. Auch versprach er, alles Erforderliche zum Schutze der Deutschen zu tun. Dies hatte er schon öftster versprochen, ohne es zu halten. Auch diesmal folgten seinen Worten keine Taten. Die Deutschen setzten ihre Hoffnung auf die englischen Verstärkungen, doch kamen diese in viel geringerer Stärke als erwartet, und ihr General erhielt keine Vollmachten, sondern wurde dem französischen Oberbefehlshaber unterstellt.

General von Hülsens Grundanschauung ging dahin, daß es Pflicht des Selbstschutzes sei, sich selbst das Mandat zur Befreiung des insurgierten Gebietes zu nehmen, sobald er einigermaßen stark genug dazu sei. Durch offensive Unternehmungen innerhalb der Grenzen unserer Kraft müßten wir die Initiative an uns reißen; ein möglicher Mißerfolg dürfe uns nicht abschrecken. Bisher verbot die eigene Schwäche eine großzügige Befreiungsaktion, jetzt scheine sie möglich. Zur Monatswende drängte er scharf darauf hin, die kurze Zeit, die bis zum Einsatz der Ententetruppen zur Verfügung stand, „zur Befreiung des Industriegebietes und der übrigen Teile Oberschlesiens auszunutzen". Er legte mir eine diesbezügliche Denkschrift vor. Ihren Wortlaut besitze ich nicht mehr. Ihr Sinn ergibt sich aber aus dem Buche des Generals von Hülsen: „Der Kampf um Oberschlesien. Oberschlesien und sein Selbstschutz.", erschienen 1922 in der Bergerschen Verlagsanstalt, Stuttgart. Die Anlage 9 enthält Auszüge aus ihm. Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit kennzeichneten diesen ausgezeichneten Soldaten und guten Führer. Leider war es mir nicht möglich, seine Beurteilung der Lage zu teilen. Ich befand mich dabei in Übereinstimmung mit dem

Führer der Gruppe Nord und anderen oberen Selbſtſchutzführern; unſer Munitionsvorrat reichte kaum für einen Großangriffstag. Meine auf den Seiten 185 bis 195 angeführte Auffaſſung über den Einſatz des Selbſtſchutzes unter den gegebenen Verhältniſſen hatte ſich inzwiſchen noch in folgender Weiſe ergänzt:

Die von Flüchtlingen aus dem inſurgierten Gebiet mitgebrachten Gerüchte über inneren Verfall und bolſchewiſtiſche Gärungen bei den Inſurgenten wegen unzulänglicher Löhnung und ſchlechter Verpflegung ſtellten ſich bald als ſtark aufgebauſcht dar. Einzelerſcheinungen waren verallgemeinert worden. Die Geldknappheit Korfantys iſt jedenfalls nur vorübergehend geweſen, denn bald kamen Nachrichten, daß Löhnung und Verpflegung der Inſurgenten nichts zu wünſchen übrig ließen, und daß auch beſſere Mannszucht bei ihnen herrſche. Ebenſo wie der Selbſtſchutz hatten auch die Inſurgentenführer die letzte ruhige Zeit dazu ausgenutzt, ihre Lücken zu ſchließen und ſchlechte Elemente abzuſtoßen. Darin ſtimmte ich mit General von Hülſen überein, daß nur eine „ſchlagartige“ ganze Offenſive die Möglichkeit eines Erfolges in politiſcher Hinſicht bot. Aber ſeinen Optimismus,

„daß innerhalb von zwei bis drei Tagen nach dem Antreten ohne Zweifel ganz Oberſchleſien in unſerer Hand geweſen ſein würde“,

konnte ich nicht teilen, obgleich auch ich die beſſere Führung, den höheren inneren Wert der Selbſtſchutz-Verbände und das Gefühl der Überlegenheit bei ihnen gebührend einſchätzte. Ein ſchöner Anfangserfolg, wie am 21. Mai, war, wenn die Überraſchung ebenſo wie damals glückte, anzunehmen. Aber mit unſerer unterlegenen Bewaffnung und ganz unzureichenden Munitionsausrüſtung eine

„Offenſive wie ein Sturmwind“

durchzuführen, wäre nur möglich geweſen, wenn die Inſurgenten gänzlich verſagten. Dies konnte ich nach ihren Gegenangriffen vom 23. Mai und anderen Kampfhandlungen nicht annehmen, und ich ſagte mir, daß ihre Gegenwehr jetzt naturgemäß ganz beſonders erbittert ſein würde, weil wir ſie unter Bruch unſeres Wortes heimtückiſch überfielen: Mit ausreichender Verſorgung an Munition und Waffen — die aber offenbar nicht beabſichtigt war — wäre das Ziel wohl ſchließlich in einiger Zeit zu erreichen geweſen, aber dieſe Zeit würde uns ſicher nicht gelaſſen worden ſein; Einſatz franzöſiſcher, wie auch polniſcher und tſchechiſcher Truppen gegen uns war naheliegend. General von Hülſen war der Anſicht, daß Korfanty zu einer Offenſive entſchloſſen war, um die endgültige Entſcheidung der Entente über

Oberſchleſien durch einen polniſchen großen Sieg in letzter Stunde günſtig für Polen zu beeinfluſſen und wollte ihm zuvorkommen. Er folgerte dies aus verſchiedenen kleineren Vorſtößen der Insurgenten in der letzten Zeit, ſowie aus beſonders nachts verſtärktem Feuer. Er ſah ſie als Scheinangriffe zwecks Ablenkung bzw. als planmäßiges Störungsfeuer an, welche im Verein mit ausgeſtreuten falſchen Nachrichten uns veranlaſſen ſollten, die von Korfanty für einen großen Angriff gewählte Front zu ſchwächen, um dieſe — anſcheinend die Annabergfront, an der Ruhe herrſchte und die Insurgenten ſich verſtärkten — alsdann mit Überlegenheit anzugreifen. Mit anderen Selbſtſchutzführern hielt ich die gegneriſche Tätigkeit für planloſe Plänkeleien unternehmungsluſtiger Unterführer der Insurgenten bzw. Wiedervergeltungsmaßnahmen für kleinere Vorſtöße von Selbſtſchutzführern, und das angeblich ſyſtematiſche Störungsfeuer bewerteten wir als nervöſes Angſt- und Mutſchießen. Nach der Mitteilung des Oberſten Caput vom 30. Mai hatte Korfanty der Forderung der I.K. „Einſtellung der Kampftätigkeit auf beiden Seiten", ebenſo wie ich, zugeſtimmt. Eine neue Unbotmäßigkeit durch Bruch dieſes Verſprechens konnte die polniſchen Ausſichten auf Oberſchleſien nicht verbeſſern. Da man bei Beurteilung einer Lage einen verſtändigen Gegner voraussetzen ſoll, hielt ich eine große Offenſive der Inſurgenten nicht für wahrſcheinlich. Eruptionen von Unterführern waren bei ihnen natürlich ebenſo weiterhin möglich wie beim Selbſtſchutz. General von Hülſen war der Anſicht, wir dürften uns nicht ſcheuen,

„Inſurgenten gegenüber der I.K. zu ſein".

Dann aber waren m. E. Zuſammenſtöße mit den Franzoſen unvermeidbar, die anzugreifen bei der Lage, in der ſich Deutſchland damals befand, auch von Hülſen 1935 in dem Buch „Deutſche Soldaten" von Hans Roden als „Wahnſinn" bezeichnet hat. Ich hielt es für ausgeſchloſſen, daß es ſelbſt einem ſo außerordentlich geſchickten Führer, wie von Hülſen, gelingen könnte, ohne Zuſammenſtoß mit den Franzoſen Rebell gegen die I.K. zu ſein, zumal bei der Pſyche der Selbſtſchutztruppen und der Erregung der Bevölkerung. Vor allem aber war ich überzeugt, daß General Le Rond ſich unſer Rebellentum nicht würde bieten laſſen und ſeine Truppen gegen uns vorgehen würden. Zur Begründung ſeiner Anſicht führte von Hülſen an, daß wir das verſteckte Einverſtändnis der Engländer und Italiener hätten, daß die Entente, vor eine vollendete Tatſache geſtellt, ſich damit abfinden würde, und daß ein deutſcher Waffenſieg großen Stils die polniſche Lügige, die Auf-

ſtandsbewegung und nicht die Abſtimmung zeigten die wahre Majorität, beſeitigen könne. M. E. mußte ein Aufſtand des Selbſtſchutzes gegen die J.K. das Schickſal Oberſchleſiens in uns ungünſtigem Sinne beeinfluſſen; er würde eine ganz andere Bewertung finden als der der Polen. Selbſt wenn uns eine baldige volle Befreiung des inſurgierten Gebietes gelang, was ich bei den Kräfteverhältniſſen für unwahrſcheinlich hielt, würden wir als Rebellen im Hinblick auf Oberſchleſiens Zukunft nur die Geſchäfte der Franzoſen beſorgt haben, denen die Engländer und Italiener ſodann noch weniger Widerſtand als bisher entgegenſetzen würden. Die engliſchen und italieniſchen Offiziere in Oberſchleſien, zumeiſt jüngere Herren, die aus Scham über die Rolle hetzten, welche ihnen die Franzoſen zumuteten, gaben dabei natürlich keinen Ausſchlag. Durch den Verſailler Vertrag war nun einmal der J.K. die Regierungsgewalt über Oberſchleſien übertragen worden. Die Franzoſen, die de facto identiſch waren mit der J.K., hätten nicht geduldet, daß der Selbſtſchutz das von ihnen verwaltete Gebiet gegen ihren Willen in Beſitz nahm. Eine „vollendete Tatſache“ wird zwangsläufig anerkannt, wenn es an Machtmitteln fehlt, eine Unbotmäßigkeit in Ordnung zu bringen. Hier in Oberſchleſien ſtanden nach Eintreffen der Engländer einige 20 000 Mann glänzend bewaffneter interalliierter Truppen dem Selbſtſchutz gegenüber, dazu etwa 60 000 Aufſtändiſche und viele polniſche und tſchechiſche Diviſionen. Eine Gewaltaktion des Selbſtſchutzes wäre auch nicht als deutſch-oberſchleſiſcher Gegenaufſtand angeſehen worden, ſondern als ein Waffengang zumeiſt reichsdeutſcher, nicht oberſchleſiſcher Kräfte. Die J.K. war auf das eingehendſte darüber im Bilde [1]). Wie gern hätte man dieſe hinterhältigen, den Frieden Europas bedrohenden böſen Deutſchen durch Entziehung des wertvollen Oberſchleſiens geſchwächt und einen gewaltſamen Verzweiflungsausbruch von ihnen dazu benutzt, auch andere heißbegehrte, bisher nicht erreichte größere franzöſiſche Kriegsziele doch noch zu verwirklichen. Den erneuten Einwand General von Hülſens, die Ruhrbeſetzung komme doch, deshalb brauchen wir hier auf Frankreich keine Rückſicht nehmen, lehnte ich ab. Frankreichs Verſuche namentlich während der Zeit des Einbruchs in das Rhein—Ruhrgebiet, das linke Rheinufer, dieſes jahrhundertealte Ziel, durch unrechtmäßige Methoden in die Hand zu bekommen, liegen ja klar zutage. Die Rede Lloyd Georges im Unterhauſe vom 13. Mai [2]) hatte den engliſch-franzöſiſchen Gegen-

[1]) S. Anlage 3. [2]) S. Seite 120.

ſatz in der oberſchleſiſchen Frage grell beleuchtet, aber nicht lalange danach berichteten die Zeitungen über die Beſeitigung der Kriſisis in dieſem Konflikt zwiſchen Briand und Lloyd George. Briand hatte e am 23. Mai in der franzöſiſchen Kammer eine Rede gehalten, die in ihhrem grundſätzlichen Sinne in vieler Beziehung eine Überraſchung g bedeutete, zumal bei dem zügelloſen Chauvinismus, der beſonders nach h dem Annabergangriff vom 21. Mai die franzöſiſche Preſſe beherrſchte. . Aus dieſer Rede, die lebhafte Kommentare in der deutſchen Preſſe auauslöſte, hörte man heraus, daß Briand aus diplomatiſchen und realpolitiſchchen Gründen nunmehr für eine Mäßigung eintrat, daß er aber andererſrſeits für die Möglichkeit der Gewaltpolitik Zeit zu gewinnen ſuchte. DDer Rückzug Briands vor Lloyd George und einem großen Teil der öffentlichen Meinung Englands war unverkennbar. Er zog ſich vor deem Vorwurf der Gewiſſensſchuld, der ihm bei einer Fortſetzung der Pöprovokationspolitik treffen mußte, zurück und wollte nun plötzlich dafür ſein, daß Frankreich nicht provoziere, ſondern nur loyal den Vertraag erzwinge. Er leugnete, daß General Le Rond die offenen Gewalttatcten der Aufſtändiſchen in Oberſchleſien nicht nur nicht unterdrückt, ſoondern durch ſein Verhalten gefördert habe, und ſtellte feſt, daß die ſ franzöſiſchen Streitkräfte in Oberſchleſien „die Sache gemacht hätten“, , und daß es ihren Bemühungen gelungen ſei, „die Ordnung wiederherzuſtellen“. Dies wirkte bei den tatſächlich vorliegenden Verhältniſſſen geradezu komiſch, da doch die Paſſivität Frankreichs deutſches Blulut in Oberſchleſien in Strömen fließen ließ. Briand ging darüber hinweg und fragte rhetoriſch, ob man etwa hätte polniſches Blut vergießen ſollen? Zum erſten Male war in dieſer Rede die Loyalität einaer deutſchen Regierung franzöſiſcherſeits anerkannt worden. Briand führte auch an, daß er Deutſchland vor jeder Hilfeleiſtung in Oberſchleſiſien gewarnt habe. Dies bezog ſich darauf, daß er den deutſchen Botſchafter zu ſich gebeten und ihm aufgetragen hatte, auf die Entwaffnung dder deutſchen Detachements in kürzeſter Zeit hinzuwirken, die Anwerbung mit den deutſchen Strafgeſetzen zu verfolgen und die deutſche Grenze nach Oberſchleſien zu ſperren [1]). Auf der anderen Seite aber kamen große Mengen an Waffen, Mannſchaften uſw. aus Polen nach Oberſchleſien. Somit hatte Polen, trotz der diplomatiſchen Vorſtellungenn, die Frankreich natürlich gezwungen war, nach Warſchau zu ſenden, , immer noch freie Hand, während Deutſchland ſich unter Zwang ſelbſt gebunden

[1]) S. Seite 187.

hatte. Briand hatte nun das Einigungsmoment mit England in geſchickter Weiſe gefunden. Er ſtellte ſich der deutſchen Regierung gegenüber als befriedigt, erkannte alſo ſcheinbar im Kampf gegen die franzöſiſchen Chauviniſten ihre Loyalität an, weil er wußte, daß die Aufſtändiſchen und der Losreißungsprozeß Oberſchleſiens von Deutſchland nicht geſtört werden würde. Aus dieſem Grunde beruhigte er auch England, indem er auch den Verdacht bekämpfte, als wolle er für die Beſetzung des Ruhrgebietes etwas unternehmen. Es war eine ſchlaue Diplomatie, welche zunächſt den engliſch-franzöſiſchen Gegenſatz zu überbrücken ſuchte. Die Gefahr einer Iſolierung Frankreichs innerhalb der Entente beherrſchte als Leitmotiv dieſe Rede Briands. Man vermutete, daß es beſonders die amerikaniſche Oppoſition gegen die franzöſiſche Deutſchlandpolitik war, die Briand zum Einlenken zwang; denn nur gegen den engliſch-italieniſchen Widerſtand hätte auch dieſes Mal Briand wohl ohne Zaudern das gewaltige Gewicht des franzöſiſch-polniſchen Blockes in die Waage geworfen. Auf der anderen Seite aber iſolierte ſich Frankreich auf dem Kontinent, ſobald die Grundlage des franzöſiſch-polniſchen Bundes erſchüttert wurde. Dieſe Grundlage aber beſtand in den franzöſiſchen Verſprechungen, Polen bedingungslos auf Koſten Deutſchlands ſtark zu machen; denn eine andauernde Schwäche Polens ſchwächte auch Frankreich und unerfüllte Verſprechungen würden den Unwillen Polens ſchnell und ſtark entzünden. Briand mußte beſtrebt ſein, ſowohl den ſtarken Druck der anderen Alliierten als auch den reizbaren Hoffnungen Polens gerecht zu werden. Er ſagte hierbei: „Wenn man einem Lande wie Polen das Leben gegeben habe, ſei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm ſeine Exiſtenzmöglichkeit zu geben.“ Das heißt: Polen kann ohne Oberſchleſien nicht exiſtieren. Eine Auffaſſung, die ich ſchon früher widerlegt habe. Auf dieſe Weiſe gelang es Briand, realpolitiſch zunächſt die Iſolierung Frankreichs zu vermeiden, taktiſch den durch den Aufſtand geſchaffenen status quo zugunſten der Polen in Oberſchleſien aufrechtzuerhalten, Deutſchland jeglichen Einwand und Vorwand zu nehmen und ſchließlich auch in England überzeugend den Eindruck zu erwecken, als habe er ſich von den Grundanſchauungen der engliſchen Politiker und der engliſchen öffentlichen Meinung überzeugen laſſen. Um die oberſchleſiſche Sache für Deutſchland ſtand es nach dieſer Rede nicht gut. Der engliſche Kommiſſar bei der I.K. hatte Anweiſung erhalten, ſich ſeinen beiden Kollegen anzuſchließen, um, wenn irgend möglich, ohne jedes Blutvergießen die Ruhe und Ordnung wiederherzuſtellen. Der Verſuch des Selbſt-

ſchutzes, jetzt, Anfang Juni, gegen den Willen der I.K. das inſurgierte Gebiet zu erobern, hätte alſo nicht nur zu einer ſicheren militäriſchen Kataſtrophe geführt, ſondern auch die politiſchen Entſcheidungen zu unſeren Ungunſten ſtark beeinflußt. Der heiße Wunſch, das inſurgierte Gebiet zu befreien, beherrſchte uns alle, aber wir konnten mit unſerem zerbrochenen Schwert unſeren Willen nicht durch Gewalt erzwingen und durften daher nicht gefühlsmäßig handeln, ſondern mußten uns vernunftgemäß auf den Boden der Tatſachen ſtellen. Das Untätigbleiben des Selbſtſchutzes war ein großes Übel, die Folgen eines deutſchen Inſurgententums aber wären ein weit größeres geweſen. Es war bitter, einer aus edelſten Motiven drängenden Truppe Feſſeln aufzuerlegen. Als verantwortlicher Leiter mußte ich mir den Wirklichkeitsſinn bewahren und in Selbſtbeherrſchung die Dinge leiten, die ich ſchließlich am beſten überſehen konnte. Ich durfte nicht meinen aktiviſtiſchen Kameraden nachgeben und meine Truppe im Hinblick auf die militäriſchen Kräfteverhältniſſe und auf das Verhalten der I.K. in ein ausſichtsloſes und verderbliches Unternehmen führen. Im Bewußtſein des Ernſtes unſerer Lage und der Grenzen unſerer Leiſtungsfähigkeit verſagte ich daher dem Vorſchlage des Generals von Hülſen zum Großangriff meine Genehmigung. Damit kam meine Auffaſſung zur Geltung, die der politiſchen Lage und meiner Vereinbarung mit der I.K. vom 30. Mai entſprach. Die opferfreudige Begeiſterung, der beſte Wille, dem Vaterlande zu helfen, führt natürlich leicht zur Selbſttäuſchung und zu mangelndem Blick für die Verteilung der realen Kräfte. Mancher, der mich von früher als angriffsfreudig kannte, mag damals den Kopf über mich geſchüttelt haben, ich aber ließ mich lieber einen Feigling ſchimpfen, als daß ich dem Drängen nachgab, weil wir alsdann m. E. das Spiel des Gegners geſpielt und Deutſchland und Oberſchleſien geſchadet hätten. Ich behaupte nicht und habe nie behauptet, daß meine Beurteilung der Lage die allein richtige geweſen iſt. Ebenſowenig aber wird dies ein anderer Beurteiler von ſich behaupten können und dürfen; denn dieſe Frage war nur durch die Ausführung der Tat zu klären. Daher wird auch die Geſchichte ſie nicht einwandfrei zu beantworten vermögen, ſo daß ſie wohl umſtritten bleiben wird. Es iſt klar, daß Angaben unſerer damaligen Gegenſpieler über ihre damaligen Abſichten uſw. ſehr cum grano salis bewertet werden müſſen, da doch niemand gern ſeine geheimen Karten aufdeckt. Ich widerſtand den Stürmern unter den Truppen des Selbſtſchutzes und erwarb mir dadurch nicht ihre Gunſt.

Oberſtleutnant Grützner hatte mir mehrfach gemeldet, daß Abgeſandte von Truppen der Gruppe Süd an ſeiner Front herumfahren, um die Formationen der Gruppe Nord zu einer Offenſive auf jeden Fall auch gegen meinen ausdrücklichen Willen zu veranlaſſen. Ich war daher gezwungen, der Selbſttätigkeit der Führer durch gemeſſenen Befehl Feſſeln anzulegen. Daß die von mir geübte Zurückhaltung von opferwilligen Freiſcharenführern, die zumeiſt ja auch nur ſubjektiv ihren Kampfabſchnitt ſahen, für falſch gehalten wurde, lag nahe. Um dieſen Strömungen gegenüber Klarheit zu ſchaffen, bediente ich mich mündlicher und ſchriftlicher Kundgebungen [1]).

Franzoſen waren vor einigen Tagen in Groß-Strehlitz und in Ujeſt eingerückt.

Am Morgen des 31. Mai wurde gemeldet, daß in der Nacht ein größeres Gefecht bei Kalinow ſtattgefunden habe. Ich fuhr ſofort hin und empfing die Meldung, daß die Inſurgenten für die Nacht vom 30. zum 31. Mai einen Vorſtoß beiderſeits der Chauſſee von Groß-Strehlitz über Kalinow gegen das vom Bataillon Sieringhaus beſetzte Niewke geplant hätten. Um Klarheit über die Angriffsabſichten der Inſurgenten zu bekommen, hätten drei Kompanien des Bataillons Sieringhaus unter vortrefflicher Unterſtützung der Batterie Mulzer Kalinow und dann unter Sicherung der linken Flanke durch die von Posnowitz über Kalinowitz ebenfalls vorſtoßende Abteilung Heinz den Ort und den Bahnhof Schimiſchow genommen. Von Wyſſoka aus waren zwei Kompanien des Bataillons Finſterlin zur Sicherung der rechten Flanke auf Rosnientau vorgeſtoßen und hätten dies und den Ruinenberg, 2 km weſtl. Gr.-Strehlitz, nach ſchwerem Kampf genommen. Die Orte Dollna, Kalinow, Kalinowitz wurden zur beſſeren Sicherung unſerer Stellung in Beſitz behalten, während die Truppen aus den anderen eroberten Orten in ihre Ausgangsſtellungen zurückgezogen wurden. Waffen und Gerät in großer Menge waren erbeutet worden. Unter den Gefangenen befanden ſich auch eine Anzahl deutſchgeſinnter Oberſchleſier, die durch Bedrohungen zum Eintritt in Inſurgentenformationen gezwungen worden waren; ſie wechſelten gern die Fahne. Die Leitung des Unternehmens lag in den Händen des Stabschefs von Oberland, Hauptmann Römer. Bei Kalinow hatten die Inſurgenten erneut bewieſen, daß ſie keine zu verachtenden Gegner waren, gutes Geſchick in der Anlage und der Auswertung von Maſchinengewehr-

[1]) S. Anlage 7.

neſtern hatten, mit Zähigkeit in der Verteidigung ausharrten, ſich rechtzeitig der Verfolgung zu entziehen verſtanden und ihre Drohung der Zerſtörung von Wertobjekten wahrmachten. Allein von der Kompanie Springer, welche mit größter Bravour Kalinow erſtürmt hatte, waren von 6 Offizieren 5 tot und der letzte ſchwerverwundet, außerdem hatte dieſe eine Kompanie noch 15 Tote und 30 Verwundete. Die letzten Worte des Kompanieführers waren: „Meine Kompanie hat ihre Sache geſchafft, jetzt kann ich ſterben.“ In dem Büchlein „Oberland in Oberſchleſien“ (Lindauerſche Univerſitätsbuchhandlung, München 1921) wird ferner folgendes berichtet: „Der junge nur 17 Jahre alte Fahnenträger erhält bei den erſten Häuſern von Kalinow faſt gleichzeitig Halsſchuß und Herzſchuß, er ſinkt nieder, die Fahne entfällt ſeiner Hand. Als ſein Bataillonskommandeur ſich zu ihm niederbeugt, bittet er ihn: „Sagen Sie meinem Vater — er war deutſcher Offizier — ſein Sohn iſt gefallen, er hat die Fahne des Bataillons getragen und hat ſie nicht aus der Hand gegeben ſolange er lebte.“ Dann richtete er ſich nochmals mit letzter Kraft auf und ruft ſeinen Kameraden zu: „Meine Fahne will ich haben, meine Fahne!“ Vorübereilende, die er fragt, ob der Sieg errungen ſei, reichten ihm die Fahne, die ſo manche Kugelſpur zeigt, er preßt ſie krampfhaft an die Bruſt, ein ſeliges Lächeln liegt auf dem Antlitz des jungen toten Helden, über den ſich die ſchwarz-weiß-roten Farben entfaltend gebreitet haben.“ Das alte ſchöne Schloß in Kalinow, Wohnſitz eines Grafen Caſtell, hatten die Inſurgenten vor ihrem Abzuge mitten entzwei geſprengt und die Brücken hinter ſich während des Abzuges ebenfalls durch Sprengungen zerſtört. Die gewaltſame Erkundung gegen Kalinow—Schimiſchow war durch die Verhältniſſe geboten geweſen ſein; auch ſie bietet ein plaſtiſches Beweisſtück für meine mehrfach dargelegte Auffaſſung über Wert und Folgen von Teilaktionen. Der Vorſtoß führte bis in die Nähe von Groß-Strehlitz, das von Franzoſen beſetzt war und das franzöſiſche Vorpoſten ſicherten. Es war ein Glückszufall, daß kein Zuſammenſtoß mit ihnen erfolgt war.

Am frühen Morgen des 2. Juni wurde ſtarkes Artilleriefeuer gegen Leſchnitz gemeldet und dann ein ſtarker aber vergeblicher Angriff der Inſurgenten gegen dieſen Ort von Saleſche—Lichinnia aus. In ſchneidigem Gegenſtoß hatte der Tiroler Sturmzug und andere Teile des Korps Oberland das lang begehrte Lichinia fortgenommen.

Am gleichen Tage vormittags erbat der engliſche Major Keatings in Begleitung eines engliſchen Bataillonskommandeurs Räumung

von drei Orten weſtlich des Annaberges, um engliſche Truppen dorthin zu legen. Da die Lage dieſer Orte für den Selbſtſchutz günſtig war, ſchlug ich drei andere nahegelegene Ortſchaften vor. Die Engländer erklärten, daß mein Vorſchlag, für den ſie ſich bei der J.K. einſetzen wollten, wahrſcheinlich Berückſichtigung finden werde. Beſonderen Wert legten ſie auf die Beſetzung von Lenkau ſüdlich Leſchnitz und bedauerten, daß dieſer Ort nicht im Beſitz des Selbſtſchutzes ſei. Ich wies auf die dauernden Beläſtigungen des Selbſtſchutzes durch die Inſurgenten bei Leſchnitz hin und ſagte, daß, wenn dieſe andauerten, der Selbſtſchutz ſich Luft ſchaffen müſſe. Ich bat ferner darum, zu veranlaſſen, daß die in Ausſicht geſtellten Vereinbarungen mit dem inzwiſchen eingetroffenen engliſchen Oberbefehlshaber, General Henneker, über die Säuberungsaktion ſobald wie nur möglich mit mir ſtattfinden möchten. Major Keatings ließ durchblicken, daß innerhalb der J.K. über die Art der Säuberung weſentliche Meinungsverſchiedenheiten beſtänden, aber vorausſichtlich für den 3. Juni vorm. werde die Zuſammenkunft zwiſchen General Henneker und mir vereinbart werden. Sie iſt dann auf den 3. nachm. angeſetzt, ſpäter auf den 4. Juni verſchoben worden; die erſte Zuſammenkunft hat ſchließlich am 6. Juni ſtattgefunden.

Am 2. Juni mittags war ich mit General von Hülſen im Gelände weſtl. Coſel zuſammen, wo wir die Lage beſprachen. Er gab der Anſicht Ausdruck, daß die Vorſtöße der Inſurgenten auf Lichinia und die Beſchießung der von Italienern beſetzten Stadt Coſel mit Sicherheit darauf hindeuteten, daß ſie eine große Angriffsunternehmung planten, und bat, wenn dies zur Ausführung komme, im unmittelbaren Anſchluß an die Verteidigung einen energiſchen Gegenſtoß machen zu dürfen. Die Vorbereitungen ſeien gerade zum Abſchluß gelangt. Die Einkreiſung der Inſurgenten öſtl. Coſel von beiden Seiten nach Cannaeart ſei ſo gut wie ſicher. Wenn durch einen ſolchen Erfolg die rechte Flanke bei Coſel geſichert ſei, könne der Vormarſch zur Befreiung des ganzen Abſtimmungsgebietes und insbeſondere des Induſtriegebietes leicht durchgeführt werden. Bisher wäre dieſes ja nicht möglich geweſen, jetzt aber ſei die Truppe ſo weit, und es wäre allerhöchſte Zeit, da die Engländer im Begriff ſtänden, vorzugehen, und dann der Selbſtſchutz ausgeſpielt habe. Die Art, wie dieſe Cannaeſchlacht durchgeführt werden ſollte, legte er eingehend dar. So offen auch die Gefühle meiner Bewunderung waren, mußte ich doch gegen das weiter in Ausſicht genommene Ziel Einſpruch erheben. Ich vertrat daher meinen

früheren Standpunkt, daß eine große Befreiungsaktion dieses Abstimmungsgebietes militärisch auch jetzt im Hinblick auf unsere Munitionsausrüstung und Bewaffnung, besonders aber im Hinblick auf die französischen Truppen zu einem Mißerfolge führen und die ungünstigsten Folgen für Oberschlesien wie für das Reich haben müsse. Hierzu gebe ich daher unter keinen Umständen meine Einwilligung; die Truppen der Gruppe Nord seien noch schlechter bewaffnet. Einen großen allgemeinen Angriff der Insurgenten hielt ich für sehr unwahrscheinlich, einen Teilangriff derselben östlich Cosel—Leschnitz aber nach den letzten Vorgängen für möglich. Selbstverständlich erteilte ich meine Einverständnis dazu, daß bei einem gegnerischen Angriff im Anschluß an die Verteidigung mit einem von General von Hülsen je nach der Lage scharf begrenzten und nicht zu weit gesteckten Ziel nachgestoßen werde. Durch die Fortnahme von Lenkau würde sogar Wünschen der Engländer entgegengekommen. Auf die Besetzung von Ujest durch die Franzosen wies ich besonders hin und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß jede Möglichkeit einer Gefechtsberührung mit ihnen unter allen Umständen vermieden werden müsse. Nur ein aus zwingender Notlage gerechtfertigter Gegenangriff des Selbstschutzes sei jetzt zu verantworten, andernfalls wäre er nach der allgemeinen Lage ein nutzloses Opfern wertvoller deutscher Jugend und nachteilig für die deutsche Sache. Der Wunsch, dem Selbstschutz noch die Möglichkeit zu einer für jeden Soldaten schönen Tat zu geben, kann niemals bei dieser Frage von unendlicher politischer Tragweite auch nur die geringste Rolle spielen. Mein Herz zog mich naturgemäß zu den Aktivisten, mein Pflichtgefühl aber gebot mir anders. Jeder Gewalt jedoch sollte mit Gewalt begegnet werden.

Am späten Abend des 2. Juni erhielt ich eine telephonische Mitteilung von der Gruppe Süd, daß die Insurgenten im Laufe des Nachmittags noch zweimal Lichinia nach Artilleriebeschießung angegriffen hätten. Der erste Angriff sei z. T. im Nahkampf abgeschlagen, der zweite noch im Gange, werde aber mit Sicherheit auch bald zusammenbrechen. General von Hülsen bat um mein Einverständnis, im Hinblick auf die Geländeverhältnisse den Gegenangriff bis an die Klodnitz führen zu dürfen. Hauptstoß soll über Salesche westlich an Slawentzitz vorbei auf Kandrzin geführt werden, Nebenangriff über Maschowa—Lenkau. Er beabsichtigte ihn so bald als möglich, aber auch ohne Übereilung zur Durchführung zu bringen. Ich war im Hinblick auf das wortbrüchige Verhalten der Insurgenten mit dem Vorschlage einver-

ſtanden, warnte aber nochmals ausdrücklich vor der Gegend von Ujeſt. In der Nacht vom 2. zum 3. Juni teilte Gruppe Süd telephoniſch mit, daß die Inſurgenten unter Verletzung der mit den Italienern getroffenen Abmachungen in die feierlich anerkannte Neutralitätszone um Coſel mit Infanterie eingerückt ſeien, und daß der geplante Gegenangriff leider erſt in der Nacht vom 3. zum 4. Juni beginnen könne. Wiederholten die Inſurgenten jetzt nicht mehr ihre Angriffe, ſo war es bei einer Pauſe von 24 Stunden ſchwer, die J.K. davon zu überzeugen, daß es ſich um einen Gegenangriff gehandelt habe; Maßnahmen ihrerſeits gegen den Selbſtſchutz waren dann zu erwarten. Ich wollte die Angelegenheit perſönlich mit General von Hülſen beſprechen, dies ließ ſich erſt am 3. Juni mittags in Krappitz ermöglichen.

Am Vormittag des 3. Juni beſuchte mich Major Keatings mit einem höheren Offizier der neuen engliſchen Truppen. Sie erklärten, nicht im Auftrage des engliſchen Oberbefehlshaber zu kommen, ſondern aus eigener Initiative, um Ablöſungsfragen zu beſprechen und mich zu begrüßen. Da ich mich vor einer grundlegenden Vereinbarung mit dem engliſchen Oberbefehlshaber auf Einzelheiten nicht einlaſſen wollte, wies ich Major Jacobſen an, ihnen zu erklären, daß die Lage in dem in Frage ſtehenden Gebiet öſtlich Coſel durch fortgeſetzte Angriffstätigkeit der Inſurgenten ſo unklar ſei, daß ein Feſtlegen von Ortſchaften, da Kampfgebiet, z. B. kaum möglich wäre, und daß derartige Einzelheiten doch überhaupt erſt feſtgelegt werden könnten, wenn ich über die Säuberungsaktion der Engländer im großen unterrichtet ſei. Er ſolle fragen, ob über letzteres Mitteilung gemacht werden könne. Da die Engländer dies verneinten, wurde die Unterhaltung mit Major Jacobſen als nutzlos beendet. Auf Bitten empfing ich darauf die Herren. Major Keatings bat im Auftrage des engliſchen Oberbefehlshabers, ihm eine ſchriftliche Abhandlung über die Entſtehung und die Ziele des Selbſtſchutzes zugänglich zu machen. Zuſtellung erfolgte bereits am 4. Juni abends. Der andere engliſche Offizier erwähnte noch, daß General von Seeckt in Berlin dem General Henneker zugeſtimmt habe, daß die Säuberung auf dem Wege diplomatiſcher Verhandlungen durchgeführt werde. Damit endete dieſe Unterredung.

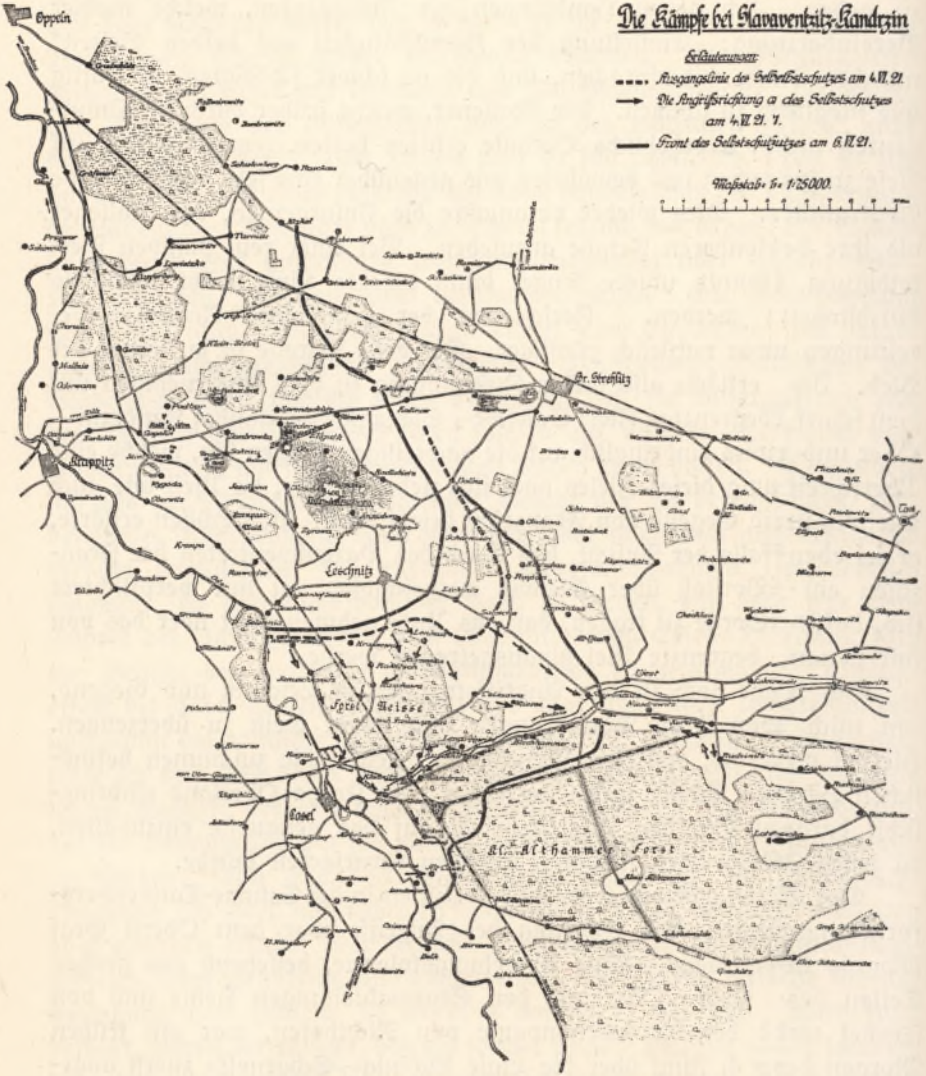
Am 3. Juni mittags hatte ich in Krappitz die Beſprechung mit General von Hülſen über den geplanten Gegenangriff. Ich legte hierbei von neuem dar, daß eine Unternehmung, welche nicht ein unmittelbarer Gegenzug gegen einen Angriff darſtelle, alſo defenſiven Zwecken diene, nach den getroffenen Vereinbarungen mit der J.K.

von dieſer zu unſerem Nachteil ausgewertet werden würde,e, und bat, ſo lange zu warten, bis ein neuer Angriff der Inſurgenteten erfolge. Von Hülſen teilte mit, daß der italieniſche Oberſt Salviowni in Coſel ihm habe mitteilen laſſen, daß er den Ort für gefährdet halltte und die Bevölkerung ſich in großer Aufregung befände. Die IInſurgenten hätten erneut Coſel mit Artillerie und Maſchinengewehren ı beſchoſſen, und Infanterie der Inſurgenten ſtehe in der neutralen ſ Zone nicht fern der Oberbrücke. Von Hülſen hielt es für zweifellos, ı daß es ſich um den erſten Akt eines Angriffs auf Coſel handele, daß auf ſ Widerſtand der italieniſchen Beſatzung nicht zu rechnen ſei und daß daher ɛ der Selbſtſchutz durch eine umfaſſende Gegenunternehmung über SSlawentzitz—Kandrzin den Fall von Coſel verhindern müſſe. Die WBevölkerung Coſels ließ mich eindringlich darum bitten, eine Einnahme e der Stadt durch die Inſurgenten zu verhindern. Truppenanſammmlungen bei Slawentzitz ließen ziemlich ſicher vermuten, daß die Inſurgenten mit dem Angriff auf Coſel auch einen ſolchen auf Lichinia—Leeſchnitz verbinden wollten, wie ſie es in den letzten Tagen getan hatten. Es handele ſich alſo zur Abwendung dringender Gefahr um ein berechhtigtes, rein defenſives Unternehmen. Nach dieſer Meldung ſchien auch mmir dringende Gefahr vorzuliegen, die energiſche Gegenmaßnahmen erforderlich machten. Es war nicht von der Hand zu weiſen, daß deer ſehr rege Führer der Inſurgenten in dem Abſchnitt öſtlich Coſel—Leeſchnitz kurz vor Beginn der engliſchen Säuberungsaktion einen größerren Schlußeffekt bei Coſel wagen wolle, um vor aller Welt ihre Überlegenheit und damit die polniſche Geſinnung Oberſchleſiens darzutun.. Außerdem ſagte ich mir, daß dieſer Inſurgentenführer reichliche Strafe für ſeine letzten Angriffe verdient hätte. Schnelles Zupacken war erforderlich, um die Bevölkerung des faſt ganz deutſchen Coſel vor den ſ Inſurgenten zu ſchützen. Mit Sicherheit war anzunehmen, daß diee italieniſche Beſatzung ſich ihrer nunmehrigen Inſtruktion gemäß neutreal verhalten oder abziehen würde. Der deutſche Bevollmächtigte des Allbſtimmungsgebietes, Graf Praſchma, und Legationsrat von Moltke, woelche ſich auf Einladung von Hülſens in Krappitz befanden, um ihree Auffaſſung befragt, waren der Anſicht, daß ein ſolcher Angriff politiſch nicht ſchaden, daß aber wahrſcheinlich die I.K. energiſch Stellung gegenn den Selbſtſchutz nehmen würde. Ich teilte dieſe Anſchauung, nahm aboer im Hinblick auf den unhaltbaren Zuſtand, in dem ſich der Selbſtſchutz öſtlich Coſel befand, die Verantwortung auf mich, welche die wwahrſcheinliche Stellungnahme der I.K. gegen den Selbſtſchutz in ſich ſ ſchloß. Von

Hülſen, wie auch der Führer der Annabergfront, Oberſt Graf Magnis, und andere Selbſtſchutzführer betonten ſcharf, daß die Truppen nicht mehr zu halten ſeien. Meine Pflicht war es, der Truppe die Möglichkeit zu geben, ſich gegen Handlungen der Inſurgenten, welche meiner Vereinbarung: „Einſtellung der Kampftätigkeit auf beiden Seiten“ mit der I.K. widerſprachen, und die ſie ſchwer ſchädigten, ſo kräftig wie möglich zu ſchützen. Die Italiener, welche früher durch die Inſurgenten nicht unerhebliche Verluſte erlitten hatten, waren ſchlecht auf dieſe zu ſprechen und bewahrten uns gegenüber eine ſehr wohlwollende Neutralität. Dies wieder veranlaßte die Inſurgenten, die Italiener als ihre beſonderen Feinde anzuſehen. Bei einer rein paſſiven Verteidigung konnte unſere lange, dünn beſetzte Linie leicht irgendwo durchſtoßen werden. Zerſchlagen der feindlichen Angriffsvorbereitungen war natürlich günſtiger. Die beſte Parade iſt ja immer der Hieb. Ich erklärte alſo meine Zuſtimmung zu dem Unternehmen mit dem ſcharf begrenzten Ziel: Saleſche—Slaventzitz—Bahnhof Kandrzin—Oder und wies eindringlich auf die nachteiligen Folgen hin, welche eine Überſchreitung dieſes Zieles nach ſich ziehen würde, da Ujeſt wie auch Gleiwitz und Gegend von Franzoſen beſetzt ſeien. Von Hülſen erklärte, er ſei ebenfalls der Anſicht, daß durch das Dazwiſchentreten der Franzoſen ein Vorſtoß über Gleiwitz ausgeſchloſſen ſei und verpflichtete ſich, dafür Sorge zu tragen, daß das Unternehmen nicht über das von mir genau begrenzte Ziel hinausgetragen werde.

Ich fuhr noch zu den Angriffstruppen in Leſchnitz und Gegend, um mich von ihren Vorkehrungen und ihrem Geiſt zu überzeugen. Hierbei wies ich, von einer Vorahnung geleitet, die zuſammen befindlichen Herren Römer und Öſterreicher vom Korps Oberland eindringlichſt darauf hin, den Angriffsbefehl auf das genaueſte einzuhalten, da jedes Ausbrechen ſchweren Schaden verurſachen würde.

Der Stoß war von General von Hülſen in der Cannae-Tannenbergform angelegt. Die Führung des Angriffs war dem Oberſt Graf Magnis übertragen. Eine Umgehungskolonne, beſtehend aus großen Teilen des Korps Oberland, den Sturmabteilungen Heinz und von Frobel und der Radfahrkompanie von Richthofen, war am frühen Morgen des 4. Juni über die Linie Lichinia—Scharnoſin zuerſt angetreten, hatte das tapfer verteidigte Saleſche durch geſchickte Umfaſſung genommen und erreichte bereits um 4.15 Uhr vormittags Slaventzitz. Den Inſurgenten war es gelungen, rechtzeitig die Klodnitzbrücken bei dieſem Ort zu ſprengen. Durch die Sprengung einer dieſer Brücken



Skizze 4. Die Kämpfe bei Slaventzitz—Kandrzin.

hatte die gerade dort befindliche Selbſtſchutz-Abteilung einen Verluſt von 17 Toten und 35 Verwundeten. Leutnant Kagelmann ſtellte mit Umſicht und Energie die erforderlichen Notbrücken her. Die Beſatzung von Slawentzitz, darunter ein Diviſionsſtab und Artillerie, nahmen den Kampf nicht an, ſondern gingen nach Oſten zurück, wo ſie ſich im Machtbereich der Franzoſen geborgen wußten. Aufgabe der Umgehungskolonne war es jetzt, Slawentzitz nach Oſten und Süden abzuriegeln und im übrigen rückſichtslos im Klodnitztale bis zur Oder durchzuſtoßen. Der Frontalangriff war den Einheiten Irmer und Martin übertragen. Er begann eineinhalb Stunden nach dem Antreten der Umgehungskolonne, um ſo durch letztere entlaſtet zu werden. Die Einheit Irmer ging von Leſchnitz aus auf Lenkau—Cziſſowa vor, rechts von ihr die Einheit Martin in Richtung Rokitſch—Raſchowa—Januſchkowitz. Auf dieſe Weiſe ſollten die im Neißer Forſt befindlichen Inſurgenten abgeſchnürt werden. Der am Anfang der Einheit Irmer vorgehenden Abteilung des Grafen Bethuſy Huc mit der zugeteilten Sturmkompanie „Koppe“ gelang es, Lenkau zu nehmen, wo ſie aber ein Gegenſtoß in Flanke und Rücken traf. Sie hatten in der Kompanie von Garnier, die in zweiter Linie folgte, einen energiſchen Helfer, der die Inſurgenten wieder in ihrer Flanke faßte. In ſtürmiſchem Kampfe wurde der Gegner zurückgeworfen und Lenkau geſichert. Im Laufe des Vormittags wurden auch Kraſſowa, Rokitſch, Raſchowa und Januſchkowitz in erbittertem Ringen genommen. Dann aber ſtieß der Frontalangriff auf zäheſten Widerſtand und kam bis über Mittag nicht weiter vor; denn von der Umgehungskolonne, die zwiſchen 7 und 8 Uhr vormittags am Klodnitzkanal vorgehend den Sack abſchnüren ſollte, war auffallenderweiſe nichts zu merken. Zwiſchen Slawentzitz und der Oder blieb bis zum Nachmittag alles ſtill. Nach Stunden erſt wurde feſtgeſtellt, daß die Umgehungskolonne von Slawentzitz aus nicht, wie klar befohlen, am nicht zu verfehlenden Klodnitzkanal entlang nach Weſten, ſondern nach Süden auf Gleiwitz marſchiert war. Exempla trahunt! Unterführer hatten eine andere Auffaſſung über die Lage als die Gefechtsleitung. Sie hatten die Einnahme von Gleiwitz für zweckmäßiger und ruhmbringender gehalten und handelten trotz klarer Befehle und beſonderer Warnungen ſo, wie es ihnen beliebte. Was höhere Führung beim Annaberg getan, hielt man ſich berechtigt, auch zu tun. Abgeſandte aus Gleiwitz ſollen für dieſen Fall ſtarke Unterſtützung zwecks Befreiung des ganzen Abſtimmungsgebietes zugeſagt haben. Aber wie klein war dieſe opfer-

mutige Gleiwitzer Schar, die über Waffen verfügte, und die Franzosen hatte man wohl ganz vergessen. Wieder vergingen Stunden, ehe auf General von Hülsens Befehl die Umgehungstruppen unter Hauptmann Österreicher, begleitet vom Stabschef Hauptmann Römmer, nach Slawentzitz zurückgeholt und von dort aus auf den ihr ursprünglich bestimmten Weg nach Westen in Marsch gesetzt werden konnten. Inzwischen waren die braven Truppen des Frontalangriffes nicht weiter vorgekommen. Ein großer Teil der Insurgenten, die drohende Einkreisung nun merkend, rettete sich durch schleunigsten Abmarsch nach Südosten. Die Umgehungskolonne, welche schon am frühen Morgen schwer gekämpft und dann beinahe bis Rudzinitz vorgestoßen war, stürmte jetzt im Klodnitztal bei tropischer Hitze der Reihe nach die Klodnitzkanalbrücken und erreichte noch Oberhafen. Inzwischen war am Nachmittag auch die Frontalgruppe wieder vorgegangen und drängte die noch vorhandenen Insurgenten durch den Forst Neiße und an der Oder entlang den Oberländern in die Arme. Die Einkreisung, an der auf selbständigem Entschluß auch Teile des Oderschutzes nach Überschreiten des Flusses mitwirkten, war jetzt vollendet. Viele Beispiele hervorragender Tapferkeit waren in dem unübersichtlichen Gelände gegeben worden. An den Brücken, zu denen alles drängte, Freund und Feind, spielten sich dramatische Szenen ab. Gegen 7 Uhr nachmittags machten die Insurgenten mit frischen Kräften von Süden her mit einem Panzerzuge, dem starke Infanterie folgte, einen Gegenstoß bis zur Eisenbahnbrücke von Kandrzin, wurden aber schließlich abgewiesen; der Tiroler Sturmzug tat sich dabei besonders hervor. Die Klodnitzbrücken, von denen die bei Slawentzitz und bei Pogorzelletz zerstört waren, befanden sich in unserer Hand. Die ganze Nacht über machten die eingekreisten Polen an ihnen verzweifelte Durchbruchsversuche. Am frühen Morgen des 5. Juni hatten die Insurgenten mit Hilfe von mehreren Panzerzügen den ausgedehnten Güter- und Personenbahnhof Kandrzin besetzt. Die als Ablösung eingetroffene Abteilung von Heydebreck, ein energisch geführtes und hervorragend tapferes Freikorps, vertrieb in schneidigem Angriff die Polen aus den gesamten Bahnanlagen und dem Dorfe. Oberschutzabteilungen, die ihren Kameraden helfen wollten, waren auch an diesem Tage über die Oder gegangen und hatten z. T., so bei Alt-Cosel, schwere Kämpfe zu bestehen. Im Laufe dieses Tages wurde die Besatzung des wiedergewonnenen Dorfes Pogorzelletz von starken polnischen Kräften, unterstützt durch Artillerie und Panzerzug, angegriffen. Es ging vor-

übergehend verloren, wurde aber durch eine Abteilung Martin wieder genommen. Am 6. Juni machten die Inſurgenten aus dem Walde ſüdlich Kandrzin noch einen Angriff mit ſtärkeren Kräften, der aber von der inzwiſchen gut organiſierten Verteidigung abgewieſen wurde. Die neue Linie des erweiterten Brückenkopfes (jetzt 36 km Frontlänge) ging über Alt-Coſel—Slaventzitz—Saleſche—Dollna; Orte in unſerem Beſitz. Sie wurde durch ſchnelle Ordnung der Verbände und Herſtellung der von den Inſurgenten zerſtörten Brücken durch die ausgezeichneten Pioniertruppen raſch gefeſtigt. Einige hundert Gefangene waren gemacht worden; die Literatur hat ihre Zahl ſtark vergrößert. Von der Umgehungskolonne hatte der größte Teil bei ſeinem Vorgehen gegen Gleiwitz das von Franzoſen ſtark beſetzte Ujeſt am 4. Juni zwar vorſichtig umgangen, aber franzöſiſche Truppen, auf das ſchnellſte über das Unternehmen unterrichtet, hatten in Gegend Rudzinitz bereits Gefechtsſtellung gegen den Selbſtſchutz eingenommen, und um Haaresbreite wäre es zum Zuſammenſtoß mit ihnen gekommen. Gerade als die Oberländer dort auf die Franzoſen ſtießen, erreichte ſie der Befehl des Generals von Hülſen, ſofort umzukehren. Als das Sturmbataillon Heinz in der Nähe von Ujeſt angelangt war, ließ der dortige franzöſiſche Oberſt Heinz Hauenſtein um eine Unterredung bitten. Er ſagte ihm, daß die Franzoſen ihre Poſten längs der Front in Richtung des Induſtriegebietes aufgeſtellt hätten; ein weiterer Vormarſch des Selbſtſchutzes ſei ohne Zuſammenſtoß mit ihnen ausgeſchloſſen. Er ſtellte auch die merkwürdige und bezeichnende Frage, ob auf unſerer Seite engliſche Offiziere mitkämpften.

Trotz der Nachteile, welche das Abbiegen der Umgehungskolonne auf Gleiwitz in ſich ſchloß, war der taktiſche Erfolg der Kämpfe vom 4. bis 6. Juni ein bedeutender. Er beſeitigte die Spannung an der ſüdlichen Annabergfront, gab eine brauchbarere Frontlinie und befreite die Stadt Coſel, den Oderhafen, die Bahnanlagen von Kandrzin und viele Orte von dem feindlichen Druck. Er bewies auch, daß der Selbſtſchutz, der durch die Verhältniſſe gefeſſelt im Intereſſe des Ganzen Zurückhaltung geübt hatte, wenn freventlich herausgefordert, zu kämpfen verſtand. Eine operative Auswertung dieſes ſchönen, teuer erkauften Erfolges war aber der Franzoſen wegen von vornherein ausgeſchloſſen. Der zähe Widerſtand, den die Inſurgenten unſerem Frontalangriff entgegengeſtellt und ihre Gegenangriffe zeigten auch erneut, daß ſie nicht ſo minderwertig waren, wie ſie oft eingeſchätzt wurden, und daß ſie ihre überlegene Bewaffnung zu gebrauchen

verſtanden. Die geſchickt angelegte und ſchließlich mit ſtarkerem Schwung durchgeführte Umgehungsaktion hatte die Inſurgenten überraſcht, aber trotzdem führten ſie doch, wo irgend möglich, die planmäßig vorbereiteten Zerſtörungen aus. Daß ſie ſich der drohenden Abdroſſelung durch Abmarſch entzogen, war nicht feige, ſondern taktiſch verſtändig gehandelt. General von Hülſen ſagt in ſeinem Buch „Der Kampf um Oberſchleſien“ auf Seite 40:

„daß das Unternehmen die letzten Teile der Korfantyarmee zertrümmert hat.“

Dies verfolgte ſicher den Zweck, dem Selbſtſchutz das Gefühl erfolgreicher Durchführung ſeiner Aufgabe mit auf den Weg zu geben und bei den Leſern ſeines Buches das heldiſche Feuer anzufachen. Es handelte ſich hier ja doch nur um einen Kampfabſchnitt von etwa 15 km bei einer Frontlänge von etwa 150 km und daher auch nur um einen nicht zu hohen Bruchteil der Inſurgentenſtärke. Daß nach dieſer Niederlage, ebenſo wie nach der am Annaberg, eine gewiſſe Kriſis bei den Inſurgenten eintrat, iſt erklärlich. Sie iſt aber ebenſo wie damals bald überwunden worden. Die Verluſte des Selbſtſchutzes betrugen: 50 Tote und 150 Verwundete — ein ſehr hoher Prozentſatz von der Zahl der Angriffstruppen. Dieſe hatten während der Kämpfe Hervorragendes geleiſtet, und ſie waren in beſter Weiſe von ihrer Artillerie, ihren Pionieren, der Nachrichtenabteilung, dem Sanitätsdienſt und dem Nachſchub unterſtützt worden. Mit Rührung und Dankbarkeit begrüßte die deutſche Bevölkerung in den befreiten Orten den Selbſtſchutz.

Oberſtleutnant Grützner hatte mir am 3. Juni gemeldet, daß wieder Abgeſandte einer Truppe der Gruppe Süd bei ſeinen Truppen ſtarke Propaganda getrieben haben, den Vorgeſetzten nicht mehr zu gehorchen und, koſte es was es wolle, jetzt mit ihnen vorzuſtürmen. Meine Sorge und Aufmerkſamkeit bezog ſich daher beſonders darauf, daß der Selbſtſchutz an den anderen Fronten mir nicht durchbrannte. Die Leitung des Gefechts wie ſeine Planung und Vorbereitung lagen in den Händen eines ſo hervorragenden Führers, wie von Hülſen es war. Sein iſt das Verdienſt des Erfolges dieſer Tagge, Ruhm und Ehre gebühren ihm und ſeinen prächtigen Truppen. Der Selbſtſchutz an den anderen Fronten war doch gehorſam geblieben, wenn mir auch der Unwille, daß ſie nicht gleich den Kameraden bei Slawentzitz—Kandrzin handeln konnten, offen erkennbar war. Es war mir ſehr ſchmerzlich, dieſen prächtigen Leuten, die auch in zahlreichen kleineren

Kämpfen und Scharmützeln ihre glänzende Tapferkeit und ihren guten ſoldatiſchen Geiſt bewieſen hatten, und die doch auch einmal einen großen Schlag mitmachen wollten, dieſen berechtigten Wunſch verſagen zu müſſen.

Die Unterſuchung und Erledigung des Ausbrechens auf Gleiwitz überließ ich natürlich dem General von Hülſen, deſſen Bereich ja allein beteiligt war. Er ſtellte Fahrläſſigkeit feſt, die mit dem Fehlen einer Karte und mangelndem Orientierungsſinn erklärt wurde. Die heldenhafte Tapferkeit und die faſt übermenſchlichen Leiſtungen, welche dieſe Truppen anſchließend bewieſen haben, ließen dieſe Extratour auch milder erſcheinen.

Ich greife nach dieſer Schilderung der Kämpfe auf den 4. Juni zurück. Legationsrat von Moltke ließ mir die höchſte Entrüſtung der J.K. über den Angriff bei Slawentzitz—Kandrzin mitteilen. Seiner Aufklärung, daß es ſich nur um eine ſcharf begrenzte Abwehrmaßnahme handele, ſchenke die J.K. keinen Glauben. Der Marſch der Oberländer uſw. auf Gleiwitz war ihr natürlich ſofort bekannt geworden und nahm ſie daher einen Großangriff an. Ich war am Nachmittag des 4. Juni an die neue Front öſtlich Coſel gefahren. Die tapferen Truppen, welche an dieſem ſehr heißen Tage ganz Außerordentliches geleiſtet hatten, waren ſtark erſchöpft. Ihre Ablöſung durch die vom Gruppenkommando Süd planmäßig hierfür bereitgeſtellten Abteilungen war im Gange. Gegen 6 Uhr nachmittags waren Vertreter der J.K. in meinem Quartier zu Oberglogau erſchienen, um mir perſönlich ein Ultimatum zu überreichen. Da meine Verbindung mit Oberglogau abgeriſſen und ich dann auch durch eine Autopanne längere Zeit aufgehalten war, konnte ich ſie erſt gegen 10 Uhr abends empfangen. Dies wurde mir von der hohen J.K. ſehr übel vermerkt. Sie erhob bei ihren Regierungen gegen mich den Vorwurf, ich hätte eine Beſprechung mit Vertretern der J.K. hinausgezögert und meine Zuſicherung, keinen Vormarſch anzutreten, verletzt. Weder das eine noch das andere war zutreffend. Ich hatte die Abordnung empfangen, ſobald mir dies möglich war, und die Abſicht eines „Vormarſches auf Gleiwitz", welchen die J.K. mir beharrlich unterſchob, hatte bei mir nie vorgelegen. Die Unternehmung bei Slawentzitz—Kandrzin am 4. Juni entſprach dem Standpunkt, den ich am 30. Mai dem Oberſten Caput und ſpäter bei anderen Unterredungen mit interalliierten Organen eingenommen hatte. Der Selbſtſchutz war von den Inſurgenten durch dauernde Angriffe herausgefordert und bedroht worden.

Es war meine Pflicht, ihn vor dem wahrſcheinlichen gegneriſchen Überfall und die in meinem Schutz befindliche deutſche Bevölkerung vor wahrſcheinlichen Schäden zu ſichern. Es handelte ſich daher nur um eine berechtigte, mir durch das Verhalten der Inſurgenten aufgezwungene Abwehrmaßnahme mit einem von vornherein klar begrenzten Ziel. Die in Richtung Gleiwitz ausgebrochenen Selbſtſchutzabteilungen waren, als dies bekannt geworden, ſofort zurückbeordert worden. Das Ultimatum, welches mir am 4. Juni gegen 10 Uhr abends überreicht wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Interalliierte Regierungs- und Plebiſzitkommiſſion Oberſchleſien.

Die interalliierte Regierungskommiſſion Oberſchleſien legt es dem General Hoefer, nachdem ſie von dem deutſchen Vormarſch in der Gegend von Ujeſt Kenntnis genommen hat, auf, ſeine Truppen auf die Linie: Leſchnitz Bhf.—Leſchnitz Stadt—Dollna zurückzuziehen. (Dieſe Orte verbleiben zur Verfügung des General Hoefer.) Falls die erſten Bewegungen der Ausführung als Folge dieſer Benachrichtigung nicht innerhalb der nächſten zwölf Stunden nach der vorliegenden Notifikation begonnen ſind, ſo wird die Kommiſſion die diejenigen Maßnahmen treffen, die den Inhalt der Benachrichtigung ausmachen, welche Herrn von Moltke am 21. Mai zugegangen iſt, nämlich Maßnahmen, welche die Evakuation der alliierten Garniſonen, die z. B. die Städte des Induſtriegebietes beſetzt halten, mit ſich bringen. Die Kommiſſion gibt andererſeits bekannt, daß ſie den polniſchen Inſurgenten verbietet, die Räumlichkeiten, welche ſie ſeit dem Abend des 3. Juni geräumt haben, wieder zu beſetzen.

Oppeln, den 4. Juni 1921 Zeit 15.

Der Vertreter Frankreichs: Präſident Le Rond

Der Vertreter Großbritannien: Harald Stuart

Der Vertreter Italiens: de Marinis.

Die I.K. verlangte alſo, nicht nur das eben befreite Gebiet wieder preiszugeben, ſondern noch hinter unſere Ausgangsſtellungen zurückzugehen und dieſe Bewegung innerhalb 12 Stunden anzutreten. Im Falle der Weigerung drohte ſie — wie ſie es ſchon beim Annabergangriff am 21. Mai getan — mit dem Abzug der interalliierten Truppen aus den Städten des Induſtriegebietes. Dies bedeutete Preisgabe

der deutſchen Bevölkerung in dieſen Städten an die belagernden Inſurgenten und Sammlung der ſämtlichen interalliierten Truppen im Rücken des Selbſtſchutzes, natürlich gegen dieſen. Am 5. Juni beſprach ich die Lage eingehend mit Legationsrat von Moltke und den politiſchen Vertretern. Es herrſchte vollkommene Einmütigkeit darüber, daß die Forderung der I.K. abzulehnen ſei. Wir waren uns hierbei klar, daß alles auf des Meſſers Schneide ſtand. Die angedrohte Preisgabe der Induſtrieſtädte an die Inſurgenten war der Einſatz, der auf dem Spiele ſtand. Die Rückverlegung des Selbſtſchutzes hätte das eben befreite Gebiet den Inſurgenten von neuem ausgeliefert, denn an das „Verbot" der I.K. hätten ſich dieſe ſicher nicht gekehrt. Gerade in den letzten Tagen hatten die Inſurgenten wieder Zerſtörungen an Schlöſſern uſw. ausgeführt. Wir waren uns ferner bewußt, daß eine Ablehnung des Ultimatums eine außerordentliche Lage ſchaffte und zu Maßnahmen der I.K. gegen den Selbſtſchutz führen werde, deſſen Bedeutung mit Beginn der engliſchen Säuberungsaktion aber ſowieſo weſentlich zurücktrat. Eine Verwirklichung der Drohung der I.K., die Induſtrieſtädte den Inſurgenten preiszugeben, haben wir bei Einſtellung deutſcher Angriffe und Verweigerung der Forderung für wenig wahrſcheinlich gehalten, da trotz aller Vorgänge ein Treuhänder vor aller Welt ſo nicht handeln konnte. Bei Fortſetzung der Selbſtſchutzangriffe freilich hätten die Franzoſen wohl ſicher die deutſchen Städte den Inſurgenten preisgegeben, da ſie ſich ja dann als die von den böſen Deutſchen Angegriffenen ausweiſen und ihre weiteren Ziele verfolgen konnten. Ich übernahm die Verantwortung für die Ablehnung des Ultimatums in der Überzeugung, daß dieſe der deutſchen Sache nicht zum Nachteil gereichen werde. Am 5. Juni übermittelte ich der I.K. folgendes Antwortſchreiben auf ihr Ultimatum vom 4. Juni:

Oberglogau, den 5. Juni 1921.

An die

Interalliierte Kommiſſion

Oppeln.

Auf die mir übermittelte Note vom 4. Juni habe ich die Ehre folgendes zu erwidern:

Seit fünf Wochen wartet die deutſche Bevölkerung mit leidenſchaftlicher Ungeduld auf die Befreiung der von den polniſchen Inſurgenten beſetzten Gebiete. Nur die beſtimmte Hoffnung auf das endliche

tatkräftige Eingreifen der interalliierten Truppen machten es möglich, den Selbſtſchutz von größeren Unternehmungen zurückzuhalten und ihn zu veranlaſſen, ſich mit der Abwehr polniſcher Angriffe und der Feſtigung der eigenen Stellung zu begnügen. Auch bei den Ereigniſſen am 3. und 4. Juni handelt es ſich allein um ſolche durch die zahlreichen, immer ſtärker werdenden polniſchen Angriffe verurſachten Abwehrmaßnahmen der bedrohten Verbände. Der Selbſtſchutz beſteht aus Formationen, die allein durch das gemeinſame Beſtreben, ihren ſchwer bedrängten Brüdern zu Hilfe zu eilen, zuſammengehalten werden. Ich habe nicht die Macht und vermag es auch im Hinblick auf die deutſchgeſinnte Bevölkerung nicht, die Selbſtſchutzverbände aus den Ortſchaften, deren Schutz ſie übernahmen, zurückzurufen, zumal ich nach den bisherigen Erfahrungen nicht die geringſte Gewähr dafür bieten kann, daß in den geräumten Gebieten deutſches Leben und Eigentum geſchützt bleibt. Die Zurückziehung des Selbſtſchutzes aus den von ihm befreiten Ortſchaften iſt unausführbar.

Ich appelliere an das ſoldatiſche Empfinden der Vertreter der interalliierten Mächte!

Die Forderung ſteht aber auch in völligem Gegenſatz zu dem, was als Recht der deutſchen Bevölkerung Oberſchleſiens vor dem engliſchen Parlament feierlichſt anerkannt worden iſt.

Die Drohung mit der Zurückziehung der franzöſiſchen Truppen aus den Städten des Induſtriegebietes bindet mir vollends die Hände. Ihre Durchführung würde die Preisgabe auch dieſer beſonders wichtigen Teile Oberſchleſiens an die Inſurgenten und damit eine direkte Förderung des polniſchen Aufſtandes bedeuten. Die Verwirklichung dieſer unmenſchlichen, gegen Recht und Vertrag verſtoßenden Drohung würde eine ungeheure Empörung in allen deutſchgeſinnten Kreiſen der Bevölkerung, insbeſondere auch in den Reihen des Selbſtſchutzes auslöſen und vor aller Welt die völlige Schutzloſigkeit unſerer Landsleute dartun. Mich aber würde ſie außerſtande ſetzen, dann noch auf den Selbſtſchutz den Einfluß zur Selbſtbeherrſchung und Ordnung auszuüben, dem ich bisher Geltung verſchafft habe.

Hoefer,
Generalleutnant a. D. und Führer des oberſchleſiſchen Selbſtſchutzes.

Die zwölfſtündige Friſt war verſtrichen, ohne daß die I.K. ihre Drohung trotz meiner glatten Ablehnung zur Ausführung brachte und die Folgezeit ergab, daß die I.K. ihren Worten keinerlei Taten,

auch nicht gegen den Selbstschutz, folgen und ihre Forderung und Drohung ohne weiteres fallen ließ. Der Erfolg hat uns also recht gegeben. Mein Vorgehen ist wohl durch Bemühungen Englands, das die polenfreundliche Haltung des Generals Le Rond erneut feststellte, und durch die energische diplomatische Unterstützung der deutschen Regierung zum guten Ausgange geführt worden.

Obiger Notenwechsel hatte in den politischen Kreisen größtes Aufsehen erregt und zu scharfen Kommentaren in der Presse geführt. Die deutschen Blätter bis einschließlich des „Vorwärts" waren sich darin einig, daß die Forderung des Generals Le Rond an mich den Gipfel der Unerträglichkeit bedeutete, und würdigten den Ernst der Lage, den meine ablehnende Haltung geschaffen hatte, in sachlicher Weise. Die linksradikalen Blätter, denen es ja immer als vorteilhaft erschien, die Sache unserer Gegner zu vertreten, zeterten natürlich auch jetzt über die „Hoeferbanditen" und die gefährlichen „Weißgardisten".

Die nationalistische französische Presse hetzte sehr stark und erklärte:

daß auf meine Antwortnote an die J.K. die einzige Intervention Frankreichs nunmehr auf dem rechten Rheinufer erfolgen müsse.

Rechtes Rheinufer und Ruhrgebiet, das war nun einmal das Ziel, das A und O der französischen Staatskunst. Der „Temps" sagte:

die Deutschen führten gegen Frankreich und Polen Krieg, General Hoefer wolle durch Siege in Oberschlesien eine nationalistische Regierung in Deutschland ans Ruder bringen, die noch größere militärische Vorbereitungen beginnen werde.

Die englische Presse war einsichtiger. Die „Times" z. B. erklärten:

daß die Franzosen die Polen nicht als Insurgenten ansähen und nicht die Demütigungen anerkennen wollten, denen die französischen Truppen gemeinsam mit ihren Alliierten ausgesetzt seien. Für die Franzosen seien die Polen zu allererst Alliierte. Es bestehe nicht der geringste Zweifel daran, daß die J.K. ihre Autorität mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen herstellen könne, wenn sie nur wolle. Es handele sich für die Alliierten nur um die Frage, ob sie bereit seien, wenn nötig, zu schießen. Die Franzosen hätten jedenfalls Befehl, nicht zu schießen und die Polen wüßten dieses. Wenn die Engländer bei der Anwendung entschlossener Maßnahmen sich keinerlei Gefahr aussetzen wollten,

dann ſei es ſchwer zu verſtehen, warum ſie jetzt nach OOberſchleſien geſchickt worden ſeien.

Die deutſche Regierung hatte durch Vorſtellungen ihrer Botſchafter bei den alliierten Mächten gegen das Ultimatum deren deutſchen Standpunkt, ſoweit ihr möglich, energiſch vertreten. Nachch Zeitungsnachrichten hatte Frankreich geantwortet:

daß die J.K. die Verantwortung für die Ordnung in Oberſchleſien trage und völlig ermächtigt ſei, die Maßnahmen zu treffen, die ihr zu dieſem Zweck notwendig erſchienen.

Die franzöſiſche Preſſe forderte weiter:

Intervention Frankreichs auf dem rechten Rheinufer und wies darauf hin, daß die Alliierten in ihrem Vorgehen völlig einig ſeien und General Hoefer ſich verrechne, wenn er ſich auf engliſch-franzöſiſche Meinungsverſchiedenheiten einſtellle.

Die engliſche Regierung erklärte:

daß ein weiteres Vorrücken des Selbſtſchutzes das Leben und Eigentum der Deutſchen in Oberſchleſien ſchwer gefährden und auch die völlige Zerſtörung der Bergwerke, Hütten uſw. durch die Inſurgenten zur Folge haben würde.

In einer Sitzung der J.K. am 7. Juni in Oppeln verlangten die Franzoſen, den Selbſtſchutz zu entwaffnen, Engländer und Italiener ſetzten aber durch, daß den Deutſchen das Recht zugeſprochen wurde, in der Defenſive zu bleiben.

Korfanty drehte natürlich den Mantel nach dem Winde. Er behauptete, daß weder er noch irgendeiner ſeiner Unterführer Angriffsabſichten gehabt hätten, daß ſie ſich genau an die Verabredung gehalten, aber von den böſen Deutſchen hinterhältig überfallen worden wären, und, wenn ſie nicht ſo völlig überraſcht worden wären,, der Kampf ganz anders geendet haben würde. Er verſicherte der J.K.. ſeine Unterwürfigkeit und ſchlug ihr vor, durch Zurückgehen des Selbſtſchutzes und der Inſurgenten um etwa 10 km eine neutrale Zone zu ſchaffen und in dieſe alliierte Truppen zu legen.

Die Kommuniſten im Reich ſuchten wie immer Nutzen aus der Lage zu ziehen. Das wurde ihnen durch törichte Äußerungen in nationalen Verſammlungen erleichtert. Im Waldenburgiſchen Induſtriegebiet herrſchte gerade ein Streik. Hier wurde von Kommuniſten beſonders gegen den Selbſtſchutz gehetzt, deſſen Ziel es ſei, die oberſchleſiſchen Arbeiter zu knebeln. Deshalb müßten alle Arbeiter ſich gegen den Selbſtſchutz bewaffnen, die Eiſenbahner bei einem Streik

unterstützen, die Werbestellen sprengen und der Orgesch das Genick brechen. Es ist freilich kein Wunder, daß Leute ohne Volksbewußtsein nicht begreifen konnten, daß es sich hier nicht um Militarismus handele, sondern um die Notwehr eines gequälten Volkes. Es sei aber besonders hervorgehoben, daß hierfür in dem betroffenen „oberschlesischen" Gebiet dauernd vollstes Verständnis bei allen Parteien und der deutschen Arbeiterschaft herrschte; hier hatten auch die Kommunisten geschwiegen.

Die letzten Tage haben, glaube ich, die Richtigkeit meiner Auffassung sowohl über Teilaktionen, wie über eine große Befreiungsoffensive bestätigt.

Ich ließ erneut nach oben erklären, daß ich keinesfalls an meinem Posten klebe. Wenn auch der Grundsatz, daß man die Dinge eher verlassen soll, als sie einen verlassen, Richtiges in sich birgt, so schien mir eine Niederlegung des Postens aus eigener Initiative wie Fahnenflucht. Viele baten mich auch, ja zu bleiben, weil sonst leicht Chaos folgen könnte.

Befreiung des insurgierten Gebietes durch den Selbstschutz gegen den Willen der I.K. war jetzt noch viel aussichtsloser als vorher, da an den meisten Frontabschnitten interalliierte Truppen zwischen dem Selbstschutz und den Insurgenten lagen. Der völlige Munitionsmangel hätte aber auch sonst eine große Offensive des Selbstschutzes ausgeschlossen. Jetzt bei Einstellung der Feindseligkeiten verfügten wir insgesamt nur noch über etwa zwei Millionen Patronen bei einem Abgang von mindestens einer halben Million selbst an den ruhigsten Tagen. Seitens der I.K. war eine militärische Säuberungsaktion überhaupt nicht beabsichtigt.

Es blieb daher jetzt nur noch der Weg der Verhandlungen.

Am 5. Juni hatte ein von der I.K. entsandter französischer General in Slawentzitz namens der I.K. dem Detachementsführer Haßfurther jedes weitere Vorgehen des Selbstschutzes verboten, was auch den Insurgenten befohlen sei. Auf die Erwiderung, daß die Insurgenten sich nicht an diesen Befehl kehrten, sagte der General, daß jeder Angriffsversuch des Selbstschutzes auf den Widerstand sämtlicher interalliierten Truppen — der Franzosen, Engländer und Italiener — stoßen werde, und daß jeder Zuwiderhandelnde die Verantwortung für eine sich daraus entwickelnde europäische Katastrophe zu tragen habe.

Anlage 1.

Gruppenbefehl zum Annaberg-Angriff.

(Streng geheim durch Offiziere geſchrieben.)

2(20. Mai 1921.

1. Zur Schaffung eines Brückenkopfes wird die Stellung am Nordflügigel vorverlegt; Ziel: Bachabſchnitt Januſchkowitz—Rokitſch—Kurzowka—Lichinia——Scharnoſin—Höhe 305 bei Kadlubietz—Nieder-Ellguth—Nordrand Steinbrüche bibei Gogolin.
2. Vom Feinde iſt bekannt:
   a) Poſtierungen am rechten Oderufer mit Infanterie und M.G.
   b) Beſetzung der Bahn Kandrzin—Gogolin. Stärker am Bahnhof f Kandrzin und Leſchnitz.
   c) Vorausſichtlich ſchwächere Kräfte Slaventzitz—Lenkau—Raſchowowa—Rokitſch. Stärker wird Beſetzung Kandrzin, Leſchnitz und Annaberg ſein, ‹ auf Annaberg vielleicht Artillerie.
   d) Infanterie, M.G. und einige M.W. in Front vor Gogolin.
   e) Die Dörfer der Oberniederung haben ſtarken polniſchen Einſchlagg, die auf den Höhen weniger.
3. In Groß-Strehlitz ſtehen franzöſiſche Truppen, Kampfführung daurf auf keinen Fall ſtattfinden.
4. Am 21. Mai 3.30 vormittags greifen, von den unten genannten Ausggangsſtellungen beginnend an:
   a) Det. von Chappuis über die Linie Oder—Krempa—Jeſchovna (Jeſchona ausſchließlich). Ausgangsſtellung Höhenrücken ſüdöſtlich Otmuuth. Ausgang Gogolin nach Oberwitz (Gogolin ausſchließlich) Truppen: Frww.Abt. Lenſch, von Winkler, Bergerhoff.
   b) Det. Horadam den Annaberg und die Waldſtücke nördlich davwon. Schwergewicht zur Umfaſſung auf linken Flügel, rechter Flügel über Jeſeſchona. Ausgangsſtellung Gogolin einſchließlich und nördlich davon. Mit DDet. Strachwitz iſt Fühlung zu nehmen (Lt. Heinz iſt orientiert). Truppen: 2 Frwv.Abtgn. Oberland, 1 Frw.Abt. von Holz, 1 Frw.Abt. Heinz.

   Anzuſtreben iſt, daß das Det. von Chappius den Bachabſchnitt vonn Januſchkowitz bis Scharnoſin ausſchließlich erreicht. Hier ſchließt ſich das Dt. Hooradam in der unter Ziffer 1) genannten Linie an. In der erreichten Linie ſind ſofoort Stützpunkte anzulegen.
5. Als Gruppenreſerve ſtehen am 21. um 3.30 Uhr vormittags unterr Führung des Majors von Gilgenheimb bereit: Frw.Abt. von Waßdorf und Artilleieriezug F.K. 16 in Krappitz, Anfang Ring Krappitz, Front nach der Oder, linke SStraßenſeite iſt unbedingt freizuhalten. Frw.Abt. v. Rothkirch-Wild-Eicken wird ı nach Maßgabe des Vorſchreitens des Angriffs zur Gruppenreſerve herangezogen.n. Der heranbeförderte F.K. 16-Zug tritt zur Gruppenreſerve, Unterkunft in ı Klein-Strehlitz nach näherer Anweiſung des Majors von Gilgenheimb. Es iſt unter allllen Umſtänden zu verhindern, daß Teile der Frw.Abt. Rothkirch-Eicken mit den ererſten Kolonnen vorgehen.
6. Reihenfolge beim Überſchreiten der Oderbrücke Krappitz am 21. ſ früh: Kolonne Horadam, Anfang 1.30 von Schloß Krappitz; Kolonne Chappuis. .
7. Die Truppe wird nach Maßgabe des Fortſchreitens zunächſt aus deder Komp. Wild

einen deutſchen Ortsſchutz in den genommenen Orten einrichten. Hptm. Wild meldet ſich, ſobald ſeine Abt. zuſammengezogen iſt, beim Gruppengefechtsſtand Krappitz (Schloß).

8. Unterkunft vom 20. Mai 3.30 Uhr vormittags ab für Kolonne Horadam: Krappitz—Oratſche (Heinz bleibt am bisherigen Ort). Kolonne Chappuis: Stöblau—Dobrau. Abt. Waßdorf: Klein-Strehlitz.

Vorbeförderung der Truppen durch Bahn regelt O.Q. unmittelbar. Letzter Teil der Bewegungen zur Erreichung der Ortsunterkünfte bei Dunkelheit. Scharfe Abſperrung der Oderübergänge bei Krappitz, um Geheimhaltung zu ſichern, muß rückſichtslos durchgeführt werden.

9. Hauptverbandplatz: Krappitz, Schloß.

10. Gefechtsſtand der Gruppe vom 20. Mai abends 8 Uhr ab: Schloß Krappitz. Abſchnitt Gilgenheimb ſtellt Quartier ſicher für S. Exz., Chef, Ia, 4 Offiziere, 1 Ordonanzzimmer.

11. Nachrichten-Abt. ſorgt für ſichere Verbindung von Krappitz, Schloß nach Polniſch-Neukirch. Den Kolonnen Horadam und Chuppuis ſind Fernſprechtrupps mit je 20 km Kabel pro Kolonne mitzugeben, die die ſtändige Verbindung zwiſchen Gefechtsſtab, Gruppe, Schloß Krappitz und den beiden Kolonnen ſorgen. Meldung bei Major von Chappuis und Horadam. 20. Mai mittags in den Ortsunterkünften. Als Fernſprechreſerve iſt ein Trupp mit 20 km Kabel beim Gefechtsſtab der Truppe vom 20. Mai 8 Uhr abends bereitzuhalten.

12. Die Abſchnitte demonſtrieren an zahlreichen wahrſcheinlichen Stellen ihrer Front in der Nacht zum 21. Mai mit geräuſchvollen Unternehmungen, die beim Gegner den Anſchein eines oder mehrerer Übergangsverſuche erwecken ſollen. Abſchnitt A beginnt 20. Mai, Abſchnitt B 21. Mai 2.30 Uhr vormittags.

13. Die Pionierabt. hält ſich vom 21. vormittags bereit, an der erkundeten Übergangsſtelle, ſobald Angriff genügend fortgeſchritten, den Brückenſchlag vorzunehmen.

14. Parole: Annaberg.

gez. von Hülſen, Generalleutnant.

Anlage 1a.

Mein Aufruf vom 22. Mai 1921:

Landsleute! Kameraden!

Dem Notſchrei der Heimat bin ich gefolgt. Meine Liebe zur Heimat und Euer Vertrauen zu mir berechtigen mich, zu Euch zu reden.

In heiligem Zorn habt Ihr Euch gegen polniſche Willkür und Herrſchaft zur Wehr geſetzt. Die Erbitterung über das maßloſe Leid, in das Korfantys Banden Eure Brüder und Schweſtern geſtürzt haben, treibt Euch zum äußerſten. Ihr habt erkannt, daß das Leben nicht der Güter höchſtes iſt. Ihr kämpft um mehr als um Euer Leben. Ihr kämpft um Eure Heimat, um die Zukunft Eurer Kinder, um deutſche Ehre und deutſches Recht.

Schutzlos iſt heut ein großer Teil unſeres Landes polniſcher Willkür preisgegeben. Die I.K. hat nicht die Macht, ſich gegen Korfantys wohlvorbereitete Rebellion durchzuſetzen. Wir wollen nicht dem Zuſtand der Gewalt, den Korfanty geſchaffen hat, einen anderen Zuſtand der Gewalt nach unſerem Willen entgegenſtellen.

Wir kämpfen in berechtigter Notwehr.

Wir wollen nur die Wiederherſtellung des Rechts, die Wiederherſtellstellung der erſchütterten Autorität der I.K., die Wiederherſtellung des Friedens, den er erſt Korfanty unſerem oberſchleſiſchen Volke geraubt hat.

Unſer gutes Recht war allzeit Richtſchnur unſeres Handelns und ſolſoll es bleiben. Aber lange genug haben wir die ſchnöde Verachtung unſeres Rechts und de der I.K. durch die Rebellen mit angeſehen. Auch die größte Geduld und Beſonnenheit hat at ihre Grenze. Wenn wir heut zum Sprung bereit noch an uns halten, ſo geſchieht es nur ir im Vertrauen auf den Gerechtigkeitsſinn der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen TCTagen im Rate der alliierten Mächte endlich die erlöſende Entſcheidung darüber fallen wwird, wie dem Recht und der Autorität der I.K. in Oberſchleſien wieder Geltung verſchaffifft werden ſoll.

Landsleute! Kameraden!

Bis dahin ſteht mit Gewehr bei Fuß! Wahret Ordnung und Diſziſziplin! Laßt Euch durch keine polniſche Greueltat zu Vergeltungsmaßnahmen hinreißen! Ehret das Eigentum eines jeden, ſei er polniſch oder deutſch geſinnt! Zeigt Eucuch würdig des deutſchen Namens und Eurer guten und gerechten Sache! Keiner von ü Euch liebt die Heimat mehr als ich. Ihr kennt mich — vertraut mir — ich ſehne, wie Ihihr, den Augenblick herbei, wo wir zur Errettung unſerer Brüder und Schweſtern vorwwärts ſtürmen können. Ihr werdet mich dann, wie einſt in Deutſchlands ſchweren Tagegen, wieder an Eurer Spitze ſehen!

Und Ihr dort drüben, die Ihr unter der Willkür der Rebellen ſchhmachtet, harrt tapfer dieſes Tages, der Euch die Befreiung bringen wird. Wir kennen Eiuren Schmerz, wir ſehen Eure Tränen! Vertraut darauf, daß das Vaterland Euch niaicht verläßt!

Hoefer
Generalleutnant a. D.

Anlage 2.

Die Problemſtellung, welche die tſchechoſlowakiſche Regierung bei i der Friedenskonferenz offiziell eingenommen hatte, lautete:

„pp. Der tſchechoſlowakiſche und der polniſche Staat können ſich ı nicht in voller Sicherheit entwickeln, ſolange es zwiſchen ihnen eine deutſche Enklavve geben wird, welche die direkten Verbindungen zwiſchen den Städten Prag und WWarſchau unterbinden könnte, und welche Preußen großen ſtrategiſchen Vorteil bei einem Angriff auf einen dieſer beiden Staaten bieten würde. Der tſchechoſlowakiſche undid der polniſche Staat haben das größte Intereſſe, daß ſich das preußiſche Gebiet nicht ſüdlich der Glatzer Neiße und öſtlich des Eulengebirges ausdehne. Es wäre alſo im Intereſſſe des tſchechoſlowakiſchen und des polniſchen Staates, das ernſte Problem des Glatzeer Gebietes zu löſen. pp.“

Anlage 3.

Unter dem 19. Mai 1921 hatte der franzöſiſche Botſchafter in 2 Berlin an den Reichskanzler folgende Note gerichtet betr. Gründung des Selbſtſchuutzes uſw.:

Herr Reichskanzler!

Euere Exzellenz haben mir geſtern von den Maßnahmen Kenntninis gegeben, die das Reichswehrminiſterium getroffen hat, um die Bildung von Freikorpws zu verhindern

und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Truppen nach Oberschlesien zu untersagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Krappitz unter dem Befehl von Arnim vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von Aulock bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen. Die erste Maßnahme, die diese Lage gebieterisch erheischt, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen, an sie gerichteten Aufforderung entsprochen (!).

In zweiter Linie wäre ich Euerer Exzellenz verbunden, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der J.K. die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank aufgefordert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter zuständigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden.

Nach den Angaben, welche die Legationsräte Richard Meyer und von Moltke gestern abend in der Botschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die zweifache Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die pekuniäre Verantwortung für die Bewerkstelligung der Beförderung ihrerseits übernimmt und daß die Zahlung auf gewisse Betriebe beschränkt werde, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt.

Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Beförderung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken bemüht ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem versöhnlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsche, dazu beizutragen, daß ein Herd von Unruhen ausgelöscht wird, der dem allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Charles Laurent.

Anlage 4.

Am 23. Mai ist dem französischen Botschafter folgende Antwortnote zugestellt worden:

Herr Botschafter!

Euere Exzellenz haben mir in der Note Nr. 143 vom 19. d. M. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien betreffende Fragen übermittelt.

Ich benutze gern die Gelegenheit, um in Erörterungen m mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeit zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Euere Exzellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden auf das schwerste gefährden muß.

Euere Exzellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersehen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Übertritt vom nichtbesetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, b, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr g gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisung erteilt, daß zur Überwachung der Grenzlinie des besetzten Gebiets auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Eurere Exzellenz erwähnen, die polnische Regierung habe e der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tagtäglich der Übertritt von polnischen Soldaten sowie der Nachschub von Munition und Material jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Machtbereich der I.K. befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Costau angegriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher oberschlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte aber nur unter blutigen Verlusten abgeschlagen werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorfe Costau ein Gehöft in Brand gesteckt hatten.

In Übereinstimmung mit Euerer Exzellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die I.K. für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings z. B. in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der I.K. die Verwaltung des blühenden Landes im Februar v. J. übernommen hat. Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit; denn es handelt sich gar nicht um einen Aufstand wirtschaftlichen, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Aufstand bezweckt unter Verletzung der Bestimmung des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des oberschlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich.

Aus der großen Anzahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur an die vor einigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der Ingenieure Winkler und Tebbe in

Friedenshütte erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtloſigkeit geſchlagen, dann wiederholt durch Erfriſchungen zum Bewußtſein gebracht und daraufhin weiter geſchlagen worden ſind, ſo daß ſie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutſche Regierung iſt ſtändig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeſchreibliche Qual der oberſchleſiſchen Bevölkerung zu lindern. Sie iſt in Übereinſtimmung mit Eurer Exzellenz grundſätzlich bereit und gewillt, in jeder praktiſchen Weiſe auch durch Lebensmittel- und Geldſendungen die Lage zu erleichtern. Es beſteht jedoch nach der übereinſtimmenden Anſicht aller Beteiligten und ſogar der unmittelbar betroffenen Kreiſe in Oberſchleſien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatſächlich in die Hände der wirklichen Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Inſurgenten unterliegen. Der Präſident der I.K. verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugniſſe mehr und iſt nicht in der Lage, ſeine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzuſetzen. Auch die von ihm ausgeſtellten Beſcheinigungen haben bei den polniſchen Inſurgenten, die teilweiſe beginnen, ſich in unabhängige wilde Banden aufzulöſen, keinerlei Geltung mehr.

Dies zeigte ſich deutlich z. B. bei der Reiſe der von General Le Rond nach Oppeln gebetenen Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des franzöſiſchen Kreiskontrolleurs, Major Salerou, wurde hier die Abreiſe von den Polen zunächſt überhaupt nicht geſtattet. Die daraufhin vom Major Salerou vom polniſchen Hauptquartier perſönlich erbetenen ſchriftlichen Ausweiſe wurden auf der Fahrt von den polniſchen Poſten ebenfalls nicht anerkannt, ſo daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der ſchließlich von dem polniſchen Kreisbeirat Gornik in Kattowitz in polniſcher Sprache unterſchriebene Ausweis genügte nur bis zu den erſten Poſtenketten von Mikultſchütz. Von dort mußte ſich die Deputation durch Verhandlungen von Ort zu Ort in polniſcher Begleitung bis kurz vor Oppeln durchhelfen.

Ein ferneres Beiſpiel für die Ohnmacht der I.K. und ihrer Organe iſt das am 14. d. M. durch die polniſchen Inſurgenten erfolgte Anhalten des Rybniker Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich dieſem Zuge freies Geleit ſeitens des polniſchen Befehlshabers ſchriftlich zugeſagt war und obgleich der Zug unter militäriſcher Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 franzöſiſchen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verſchleppt und vier Perſonen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger ſchwerſter Mißhandlung ohne irgendeine Veranlaſſung erſchoſſen, darunter der 14jährige Gymnaſiaſt Haaſe aus Rybnik.

Den Ausführungen dieſer Note wird Eure Exzellenz entnehmen, daß die deutſche Regierung alles zur Beſſerung der Lage in Oberſchleſien zu tun bereit iſt, ſoweit die tatſächlichen Verhältniſſe es nicht unmöglich machen.

Die deutſche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der I.K. gelingen werde, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberſchleſien wiederherzuſtellen und die Bevölkerung von dem Joche der Inſurgenten zu befreien.

Ich benutze auch dieſen Anlaß, um Ihnen, Herr Botſchafter, die Verſicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Dr. Wirth.

Anlage 5.

Die Mitglieder des Zwölferausſchuſſes:

1. Pfarrer Ulitzka, Vorſitzender des Ausſchuſſes (Zentrum).
2. Rechtsanwalt Thienel (Deutſchnational).
3. Gewerkſchaftsſekretär Auch (Sozialdemokrat).
4. Generalſekretär Ehrhardt (Zentrum).
5. Kaufmann und Lehrer Cyrus (Sozialdemokrat).
6. Gymnaſialdirektor Preiluſch (Demokrat).
7. Oberpoſtrat Feuerſänger (Deutſche Volkspartei).
8. Landgerichtsrat Kunze (Deutſchnational).
9. Gewerkſchaftsſekretär Schubert (Chriſtliche Gewerkſchaften).
10. Prokuriſt Niegiſch (Gewerkſchaftsring).
11. Gewerkſchaftsſekretär Mühmel (Freie Gewerkſchaften).
12. Dr. Urbanek als deutſcher Plebiſzitkommiſſar (Zentrum).

Anlage 6.

Korfanty betont in einem Aufruf, der ſein Unterwerfungsangebot dementiert, daß der Ring der Aufſtändiſchen ſich von Tag zu Tag enger um die Städte zuſammenſchließe, ſo daß infolge des unausbleiblichen Hungers in den Städten ſelbſt bald ſchwere innere Wirren ausbrechen müßten. Weiter heißt es in ihm:

„Wenn die durch die deutſchen Chauviniſten aufgeſtachelteten Orgeſch-Banden über die offene Grenze aus Deutſchland in Oberſchleſien eindringen und den Kampf gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Arbeiter und Bauern aufnehmen, werden unſere Leute von einer verzweifelten Wut erfaßt werden, daß kein Menſch, auch nicht unſer Exekutivkomitee, auch nicht wir Unterſchriebenen, ſie werden im Zaune halten können. Das wird unberechenbare Folgen nach ſich ziehen, wird unſer Streben nach Wiederbeleben des Wirtſchaftslebens Oberſchleſiens unmöglich machen, und wird ein Unglück für die oberſchleſiſchen Städte bedeuten. Oberſchleſien wird ſich in einen Trümmerhaufen verwandeln. In Eurem eigenen Intereſſe und im Intereſſe der ganzen Bevölkerung fordere ich Euch auf, den Kampf um die Wiederbelebung des Handels und der Induſtrie aufzunehmen. Fordert von den Vertretern der I.K., daß ſie die Städte in die Hände des polniſchen Volkes, das um ſeine Freiheit kämpft, übergebe. Nur auf dieſe Art können Eure Städte vor Unheil bewahrt bleiben. Ergreift die ſich bietende Gelegenheit zur Verſtändigung, reicht uns die Bruderhand und laßt nicht zu, daß die Ordnung geſtört wird."

Anlage 7.

Kameraden vom Selbſtſchutz!

Obwohl ich faſt täglich in der kurzen Zeit, die ich an Eurer Spitze ſtehe, Formationen des Selbſtſchutzes aufgeſucht habe, damit Ihr mich und ich Euch kennnen lernte, war es mir doch leider unmöglich, mit Euch allen zu ſprechen.

Ich habe deshalb das Bedürfnis, heute in beſonders ernſter Stunde durch dieſe Kundgebung zu Euch zu reden.

Vor allem möchte ich Euch allen nochmals meinen Dank ſagen, daß Ihr gekommen ſeid, um unſere heißgeliebte oberſchleſiſche Heimat der Räuberhand des frechen polniſchen

Aufrührers zu entreißen und Recht und Ordnung wieder an Stelle von Gewalt und Grauſamkeit zu ſetzen.

Es liegt an der Ungunſt der Verhältniſſe, in der unſer Oberſchleſien, in der unſer armes deutſches Vaterland ſich befindet, daß Ihr bisher Euren ſelbſtloſen Opfermut nicht durch die ſichtbaren Erfolge belohnt ſeht, die wir zum Wohle unſerer immer noch unter Korfantys Banden ſchmachtenden deutſchen Brüder und Schweſtern erhofft hatten. Doch deſſen ſeid gewiß, Euer einmütiges Eintreten für unſere gerechte Sache hat mittelbar doch ſchon ſeine Früchte gezeitigt. Der machtvoll und ſchnell aufgeworfene Damm unſeres oberſchleſiſchen Selbſtſchutzes hat dem polniſchen Räuber ein weiteres Vordringen verwehrt, hat den deutſchen Volksgenoſſen innerhalb und außerhalb des Abſtimmungsgebietes gezeigt, daß wir doch noch einig und opferbereit ſein können, wenn allzu freches Unrecht uns bedroht, hat die Interalliierten aufgerüttelt aus der Untätigkeit, mit der ſie Korfanty ihre eigenen Hoheitsrechte mit Füßen treten ließen. Und wenn die Alliierten ſich jetzt endlich zum Einſatz ſtarker Kräfte zur Säuberung unſeres armen Landes entſchließen, ſo iſt das nicht zuletzt Euer Verdienſt.

Die Interalliierten haben weiter erkannt, daß wir vom Selbſtſchutz trotz unſerer jungen, raſch aufgebauten Organiſation noch alte deutſche Zucht und Ordnung zu halten wiſſen — im Gegenſatz zu der Zügelloſigkeit der polniſchen Räuber.

Gerade aber, weil wir uns ſo vorteilhaft unterſcheiden von den Polen, verlangen wir jetzt auch von den Interalliierten eine entſprechende Achtung unſerer Stellung und unſerer Gefühle. Wir legen nicht eher unſere im heiligen Zorn ergriffenen Waffen nieder, wir laſſen uns nicht eher zur Aufgabe unſerer oberſchleſiſchen Heimaterde zwingen, ehe nicht die polniſchen Eindringlinge Oberſchleſien wieder geräumt haben und ehe wir nicht die Gewißheit ſehen, daß die z. Zt. geſetzmäßigen Gewalten in Oberſchleſien, nämlich die Interalliierte Kommiſſion, auch wirklich entſchloſſen und ſtark genug ſind, um Recht und Ordnung für die Dauer zu ſichern.

Schwere Entſcheidungen werden in dieſen Tagen über uns, über unſer Heimatland fallen. Je geſchloſſener, je einiger Ihr jetzt hinter mir ſteht, je mehr Ihr durch beſonnene Selbſtbeherrſchung den Interalliierten beweiſt, daß Ihr als gute deutſche Soldaten noch Manneszucht in den Knochen habt, und daß Ihr nicht aus Selbſtſucht, ſondern aus Liebe zum Vaterland Euch zuſammengeſchloſſen habt, deſto leichter macht Ihr mir, Eurem erwählten Führer, die Aufgabe, Eure Intereſſen und damit die Intereſſen unſerer oberſchleſiſchen Heimat und unſeres großen Vaterlandes vor den Interalliierten zu vertreten. Die Tage, in denen wir jetzt leben, der Boden, auf dem wir kampfbereit ſtehen, ſie ſind von weltgeſchichtlicher Bedeutung. Nicht die ehrgeizigen und abenteuerlichen Gelüſte und Wünſche eines einzelnen, nicht der Drang einer kleinen Truppe dürfen ſich da vordrängen, ſondern nur die Rückſicht auf das Geſamtwohl Oberſchleſiens und Deutſchlands darf für unſer Tun und unſere Entſchlüſſe maßgebend ſein. Euer Vertrauen hat mich an Eure Spitze berufen. Das Vertrauen müßt Ihr mir nun auch in dieſen ſchweren Stunden, die zum Heil oder Unglück von Heimat und Vaterland ausſchlagen können, dadurch beweiſen, daß Ihr bis zum letzten Freiwilligen Euch den von mir gegebenen Weiſungen unbedingt fügt.

Oberglogau, den 31. Mai 1921.

Hoefer
Generalleutnant und Führer des S.S.O.S.

Anlage 8.

O.L. Hoefer — Oberglogau, den 31. Mai 1921.

I, a. Nr. 38.

Verordnung.

Der oberſchleſiſche Selbſtſchutz vermag ſeine Aufgabe nur dann zu erfüllen, wenn die Truppe bedingungslos in der Hand ihrer Führer iſt. Das erfordert eiſerne Manneszucht. Sie iſt Vorbedingung für jeden Erfolg und eine Wohltat für jedermann. Nur ſo werden wir ein wahrhafter Schutz unſerer deutſchen Brüder und Schweſtern. Nur ſo flößen wir den Interalliierten und der polniſchen Bevölkerung Achtung vor deutſcher Zucht und Ordnung ein.

Der Selbſtſchutz ſteht in ernſter Zeit an entſcheidender Stelle. Aus dieſer Tatſache entnehme ich im Einvernehmen mit berufenen Vertretern der oberſchleſiſchen Bevölkerung die Berechtigung zu nachſtehenden Strafbeſtimmungen für die Angehörigen des S.S.:

1. Wer plündert, mordet, raubt, meutert, Notzucht verübt oder Brandſtiftung begeht, wird mit dem Tode beſtraft.
2. Es wird aus dem oberſchleſiſchen Selbſtſchutz ſchimpflich ausgeſtoßen
   a) wer ſich im Dienſt feige zeigt,
   b) wer ungehorſam iſt,
   c) wer ſtiehlt.
3. Die in Ziffer 1 und 2 aufgeführten Verbrechen und Vergehen werden von Kameradengerichten abgeurteilt, worüber beſondere Beſtimmungen folgen. Die Beſtätigung ſolcher Urteile erfolgt durch mich. Berufung iſt unzuläſſig.
4. Alle ſonſtigen Vergehen, die die Aufgaben des Selbſtſchutzes gefährden, fallen unter die Strafgewalt der Truppenvorgeſetzten. Dieſe müſſen ſich bewußt ſein, daß ſie niemals in einer Form beſtrafen dürfen, die das Ehrgefühl des Freiwilligen verletzt, es ſei denn, daß dieſer ſich ehrlos betragen hat. In der Regel kommt ſofortige Entlaſſung durch den Bataillons-Führer oder Verhängung einer Geldſtrafe durch den Kompanie-Führer in Frage. Beſtrafung durch den Truppenvorgeſetzten kommt auch in den Fällen in Frage, in denen die Kameradengerichte auf eine der nur ihnen zur Verhängung vorbehaltenen Strafen nicht erkennen oder wenn es ſich um leichte Fälle der in Ziffer 1 und 2 a. a. O. aufgeführten Straftaten handelt.
5. Bei allen übrigen Vergehen ſind die Schuldigen den zuſtändigen Gerichten zuzuführen.

gez. Hoefer.

Abänderungs- und Ergänzungsvorſchläge waren von den Gruppenkommandos erbeten, ſind aber nicht gemacht worden.

Zu Anlage 8.

O.L. Hoefer

I, a. Nr. 37.

Ausführungsbeſtimmungen

zu meiner Verordnung vom 31. Mai über Einſetzung von Kameradengerichten.

1. Die im Bedarfsfalle zu bildenden Kameradengerichte beſtehen: aus 1 Vorſitzenden und 2 Beiſitzern der betreffenden Kompanie, handelt es ſich um die in Ziffer 1

meiner Verordnung vom 31. Mai erwähnten Verbrechen, aus 1 Vorſitzenden und 4 Beiſitzern des betreffenden Bataillons.

Die Beiſitzer ſind von der betreffenden Kompanie bzw. dem betreffenden Bataillon zu wählen. Den Vorſitzenden beſtimmt in beiden Fällen der Bataillons-Führer.

2. Das Verfahren iſt folgendes: Den Zuſammentritt des Kameradengerichts beantragt der Kompanie-Führer auf Grund des von ihm zu ermittelnden Tatbeſtandes. Das Gericht beruft der Bataillons-Führer. Wenn der Angeklagte auf friſcher Tat ertappt iſt, ſo iſt er unverzüglich abzuurteilen. In anderen Fällen dürfen bei notwendiger Abweſenheit von Zeugen die mit ihnen aufgenommenen Protokolle als Beweismaterial verleſen werden, wenn der Angeklagte bei ihrer Aufnahme zugegen war. Es iſt eine Niederſchrift über die Gerichtsverhandlung zu führen durch einen beſonderen, vom Bataillons-Führer zu beſtimmenden Gerichtsſchreiber. Dem Angeklagten iſt ausgiebig Gelegenheit zu ſeiner Verteidigung zu geben. In Fällen von Ziffer 1 a. a. O. iſt ihm vom Bataillons-Führer ein Verteidiger zu ſtellen, falls er nicht ſelbſt einen ſolchen wählt. Der Verteidiger muß Angehöriger des S.S. ſein.

Das Urteil iſt ſchriftlich zu begründen und mir unter Beifügung der Niederſchrift a. d. O. zur Beſtätigung vorzulegen.

gez. Hoefer.

Anlage 9.

Auszug aus dem z. Z. vergriffenen Buch: „Der Kampf um Oberſchleſien“ von Generalleutnant a. D. Bernhard von Hülſen.

Seiten 32/33.

Unter dem Drucke der Forderungen der I.K. und in dem natürlichen Wunſche, die unendlich ſchwierige Lage des Deutſchen Reiches gegenüber der Entente nicht noch mehr zu erſchweren, hatte die Oberſte Leitung ſich, wie erwähnt, der Freiheit des Handelns begeben. (Gemeint iſt die Einſtellung der Kampftätigkeit auf beiden Seiten.) Der Selbſtſchutz war zum Stillſtehen verurteilt, während die Hilferufe aus dem inſurgierten Lande immer dringender und verzweifelnder zu uns drangen. Das Deutſchtum, beſonders in den Städten, verlangte nicht eine einfache Befreiung, ſondern ſtellte in ſichere Ausſicht, daß für den Fall des Vorgehens des Selbſtſchutzes deſſen Kraft durch Ausbrechen einer elementaren Volkserhebung vervielfacht werden würde. Die Flüchtlinge erzählten nicht nur von den Leiden unſerer Volksgenoſſen jenſeits der Inſurgentenpoſten, ſondern auch von dem inneren Verfall der Truppen Korfantys, in deren Reihen es gären ſollte, weil die verſprochene Löhnung ausgeblieben ſei, die Lebensmittel knapp ſeien und die Bewegung ins bolſchewiſtiſche Fahrwaſſer glitte. Demgegenüber wurden unſere Truppen von Tag zu Tag beſſer, die Verbände vermehrten ſich, ihre taktiſche Gliederung wurde zweckmäßiger, die Mannszucht und das ſtolze Zuſammengehörigkeitsgefühl vertieften ſich, und ſie fühlten ſich dem Feinde unbedingt überlegen. Sie verſtanden nicht, daß ſie ſich angreifen laſſen ſollten, ihnen aber der eigne Angriff, auf den ſie brannten, auf die Dauer verwehrt bliebe, ihr Vertrauen zur Führung drohte ins Wanken zu kommen. Entſprechend ihrer Grundanſchauung hatte die Gruppe Süd in der Hoffnung, daß Ereigniſſe eintreten könnten, die uns die Möglichkeit zur eigenen Offenſive wiedergeben würden, mit allen Kräften dafür geſorgt, daß die Truppenteile für den Bewegungskrieg gegliedert und ausgerüſtet wurden.

Trat die erſehnte Lage ein, dann mußte ſie ſchnell und kräftig ausgenutzt werden, für lange Erwägungen und Anordnungen war alsdann kein Raum. Eine Denkſchrift für die Operationen zur Befreiung des Induſtriegebietes und der übrigen Teile Oberſchleſiens war deshalb vorgelegt worden. — Die Gruppe, in deren Bereich die Lage ſich täglich zuſpitzte (gemeint ſind Nachrichten über feindliche Verſtärkungen und Angriffsabſichten), war der Anſicht, daß eine tatſächliche polniſche Offenſive die Leitung des Selbſtſchutzes von ihrer Zuſage bezüglich des Stehenbleibens entbinde. Die uns alsdann wieder zufallende Bewegungsfreiheit müſſe ohne jede Rückſichtnahme auf die offiziellen Wünſche der I.K. ausgenutzt werden.

Die letzten Tage des Mai und die erſten des Juni waren die wichtigſten für den Einſatz des Selbſtſchutzes. Der Entſchluß, der jetzt gefaßt wurde, mußte entſcheidend für die Geſchicke Oberſchleſiens werden. Bis dahin verbot die eigene Schwäche eine großzügige Befreiungsaktion, jetzt ſchien ſie möglich. Die zur Verfügung ſtehende Zeit war knapp bemeſſen, da ein Angriff nicht auf Ententetruppen ſtoßen durfte, von denen man annehmen konnte, daß ſie ſich von Oppeln her zwiſchen Deutſche und Polen ſchieben würden, ſo den Raum, in dem man operieren konnte, immer mehr einengend.

Die Oberſte Leitung ſchloß ſich dieſer Auffaſſung nicht an und verbot am 29. Mai ausdrücklich jede Offenſivunternehmung. Am 31. Mai warnte ein Aufruf des Oberbefehlshabers die Truppen vor jedem Ausbrechen.

Seiten 50/54 (Schlußbemerkungen).

Was hat denn nun der Selbſtſchutz erreicht? Die Antwort lautet klipp und klar: Nur ihm iſt es zu verdanken, daß ein Teil von Oberſchleſien gerettet worden iſt. Wäre es den Polen gelungen, das ganze Abſtimmungsgebiet in ihre Gewalt zu bringen, ſo wäre ſicherlich der franzöſiſche Einfluß imſtande geweſen, die Entente zur Anerkenntnis dieſer Tatſache zu bringen, ganz Oberſchleſien wäre für Deutſchland verloren geweſen, auch gegen den Willen Englands. Was ſollte dieſes denn tun? Etwa eine Armee nach Oberſchleſien ſchicken, um die Inſurgenten gegen Frankreichs Willen zu vertreiben? Es wäre dem Engländer nichts anderes übrig geblieben als ſich, wie in anderen Fällen, ihre Zuſtimmung möglichſt teuer bezahlen zu laſſen.

In der Tat war der deutſche Selbſtſchutz das Hauptmachtmittel, auf den die engliſche Politik in Oberſchleſien ſich lokal ſtützte. In dieſem Lichte betrachtet, erhält die bekannte Rede Lloyd Georges erſt ihre Bedeutung, das fair play des Selbſtſchutzes lag im engliſchen Intereſſe.

Reichte die militäriſche Kraft des Selbſtſchutzes zur Befreiung des ganzen Abſtimmungsgebietes aus? Anfangs natürlich nicht. Etwa vom 1. Juni an war die zahlenmäßige Stärke, die übrigens niemals die von den Franzoſen ſpäter immer behauptete Zahl von 40 000 oder gar 60 000 Mann erreicht hat, zur Not genügend, um mit vereinigter Kraft die große Offenſive durchzuführen. Die beſſere Führung, der bedeutend höhere innere Wert unſerer Verbände und das Gefühl der Überlegenheit in jeder einzelnen Truppe hätten den Sieg verbürgt. Innerhalb von 2 bis 3 Tagen nach dem Antreten wäre ohne Zweifel ganz Oberſchleſien in unſerer Hand geweſen.

Hätte eine derartige Offenſive einen Krieg mit Polen entfeſſelt? Es iſt richtig, daß ſehr ſtarke Truppenmaſſen an der Grenze ſtanden, die in der Lage waren, ſofort in Oberſchleſien einzurücken. Es iſt aber ſehr fraglich, ob die Republik Polen das Betreten des Gebietes der Entente wirklich gewagt hätte. Sie konnte alles mögliche tun, um die Korfantyſchen Banden zu ſtützen, und hat es getan. Das Einrücken mit einer

Armee wäre aber eine Verhöhnung der Souveränität der Ententeſtaaten geweſen, die England und Italien, ja ſogar Frankreich kaum dulden konnte. Die Ausſicht auf einen Krieg mit Polen durfte uns deshalb nicht abhalten, den Aufſtand mit den Mitteln des Selbſtſchutzes niederzuſchlagen. Oberſchleſien war dieſes Riſiko wert.

Durfte die Drohung der Vernichtung der Gruben und Induſtrieanlagen ſowie des Herausziehens der interalliierten Garniſonen aus den deutſchen Städten im Falle eines deutſchen Vormarſches uns von einem ſolchen abhalten? Nach meiner Überzeugung: Nein, wenn ſonſt der Vormarſch politiſche und militäriſche Vorteile brachte. Wenn auch ein Überfluß an Sprengmaterial den Inſurgenten zur Verfügung ſtand, alles kann man nicht zerſtören, beſonders, wenn eine Offenſive wie ein Sturmwind in bereits uneinige Führer und ſchwankende Maſſen hineinſtößt. Auch der polniſche Arbeiter macht ſich nicht gern durch Verſäufen der Grube, die ihm ſeinen Lebensunterhalt ſichert, brotlos. Die Drohung war ein geſchickter politiſcher Schachzug, mehr Bluff wie Wirklichkeit. Wenn die franzöſiſchen Garniſonen die Städte des Montanbezirks verlaſſen hätten, ſo wäre in ihnen allerdings eine kritiſche Zeit für die Deutſchen gekommen. Die Korfanty-Truppen des Gruben- und Induſtriebezirks hätten ſich entweder gegen den Selbſtſchutz wenden müſſen oder die Städte plündern können. Im erſten Falle wären die Deutſchen ſicher Herren der Städte geworden, im anderen Falle war der Sieg des Selbſtſchutzes um ſo ſchneller und entſcheidender.

Hätte eine reſtloſe Befreiung des Abſtimmungsgebietes die endgültige Entſcheidung der Entente in deutſchem Sinne günſtig beeinflußt? Die Frage dürfte mit „ja“ zu beantworten ſein. Kein Geringerer wie Korfanty gibt in einer Rede am 26. Oktober zu, daß die für die Polen ſo überaus günſtige Entſcheidung in Genf lediglich eine Folge ſeines Aufſtandes ſei. Er hatte die ſcheinbare Tatſache geſchaffen, daß im Kampfe zwiſchen den deutſchen und den polniſchen Oberſchleſiern dieſe ſich im ganzen Gruben- und Induſtriegebiet als die Stärkeren erwieſen hatten. Die Gründe ſpielen dabei keine Rolle. Aus polniſchen Händen empfing am Schluſſe des Aufſtandes die J.K. hier das Land zurück, damit war ihr der Beweis erbracht, daß der deutſche Abſtimmungsſieg lediglich eine elende Wahlmache war, eine Schiebung mit deutſchem Gelde und reichsdeutſchen Abſtimmlern. Die wahre Majorität, die der Volkskraft, hatte nach franzöſiſcher Anſicht die Aufſtandsbewegung jetzt der Welt gezeigt.

Nur ein deutſcher ganzer Waffenſieg konnte dieſe Lüge vermeiden, wir haben auf ihn verzichtet, uns von den Sirenengeſängen der J.K. betören laſſen und nicht das vollendet, wozu uns das Herz und die militäriſche Einſicht trieben, politiſche Erwägungen aber abhielten.

Die Anſicht, daß die Befreiung des Abſtimmungsgebietes im Intereſſe nicht nur des Deutſchtums gelegen hätte, ſondern auch in dem der engliſchen Politik, und daß wir die Tatſache hätten ſchaffen müſſen, deren Korfanty ſich nun rühmt, ſtehen die Anforderungen der J.K., in der doch Engländer und Italiener ein gewichtiges Wort mitzureden hatten, entgegen. Vielleicht muß man da unterſcheiden zwiſchen dem, was die offiziellen Vertreter der engliſchen Regierung in ihrer Lage als Mitglieder der ſouveränen J.K. tun konnten, und dem, was ſie wünſchten. Niemals hat Le Rond oder einer ſeiner Leute offiziell den Aufſtand gebilligt, Entgleiſungen Untergebener ſpielen dabei keine Rolle. Sicherlich ſind an Korfanty eine Reihe ſchärfſter Noten gerichtet, ihm ſtrenge Befehle geſchickt worden, die den Sachverſtändigen in Genf die völlige Unparteilichkeit der ganzen J.K. einſchließlich der Franzoſen bewieſen haben. Es war

doch ganz und gar ausgeſchloſſen, daß die J.K. in ihren offiziellen Noten und mündlichen Verhandlungen dem deutſchen Selbſtſchutz in dem ſtaatsrechtlich nur ihr unterſtehenden Gebiete eine Erlaubnis zum Angriff gab. Schon aus Gründen der Selbſtachtung war dies nicht angängig. Noch mehr aber aus politiſchen Erwägungen konnten auch die Engländer und Italiener nichts anderes tun als ſtrengſte Zurückhaltung mit dem ernſteſten Geſicht fordern und ſogar drohen, falls nicht Gehorſam geübt würde. Innerlich mögen ſie dabei gehofft haben, daß wir zu allem „ja" ſagen und Mittel finden möchten, das Gegenteil zu tun.

War nicht die Tatſache, daß der Selbſtſchutz ſich lediglich dank dem engliſch-italieniſchen Einfluſſe unbehelligt bilden und bewaffnen konnte, eine beredte Sprache? — Die Deutſchen verſtanden dieſe Sprache nicht.

Nur dann war der Selbſtſchutz eine tatſächliche Unterſtützung für die engliſche Politik, wenn er den Aufſtand niederſchlug. Das konnte er aber nur tun, wenn er ſich ſelbſt das Recht dazu nahm, ſich alſo nicht ſcheute, Inſurgent gegenüber der I.K. zu ſein. Dann waren die Parteien gleich, auf der einen Seite kämpfte Korfanty unter heimlicher franzöſiſcher Billigung, auf der anderen Seite der Selbſtſchutz mit verſtecktem engliſch-italieniſchem Einverſtändnis. Beide Teile traf der offizielle Bannfluch der J.K., man mußte ſie aber gewähren laſſen. Dem Sieger wäre der Preis zugefallen.

Als die Engländer merkten, daß wir für dieſe Rolle nicht zu haben waren, ließen ſie uns fallen. —

III.

3. Phaſe des dritten Aufſtandes mit den Räumungsverhandlungen 6. Juni bis 4. Juli 1921.

Dieſe Verhandlungen begannen am 6. Juni. Sie wurden von mir mit dem engliſchen Oberbefehlshaber, General Henneker, als dem Beauftragten der J.K. geführt, alſo von Soldat zu Soldat. Einige Male verhandelte auch der Zwölferausſchuß unmittelbar mit der J.K. Wie die notwendige loyale Zuſammenarbeit zwiſchen der politiſchen und der militäriſchen Leitung bisher gewahrt worden war, ſtimmten dieſe beiden auch bei dieſen Verhandlungen überein. Ich ließ mich bei ihnen von dem Grundſatz leiten, daß, ſoweit irgend möglich, der Wille und die Wünſche der deutſch-oberſchleſiſchen Bevölkerung, welche in erſter Linie die Folgen zu tragen hatte, Berückſichtigung erfahren müßten. Von deutſcher Seite wurde bei dieſen Verhandlungen angeſtrebt, die Räumung des vom Selbſtſchutz beſetzten Gebietes von der Gewähr abhängig zu machen, daß in ihm Ruhe und Ordnung geſichert ſei. Die überaus traurigen Erfahrungen innerhalb der interalliierten Beſetzungszeit, beſonders nach dem zweiten Aufſtande im Auguſt

1920, berechtigten die Deutsch-Oberschlesier, alle Garantien für die Wiederherstellung und die Aufrechterhaltung gesetzmäßiger Zustände zu verlangen, bevor ihre Notwehrorganisation abgebaut würde. Nicht der Wunsch nach Vergeltung für Unrecht in der Vergangenheit, nicht eitler Starrsinn waren die Leitsterne bei diesen Verhandlungen, sondern allein das Gebot, für die Zukunft vorzubeugen. Nur eine einwandfreie Liquidation des Aufstandes gab die Gewähr einer nachhaltigen Befriedung des Landes. Es sollte daher verhindert werden, daß durch eine rein äußerliche Säuberungsaktion, welche gleichsam die Insurgentenherrschaft zu einer legalen Einrichtung machte, das oberschlesische Volk in neue Wirren gestürzt wurde, zumal der Pole schon wieder ganz offen mit einem vierten Aufstand drohte, wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht nach seinen Wünschen erfolgen sollte.

Der politische Zwölferausschuß hatte mir am 6. Juni vormittags die Denkschrift zugestellt, welche die Auffassung wiedergibt, wie sie in der Vollversammlung am 31. Mai zum Ausdruck gekommen war [1]). Eine Abschrift derselben habe ich am 6. Juni bei meiner ersten Unterredung mit dem britischen General Henneker diesem zu seiner Orientierung übergeben, und schon am 4. Juni hatte ich ihm die erbetene Denkschrift über die Entstehung und die Ziele des Selbstschutzes zustellen lassen [2]).

Die Verhandlungen wurden dadurch sehr erschwert, daß sie durch Dolmetscher geführt werden mußten, da weder ich der englischen, noch General Henneker der deutschen Sprache mächtig war. Noch schwieriger gestalteten sie sich, wenn gleichzeitig auch mit Franzosen und Italienern zu verhandeln war, also vielfache Übertragung erforderlich wurde. Oberst von Schwartzkoppen, der doch der Chef meines Stabes sein sollte, hatte jede Beteiligung an den Verhandlungen rundweg abgelehnt, da er in Breslau unabkömmlich sei. Dem General Henneker stand dagegen sein Generalstabschef, Oberst Dillon, stets zur Seite. Dieser hatte während des Krieges zwei Jahre lang die englischen Interessen im Hauptquartier des Marschalls Foch vertreten und war daher ein auch diplomatisch gut geschulter Offizier; er war der deutschen Sprache etwas mächtig. Ich hatte bisher nur selten Gelegenheit gehabt, Verhandlungen zu führen. Als Grundsatz setzte ich mir für sie Spiel mit offenen Karten, da meines Erachtens nur auf dieser Basis

[1]) S. Anlage 1.
[2]) S. Anlage 2.

unſer Ziel erreicht werden konnte. Protokolliert wurdden die Verhandlungen weder von deutſcher noch von anderer Seite.:. Niederſchriften erfolgten daher nach dem Gedächtnis und nach Stichwworten, die ſich Major Jacobſen, der mich — wie als Dolmetſcher Leutnant von Pleſſen — ſtets begleitete, gemacht hatte. Die Niederſchrififten geben daher den Sinn, nicht aber den Wortlaut wieder und ſind nnicht immer vollſtändig.

Die erſte Begegnung mit General Henneker fannd, wie erwähnt, am 6. Juni vormittags im Schloß Halbendorf bei Oppeln ſtatt. Der General begrüßte mich in ſehr freundlicher Weiſe. Er übermittelte mir Grüße des Generals von Seeckt, den er in Berlin ; geſprochen hatte, und ſprach den Wunſch aus, daß wir beiden Generalee uns als offene, aufrechte Soldaten in fairer Weiſe zum Beſten Oberrſchleſiens gegenübertreten möchten. Ich ſtimmte dem natürlich gern ı zu und gab der Hoffnung auf gute Zuſammenarbeit mit dem Ziel baldiger Befreiung und Befriedung des inſurgierten Gebietes Ausdruck. Tatſächlich ſind auch die Verhandlungen bis zum Schluß in dieſem Sinnee geführt worden. Ich habe General Henneker im Laufe der Verhanddlungen als eine gerade, ehrliche und vornehme Soldatennatur ſchätzgen gelernt, dem hinterhältige Schliche fern lagen. Sein ſchlichter, rnatürlicher Sinn führte ihn zu menſchlichem Verſtändnis für unſere Lagge und zu innerer Ablehnung gegen die Machenſchaften der Franzoſeen. Auch ſeine Stellung war nicht leicht, und er brachte mir wiederhoblt zum Ausdruck, wie ſchwierig und umſtändlich die Zuſammenarbeit mitt der vielköpfigen I.K. gerade für einen Soldaten ſei.

Rein ſachlich drehte es ſich bei den nun beginnendenn Verhandlungen mit General Henneker hauptſächlich um die Frage, iin welcher Weiſe das Abſtimmungsgebiet, alſo der Machtbereich der I.K.,, von dem Selbſtſchutz und von den Inſurgenten verlaſſen werden ſollle. Ich vertrat hierbei in voller Übereinſtimmung mit den politiſchen ı Parteien Oberſchleſiens den Standpunkt, daß dem Selbſtſchutz nicht dasſſelbe Räumungsverfahren wie den Inſurgenten zugemutet werden dürfe, und daß der Selbſtſchutz erſt dann ſeine Aufgabe als gelöſt betrrachte, wenn die Inſurgenten weſentliche Teile, beſonders des Induſtrriegebietes, freigemacht hätten und Sicherheit für die Wiederherſtelllung der geſetzmäßigen Verwaltung beſtehe.

Nach Einſchaltung dieſer allgemeinen Betrachtungg über die Verhandlungen fahre ich mit der Schilderung der Unterredung mit General Henneker fort:

Er dankte mir für die Übersendung der Denkschrift über den Selbstschutz, die er mit großem Interesse gelesen, er habe volles Verständnis für die Ziele des Selbstschutzes, bat aber, daß weitere militärische Unternehmungen nicht mehr gemacht würden, da es für ihn außerordentlich schwer sei, einen Operationsplan für die Säuberungsaktion aufzustellen, wenn sich die Lage immer wieder ändere. Natürlich werde eine gleiche Forderung an die Insurgenten gestellt werden. Er erwähnte die Kämpfe bei Slawentzitz—Kandrzin und fragte ausdrücklich, ob das Angriffsziel des Selbstschutzes Gleiwitz gewesen sei, oder noch wäre. Ich erwiderte, daß dies nicht der Fall gewesen und auch jetzt nicht der Fall sei, erläuterte ihm, wie es zu den Abwehrkämpfen der letzten Tage gekommen sei, und erklärte mich unter der Voraussetzung, daß die Insurgenten sich entsprechend verhielten, bereit, den Selbstschutz zur Zurückhaltung anzuhalten, jedoch nicht, ohne darauf hinzuweisen, wie schwer dies sei. Ich schilderte die bedrohliche Lage bei Rosenberg, wo die Insurgenten sich sehr verstärkt hatten, und bat, dort alsbald mit der Säuberungsaktion einzusetzen, was zugesagt wurde. General Henneker bat um jedesmalige umgehende Benachrichtigung, falls deutscherseits der Eindruck bestände, daß die Insurgenten angreifen wollten, ebenso, wenn wir Gegenangriffe vorbereiteten. Gingen die Engländer vor, dürften die Deutschen aber nicht nachdrängen, auch keine Patrouillen den auf Befehl zurückgehenden Insurgenten nachsenden. Ich sagte dies zu. Dann machte er darauf aufmerksam, daß er leider nicht selbständig handeln könne, sondern von den Weisungen der I.K. abhängig sei. Er müsse daher eine neutrale Stellung einnehmen und bäte darum, daß das Verbreiten von Flugblättern der Deutschen, die das Eintreffen seiner Truppen in Oberschlesien begrüßten, und ähnliches unterbliebe, da dadurch seine Neutralität angezweifelt werden könne. Er legte mir ein solches Flugblatt vor, das ich nicht kannte und das nicht vom Selbstschutz ausgegangen war. Ich sagte ihm zu, meinen Einfluß in gewünschtem Sinne geltend zu machen. Ich fügte hinzu, daß die neutrale Stellung, welche die I.K. als verantwortliche Treuhänderin des Landes bisher den Aufständischen gegenüber eingenommen habe, der deutschen Bevölkerung unverständlich sei, und daß diese eine Gleichstellung des Selbstschutzes mit den Insurgenten als eine empörende Ungerechtigkeit betrachten würde. General Henneker

bat, von einer Erörterung der Frage der Neutrtralität abzuſehen, da ſie politiſcher Art ſei, und wir doch nur als Militär verhandeln wollten. Er betonte dann, daß die Franzoſen b bisher immer den Standpunkt vertreten hätten, die interalliierten n Kräfte ſeien zu ſchwach, um etwas Wirkſames zu unternehmenen, und er fragte, wie ich mir wohl die Säuberungsaktion im großeßen dächte.

Ich legte dar, daß auch weniger Kräfte, alals der I.K. z. B. zur Verfügung ſtänden, nach meiner Anſicht auusreichen würden, um zunächſt das Induſtriegebiet ſchnell und wirkſam zu ſäubern. Hierzu müßten die neu eingetroffenen engliſchen 4 Truppen maſſiert in das Induſtriegebiet überraſchend hingeworfenen werden, wo ſie Stütze an den vorhandenen franzöſiſchen Truppeven finden würden. Wollte man ſie in breiter Front vorgehen laſſeſſen, ſo würde das zu einer Zerſplitterung und zu Zeitverluſt führen, das Unternehmen würde dann jeder Stoßkraft entbehren n und daher keinen Eindruck auf die Inſurgenten machen. Die Gefaſahr, daß der Vormarſch einer ſolchen langen dünnen Linie vorzrzeitig erſtarrt, zu blutigen Zuſammenſtößen mit den Inſurgentenen, damit zu Verluſten und ſchließlich zu einem Mißerfolg der ganzzen Aktion führen kann, läge nahe. Je geſchloſſener und ſchlagartigeiger die Ordnungstruppe auftrete, deſto weniger ſei mit Widerſtrſtand zu rechnen, deſto eindrucksvoller die Wirkung auf das gazanze Land, deſto ſchneller die Erreichung des erſtrebten Zweckes. Der Vorgang vom 3. Mai 1921 in Kattowitz, wo einige SSchreckſchüſſe einer kleinen franzöſiſchen Abteilung genügt hatten, überer 800 verſammelte Inſurgenten unter Wegwerfen ihrer Waffen i in die Flucht zu treiben, bietet einen klaſſiſchen Beleg dafür, ddaß der Aufſtand längſt und ohne Blutvergießen beendet ſein wvürde, wenn den Inſurgenten von den Franzoſen entgegengetretcten worden wäre, und General Le Rond ihnen energiſche Befehle (erteilt hätte. Ich würde die neuen Truppen zunächſt ſchnell undd geſchloſſen nach Gleiwitz werfen, mit Bahntransport in dichter ! Zugfolge bzw. in Kraftwagen in 2 ſtarken Kolonnen über Groß-Strehlitz und über Leſchnitz—Ujeſt. Von Gleiwitz aus wäre mit ſtarken Kräften in die Städte Beuthen, Königshütte und Kattowitz vorzuſtoßen und von den ſo gewonnenen Zentren aus das umliegende Land zu ſäubern. Natürlich ſei einheitlicher Befehl und Unterſtellung aller bereits im inſurgierten Gebiet befindlichen interalliierten Truppen unter General Henneker Vorausſetzung. Sei Bahn-

transport über Lublinitz nach Beuthen möglich, dann wäre auch zu erwägen, ob man als erſtes nicht die Hälfte der engliſchen Truppen nach Gleiwitz und die andere Hälfte nach Beuthen dirigieren ſolle. Sie müßten aber möglichſt gleichzeitig an beiden Orten eintreffen. Der Selbſtſchutz iſt zu jeder Mitarbeit bereit; da ſolche in vorderer Linie wohl leider ausgeſchloſſen ſei, ſtelle er ſich auch gern zum Schutz der Bahnen, rückwärtigen Verbindungen, Ortsſchutz uſw. zur Verfügung. An Hand einer Karte erläuterte ich meine Vorſchläge.

General Henneker dankte ſehr und ſagte, daß er über die zweckmäßigſte Durchführung der Aktion ganz die gleiche Anſicht habe, wie ich ſie ihm eben dargelegt hätte. Schon vor ſeiner Abreiſe aus England habe er die verſchiedenen Operationsmöglichkeiten erwogen und ſei, was ihn ſehr freue, zu demſelben Schluß gekommen wie ich — nämlich mit ſtarken Kräften überraſchend in das Herz des Induſtriegebietes vorzuſtoßen, ſeine Städte zu beſetzen und von dieſen aus das Land zu ſäubern. Er würde der I.K. entſprechende Vorſchläge unterbreiten; meinen Wunſch nach einer aktiven Beteiligung bezeichnete er als wahrſcheinlich nicht erfüllbar.

Zum Schluß bat er nochmals um Stabiliſierung der deutſchen Linien und betonte ſehr ſcharf, daß die Zurückhaltung des Selbſtſchutzes nicht nur für Oberſchleſien, ſondern für ganz Deutſchlands Wohl von größter Bedeutung ſei, da Frankreich bei deutſcher Angriffstätigkeit in Oberſchleſien von Weſten her in das Reich einrücken würde. Ich bat noch um möglichſt ſchnellen Beginn und energiſche Durchführung der Aktion, und wir beide verſicherten uns nochmals, in vollkommen loyaler Weiſe als alte Soldaten mit offenen Karten zu ſpielen.

Ich hielt alsbald in Oppeln Rückſprache mit Legationsrat von Moltke und Vertretern der politiſchen Parteien. Letztere hatten inzwiſchen in Erfahrung gebracht, daß die Franzoſen als Beauftragte der I.K. mit den Inſurgenten in gleicher Weiſe verhandelten wie mit dem Selbſtſchutz. Sie forderten energiſch Ablehnung ſolcher Gleichſtellung. Ich wies darauf hin, daß wir leider nicht die Macht hätten, falls die I.K. auf ihrem Willen beſtände, uns ihr dauernd zu widerſetzen. Die Befreiung des inſurgierten Gebietes würde dadurch auch weiter hinausgezögert werden. Die Herren waren aber auf Grund von engliſchen und italieniſchen Äußerungen der feſten Anſicht, daß

die Franzoſen ſchließlich würden nachgeben müſſen. Sie hielten es beſſer für das Land, daß die Säuberung ſpäter erfolgee, als durch Verhandlungen mit den Inſurgenten. Ich verſprach, inn dieſem Sinne — ſolange mir dies möglich und nützlich ſcheine — zzu handeln. Am Abend des 6. Juni ſandte ich ein diesbezügliches Schreeiben an General Henneker und fügte ihm den auf Grund unſerer heutigigen Unterredung an die Selbſtſchutzverbände gerichteten Befehl für ihhr taktiſches Verhalten bei [1]).

Am 7. Juni benachrichtigte ich General Hennekerer, daß die Inſurgenten in Gegend Alt-Coſel mit Artillerie und einem PPanzerzug augenſcheinlich einen Angriff vorbereiteten, und bat um ſchleunige Abhilfe, ſonſt werde der Selbſtſchutz zur Selbſthilfe greifen. Das gleiche erbat ich für Joſefhöhe und Boroſchau nördlich und für Zembowitz ſüdlich von Roſenberg, wo die Inſurgenten vergeblich angegegriffen hatten.

Am Abend des 7. Juni rückten die Engländer in die Stadt Roſenberg reibungslos ein. Mein Wunſch vom 6. iſt alſo prompt erfüllt worden. Aber die Inſurgenten waren mit ihren WWaffen abgezogen. Die Engländer ließen keinen Zweifel darüber, daß jededer, der bewaffnet zwiſchen den beiderſeitig feſtgelegten Linien angetroffen wird, an die Wand geſtellt würde. Der Schutz der deutſchen Bevölkerung in der neutralen Zone wurde durch Kraftwagenpatrouillen bewirkt.

Im Laufe des 8. Juni bauten die Inſurgenten auch an anderen Stellen, gegenüber Gruppe Nord z. T. unter Mitnahme von Vieh ab, zumeiſt nach vorheriger Feuertätigkeit und kleinen Vorſtößen. Bei Zembowitz geriet eine nachſtoßende Selbſtſchutzabteilung dadurch in einen Hinterhalt, daß ein Inſurgent in engliſcher Uniform ſie zum Einſtellen des Feuers veranlaßte; ſie hatten zahlreiche Tote und Verwundete. Bei Gruppe Süd griffen die Inſurgenten am frühen Morgen des 8. Juni unter ſtarker Artillerie- und Minenwerfervorbereitung und unter Beteiligung zweier Panzerzüge die Vorſtadt Plania bei Ratibor wiederholt an, wurden aber reſtlos blutig abgewieſen. Gegen Alt-Coſel hatte das Artilleriefeuer zwar erheblich nachgelaſſen, aber hie und da wurden dieſer Ort und Slawentzitz weiteter beſchoſſen. Ich erhob erneut dringende Vorſtellungen bei General Henneker; dieſes Gebundenſein war außerordentlich läſtig. Am 8. Juni vormittags hatte ich in Oberglogau eine Unterredung mit dem Oberſt Salvioni von den italieniſchen Truppen in Oberſchleſien.

---

[1]) S. Anlagen 4 u. 5.

Er teilte mir mit, daß er auf Weiſung der J.K. die Oderbrücken bei Krappitz geſperrt habe, aber wir einigten uns, daß dies in loyaler Weiſe ausgeführt werde. Er bat um die Freigabe einiger Straßen für den ungehinderten Verkehr interalliierter Truppen, auch Franzoſen, da dies zur Säuberungsaktion notwendig ſei. Ich ſagte zu, bat aber um jedesmalige rechtzeitige Mitteilung derartiger Transporte. Er ſagte noch, daß die Franzoſen die Zurückziehung des Selbſtſchutzes vor Beginn der Säuberungsaktion verlangt hätten, die Italiener und Engländer dies abgelehnt hätten, ein Ergebnis ſei jedoch noch nicht erzielt worden. Der allgemeine Plan gehe dahin, ſofort Truppen mit Laſtkraftwagen in das Induſtriegebiet zu ſchaffen, vorher aber ſollte der zum Aufmarſch nötige Raum von den Inſurgenten geſäubert werden. Eine Beteiligung des Selbſtſchutzes an der Säuberung würde von franzöſiſcher Seite wohl kaum zugegeben werden, doch werde es ſich wahrſcheinlich erreichen laſſen, daß der Selbſtſchutz in ſeiner jetzigen Stellung verbleibe. Vorausſetzung ſei hierfür freilich, daß der Selbſtſchutz nicht zur Offenſive übergehe, und daß er ſich nach der Säuberung von Oberſchleſien auflöſe, da andernfalls die Franzoſen von Weſten in das Reich einmarſchieren werden. Ich erwiderte, daß der Zweck des Selbſtſchutzes doch lediglich der ſei, dabei mitzuwirken, daß die Ruhe und Ordnung in Oberſchleſien wieder hergeſtellt werde; ſei dies erreicht, ſei ſeine Aufgabe erfüllt — eine Gleichſtellung des Selbſtſchutzes mit den Rebellen müſſe aber abgelehnt werden.

Während dieſer Unterredung erſchien eine Bürgerdeputation der Stadt Ratibor, die von mir Hilfe erbat. Sie ſchilderte, daß, nachdem die Inſurgenten bisher nur die vom Selbſtſchutz belegten Vororte beſchoſſen hätten, ſie jetzt auch die innere Stadt mit Artilleriefeuer belegten, und daß ſchon Verluſte und Zerſtörungen entſtanden ſeien. Die Aufregung der Bevölkerung ſei ungeheuer und die Folgen nicht abzuſehen, wenn nicht ſofort Abhilfe geſchaffen würde. Oberſt Salvioni, dem die Stadt Ratibor mit ihrer italieniſchen Garniſon unterſtand, verſprach mir, ſofort und auf das energiſchſte einzugreifen. Er telephonierte alsbald, 12 Uhr mittags, an den Vertreter der italieniſchen Regierung bei der J.K., General de Marinis, und erbat Erlaubnis, eine italieniſche Batterie nach Ratibor zu verſchieben, um, falls die Inſurgentenartillerie das Feuer nicht einſtelle, dieſe unter Feuer zu nehmen. Antwort wurde auf 4 Uhr nachmittags zugeſagt und dem

Oberſt Salvioni befohlen, ſich zur Klärung der Lage ſofofort nach Ratibor zu begeben. Ich fragte ihn, ob ich mich beſtimmt daraufuf verlaſſen könne, daß er der armen, gequälten Bevölkerung von Ratibor bbald und energiſch Rettung bringen würde, der Selbſtſchutz, der ja leidever über keine Artillerie verfüge, ſtehe ihm ſelbſtverſtändlich jederzeit zuzur Hilfe zur Verfügung. Er erwiderte, daß er alles hierfür tun werde,e, da dies ja ſeine beſondere Pflicht ſei. Er war ein Mann, auf den mman ſich verlaſſen konnte. Dem General Henneker ſandte ich ein Schreeiben, in dem ich ihm die Lage bei Ratibor ſchilderte und um ſchleunigſte Abhilfe des unerträglichen, unhaltbaren Zuſtandes bat, da ſonſt t der Selbſtſchutz zur Selbſthilfe ſchreiten müſſe. Da ich am Nachmititag eine Unterredung mit General Henneker vereinbart hatte (ſiehe nachſtehend), war es mir leider nicht möglich, ſelbſt nach Ratibor zu ı fahren; Gruppe Süd wurde von mir aber eingehend orientiert.

In der Nacht vom 6. zum 7. Juni hatte bei KKalinow zwiſchen Franzoſen und Selbſtſchutz ein Zuſammenſtoß ſtattgefefunden; auch an anderen Stellen hatte die enge Berührung des SSelbſtſchutzes mit Franzoſen zu unangenehmen Zwiſchenfällen geführt, , die aber glimpflicher als der bei Kalinow abgelaufen waren. Dort h hatte der Führer eines Maſchinengewehrpoſtens im Morgengrauen ı Franzoſen für Polen gehalten und gegen ſie das Feuer eröffnet. Zwwei Mann waren verwundet worden. Der herbeigeeilte Kompaniefüührer hatte dieſe und weitere zwölf Franzoſen nach Kalinow bringeren laſſen, wo ſie verbunden und verpflegt wurden. Auf Veranlaſſungng des engliſchen Kreiskontrolleurs wurden die Franzoſen nach einigeren Stunden nach Groß-Strehlitz zu ihrer Truppe gebracht. Ich hatte diie Angelegenheit umgehend unterſuchen laſſen und die Vernehmungigen mit Bericht noch am 7. abends der J.K. durch den Verbindungigsoffizier, Major Keatings, überſandt. An die Selbſtſchutztruppen hatte e ich erneut einen eindringlichen Befehl gerichtet, jede Berührung mihit den alliierten Truppen zu vermeiden, und an General Henneker r ein Schreiben, in welchem ich meinem Bedauern darüber Ausdruck k gab, daß durch Mißverſtändniſſe franzöſiſches Blut gefloſſen ſei. Zwwecks Erörterung der Frage, wie ſolche Fälle in der Folge am beſten zu u vermeiden ſeien, bat ich um eine Unterredung. Inzwiſchen hatte miich auch General Henneker zu einer Unterredung für den 8. Juni nachhm. nach Halbendorf gebeten.

In Halbendorf waren verſammelt: der franzöſiſche General Gratier, der engliſche General Henneker, ein italieniſchcher Oberſt, jeder

von dieſen Herrn mit Begleitoffizieren. Alles ſtand feierlich im Halbkreis aufgebaut als ich eintrat und ſtehend wurde die Beſprechung durchgeführt.

General Gratier begann damit, daß die J.K. es als wünſchenswert bezeichnet habe, daß ich wegen des geſtrigen Vorfalls bei Kalinow ihm, dem Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen in Oberſchleſien, im Beiſein eines engliſchen Generals und eines italieniſchen Stabsoffiziers mein Bedauern ausſpräche. Ich erwiderte, daß ich zu meinem Bedauern von dem geſtrigen Vorfall bei Kalinow Kenntnis erhalten und ſofort Veranlaſſung genommen hätte, den Sachverhalt unter Mitwirkung eines engliſchen Offiziers genau feſtſtellen zu laſſen. Das Ergebnis dieſer Feſtſtellung, aus der hervorgehe, daß ein bedauerliches Mißverſtändnis vorgelegen habe, daß aber auch die Gegenſeite nicht frei von Schuld geweſen wäre, ſei geſtern 11 Uhr abends in Oppeln dem Major Keatings zur Weitergabe an die J.K. übergeben worden. Es ergab ſich, daß mein Bericht bisher keinem der anweſenden interalliierten Offiziere bekanntgeworden war. Nach näherer Ausſprache über dieſen Zwiſchenfall beklagte ſich General Gratier über die Animoſität der Deutſchen gegen die franzöſiſchen Truppen. Als Beweis führte er u. a. das Erlebnis eines franzöſiſchen Generals am 5. Juni in Slawentzitz und ſeine eigene Bedrohung am 10. Mai in Coſel an und bat, daß ich beruhigend einwirke. Er hoffe, daß ich das Haßgefühl meiner Leute gegen die Franzoſen zu mildern in der Lage ſei. Ich erwiderte, daß ich dies ſeit Übernahme des Kommandos erſtrebt und durch Belehrung über die Folgen und durch Warnungen und Befehle betätigt habe und dies auch weiter tun werde, da ich dieſe Animoſität, die tatſächlich — aber nicht nur einſeitig, ſondern beiderſeitig — beſtehe, bei dem gemeinſamen Ziel in Oberſchleſien für ſchädlich und gefährlich halte. Sie ſei u. a. auch dadurch entſtanden, daß die deutſche Bevölkerung überzeugt ſei, die Franzoſen ſeien von vornherein nicht energiſch genug gegen dieſen dritten polniſchen Aufſtand, der ſo furchtbares Elend über das Land gebracht habe, eingeſchritten. General Gratier entſchuldigte dies damit, daß die interalliierten Truppen gegenüber den ſehr ſtarken gut organiſierten und mit viel Waffen ausgerüſteten Aufſtändiſchen zu ſchwach und zu ſehr verteilt geweſen wären. Ich bat, daß wenigſtens jetzt nach erfolgter Verſtärkung der interalliierten Truppen von dieſen ſchnell und energiſch

vorgegangen werde. Der Selbſtſchutz ſei ſehr gerrrn bereit, hierbei Hilfe zu leiſten, und würde ſich, da ſein Ziel doch ganz das gleiche wie das der I.K. ſei, auch willig dem interalliierten Oberbefehl unterſtellen. An Zahl ſei der Selbſtſchutz wohl ſtärirker als die interalliierten Truppen, ſeine Bewaffnung und Ausrüüſtung ſei freilich ſehr mangelhaft, aber ſein Wunſch nach Befreiiung des Landes natürlich noch erheblich größer, als der der interallliierten Truppen ſein könnte. Für letzteres hätte er als Anngehöriger eines Volkes mit hochgeſpanntem Nationalgefühl dooch gewiß Verſtändnis. General Gratier erkannte dies als richtig an, erklärte aber, daß eine aktive deutſche Mitwirkung die ſchwerſte Zerſtörung des Induſtriegebietes zur Folge haben würde. Oberſchleſien würde bald ausſehen wie Nordfrankreich. Auch widerſpreche es dem Grundſatz der Neutralität, welche die I.K. einnehme. Dieſe habe das Mandat über Oberſchleſien, und ihre Saache allein ſei es, die Säuberungsaktion durchzuführen. Dieſe erfiordere Zeit und ließe ſich nicht ſo ſchnell durchführen, wie gewünſcht. Die Aufſtändiſchen verfügten, wie doch auch ich wüßte, über ſehr ſtarke, gut organiſierte, gut bewaffnete Kräfte. Eine ſolche Armee könne doch nicht ſo ſchnell entwaffnet werden, alles müſſe ſeine Zeit haben. Auch die Franzoſen täten ihr Beſtes, die Inſurgenteen zu entwaffnen. Am beſten helfe der Selbſtſchutz, wenn er ſichh ruhig verhalte. Ich ſagte, der Selbſtſchutz müſſe und würde ſich natürlich der I.K. fügen, ſo ſchmerzlich es ihm auch ſei, nicht ſelbſt ſeinen Volksgenoſſen tatkräftig helfen zu können. Den Aufſtſtändiſchen, die ſo viel Unheil angerichtet und die Autorität der I.K. wiederholt ſo ſchwer verletzt hätten, müſſe doch aus Gründoen des Anſehens und der Gerechtigkeit und um Wiederholung vvorzubeugen, der Wille der I.K. zumindeſt durch ſtrikte Befehlle aufgezwungen werden. Gütliches Verhandeln mit ihnen ſei m.a. E. nicht würdig und für die Zukunft des Landes ſchädlich, Gleichhſtellung der Aufſtändiſchen mit dem Selbſtſchutz gegen letztere einne kraſſe Ungerechtigkeit. General Henneker wies nun darauf hhin, daß der gute Wille der I.K. aus der geſtrigen Säuberungsaktion der Stadt Roſenberg hervorgehe, und für morgen, den 9. Juni, ſei geplant, meinem Wunſch entſprechend in der Gegend voon Groß-Staniſch die Ordnung herzuſtellen. Ich dankte dem engliſiſchen General für ſein ſchnelles Eingreifen in Roſenberg, bedauertte aber, daß man den Aufſtändiſchen Abzug mit allen Waffen geſtatttet habe. General

Henneker erwiderte, man könne nicht zuviel auf einmal erreichen, mit einem Bataillon ſei es nicht möglich, von den ſoviel ſtärkeren Inſurgenten die Waffenabgabe zu erzwingen. Es müſſe von Fall zu Fall beſtimmt werden, ob man mit Zwang oder mit Erſuchen auf ſie einwirke. Er betonte, daß bei Roſenberg der deutſche Selbſtſchutz entgegen den Verabredungen den zurückgehenden Polen nachgedrängt ſei, und bat, daß dies in Zukunft unterbleibe. Ich wies darauf hin, daß es ſich hierbei wohl um Leute gehandelt habe, welche in dem befreiten Roſenberg beheimatet ſeien, werde aber Sorge tragen, daß ſich dies in der Folge ordnungsgemäß abwickle, und bat um Auskunft, wie die Ordnung in den befreiten Ortſchaften aufrechterhalten werden ſolle. General Henneker antwortete: durch die I.K. Wenn die Deutſchen über ihre Linie hinausgehen würden, müſſe alle Arbeit umſonſt ſein. Wenn die Leute nach Hauſe gehen wollten, ſollten ſie ihre Waffen zurücklaſſen. Ich ſchilderte darauf die ſchwierige Geſamtlage des Selbſtſchutzes, der fortgeſetzt, ſo erſt in den letzten Tagen bei Zembowitz, bei Alt-Coſel und ganz beſonders bei Ratibor, das unter ſchwerem Feuer der Inſurgenten liege und deren Angriffen ausgeſetzt ſei, während der Selbſtſchutz ſich nicht regen ſolle. Man könne doch von ſeinen Leuten nicht verlangen, daß ſie wie Maſchinen daſtänden und ſich widerſtandslos vernichten ließen. Solange die Inſurgenten vor der Front des Selbſtſchutzes ſeien, müſſe dieſer Patrouillen entſenden, um feſtzuſtellen, was ſie tun; wenn bekannt ſei, daß ſie befehlsgemäß zurückgehen, ſei dies natürlich nicht nötig. Zur Erleichterung der Verbindung bat ich, einen Verbindungsoffizier zu General Henneker entſenden zu dürfen, was zugeſtanden wurde. Ich ſchilderte nun eingehend die unerträgliche Lage bei Ratibor, und bat aus Gründen der Menſchlichkeit um Einverſtändnis, zum Schutz der dortigen Bevölkerung einen Brückenkopf ſchaffen zu dürfen. Darauf General Gratier: „Das iſt ganz unmöglich! Bei einem Einſatz von deutſchen Truppen bei Ratibor würde alles verloren ſein.“ (Letzteres ſagte er zweimal.) „Die I.K. wird dort ſelbſt Abhilfe ſchaffen. Es iſt auch ſchon zu meiner Kenntnis gelangt, daß ein deutſcher Angriff bei Ratibor beabſichtigt ſei. Dieſen Angriff müſſen Sie unter allen Umſtänden ſtoppen, ſonſt ſei alle Arbeit der I.K., die Ordnung wiederherzuſtellen, umſonſt. Dieſe dürfe ſich hierfür nicht des Selbſtſchutzes bedienen, weil dies mit der Neutralität nicht in Einklang ſtehe. Sie ſei hier eingeſetzt

worden, um Ordnung zu halten, und könne nicht die eine oder die andere Seite begünſtigen, weder die Polen, die Schleſien verteidigen, noch die Deutſchen, die es angriffen.“ Ich bedauerte, daß der Selbſtſchutz, welcher eine organiſierte Notwehr gegen Rebellen ſei, mit dieſen auf die gleiche Stufe geſtellt werde. Die Befriedung bei Ratibor bitte ich mit größter Schnelligkeit zu betreiben; ich könne nicht untätig zuſehen, wie dort Frauen und Kinder ihr Leben verlören und ſchwerſter Schaden angerichtet werde. Die Bevölkerung ſei auf das höchſte erregt und gebe dem durch Umzüge uſw. Ausdruck. Elementarer Ausbruch der Verzweiflung ſei wahrſcheinlich, wenn nicht ſchnell ein Wandel eintrete. Daß hierbei die dortigen Selbſtſchutztruppen mit fortgeriſſen würden und mir durchgingen, wäre naheliegend. Ich werde Bevölkerung und Truppen ſagen, daß die J.K. es ſich vorbehalten habe, ſelbſt die Ruhe in Ratibor wiederherzuſtellen, und daß ſie mir verſprochen habe, dies baldigſt zu tun, dem müßten wir vertrauen. Falls es der J.K. bis 10 Uhr vormittags jedoch nicht gelungen ſein ſollte, müßte ich mir im Intereſſe der gefährdeten Bevölkerung Handlungsfreiheit vorbehalten. General Gratier erwiderte, daß beide Seiten unter Waffen ſtänden, wo doch die J.K. allein im Lande die Macht haben ſolle. Er müſſe nach einem beſtimmten Plane vorgehen, was gewiſſe Zeit in Anſpruch nehme, und wohl niemand wünſche, ein blühendes Land in eine Wüſte zu verwandeln, wie es in Nordfrankreich geſchehen ſei. Er wiſſe genau, daß von den Inſurgenten im Induſtriegebiet ungeheure Sprengungen vorbereitet ſeien. Die Deutſchen würden die Säuberungsaktion der J.K. unterſtützen, wenn ſie ſich ruhig verhielten oder ſich zurückzögen. Ich ſagte noch, daß die Inſurgenten am beſten dadurch verhindert würden, im Induſtriegebiet Milliardenſchaden anzurichten, daß die J.K. auf das ſchnellſte ſoviel Truppen, wie nur möglich, dort hinwerfe.

Damit endete dieſe Unterredung. Ihr erſter Teil, welcher ſich auf den Vorfall bei Kalinow bezog, war ſehr förmlich gehalten. Das beleidigte Frankreich begnügte ſich aber nicht mit dem Ausdruck meines Bedauerns, ſondern es forderte auch von der Deutſchen Reichsregierung, daß der deutſche Botſchafter in Paris dem franzöſiſchen Miniſterpräſidenten ſolches ausſprach; was auch geſchah. Dabei unterſtand Oberſchleſien doch gar nicht dem Deutſchen Reich, und die deutſche Regierung hatte daher auch keinerlei Einfluß auf die dortigen Geſchehniſſe.

Ich orientierte die beiden Gruppenführer über die Lage und besprach sie mit Legationsrat von Moltke und Vertretern der politischen Parteien. Diese waren, wie natürlich auch ich, wenig befriedigt, da energische Maßnahmen der I.K. und damit eine wirkliche Befriedung des Landes nicht wahrscheinlich waren. Manche wünschten diese durch Vorgehen des Selbstschutzes doch noch zu erreichen. Ich wies demgegenüber darauf hin, daß ein Losschlagen des Selbstschutzes keinen dauernden Erfolg haben und der oberschlesischen Sache mehr schaden als nützen würde.

Am Abend des 8. Juni machten die Insurgenten einen Vorstoß in Gegend Alt-Cosel. Sie gerieten dabei in unser Kreuzfeuer und wurden unter starken Verlusten abgewiesen, während wir nur drei Leichtverwundete hatten. Die mit Rosenberg am 7. Juni begonnene Säuberungsaktion der Engländer wurde fortgesetzt. An verschiedenen Stellen schoben sich interalliierte Truppen zwischen die beiderseitigen Linien. Der Selbstschutz hatte jetzt nur noch an der Oderfront südlich der Klodnitz und bei Zembowitz Gefechtsberührung mit den Insurgenten. Bei letzterem Ort fanden in dem unübersichtlichen Waldgelände dauernd Kämpfe statt, bei denen sich die tapferen Bataillone Hindenburg und Guttentag besonders bewährten. Es war ein Befehl der Insurgenten bekanntgeworden, im Falle eines Rückzuges Mobiliar mitzunehmen und die Häuser der Kapitalisten zu zerstören. Bei Ratibor und an der übrigen Oderfront herrschte zu dieser Zeit im allgemeinen Ruhe.

Aus dem insurgierten Gebiet drangen jetzt nur spärliche Nachrichten zu mir. Ein in der Presse erschienener Notschrei aus Kattowitz gab ein Bild davon, was die deutsche Bevölkerung dort ertragen mußte, aber auch davon, wie tapfer sie sich hielt. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften des insurgierten Gebietes hatten am 8. Juni aus Kattowitz auch ein Telegramm an Lloyd George und Giolitti gerichtet, in dem sie die Zustände eingehend schilderten.

Die Einteilung des Selbstschutzes war um diese Zeit folgende:

Oberleitung: Generalleutnant a. D. Hoefer, Stab wie bisher (siehe Seite 175).

Gruppe Süd: Generalleutnant a. D. von Hülsen, Stab s. S. 176.
Oberst a. D. von Notz, Genst.Offz. Edelbüttel.

Detach. Martin mit den Abtg.: Frhr. von Reibnitz, Reiß (vorher Müller bzw. Frhr. von Reibnitz, May).

Detach. Grüner: mit den Abtg.: Werner (später Kujath), Kosch (später Imiolzyk), von der Decken, Abtg. von Hautcharmoy.

Oberst Graf Magnis, Genst.Offz. Hauptm. a. D. Frenkel.
Korps Oberland: Major Horadam, Genst.Offzfz. Hauptm. a. D. Römer, Abtg.:Österreicher, Finsterlin, Siebr'ringhaus, Mulzer.
Detachm. von Holz, später von der Planitz, , mit den Abtg.: Rupp, Gogolin (von Frobel, dann Graf Rothkirch), Heinz.
Detachm. Maschke von Witowki mit Abtg.: von Heydebreck, Haßfurter, Schwarze Schar (Bergerhoff)..
Oberstl. a. D. Bracht, später Oberst a. D. von ¦ Jarotzky, Genst.-Offz. Hauptm. a. D. Frhr. von Gregory, doann Dietze.
Detachm. von Gilgenheimb mit Abtg.: Marienburg (Lensch), Gleiwitz (Buth), von Watzdorf.
Detachm. Irmer, später Günther mit Abtg.:.: Wendorf, Graf Bethusy, von Garnier.
Abteilung Loslau (von Eberhardt).
Sonderformationen: Frhr. von Richthofen, SSemdorf, Nielsen, Mensching, Rittner, Siemen, Winkler, Kagegelmann, Schlacke, Handy, Brunner, von Hülsen, Lenczyk, NMöllmann, Wild, Behrends, Sanitätskompanie Oberland.
Gruppe Nord: Oberstlt. a. D. Grützner, Genst.Offffz. Rittm. a. D. Hoferdt.
Abschn. Turawa: Oberst a. D. Schuster minit Abtg.: Petter, Künzel, Hoffmann (vorher Graf Schweininitz).
Abschn. Carlsruhe: Oberstlt. a. D. Nollau mit AAbtg.: Hindenburg (von Waldow), Lublinitz (Genz), Wolf.
Abschn. Kreuzburg: Oberlt. a. D. Roßbach mit it Abtg.: Eberhard, Nowak, Frhr. von Loen.
Abschn. Landesgrenze: Hauptm. a. D. von JJordan mit Abtg.: Pietschen (Schneider), Guttentag (Schneiepper), Nessel.
Einwohnerwehren: Kreuzburg, Pietschen, Landsberg, Jaschine, Konstadt.
Sonderformationen: Noldan, Schmidt, Hesse, , Wolff, Schirmer, Weidemann, Schmidt, Christensen, Hübner.

Das bayerische Freikorps Oberland wurde nach ' wie vor von den Linksparteien mit großem Mißtrauen betrachtet. SHiergegen richtete der vielgeschmähte Zwölferausschuß in den Zeitungen folgenden Artikel:

„Zur Steuer der Wahrheit sei festgestellt, daßß das Korps Oberland von ausgezeichnetem Geist beseelt ist. EEs herrscht strenge Mannszucht. Offizieren und Mannschaften sieeht man an, daß sie von selbstloser Vaterlandliebe beseelt sind. Ihhre Tapferkeit und

ihre Todesverachtung ſind geradezu bewundernswert. Wir können nur wünſchen, daß dieſe ausgezeichnete Truppe recht lange zum Schutze unſerer oberſchleſiſchen Heimat hier verbleibt."

Am 10. Juni vorm. wurde mir im Auftrage des Höchſtkommandierenden, General Gratier, eine Karte überbracht, die eine „zonenweiſe Räumung" des inſurgierten Gebietes durch die Inſurgenten und den Selbſtſchutz vorſah. Sie entſprach im weſentlichen dem am 30. Mai vom Oberſt Caput gemachten Vorſchlage. Dazu wurde mir mitgeteilt, daß die Inſurgenten am 10. Juni die Zone zwiſchen Oder und Oſtgrenze des Kreiſes Ratibor räumen würden, wenn die Deutſchen die Vororte Oſtrog und Plania räumten. Eine interalliierte Kommiſſion werde dieſe Ausführung überwachen [1]). — Zwiſchen Vertretern der politiſchen Parteien, Legationsrat von Moltke und mir wurde einmütig der Standpunkt feſtgelegt, daß eine Gleichſtellung des Selbſtſchutzes mit den Inſurgenten, wie ſie dieſe zonenweiſe Räumung vor aller Welt in ſich ſchloß, die Zukunft erheblich belaſten würde. Hinzu kam, daß unſere Gegner allerorten laut verkündeten:

„Die Deutſchen werden jetzt gezwungen, den Annaberg zu räumen, damit wird unſer Sieg und unſer Recht auf Oberſchleſien anerkannt."

Ablehnung jeder zonenweiſen Räumung wurde daher gefordert.

Der Annaberg, die höchſte Erhebung inmitten Oberſchleſiens, iſt nicht nur ſeinen katholiſchen Bewohnern durch das ihn krönende Wallfahrtskloſter ein heiliger Berg, ſondern allen Oberſchleſiern von alters her gleichſam ein nationales Symbol, das durch die Kämpfe um ihn jetzt noch mehr hervorgetreten iſt. Es wurde daher beſonderer Wert darauf gelegt, daß der offenſichtigen Forderung Korfantys auf Räumung des Annaberges durch uns nicht entſprochen werde. Ich ſagte zu, mich zu bemühen, dem Wunſche zu entſprechen — aber ohne es zum Bruch kommen zu laſſen.

Bei Ratibor herrſchte am 10. Juni Ruhe. Der Patrouillendienſt ſtellte aber an der ganzen Oderfront feſt, daß die Rebellen hier noch nicht zurückgingen. Das Schloß in Zembowitz iſt am 10. Juni nach einem Vorſtoß des Selbſtſchutzes von den Inſurgenten geſprengt worden.

Am 11. Juni vormittags ließ ich dem General Gratier in Oppeln durch den Leutnant von Pleſſen folgendes mündlich beſtellen, da Antwort auf dieſe Weiſe gewünſcht worden war:

[1]) S. Anlage 8.

„Der durch den deutſchen Verbindungsoffizier beim engliſchen Oberbefehlshaber übermittelte Plan entſpricht im weſentlichen dem Vorſchlage, den am 30. Mai Herr Oberſt Caput dem Führer des Selbſtſchutzes überbracht hatte. Die Gründe, die mich damals zur Ablehnung veranlaßten, und die ich in meinem Schreiben vom 31. Mai an die J.K. ausgeführt habe, beſtehen auch heute noch.“

An General Henneker ſandte ich ein Schreiben, in dem ich meinem Erſtaunen darüber Ausdruck gab, daß von alliierter Seite mit den Inſurgenten Verabredungen abgeſchloſſen zu werden ſchienen, und daß vom Selbſtſchutz die Räumung der Vororte von Ratibor verlangt werde. Auch erläuterte ich ihm die Gründe für meine Ablehnung einer zonenweiſen Räumung [1]).

Zwei Zeitungsberichte über die Inſurgenten enthalten die Anlagen 11 und 12.

Am 11. Juni mittags übergab mir eine Deputation aus Ratibor ein von ſämtlichen Parteiführern dieſer Stadt unterfertigtes Schreiben; es iſt in Anlage 7 enthalten. In ihm wurden mir eine Anzahl Nachrichten über Vorkehrungen der Inſurgenten zu einem Angriff auf Ratibor mitgeteilt und wurde ich gebeten, die erforderlichen Streitkräfte hiergegen bereitzuſtellen. Tatſächlich hatten die Inſurgenten am 11. Juni die Beſchießung Ratibors wieder aufgenommen. Alsbald bat ich General Henneker durch Fernſpruch, die ſofortige Einſtellung des Feuers zu veranlaſſen, andernfalls ich mir Freiheit des Handelns vorbehalten müſſe. Er ließ auf gleichem Wege ſagen, daß dort, wie auch bei Malapane und Stubendorf, eine Gegenaktion der Interalliierten in die Wege geleitet und bald wirkſam werden würde; ich ſolle ja nicht durch eigenes Vorgehen ſtören.

Mit General von Hülſen beſprach ich am 11. Juni gegen 2 Uhr nachmittags in Oberglogau die Lage. Er hat dauernd mit Leidenſchaft den Grundſatz verfochten, daß trotz aller politiſchen Erwägungen und aller Einſprüche der J.K. das Heil Oberſchleſiens nur in der Sprengung der uns auferlegten Feſſeln, in der Bewegung und in dem operativen Erfolge der Befreiung des ganzen inſurgierten Gebietes liege, und daß der Selbſtſchutz daher, ſobald er irgend dafür in der Lage ſei, offenſiv eingeſetzt werden müſſe. Dieſe Auffaſſung ſtand m. E. im Widerſpruch zu den tatſächlichen Verhältniſſen und zu der politiſchen und militäriſchen Lage, wie ich ſie in den letzten Tagen bei den Ver-

[1]) S. Anlage 10.

handlungen mit den Vertretern der J.K. feſtzuſtellen erneut Gelegenheit gehabt hatte. Hülſen führte weiter aus,

daß durch die Dazwiſchenlegung interalliierter Truppen auf der Strecke von Kandrzin bis Landsberg eine Offenſive des Selbſtſchutzes jetzt nur noch aus der Gegend von Ratibor möglich ſei. Von hier führe der Weg allerdings über Rybnik durch die am meiſten polniſchgeſinnte Gegend in das Induſtriegebiet. Die taktiſche Lage iſt freilich nicht ſo günſtig, wie ſie bei einem Vormarſch von Coſel—Krappitz geweſen wäre, beſonders da ein unmittelbares Zuſammenwirken mit der Gruppe Nord fehle, immerhin könne ein entſchloſſener Wille das Ziel erreichen. Sollte ſich dies nicht als möglich erweiſen, ſo würde es ſchon ein Gewinn ſein, wenn man die Inſurgenten von den beherrſchenden Höhen öſtlich Ratibor vertriebe und Teile des Kreiſes Rybnik als Fauſtpfand in Beſitz nähme. Um die Kräfte für dieſe Offenſive über Ratibor in das Induſtriegebiet freizubekommen, müßte der große Brückenkopf Coſel—Annaberg—Krappitz, der taktiſch jetzt keine Bedeutung mehr habe, aufgegeben oder mit nur ſchwachen Kräften beſetzt bleiben. Nur der Ehre halber den Annaberg uſw. in Beſitz zu behalten, erſchiene ihm nicht praktiſch. Er ſchlug daher vor, die Erklärung abzugeben, daß der Selbſtſchutz jeden eroberten Fleck Oberſchleſiens der J.K. übergebe, ſofern dieſe die Machtmittel beſäße und zur Anwendung bringen wolle, die nötig ſeien, um deutſches Leben und Eigentum zu ſchützen. Da, wo der J.K. dieſe Mittel aber fehlten, müſſe der Selbſtſchutz ſich volle Angriffsfreiheit vorbehalten.

Dieſe Erwägungen deckten ſich im allgemeinen mit meiner Auffaſſung; einen Plan für die Schaffung eines größeren Brückenkopfes vor Ratibor zum Schutze dieſer Stadt hatte ich ſchon erwogen. Aber die Sprengung der uns auferlegten Feſſeln durch Vormarſch über Rybnik in das Induſtriegebiet würde zweifellos die nachteiligſten Folgen haben. Der Selbſtſchutz ſtieß hier hinein in eine weite Gegend mit der fanatiſchſten Bevölkerung, wo glänzend bewaffnete, tapfere italieniſche Bataillone am 4. Mai unter Verluſt von 25 bis 30 Toten und über 100 Verwundeten von den Inſurgenten geſchlagen worden waren [1]). Die franzöſiſchen Garniſonen im Induſtriegebiet wären ſicher nicht untätig geblieben, und es war eine Leichtigkeit, den Selbſt-

[1]) S. Seite 106.

ſchutz in dem Sack, in den er hineinſtieß, abzuſchneiden. Es würde ein ausſichtsloſes Beginnen ſein. Überdies hatte ich Rücksicht zu nehmen auf die bereits getroffenen Vereinbarungen, deren Nichteinhaltung für die deutſche Sache ſchädlich geweſen wäre, und ich mußte auch die Stimmung und die Anſchauung der oberſchleſiſchen Bevölkerung in Rechnung ſtellen, die nichts gemein hatte mit dem rein militäriſchen Ehrenpunkt. Die Verzögerung der Säuberungsaktion bei Ratibor ſchien mir eine Falle zu ſein. General Henneker war hier nicht ausführendes Organ, ſondern nur Briefübermittler. Gingen wir vor, konnte man uns als die Rebellen und Friedensſtörer vor aller Welt brandmarken. Die Verringerung der vorderen Linie aller der Frontteile, die nicht mehr in Gefechtsberührung mit den Inſurgenten ſtanden und ihre rückwärtige Konzentrierung war bereits angeordnet. Ich vereinbarte jetzt mit General von Hülſen, daß die Hauptkräfte aus dem großen Brückenkopf am Annaberg noch mehr als bisheher über die Oder derart zurückgezogen würden, daß ihre Verſammlung durch Bahntransport uſw. nach Süden ſchnellſtens erfolgen könnte. Die Erkundungen für einen Gegenangriff mit begrenztem Ziel bei Ratibor zwecks Schaffung eines ausreichenden Brückenkopfes waren ſeitens der Gruppe Süd bereits im Gange. Infolge der herrſchenden Trockenheit war der Waſſerſtand der Oder ſehr geſunken, und es fanden ſich Stellen, die zu durchfurten waren. Ich wollte alles verſuchen, um von General Henneker das Einverſtändnis zu dieſer Gegenaktion zu erlangen. Dies erſchien mir nicht ganz ausgeſchloſſen, weil die Inſurgenten ihre Verabredung mit der I.K. nicht eingehalten hatten. Ich ſuchte daher eine baldige Unterredung mit ihm nach. Ohne ſein Einverſtändnis hätte ich nach dem Vorhergegangenen nur unter ganz beſonderen Umſtänden den Selbſtſchutz vorgehen laſſen dürfen.

Nach der Abfahrt des Generals von Hülſen wurde mir telephoniſch mitgeteilt, daß der Zwölferausſchuß in Oppeln tage, um die Punkte feſtzulegen, welche er ſelbſt als politiſche Vertretung Oberſchleſiens der I.K. als Forderung der oberſchleſiſchen Bevölkerung zum Ausdruck bringen wolle. Ich möchte doch nach Oppeln kommen, um dieſe Punkte mit zu beſprechen. Sie bewegten ſich in dem Rahmeen, der ſtets von der politiſchen Leitung vertreten worden ſei. Ich fuhr bald ab, langte aber infolge einer Autopanne erſt an, als die Herren ſoeben zur I.K. gegangen waren, die ihren Empfang früher als erwartet angeſetzt hatte. Über die Forderungen des Zwölferausſchuſſes erfuhr ich folgendes durch Legationsrat von Moltke:

1. Eine Räumung des vom Selbstschutz besetzten Gebietes käme nicht in Frage.
2. Wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergeschlagen sei, wenn Leben und Eigentum der oberschlesischen Bevölkerung sichergestellt seien und der alte Rechtszustand wiederhergestellt sei, habe der Selbstschutz seinen Zweck erfüllt und werde sich auflösen.
3. Diesen Zeitpunkt erachte er als gekommen, wenn folgende Bedingungen erfüllt seien:
   a) Tatsächliche Entwaffnung der Insurgenten und Entfernung der landfremden Truppen und Banden aus Oberschlesien.
   b) Eine wirksame und lückenlose Sperrung der Grenze gegen Polen.
   c) Errichtung einer zentral geleiteten Polizeitruppe, die nur aus Leuten bestehe, die ihrer Persönlichkeit und ihrem Vorleben nach geeignet seien und sich in keiner Weise weder unmittelbar noch mittelbar an der polnischen Insurrektion beteiligt haben. Gemeindewachen müßten abgelehnt werden.
   d) Einleitung von Strafverfahren gegen die am Aufstande Schuldigen. Keine Amnestie.
   e) Beseitigung aller von den Insurgenten geschaffenen Institutionen, insbesondere auf dem Gebiete der Verwaltung.
   f) Ausreichender militärischer Schutz der industriellen Werke, um die Arbeitswilligen vor dem Terror zu bewahren.
4. Es müsse der von dem Aufstand so sehr betroffenen oberschlesischen Bevölkerung durch Einsetzen besonderer Instanzen die Möglichkeit geschaffen werden, sich von der Erfüllung obiger Bedingungen zu überzeugen.

Es war natürlich Recht und Pflicht des Zwölferausschusses, bei rein politischen Fragen die Interessen der Bevölkerung der I.K. gegenüber auch selbst zum Ausdruck zu bringen, ich verhehlte mir aber nicht, daß für diese ihre Forderungen nur geringer Erfolg zu erwarten sei.

Bei einer am Abend des 11. Juni in Halbendorf stattfindenden Unterredung mit dem General Henneker wies ich ihn eindringlichst auf die Verschärfung der Lage und die drohenden Folgen hin und führte folgendes aus:

Ratibor werde dauernd bombardiert, und in dem vom Selbſtſchutz zu dem Aufmarſch der Alliierten freigegegebenen Gebiet trieben erneut Banden ihr Unweſen; die Bevölkerung ſei in Panik und flüchte. Das ſei ein typiſches Beiſpiel, wie es überall im Lande nach dieſer ſogenannten Säuberungsaktion ausſehen werde. Wo interalliierte Soldaten hinkämen, ducke ſich der Inſurgent, gingen die Truppen weiter vor, ſo tauche er, der ja ſeine Waffen habe behalten dürfen, wieder auf. Dabei werde an den Selbſtſchutz das unmögliche Anſinnen geſtellt, nicht nur nicht in ſeinen Linien ſtehenzubleiben, ſondern ſogar zurückzugehen. Ich könne und dürfe mich aber hierzu nicht verpflichten, denn ich hätte von den politiſchen Parteien Oberſchleſiens das Mandat erhalten, meine Landsleute und unſere Heimat zu ſchützen. Dieſe zur Zeit verkörpert im Zwölferausſchuß, habe heute nachmittags in Oppeln getagt und eine Reihe von Forderungen aufgeſtellt, die der I.K. unterbreitet worden ſeien, um von ihr garantiert zu werden; ich teilte ihm dieſe Forderungen mit. Unter keinen Umſtänden könne die Einrichtung der „Gemeindewachen“ anerkannt werden, wie ſie von der I.K. im Dekret vom 29. Mai vorgeſehen ſei. In dieſer Form bedeuteten ſie nichts anderes, als eine Legaliſierung der Inſurgenten. Werde den berechtigten Forderungen der deutſch-oberſchleſiſchen politiſchen Parteien nicht entſprochen, ſo werde in kurzer Zeit ein neuerer, noch blutigerer Aufſtand die Folge ſein. Da eine ſtarke Polizeimacht fehle, hätte ich wiederholt den Selbſtſchutz der I.K. hierfür zur Verfügung geſtellt. Ich erneuere hiermit dieſes Angebot. General Henneker gab zu, daß die Befreiung des Landes mit dem Räumungsplan, wie er jetzt von der I.K. vorgebracht werde, nicht erreicht werden könne. Es gäbe ſ. E. nur zwei Wege: der eine ſei, den Selbſtſchutz hinter der militäriſchen Linie der interalliierten Truppen vorrücken zu laſſen. Das ſei aus politiſchen Gründen aber nicht gut möglich. Der zweite Weg beſtände in der Schaffung einer ſtarken zentralen Polizeigewalt, deren Einrichtung der I.K. obliege. General Henneker ſagte mir ſchließlich auch zu, daß der Selbſtſchutz zum Gegenangriff ſchreiten könne, wenn der Pole erneut Ratibor angreife, bat aber, über alle meine Maßnahmen rechtzeitig vorher unterrichtet zu werden.

Ich verſtändigte ſofort General von Hülſen über das Zugeſtändnis betreffend Ratibor. Dieſer teilte mir mit, daß der Gegenangriff bei

weiterer Bedrohung Ratibors erſt am 13. früh ſtattfinden könne. Früherer Termin ſei leider nicht möglich, weil das Freikorps Oberland den ihm befohlenen Eiſenbahntransport nicht ausgeführt und erſt zu ſeiner Pflicht zurückgeführt werden mußte. Es ſollte nicht mehr zur Durchführung dieſes Gegenangriffs kommen. Nach meiner Rückkehr nach Oberglogau am Abend des 11. Juni erhielt ich folgende Nachricht: Gegen Mittag war eine Ententekommiſſion von Ratibor nach den Stellungen der Inſurgenten gefahren, um den angeordneten Rückzug zu kontrollieren. Das hinderte dieſe aber nicht, um 3 Uhr nachm. gegen die Ratiborer Vorſtadt Plania einen Handſtreich zu verſuchen. Im Kreuzfeuer der Abteilung von Hautcharmoy brach der Angriff zuſammen. Die Ortſchaft Zembowitz bei Gruppe Nord, die ſchon in den letzten Tagen das Ziel mehrerer gegneriſcher Angriffe geweſen war, war am 11. Juni nachmittags vom Bataillon Guttentag und Teilen des Bataillons Hindenburg angegriffen worden, um einen ſehr läſtigen, ganz modern ausgeſtatteten Panzerzug auszuſchalten. Im hin und her wogenden Kampfe hatte der Ort öfter den Beſitzer gewechſelt. Nachdem es aber einem Kommando des Bataillons Baer gelungen war, durch eine Bahnzerſtörung nördl. Miſchline den Panzerzug auszuſchalten, ſetzte ſich der Selbſtſchutz dauernd in Beſitz des von den Polen ſehr übel zugerichteten Zembowitz; das dortige Schloß war, wie ſchon erwähnt, von den Inſurgenten geſprengt worden.

Am 12. Juni räumten die Inſurgenten ihre ſämtlichen Stellungen nördl. Roſenberg; einige Scharmützel waren die letzten Kampfhandlungen in dem Abſchnitt der Gruppe Nord.

Am gleichen Tage vorm. ſandte ich in Verfolg der Vereinbarung ein Schreiben an General Henneker, in dem ich ihm mitteilte, daß infolge der fortdauernden Bedrohung von Ratibor zur Beruhigung und Sicherung der dortigen Bevölkerung Selbſtſchutzverbände im Raume bei Ratibor verſammelt worden ſeien. Sollten die Inſurgenten die Bedrohung von Ratibor fortſetzen, ſo werde ich die ungefähre Linie: Hohenbürgen—Dombitſch—Markowitz beſetzen laſſen [1]).

Am gleichen Vormittag erhielt ich von General Henneker folgendes Schreiben:

---

[1]) S. Anlage 9.

Überſetzung! Oppeln, den 12. 6. 1921.

An General Hoefer!

Auf Erſuchen von General Gratier überreiche ich hier eine Karte mit den Linien, bis zu welchen die Polen am 12. und 14. Juni ſich verpflichtet haben, zurückzugehen (have undertaken to retire), die blaue Linie zeigt den Rückzug für den 12. und die rote für den 14. General Gratier wünſcht, Sie zu erſuchen:

1. daß Sie auf die Polen während ihres Rückzuges keinen Angriff machen und,
2. daß Sie als Beweis Ihres verſöhnlichen Geiſtes und, wenn Sie wünſchen, die Aufgabe der Kommiſſion zu erleichtern, die Höhe des Annaberges am 15. räumen. Die Beſetzung dieſer Höhe bedeutet eine Bedrohung der Polen, ſo daß dieſe nicht zuſtimmen können, zurückzugehen, ſo lange dieſe Höhe durch Ihre Kräfte gehalten wird.

Ich wäre ſehr verbunden, wenn Sie mir durch Baron von Pleſſen ſobald wie möglich eine ſchriftliche Antwort zugehen laſſen würden.

Henneker,
Generalmajor und Befehlshaber der britiſchen Streitkräfte in Oberſchleſien.

Im Hinblick auf die Vorgänge und auf die Stimmung der Bevölkerung mußte ich den Vorſchlag ablehnen und erwiderte nachſtehendes:

O.L. Hoefer Oberglogau, den 12. Juni 1921.
Ia 217

An General Henneker!

Der mir heute durch Herrn von Pleſſen übermittelte Vorſchlag bedeutet für den Selbſtſchutz eine noch größere Zumutung als die bisherigen. Sachliche Gründe kann ich als vorliegend nicht anerkennen, denn eine Bedrohung der Polen vom Annaberge aus beſteht nicht mehr, ſobald die Inſurgenten ſich zurückziehen und der Selbſtſchutz, wie vereinbart, ſtehenbleibt. Ich perſönlich habe daher keine Veranlaſſung, meine auf die früheren Vorſchläge erteilte Antwort abzuändern.

Ich bin nach wie vor bereit, der I.K. zu helfen, wenn immer es ſich darum handelt, die Inſurgenten zur bedingungsloſen Kapitulation zu zwingen. Eine Vertreibung im Verhandlungswege, wie er trotz wiederholter gegenteiliger Zuſicherungen von ſeiten der I.K. z. Z. augenſcheinlich beſchritten wird, lehne ich ab. Im übrigen ſind z. Z. ſeitens der politiſchen Parteien Verhandlungen eingeleitet worden, die für dieſe vorwiegend politiſche Frage von maßgebender Bedeutung ſind, ſo daß ich vor endgültiger Stellungnahme das Ergebnis derſelben abwarten muß.

Hoefer,
Generalleutnant a. D. und Führer des Selbſtſchutzes Oberſchleſien.

Die politiſchen Vertreter waren der gleichen Anſicht.

Am Abend des 12. Juni erhielt ich von General Gratier die offizielle Mitteilung, daß „... die Polen gemäß Anweiſung der I.K. heute 12 Uhr mittags ihre Stellungen bei Ratibor zu räumen begonnen und um 3.30 Uhr nachmittags dieſe Räumung vollſtändig durchgeführt haben".

Für die vordere Linie traf dies zu, und der Kreis Ratibor war nach Feſtſtellung des Herrn von Pleſſen am Abend des 12. als geräumt anzuſehen. Ich gab dieſe Mitteilung Gratiers an die Gruppenſtelle Süd mit dem Zuſatz bekannt, daß ein Überſchreiten unſerer jetzigen Linie auf keinen Fall ſtattfinden dürfe. Der für den 13. Juni früh in Ausſicht genommene Vorſtoß konnte und durfte nun natürlich nicht mehr zur Ausführung kommen — es war ja auch kein Gegner mehr da.

Damit war jetzt auch bei Gruppe Süd die Kampftätigkeit abgeſchloſſen, denn nirgends beſtand mehr Gefechtsberührung. In den geräumten Orten ohne Ententebeſatzungen trieben vielfach Banden als „Gemeindewachen" oder als „polniſche Gendarmerie" ihr Unweſen.

Unſere ſtändige Einwirkung hatte die I.K. nun doch endlich dahin gebracht, ihren den Inſurgenten erteilten Weiſungen den erforderlichen Nachdruck zu geben. Die an den Selbſtſchutz geſtellte Forderung, das Gebiet rechts der Oder bei Ratibor zu räumen, hatte die I.K. ebenſo fallen laſſen, wie vorher die Forderungen ihres Ultimatums vom 4. Juni. Nun ging es um die im Schreiben vom 12. geſtellte Forderung der I.K., durch Räumung des „bedrohlichen" Annaberges die Zuſtimmung der Inſurgenten zum weiteren Zurückgehen zu erlangen. Am 13. Juni nachm. wurde der Zwölferausſchuß von General

Le Rond im Beiſein des engliſchen Vertreters Sir Harald Stuart und des italieniſchen Vertreters General de Marinis empfangen. Sprecher der Deutſchen war Pfarrer Ulitzka. Die Kommiſſare ſtellten — ebenſo wie General Gratier am 12. — die Forderung, daß der Selbſtſchutz den Brückenkopf des Annaberges räumen ſolle. Die Inſurgenten werden zunächſt bis zum 14. in eine näher bezeichnete Linie zurückgehen. Als Grund für die Forderung der Räumung des Annaberges gab General Le Rond jetzt aber nicht eine Vereinbarung mit den Inſurgenten oder deren Bedrohung an, vielmehr ſollte dieſe Räumung eine „Sühne“ für den angeblichen „Ungehorſam“ des Selbſtſchutzes beim Annabergangriff darſtellen, und es ſollte durch dieſe Räumung vor aller Welt das Preſtige der I.K. wiederhergeſtellt werden.

Pfarrer Ulitzka lehnte in einer mehrſtündigen Verhandlung, die nicht frei von Schärfen und dramatiſchen Momenten war, in würdiger Weiſe die Forderung ab. Er betonte beſonders, daß es Aufgabe der I.K. ſei, jetzt endlich gegen die Inſurgenten vorzugehen, nicht aber gegen den Selbſtſchutz, der ſich mit Beendigung des Aufſtandes von ſelbſt auflöſen werde. Die Bevölkerung könne ſich den von ihr ſelbſt geſchaffenen Schutz nicht nehmen laſſen, bevor ſie durch Taten der I.K. eine Gewähr für ihre volle Sicherheit erhalten habe.

Im Anſchluß an dieſe Beſprechung mit der I.K. berieten der Zwölferausſchuß, Legationsrat von Moltke und ich die Lage. Einmütig billigten ſämtliche Herren die ablehnende Haltung des Pfarrers Ulitzka. Es war klar, daß die Räumung des Annaberges eine Forderung Korfantys war, auf die er aus den bekannten Gründen ganz beſonderen Wert legte; denn eine militäriſche Rückſicht ſtand hier nicht in Frage. Mit dem „Ungehorſam“ des Selbſtſchutzes beim Annabergſturm war wohl die vorherige Falſchmeldung an die Zentrale gemeint, die der I.K. ſicher zur Kenntnis gekommen war; ſiehe hierüber Seite 168. Da die I.K. ihre ſchroffen Forderungen ſchon zweimal hatte fallen laſſen, hielt ich nach dem Gange meiner Verhandlungen mit General Henneker und dem italieniſchen Oberſt Salvioni ein ſchließliches Nachgeben der I.K. auch in der Annabergfrage für erreichbar und war dafür, ſolange, wie ohne Nachteil möglich, abzulehnen. Ich ließ aber keinen Zweifel darüber, daß eine militäriſche Aktion des Selbſtſchutzes jetzt ſo gut wie ausgeſchloſſen ſei, daß bei Feſtbleiben der I.K. und unſerer dauernden Weigerung zwangsweiſe Entwaffnung des Selbſtſchutzes die Folge ſein werde, und daß ich bereit ſei, zurückzutreten,

wenn etwa meine Perſon irgendwie ein Hindernis für eine den deutſch-oberſchleſiſchen Intereſſen vorteilhafte Löſung bilden ſollte.

Es wurde eine Erklärung feſtgelegt, welche der Zwölferausſchuß — Sprecher wieder Pfarrer Ulitzka — den Vertretern der J.K. bei einer zweiten von 10 bis 11 Uhr abends dauernden Beſprechung vorlas und ſchriftlich übergab. Sie lautete:

„Der deutſche Selbſtſchutz iſt bereit, die alliierten Truppen bei der Säuberung Oberſchleſiens von den Inſurgenten in jeder Weiſe zu unterſtützen. In einer Räumung des Annaberges vermögen wir keine Unterſtützung und Förderung dieſer Säuberungsaktion zu erblicken. Da die Forderung der Räumung des Annaberges nach der Erklärung des Generals Le Rond auch keine von den Inſurgenten geſtellte Bedingung iſt und der Herr General erneut überhaupt jedes Paktieren mit den Inſurgenten weit von ſich weiſt, kann auch nicht der Einwand erhoben werden, die Säuberungsaktion werde durch das Verbleiben des Annaberges in der Hand des Selbſtſchutzes erſchwert. Die am 21. Mai erfolgte Befreiung der Ortſchaften des Annaberges aus der Gewalt der Inſurgenten war weder ein Unrecht noch ein Akt des Ungehorſams, ſo daß ſeine Räumung auch nicht als ‚Sühne' verlangt werden kann. Wir ſehen uns daher gezwungen, die Räumung des Annaberges abzulehnen, wie wir in der Schaffung der Linien und Zonen keinerlei Gewähr für eine wirkſame Säuberung unſerer Heimat erblicken.

Wenn verſucht werden ſollte aus unſerer Ablehnung eine Verantwortlichkeit dafür herzuleiten, daß die Befreiung Oberſchleſiens verhindert oder verzögert wird, ſo müſſen wir einen ſolchen Verſuch auf das entſchiedenſte zurückweiſen. Die Verantwortung für den Aufſtand und alle ſeine Folgen trifft in erſter Linie jene, die ihn hervorgerufen haben und weiterführen, dann aber auch jene, die die Pflicht und die Macht hatten, ihn niederzuſchlagen. Darauf harrt ſeit ſechs Wochen die oberſchleſiſche Bevölkerung, deren einziger Halt und einzige Hoffnung in dieſer qualvollen Zeit der deutſche Selbſtſchutz geweſen iſt. Wir bitten zu bedenken, daß der Selbſtſchutz in den ſchweren Wochen der Machtloſigkeit der J.K. in aufopferndſter Weiſe die Aufgabe erfüllt hat, die zu bewältigen die J.K. nicht in der Lage war. Unſerer Verantwortung gegenüber dem oberſchleſiſchen Volke voll bewußt, erklären wir feierlichſt, daß der deutſche Selbſtſchutz

an dem Tage aufgelöſt werden wird, an welchemm der letzte bewaffnete Inſurgent unſere oberſchleſiſche Heimatt verlaſſen hat und der Aufſtand wirklich niedergeſchlagen iſt."

Bei dieſer zweiten Unterredung ergab ſich, daß die Annabergräumung offenbar doch eine Forderung der Inſurgentden an die J.K. war. Die drei Vertreter der J.K. verſuchten eindringlichſtſt den Deutſchen ihr Zugeſtändnis abzuringen. Dieſe blieben aber auf der Ablehnung beſtehen. Die Kommiſſare wollten nun die Verantwoortung für die Verzögerung der Säuberungsaktion den Deutſchen aaufbürden, was dieſe ebenfalls ſcharf und würdig zurückwieſen. Damit endeten die Verhandlungen des Zwölferausſchuſſes mit der J.K.,., die von ihm nicht gut fortgeſetzt werden konnten, da er ſich feſtgeldegt hatte. Die Erregung auf beiden Seiten war groß. Die Kommiſſaure ärgerten ſich über die Einmengung der politiſchen Vertreter und fühlten ſich in ihrem Stolz getroffen. Es mußte ſich bald zeigen, ob die J.K. wiederum nachgeben werde oder nicht. Tat ſie es nicht, waren wirr in übler Lage, da Gewaltmaßnahmen von uns ausgeſchloſſen, von ihhrer Seite aber wahrſcheinlich waren. Meine Aufgabe war es nun, den Faden mit General Henneker in Verhandlungen von Soldat zu Soldat wieder aufzunehmen und den Fragenkomplex aus der Sphäre erregter Reden und Gegenreden in eine ruhigere Unterhaltung hiinüberzuführen, damit die Erörterung tatſächlich gefördert würde. Ich war mir klar und brachte dies auch den politiſchen Führern zum Ausdruck wie folgt:

daß dauerndes ſtarres Beharren auf unſerer Weigerung bei Unnachgiebigkeit der J.K. unſer Hauptziel ſchäddigen und dem Selbſtſchutz die Waffen koſten würde. Auch erkläärte ich, daß ich zwar bei meinen Verhandlungen mit General Heenneker unſeren jetzigen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, mich aber, wenn ich mich von der Unerfüllbarkeit überzeugen ſollte, darcauf beſchränken werde, das erreichbar Mögliche durchzuſetzen. Ein ſolches Verfahren wäre uns durch die Lage Deutſchlands vorgezeichnet. Einen völligen Bruch mit der J.K. würde ich, da er den Intereſſen der deutſchen Sache nicht dienen würde, zu vermeiden ſuchen. Ein ſolcher Konflikt würde den Franzoſen nur die Gelegenheit geben, die Sache der Polen zu fördern.

Die Frage des Schutzes der Bevölkerung in den von den Inſurgenten geräumten Gebieten bildete den Gegenſtand ſchriftlicher und mündlicher Erörterungen zwiſchen General Hennekerr und meinem Stabe.

Beläſtigungen franzöſiſcher Offiziere durch Selbſtſchutzangehörige kamen leider trotz aller Befehle und Warnungen immer wieder vor und erſchwerten die Lage.

Am 14. Juni nachmittags hatte ich eine Beſprechung mit General Henneker im Schloß Halbendorf folgenden Inhalts:

Er fragte mich unter Bezugnahme auf die Aktion des Zwölferausſchuſſes, welche Rechte und Befugniſſe ich eigentlich hätte. Er ſelber habe geſtern in der J.K. darauf hingewieſen, daß ich kein freier Agent ſei. Der Zwölferausſchuß hätte jedoch der J.K. geſagt, daß ich ſelbſtändiger Führer ſei und an der Spitze des Ganzen ſtehe, ich hätte das letzte Wort zu ſprechen, und der Ausſchuß würde ſich meinen Weiſungen anpaſſen. Ich erwiderte aufklärend, daß ich vom oberſchleſiſchen Volk und ſeinem Selbſtſchutz als deſſen Führer erwählt ſei und daher möglichſt in Übereinſtimmung mit der Vertretung des oberſchleſiſchen Volkes handeln müſſe. Nach Mitteilung des Pfarrers Ulitzka hätte er der J.K. nicht obige, ſondern folgende Erklärung angegeben: „Der politiſche Ausſchuß und die militäriſche Leitung des Volksaufgebotes beraten miteinander und ſind voneinander abhängig. Nur in rein militäriſchen Fragen entſcheide General Hoefer ſelbſtändig.“ Es läge wohl ein Mißverſtändnis durch die mehrfachen Verdolmetſchungen vor. Im Anſchluß hieran wurde die Rückzugsforderung verhandelt, wobei ich u. a. folgendes ausführte: Es handele ſich bei der Weigerung eines beiderſeitigen Rückzuges Zug um Zug nicht um eine militariſtiſche Starrköpfigkeit, ſondern ſolche Forderung verletze den point d'honneur des oberſchleſiſchen Volkes. Das Volk verlange einen ſtarken Strich zwiſchen ſeinem Selbſtſchutz und den zum großen Teil landfremden Aufrührern. Es ſei empört, daß er dieſen gleichgeſtellt werden ſolle, und verlange als äußerſte Grenze, daß ſein Selbſtſchutz wenigſtens ſtehenbleibe. Ich teile, wie ſchon früher erwähnt, dieſen Standpunkt und halte ein Zurückgehen in ähnlicher Art wie die Aufrührer für ungerecht und daher für verwerflich. Die Erregung im Volk und im Selbſtſchutz ſei z. B. ſehr groß, und es können dadurch unüberſehbare Verhältniſſe eintreten. Die Greueltaten im inſurgierten Gebiet dauerten ſchon viele Wochen lang; die für die Ordnung im Lande verantwortliche J.K. habe aber bisher nichts getan, keine Energie und Tatkraft gegen die Rebellen gezeigt und den Selbſtſchutz am Vorgehen gehindert. Es gebe eine Grenze für die Geduld

und Selbstdisziplin, wenn man so brutal behandedelt werde. Und jetzt wolle die J.K. den Selbstschutz auf gleiche e Stufe mit den Insurgenten stellen und ihn zwingen, gleich ihnenen zurückzugehen. Die Empörung der Bevölkerung werde wahrhrscheinlich solche Führung durch mich ablehnen und mir nicht mehehr folgen. Das oberschlesische Volk wisse, daß, wenn den Insurgentnten ihre Waffen belassen würden, vor ihm ein vierter Aufstand l liege, spätestens sobald die interalliierten Truppen herausgezogegen wären, und daß dieser Aufstand noch viel schlimmer werdenn müsse, als die vorhergegangenen, deshalb sei es so verzweifelelt. Die jetzige Energielosigkeit beschwöre für später neues undnd viel größeres Blutvergießen herauf. General Henneker wies i darauf hin, daß doch ein Unterschied gemacht werde zwischen d dem Selbstschutz und den Insurgenten. Ersterem sei nicht gedrorohht worden mit Angriffen, falls das besetzt gehaltene Gebiet nnicht aufgegeben werde, auch über das Einsammeln von Waffen dides Selbstschutzes sei bisher nichts befohlen worden. Aber wenn dioie Befreiung auf friedlichem Wege erfolgen solle, sei ein gewississes Zurückgehen des Selbstschutzes notwendig. Er glaube, daß meiein Einfluß groß genug sei, das Volk und den Selbstschutz so zu beoeruhigen, daß sie nachgeben werden. Wenn ich bestrebt sei, das Volk zusammenzuhalten, werde mir dies sicher gelingen. Tatsächlhlich sei doch auch schon erreicht, daß der Pole zurückgehe; ein Vorrücken des Selbstschutzes werde sehr verhängnisvolle Folgen habben. Der Pole würde auch sicher alles zerstören. Die Herren hätten gestern scheinbar angenommen, daß die Lage für Oberschlesien jetzt entscheidend sei, das sei aber nicht der Fall, es sei nur eine vorübergehende Situation; Enndgültiges beschlösse der Oberste Rat. Dann fragte er mimich, wie ich mich zur Frage der Räumung des Annaberges stellenn würde, und ob ich ihn den Engländern geben wolle, wenn sie für ihn garantierten; die Räumung des Annaberges werde große VVorteile mit sich bringen. Ich erwiderte, daß es sich doch ganz offenbar um eine strikte Forderung Korfantys handele, der erkläräre, er gehe nur zurück, wenn die Deutschen den Annaberg räumen und auch zurückgehen. Das sei es, was die Bevölkerung so demütige und ihre Erregung entfache. Das oberschlesische Volk werde gerade die Räumung des Annaberges als eine schmachvolle Ohrfeige empfinden, und es sei möglich, daß der Selbstschutz mir aus der

Hand komme. Ich vertraue Herrn General Henneker und ſeiner Garantie vollkommen und hätte natürlich nichts dagegen, wenn Engländer auf den Annaberg kommen. Ich bitte nur um Einverſtändnis, daß, wenn auch ein noch ſo geringer Teil des Selbſtſchutzes oben bleiben dürfe, und ich ſei überzeugt, daß Engländer und Selbſtſchutz ſich gut vertragen würden. Ich hätte auf das freiwillige Aufgebot des Selbſtſchutzes nicht eine ſolche Macht, wie Herr General Henneker auf ſeine regulären Truppen. Ich würde der Annaberggruppe nicht befehlen, zurückzugehen, ſie möge aus ſich heraus entſcheiden, ob ſie weichen wolle. General Henneker erklärte, daß er eine ſolche Antwort erwartet habe, aber er bitte, dieſe Frage doch noch einmal eingehend zu prüfen und zu beſprechen. Er fragte, ob ich mit einer Reduktion des Selbſtſchutzes um den Annaberg herum einverſtanden ſein würde, wenn der Annaberg ſelbſt in der Hand des Selbſtſchutzes bliebe. Gemeinſame Beſetzung von Selbſtſchutz und interalliierten Truppen komme nicht in Frage. (Ich hatte die Erfüllung dieſer meiner obigen Bitte freilich auch nicht ernſtlich erwartet.) Ich erklärte, daß das durch die unſäglichen Leiden erregte Volk die Aufgabe von Gelände, das unter ſchweren Blutopfern zurückgewonnen ſei, als Kuhhandelskonzeſſion für Korfanty anſehe. Durch das mir aufgezwungene bisherige ſtändige Nachgeben ſei mir auch nur ein geringer Einfluß geblieben. Dieſer Einfluß werde ganz ſchwinden, wenn ich nun auch Korfantys Forderung, zurückzugehen, entſpräche. Eine weſentliche Verminderung des Selbſtſchutzes um den Annaberg herum und an anderen Fronten ſei bereits erfolgt und noch im Gange. Wenn die Inſurgenten wirklich ernſtlich zurückgingen, würde ich ſelbſtverſtändlich eine andere Gruppierung meiner Detachements anordnen; aber, wie ich gehört, hätten ja die Inſurgenten ihren Rückzug angehalten. Ohne auf meine letzte Bemerkung einzugehen, fragte mich General Henneker, ob das oberſchleſiſche Volk es wohl ertragen werde, wenn ſein Land ſeitens der Inſurgenten zu einer Wüſte gemacht werde, was dieſe ſicher tun würden, und wies auf die bekannten Geſichtspunkte der I.K. hin. Es handele ſich bei dem Erſuchen um Überlaſſung von Ortſchaften um notwendige Dislokationen ſeiner Truppen; er werde dieſe ſo auf einzelne Punkte verteilen, daß ein Vorgehen der Polen unmöglich gemacht oder aber wenigſtens eingeſchränkt werde. Ich erwiderte, daß ich mich unter dieſen

Umſtänden auf einzelne Ortſchaften, die ich in ſeine gute Obhut gäbe, keineswegs verſteife. Dies habe ich ja auch bereits am 2. Juni zum Ausdruck gebracht. General Hennekeer legte großen Wert darauf, daß ich ihm die Zuſicherung über Aufgabe dieſer Frontſtellen gebe, damit er der J.K. gegenüber etwas in der Hand habe. Ich erklärte, daß ich ſie gebe, aber bitte, daß er ſich für die Beſitzerhaltung des Annaberges für den Selbſtſchutz einſetze. General Henneker konnte hierfür eine beſtimmte Zuſicherung nicht geben, da er ja nicht wiſſe, was die Zukunft bringen werde. Ich ſagte, daß ich die heute erörterten Fragen mit den politiſchen Vertretern beſprechen und ihm morgen Antwort geben werde. Eine zonenweiſe Räumung — alſo eine Gleichſtellung des Selbſtſchutzes mit den Inſurgenten — lehne ich unter allen Umſtänden ab, und den Annaberg ſolle er mir doch ja laſſen!

Ich hatte etwas aufgetragen, um doch vielleicht den Druck gegen Korfanty zu erhöhen, völlige Unnachgiebigkeit ſchien mir nicht verſtändig.

Anſchließend hatte ich in Oppeln eine Beſprechung mit dem deutſchen Bevollmächtigten, Graf Praſchma, Legationsrat von Moltke und Pfarrer Ulitzka. Ich erklärte ihnen,

daß ich die vorſpringende Naſe bei Slawentzitz für engliſche und italieniſche Truppen anbieten werde, wogegen kein Einſpruch erhoben wurde. Militäriſche Bedenken gegen dieſe Freigabe beſtänden nicht, offenſive Möglichkeiten wären dort ganz ausgeſchloſſen, da Franzoſen das Vorgelände beſetzt hielten. Der Schutz der Einwohner ſei durch Belegung mit Engländern und Italienern geſichert. Es handele ſich dabei zumeiſt um Gelände, das ich ſchon am 2. Juni den Engländern zu übergeben gewillt war. Der Grundſatz, nicht in zonenweiſem Abbau zurückzugehen, werde nicht durchbrochen, da es ſich nur um eine geringfügige einmalige Geländeaufgabe handele. Andererſeits zeige die Freigabe, daß die Deutſchen doch nicht ſo halsſtarrig ſeien, wie ſie nach den letzten Ereigniſſen von den Franzoſen dargeſtellt würden. General Le Rond ſcheint zu Nutz und Frommen der Polen die Politik des Geſchehenlaſſens und Hinausziehens zu verfolgen, die wir bei Unnachgiebigkeit nur fördern würden.

Die Herren wollten unſer Entgegenkommen für die Förderung der vom Zwölferausſchuß der J.K. am 11. Juni geſtellten Bedingungen ausnutzen, und es wurde beſchloſſen, daß Pfarrer Ulitzka nicht die J.K.,

sondern nur den englischen Kommissar Sir Harald Stuart aufsuche, um unter Mitteilung unseres Entgegenkommens in erneute Verhandlungen über die Durchführung der der J.K. eingereichten Bedingungen einzutreten. Bindende Garantien hierüber sollten verlangt und bei ihrer Erfüllung innerer Abbau des Selbstschutzes derart vorgeschlagen werden, daß er in dem Zeitpunkt der völligen Säuberung des Landes auch völlig aufgelöst sei.

Die eingehenden Besprechungen Pfarrer Ulitzkas mit Sir Harald Stuart verliefen konziliant, führten aber zu keinem sichtbaren Ergebnis.

Am 15. Juni hatte ich eine Zusammenkunft mit General Henneker in Halbendorf, bei der ich mitteilte:

daß das Verlangen der Räumung des Annaberges allgemein als eine Demütigung empfunden werde, die wir doch wahrlich nicht verdient hätten, und es werde auf das schmerzlichste empfunden, daß es sich hierbei um ein Verhandlungsobjekt Korfanty gegenüber handle. Das oberschlesische Volk könne es nicht verstehen, daß es Forderungen der Aufrührer nachgeben solle. Je weiter die Insurgenten zurückgingen, je mehr wollten wir den Selbstschutz abbauen, und zwar so, daß der Selbstschutz an dem Tage aufgelöst sei, wenn der letzte Rebell Oberschlesien verlassen habe und damit der Aufstand völlig beendet sei. Diesen Zeitpunkt erachteten die Deutschen als gekommen, wenn die Erfüllung der Bedingungen garantiert sei, welche die politischen Führer der J.K. am 11. Juni vorgebracht haben. General Henneker sagte, das sei es, was sie wünschten, d. h., daß beide Parteien Oberschlesien räumen. Es handle sich um Wünsche der J.K.; Korfanty sei bedeutet worden, daß er Oberschlesien in friedlicher Weise zu räumen habe. Die J.K. glaube, einen stärkeren Druck auf Korfanty ausüben zu können, wenn ich ihr auch entgegen käme. Auf meinen Einwurf, daß hierzu doch keine territorialen Konzessionen nötig seien, erwiderte er, daß das der einzige Weg sei, um vor aller Welt den sichtbaren Beweis zu geben, daß die J.K. auch gegenüber dem Selbstschutz, der sich ihr doch zur Verfügung gestellt habe, eine gewisse Autorität besitze; um Erfüllung einer Forderung Korfantys handle es sich nicht. Der vorgeschlagene innere Abbau des Selbstschutzes trete nach außen hin zu wenig in Erscheinung. Er persönlich werde meinen Worten selbstverständlich glauben, aber unsere Gegner nicht. Auch seine eigene Stellung der J.K. gegenüber sei erschwert, wenn er immer mit leeren Händen erscheine

und erklären müsse, daß ich in keiner Weise entgegenkommen wolle, z. B. wenn es sich um die Besetzung von Leschnitz und Gegend durch englische oder italienische Truppen handle. Die Säuberungsaktion der I.K. werde nach solchem Entgegenkommen mit um so größeren Nachdruck durchgeführt werden können. Ich erwiderte, soweit es für den Aufmarsch der interalliierten Truppen notwendig sei, hätte ich gegen eine Ablösung in einzelnen Ortschaften, wenn der Schutz der deutschen Bevölkerung gesichert sei, nichts einzuwenden, bäte aber, im Hinblick auf die Erbitterung der Bevölkerung keine französischen Truppen hineinzulegen. General Henneker sagte letzteres bestimmt zu, und es wurde vereinbart, das Gelände östlich der Linie: Waldstück 1,3 km nordwestlich Dollna—Annahof—Westrand Lichinia—Ostrand Lenkau—Westrand Lenartowitz den Engländern zur Erleichterung ihres Aufmarsches für die Säuberungsaktion zu überlassen, und es wurde ausdrücklich festgestellt, daß diese Geländeüberlassung keineswegs ein Entgegenkommen gegen Forderungen der Insurgenten darstelle.

Ich orientierte die politische Führung und gab der Gruppe Süd entsprechende Weisung. Die Ablösung in dem vorerwähnten Raum erfolgte am 17. Juni ohne jeden Zwischenfall. General Henneker war offenbar auch gar nicht einverstanden mit der Rolle, die ihm und seinen schwachen Truppen zugedacht war. Aber er war abhängig von dem Willen der I.K., in welcher die drei Franzosen: Le Rond (Präsident), Gratier (Oberbefehlshaber sämtlicher interalliierter Truppen), Caput (Haupt der militärischen Abteilung der I.K.) die tatsächliche Gewalt in Händen hatten.

Ein Artikel des englischen Blattes „Manchester Guardian" vom 15. Juni schildert die Lage ziemlich treffend:

„Nicht die deutsche Verteidigungsgruppe, sondern die Franzosen bilden das Haupthindernis für eine befriedigende Ordnung. Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind, soweit sie im jetzigen Zustand ganz offen ihre Sympathie aussprechen, sind auch für seine Fortsetzung verantwortlich, da sie alles tun, was in ihren Kräften steht, um jede Aktion, die den Aufruhr beendigen könnte, zu verschieben oder abzubrechen. Auch ein ganzes britisches Armeekorps würde daran nichts ändern, denn unter dem Triumvirat Le Rond, Gratier, Caput hätten die Truppen der Engländer zwar den Anschein erwecken dürfen, als ob sie wirklich etwas leisteten, aber sie werden doch nur angewendet werden,

wo die Franzoſen ſie unterzubringen wünſchen, d. h. wo ſie Korfanty am wenigſtens ſtören."

Die Entrüſtung der öffentlichen Meinung in England und auch in Italien hatte die Franzoſen gezwungen, wenigſtens öffentlich von den Inſurgenten abzurücken.

Mit Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes hatte ich mehrfach zufriedenſtellende Verhandlungen. Sie bewirkten eifrig und erfolgreich den Austauſch der Gefangenen, die von den Inſurgenten in den Lagern bei Neu-Berun und Lublinitz menſchenunwürdig behandelt wurden. Auch der Befreiung der von den Inſurgenten feſtgeſetzten Geiſeln und der Kranken- und Verwundetenpflege widmen ſie ihr Augenmerk.

Nach Abſchluß der Kämpfe war der Dienſt nicht mehr anſtrengend und nicht mehr gefährlich. Die Langeweile, dieſer ſchlimme Feind des Menſchen, bot für manche Angehörige des Selbſtſchutzes den Nährboden für Front- und Etappenklatſch, für großſprecheriſche Reden über beabſichtigte oder erdichtete Taten, durch die ſie ihrem forſchen Patriotismus Ausdruck verleihen und ſich als Vaterlandsretter aufſpielen wollten. Ihre Prahlereien wurden von der aufgeregten Bevölkerung eifrig erörtert und vergrößert weitergetragen.

Am 16. Juni übermittelte mir die Zentrale zu meiner Orientierung die in den Anlagen 13 und 14 enthaltenen Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 15. Juni über Unterredungen des deutſchen Miniſters des Auswärtigen Dr. Roſen, die ich hier gekürzt wiedergebe:

1. Mit dem franzöſiſchen Botſchafter in Berlin Laurent, der energiſche Vorſtellungen wegen meiner Weigerung betr. die Annabergräumung erhoben und mir die Schuld an der Verzögerung der Säuberungsaktion zuſchieben wollte; die deutſche Regierung ſolle auf mich einwirken.
2. Mit dem Stellvertreter des engliſchen Botſchafters, Lord Kilmarnock, der in konzilianterer Form auf die Gefahr meiner Weigerung hinwies. Er teilte u. a. aber auch ein Telegramm aus Oberſchleſien mit, wonach die Einigung zwiſchen den Generalen Henneker und Hoefer recht befriedigend ſei. Henneker bezeichnete den Hoeferſchen Standpunkt als durchaus vernünftig (quite reasonable), er legte auch Wert darauf, der Zeitungsnachricht entgegenzutreten, der zufolge die Säuberungsaktion aufgegeben ſei.

Die ſofort erteilte Antwort des Miniſters Dr. Roſen auf dieſe beiden Vorſtellungen war würdig und feſtſt.

3. Eine mündliche Mitteilung nach Beendigung der Beratungen des Reichskabinetts über die beiden Vorſtelluungen an den franzöſiſchen Botſchafter folgenden Inhalts:

„Die deutſche Regierung nimmt Akt von Ihren geſtrigen Mitteilungen und erkennt an, daß die Regierung in Oberſchleſien de jure die I.K. iſt. Sie macht jedoch darauf aufmerkſam, daß die I.K. ſeit ſechs Wochen de facto die Regierungsgewalt in einem großen Teile Oberſchleſiens nicht ausgeübt hat, und daß dadurch die deutſchen Bewohner dieſes Landes den Untaten der Inſurgenten — Brand, Mord, Verſchleppung, Plünderung — ſchutzlos preisgegeben worden ſind, ein Zuſtand, der noch jetzt fortdauert und nach Anſicht der deutſchen Regierung ſolange fortdauern wird, bis nicht die interalliierten Truppen energiſch gegen die Inſurgenten einſchreiten und das Land von ihnen ſäubern. Die Selbſtſchutzorganiſationen unter General Hoefer haben einige Diſtrikte vor dem Los der übrigen bewahrt. Es iſt der deutſchen Regierung gelungen, auf General Hoefer dahin einzuwirken, daß er ſeine Truppen von Offenſivmaßnahmen zurückhält. Die deutſche Regierung, welche keine Befehlsgewalt über General Hoefer ausübt, kann jedoch nicht an dieſen das Anſinnen ſtellen, deutſche Ortſchaften zu räumen und ſie vor den Augen ſeiner Truppen durch polniſche Banden zerſtören und die Bewohner umbringen oder mißhandeln zu laſſen. Im übrigen ſcheinen die gegen General Hoefer erhobenen Klagen nicht mehr der Lage zu entſprechen, da nach deutſchen und engliſchen Nachrichten eine Verſtändigung zwiſchen dieſem und einem der interalliierten Befehlshaber bereits erfolgt iſt.

Die deutſche Regierung, welche ſo viele mit den größten Opfern verbundene Beweiſe ihres guten Willens und ihrer Geduld gegeben hat, würde ſich nach unſerer Auffaſſung nicht halten können, wenn entgegen dem Ergebnis der Abſtimmung eine für Deutſchland unannehmbare Löſung der oberſchleſiſchen Frage erfolgte, oder wenn dieſe Löſung weiter hinausgeſchoben werden würde."

Zu vorſtehenden Ausführungen der Reichsregierung iſt zu ſagen, daß die mir erteilte Direktive natürlich Richtſchnur meines Handelns

war, daß ich aber meine Maßnahmen unter eigener Verantwortung getroffen habe.

Am 16. Juni hatte, wie ich aus Zeitungen erſah, die deutſche Regierung eine Beſchwerdenote nach Paris, London und Rom abgeſandt, in welcher ſie in vorſtehendem Sinne die unerträgliche Lage in Oberſchleſien plaſtiſch ſchilderte und erneut verlangte, dieſe Provinz von den Inſurgenten zu ſäubern. (Den Wortlaut dieſer Beſchwerdenote habe ich nicht erlangen können.)

Am Abend desſelben Tages überſandte mir General Henneker Abſchrift nachſtehenden Beſchluſſes der J.K.:

„Wenn eine der beiden Parteien treubrüchig wird, indem ſie in irgendeinem Stadium ſich weigert, ihren Verpflichtungen gemäß zurückzugehen, ſo wird die Kommiſſion der anderen Partei geſtatten, in die Stellungen wieder zurückzugehen, die ſie in dem Augenblick, bevor der Treubruch erfolgte, hielt."

Am 17. Juni ging keinerlei weitere Mitteilung oder Forderung der J.K. ein. Unmittelbare Gefechtsberührung mit den organiſierten Inſurgenten beſtand zwar an keiner Stelle der Front mehr, das befürchtete Bandenunweſen aber trat natürlich ſofort in Erſcheinung. Die Meldungen ergaben, daß die Inſurgenten ihren Rückzug allgemein eingeſtellt hatten und ſich in ihren jetzigen Stellungen zu neuem Widerſtand formierten. In unſerer linken Flanke bei Landsberg auf dem Gebiete der Republik Polen wurden ſtarke Truppenmaſſen verſammelt.

Bei einer Sitzung des Zwölferausſchuſſes am 17. Juni in Oppeln machte ſich die Enttäuſchung darüber, daß die Verhandlungen mit der J.K. über die Säuberung offenbar durch die Forderungen des Zwölferausſchuſſes vom 13. Juni ins Stocken geraten waren, ſtark fühlbar. Das Bedürfnis, ſie wieder aufzunehmen, wurde allgemein geäußert. Beſonders verſtärkt wurde dieſer Wunſch durch private Berichte, welche verſchiedene Mitglieder aus dem beſetzten Gebiet erhalten hatten und welche die Lage in düſteren Farben ſchilderten. Über den Verlauf dieſer Sitzung das Folgende:

Die Stimmung der Erörterungen ſchwankte hin und her zwiſchen bedingungsloſer Unterwerfung, dem Willen im paſſiven Widerſtande feſt zu bleiben und dem Wunſche offenſiven Vorgehens des Selbſtſchutzes, koſte es, was es wolle, falls dieſer mit Sicherheit in kürzeſter Zeit ſiegreich mindeſtens bis über Kattowitz vorſtoßen könne. Ich ſtellte im Laufe der Verhandlungen, wie ſchon häufig geſchehen, dar, daß eine große Offenſive des Selbſtſchutzes m. E.

den gewünschten militärischen Erfolg nicht bringen könne, vielmehr zur Vernichtung des Selbstschutzes führen, Oberschlesien schwer schädigen und mit großer Wahrscheinlichkeit den Einmarsch der Franzosen in das Reich von Westen her zur Folge haben würde. Aus diesen Gründen würde ich eine solche Offensive nicht durchführen. Immer greifbarer trete die französische Taktik vor Augen, die Säuberung des Landes im Interesse der Polen zu verzögern und die Schuld dafür dem Selbstschutz und dem Zwölferausschuß zuzuschieben, die nach den traurigen Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre trotz ausdrücklicher aber nicht erfüllter Versprechungen seitens der J.K. tatsächlich Garantien für Schutz deutschen Lebens und Eigentums und für die oberschlesische Zukunft zu fordern gewagt hätten. Ein auch noch so hartnäckiger passiver Widerstand sei nicht geeignet, die J.K. zu zwingen, unseren Forderungen nachzugeben, falls sie auf ihnen beharren wolle. Es würde dann die Leiden unserer Landsleute im insurgierten Gebiet verlängern, die Sache der Franzosen und Polen fördern, also das Gegenteil von dem erreichen, was wir beabsichtigen. Es erscheine mir daher erforderlich, daß von unserer Seitite ein Schritt unternommen werde, um über den toten Punkt hinwegzukommen. Da die J.K. weitere Verhandlungen mit dem Zwölferausschuß zu führen nicht gewillt zu sein scheine, bleibe wohl nur übrig, daß ich versuche, die Verhandlungen mit General Hennneker wieder aufzunehmen. Eine friedliche Lösung des Konfliktes mit der J.K. müsse m. E. gesucht und gefunden werden. Ohne daß wir hierbei einen sichtbaren Beweis unserer Mäßigung darlegen, werde freilich nicht viel zu erreichen sein; denn unser gutes Recht wiege wenig gegen das Recht des Stärkeren und letzteres sei in überwältigender Weise auf Seiten der Alliierten. Der J.K. sei nun einmal die Regierungsgewalt des Landes übertragen worden. Wenn erkennbar werde, daß die von uns gestellten Forderungen keine Aussicht hätten, bewilligt zu werden, dann müßten wir im Interesse der endlichen Befreiung unserer Landsleute entgegenkommen und einen der deutschen Sache schädlichen Bruch vermeiden. Es sei mir nicht leicht, dieses vorzuschlagen, doch erscheine es mir bei der bisher bewiesenen Unnachgiebigkeit der J.K. als der einzig vernünftige, wenn auch bittere Weg. Sollte die J.K. erneut die Aufgabe von Gebietsteilen, auch des Annaberges, der militärisch jetzt gar keine Bedeutung mehr habe, fordern, so be-

fürworte ich, nachzugeben, wenn Garantien für den Schutz der Bevölkerung geboten würden und wenn die Räumung nicht unter Gleichſtellung mit den Inſurgenten und nicht als eine von Korfanty geſtellte Bedingung erfolge. Träfen dieſe Vorausſetzungen zu, dann könnten wir unſere Forderung der völligen Säuberung des inſurgierten Gebietes, ehe der Selbſtſchutz zurückgeht, dahin ermäßigen, daß die J.K. den Inſurgenten unverzüglich befehle, einen weſentlichen Teil des Induſtriegebietes, wenigſtens bis hinter Gleiwitz oder Hindenburg, zu räumen. Sei dies erfüllt, dann würde der Selbſtſchutz eine völlige Umgruppierung nach rückwärts, alſo keine zonenweiſe Räumung Zug um Zug mit den Inſurgenten, vornehmen.

Ein beſtimmtes Ergebnis der langatmigen Erörterungen wurde nicht feſtgeſtellt, da nur ein Teil der Herren mir voll beiſtimmte, der andere Teil ſich aber die Frage noch näher überlegen wollte. Für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen durch mich ſtimmten aber alle. Nach dem ſcharfen Zuſammenſtoß, den der Zwölferausſchuß am 13. Juni mit der J.K. gehabt hatte, war für ihn ein Nachgeben naturgemäß nicht leicht. Dazu kam, daß einige Selbſtſchutzführer, auch obere, immer noch überall verbreiteten, der Selbſtſchutz könne mit Leichtigkeit ganz Oberſchleſien von Ratibor aus im Sturmflug von den Inſurgenten befreien, ich und der Zwölferausſchuß ſeien Schuld, daß dies nicht geſchehe. Meines Erachtens war dies ein völliges Verkennen unſerer ganzen Lage.

Der Zwölferausſchuß richtete am 17. Juni ein Telegramm an die Miniſterpräſidenten von England, Frankreich und Italien, das die wahren Zuſtände ſchilderte [1]). Gleichzeitig erfolgte eine energiſche amtliche Demarche der Regierung.

Es mag erlaubt ſein, folgendes einzuſchalten: der Selbſtſchutz hatte naturgemäß den Wunſch, ein ſichtbares Erinnerungsabzeichen an ſeine Tätigkeit in Oberſchleſien zu erhalten. Es wurde daher das ſchon ſeit 1919 beſtehende Schleſiſche Bewährungsabzeichen (Schleſiſcher Adler) I. und II. Stufe [2]) weiter verliehen, und, da manche Selbſtſchutzleute ſchon beide Stufen von früher her beſaßen, ein Eichenlaubkranz dazu geſtiftet. Übrigens hatten auch einige Formationen für ſich eigene Auszeichnungen geſchaffen. Ich war der Anſicht, daß es ſich weder bei

[1]) S. Anlage 15.
[2]) S. Seite 35.

dieſen noch bei jenen um Orden im Sinne des öffentlichen Rechtes handle, ſondern um Bewährungs- und Erinnerungsabzeichen.

Am 17. Juni erhielt ich ein Schreiben des Oberſt t von Schwartzkoppen, in dem er mir mitteilte, daß er die Leitung der ZZentrale niederlege, weil die am 15. d. M. getroffenen Abmachungenn im Gegenſatz zu ſeiner Auffaſſung der politiſchen Lage ſtänden, ſo ddaß er die ihm zufallende Verantwortung nicht weiter zu tragen vermöge. Dieſer ſein Entſchluß überraſchte mich an ſich nicht, weil ſeine e Vorkehrungen gegen den dritten Aufſtand und ſeine Maßnahmen iin deſſen erſter Zeit nicht erfolgreich geweſen waren. Die Verhältniſſſſe hatten allerdings ganz ungewöhnliche, kaum überwindbare Schwwierigkeiten geboten. Dann aber hatte er die Zentrale in unermüdlicher Arbeit mit großer Umſicht und Tatkraft zu einer bis auf die Waffen- uund Munitionsverſorgung gut funktionierenden Ergänzungsbehördee ausgeſtattet. Dafür brachte ich ihm den Dank des Selbſtſchutzes ; zum Ausdruck. Hinſichtlich Waffen und Munition war er natürlich ſtark abhängig. Letztere ſoll ſo wenig vorhanden geweſen ſein, daß ſiie auch für die Reichswehr nicht genügte. Als Stabschef hatte mir von Schwartzkoppen wertvolle Dienſte nicht leiſten können. Die räumliche Entfernung, die oft raſche Entſcheidung erheiſchenden Umſtände, ſeine Nichtbeteiligung an den Verhandlungen mit dem Zwölferausſchuſſz, mit General Henneker u. a. ließen mich eines älteren, erfahrenen Beraters entbehren. Mein Fehler war es, daß ich mich einem unklarren Verhältnis gefügt hatte. Wie von Schwartzkoppen aber gerade das Abkommen vom 15. Juni ſich für einen ſogenannten guten Abgang wählen konnte, war mir nicht verſtändlich, da er ſelbſt die Abgabe des fragtlichen Geländes an die Engländer am 2. Juni ſtark befürwortet hatte. Der Nachfolger von Schwartzkoppens war Oberſt a. D. Becker, den ich mir anfangs vergeblich als Chef erbeten hatte. Damals wurde mir geſagt, daß über ihn ſchon anderweit verfügt ſei. Mit ihm hatte ich in den nächſten Tagen mehrfach Beſprechungen in Oberglogau. Seine Aufgabe war es vor allem, neben der Führung der Zentrale in Breslau den ſchwierigen Abbau des Selbſtſchutzes, die Entlaſſung und den Abtransport der Freiwilligen, ſowie die Unterbringung der ſogenannten Arbeitskommandos gegen einen vierten Aufſtand zu leiten. Dies hat dieſer ſchon im Kriege als Chef des Landwehrkorps hochbewährte Offizier in vollkommenſter Weiſe ausgeführt.

Am 18. Juni vormittags richtete ich an Generaal Henneker ein Schreiben mit dem Zweck, eine Unterredung mit t ihm herbeizu-

führen [1]). Dieſes Schreiben kreuzte ſich mit einer Bitte General Hennekers um eine Unterredung mit mir. Die Zuſammenkunft fand noch am 18. abends in Groß-Strehlitz ſtatt, wohin inzwiſchen das engliſche Hauptquartier verlegt worden war. Der Verlauf der Unterredung war folgender:

Ich ſagte, daß ich die Unterredung nachgeſucht hätte, um die Säuberungsaktion zu fördern und über den toten Punkt, auf dem die bisherigen Verhandlungen angekommen ſeien, hinwegzukommen. General Henneker legte mir ein Schreiben des Generals Gratier an ihn vor [2]), das einen genauen Rückzugsplan für die Inſurgenten und den Selbſtſchutz enthielt. Er erläuterte mir ihn an Hand einer Karte mit Einzeichnungen und verſicherte mir ausdrücklich, daß das Fundament des ganzen Planes kein Arrangement mit den Inſurgenten ſei. Der Zweck und die Aufgabe der I.K. ſei, das Land zu ſäubern, bevor der Oberſte Rat ſeine Entſcheidung fällt. Es ſei natürlich beſſer, wenn dieſe Aktion ohne Blutvergießen und ohne Zerſtörungen erfolge. Er betonte noch beſonders, daß er nur übermittelndes Organ der I.K. ſei, und nicht nur General Gratier, ſondern die ganze interalliierte Regierungskommiſſion die Durchführung des Planes wünſche. Ich bemerkte hierzu, daß es ſich bei dem Plan der I.K. wieder um ein zonenweiſes Verfahren handele, das ich aus den wiederholt bekannt gegebenen Gründen leider ablehnen müſſe. Es ſei dies keine Starrköpfigkeit meinerſeits, ſondern pflichtmäßige Rückſichtnahme auf die Stimmung der Bevölkerung, die einen Hauptwert darauf legte, daß ihr Selbſtſchutz nicht Zug um Zug mit den Rebellen, alſo ihnen gleichgeſtellt, zurückgehe und daß vor dem Abbau des Selbſtſchutzes Schutz von Leben und Eigentum in den aufgegebenen Orten ſichergeſtellt werde. Eine Durchführung des Planes in ſeiner jetzigen Form würde ich ablehnen und dieſe einem anderen überlaſſen. Sei dagegen erſt ein weſentlicher Teil des inſurgierten Gebietes von den Rebellen geſäubert und dadurch erkennbar, daß ſie auf Befehl und nachhaltig zurückgingen und wir ihnen nicht gleich behandelt würden, dann würde ich meinerſeits den Selbſtſchutz nach rückwärts in zwei geſchloſſenen Gruppen verſammeln, ihn alſo vollſtändig umgruppieren. Für den Selbſtſchutz gäbe es ſo nur eine einzige

[1]) S. Anlage 18.
[2]) S. Anlage 19.

Phaſe der Rückwärtsbewegung und das gleichſtellenende zonenweiſe Zurückgehen käme für ihn in Fortfall. Wenn das ıs ganze Gebiet geſäubert ſei, würde ſich der Selbſtſchutz auflöſen u und das Land verlaſſen. In den Orten, die jeweils freigemacht würürden, müßten Ortswehren den Schutz der Bevölkerung übernehehmen und die Inſurgenten, welche nicht Oberſchleſier ſind, müßßten das Land ganz verlaſſen. Ich glaube, daß dieſer Plan großzzügiger ſei als der Zonenplan und daß er der Rechtslage wenigſtenens etwas mehr Rechnung trage. Er entſpräche auch dem von der I.K. erſtrebten Zweck und bringe durch die einmalige ausgiebiıge Rückwärtsbewegung des Selbſtſchutzes noch augenfälliger z zum Ausdruck, daß dieſer ſich dem Willen der I.K. füge und daß d dieſe wieder im Beſitz der Regierungsgewalt ſei. Ein ſolcher Kompıpromißvorſchlag falle mir natürlich nicht leicht, aber ich hoffe, daß ß ſo wenigſtens die Befreiung meiner unglücklichen Landsleute nnun endlich in Fluß kommen werde. Auf die mir angebotene : Kontrolle des Rückzuges der Inſurgenten verzichte ich, da ich dıdem, was Herr General mir darüber mitteilen würde, voll vertraume. Er erklärte, daß er meinen Vorſchlag der I.K. vorlegen werdrde. Ich ſtellte nach Beſprechung mit dem politiſchen Ausſchuß e eine ſchriftliche Formulierung meines Vorſchlages in Ausſicht. Geeneral Henneker ſagte noch, daß die I.K. ſich gegenwärtig mit der EEinrichtung von Ortswehren befaſſe.

Am 19. Juni nachmittags fand eine Sitzung des Zwöölferausſchuſſes ſtatt, die folgenden Verlauf nahm:

Es wurden zunächſt eine Anzahl Nachrichten bbekanntgegeben, welche ſich beſonders auf die Vorbereitungen deer Inſurgenten für einen vierten Aufſtand bezogen. Ich legte deen zonenweiſen Räumungsplan des Generals Gratier vor, der voon der großen Mehrheit beſonders auch deshalb abgelehnt wurdoe, weil er trotz aller gegenteiligen Verſicherungen eine entwürddigende Gleichſtellung des Selbſtſchutzes mit den Rebellen darſtelllte. Ich ſchlug das dem General Henneker angedeutete Verfahreen vor und erläuterte meine Gründe. Ebenſo ſchweren Herzenas, wie mir der Vorſchlag geworden, baten mich die Herren in ihrerr großen Mehrheit, ihn dem General Henneker offiziell zu übermitttteln. Es wurde aber erſucht, daß das erſte Rückzugsziel der Inſuurgenten weiter in das Induſtriegebiet vorgelegt werde, da Gleeiwitz nur den Eingang zum Induſtriegebiet bedeute, das mindeeſte ſei Hinden-

burg. Ohne von der Notwendigkeit dieſer letzteren Maßnahme überzeugt zu ſein, verſprach ich, mich für ſie einzuſetzen. Weitere Wünſche mußte ich ablehnen, da General Henneker wiederholt hervorgehoben hatte, daß er auf die Regierungsmaßnahmen der J.K. keinen Einfluß habe.

In Verfolg dieſer Unterredung richtete ich am 19. Juni abends ein eingehendes Schreiben an General Henneker [1]), deſſen weſentlicher Inhalt war:

Die zonenweiſe Räumung lehnte ich im Einvernehmen mit dem politiſchen Ausſchuß ab und erläuterte meinen Gegenvorſchlag auf einer beigefügten Karte. Danach ſollte der Selbſtſchutz, wenn die Inſurgenten eine beſtimmte Linie erreicht hatten, binnen 48 Stunden Aufſtellung in zwei Gruppen an der nordöſtlichen und der ſüdweſtlichen Grenze des Abſtimmungsgebietes einnehmen und alsdann ſeine Auflöſung nach Maßgabe des Fortſchreitens der Säuberungsaktion durchführen. Sicherung gefährdeter Orte durch zu verſtärkende Apo.

Am 20. Juni ſandten die deutſchen Parteien und Gewerkſchaften Oberſchleſiens ein längeres Schreiben an die J.K., in dem ſie eingehend die Gefahren ſchilderten, welche die milde Behandlung der Rebellen nach ſich ziehen müſſe und eindringlichſt davor warnten.

Pfarrer Ulitzka hatte am 20. eine Unterredung mit dem General de Marinis erreicht, in der letzterer erklärte, daß eine Reihe von Einzelheiten der bekannten Forderungen des Zwölferausſchuſſes zwar jetzt noch nicht zur Grundlage von Verhandlungen dienen könnten, daß aber die deutſchen Forderungen im allgemeinen geeignet wären, daß man über ſie rede. Es ſei eine gewiſſe Ausſicht vorhanden, daß in den nächſten Tagen ſich eine annehmbare Löſung anbahnen werde.

Ich erhielt die in Anlage 22 enthaltene Orientierung. Am 21. Juni, alſo erſt zwei Tage nach meinem Vorſchlage, teilte mir General Henneker bei einer Zuſammenkunft in Groß-Strehlitz folgendes mit:

Die von mir vorgeſchlagenen Bewegungen ſeien zu groß, als daß ſie ermöglichten, in den Räumungszonen innerhalb der gegebenen Friſt eine ſtarke Polizei zu ſchaffen. Es ſei daher von der J.K. in ſeiner Gegenwart ein neuer Plan ausgearbeitet worden, der den alten Plan der J.K. mit meinem letzten vermiſche. Dieſer ſehe vier polniſche Rückzugslinien vor und von unſerer Seite zwei

[1]) S. Anlage 20.

Bewegungen, einmal die Räumung des Annabergerges, dann das Zurückgehen in die Nordoſt- und die Südweſtecke des s Abſtimmungsgebietes. Ich betonte erneut, daß die beſondere Preisgabe des Annaberges, bevor ſeitens der I.K. etwas Ernſtliches s zur Befreiung getan ſei, als eine Demütigung des Selbſtſchutzes und der deutſchen Bevölkerung empfunden werde, da dieſe feſt überzeugt ſeien, daß es ſich beim Annaberg um eine Forderung Korfantys handele. General Henneker machte den Einwand, daß die I.K. beiden Teilen „Neutralität" zeigen müſſe, was ich mit den bekannten Gründen energiſch zurückwies. Ich ſchlug vor, die von der I.K. vorgeſehene erſte, dicht öſtlich Gleiwitz hinlaufende Rückzugslinie der Inſurgenten um ein weſentliches Stück ihrer zweiten Rückzugszone zu erweitern. Ich würde dann nicht nur, wie von der I.K. gewünſcht, aus dem Annabergebiet zurückgehen, ſondern den ganzen Selbſtſchutz in einer Bewegung bis in die Nordoſt- und Südweſtecke des Abſtimmungsgebietes zurücknehmen. General Henneker bezeichnete meinen Vorſchlag als ſehr fair, bat aber, ſich mit einer kleineren Erweiterung der erſten Rückzugszone der Inſurgenten zu begnügen, da, wie er bereits hervorgehoben, die Einrichtung einer einwandfreien Polizei in ſo großem Gebiet nicht möglich ſei. Dieſer Einwand war nicht ohne Berechtigung und wir einigten uns ſchließlich auf eine Linie ſüdöſtlich Hindenburg. General Henneker erklärte, er glaube ſchon jetzt ſagen zu können, daß die I.K. ihr Einverſtändnis geben werde. Es könne daher vielleicht ſchon am 22. Juni mittags der Räumungsbefehl an die Inſurgenten ergehen und 48 Stunden ſpäter die Räumung der erſten Zone einſchließlich Hindenburg von polniſcher Seite beendet ſein. In der Unterredung hatte ich mit Nachdruck darauf hingewieſen, daß wir es als ſelbſtverſtändlich anſähen, daß die übrigen politiſchen Forderungen des Zwölferausſchuſſes von der I.K. durchgeſetzt würden. General Henneker ließ dies den mitanweſenden franzöſiſchen Beobachter, einen Adjutanten des Generals Gratier, zu Protokoll nehmen.

Die in Oppeln anweſenden politiſchen Führer erklärten ihr Einverſtändnis mit meinem Vorſchlage.

Am 22. Juni vormittags, nach Beendigung einer Sitzung der I.K., ließ mir General Henneker mitteilen, daß leider einige Tage vergehen würden, bevor wir eine Antwort erhielten. Er war über dieſe neue Verzögerung ſehr verſtimmt, da er ſicher damit gerechnet hatte, daß

Korfanty von der J.K. einen kurzen bündigen Befehl über die Änderung ſeines Rückzuges erhalten werde. Die Franzoſen aber halten es in der J.K.-Sitzung durchgeſetzt, daß vorher die förmliche Zuſtimmung der Rebellen im Verhandlungswege eingeholt werde. Korfanty hatte bei ſeinem ausgezeichneten Spionagedienſt und ſeinen guten Beziehungen Kenntnis erhalten und wich den Verhandlungen aus. Der franzöſiſche Oberſt Caput, welcher ſie führen ſollte, mußte Korfanty und ſeinen Stab tagelang im Auto ſuchen.

Inzwiſchen hatte die franzöſiſche Regierung dem deutſchen Botſchafter in Paris auf die Note vom 16. Juni über die Zuſtände in Oberſchleſien eine eingehende Antwortnote übergeben, in der u. a. geſagt wurde:

> daß im Gegenſatz zu den braven Inſurgenten mein Verhalten und das des Zwölferausſchuſſes die erzielten Säuberungsmaßnahmen aufs Spiel ſetzte und daß die deutſche Regierung nicht nur wie bisher Zurückhaltung, ſondern Unterwerfung unter die J.K. von mir fordern ſolle.

Das Schriftſtück [1]) ſtellte die Tatſachen auf den Kopf. Näheres Eingehen darauf erübrigt ſich, da die richtigen Verhältniſſe in dieſem Buch ſchon dargelegt worden ſind.

Wohl infolge dieſer Note der franzöſiſchen Regierung entſandten die Regierungsparteien des deutſchen Reichstages Abgeſandte nach Oberſchleſien, die ſich über die Lage informieren ſollten. Sie verhandelten u. a. am 22. Juni mit mir in Oberglogau und mit dem Zwölferausſchuß in Oppeln. Die ganze Lage und insbeſondere mein letzter Räumungsvorſchlag wurden eingehend beſprochen und die Herren erklärten ihr volles Einverſtändnis. Eine im Reichstag eingebrachte Interpellation über Oberſchleſien wurde nach Berichterſtattung der Abgeordneten in Berlin zurückgezogen, weil ſie als Eingriff in ein ſchwebendes Verfahren z. Z. nur geſchadet hätte.

Ein eingehendes Telegramm der deutſchen Parteien und Gewerkſchaften des inſurgierten Gebietes an die Leiter der alliierten Mächte und an die J.K. ſtellte als Antwort auf die Unrichtigkeiten der letzten franzöſiſchen Note unter Anführung einer Fülle von Tatſachen feſt, wie die Verhältniſſe tatſächlich dort lagen [2]).

---

[1]) S. Anlage 16.
[2]) S. Anlage 17.

Der 23. und 24. Juni vergingen, ohne daß ich eine Nachricht über die Säuberungsaktion erhielt. Auf Anfrage teilte mir General Henneker mit, daß ſich Schwierigkeiten ergeben hätten, der Plan aber ſicher zur Annahme gelangen werde. Unſer Druck hatte alſo doch einige Wirkung gehabt. Die I.K. trat energiſcher gegen die Schwierigkeiten auf, welche Korfanty in Szene ſetzte und war vor allem eifrig bemüht, unſere Hauptforderung, den Schutz der Deutſchen in den befreiten Orten durch Einrichtung einer einigermaßen einwandfreien Polizei zu erfüllen. Der Wert dieſer Maßnahme hob den Nachteil auf, welchen die Verzögerung der Säuberungsaktion mit ſich brachte. Leiter dieſer zentral geleiteten Ortswehren (Gemeindewachen) war der italieniſche Oberſt Peſenti. In ſeiner Vertretung übten die Kreiskontrolleure die Aufſicht über die Polizei aus. Einen Auszug aus der Anweiſung zur Bildung der Gemeindewachen enthält Anlage 21. Bezüglich der Abſetzung der von Korfanty eingeſetzten Behörden uſw. kam die I.K. unſeren Wünſchen nach.

Über die Auflöſung und den Abtransport des Selbſtſchutzes bzw. ſeine Überführung in die Arbeitskommandos fand in Oberglogau eine Beſprechung der oberen Selbſtſchutzführer mit dem Leiter dieſer Maßnahme, Oberſt a. D. Becker, ſtatt, bei welcher der in der Anlage 23 enthaltene Sonderbefehl feſtgelegt wurde. Bei dieſer Beſprechung wurde auch das weitere Verhalten des Selbſtſchutzes der I.K. und den Inſurgenten gegenüber erörtert. General von Hüllſen mit ſeinem kühnen Draufgängergeiſt befürwortete immer noch lebhaft aktives militäriſches Handeln durch Vorſtoß des Selbſtſchutzes aus Gegend Ratibor zur Befreiung des Induſtriegebietes, wenn die Inſurgenten nicht ſofort ganz zurückgingen, da das Heil Oberſchleſiens im operativen Erfolge des Selbſtſchutzes liege. Die anderen Herren ſahen wie ich den Weg der Verhandlungen mit der I.K. und die Vermeidung eines Bruches mit ihr im Hinblick auf unſere militäriſche und politiſche Lage als eine bittere, aber unabweisbare Notwendigkeit an.

Eine Note der deutſchen Regierung über Polens Beteiligung am Aufſtande enthält Anlage 24.

Über den Austauſch von Geiſeln hat ein diplomatiſcher Notenwechſel ſtattgefunden. Daß die Botſchafterkonferenz die polniſche Regierung zur Freigabe der als Geiſeln verhafteten Deutſchen anhielt, war richtig. Die Behauptung aber, daß ſich polniſche Geiſeln in deutſchen Händen befinden ſollten, war falſch, da auf deutſcher Seite keine Geiſeln genommen worden ſind. Was die Auslieferung der internierten

Personen anbetrifft, so hatte die deutsche Regierung bereits alles getan, um durch Vermittelung des Roten Kreuzes die Internierten wieder in ihre Heimatorte zu bringen. Auch ich hatte mit Delegierten des Roten Kreuzes mehrfach darüber verhandelt.

Am 25. Juni morgens überbrachte mir Baron von Plessen den Räumungsplan der J.K. zwecks Unterzeichnung [1]). Der Plan entsprach bis auf ganz geringe nicht in das Gewicht fallende territoriale Änderungen meinem Vorschlage. Ein möglicher Zweifel war durch ein besonderes Schreiben des Generals Henneker geklärt. Ich unterzeichnete das Übereinkommen über die von der J.K. vorgeschlagene Räumung am 25. Juni mittags und ließ dies sofort telephonisch dem britischen Oberkommando mitteilen. Die vollzogenen Erklärungen sandte ich alsbald an General Henneker nach Groß-Strehlitz. Den Selbstschutztruppen gab ich am 25. Juni eingehende Weisungen für die Art der Ausführung der Räumung [2]). Bevor die J.K. in Oppeln den von mir unterzeichneten Räumungsplan wieder in Händen hatte — ob mit oder ohne Kenntnis von der inzwischen erfolgten und General Henneker telephonisch mitgeteilten Unterzeichnung sei dahingestellt — nahm sie abermals eine Änderung vor [3]), die aber nichts an den dem Selbstschutz für die Umgruppierung bereits erteilten Weisungen änderte. General Henneker hatte ihr auch durch einen besonderen Zusatz die Spitze abgebogen. Veranlassung und Bedeutung der Änderung waren nicht recht zu erkennen. Im Hinblick auf die bereits erfolgte Unterzeichnung des Räumungsplanes durch mich konnten wir auf unserem Schein bestehen und eine Änderung aus formalen Gründen ablehnen. Diese Frage löste in den der Selbstschutzleitung nahestehenden Kreisen eine ziemlich heftige Kontroverse darüber aus, welche Haltung einzunehmen sei. Die Mehrzahl war für glatte Ablehnung, da es sich um den Bruch eines vollzogenen Abkommens handelte. Die Minderheit war für Annahme, um den Franzosen nicht den anscheinend erwünschten und erstrebten Vorwand zu geben, daß die Deutschen die Säuberungsaktion erneut verzögert hätten, was uns vor der Welt ins Unrecht setzen sollte und Anlaß zum Einschreiten gegen uns gegeben hätte. Eine Verzögerung entsprach auch nicht den Interessen unserer Landsleute im insurgierten Gebiet, und da vor kurzem bei den alliierten

[1]) S. Anlage 25.
[2]) S. Anlage 26.
[3]) S. Anlage 27.

Regierungen der Plan aufgekommen war, die Grenzfeſtſetzung durch Sachverſtändige vornehmen zu laſſen, ſchien Zeitverlängerung auch nicht vorteilhaft. Es war jetzt ja deutlich erkennbar, was erreichbar und was nicht. Eine vernunftgemäße Einigung war daher geboten. Ich hielt es deshalb für meine Pflicht, das abgeänderte Abkommen zu unterfertigen und ſandte es mit einem Schreiben an General Henneker [1]). In dieſem brachte ich zum Ausdruck, daß ich meine Unterſchrift nur im Hinblick auf ſeine Erklärung gegeben habe.. Meine Annahme des abgeänderten Räumungsplanes wurde mir: von einigen Selbſtſchutzführern und einigen Prominenten ſtark verübelt. Ich verſtand dies nicht, da ich feſt davon überzeugt war, vernünftig und in richtiger Würdigung der Verhältniſſe gehandelt zu haben. Um der hetzeriſchen Propaganda einzelner zu begegnen, gab ich eine Aufklärung über meine Gründe bekannt [2]).

Wie ehrlich und gehorſam die Inſurgenten waren, dafür lieferten ſie noch die Tage vor Beginn der Räumungsaktion einen ſchlagenden Beweis, indem ſie wilde Angriffe auf einzelne Teile der Städte Beuthen und Gleiwitz ausführten. Ernſt war die Lage zeitweiſe in Beuthen, wo der örtliche Selbſtſchutz nur durch ganz hervorragenden Schneid die zahlenmäßig weit überlegenen Inſurgenten aus der Stadt vertreiben konnten. In Gleiwitz fuhr ein polniſcher Panzerzug in den Bahnhof ein, und Inſurgenten beſetzten trotz tapferer Gegenwehr des Gleiwitzer Selbſtſchutzes die Wagenwerkſtatt, die ſtaatliche Hütte und das Stahlrohrwerk. Auch Kattowitz wurde mehrfach durch die Inſurgenten arg beläſtigt. Die franzöſiſchen Garniſonen dieſer Städte taten nichts, um ihre Pflicht gegen die Rebellen zu erfüllen.

Eingeweihte teilten mit, daß die loyale Haltung des Selbſtſchutzes und des Zwölferausſchuſſes unſeren Gegenſpielern ſehr ungelegen geweſen ſei. Sie hatten bis zuletzt auf Bruch gehofft.

Von polniſcher Seite wurde bei der Liquidierung des dritten Aufſtandes ganz offen und laut mit einem vierten Aufſtande gedroht, wenn die Entſcheidung über Oberſchleſien nicht den polniſchen Wünſchen entſprechen ſollte. Die Polen entließen auch einen großen Teil der Inſurgenten nicht, beſonders die aus der Republik Polen gekommenen. Sie wurden an der oberſchleſiſchen Grenze heimlich bereit gehalten, auch war eine Anweiſung an die in Oberſchleſien verbliebenen Inſur-

[1]) S. Anlage 28.
[2]) S. Anlage 29.

genten bekannt geworden, sich auf Aufforderung auf den ihnen bekannten Sammelplätzen mit den ihnen verbliebenen Waffen zu gestellen. Dies löste naturgemäß schwerste Sorgen bei der oberschlesischen Bevölkerung und bei den verantwortlichen Regierungsstellen Preußens und des Reiches aus. Die oberschlesischen Behörden, politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen forderten von diesen in eindringlichster Weise Schutz gegen einen vierten polnischen Aufstand. Die I.K. versicherte zwar, sie würde von nun an selbst der oberschlesischen Bevölkerung Sicherheit und Schutz bieten und jeden neuen Versuch eines Aufstandes unterdrücken, aber nach dem bisherigen Verhalten der I.K. beim zweiten und beim dritten Aufstande und bei der offensichtlichen Parteinahme der die I.K. leitenden Franzosen für die Polen konnten die Deutschen unmöglich Vertrauen in diese Versprechungen setzen. Dies hat zu deutschen Gegenmaßnahmen geführt. Es wurden geheime Waffenlager angelegt und ein Teil des aufgelösten Selbstschutzes im Abstimmungsgebiet und in dem unbesetzten schlesischen Gebiet zurückgehalten. Die allmähliche Auflösung des Selbstschutzes war für die Regierung auch eine polizeiliche und soziale Notwendigkeit, da es nicht möglich war, die 32 000 Mann, die zum guten Teil arbeitslos waren, mit einem Male unterzubringen. Ich hatte nach oben keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich nach den Erfahrungen beim Ausbruch des dritten Aufstandes, als die gleichen Vorkehrungen der Deutschen so kläglich versagt hatten, kein Vertrauen zu diesen Geheimorganisationen hätte, und daß die sogenannten Arbeitskommandos leicht zu einer Landplage werden könnten. Ich befürwortete daher, sich auf entsprechende Vorkehrungen bei der Schupo und eventuell bei der Reichswehr, natürlich ganz getarnt, zu beschränken. Ich wurde auch nicht mit der Leitung der sogenannten Arbeitskommandos — auch Arbeitsgemeinschaften genannt — betraut. Die wohlbegründete Angst der Bevölkerung und der Regierungsorgane vor einem vierten Aufstande bei Bekanntwerden der Entscheidung über Oberschlesien und die Notwendigkeit der sozialen Fürsorge gaben natürlich auch der anderen Auffassung, die durchgeführt wurde, volle Berechtigung. Der Aufbau der neuen Organisation erfolgte unmittelbar von Breslau aus. Ich hatte, da ich meinen Posten mit Auflösung des Selbstschutzes — Anfang Juli — aufgab, lediglich die Überleitung mit zu bewirken, was durch den Sonderbefehl geschehen war.

Im letzten Juli-Drittel waren mir erneut Klagen unmittelbar aus der Bevölkerung, durch Mitglieder des Zwölferausschusses und

durch die J.K. über angebliche Übergriffe von Selbſtſchutzangehörigen zur Kenntnis gekommen. In keinem Falle konnte etwas Poſitives feſtgeſtellt werden. Es war mir auch gemeldet worden, daß meine Verordnung über die Kameradengerichte einer Anzahl Truppen der Gruppe Süd wohl verſehentlich durch den Gruppenſtab nicht zugeſtellt worden war. Mich bedrückte aber auch die Sorge, daß bei dem nahe bevorſtehenden Abbau des Selbſtſchutzes durch Verweigerung der Entwaffnung oder dergl. — ſiehe Kapp-Putſch — und durch Ausſchreitungen gegen Mißliebige ſich ernſte Schwierigkeiten ergeben könnten. Auch der Zwölferausſchuß, deſſen Aufgabe es ja war, Ungerechtigkeiten und Übergriffe zu verhindern, und der durch ſeine Unterausſchüſſe in den Kreiſen und Orten gut unterrichtet war, befürchtete infolge lauter Drohungen von Selbſtſchutzangehörigen, daß bei der Räumung ſchwere Ausſchreitungen ſtattfinden würden. Bei der großen Erregung, in der ſich einzelne Verbände befanden, die keinen Abbau wollten, weil nach ihm viele Leute vor dem Nichts ſtanden, war die Möglichkeit hierfür naheliegend. Ich erließ daher wieder in Zuſammenarbeit mit dem rechtskundigen Mitglied des Dreierausſchuſſes für die Übergangszeit Ergänzungsverordnungen, die in Anlage 31 aufgeführt ſind. Sie waren vor ihrer Aufgabe an die Truppen wieder durch die Zentrale nach oben zu gefertigt worden.

In dieſen Tagen verließ Oberſtleutnant Grützner ſeinen Poſten als Führer der Gruppe Nord, um wieder bei der Zentrale in Breslau, und zwar als Leiter der Abwicklungsſtelle und bei dieſen zu bildenden Arbeitskommandos verwendet zu werden. Ich wies ihn beſonders darauf hin, daß meine Strafverordnungen mit der Auflöſung des Selbſtſchutzes naturgemäß automatiſch außer Kraft träten, da im Reichsgebiet ſolches Standrecht ohne weiteres nicht möglich ſei. Er ſolle in Breslau und Berlin bei den zuſtändigen Stellen darauf hinweiſen und erwirken, daß die Strafrechtspflege für die als Geheimformationen zurückbehaltenen Arbeitskommandos, mit denen ich nichts zu tun hätte, von dort aus rechtzeitig geregelt werde, damit nicht wieder ein Zuſtand entſtehe, wie im Monat Mai im Abſtimmungsgebiet, als niemand wußte, wie er zu handeln habe.

Ich erhob Einſpruch bei General Henneker, daß ehemalige Selbſtſchutzleute bei der Einrichtung der Ortswehren (Gemeindewachen) ausgeſchloſſen worden waren und übermittelte ihm Klagen über Ausſchreitungen von Inſurgenten, wogegen er einige gegen den Selbſtſchutz vorbrachte.

Am 28. Juni begann der Rückzug der Inſurgenten — die tatſächliche Liquidierung des Aufſtandes war endlich in Gang gekommen. In dem polniſchen Organ „Oberſchleſiſcher Wegweiſer“ vom 28. Juni hatte Korfanty und der polniſche Vollzugsausſchuß einen Aufruf veröffentlicht, um den Inſurgenten den Rückzug ſchmackhafter zu machen. Er beſchimpfte darin natürlich in gewohnter Weiſe die Deutſchen und den Selbſtſchutz, den er mit 70 000 Mann weit über das doppelte vergrößerte. Natürlich hatten die tapferen Inſurgenten den Selbſtſchutz auch vollſtändig beſiegt. — Auch ich richtete einen Aufruf an meine oberſchleſiſchen Landsleute und meine Selbſtſchutz-Kameraden, um unſeren Rückzug zu erklären, der Truppe den Dank für ihre Erfolge und für ihre Mäßigung auszuſprechen und um ſie zu mahnen, dem Reiche keine Schwierigkeiten zu bereiten, ſondern die Vereinbarungen peinlich zu beachten. Schwer genug fiel es mir, anzugeben, daß kein Grund mehr für den Fortbeſtand des Selbſtſchutzes beſtehe [1]).

Am 29. Juni vorm. gelangte die offizielle Mitteilung General Hennekers an mich, daß der polniſche Rückzug auf die Linie bis hinter Hindenburg ausgeführt ſei. Ich ordnete daraufhin die Umgruppierung des Selbſtſchutzes aus der Frontlinie in die Verſammlungsräume an der Nordoſt- und Südweſt-Ecke des Abſtimmungsgebietes an. Sie ging reibungslos vonſtatten. Auf der Gegenſeite wurden die Räumungsfriſten nicht ſtrikt innegehalten, ſo bei Lublinitz, wo Gruppe Nord auf meine Weiſung ſeine Rückwärtsbewegung ſo lange einſtellte, bis mir General Henneker mitteilte, daß die Inſurgenten hinter die vereinbarte Linie zurückgegangen ſeien. Aus Groß-Strehlitz und anderen Orten wurde berichtet, daß nach dem Abzug noch viele Inſurgenten, beſonders Hallerſoldaten, in den Dörfern ſteckten. Sie hatten ihre Waffen zwar verſteckt, die polniſchen Abzeichen trugen ſie ungeſtört weiter. Die zurückkehrenden deutſchen Bewohner waren polniſchem Terror ausgeſetzt. Die Polen veranſtalteten überall Maſſenumzüge in den Dörfern, bei denen Redner — auch Geiſtliche — aufforderten, ſich für den nächſten Aufſtand bereit zu halten. In einzelnen Ortſchaften mußten dabei die Anweſenden knieend den Schwur leiſten, die geflüchteten deutſchen Einwohner nicht wieder im Orte aufzunehmen. Am 29. Juni wurde in Antonienhütte „anläßlich der Zuteilung an Polen“ ein Feſtgottesdienſt abgehalten und ein Fackelzug veranſtaltet.

[1]) S. Anlage 30.

Am 30. Juni war die Umgruppierung des Selbſtſchutzes der Vereinbarung entſprechend ordnungsgemäß vollzogen. Gruppe Süd ſtand im Südweſten des Abſtimmungsgebietes, etwa im Raume weſtlich der Linie: Katſcher—Bauerwitz—Oberglogau; die Gruppe Nord im Nordoſten, etwa im Raume weſtlich der Linie: Jellowitz—Kreuzburg—Pitſchen gut bereit, um eingreifen zu können, falls wider Erwarten doch noch eingegriffen werden mußte. Es kam nicht mehr dazu. Aber der Rückzug der Aufſtändiſchen wurde ſelbſt im vorher feindlichen Auslande als eine „Komödie“ bezeichnet. Von überall her trafen glaubhafte Nachrichten über die Bildung neuer polniſcher Verbände vor und hinter den Linien der interalliierten Truppen ein. Die über die polniſche Grenze zurückgegangenen Inſurgentenverbände hielten an der Grenze militäriſche Übungen ab. Die im Aufſtandsgebiet zurückgebliebenen Hallerſoldaten und dgl. bezogen ihre Löhnung weiter. Erſt jetzt konnte einigermaßen feſtgeſtellt werden, welche Gewalttaten von den Inſurgenten auf dem platten Lande verübt worden waren. Nach Tauſenden zählten die deutſchen Männer, die von Haus und Hof vertrieben oder verſchleppt waren. Hunderte waren verwundet und viele getötet. Das vom deutſchen Auswärtigen Amt herausgegebene Heft: „Der 3. Aufſtand in Oberſchleſien im Mai/Juni 1921“, das von dem deutſchen Plebiſzitkommiſſariat verfaßte Buch: „Das Martyrium der Deutſchen in Oberſchleſien“ und viele andere deutſche Veröffentlichungen über dieſe Zeit geben ein erſchütterndes Bild von den Leiden der oberſchleſiſchen Bevölkerung und von den Verwüſtungen, welche die Aufſtändiſchen in dieſem Lande angerichtet hatten.

Am 1. Juli hatte der Zwölferausſchuß der J.K. eine Erklärung übermittelt, in der er die Zuſtände ſchilderte, wie ſie waren, vor einer Amneſtie warnte bzw. angab, wer davon ausgenommen werden müſſe und auf die Vorbereitungen der Polen für einen vierten Aufſtand hinwies.

In dieſen Tagen fuhr ich viel bei den Truppen herum, um ihr Verhalten zu überwachen und mich perſönlich von ihnen zu verabſchieden. Im Hinblick auf die Spionage ſeitens der Polen und der J.K., der alle unſere Handlungen ausgeſetzt waren, hatte ich dem General Henneker, um mich zu decken, ausdrücklich geſagt, daß ich bei meinen Abſchiedsanſprachen an die Truppen ihnen Hoffnung und Zuverſicht mit auf den Weg geben werde, was nicht falſch gedeutet werden möge, es würden auch Eruptionen bei der Auflöſung dadurch hintangehalten.

In unſerer Lage hielte ich dies für geboten, was er als einſichtiger Soldat ja verſtehen werde. Er pflichtete mir bei. Zwei dieſer Anſprachen ſind verdreht und entſtellt der I.K. hinterbracht worden, was ſpäter zu diplomatiſchen Erörterungen führte.

Am 2. Juli gab die I.K. einen Amneſtieerlaß bekannt, durch den die ſchweren Verbrechen an Leben und Gut der deutſchen Bewohner ſeitens der Inſurgenten zum guten Teil ungeſühnt geblieben ſind.

Am 4. Juli vorm. teilte mir General Henneker mit, daß die Inſurgenten die für den 3. Juli vorgeſchriebene Rückwärtsbewegung bis hinter Beuthen richtig ausgeführt hätten. Ich befahl daraufhin den Gruppen Nord und Süd die Auflöſung des Selbſtſchutzes bis zum 5. Juli 12 Uhr mittags mit meinem nochmaligem Dank an Führung und Truppe und mit der Mitteilung, daß die Abwicklungsgeſchäfte vom 6. Juli ab auf die Hauptabwicklungsſtelle Breslau übergehen.

Am 3. Juli bat mich General Henneker, ihm zu geſtatten, mich am 4. in Oberglogau aufſuchen zu dürfen. Ich ließ ihm ſagen, daß ich mich freuen würde, ihn zu empfangen. Es handelte ſich um einen offiziellen Höflichkeitsakt. General Henneker erſchien mit ſeinem Chef und einem Adjutanten. Ich ſetzte ein einfaches Frühſtück vor. Bei der Zigarre wurde dann ausſchließlich das oberſchleſiſche Problem in folgender Weiſe behandelt:

Ich vertrat ſcharf den Standpunkt, daß Oberſchleſien ungeteilt bei Deutſchland bleiben müſſe und begründete dies aus der geſchichtlichen, wirtſchaftlichen und kulturellen Entwicklung. Ich wies darauf hin, daß durch eine Teilung eine niemals heilende Wunde geſchlagen werden würde, die den Frieden Europas dauernd gefährden werde. General Henneker hielt auf Grund des Abſtimmungsergebniſſes, nach den Vertragsbeſtimmungen von Verſailles und bei dem zähen Willen der Franzoſen eine Teilung für unvermeidlich. (In meinem Innern bewegten mich aus den gleichen Gründen auch ſchwere Sorgen.) General Henneker deutete oſtentativ an, daß die Franzoſen ſich beſonders hinſichtlich des Induſtriebezirks darauf beriefen, daß das flache Land durchaus polniſch ſei und nur die Städte eine deutſche Mehrheit hätten, und er fragte mich, wie eine ſolche Teilung wohl in gerechter Weiſe erfolgen könne. Ich führte aus, daß drei Viertel der Bevölkerung deutſch geſtimmt hätten, daß die ganze Induſtrie und alle Werke deutſch ſeien, daß eine Teilung der ſtark voneinander abhängigen Werke dieſe ruinieren und daher das ganze Induſtrie-

gebiet bei Deutſchland bleiben müſſe. Jede andere Entſcheidung würde ungerecht und verderblich ſein und ſpäter naturnotwendig einen neuen Krieg auslöſen, während es doch angeblich das Beſtreben der Entente ſei, Europa einen dauernden Frieden zu ſchaffen. General Henneker ſagte, die Franzoſen verträten die Anſicht, daß, wenn das ganze Land ringsum polniſch ſei, auch die Städte an Polen fallen müßten. In der prononcierten Art, wie er dieſe Ausführungen machte, ſchien mir eine wohlgemeinte Warnung zu liegen, die ich der Reichsregierung weiterzugeben beſchloß. General Henneker ſagte u. a. auch, daß ich vor den Franzoſen auf der Hut ſein möge, die mich überall überwachten. Ich antwortete, daß ſie das ruhig tun könnten, da ich nichts zu verbergen hätte. Wenn aber etwa meine Abſchiedsanſprachen an die Truppen gemeint ſein ſollten, die, wie ich ſchon gehört, auch beſpitzelt worden ſeien, ſo möchte ich nochmals betonen, daß es mir am Herzen läge, meine Truppen bei dieſem pflaumenweichen Ausgang nicht trübetimplig nach Hauſe zu ſchicken, ſondern ihnen in dieſem deutſchen Elend Hoffnung und Zuverſicht auf den Weg zu geben, was ja auch dazu beitrage, daß ſich die Auflöſung ordnungsmäßig abſpiele.

Als ſpäter die Franzoſen gegen mich hetzten, brachten die Zeitungen die Nachricht, daß General Henneker ihren Korreſpondenten gegenüber ausdrücklich ſcharf betont hätte, daß er vor mir als Soldaten und als Menſchen eine große Hochachtung empfände.

In Beuthen hatte die Zivilbevölkerung beim Einzug der engliſchen Truppen am 4. Juli dieſen ſpontane Ovationen gebracht. Dies reizte die franzöſiſche Soldateska, obgleich nichts Agreſſives gegen ſie unternommen wurde. Wie wilde Tiere ſtürzten ſich franzöſiſche Offiziere und Soldaten auf die waffenloſe Menge, ſchlugen mit Gewehrkolben, Gummiknüppeln und Reitpeitſchen in roheſter Weiſe auf ſie ein und nahmen viele Verhaftungen vor. Einzelne franzöſiſche Soldaten ſchoſſen auch mit ihren Gewehren. In dieſem Tumult wurde der franzöſiſche Major Mont d'Allegre durch Kopfſchuß von hinten getötet. Da er mit dem Rücken gegen das franzöſiſche Lager „Quartier Foch" ſtand, wo ſich nur franzöſiſche Soldaten befanden, iſt die Annahme berechtigt, daß er tragiſcherweiſe einer franzöſiſchen Zufallskugel zum Opfer gefallen iſt. Einwandfrei iſt die Urſache nicht geklärt worden. Natürlich wollten die Franzoſen den Deutſchen die Schuld in die Schuhe ſchieben und peinigten dieſe mit allerlei Gewaltmaßregeln. Der

Oberkommandierende der interalliierten Truppen, der franzöſiſche General Gratier, ſagte in ſeiner Grabrede für den Major Mont d'Allegre u. a.:

„Wir hoffen, die ungaſtliche Schwelle bald verlaſſen zu können, wir müſſen aber noch etwas aushalten unter dieſer Brut, unter der zu leben wir gezwungen ſind. Der Deutſche iſt immer feige, er kriecht, wenn er Angſt hat, er iſt brutal und wild, wenn er ſich ſicher glaubt. .... Dieſe Raſſe iſt feige wie der Mörder."

General Gratier iſt dann bald ſeines Poſtens enthoben worden. Abgeſehen von der Rolle, welche ſeine Truppen während des Aufſtandes geſpielt hatten, dürfte dieſe Haßrede wohl auch dazu beigetragen haben.

Anlage 1.

Denkſchrift des Zwölferausſchuſſes vom 5. Juni 1921.

Seit mehr als einem Monat befindet ſich der größte Teil von Oberſchleſien in der Hand der polniſchen Inſurgenten. Täglich herüberkommende Nachrichten beſagen, daß die Zuſtände in dem von den Inſurgenten beſetzten Gebiete, ganz beſonders im Induſtriebezirk, immer troſtloſer werden. Die Bedrückung der deutſchgeſinnten Bevölkerung wird von Tag zu Tag härter. Die Verwüſtung der induſtriellen Werke und des bäuerlichen ſowie des Großgrundbeſitzes wird ſtändig ärger. Die J.K. verſpricht ſeit geraumer Zeit, daß ſie für die ſchleunige Räumung des oberſchleſiſchen Gebietes und für reſtloſe Wiederherſtellung von Ruhe und Ordnung ſorgen wird. Die Tatſache, daß einige engliſche Bataillone ſeit mehreren Tagen in Oberſchleſien eingetroffen ſind, hat in der gequälten Bevölkerung die Hoffnung erweckt, daß die J.K. endlich das von ihr ſo oft gegebene Verſprechen einlöſen würde. Anſtatt aber wirklich Taten zu zeigen, vergeht die Zeit mit unfruchtbaren Verhandlungen über die Art und Weiſe, in der die Wiederherſtellung der Ruhe und Ordnung vor ſich gehen ſoll. Die oberſchleſiſche Bevölkerung ſteht einmütig auf dem Standpunkt, daß zu ſolchen Verhandlungen keine Zeit mehr iſt. Es iſt unbedingt erforderlich, daß die Räumung des beſetzten Gebietes innerhalb der kürzeſten Zeit, d. h. innerhalb ganz weniger Tage, durchgeführt ſein muß, weil ſonſt unabſehbares neues Unheil von den Inſurgenten über Oberſchleſien gebracht werden wird.

Die haarſträubenden Verwüſtungen im Kreiſe Groß-Strehlitz, insbeſondere die in der letzten Zeit im Kreiſe Groß-Strehlitz vorgenommenen Sprengungen der induſtriellen Werke, das Niederbrennen der Schlöſſer zeigen deutlich, welches Schickſal dem übrigen Oberſchleſien, insbeſondere dem Induſtriebezirk, bevorſteht, wenn die Entente mit ihrem Eingreifen noch länger zögert. Wir ſind der Überzeugung, daß die Entente bei einigem guten Willen die Machtmittel in der Hand hat, um die ſofortige Räumung Oberſchleſiens durch die Inſurgenten zu erzielen. Das derzeitige Verhalten der J.K. muß auf die Bevölkerung den Eindruck machen, als wenn die ganze Angelegenheit auf dem Wege der Verſchleppung behandelt werden wird. Das bisher geübte Verfahren iſt jedenfalls nicht dazu angetan, um das Vertrauen, das Herr General Le Rond den Vertretern des Zwölferausſchuſſes gegenüber für die J.K. in Anſpruch genommen hat, zu erwecken.

Die geſamte deutſchgeſinnte Bevölkerung Oberſchleſiens ſteht auf dem Standpunkt, daß die ſo heiß herbeigeſehnte rettende Tat nur dadurch geſchehen kann, daß die inter-

alliierten Truppen ſofort geſchloſſen in das Abſtimmungsgebiet einmarſchieren, dort unverzüglich die Sicherung der induſtriellen Werke, der Städte und der Bevölkerung vornehmen, und daß ſie nach Erfüllung dieſer erſten und notwendigſten Aufgabe unverzüglich an die Säuberung der ländlichen Bezirke herangehe. Nur durch ein ſolches ſchnelles und energiſches Vorgehen der J.K. kann das Vertrauen zu derſelben zurückgewonnen werden. Bisher hat faſt ausſchließlich der deutſche Selbſtſchutz das weitere Vorgehen der polniſchen Inſurgenten abgewehrt. Die J.K. iſt nicht einmal in der Lage geweſen, ihren Anordnungen bzg. des Verbotes an die Inſurgenten, weiter vorzugehen, Nachdruck zu verleihen. Gerade in den letzten Tagen haben die Inſurgenten die Gebote der Entente mißachtet, mit ſchweren und ſchwerſten Kampfmitteln von neuem verſucht, ihre Angriffsabſichten durchzuführen. Während die Polen bisher wenigſtens die Städte Ratibor und Coſel von einem Angriff mit Großkampfmitteln verſchont gelaſſen haben, haben ſie gerade in den letzten Tagen in offenkundiger Auflehnung gegen die Anordnungen der J.K. die vorgenannten Städte mit Artillerie beſchoſſen. Es iſt der deutſchen Bevölkerung angeſichts dieſer Tatſachen völlig unverſtändlich, daß gerade jetzt an den deutſchen Selbſtſchutz das befriſtete Anſinnen geſtellt worden iſt, die Brückenköpfe zu räumen, deren Ausbau zur Sicherung der unbeſetzten Gebiete unbedingt erforderlich erſchien.

Das Anſinnen[1]) iſt für die deutſche Bevölkerung um ſo unbegreiflicher, als Herr Präſident Le Rond erſt am 1. Juni d. J. ausdrücklich erklärt hat, daß der deutſche Selbſtſchutz ganz anders bewertet würde als die polniſchen Inſurgenten, da die J.K. ſehr gut wiſſe, daß der 2. Mai vor dem 12. Mai liege. Wenn die J.K. jetzt von dem deutſchen Selbſtſchutz Räumung von Gebieten verlangt, ſo ſtellt ſie ſich in ſchärfſten Widerſpruch zu der am 1. Juni durch den Herrn Präſidenten Le Rond abgegebenen Erklärung. Das Ultimatum ſtellt eine derartig ſcharfe Maßnahme gegen den deutſchen Selbſtſchutz dar, wie ſie niemals während des ganzen Aufſtandes auch nur in ähnlicher Weiſe gegen die Inſurgenten erwogen worden iſt.

Die deutſchgeſinnte und friedliebende Bevölkerung Oberſchleſiens ſteht einmütig auf dem Standpunkt, daß an ein Zurückgehen des Selbſtſchutzes nicht eher gedacht werden kann, als bis die Entente durch Tat den Beweis erbracht hat, daß ſie Ruhe und Ordnung im geſamten Abſtimmungsgebiet wieder herſtellen will und auch wiederherſtellen kann.

Sobald dieſer Zeitpunkt eingetroffen ſein wird, von dem alle friedliebenden Elemente hoffen, daß er recht nahe ſein möge, wird die deutſchgeſinnte Bevölkerung freiwillig die Waffen niederlegen.

Die Vertreter der deutſchgeſinnten Bevölkerung erwarten von dem Leiter des deutſchen Selbſtſchutzes die nachdrücklichſte Vertretung ihrer hier zum Ausdruck gebrachten Wünſche in der beſtimmten Erwartung, daß auch die J.K. ſich ihnen nicht verſchließen kann.

Politiſche Leitung Oberſchleſiens.
Der Zwölferausſchuß
Auch. Thienel.

An
Seine Exzellenz Generalleutnant a. D. Hoefer
Oberglogau.

---

[1]) S. Seite 236.

Anlage 2.

Denkſchrift über Entſtehung, Art und Ziele des S.S.O.S.

Unter völliger Mißachtung der interalliierten Mächte, die z. Z. durch die I.K. die Oberhoheit in Oberſchleſien in Händen haben, brachen am 3. Mai unter Korfantys Führung polniſche Banden planmäßig in das Abſtimmungsgebiet ein und beſetzten ſeinen weitaus größten Teil, etwa bis zu der ſogenannten Korfanty-Linie. Zahlreiche Fälle grauſamer Mißhandlung und Knebelung der deutſchgeſinnten Bevölkerung kamen vor, das rege und unendlich wichtige Wirtſchaftsleben des oberſchleſiſchen Induſtriegebietes, deſſen regelmäßiger Gang für Deutſchland eine Lebensfrage iſt, geriet durch Sabotageakte und zum Teil erzwungene Streiks in Stockung. Die Verkehrsmittel, Eiſenbahn, Poſt und Telegraph innerhalb dieſes bedeutſamen Gebietes und in das Reich wurden ſtillgelegt, auch die hochentwickelte landwirtſchaftliche Produktion mußte faſt überall eingeſtellt werden. Wie ſehr durch alle dieſe Umſtände die Not der Bevölkerung wuchs, bewieſen und beweiſen die täglich zunehmenden Hilferufe, die aus dem beſetzten Abſtimmungsgebiet in das unbeſetzte und nach Deutſchland gelangen. Die derzeitige Inhaberin der Staatsoberhoheit in Oberſchleſien, nämlich die I.K., war nicht in der Lage, die grobe Verletzung ihrer Staatsgewalt durch die Aufrührer zu verhindern, das Vordringen Korfantys aufzuhalten, geſchweige denn ſeine Banden zurückzudrücken und das völlig zerſtörte Wirtſchaftsleben wieder in Gang zu bringen. Die Gefahr, daß dieſe Zuſtände ſich immer weiter bis zur deutſchen Abſtimmungsgrenze ausbreiteten und daß auch hier die Not infolge der völligen Unterbindung aller Beziehungen zu dem wirtſchaftlichen Kern des Landes ſich ausbreiteten, wuchs täglich.

Da war es reiner Selbſterhaltungstrieb, reine Notwehr, daß die Bevölkerung des noch nicht beſetzten Oberſchleſiens die einzige noch mögliche Rettung in der Selbſthilfe ſah. Das iſt eine zwangsläufige Entwicklung, die durch die allgemein gültigen Geſetze der Menſchheit legaliſiert iſt und unbedingt anerkannt werden muß. Dafür muß jeder Verſtändnis haben, der Liebe zu ſeinem Vaterlande in ſeinem Herzen trägt. Kein Volk kann es ſich gefallen laſſen, daß völlig unverſchuldet einer ſeiner wertvollſten Teile der Willkür von Aufrührern überlaſſen wird. Und wenn die zur Verhinderung ſolcher Zuſtände in erſter Linie zuſtändigen Gewalten zu ſchwach ſind, dann bleibt nur als ganz natürliche Folge der Selbſtſchutz.

So ſcharten ſich denn, als man die durch Korfanty angerichtete Verwirrung einigermaßen überſah, in den einzelnen Gemeinden des von ihm noch nicht beſetzten Gebietes die wehrhaften Männer zuſammen zur Verteidigung von Weib und Kind, von Haus und Gemeinde. Flüchtlinge aus dem Aufruhrgebiet verſtärkten ihre Reihen und beſtärkten ihre Landsleute in dem Entſchluß zur Abwehr. Die notdürftigſte Bewaffnung hatten die Flüchtlinge den Polen abnehmen können, z. T. hatte man ſie unter dem Eindruck des polniſchen Aufſtandes vom Auguſt 1920 in ſicherer Vorausſicht weiterer derartiger Ereigniſſe in Sicherheit gebracht. Um Ordnung in dieſe Ortswehren zu bringen, wählten ſich die einzelnen Mitglieder Führer und fügten ſich in einer freiwilligen Manneszucht. So entſtanden zunächſt die lokalen Teile des S.S.O.S. Aber auch aus dem Reich machte ſich mancher Oberſchleſier auf, der erſt vor eineinhalb Monaten dorthin geeilt war, um mit dem Stimmzettel für ſeine deutſche Heimat einzutreten. Nun wollte er dieſelbe Heimatliebe auch durch die Tat beweiſen. Es iſt ganz ſelbſtverſtändlich, daß dieſe Leute auch andere Volksgenoſſen mit ſich riſſen, die, wenn auch nicht in Oberſchleſien geboren, doch große Liebe zu dieſem deutſchen Lande empfanden, das ſich durch

die Abſtimmung ſoeben erſt für Deutſchland ausgeſprochen hatte. Auch das war eine völlig ſelbſtverſtändliche Entwicklung, für die jedes national empfindende Volk Verſtändnis haben muß. So kam es, daß ſich landsmannſchaftliche Gruppen zuſammenfanden und nach Oberſchleſien aufmachten. Natürlich war ihre Ausrüſtung und ihre Bewaffnung anfangs außerordentlich dürftig. Sie wurde hier zum Teil durch den Polen abgenommene Waffen allmählich ergänzt. Die landsmannſchaftlichen Gruppen wurden durch aus ihrer Mitte hervorgegangene Führer in feſte Formationen gefügt und damit nunmehr eine einheitliche Leitung und Diſziplinierung möglich war, in größere Verbände gegliedert. Wäre das nicht geſchehen, dann wäre bei der Eigenart einer ſo plötzlich entſtandenen Freiwilligen-Truppe leicht eine Beläſtigung der Bevölkerung und ein ungewünſchtes Handeln der einzelnen Verbände die Folgen geweſen. Es ließ ſich nicht vermeiden, daß unter den Deutſchen, die auf dieſe Weiſe in die Reihen des S.S.O.S. traten, ſich vereinzelt auch Elemente befanden, die dieſem nicht erwünſcht waren. Abenteurer, die ihre eigennützigen Ziele verfolgten und im trüben fiſchen wollten. Doch die ſich immer mehr feſtigende Organiſation des Selbſtſchutzes und ihr kameradſchaftlicher, vaterländiſcher Geiſt betrieb mehr und mehr ihre Ausmerzung. Die Bevölkerung Oberſchleſiens, deren beſter wehrhafter Teil nun in den Reihen des Selbſtſchutzes ſtand, und die ſich durch die Helfer aus dem Reich gehoben fühlte, drang nun darauf, ihrem Selbſtſchutz auch eine Spitze und ſtraffe militäriſche Führung zu geben. Sie hat General Hoefer dazu gewählt. Er ſuchte alsbald mit ſtraffer Hand Ordnung in die natürlich bunt zuſammengeſetzten Verbände zu bringen und ſie von unüberlegter Kampfhandlung fernzuhalten. Dauernde Beſprechungen mit den Führern, dauernde Einwirkung auf die Truppe durch Wort und Schrift waren dazu nötig. Selbſtverſtändlich konnte bei aller Zurückhaltung und Selbſtbeherrſchung, die ſich die Truppe dem frechen Aufrührer gegenüber auferlegte, nicht vermieden werden, daß da, wo die Polen uns durch ihre Angriffe reizten, oder wo der Lauf unſerer vorderen Linie taktiſch zu ungünſtig war, oder wo die Hilferufe der Deutſchen dicht vor unſerer Front zu flehentlich an das Ohr der Truppe drangen, dieſe in berechtigter Notwehr örtliche Unternehmungen zur Verbeſſerung ihrer Lage machte. Der Brennpunkt in dieſer Hinſicht war die Gegend des Annaberges, ein allen deutſchen Oberſchleſiern heiliger Punkt, deſſen Beſitz außerdem rein militäriſch für die Ruhe der umliegenden Truppen und Dörfer von größter Wichtigkeit iſt. Da er natürlich auch den polniſchen Aufrührern als ein begehrenswertes Ziel erſchien, war es unbedingt nötig, daß ſich der deutſche Selbſtſchutz um ihn herum ein möglichſt weites Vorfeld ſchuf. Das alles aber waren nur örtliche Unternehmungen. Im großen fügte ſich der deutſche Selbſtſchutz unbedingt der J.K., für deren Stärkung er ja durch ſeine Ziele und ſeine Tätigkeit eintrat, und für die er zunächſt die einzige Waffe gegen den polniſchen Aufruhr bildete.

Es iſt ganz ſelbſtverſtändlich, daß der ſo entſtandene Selbſtſchutz Oberſchleſien nicht gewillt iſt, ſeine Waffen eher aus der Hand zu legen, als bis er den Zweck, um deſſen Willen er ſich gebildet hat, erreicht ſieht, d. i. die völlige baldige Befreiung Oberſchleſiens von den polniſchen Banden und die Wiederherſtellung des Wirtſchaftslebens und der Geſetzmäßigkeit. Es iſt ebenſo ſelbſtverſtändlich, daß es ſein ſehnlichſter Wunſch iſt, die Befreiung ſeiner deutſchen Brüder und Schweſtern mit durch die deutſchen Volksgenoſſen und nicht allein durch landfremde Truppen durchzuführen. Die Entſcheidung darüber liegt bei der J.K. Dieſe muß ſich aber darüber klar ſein, daß, je länger der Zuſtand der tatenloſen Duldung des polniſchen Unrechts und des wirtſchaftlichen Stillſtandes anhält, deſto mehr die Erbitterung in der oberſchleſiſchen Bevölkerung und

in ihrem Selbſtſchutz wächſt. Das oberſchleſiſche Volk würde ſich ſelbſt aufgeben, wenn es die Waffe ſeines Selbſtſchutzes aus der Hand legte, ehe nicht der Zuſtand vor dem 3. Mai wieder völlig erreicht iſt.

Anlage 3.

Tagesbefehl.

In Abwehr unaufhörlicher Angriffe der polniſchen Aufrührer auf das Gebiet des Annaberges und um die altehrwürdige Feſte Coſel vor dem Eindringen der Korfanty-Banden zu bewahren, haben am 4. Juni die Selbſtſchutzverbände der Gruppe Süd wertvolles deutſches Gelände in glänzend angelegtem und durchgeführtem Kampf den polniſchen Räubern entriſſen.

Endlich fanden ſie dadurch die langerſehnte Gelegenheit, den Inſurgenten zu ſtrafen für die Frechheit, mit der er ſo lange ſchon ungeſühnt wertvolles deutſches Land knebelt und unſere Linien bedroht. Ich ſpreche Führung und Truppe für die Leiſtung des 4. Juni Anerkennung und Dank aus.

Oberglogau, den 5. Juni 1921.

gez. Hoefer
Generalleutnant und Führer des S.S.O.S.

Anlage 4.

Oberglogau, den 6. Juni 1921.

Hochzuverehrender Herr General! (Henneker.)

Von anliegender Abſchrift meines Befehls, den ich auf Grund unſerer heutigen Unterredung an die Selbſtſchutzverbände gegeben habe, bitte ich Kenntnis zu nehmen.

Ich möchte dieſe Gelegenheit benutzen, um Sie, Herr General, erneut und mit aller Eindringlichkeit darauf hinzuweiſen, mit welcher Ungeduld der Selbſtſchutz und die geſamte oberſchleſiſche Bevölkerung die ſofortige Beendigung der geſetzloſen Zuſtände erwartet. Ein Beſuch bei in vorderer Linie liegenden Selbſtſchutz-Formationen zeigte mir heute nachmittag wieder mit bedrohlicher Deutlichkeit, daß die Truppe den nun ſchon 5 Wochen anhaltenden Zuſtand der Tatenloſigkeit nicht mehr lange ertragen wird.

Berufene Vertreter der Bevölkerung haben mir unzweideutig heute abermals den gleichen Standpunkt mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Ganz beſonders ſcharf iſt dabei der Gedanke, daß von ſeiten der I.K. überhaupt Verhandlungen mit den polniſchen Inſurgenten geführt werden könnten, abgelehnt worden.

Ich werde trotzdem meine Zuſicherung, zunächſt auf offenſive Maßnahmen zu verzichten als einſeitige Verpflichtung meinerſeits aufrecht erhalten, einerlei, ob eine ſolche Bindung auch bei den Inſurgenten eintritt. Wenn dieſe etwa auf dem Verhandlungswege nicht durch Befehl oder Zwang verſucht werden ſollte, ſo müßte ich dieſen Weg des Verhandelns mit den Rebellen, der auch im offenen Widerſpruch zu den bisherigen Zuſicherungen der I.K. ſteht, auf das entſchiedendſte ablehnen.

Ich hielt es für meine Pflicht, Sie hierauf und auf die außerordentliche Spannung der gegenwärtigen Lage nochmals mit allem Nachdruck aufmerkſam zu machen.

Genehmigen Sie, Herr General, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Hoefer
Generalleutnant a. D.

Anlage 5.

O.L. Hoefer
I, a. Nr. 125.

Oberglogau, den 6. Juni 1921.

Befehl.

Auf Grund einer Vereinbarung mit dem Oberbefehlshaber der engliſchen Streitkräfte in Oberſchleſien befehle ich für das taktiſche Verhalten des Selbſtſchutzes bis auf weiteres folgendes:

1. Die eigene Stellung iſt unbedingt zu halten. Jeder Angriff auf ſie iſt kräftig abzuſchlagen.
2. Jede eigene Angriffstätigkeit hat zu unterbleiben.
3. Erſcheint zur Abwehr feindlicher Offenſivmaßnahmen ein geplanter Angriff nötig, ſo iſt die Genehmigung dazu bei mir einzuholen.
4. Sind beim Feinde Maßnahmen erkennbar, die auf einen Angriff hindeuten oder werden diesbezügliche Nachrichten bekannt, ſo iſt dies ſofort auf ſchnellſtem Wege hierher zu melden.
5. Patrouillen zur Beobachtung des Feindes dürfen nach wie vor gegangen werden.
6. Angeſichts des Ernſtes der Lage, in der wir uns befinden, und von der nicht nur die Zukunft Oberſchleſiens, ſondern auch die des Reiches in hohem Maße abhängt, mache ich es ſämtlichen Führern zur ernſten Pflicht, ihren Untergebenen vorſtehenden Befehl ſofort in eindringlicher Weiſe zur Kenntnis zu bringen und ſeine Durchführung mit aller Strenge zu überwachen.

Hoefer
Generalleutnant a. D. und Führer des Selbſtſchutzes Oberſchleſien.

Anlage 6.

Wie Gruppe Nord vorſtehendem Appell nachgekommen, zeigt folgender Befehl:

Freiwillige des Selbſtſchutzes! Kameraden!

Die Interalliierten haben dem Herrn Oberbefehlshaber gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß ſie nur dann in der Lage ſeien, die von ihnen beabſichtigte Säuberungsaktion des von den polniſchen Aufrührern beſetzten Gebietes reibungslos vorzunehmen, und geordnete Verhältniſſe in Oberſchleſien wiederherzuſtellen, wenn der deutſche Selbſtſchutz zunächſt in ſeiner jetzigen Stellung bleibt und ſich jeder angriffsweiſen Kampfhandlung enthält.

Der Herr Oberbefehlshaber konnte nach Lage der Sache nicht anders, als im feſten Vertrauen auf die Diſziplin der ihm unterſtellten Selbſtſchutz-Verbände ſich mit ſeinem Manneswort für die von ſeinen Freiwilligen geforderte Zurückhaltung zu verpfänden.

Kameraden!

Niemand ſoll einſtens unſeren kriegserprobten, tapferen oberſchleſiſchen Führer, deſſen Herz ſtets ſo warm für ſeine Untergebenen ſchlug, des Wortbruches bezichtigen können. Stehen wir feſt hinter ihm und der oberſchleſiſchen Sache, ſo wie bisher, beweiſen wir in dieſer ſchweren Not, die über uns hereingebrochen iſt, daß deutſches Soldatenwort noch etwas wert iſt.

Jeder einzelne Schuß, der unbedacht losgeht, kann uns vieles kosten! Gewiß kommt es uns bitter an, uns nicht selbst aus eigener Kraft, nach eigenem Willen zu unserem Rechte verhelfen zu können. Euch, Kameraden, wird dies besonders schwer angehen, die Ihr in glühender Begeisterung herbeigeeilt seid, unter Hinansetzung Eurer Berufspflichten aus Werkstatt und Büro, vom Pflug und aus den Hörsälen deutscher Hochschulen, die Ihr darauf brennt, den heimtückischen Gegner die deutsche Faust fühlen zu lassen. Verzagt nicht in dieser schweren Stunde, werft nicht kleinmütig die Flinte ins Korn — dies ist nicht deutsche Art. Gedenket der Brüder, die für das oberschlesische Land bereits ihr Herzblut hingaben; steht weiter unter Hintansetzung persönlicher Rücksichten zur gerechten Sache unseres oberschlesischen Volkes, für die Ihr Euch eingesetzt habt und hofft mit mir, der ich warm mit Euch empfinde, und voll Eure Gefühle würdige, auf den Zeitpunkt, wo wir uns wieder regen dürfen. Vielleicht kommt bald der Augenblick, wo zu uns dringt die Aufforderung, wie einst im fernen Osten: „Die Deutschen an die Front!“

Das walte Gott!

Konstadt, den 10. Juni 1921.

Grützner

Oberstleutnant und Führer der Gruppe Nord des Selbstschutzes Oberschlesien.

Anlage 7.

Ratibor, den 11. Juni 1921.

Euer Exzellenz

tragen wir folgendes vor:

Die Nachrichten verdichten sich, daß die polnischen Insurgenten einen Angriff auf Ratibor in den nächsten Tagen beabsichtigen. Das polnische Mitglied bei der Gefangenen-Austauschstelle bei der I.K. Matschewsky hat in Gegenwart des Grafen Frankiny erklärt, daß die Polen am rechten Ufer gegenüber dem Abschnitt Ratibor große Truppenmassen zusammengezogen hätten, daß sie darauf drängen, die Stadt Ratibor in ihre Hand zu bekommen, daß auch Korfanty den Besitz der Stadt Ratibor und des südlichen Teiles des Kreises Ratibor dringend wünsche, und daß die Polen so stark seien, daß sie Ratibor, dessen schwache Besatzung ihnen wohl bekannt ist, durch einen einzigen Angriff nehmen könnten.

Die gleiche Nachricht übermittelte ein Angestellter der Firma Hegenscheid in Ratiborhammer dem Direktor Blau. Aus seiner Nachricht geht weiter hervor, daß auch bei Ratiborhammer starke Kräfte zusammengezogen werden.

Aus Leng wird gemeldet, daß die Insurgenten mit Aushebung sämtlicher wehrhaften Mannschaften in den Dörfern rechts der Oder des Kreises Ratibor vorgehen.

Die vorübergehend verbreitete Nachricht, daß die Polen auf französischen Befehl ihre Linie nach dem Kreise Rybnik zurückverlegen, hat sich als unwahr herausgestellt. Polnische Insurgenten haben dem Grafen Frankiny gestern, den 10. d. M., erklärt, daß sie nicht daran dächten, auch nur einen Schritt zurückzugehen, da sie mindestens die Oderlinie als Grenze verlangten. Von der polnischen Austauschmission ist bei der hiesigen I.K. die offizielle Mitteilung eingegangen, daß für die nächsten Tage jeder Gefangenenaustausch gesperrt würde. Nach dem vorher Gesagten ist das ein Beweis, daß die Polen etwas Bedeutendes gegen Ratibor planen. Die schriftliche Erklärung des polnischen Austauschbüros ist bei der Truppe Süd in Polnisch-Neukirch niedergelegt.

Wir ſind der feſten Überzeugung, daß die zeitweilige Einſtellung der Beſchießung Ratibors durch die Inſurgenten ein Manöver iſt und daß ſie den Zweck verfolgt, den Selbſtſchutz in Sicherheit zu wiegen, um den feſt beabſichtigten Angriff auf Ratibor alsdann um ſo leichter ausführen zu können.

Wir bitten Euer Exzellenz, ſofort die erforderlichen Streitkräfte in dem Abſchnitt Ratibor bereitzuſtellen, damit im Fall eines Angriffs Ratibor geſichert iſt, und daß der ſchon ſo lange auf Ratibor laſtende Druck endgültig beſeitigt wird.

Für die Deutſchnationalen: Wellenkamp, Weſtram, Reimann. Für die kathol. Volkspartei: Ulitzka. Für die demokr. Partei: Dr. Bisner.

Für die ſozialdemokr. Partei: Machill. Für die freien Gewerkſchaften: Frank.

Anlage 8.

Oberkommando der alliierten Streitkräfte Oberſchleſiens.
Generalſtab Oppeln, den 9. Juni 1921.
Nr. 13 956/3.

General Gratier, Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte in Oberſchleſien an den Befehlshaber der britiſchen Truppen.

Ich beehre mich, Ihnen anbei Abſchrift eines Schreibens, das ich gleichzeitig an den Befehlshaber der italieniſchen Truppen betr. Neutraliſierung des Gebietes zwiſchen Oder und Oſtgrenze des Kreiſes Ratibor-Land richte, zu übermitteln.

Ich wäre dankbar, wenn Sie das Erforderliche veranlaßten, daß General Hoefer von dieſen Änderungen Kenntnis erhält und Maßregeln ergreift, damit die vorgeſehenen Bedingungen von ſeiner Seite aus erfüllt werden.

gez. Gratier.

Oberkommando der alliierten Streitkräfte Oberſchleſiens.
Generalſtab Oppeln, den 9. Juni 1921.
Nr. 13 955/3.

An den Oberſt und Kommandeur der italieniſchen Truppen.

Man iſt übereingekommen, daß die Polen im Laufe des 10. Juni die Zone zwiſchen Oder und Oſtgrenze des Kreiſes Ratibor-Land räumen werden unter der Bedingung, daß die Deutſchen weſtlich der Oder bleiben und insbeſondere die Vororte Oſtrog und Plania öſtlich von Ratibor räumen werden.

Eine vom Militärdepartement zuſammengeſetzte interalliierte Kommiſſion wird ſich morgen am 10. Juni nach Ratibor begeben, um die Ausführung dieſer in Rede ſtehenden Verabredung zu überwachen.

Es iſt daher Ihrerſeits notwendig, darüber zu wachen, daß die Maßregeln, die bereits ergriffen worden ſind, um die Neutraliſierung des Oberlaufes ſicherzuſtellen, aufs ſtrengſte innegehalten werden.

Ich bitte daher, die hierzu notwendigen Befehle zu erteilen.

gez. Gratier.

Anlage 9.

Oberglogau, den 12. Juni 1921.

An

Herrn General Henneker.

Bezugnehmend auf unſere Unterredung vom 11. 6. abends habe ich die Ehre, folgendes mitzuteilen.

Infolge der fortdauernden Bedrohung von Ratibor ſind auf wiederholtes dringendes Bitten der dortigen Bevölkerung Selbſtſchutzverbände im Raume weſtlich und nordweſtlich Ratibor verſammelt. Die Maßnahme geſchah lediglich zur Beruhigung und Sicherung der Bevölkerung.

Sollte der Pole die Bedrohung von Ratibor fortſetzen, ſo werde ich die ungefähre Linie: Hohenbirken—Dobitſch—Markowitz beſetzen laſſen.

gez. Hoefer.

Anlage 10.

Oberglogau, den 11. Juni 1921.

An

Herrn General Henneker.

Aus der mir durch meinen V.O. übermittelten Abſchrift eines Schreibens des franzöſiſchen Generals Gratier an den Kommandanten der italieniſchen Truppen vom 9. Juni habe ich zu meinem lebhaften Erſtaunen erſehen, daß von alliierter Seite mit den Inſurgenten eine „Convention“ abgeſchloſſen zu ſein ſcheint. Ich muß nochmals betonen, daß ich Verhandlungen mit den Inſurgenten niemals anerkennen kann.

Aus dem Schreiben geht ferner hervor, daß dem deutſchen Selbſtſchutz die Räumung der Vororte von Ratibor Oſtrog und Plania zugemutet wird.

Eine mir ebenfalls heute vom franzöſiſchen General Gratier zugeſchickte Karte läßt erkennen, daß von dem Selbſtſchutz ebenſo wie von den Inſurgenten Räumung Oberſchleſiens verlangt wird. — Ich habe der I.K. gegenüber in meinem Schreiben vom 31. 5. betont, daß ich es ablehnen muß, den Selbſtſchutz aus ſeinen jetzigen Stellungen zurückzuziehen, bevor der Rechtszuſtand in Oberſchleſien wiederhergeſtellt iſt. Die Aufforderung zur Räumung trägt weder der Rechtslage noch dem Rechtsempfinden meiner Kameraden und der übrigen deutſchgeſinnten Bevölkerung Oberſchleſiens Rechnung und iſt undurchführbar. Sie ſtellt den in berechtigter Notwehr handelnden Selbſtſchutz den polniſchen Inſurgenten gleich. Der Selbſtſchutz ſieht ſeine Aufgabe erſt als erfüllt an, wenn die polniſchen Inſurgenten aus Oberſchleſien vertrieben und die nötigen Garantien für Leben und Eigentum der Bevölkerung ſichergeſtellt ſind.

gez. Hoefer
Generalleutnant und Führer des Selbſtſchutzes Oberſchleſien.

Anlage 11.

Nach der „Rundſchau“ (Ratibor) Nr. 131 vom 11. Juni 1921 bringt die „Przeglad Wieczorny“ recht wertvolle Geſtändniſſe unterm 6. Juni 1921. Sie ſchreibt:

„Die polniſchen Arbeiter ſind ſchon ausgebildet, mit deutſchen Waffen verſehen und mit den modernſten techniſchen Mitteln, vor allem Verkehrsmitteln, wie Laſt- und Perſonenautos, Motorräder, Train, ſogar mit Feldküchen in den Kampf gegangen.

Die oberſchleſiſche militäriſche Aktion hat ſchon mit der Möglichkeit eines dritten Aufſtandes gerechnet. Die polniſchen Führer, die demobiliſierten Hallerſoldaten, die ehemaligen polniſchen Soldaten der preußiſchen Armee, die Mitglieder der Abſtimmungspolizei — ſie alle waren in die geheim bleiben ſollende Angelegenheit eingeweiht. Alle Bezirke Oberſchleſiens waren von der Organiſation der Aufſtändiſchen umfaßt, an deren Spitze ſtändige Stäbe ſtanden, beſtehend aus Offizieren und Unteroffizieren der deutſchen Armee, die die Organiſation der Aufſtandsbewegung leiteten.

Die Front wurde im Augenblick des Ausbruchs der Aufſtandsaktion in drei Gruppen geteilt; die ſüdliche Gruppe, die im Rayon von der tſchechiſchen Grenze bis Ratibor und in Teilen des Kreiſes Coſel operiert; die mittlere oder öſtliche Gruppe unter der Führung von Haule und Borelowſki operiert im Zentrum der Front an der Oder von Alt-Coſel über Kandrzin, Slawentzitz bis Dolna, wo ſie ſich mit der nördlichen Gruppe des Hauptmann Neugebauer vereinigt, die die Front bei Groß-Strehlitz und Roſenberg bis zum Kreiſe Kreuzburg hält. Jede dieſer drei Gruppen hat ihren beſonderen Stab, der an die Diviſionsſtäbe erinnert. Dieſen Stäben ſind die Stäbe der Abteilungen unterſtellt, die den Charakter von Regimentsſtäben haben.

Die öſtliche Gruppe iſt am modernſten organiſiert. Sie erinnert an einen Korpsſtab aus den Zeiten des Weltkrieges. Das Schloß, in dem ſich der Stab befindet, iſt ganz von Telefondrähten umgeben, der Stab hat ſeine eigene Funkenſtation und verfügt über eine ſehr große Kraftwagenkolonne. Der öſtlichen Gruppe fällt die wichtigſte Aufgabe zu: ſie hält die äußere Front an der Oder und operiert innerhalb der Frontlinie gegen die Städte Kattowitz, Beuthen, Hindenburg, Tarnowitz und Gleiwitz, die von den Bataillonen der Aufſtändiſchen umgeben und durch Barrikaden von den umliegenden Dörfern und Vorſtädten abgeſchnitten ſind.

Das Kriegsmaterial iſt ganz modern organiſiert. An der Front befinden ſich Kampfbataillone, hinter der Front Reſervebataillone. Dort werden Kavallerie, Artillerie, ja ſogar Fliegerbataillone gebildet, die die Aufſtändiſchen zu organiſieren geneigt ſind.

Unabhängig von den Fronttruppen wimmelt ganz Oberſchleſien von Aufſtändiſchen, die in den Städten und Dörfern die Ruhe (!) und Ordnung (!) aufrecht erhalten. Außer den Bataillonen, die die Städte umgeben, wird jede Ortſchaft von der Volkswehr (poln. Orgeſch) bewacht. ... Dieſe Gendarmerie, die unter Leitung des Hauptmann Zyle organiſiert wurde, und die den ganzen Sicherheitsdienſt der aufſtändiſchen Organe kontrolliert, iſt ein glänzender Beweis für das organiſatoriſche Talent der Aufſtändiſchen und muß unzweifelhaft einen ſtarken Eindruck auf die Ausländer ausüben, die ſich davon überzeugen, daß es die polniſchen Aufſtändiſchen in kurzer Zeit verſtanden haben, Ruhe und muſterhafte Ordnung (!) in Oberſchleſien einzuführen.

Anlage 12.

Die Schleſiſche Volkszeitung brachte am 12. Juni 1921 unter Nr. 283 folgenden Bericht:

Das polniſche Hauptquartier in Oberſchleſien befindet ſich in Schoppinitz. Dort ſind beim Stabe etwa 50 polniſche Offiziere, die aus Kongreßpolen und aus Poſen ſtammen. Ferner ſind daſelbſt eine Anzahl franzöſiſcher Offiziere beſchäftigt, welche die taktiſchen Anweiſungen erteilen. Dieſe franzöſiſchen Offiziere tragen Zivilkleidung. Vielfach kommen jedoch franzöſiſche Offiziere in Uniform zum Beſuch ins Hauptquartier.

Auch Korfanty befindet ſich in Schoppinitz. Er hält die Verbindung mit Warſchau aufrecht und fährt auch ſelbſt öfter nach Warſchau. Die Verbindung zwiſchen ihm und der polniſchen Regierung wird vermittelt durch ein Hauptbüro für Oberſchleſien, das ſich in Warſchau in der Kopernikusſtraße 36 befindet. In dieſem Büro in Warſchau, ſowie in anderen Büros in Lemberg, Krakau und Lublin ſind ſchon vor langer Zeit die Vorarbeiten zu dem „Aufſtand" in Oberſchleſien getroffen worden. Dort wurden auch die polniſchen Agenten ausgebildet, die vor langer Zeit nach Oberſchleſien gekommen ſind. Ebenſo erhielten ſie dort ihre Ausweispapiere und wurden mit Geld verſehen.

An regulären kongreßpolniſchen Truppen befinden ſich z. Z. in Oberſchleſien vier Bataillone, die bereits eingeſetzt ſind. Zwei Bataillone liegen ferner im Raum von Myslowitz und ein weiteres in Schoppinitz. In letzterem Ort wird auch z. Z. ein kongreßpolniſches Pionierbataillon zuſammengeſtellt, unter Anleitung von franzöſiſchen Inſtruktionsoffizieren. Ungefähr dreißig polniſche Ingenieuroffiziere befinden ſich zu dieſem Zweck bereits in Schoppinitz. Bis zum 12. d. M. ſoll noch ein Geſchwader von ſechs Flugzeugen aus Warſchau eintreffen. Der aus Krakau gebürtige Oberleutnant Henner, ein polniſcher Fliegeroffizier, trifft bereits in Schoppinitz die hierfür erforderlichen Vorbereitungen. Der Flugplatz wird ſich bei Schoppinitz befinden. Die Inſurgentenarmee in Oberſchleſien beſteht aus vier Diviſionen mit ungefähr 80 000 Mann. Bei jedem Bataillon ſind ungefähr vier kongreßpolniſche Offiziere, ſowie eine Anzahl Unteroffiziere und Mannſchaften. Ebenſo befinden ſich bei allen Stäben Kongreßpolen.

Jenſeits der Grenze ſteht in der Gegend von Sosnowice eine mit modernſten Kampfmitteln ausgerüſtete Diviſion, die für Oberſchleſien beſtimmt iſt. Sie führt die Bezeichnung „1. Oberſchleſiſche Diviſion" und ſteht unter dem Befehl des Generals Szczeptycki. Zwei weitere Kampfdiviſionen werden dort noch erwartet, die eine unter General Zielinſki und die andere unter General Haller. Der letztere ſoll das Oberkommando für Oberſchleſien erhalten. In den militäriſchen Büros dieſer polniſchen Truppen ſind franzöſiſche Offiziere beſchäftigt.

Das geſamte Kriegsmaterial für Oberſchleſien wird durch das polniſche Kriegsminiſterium geliefert. Das Hauptlager für Waffen und Munition iſt in Sosnowice. Täglich treffen Waffen- und Munitionstransporte aus Polen in Oberſchleſien ein. Vor Beginn des Aufſtandes wurden die Transporte insbeſondere auf eigens hierzu hergerichteten Holzbrücken über den Grenzfluß nach Oberſchleſien geſchafft. Dieſe Transporte haben ſchon damals keine Schwierigkeiten bereitet, da die Grenze von Oberſchleſien aus durch interalliierte Truppen nicht abgeſperrt war. Lediglich auf polniſcher Seite ſtand an der Grenze polniſches Militär, das ſelbſtverſtändlich ſolchen Transporten nichts in den Weg legte. Auch die Lebensmittel für die Inſurgenten kommen zum großen Teil aus Polen. Insbeſondere handelt es ſich hierbei um amerikaniſche Konſerven, die von der polniſchen Regierung angekauft waren.

Das Geld für die Inſurgenten hat Korfanty z. T. aus Warſchau erhalten, z. T. ſind es in Oberſchleſien „requirierte" Gelder. In der Kriegskaſſe herrſcht jedoch ſolche Knappheit, daß die Inſurgenten bisher nur einen kleinen Teil ihrer Löhnung erhalten haben. Korfanty trägt ſich daher mit dem Plane, Bons auf die oberſchleſiſche Induſtrie auszugeben und damit zu zahlen. Die einem Leutnant zuſtehende Löhnung beträgt monatlich 3180 M. in deutſcher Währung. Sie ſetzt ſich zuſammen aus einem Grundgehalt von 1200 M., aus einer Zulage von 800 M., aus 100 M. Etappengeldern und 36 M. täglichen Verpflegungsgeldern.

Der Mangel an Geldmitteln bereitet dem „Diktator" Korfanty die größte Sorge. Tag für Tag werfen Insurgenten ihre Waffen weg, weil sie nicht gelöhnt werden[1]). Auch polnische Offizier haben aus diesem Grunde schon Oberschlesien verlassen. Eine Anzahl derselben flüchtete auch, weil sie von den oberschlesischen Insurgenten bedroht wurden, die den Hochmut der Großpolen nicht ertragen konnten. Ein Teil der Insurgentenarmee bleibt nur deshalb bei den Waffen, weil sie den Anspruch auf die rückständigen Löhnungsgelder nicht verlieren wollen. Auch hofft man in Insurgentenkreisen, daß die von Korfanty geplanten Bons von der Industrie eingelöst werden. (Wird nie geschehen.)

Eine weitere Schwierigkeit hat das Eintreffen der englischen Truppen verursacht. Große Teile der Insurgenten fürchten, daß die Engländer die Grenze nach Polen besetzen könnten, und daß sie selbst dann nicht mehr in der Lage wären, sich nach Polen zurückzuziehen. Besonders kriegseifrige Kreise der Insurgenten arbeiten darauf hin, in einem solchen Falle die Engländer anzugreifen und den freien Grenzverkehr zu erzwingen.

Anlage 13.

1. Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, Berlin, vom 15. 6. 21, zu meiner Orientierung:

Französischer Botschafter erhob im Auftrage seiner Regierung ernstliche Vorstellungen wegen angeblicher Weigerung General Hoefers und Zwölferausschuß, Weisungen J.K. zu folgen und die von ihnen besetzten Gebietsteile zu räumen. Zwölferkommission hätte Sprache geführt und Bedingungen gestellt, welche nicht geduldet werden könnten. Zu Recht bestehende Regierung sei J.K. Wenn Hoefer sich Anordnungen der J.K. widersetzt, so befände er sich mit seinen Anhängern im Zustande der Rebellion. Wenn jetzt Beruhigung in Oberschlesien nicht zustande käme, so sei dies Schuld Hoefers, denn die Polen hätten versprochen, sich zurückzuziehen, wenn die Deutschen dies gleichzeitig täten. Laurent legte besonderen Nachdruck darauf, daß Forderungen an Hoefer durch Sir Harald Stuart gestellt wären, ein Beweis für ihre Berechtigung und für die unbedingte Einmütigkeit Englands und Frankreichs in Oberschlesien. Weitere Beweise der Einmütigkeit werden dadurch erfolgen, daß englischer Geschäftsträger heute bei mir gleiche Demarche unternehmen würde.

Ich erwiderte Botschafter, daß ich seine Eröffnungen noch heut nachmittag Kabinett unterbreiten würde. Machte ihn indessen schon jetzt darauf aufmerksam, daß zahlreiche Meldungen vorlägen, wonach von Deutschen geräumte Orte nach Abzug der Ententetruppen von Rebellen besetzt würden, die dort in unmenschlicher Weise hausten. Auch bildeten sich sofort hinter Rücken der Alliierten wieder polnische Banden. Deutsche Regierung sei nicht in der Lage, Hoefer Befehle zu erteilen. Sie könne nur versuchen, auf ihn einzuwirken und habe dies bis jetzt nicht ohne Erfolg getan. Sie könne aber deutschem Selbstschutz nicht zumuten, von ihm geschützte Orte zu räumen und dem Terror auszuliefern. Ich machte schließlich darauf aufmerksam, daß die in Oberschlesien geführte Politik nicht einschreite gegen Korfanty-Banden, und die Gleichstellung deutschen Selbstschutzes mit Insurgenten gegenwärtigem Kabinett ein weiteres Bestehen unmöglich machen würde. Geduld deutschen Publikums sei erschöpft, wie er aus der heut überreichten Note ersehen werde. (Nicht zu erlangen gewesen.)

gez. Rosen.

---

[1]) S. Seite 217.

Anlage 14.

2. Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, Berlin, vom 15. 6. 21, zu meiner Orientierung:

Nach der Kabinettssitzung um 7 Uhr besuchte mich der englische Geschäftsträger Lord Kilmarnock und sagte mir, er sei zwar von seiner Regierung nicht beauftragt, hätte aber geglaubt, sich auf Bitte des französischen Botschafters dem von diesem heut unternommenen Schritt anschließen zu sollen. Er wolle nicht verfehlen, auf die Gefahren hinzuweisen, welche sich aus der Weigerung General Hoefers, den Anordnungen der J.K. zu folgen, ergeben müßten.

Ich erwiderte ihm zur Lage in Oberschlesien dasselbe, wie dem französischen Botschafter und fügte dann hinzu, daß ich gerade aus der Kabinettssitzung käme, wo ich die Eröffnungen des französischen Botschafters zur Kenntnis gebracht hätte. Ich hätte daraufhin von dem Reichskanzler und dem gesamten Kabinett den Auftrag erhalten, dem englischen Geschäftsträger mitzuteilen, daß bei einer weiteren Verfolgung der Politik der J.K. in Oberschlesien es ausgeschlossen sei, daß das Kabinett Wirth sich halten könnte. Das Kabinett und mit ihm ganz Deutschland hätten von der Ankunft der englischen Truppen und des englischen Kommissars Sir Harald Stuart eine Änderung in der bisherigen von General Le Rond betriebenen Politik, zum mindesten aber keine Begünstigung Korfantys erwartet. Die Engländer wären allgemein als Retter in der Not angesehen worden. Jetzt müsse man es erleben, daß die englischen Befehlshaber den französischen unterstellt werden und nichts anderes täten als diese. Nirgends werde gegen die Polen ernstlich eingeschritten und es bestätige sich, was Lord d'Abernon mir schon gesagt hätte, daß die Franzosen nicht dazu zu bewegen wären, auf die Polen zu schießen. Jetzt täten die Engländer dies gleichfalls nicht und ließen sich, von den Franzosen geführt, auf Verhandlungen mit Korfanty ein, der nicht im entferntesten daran dächte, seine Versprechungen einzuhalten. Sir Harald Stuart führte dieselbe Sprache wie vorher General Le Rond und stellte dasselbe Ansinnen an den deutschen Selbstschutz, wie dieser, nämlich, daß er sich gleichzeitig mit den polnischen Insurgenten zurückziehen solle. Die deutsche Regierung wäre nicht in der Lage, auf General Hoefer dahin einzuwirken, daß er deutsche Ortschaften räumte und mit seinen Truppen zusähe, wie sie dann von den polnischen Mordbrennern gebrandschatzt und verwüstet würden. Ich müßte den englischen Geschäftsträger auf das ernsteste auf die Folgen einer derartigen Politik hinweisen, die nicht abzusehen wären, deren erste aber der Sturz des gegenwärtigen Kabinetts sein würde.

Auf die Frage Lord Kilmarnocks, ob ich mir hiervon eine Besserung der Lage Deutschlands verspräche, antwortete ich verneinend, fügte aber hinzu, daß das Kabinett durch die Ereignisse zum Rücktritt gezwungen würde, wenn nicht schnell eine Änderung in der Haltung der Alliierten einträte. Alles käme auf eine rasche Entscheidung in der oberschlesischen Frage an; denn wir wären auf Grund zuverlässiger Nachrichten davon überzeugt, daß die ganze Verschleppungspolitik der Franzosen planmäßig den Zweck verfolgt, Korfanty Zeit zur Polonisierung Oberschlesiens zu geben und dadurch uns vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Geduld Deutschlands wäre vollkommen erschöpft, wie er aus der heute überreichten Note ersehen würde. (Ich habe diese Note nicht erlangen können. Hoefer.) Wenn ihm diese Note etwas scharf erschiene, so möchte er bedenken, daß sie nur zu geringem Teile die Gefühle der Regierung und des Landes wiedergäbe.

Ich machte ferner Lord Kilmarnock darauf aufmerksam, daß die Interpellation über Oberschlesien und über die Aufhebung der Sanktionen unmittelbar bevorstände

Was könnte die deutſche Regierung dem Reichstag ſagen? Sie wäre nicht in der Lage, mit Bezug auf die endgültige Regelung Oberſchleſiens eine Hoffnung zu eröffnen, ſondern müßte zugeben, daß ſie ſich jeder noch ſo demütigenden Forderung der Entente gefügt hätte, ohne den geringſten Vorteil davon zu erlangen. Die deutſche Regierung könnte nicht einmal über die Aufhebung der Sanktionen ein beruhigendes Wort an den Reichstag richten. Ich hätte ſchon ſeit mehr als 14 Tagen Tag für Tag auf die Notwendigkeit einer ſolchen Erklärung hingewieſen, wenn das Kabinett ſich überhaupt noch halten wolle. Nun müßte ich trotzdem mit leeren Händen vor dem Reichstag erſcheinen.

Lord Kilmarnock will verſuchen, vor Sonnabend eine Erklärung ſeiner Regierung zu erlangen, wonach England ſich für die ſofortige Aufhebung der Sanktionen einſetzen wird. Auch bezüglich der übrigen Fragen ſchien Lord Kilmarnock nach meinen ſehr deutlichen Ausführungen trotz anfänglichen Widerſpruches ſtark einzulenken. Er teilte mir auch ein Telegramm aus Oberſchleſien mit, wonach die Einigung zwiſchen den Generalen Hoefer und Henneker recht befriedigend ſei. Henneker bezeichnet hierin den Hoeferſchen Standpunkt als durchaus vernünftig (quite reasonable). Er legte auch Wert darauf, der Zeitungsnachricht entgegenzutreten, wonach die Säuberungsaktion aufgegeben ſei. Es handelt ſich in Wirklichkeit nur darum, einen kleinen Abſtand zwiſchen den engliſchen und polniſchen Truppen zu ſchaffen, um Fraterniſierungsverſuchen vorzubeugen. Schließlich verſprach Lord Kilmarnock, das Geſamtbild der Lage des Kabinetts, wie ich es ihm geſchildert hatte, ſeiner Regierung ſofort darzulegen.

gez. Roſen.

Anlage 15.

Telegramm des Zwölferausſchuſſes vom 17. 6. 1921 an die interalliierten Miniſterpräſidenten: Lloyd George, Briand und Giolitti:

In der Nacht zum 3. Mai 1921 iſt in Oberſchleſien ein neuer, bis in die geringſte Einzelheit planmäßig vorbereiteter polniſcher Aufſtand ausgebrochen. Heute, 6 Wochen nach Beginn des Aufſtandes, ſtellen wir die tatſächliche Lage feſt:

In dem Machtbereich des franzöſiſchen Generals Le Comte Denis ſind mit ſeiner Zuſtimmung die wichtigſten Bahnhöfe: Beuthen am 26. Mai, Tarnowitz am 31. Mai, Kattowitz am 4. Juni den Inſurgenten ausgeliefert worden. Die Aufſtändiſchen benutzen die Eiſenbahnlinien zum Transport von Truppen und Kriegsgerät. Der Aufſtand richtet ſich gegen die I.K. Trotzdem haben franzöſiſche Stellen der I.K. durch die Auslieferung der genannten Bahnhöfe den Aufſtand unterſtützt. Die Rebellen führen mit geraubten deutſchen Lokomotiven und Eiſenbahnwagen auf den oberſchleſiſchen Gruben geförderte Steinkohlen nach Polen. Die I.K. iſt verantwortlich für das ihr zu treuen Händen anvertraute Abſtimmungsgebiet. Sie hat weder gegen den Raub der Verkehrsmittel, noch gegen den unrechtmäßigen Abtransport der Kohlen etwas unternommen.

Seit dem 3. Mai iſt das Wirtſchaftsleben in Oberſchleſien gelähmt. Niemals iſt die wirtſchaftliche Abhängigkeit Oberſchleſiens von Deutſchland und ſeine unlösbare Verbindung mit Deutſchland augenfälliger bewieſen worden. Für die Gruben und Hütten fehlen die erforderlichen Materialien, die Reſerveteile, Schmiermaterial, Sprengſtoffe und Zement. Den Hütten fehlen die Rohſtoffe. Für die Produktion fehlen die Abſatzmärkte und die Aufträge. So droht den Gruben und Hütten völlige Stillegung und mehr als 200 000 Arbeitern Erwerbsloſigkeit.

Auf das ſchärfſte betroffen iſt auch die oberſchleſiſche Landwirtſchaft. Abgeſehen von der Entziehung von Arbeitskräften haben die Inſurgenten rückſichtslos die für den Betrieb der Landwirtſchaft notwendigen Zugtiere und Wagen fortgenommen, große Mengen Zuchtvieh abgeſchlachtet und dadurch die Ernährung Oberſchleſiens auf lange Zeit auf das ernſteſte geſchädigt.

Heute, 6 Wochen nach Beginn des Aufſtandes, organiſiert Korfanty eine Miliz. Er läßt zwangsweiſe Oberſchleſier, auch deutſchgeſinnte, zum Waffendienſt ausheben. Die von der I.K. eingeſetzte Zenſurſtelle duldet die Veröffentlichung dieſer Verordnungen in der polniſchen Preſſe. Zur Finanzierung des Aufſtandes haben die Inſurgenten eine beſondere Steuer ausgeſchrieben und die Zahlung der geſetzlichen Steuern an die rechtmäßigen Behörden verboten. Die interalliierte Zenſurſtelle hat keine Veranlaſſung gefunden, die Veröffentlichung dieſer Anordnung zu verhindern. Uns iſt nichts davon bekanntgeworden, daß die I.K. auch nur in einem einzigen Falle die ihrer Autorität hohnſprechenden Verordnungen der Inſurgenten öffentlich als für die Bevölkerung unverbindlich bezeichnet hat.

Tauſende von gefährdeten Menſchen ſind in die Städte geflüchtet. Die I.K. hat die Sorge für den Unterhalt, die Unterbringung und Verpflegung ausſchließlich der deutſchen Bevölkerung überlaſſen und ſich nicht im geringſten um die Not dieſer Unglücklichen gekümmert.

Tauſende von Arbeitern, Angeſtellten und Beamten ſind von ihren Arbeitsſtätten ausgeſperrt und erwerbslos in wirtſchaftlicher Not. Die I.K. hat ſich ihrer noch in keiner Weiſe angenommen.

Wegen der Verwundung von drei franzöſiſchen Soldaten und der Gefangennahme einiger Franzoſen durch Angehörige des deutſchen Selbſtſchutzes ſind bei der deutſchen Reichsregierung die nachdrücklichſten Vorſtellungen erhoben worden (Fall Kalinow, ſiehe Seite 266). Hunderte von Deutſchen ſind in Oberſchleſien hingemordet und noch immer ereignen ſich Mordtaten. Noch immer laufen täglich Meldungen über beſtialiſche Mißhandlungen von Deutſchen nur um ihres Deutſchtums willen ein. Tauſende von Deutſchen ſchmachten in polniſchen Gefangenenlagern. Zur Sühne der Verbrechen, zur Hilfeleiſtung für die Gefangenen, zum Schutz der Hunderttauſende von bedrohten friedlichen Oberſchleſiern iſt noch nichts geſchehen. Schon ſeit Anfang Juni befinden ſich die von England geſtellten Truppenverſtärkungen in Oberſchleſien. Aber noch immer gebärden ſich die Aufſtändiſchen unbeſtritten und unangefochten als Herren der Lage. Wir geben den leitenden Staatsmännern der für Oberſchleſien verantwortlichen Mächte von dieſen Zuſtänden Kenntnis, damit ſie die I.K. anweiſen, endlich in dem gequälten Oberſchleſien Recht und Geſetz wiederherzuſtellen."

Anlage 16.

Die franzöſiſche Regierung hatte dem deutſchen Botſchafter in Paris am 20. 6. 1921 auf die Note vom 16. Juni über die Zuſtände in Oberſchleſien folgende Antwortnote übergeben. (Die Note vom 16. 6. habe ich nicht erlangen können; ſiehe auch Seite 288):

Herr Botſchafter!

Sie haben mir durch Ihr Schreiben vom 16. Juni den Wortlaut einer Proteſtnote der Deutſchen Regierung wegen der Ereigniſſe in Oberſchleſien übermittelt. Dieſes

Schriftſtück gibt eine Darſtellung, gegen die ich Einſpruch zu erheben verpflichtet bin. Die franzöſiſche Regierung verkennt keineswegs die Ausſchreitungen, deren ſich die polniſchen Inſurgenten ſchuldig gemacht haben. Sie hat dieſe von Anfang an verurteilt, aber ſie kann deshalb das Bild, das Sie von der Lage entwerfen, nicht als zutreffend anerkennen. Die J.K. hat unaufhörlich die größten Anſtrengungen gemacht, um die Achtung vor Leben und Eigentum zu gewährleiſten, und ihre Bemühungen ſind ſehr oft von Erfolg gekrönt worden. Die alliierten Regierungen haben Schritte unternommen, um die Freilaſſung der Geiſeln zu erwirken, deren Namen Ihnen mitgeteilt worden ſind, und die polniſche Regierung hat dem Aufſtand keineswegs die Unterſtützung zuteil werden laſſen, welche Sie brandmarken.

Wenn im übrigen die Deutſche Regierung glaubt, eine Reihe von Beſchwerden vorbringen zu ſollen, muß ſie dieſe an die J.K. richten: dieſe trifft in ihrer Geſamtheit ihre Entſcheidungen, und ich ſehe mich meinerſeits nicht in der Lage, Kritiken anzunehmen, die daraufhin zielen, den Präſidenten der Kommiſſion allein verantwortlich zu machen. Überdies wäre die Lage heute anders und die Ordnung in Oberſchleſien wäre bereits wieder hergeſtellt, wenn die deutſchen Selbſtſchutz-Organiſationen nicht eine Haltung eingenommen hätten, welche in gleicher Weiſe, wie der polniſche Aufſtand, eine Herausforderung der J.K. darſtellt. In demſelben Augenblick, in dem die polniſchen Inſurgenten durch Taten ihre Bereitwilligkeit erwieſen, ſich den Befehlen der J.K. zu unterwerfen, in dem Augenblick, in dem ſie begannen, ſich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, beſteht die Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hoefer und der Führer der deutſchen Parteien in Oberſchleſien die bereits erzielten Ergebniſſe aufs Spiel geſetzt werden. Es kommt im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf an, die eine oder die andere Ausſchreitung aus der Vergangenheit ans Licht zu ziehen, ſondern es handelt ſich darum, durch Taten die Autorität der J.K. wiederherzuſtellen. General Hoefer verkennt durch ſeine Haltung dieſe Autorität. Die Deutſche Regierung verfügt über hinreichende Machtmittel, um ihn zu der Einſicht zu bewegen, daß allein völliger Gehorſam gegenüber den Anordnungen der interalliierten Behörden die Wiederherſtellung der geſetzlichen Ordnung beſchleunigen kann, deren Sicherſtellung den deutſchen Selbſtſchutz-Organiſationen angeblich am Herzen liegt.

Es iſt wahr, daß die Deutſche Regierung zu verſchiedenen Malen die Verſicherung abgegeben hat, dem General Hoefer Zurückhaltung angeraten zu haben; aber im gegenwärtigen Augenblick handelt es ſich nicht um Zurückhaltung, ſondern es handelt ſich um Unterwerfung. Allein durch Unterwerfung aller unter die interalliierten Behörden kann die Ruhe in Oberſchleſien wiederkehren. Die franzöſiſche Regierung würde glücklich ſein, zu erfahren, daß ſich alle Bemühungen der Deutſchen Regierung in dieſem Sinne bewegen.

Anlage 17.

Telegramm der deutſchen Parteien und Gewerkſchaften des „inſurgierten" Gebietes an die Leiter der alliierten Mächte und an die J.K. (Datum fehlt).

„Wir ſtellen vor aller Welt feſt, daß dieſe Behauptungen der franzöſiſchen Regierung unzutreffend ſind. Wir ſtellen feſt und unter Beweis:

1. daß heute, am 27. Juni, acht Wochen nach dem Ausbruch des Aufſtandes, die Lage in dem vom Aufſtand erfaßten Gebiet keine Beſſerung zeigt;

2. daß die J.K. in diesem Gebiet nichts für uns Sichtbares getan hat, um die Achtung vor Leben und Eigentum sicherzustellen;
3. daß die polnische Grenze heute genau so offen ist, wie sie es seit dem 11. Februar 1920, dem Tage der Übernahme der Regierungsgewalt in Oberschlesien durch die J.K., ununterbrochen gewesen ist;
4. daß die Taten der Aufständischen nicht im geringsten die Bereitwilligkeit ersehen lassen, sich den Befehlen der J.K. zu unterwerfen, und daß von einer Waffenniederlegung nicht im entferntesten gesprochen werden kann.

In demselben Augenblick, in dem die französische Regierung diese seltsame Note herausgibt, befestigt Korfanty im Aufstandsgebiet seine Gewaltherrschaft. Am 22. Juni hat der in seinem Auftrage mit Billigung französischer Stellen gebildete ungesetzliche Magistrat Tarnowitz über die Verhängung einer Kontribution in Höhe von 400 000 M. beraten. Am 23. Juni fordert der polnische Kreiskommandant von Hindenburg eine Kontribution in Höhe von ein und einer halben Million Mark. Von der deutschen Bevölkerung der Stadt Rybnik werden 17 Millionen Mark Kontribution gefordert. Am 27. Juni legt der polnische Stadtkommandant Bürgern der Stadt Myslowitz eine Kontribution von 1 Million Mark auf. Am 23. Juni haben die Aufständischen das staatliche Finanzamt in Laurahütte, Kreis Kattowitz, besetzt und üben dort die Amtsgewalt aus. Das gleiche ist geschehen mit dem staatlichen Hauptzollamt in Myslowitz. Die Pächter der Staatsdomänen in den Kreisen Pleß und Rybnik werden zur Abführung der Pachtgelder an die Behörden der Aufständischen aufgefordert. In den letzten Tagen haben die Aufständischen die Verkehrskontrolle außerordentlich verschärft. Von den Betroffenen werden Beitragsleistungen für das polnische Rote Kreuz erpreßt. Am 26. Juni haben bewaffnete Aufständische einen Teil der Stadt Gleiwitz besetzt, geplündert, mehrere Einwohner getötet und andere verschleppt.

Angesichts solcher Tatsachen spricht die französische Regierung von der bewiesenen Bereitwilligkeit der Aufständischen zur Unterwerfung.

Am 21. Juni vormittags sind bewaffnete Insurgenten in die Stadt Kattowitz eingedrungen, haben geschossen und einen Knaben verwundet und unter den Augen hinzugekommener französischer Wachtmannschaften 2 Männer festgenommen und nach Zalenze verschleppt. Am 22. Juni vormittag haben 3 französische Offiziere auf friedliche Menschen ohne jede Veranlassung in Kattowitz mit Reitpeitschen eingeschlagen. Ein vollkommen harmloser Arbeiter wurde dreimal an Kopf und Rücken getroffen. Am 23. Juni haben bewaffnete Insurgenten auf der offenen Strecke Zalenze—Kattowitz den französischen Eisenbahnzug zum Halten gezwungen und etwa 15 Zivilreisende mit ihrem Gepäck aus dem Eisenbahnzug herausgeholt. Dieser Eisenbahnzug wurde durch ein französisches Militärbegleitkommando unter Führung eines französischen Offiziers begleitet. Dieses Begleitkommando hat gegen die Gefangennahme der Reisenden durch die Aufständischen nichts unternommen. Die bestialischen Mißhandlungen friedlicher Personen durch die Aufständischen haben noch immer nicht aufgehört. Die Zensurbehörden der J.K. verhindern die deutsche Presse an der Veröffentlichung wahrheitsgetreuer Berichte über diese ungeheuerlichen Vorkommnisse. Dieselben Zensurbehörden gestatten aber der polnischen Presse Tag für Tag die Aufnahme von Berichten über angeblich von Deutschen gegenüber Polen begangener Schandtaten. So sehen die Bemühungen der französischen Organe der J.K. um die Gewährleistung der Achtung von Leben und Eigentum in Wirklichkeit aus.

Erſt nach dem völligen Verſagen der I.K. iſt die deutſche Notwehr entſtanden, auf die jetzt die franzöſiſche Regierung die Schuld für die ſeit acht Wochen andauernden Zuſtände abzuwälzen ſich bemüht. Wir legen gegen dieſe offenbare Wahrheitsfälſchung ſchärfſte Verwahrung ein.

Die I.K. hat bisher nur mit Vertretern der politiſchen Parteien in dem vom Aufſtand nicht erfaßten Gebiet verhandelt, die über die Verhältniſſe im Aufſtandsgebiet nicht hinreichend unterrichtet ſein können. Die deutſchen Parteien und Gewerkſchaften des Aufſtandsgebietes haben in ihrem Telegramm an die I.K. vom 17. Juni ausdrücklich die Wiederherſtellung völlig geſetzmäßiger Zuſtände unter Ausſchluß aller Nebengewalten gefordert. Wir haben bei der I.K. am 14. Juni unſeren Empfang nachgeſucht und am 19. Juni dieſes Erſuchen wiederholt. Eine Antwort haben wir nicht erhalten. Die I.K. will ſich offenbar der Wahrheit über die Zuſtände im Aufſtandsgebiet entziehen.

Aus dieſem Grunde wenden wir uns auf dem Wege der Öffentlichkeit an die I.K. und an die in der I.K. vertretenen Mächte, damit ſich die Wahrheit Bahn bricht und die Bildung falſcher Auffaſſungen verhindert wird.

Die deutſchen Parteien und Gewerkſchaften Oberſchleſiens.

Anlage 18.

Oberglogau, den 18. Juni 1921.

Herrn General Henneker.

Ich habe Sie, Herr General, immer wieder auf die Schwierigkeiten aufmerkſam gemacht, den Selbſtſchutz in ſeiner jetzigen Stellung zurückzuhalten. Ich habe mich für die Durchführung der Ihnen gegebenen Zuſicherung eingeſetzt, in dem Vertrauen, daß die I.K. nun endlich dem unerträglichen Zuſtand der Geſetzloſigkeit ein Ende macht, worauf der Selbſtſchutz und die Bevölkerung diesſeits und jenſeits der polniſchen Linien mit wachſender Ungeduld wartet. Es iſt mir und den Vertretern der deutſchgeſinnten oberſchleſiſchen Bevölkerung wiederholt von Ihnen bzw. der I.K. verſichert worden, daß die Inſurgenten zur zonenweiſen Räumung bis 20. Juni gezwungen werden ſollten. Verhandlungen würden nicht mit ihnen geführt. Es iſt mir ferner noch am 11. 6. von Ihnen, Herr General, erklärt worden, die Räumungsaktion ſei im Gange, und zwar unabhängig von etwaiger deutſcher Gebietsaufgabe; da eine ſolche aber die Stellung der I.K. erleichtern würde, ſo ſei ein Entgegenkommen deutſcherſeits im Intereſſe einer beſchleunigten Räumung ſehr erwünſcht. Ich habe dieſes Entgegenkommen durch Freigabe des Gebietes Slawentzitz—Dollna—Lenartowitz bewieſen.

Demgegenüber iſt von einer wirkſamen Räumung durch die Inſurgenten nichts weſentliches zu ſpüren. Vor allem befindet ſich das Induſtriegebiet, deſſen Befreiung doch auch Ihrer Anſicht nach das erſte und wichtigſte Ziel der Befreiungsaktion ſein müßte, noch immer völlig in der Hand der Inſurgenten. Daß außerdem das bisher „befreite" Gebiet von den Inſurgenten durchaus nicht geſäubert iſt, vielmehr vielfach von auf eigene Fauſt handelnden polniſchen Banden heimgeſucht wird, iſt eine Tatſache, die zur Beruhigung des Selbſtſchutzes und der Bevölkerung nicht beiträgt.

Herr General, ich ſtelle zuſammenfaſſend feſt, daß, während der Selbſtſchutz bisher meine von mir Ihnen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen in der vereinbarten loyalen Weiſe innegehalten hat, obwohl die Stimmung von Bevölkerung und Selbſtſchutz

dafür wahrhaftig kein Verſtändnis hatte, von ſeiten der I.K. nichts weſentliches zur Befreiung des Landes vor allem des Induſtriegebietes erreicht iſt.

Ich weiſe darauf hin, daß angeſichts dieſer Lage meine Stellung dem Selbſtſchutz und der oberſchleſiſchen Bevölkerung gegenüber immer ſchwieriger wird.

Ich wäre dankbar, wenn ich bei dieſem Ernſt der Lage mit Ihnen, Herr General, nochmals eine Ausſprache haben könnte.

gez. Hoefer
Generalleutnant und Führer des Selbſtſchutzes Oberſchleſiens.

Anlage 19.

General Gratier an General Henneker.

In der Abſicht, die polniſchen Inſurgenten ſowie die Elemente des Selbſtſchutzes dazu zu bringen, definitiv ihre Waffen niederzulegen (à deposer définitivement les armes), habe ich einen Rückzugsplan entworfen, von welchem die beigefügte Karte (hier nicht beigefügt) die ſukzeſſiven Phaſen angibt und welchen die beiden Gegner auszuführen hätten. Dieſem Plan zufolge würden die polniſchen Inſurgenten als die erſten die rückwärtige Bewegung antreten, beginnend mit einem Tage „Y", welcher nach Übereinkunft mit den beiden Gegnern feſtzuſetzen wäre. Der Tag (Y + 1) wäre einer Nachprüfung dieſes Rückzuges gewidmet mit dem an Delegierte des Generals Hoefer eingeräumten Rechte der Kontrolle. Am Tage Y + 2 würde der Selbſtſchutz ſeinerſeits die Evakuation einer Zone (Annaberg—Coſel) einleiten. Der Tag Y + 3 wäre der Nachprüfung dieſer Evakuation gewidmet. Beginnend mit dem Tage Y + 4 würde ſich die Evakuation gleichzeitig von beiden Seiten vollziehen, um zu einer endgültigen Pazifikation am Tage Y + 7 zu führen. Schon jetzt haben die Inſurgenten mir die Zuſicherung gegeben, daß ſie bereit ſind, ſich dieſem Plane zu fügen unter dem einfachen Reſervat, daß der Tag „Y" ihnen durch mich mit einer Voranmeldung von 36 Stunden angekündigt werden ſollte. Es bleibt alſo übrig, die deutſche Oberleitung aufzufordern, den Plan ausführen zu laſſen und im beſonderen den Tag „Y" zu beſtimmen, welcher für ein möglichſt nahes Datum feſtgeſetzt werden muß. Indem ich Ihnen die ſo in Ausſicht genommenen Dispoſitionen mitteile, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, bei General Hoefer zu intervenieren und Ihren ganzen Einfluß dahingehend einzuſetzen, um ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, ſich nicht noch einmal der Ausführung von Maßnahmen zu entziehen, die ich (übrigens im Einvernehmen mit der Regierungskommiſſion) für unumgänglich notwendig erachte, um die Ruhe im okkupierten Gebiet wieder herzuſtellen. Für den Fall, daß dieſer Plan ſeitens der Deutſchen auf keinen Widerſpruch ſtößt, ſo ſehe ich keine Schwierigkeit dafür, daß Sie ſelbſt den Tag „Y" feſtſetzen unter Berückſichtigung der notwendigen Zeit, um die Inſurgenten zu benachrichtigen und ihnen die Friſt von 36 Stunden, die ſie verlangt haben, zu gewähren.

gez. Gratier.

Anlage 20.

z. Z. Oppeln, den 19. Juni 1921.

Herrn General Henneker, Groß-Strehlitz.

Den mir geſtern überreichten neuen Plan für eine zonenweiſe Räumung durch den Selbſtſchutz und die Inſurgenten habe ich den Vertretern der deutſchen politiſchen

Parteien vorgelegt. Er iſt von ihnen, wie alle vorherigen Pläne der gleichen Art, aus denſelben Gründen wie dieſe abgelehnt worden. Dieſe Gründe ſind von den politiſchen Führern wie von mir ſelbſt ſchriftlich und mündlich der J.K. und Ihnen, Herr General, ſchon ſo oft auseinandergeſetzt worden, daß es ſich erübrigt, hier nochmals auf ſie einzugehen.

Im Einvernehmen mit den Vertretern der politiſchen Parteien überreiche ich einen Gegenvorſchlag, wie ihn anliegende Karte nebſt Anlage erſichtlich macht (die Karte iſt hier nicht beigefügt).

Uns leiteten bei der Aufſtellung dieſes Vorſchlages folgende Geſichtspunkte:

Es handelt ſich für den Selbſtſchutz lediglich um die Sicherheit der Bevölkerung, nicht um Landbeſitz. Dieſe Sicherheit wäre erſt gewährleiſtet, wenn ganz Oberſchleſien geräumt und der Aufſtand in allen Orten niedergeſchlagen iſt.

Da aber die J.K. glaubt, daß es zur ſchnelleren Erreichung dieſes Zieles führt, wenn auch wir vom Selbſtſchutz befreites Land an die J.K. abgeben, ſo ſind wir dazu bereit. Die Aufgabe von befreitem Gebiet können wir aber nur dann vor unſerer Bevölkerung verantworten, wenn wir ſie aus freiem Entſchluß und nicht in erzwungenem Gegenſpiel mit den Inſurgenten durchführen und wenn die J.K. durch ihr Vorgehen der Bevölkerung die Gewißheit gegeben hat, daß ganz Oberſchleſien, insbeſondere auch das Induſtriegebiet, befreit und in ſicheren Schutz genommen wird.

Dazu genügt die in dem Räumungsplan des Generals Gratier gezogene, bis Gleiwitz reichende Linie nicht, da Gleiwitz nur den Eingang zum Induſtriegebiet bedeutet. Das erſte Ziel muß unbedingt weiter in das Herz dieſes Gebietes verlegt werden.

Wenn dieſes Ziel erreicht iſt, dann wollen wir freiwillig und viel großzügiger, als es der letzte Räumungsplan vorſieht, den territorialen Abbau vornehmen.

Darüber hinaus werden wir mit dem inneren Abbau unſeres Selbſtſchutzes beginnen, ſobald nicht nur die extenſive, ſondern auch die intenſive Säuberung Oberſchleſiens ſichtbare Fortſchritte macht. Eine weſentliche Gewähr hierfür erblicken wir ganz beſonders in der Errichtung einer einwandfreien Polizei und in der völligen Beſeitigung der von den Inſurgenten eingeführten Verwaltung.

Indem ich Ihnen, Herr General, dieſen Vorſchlag unterbreite, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß, nachdem die J.K. auf die Bedingungen der Inſurgenten ſo weitgehend Rückſicht genommen hat, auch unſeren Wünſchen das Entgegenkommen bewieſen wird, auf das wir nach der Rechtslage in weit höherem Maße Anſpruch haben.

gez. Hoefer.

Erläuterung.

1. Wenn die Inſurgenten in der roten Linie eingetroffen ſind, nimmt der Selbſtſchutz binnen 48 Stunden eine Aufſtellung ein, wie ſie in der Karte in blau eingetragen iſt.

   Seine Auflöſung führt der Selbſtſchutz durch nach Maßgabe des Fortſchritts der Säuberungsaktion.
2. In allen denjenigen Ortſchaften des vom Selbſtſchutz z. B. beſetzten Gebietes, in denen nach Abzug des letzteren mit einer Gefährdung der Einwohnerſchaft zu rechnen iſt, wird ihre Sicherheit durch Apo gewährleiſtet, die entſprechend zu verſtärken iſt.

Anlage 21.

Auszug aus der vorläufigen Anweiſung zur Bildung der Gemeindewachen:

I.K. Oppeln, den 20. Juni 1921.

1. Gemeindewachen ſind unverzüglich in allen Gemeinden der Kreiſe Lublinitz, Groß-Strehlitz, Coſel (rechtes Ufer), Ratibor (rechtes Ufer) nach Maßgabe ihrer Räumung durch die Inſurgenten einzurichten.
2. Rekrutierungsbedingungen der Gemeindewachen: Die Gemeindewache wird ſich aus Einwohnern der Gemeinde rekrutieren. Dieſe Perſonen müſſen folgende Bedingungen erfüllen:
   a) das 21. Lebensjahr vollendet haben;
   b) in Oberſchleſien geboren ſein oder dort ſeit dem 1. 1. 1904 wohnen;
   c) ein Führungszeugnis der Gemeindebehörde herbeibringen können, das ein ſpäteres Datum als das der Verordnung vom 29. Mai 21 trägt.

   In die Gemeindewachen dürfen nicht eingereiht werden, Perſonen, die vorbeſtraft ſind, oder die als Angehörige der Polizei Oberſchleſiens ihren Poſten verlaſſen haben, oder die ſich am Aufſtand beteiligt haben.
3. bis 5. regeln Stärken, Bekleidung, Bewaffnung, Sold und Vergütungen.
6. Die Polizeikontrolloffiziere der Kreiſe ſind mit der Bildung der Gemeindewachen beauftragt und haben ſich umgehend zu dieſem Zweck mit dem Militärbefehlshaber und dem Kontrolleur der genannten Kreiſe in Verbindung zu ſetzen.

   Ein Bericht über die Durchführung dieſer Vorſchriften und die Tätigkeit der Gemeindewachen muß täglich telephoniſch bis auf weiteren Befehl vor 11 Uhr dem Oberbefehlshaber der Polizeikräfte Oberſchleſien erſtattet werden.

Der Oberſt-Befehlshaber der Polizei Oberſchleſien.
gez. Peſenti.

Anlage 22.

Am 21. Juni 1921 iſt mir folgende Mitteilung zugeſtellt worden, welche die franzöſiſche Militärmiſſion in Berlin als ſtreng vertraulich von einer Pariſer amtlichen Stelle, die unbekannt iſt, erhalten haben ſoll:

I. „Die in letzter Zeit eingegangenen Nachrichten zeigen, daß in großem Maßſtab von deutſcher Seite in Oberſchleſien Freiwilligen-Organiſationen gebildet werden. Es iſt ferner Grund zu der Annahme vorhanden, daß dieſe Freikorps ſowohl zum Kampf gegen Korfanty, wie auch ſpäterhin gegen die augenblickliche deutſche Regierung beſtimmt ſind. Ein ganzes Netz von Inſpektions- und Werbezentralen, nicht nur in den an Schleſien grenzenden Teilen Oſtpreußens, ſondern auch tief im Inland iſt feſtgeſtellt worden. Es iſt ſicher, daß General Hoefer in ſeinen Handlungen von einer, wahrſcheinlich in Berlin befindlichen Zentralſtelle abhängig iſt. Dem engliſchen N.-Dienſt iſt es gelungen, feſtzuſtellen, daß zahlreiche Waffentransporte nicht nur für die Truppen des General Hoefer, ſondern auch für die in Oſtpreußen beſtehenden Organiſationen, die vermutlich zur Orgeſch gehören, in letzter Zeit abgefertigt wurden. Man muß ferner damit rechnen, daß die Reaktionäre bayeriſcher Kreiſe verſuchen werden, aus Bayern Waffen nach den Grenzgebieten abzuſchieben und das Zentrum ihrer Organiſation ebenfalls nach den öſtlichen Teilen Deutſchlands zu verlegen. Dies wird ihnen um ſo leichter gelingen, als

die dortige Bevölkerung in ihnen einen Schutz erblicken und ſie auf jede Weiſe unterſtützen wird. Während man in Bayern bei der bevorſtehenden Entwaffnung der Orgeſch auf die Unterſtützung demokratiſcher und ſozialiſtiſcher Kreiſe rechnen kann, wäre beſtimmt in Schleſien eine geſchloſſene Oppoſition ſeitens der ganzen Bevölkerung zu erwarten, die die Liquidierung der Orgeſch in jeder Weiſe erſchweren dürfte. ...

Je mehr der deutſche Selbſtſchutz in Oberſchleſien ſich erweitert, um ſo mehr wird es klar, daß eine ſtarke Organiſation beſteht, die ſämtliche Freikorps unter ihrem Oberbefehl hat. Die letzten Zuſammenſtöße zwiſchen Deutſchen und Polen beweiſen, daß unter dem Befehl des General Hoefer ſich eine Armee heranbildet, die in ihrer Organiſation einer regulären Armee gleichwertig iſt und von Tag zu Tag an Kampfkraft, die bereits heute ſchon ſehr hoch zu bewerten iſt, gewinnt. Damit geſtalten ſich die Ausſichten Korfantys auf einen Waffenerfolg immer ſchlechter; es kann möglicherweiſe dazu kommen, daß er genötigt wird, das ganze Abſtimmungsgebiet zu räumen, wenn noch weitere Kämpfe von den Alliierten zugelaſſen werden. Es iſt für Korfantys Lage ferner ſehr mißlich, daß die alliierten Truppen die wichtigſten ſtrategiſchen Punkte beſetzen und damit die Polen um ihr ſtrategiſches Übergewicht bringen. Der franzöſiſche Bevollmächtigte in Oppeln glaubt, in einem weiteren Rückzug der Streitkräfte Korfantys über die Linie hinaus, die ihm das ſtrategiſche Übergewicht über die Deutſchen ſichert, eine ernſte Gefahr zu ſehen, da die Entente ſelbſt zu wenig Truppen hat, um eine völlige Entwaffnung der Deutſchen durchführen zu können. Aus denſelben Gründen hält auch der engliſche Vertreter die Schaffung einer neutralen Zone für bedenklich, da u. U. der Zeitpunkt eintreten könnte, in dem die Deutſchen über genügende Kräfte verfügen, um die völlige Vernichtung Korfantys auch gegen die Alliierten durchzuführen. Es iſt daher mit allen beteiligten Vertretern der Alliierten folgendes vereinbart worden:

1. Korfanty darf weitere Truppen zum Schutze der polniſchen Bevölkerung auf dem von ihm beſetzten Gebiete aufſtellen unter der Bedingung, daß ihre Diſziplin geſichert iſt und ihre Führer ſich dem Befehl Korfantys fügen werden, ſo daß die Gewähr beſteht, daß Vor- und Zurückgehen der polniſchen Freiſcharen den Forderungen der politiſchen Lage entſprechend jeder Zeit veranlaßt werden kann.
2. Die alliierten Truppen haben die deutſchen Freikorps am Beſetzen ſtrategiſch wichtiger Punkte, an der Schaffung einer durchlaufenden Front und einer einheitlichen Befehlsführung zu hindern.
3. Die franzöſiſchen Truppen müſſen ſo verſtärkt werden, daß ſie in der Lage ſind, zu einer ſofortigen Entwaffnung der Deutſchen zu ſchreiten, falls dieſe nicht freiwillig erfolgt.

Die Übereinſtimmung der franzöſiſchen Vertreter mit den engliſchen und italieniſchen Mitgliedern geſtaltet ſich dauernd günſtiger. Die deutſchen Kreiſe, die in der Preſſe eine lebhafte Propaganda gegen die Entente treiben, verſuchen jetzt, auch unter den alliierten Truppen nach dieſer Richtung zu agitieren. Auf der Konferenz der alliierten Vertreter iſt dieſe Tatſache eingehend beſprochen und beſchloſſen worden, mit allen zu Gebote ſtehenden Mitteln dieſe Agitation zu vereiteln. Außerdem wurde noch die Notwendigkeit eines Erſatzes der z. Z. in Oberſchleſien ſtehenden italieniſchen Truppen durch tiroler (!) Truppen erörtert, da erſtere in den Kämpfen gegen die Inſurgenten ſtarke Verluſte erlitten haben und deshalb gegen die Polen ſtark erbittert ſind.

II. Das franzöſiſche Miniſterium des Auswärtigen gibt folgende Zuſammenfaſſung der augenblicklichen Lage:

Allem Anſchein nach wird das engliſch-japaniſche Abkommen unterſchrieben und damit das Bündnis automatiſch verlängert werden ... Lord Curzon verhandele z. B. mit Briand über die kleinaſiatiſche Lage und hat bereits weitgehende Zugeſtändniſſe Englands hinſichtlich Deutſchlands zugeſagt. Die Lage in Klein-Aſien wird England zum offenen Kampf gegen die Kemaliſten zwingen. Obwohl England vor der Entſendung Lord Curzons mitgeteilt hat, daß dieſe Miſſion nur durch die Erkrankung Lloyd Georges notwendig wurde, und daß dieſe Verhandlungen lediglich als private Unterhaltung zweier freundſchaftlich geſinnter Staatsmänner aufzufaſſen ſei, deute doch alles darauf hin, daß Lloyd George unter dem Druck der kleinaſiatiſchen Ereigniſſe durch die Entſendung Curzons ein Maximum von Zugeſtändniſſen in der oberſchleſiſchen Frage an Frankreich machen will ..."

Anlage 23.

O.L. Hoefer
I, a Nr. 613.

Streng vertraulich!

I. Sonderbefehl für den Abtransport der zu entlaſſenden Freiwilligen:

1. Auszug aus der Verfügung vom 22. 6. 1921:

   Die Etatsſtärken der Gruppen Süd und Nord ſind von ihrem jetzigen Stand von rund 21 000 bzw. 10 600 bis zum 30. Juni auf die Zahl 13 000 bei Gruppe Süd, 6000 bei Gruppe Nord zu verringern. Für die demnach noch verbleibenden Formationen muß eine kurzfriſtige Auflöſung und Abtransport vorbereitet ſein. Die Zahl der Geſamtſtärke der Ortswehren darf im Abſchnitt Süd (bisher Gruppe Süd) nicht mehr wie 5000, im Abſchnitt Nord (bisher Gruppe Nord) nicht mehr als 3000, die Tageslöhnung des einzelnen nicht mehr wie M. 3.50 betragen.
2. Bei den gemäß Ziffer 1 ſtattfindenden Entlaſſungen von rund 12 600 Freiwilligen ſind folgende Geſichtspunkte in erſter Linie zu beachten:
   a) Die zurückbleibenden Verbände müſſen ſowohl zu jederzeitigem Einſatz geeignet und bereit gehalten ſein, als auch die Gewähr für einen alsbaldigen reibungsloſen Abtransport bieten.
   b) Oberſchleſier ſind zur Stärkung der Ortswehren in erſter Linie zu entlaſſen. Auf jeden Fall iſt bei ihrer Entlaſſung für ihr weiteres Fortkommen (Arbeitsvermittlung) Sorge zu tragen. Arbeitsnachweiſe ſind bei den Truppen ſofort einzurichten.
   c) Waffen, Munition und Gerät aller Art, Pferde, Fahrzeuge, Fahrräder pp. ſind, ſoweit ſie nicht zur Ergänzung bei den zurückbleibenden Verbänden oder den Ortswehren benötigt werden, zu erfaſſen. Freiwerdende Pferde und Fahrzeuge, die durch Requiſition auf dem Lande erworben ſind, ſind durch Vermittlung der Kreisleiter im Benehmen mit den Zivilbehörden zum ſofortigen Verkauf zu bringen, bzw. zur Einlöſung von Requiſitionsſcheinen zu verwenden.
3. Neueinſtellungen dürfen von jetzt ab unter keinen Umſtänden mehr erfolgen, unberührt hiervon bleibt die Austauſchmöglichkeit einzelner Freiwilligen mit Heimaterſatz.
4. Das Urlaubsverbot bleibt beſtehen. In Ausnahmefällen beurlaubte Freiwillige erhalten keine Gebührniſſe.

II. bis V. Dieſe Befehle regeln eingehend das Verfahren bei den Bahntransporten, die Abgabe von Waffen und Gerät, ſowie die ſonſtige Abwicklung.

VI. Um die Achtung unſerer Heimat vor den Freiwilligen des Selbſtſchutzes, die zweifellos im ganzen deutſchen Reich vorhanden iſt, nicht zu ſchmälern und auch nicht Anlaß zu unliebſamen Erörterungen in der Preſſe zu geben, iſt es erforderlich, daß alle zu Entlaſſenden vor ihrer Abfahrt von den Truppenkommandeuren durch eingehende Aufklärung dazu ermahnt werden, bei ihrer Heimreiſe keinerlei Anlaß zu Beſchwerden zu geben.

Anlage 24.

Die Deutſche Allgemeine Zeitung Nr. 292 vom 25. 6. 21 brachte folg. Aufſatz:

Polens Beteiligung am Aufſtand.

Die Deutſche Regierung hat heute den alliierten Regierungen folgende Note über Oberſchleſien überreicht:

„Die Deutſche Regierung beehrt ſich anbei eine Zuſammenſtellung von Nachrichten zu übergeben, durch die erwieſen wird, daß die polniſche Armee den Aufſtand in Oberſchleſien mit allen Mitteln unterſtützt. Bei dem Umfang, den dieſe Unterſtützung angenommen hat, iſt nicht daran zu zweifeln, daß die Vorgänge auch in den nicht militäriſchen amtlichen Kreiſen Polens bekannt ſind.

Ausſagen von polniſchen Gefangenen und Überläufern — z. T. aufgenommen von Major Creaſy „Liason Offizier with the German Fighting Organisation" in Kreuzburg — ſowie amtliche, Gefallenen abgenommene Papiere haben das ſorgfältigſt nachgeprüfte Material der Anlagen geliefert. Daraus ergibt ſich das zielbewußte Streben der polniſchen militäriſchen Dienſtſtellen, in jeder Weiſe die polniſche Aufſtandsbewegung zu fördern, gleichzeitig aber auch dieſe dem Völkerrecht widerſprechende und den Erklärungen der polniſchen Regierung entgegengeſetzte Tätigkeit nach Möglichkeit zu verſchleiern.

Bisher konnte die Teilnahme von Angehörigen nachſtehender polniſcher Truppenteile am Aufſtand einwandfrei feſtgeſtellt werden:

Zollbataillon 5 (früher Etappenbataillon 4/III) — Inf.Regt. 27 — Inf.Rgt. 58 — Inf.Rgt. 73 — Inf.Rgt. 155 — Radiotelegraphiſches Batln. — 23. Telegraphenabteilung — Ulanen-Rgt. 15.

Gefangene ſagen aus, daß auch geſchloſſene polniſche Truppenteile nach Oberſchleſien geſandt wurden, von denen das 2. Batl. Inf.Rgt. 27 und 1 Esk. des Ulanen-Rgts. 15 genannt werden.

Ferner iſt feſtgeſtellt, daß in den polniſchen Truppenteilen Vorgeſetzte ihre Untergebene zur Meldung nach Oberſchleſien aufgefordert und ſich nicht geſcheut haben, den Befehl zum Abmarſch geſchloſſener Einheiten nach Oberſchleſien zu geben, wenn die Zahl der Freiwilligen den Erwartungen nicht entſprach. Leute, die ſich freiwillig nach Oberſchleſien melden, entfernen ſich mit Wiſſen ihrer Vorgeſetzten von der Truppe oder erhalten unbefriſteten Urlaub. Beim Generalkommando in Poſen empfangen ſolche Leute Zivilkleidung, Geld, falſche Papiere und Marſchbefehle. Die Angehörigen der polniſchen Armee müſſen, ſoweit ſie nicht von der Militärverwaltung in Zivil eingekleidet ſind, die polniſchen militäriſchen Abzeichen von der Bekleidung entfernen.

Das Überſchreiten der Grenze nach Oberſchleſien vollzieht ſich für einzelne Leute, geſchloſſen eingeſetzte Truppenteile und für den Nachſchub noch immer ohne jede Schwie-

rigkeit, obwohl nach der Erklärung der polniſchen Regierung gegenüber den Alliierten Regierungen die Grenze völlig geſperrt ſein ſoll. Beſonders muß hierbei auf die Tatſache hingewieſen werden, daß nach Ausſage eines Angehörigen der 23. polniſchen Telegraphenabteilung eine für militäriſche Zwecke neu angelegte unterirdiſche Fernſprechverbindung von Sosnowice nach dem oberſchleſiſchen Gebiet hinüber beſteht.

Auf Grund dieſer einwandfrei erwieſenen Tatſachen erhebt die Deutſche Regierung erneut nachdrücklichſt Einſpruch gegen die Unterſtützung des polniſchen Aufſtandes in Oberſchleſien durch Dienſtſtellen und Angehörige der polniſchen Armee. Sie erſucht dringend, daß die Alliierten Regierungen nunmehr durch geeignete Maßnahmen die endgültige Sperrung der oberſchleſiſch-polniſchen Grenze ſicherſtellen und damit dem vorſtehend geſchilderten Übertritt polniſcher Soldaten und Truppenteile ſowie dem Nachſchub über die Grenze ein Ende bereiten.

Gleichzeitig darf ſie erwarten, daß ſeitens der Alliierten Regierungen der polniſchen Regierung nachdrücklichſt und wirkſam jede fernere, wenn auch nur verſchleierte Unterſtützung des Aufſtandes in Oberſchleſien unterſagt wird."

Mit der Note wurden 8 Anlagen überreicht, die die Ausſagen von 12 polniſchen Gefangenen und Überläufern enthielten; dieſe ſind hier nicht beigefügt.

Anlage 25.

Räumungsplan der J.K. vom 25. Juni 1921 morgens:

Der unterzeichnete Oberbefehlshaber der deutſchen irregulären Streitkräfte übernimmt die förmliche Verpflichtung, alle Bedingungen zu erfüllen, die ihm durch die Regierungskommiſſion betreffend die Räumung des Landes auferlegt ſind, worüber die Einzelheiten auf der beiliegenden Karte eingezeichnet ſind (die Karte iſt hier nicht beigefügt).

Die deutſchen irregulären Streitkräfte werden den alliierten Behörden die Gebiete übergeben, welche ſie z. Z. beſetzt halten und dieſe Übergabe wird unter den folgenden Bedingungen ſtattfinden:

Tag X (28. 6.)	polniſcher Rückzug (Gleiwitz und Hindenburg)
Tag X + 1 (29. 6.)	Pauſe.
Tag X + 2 (30. 6.)	Deutſcher Rückzug (das ganze beſetzte Gebiet außer den beiden Ecken im Nordweſten und Südweſten von Oberſchleſien).
Tag X + 3 (1. 7.)	Pauſe.
Tag X + 4 (2. 7.)	polniſcher Rückzug.
Tag X + 5 (3. 7.)	polniſcher Rückzug (Beuthen).
Tag X + 6 (4. 7.)	Pauſe.
Tag X + 7 (5. 7.)	polniſcher und deutſcher Rückzug aus dem ganzen Gebiet.

Die jeweiligen Rückzugsbewegungen werden an den betreffenden Tagen durch drei Kontrolldelegationen, beſtehend aus je drei alliierten Offizieren, nachgeprüft werden. Sie werden die Befugnis haben, einzugreifen, um Plünderungen und Unterdrückungen zu verhindern.

Der Befehlshaber der deutſchen irregulären Streitkräfte übernimmt außerdem die Verpflichtung, unter keinem Vorwande in irgendeinem Stadium des Rückzuges die Überſchreitung der Linie zu dulden, auf welcher ſeine Truppen ſtehen ſollen.

Die nachſtehende Note des Generals Henneker war gleichfalls zur Unterzeichnung beigefügt:

Note.

„Es iſt Einvernehmen darüber, daß der deutſche Rückzug zu jeder Zeit am X + 1. Tage beginnen mag, nachdem eine Beſtätigung des polniſchen Rückzuges von General Henneker empfangen worden iſt, und daß er ſich bis in den X + 3. Tag hinziehen kann, wenn es ſich als unmöglich herausgeſtellt hat, ihn am X + 2. Tage zu vollenden. Der Befehlshaber der deutſchen Kräfte übernimmt es, ſeine Rückzugsbewegung um 3 Uhr nachmittags am X + 3. Tage vollendet zu haben."

Anlage 26.

O.L. Hoefer
I, a. Nr. 611.

Oberglogau, den 25. 6. 21.

Befehl.

1. Mein Räumungsvorſchlag vom 19. 6. iſt von der I.K. angenommen worden. Ich habe mich daraufhin ſchriftlich verpflichtet, den Selbſtſchutz in die Räume zurückzunehmen, die den Gruppen mit Karte zu I, a Nr. 387 mitgeteilt ſind, ſobald die Inſurgenten in die ebenfalls von mir vorgeſchlagene Linie: Lublinitz—Kieleſchka—Peiskretſcham—Biskubitz (öſtl. Hindenburg)—Schönwald—Wilcza—Rybnik—Moſchczenitz zurückgegangen ſind.
2. Laut Mitteilung der I.K. werden die Polen die in der Ziffer 1 genannte Linie am 28. 6. erreicht haben. Den Befehl zum Erreichen unſerer beiden Räume werde ich im Laufe des 29. geben, ſobald ich von der I.K. die Mitteilung erhalten habe, daß die Polen den ihnen befohlenen Rückzug wirklich ausgeführt haben. Die Gruppen haben ihre Vorbereitungen ſchon jetzt ſo zu treffen, daß die Bewegung in die beiden Räume nach Eingang meines diesbezüglichen Befehls bis zum 1. 7. mittags durchgeführt werden kann. Schnelle Befehlsübermittlung innerhalb der Gruppen muß ſichergeſtellt ſein.
3. Ich weiſe ausdrücklich darauf hin, daß, wo ab 30. mittags in von uns zu räumenden Ortſchaften ein beſonderer Schutz für die Bevölkerung ſichergeſtellt werden muß, die ſämtlichen dabei beteiligten Leute aus dem S.S. auszuſcheiden und demgemäß ihre S.S.-Abzeichen abzulegen haben.
4. Die I.K. wird ſich von der Durchführung der Rückzugsbewegung des S.S. gemäß Ziffer 1 überzeugen. Ich erſuche, dafür Sorge zu tragen, daß jede Beläſtigung der Ententekommiſſionen vermieden wird.
5. Der weitere Rückzug der Polen ſoll ſich nach den Weiſungen der I.K. in drei Etappen am 2., 3. und 5. 7. vollziehen. Am 3. 7. ſoll u. a. Beuthen, am 5. 7. das ganze Abſtimmungsgebiet von den Inſurgenten geräumt ſein. An dieſem letzteren Tage muß auch der S.S. Oberſchleſien verlaſſen haben. Der 4. 7. iſt für Prüfung des polniſchen Rückzuges durch drei interalliierte Kommiſſionen vorgeſehen.
6. Der danach bis zum 5. 7. nötig werdende Abbau des S.S. iſt ſo vorzubereiten, daß weſentliche Teile noch am 4. 7. verfügbar ſind. Auflöſung dieſer Teile hat erſt zu erfolgen, wenn ich nach Beſtätigung des polniſchen Rückzuges bis öſtlich Beuthen im Laufe des 4. 7. den „Befehl zur Auflöſung" gebe. Diejenigen Formationen des S.S., die alsdann bis zum 5. 7. 12 Uhr nachts nicht aus dem Abſtimmungs-

gebiet abbefördert werden können, ſind bis zu dieſem Zeitpunkt ohne Waffen zum Abtransport in das unbeſetzte Gebiet zu verlegen. Die Gefechtsverpflegungsſtärke dieſer noch nach dem 5. 7. zu löhnenden Formationen darf bei Gruppe Süd höchſtens: ..., bei Gruppe Nord höchſtens: ... betragen. Über ihren weiteren endgültigen Abbau erfolgt noch Befehl.

7. Über Arbeitsverſorgung der entlaſſenen Angehörigen des S.S. folgen beſondere Weiſungen.
8. Die Gruppen melden ab 27. 6. täglich bis 10 Uhr vormittags durch Fernſpruch (an Ordonnanzoffizier I, a) die durchgeführten Truppenverlegungen, ſowie die Stärkeveränderungen. Die erſte Stärkemeldung iſt am 27. 6. früh ſchriftlich zu erſtatten.

Hoefer
Generalleutnant a. D. und Führer des S.S.O.S.

Anlage 27.

Änderung des Räumungsplanes der J.K. vom 26. 6. morgens:

Sie lautete genau wie der erſte Plan, nur war am Tage X + 1 (29. 6.) anſtatt „Pauſe" geſetzt: „deutſcher Rückzug".

General Henneker hatte dieſem geänderten Plan folgende Erklärung beigefügt:

„Es iſt Einvernehmen darüber, daß der deutſche Rückzug, der nach dem Abkommen am X + 1. Tage beginnen ſoll, erſt dann beginnen wird, wenn von General Henneker die Beſtätigung des polniſchen Rückzuges erhalten worden iſt."

Anlage 28.

Oberglogau, den 26. Juni 1921.

Herrn General Henneker.

Am 25. Juni mittags habe ich den in der vorhergehenden Nacht erhaltenen Räumungsvorſchlag der J.K. unterzeichnet. In der Nacht zum 26. iſt mir ein abgeänderter Vorſchlag übermittelt worden. Danach ſoll die Pauſe am X + 1. Tage in Fortfall kommen. Zweck und Abſicht dieſer Änderung vermag ich nicht zu würdigen. Ich unterzeichnete aber in dem Beſtreben, nun endlich die Verhandlungen über die Räumung zum Abſchluß zu bringen und dadurch den Leiden der Bevölkerung ein Ende zu bereiten. Ich gebe meine Unterſchrift nur deshalb, weil Sie, Herr General, mir erneut die Verſicherung abgegeben haben, daß die Räumung durch den deutſchen Selbſtſchutz erſt dann zu beginnen hat, wenn von Ihnen beſtätigt wird, daß die polniſchen Inſurgenten die erſte von ihnen zu räumende Zone endgültig freigemacht haben.

Ich bitte Sie, vorſtehendes zur Kenntnis der J.K. zu bringen.

gez. Hoefer.

Anlage 29.

Um der hetzeriſchen Propaganda zu begegnen, gab ich folgende Aufklärung bekannt:

1. Die von der J.K. in letzter Stunde vorgeſchlagene Änderung des Säuberungsplanes, wonach der Ruhetag nach Räumung der 1. polniſchen Zone ausfiel, bedeutete für die Umgruppierung des Selbſtſchutzes und bezügl. der Kontrolle des

polniſchen Rückzuges keine Änderung. General Henneker hatte ſich General Hoefer gegenüber ſchriftlich dafür verbürgt, daß erſt nach ſeiner Kontrolle und offizieller Beſtätigung der Durchführung des polniſchen Rückzuges die deutſche Umgruppierung beginnen ſolle.

2. Die im militäriſchen Räumungsvorſchlag enthaltene Klauſel, daß unter keinen Umſtänden eine Überſchreitung der vereinbarten Linie ſtattfinden dürfe, ſtand im Widerſpruch mit dem bekannten Beſchluſſe der J.K. vom 16. 6. (ſ. S. 289), der auch durch die alliierten Botſchafter in Berlin amtlich der deutſchen Regierung mitgeteilt worden war. Danach durfte der S.S. im Falle eines polniſchen Treubruchs wieder in ſeine alte Stellung vorrücken. Auf Vorſtellungen Generals Hoefers hat General Henneker, durch deſſen Vermittelung alle Verhandlungen geführt werden, ihm ſchriftlich die Verſicherung gegeben, daß dieſer Beſchluß der J.K. durch das Räumungsabkommen nicht außer Kraft geſetzt ſei.

Es lagen ſomit keine ſachlichen Gründe vor, die ſonderbare Abänderung des erſten Räumungsvorſchlages abzulehnen, zumal die Ablehnung die endgültige Befreiung der bedrängten Volksgenoſſen hinausgeſchoben und den Feinden des Deutſchtums Vorſchub geleiſtet hätte.

Anlage 30.

Aufruf an meine oberſchleſiſchen Landsleute und die Kameraden vom S.S.:

Landsleute! Kameraden!

Der Vormarſch der interalliierten Truppen zur Befreiung unſerer Heimat hat endlich begonnen. Die J.K. hat ſich verpflichtet, in wenigen Tagen Oberſchleſien bis zur Landesgrenze von den Inſurgenten zu ſäubern. Sie glaubt, unſere Mithilfe, die ich ihr immer wieder angeboten habe, ablehnen zu müſſen. Sie glaubt, daß im Fall unſeres Mitwirkens der Inſurgent unſere noch unter ſeiner Feſſel ſchmachtenden Landsleute noch grauſamer bedrücken, daß er im Induſtriegebiet unermeßliche Werte zerſtören würde. Sie glaubt, daß wir ihr und Oberſchleſien die beſte Hilfe leiſten, wenn wir uns jetzt zurückhalten. Das Intereſſe unſerer Heimat fordert es, daß wir uns der J.K. fügen. Sie iſt nun einmal z. B. die geſetzmäßige Regierung des Landes. Ihr liegt die Pflicht ob, Ruhe und Ordnung in unſerer Heimat wiederherzuſtellen.

Machen die Inſurgenten mit der Räumung Ernſt, und ſtehen die alliierten Truppen erſt einmal im Induſtriegebiet, dann beſteht kein Grund mehr für uns, den S.S. weiter in einer langen Frontlinie zu verzetteln, dann werden die beiden Gruppen des S.S. ſich in enger Aufſtellung verſammeln. Schutz von Leben und Eigentum der Bevölkerung in dem Gebiet, das wir verlaſſen, iſt geſichert.

Kameraden!

In dieſem Augenblicke, in dem wir unſere bisherige Kampfgliederung aufgeben, drängt es mich, Euch nochmals zu danken, für die ſelbſtloſe Vaterlands- und Heimatliebe, die Euch hierher trieb, für die Kampferfolge, die Ihr errungen, für die Beſonnenheit, die Ihr bewieſen habt. Ich weiß es, Ihr ſeid alle beſeelt geweſen, von dem heißen Wunſche, vorwärts zu ſtürmen und ſelbſt den heimatlichen Boden von den Banden zu befreien.

Landsleute!

Glaubt mir, wie bitter ſchwer es mir als altem Soldaten und Sohn Oberſchleſiens geweſen iſt, immer zügeln zu müſſen, ſtatt im Vertrauen auf die eigene Kraft den Befehl zum Dreinſchlagen zu geben. Gewiß, wären wir marſchiert, in wenigen Tagen hätten wir einen großen Teil der Heimat von den polniſchen Horden befreit. Aber, wären wir gegen den ausdrücklichen Willen der J.K. vorgegangen, hätten wir das Verbleiben Oberſchleſiens beim Deutſchen Reich gefährdet und weitere unüberſehbare Folgen für das ganze deutſche Volk heraufbeſchworen.

Auch unſere im Augenblick noch unerlöſten Landsleute werden, ſo hoffe ich, für dieſe Zurückhaltung Verſtändnis haben und uns einſt dafür danken. Auch wir danken ihnen, daß ſie bis zuletzt ſich in Treue zu ihrem Deutſchtum bekannt haben. Denn auch das gehörte zum Plane des Feindes: wenn der S.S. ſelbſt keinen Anlaß gab, die Stimmung der Welt für die endgültige Entſcheidung über das Schickſal Oberſchleſiens zu unſeren Ungunſten zu beeinfluſſen, dann ſollten unſere Landsleute im Aufſtandsgebiet durch Verzweiflung über das Ausbleiben deutſcher Hilfe zermürbt, den Polen in die Arme geführt werden.

Gelingt den Interalliierten die Säuberung des Landes, dann iſt unſere Aufgabe jetzt erfüllt. Wir werden uns wieder auflöſen. Auch dabei werdet Ihr, ſo erwarte ich, die Selbſtzucht bewahren, die Euch bisher ausgezeichnet hat.

Landsleute! Kameraden!

Aus der vaterländiſchen Begeiſterung, die Euch aus allen Berufen und aus allen Gegenden des Reiches zum Schutz des deutſchen oberſchleſiſchen Landes in die Reihen des S.S. trieb, aus dem prachtvollen Schwung, mit dem Ihr überall, wo uns der polniſche Aufrührer frech herausforderte, dieſen aufs Haupt ſchlugt, aus der Selbſtbeherrſchung und Mannszucht, die Ihr bewieſen habt, aus der Einmütigkeit, mit der das geſamte Deutſchtum hier zuſammenſtand, können wir die freudige Zuverſicht ſchöpfen für eine beſſere Zukunft unſerer armen oberſchleſiſchen Heimat und unſeres geſamten deutſchen Vaterlandes.

Oberglogau, Ende Juni 1921.

Hoefer
Generalleutnant a. D. und Führer des S.S.O.S.

Anlage 31.

O.L. Hoefer
I, a Nr. 649.

Oberglogau, den 27. Juni 1921.

Verordnung
zur Durchführung meiner Strafverordnung vom 31. 5. 1921.

Mehrere mir bekannt gewordene Einzelfälle geben mir Veranlaſſung zu der Annahme, daß meine Verordnung betr. die Strafbeſtimmungen für den S.S.O.S. und die zugehörigen Ausführungsbeſtimmungen durchaus noch nicht überall durchgeführt ſind bzw. eine Strafjuſtiz in Formen und mit Wirkungen ausgeübt wird, für die das Oberkommando die Verantwortung nicht übernehmen kann.

Ich weiſe vor allem noch einmal darauf hin, daß eine Beſtätigung ergehender Urteile nur durch mich erfolgen darf, ferner dementſprechend auch etwaige Begnadigungen uſw. mir allein vorbehalten ſein müſſen.

Ferner weiſe ich darauf hin, daß naturgemäß durch die Beſtrafung in Sachen der Verordnung eine Beſtrafung durch die ordentlichen Strafbehörden nicht ausgeſchloſſen wird, die betr. Akten dementſprechend von den Gruppen durch eine bei ihnen vorhandene oder zu ſchaffende Zentralſtelle zu prüfen und dann der zuſtändigen bürgerlichen Behörde vorzulegen ſind. Dies hat unverzüglich nach Beendigung des Verfahrens (Strafvollſtreckung bzw. deren Ausſetzung durch mich) zu erfolgen.

Feſtgenommene Beſchuldigte müſſen unter größter Beſchleunigung abgeurteilt, ſodann muß ſo raſch als möglich durch die Gruppenzentralſtelle ihre Weitergabe an das zuſtändige Gericht veranlaßt werden. Feſtgenommene Beſchuldigte, deren Aburteilung erſt erhebliche und zeitraubende Ermittlungen erfordert, ſind unter Mitteilung des Sachverhalts an mich ausnahmsweiſe ſofort der Gruppenzentralſtelle zuzuführen. Sofern Feſtnahmen wegen Vergehen erfolgen, die nicht unter meine Strafverordnung vom 31. Mai fallen, ſind die Beſchuldigten unter genauer Mitteilung des Sachverhalts und der Zeugen der Gruppenzentralſtelle zuzuführen.

Sachen, in denen eine Aburteilung auf Grund der Verordnung nicht in Frage kommt, und in denen keine Feſtnahme erfolgt iſt, ſind an die zuſtändige Staatsanwaltſchaft abzugeben. Dies ſind für die Gruppe Nord die Staatsanwaltſchaft Oppeln, für die Gruppe Süd die Staatsanwaltſchaft Ratibor. Die Abgabe erfolgt ſtets durch die Gruppenzentralſtelle.

gez. Hoefer.

Zu Anlage 31.

O.L. Hoefer
I, a Nr. 650.

Oberglogau, den 27. Juni 1921.

Verordnung.

Die ſich dauernd wiederholenden Klagen über eigenmächtige polizeiliche Maßnahmen der Truppe nötigen mich, unter Zuſammenfaſſung der von den Gruppen in dieſer Hinſicht etwa erlaſſenen Vorſchriften zu folgenden Beſtimmungen:

§ 1.

Die Selbſtſchutz-Organiſationen ſind weder militäriſche Behörden noch Polizeiorgane. Sie ſind daher zu polizeilichen Maßnahmen nur in Verbindung mit ordnungsmäßigen Polizeiorganen gewiſſermaßen als zu deren Unterſtützung hinzugezogen berechtigt.

§ 2.

Sofern Feſtnahmen durch Selbſtſchutz-Angehörige unbedingt notwendig ſind, ſind ſie ſofort durch Anzeige an die zuſtändige Polizeibehörde und Überführung der Feſtgenommenen dorthin zu legaliſieren. Die Anzeige hat ſämtliche Belaſtungsmomente mit den Beweismitteln zu enthalten. Soweit möglich, iſt für die Übermittlung der Anzeige und des Feſtgenommenen die Hilfe der Gerichtsoffiziere, der Polizeiabteilungen und der Gerichtsabteilungen der Gruppen in Anſpruch zu nehmen. Unbedingt geboten iſt dies bei ſchwereren Fällen und bei Zweifeln über die Zuſtändigkeit.

Bei den in der Strafverordnung vom 31. Mai d. J. bezeichneten Verfehlungen von Selbſtſchutz-Angehörigen hat Anzeige und Vorführung ſofort bei dem zuſtändigen Gerichtsoffizier zu erfolgen.

§ 3.

Durchſuchungen von Gebäuden, Perſonen uſw. ſind ſtets durch Vermittlung der Polizeiabteilungen in Verbindung mit ordnungsmäßigen Polizeiorganen (Apo, Landjäger, blaue Polizei) und unter Zuziehung zweier einwandfreier Ortsangehöriger als Zeugen vorzunehmen. Durchſuchungen von Wohnungen zur Nachtzeit dürfen nur in beſonderen geſetzlich geregelten Fällen vorgenommen werden, über deren Vorliegen das zugezogene Polizeiorgan zu entſcheiden hat.

§ 4.

Bei allen Maßnahmen iſt zu berückſichtigen, daß ſämtliche Feſtgenommenen und ſämtliche etwa bei Durchſuchungen beſchlagnahmte Sachen unverzüglich dem zuſtändigen Amtsgericht zugeführt werden müſſen, und daß die Verantwortung hierfür ſtets einem ordnungsmäßigen Polizeiorgan überlaſſen werden muß, wenn auch die Ausführung durch Angehörige des Selbſtſchutzes unterſtützt und überwacht wird.

§ 5.

Beſchlagnahme von Geld iſt nur geſtattet, ſofern es ſich um Diebesbeute, Beſtechungsgeld, polniſche Aktionsfonds uſw. handelt. Auch hier muß den Polizeiorganen die Verantwortung überlaſſen werden.

§ 6.

Eine Abweichung von den bezeichneten Beſtimmungen iſt nur während eines regelrechten Kampfes mit Inſurgenten zur eigenen Sicherheit der Truppe zuläſſig.

§ 7.

Zum Gebrauche der Waffe ſind Angehörige des Selbſtſchutzes, von Kämpfen abgeſehen, nur berechtigt zur Abwehr gegenwärtiger dringender Gefahr aus einem bereits erfolgten oder unmittelbar bevorſtehenden Angriff mit einer Waffe.

gez. Hoefer
Generalleutnant a. D. und Führer des S.S.O.S.

IV.

Ende des dritten Aufſtandes. Räumung des Abſtimmungsgebietes durch die Inſurgenten und den Selbſtſchutz: 5. bis 9. Juli 1921.

Am 5. Juli räumten ſowohl die Inſurgenten wie der Selbſtſchutz das Abſtimmungsgebiet. Dieſes war jetzt wieder in der Gewalt der I.K.

Dem General Henneker teilte ich die Räumung durch den Selbſtſchutz ſchriftlich mit und ſprach ihm dabei meinen Dank für die loyale Haltung aus, in der er die Verhandlungen mit mir geführt hatte. Dieſer Dank gebührte dem General, der, ſelbſt in ſchwieriger Lage, ſtets in ehrlicher, vornehmer Art mir gegenüber gehandelt hatte.

Zähneknirſchend, denn anders als gehofft, aber in allerbeſter Ordnung und ohne jeden Zwiſchenfall hatte der Selbſtſchutz die Räumung durchgeführt. Der offizielle Berliner Regierungsdraht verbreitete folgende lakoniſche Zeitungsnotiz:

„Gemäß den getroffenen Vereinbarungen verließ der deutſche Selbſtſchutz am 5. Juli das oberſchleſiſche Abſtimmungsgebiet und wurde auf Befehl des Führers, Generalleutnant a. D. Hoefer, aufgelöſt.“

Bis 7. Juli in Brieg, dann in Breslau überwachte ich die Auflöſung und den Abtransport des Selbſtſchutzes.

Am 8. Juli kam der Reichskanzler Dr. Wirth mit dem preußiſchen Innenminiſter Dominikus nach Breslau, um den Schleſiern den Beweis zu geben, daß Reichs- und Staatsregierung Verſtändnis für ihre Nöte und Wünſche haben. Ich hatte mit dem Reichskanzler eine Unterredung folgenden Inhalts:

„Er dankte mir für meine Tätigkeit in Oberſchleſien. Ich orientierte ihn über den bisherigen Verlauf des Rückmarſches und Abtransportes des Selbſtſchutzes und teilte ihm mit, daß General Henneker mir prononciert mitgeteilt habe, daß die Franzoſen dort, wo das Land ringsum überwiegend für Polen geſtimmt habe, auch die Städte mit ihrer außerordentlichen deutſchen Mehrheit Polen zuteilen wollten. Es würde uns dann der größte Teil des Induſtriegebietes verlorengehen. Es ſei dies m. E. ſicher eine wohlgemeinte engliſche Mahnung, die Gefahr für Oberſchleſien nicht zu unterſchätzen. Der Reichskanzler ſagte, daß er der vollſten Unterſtützung Englands in der oberſchleſiſchen Frage nach wie vor ſicher ſei und er mir zu ſeiner Freude mitteilen könne, daß die oberſchleſiſche Sache, wie er auf diplomatiſchem Wege vor kurzem erſt wieder erfahren habe, für Deutſchland ſehr günſtig ſtehe. Es mag von dem engliſchen General wohlgemeint ſein, aber er ſei über politiſche Fragen natürlich nicht ausreichend orientiert, da er ja nur Soldat und kein Politiker ſei. Sie hätten aus beſter Quelle Nachricht, daß die oberſchleſiſche Frage mit ziemlicher Sicherheit in deutſchem Sinne gelöſt werden würde. Dieſer ſeltſame ſichere Optimismus erfreute mich anfangs, ſpäter aber kamen mir auf Grund meiner Erfahrungen doch Zweifel, ob er berechtigt ſei. Ich bat den Reichskanzler noch, ſich dafür einzuſetzen, daß die Angehörigen des Selbſtſchutzes

hinſichtlich ihrer Verſorgungsanſprüche ähnlich behandelt würden wie die Kriegsteilnehmer."

Die vielen beſtehenden Hilfsorganiſationen für Oberſchleſien wurden in dem „Deutſchen Ausſchuß für Oberſchleſien" zuſammengefaßt. Bei einer Kundgebung in der Breslauer Jahrhunderthalle ſprach der Reichskanzler den Oberſchleſier-Kämpfern den Dank der Regierung aus, zählte auf, was alles die Regierung für Oberſchleſien getan habe und ſagte u. a., daß ihm der franzöſiſche Botſchafter erklärt habe, daß ein Verſuch, etwa in Oberſchleſien Hunderttauſende zuſammenzurufen oder etwa die Reichswehr einzuſetzen mit der ſofortigen Kriegserklärung Frankreichs beantwortet werden würde. Wir könnten das Schickſal Oberſchleſiens im Herzen Europas nicht mit den Waffen entſcheiden. Er glaube, daß der große Gedanke der demokratiſchen Selbſtbeſtimmung unſerem Volke die Freiheit retten werde und uns auch in der oberſchleſiſchen Frage Gerechtigkeit bringen werde.

Die Befürchtungen, daß der Selbſtſchutz nach Verlaſſen des Abſtimmungsgebietes auf Berlin marſchieren werde, um dort die Regierung zu ſtürzen, waren wieder ſtark aufgelebt; beſonders mißtrauiſch wurden nach wie vor die Bayern behandelt. Der „Putſch" war geradezu zum Popanz unſerer traurigen Zeit geworden, die Angſt vor ihm vergiftete und verhetzte das Volk und ließ es zu keiner ſtetigen ruhigen Aufbauarbeit kommen. Auch der General Le Rond ſoll den franzöſiſchen Botſchafter in Berlin benachrichtigt haben, daß er beſtimmte Gründe dafür zu haben glaube, daß der Selbſtſchutz, deſſen Organiſation als dichtes Netz über ganz Deutſchland gezogen ſei, nicht nur gegen Korfanty, ſondern auch gegen die heutige deutſche Regierung gerichtet ſei. Der böſe General Hoefer aber ſollte nicht von ſich ſelbſt abhängen, ſondern ſeine Inſtruktionen aus einem Zentralapparat erhalten, der ſeinen Sitz in Berlin habe. Die Folge war, daß ſich über den Selbſtſchutz, als er jetzt nach getaner Arbeit, zu der ihn patriotiſches Gefühl unwiderſtehlich getrieben hatte, das Abſtimmungsgebiet verließ, in Binnendeutſchland — nicht in Oberſchleſien, das wußte, was es ihm verdankte — eine Fülle von Niedertracht und Bosheit, ein wahrer Giftſtrom von Verdächtigungen und Beſchimpfungen in der Preſſe, in der Öffentlichkeit, ja ſogar in den Parlamenten ergoß, eine Greuelpropaganda, wie im Kriege. Von linksradikaler Seite wurden ihm Titel beigelegt wie „Orgeſchbanditen", „Mörderbande", „Hakenkreuzritter", „Monarchiſtenlümmel" uſw. Auch beſonnenere linksgerichtete Kreiſe verdächtigten die, welche ſoeben in vorbildlicher Einmütigkeit

von rechts und von links für Oberſchleſien und für Deutſchland ihr Leben in die Schanze geſchlagen hatten, aus ſchlotternder Angſt, die glorreiche Republik, die dieſe Leute zu Macht und Würden gebracht hatte, könnte geſtürzt werden. Hiervon aber konnte beim Selbſtſchutz, der ſich aus allen Parteien zuſammenſetzte, ernſtlich nicht die Rede ſein. Die große Maſſe des Selbſtſchutzes war ſich bewußt, daß ein Putſch keinen Erfolg haben konnte und dem Reiche ſchweren Schaden zufügen mußte. Gewiß hat es in ihm Abteilungen gegeben, welche den ſehr erklärlichen Wunſch hatten, das verhängnisvolle Syſtem in Berlin zu beſeitigen. Alle haben ſie das deutſche Vaterland glühend geliebt, keineswegs aber den damaligen deutſchen Staat. Das war ihnen nach den Erlebniſſen bei der ſchimpflichen Revolution und in der Folgezeit, wie vielen Millionen Deutſchen nicht möglich, nur ſtanden ſie nicht, wie die meiſten von dieſen tatenlos abſeits, ſondern hatten ſich. nicht gezwungen durch Geſetzeskraft wie im Kriege, nicht verlockt durch Ausſicht auf Gewinn oder Ruhm mit Leib und mit Leben eingeſetzt, um trotz ihrer Abneigung gegen die Führung des Staates für das Vaterland, das geliebte Deutſchland, zu retten, was zu retten war. Alle Schmähungen, Verdächtigungen und Verfolgungen konnten den tapferen Oberſchleſien-Kämpfern den Stolz nicht rauben, in einer Zeit tiefſter Knechtſchaft und Schande ſich als echte Deutſche erwieſen zu haben. Dank hatten die braven, tatenfrohen Männer und Jünglinge, welche ſich zum Schutz der Heimat bei tückiſchem Überfall erhoben hatten bzw. ebenſo geleitet von ihren patriotiſchen Gefühlen den Oberſchleſiern freiwillig zu Hilfe geeilt waren und hohe Blutopfer gebracht hatten, von niemand erwartet. Eine ſelbſtverſtändliche vaterländiſche, eine ſittliche Pflicht hatten ſie damit erfüllt: die Verteidigung deutſcher Ehre, deutſchen Lebens und deutſchen Landes. In zwei größeren und vielen kleineren Gefechten hatten ſie die Inſurgenten kräftig aufs Haupt geſchlagen und ein weiteres Vordringen von ihnen gehindert. Der ihnen gewordene Undank gereicht nicht ihnen, ſondern jenen zum Schimpf, von denen er ausging. Es ſchien auch vielen nicht klar geweſen zu ſein, daß es in einem leidenſchaftlich aufgewühlten Aufruhrgebiet, in dem ein Volk um ſein Daſein kämpft und eines jeden Leben von Gefahren umdroht iſt, nicht ſo fein ſäuberlich zugehen kann, wie in Zeiten friedlicher Sicherheit. Und doch hatte dieſes zuſammengewürfelte Volksaufgebot, weil die Lage es forderte, Selbſtbeherrſchung an die Stelle heißer Herzenstat geſetzt und auch während längerer kampfloſer Zeit Mannszucht bewahrt. Dieſes Stillhalten war be-

ſonders ſchwer für eine in glühender Begeiſterung vorwärtsdrängende Jugend, die kämpfen, ſiegen oder ſich opfern wollte, d. h. jedenfalls befreit werden wollte von den überſchüſſigen edlen Kräften, an denen ſie faſt erſtickte. Exploſionen waren daher wohl vorgekommen, aber eine Zeit, in welcher die deutſche Jugend anders handeln würde, als die damalige Selbſtſchutzjugend, wäre zu bedauern. Ihre Einſatz- und Opferbereitſchaft für die deutſche Allgemeinheit zeigte den Weg, der zu deutſcher Freiheit führt. In Deutſchlands ſchmachvollſter Zeit hatte der Selbſtſchutz in Oberſchleſien mit edelſtem Ziel und Zweck ein leuchtendes Beiſpiel gegeben für einmütiges mannhaftes Handeln und bewieſen, daß auch in dem geächteten geſchändeten und ſich ſelbſt zerfleiſchenden Deutſchland noch tatbereite, hingebende Volks- und Vaterlandsliebe, wenn damals leider auch nur vereinzelt, vorhanden war. Ein Lichtblick in dunkler deutſcher Nacht war und bleibt ihr Handeln! Was die Freikorps- und Selbſtſchutzformationen an der ganzen Front bei Gruppe Nord und bei Gruppe Süd vollbracht hatten, iſt ein Ruhmesblatt für die, welche hier für deutſches Land und deutſches Volk ihr Leben eingeſetzt hatten. Aber ebenſo wie die deutſchen Nachkriegskämpfer vorher und nachher haben ſie durch ihre mannhaften Taten auch die nationale Wiedergeburt der Deutſchen gefördert. Aus ihrem opfervollen freiwilligen Einſatz für ihr geliebtes Deutſchland wurde ein neuer Glaube, ein neues deutſches Selbſtbewußtſein geboren. Das wahrhaft Männliche iſt ja zu allen Zeiten die Grundlage geweſen, auf der Bedeutendes geſchaffen wurde. Und die deutſch-oberſchleſiſche Bevölkerung gab in ihrer Not- und Kampfzeit 1921 den ſich im Bruderkampf zerfleiſchenden Binnendeutſchen ein Beiſpiel und eine Mahnung für einmütiges deutſches Handeln; denn in Oberſchleſien gab es damals keine Trennung durch Stand, Partei, Religion, ſondern nur Deutſche. Allen Schichten der Bevölkerung ſtand ihr Deutſchtum über alles. So war die oberſchleſiſche Not- und Kampfzeit Wegbereiter der glückhaften nationalen Erhebung von 1933. Die Siege des Selbſtſchutzes ſind Siege der ganzen deutſchen Nation geweſen, denn zu ihrer Erringung hätten Männer aus allen Teilen des deutſchen Volkes mitgewirkt. Unbeſchadet der oberſchleſiſchen Führung waren alle deutſchen Stämme in gemeinſamem, kraftvollem Zuſammenwirken die Träger dieſes Abſchnitts deutſcher Geſchichte. Viele von ihnen ſind gute Führer und ſtarke Kämpfer in der braunen Armee Adolf Hitlers geworden. Denen, die mannhaft für das Deutſchtum in Oberſchleſien ihr Leben in die Schanze ſchlugen, gebührt ſeitens aller echten Deutſchen Achtung und Dank.

Der dritte Aufſtand war nicht gelungen. Sein Zweck, uns in eine Lage hineinzureißen, welche unſere Gegner erwünſchten, iſt geſcheitert. Die Frage, weshalb die I.K. bei der offenſichtigen Verhöhnung ihrer Autorität durch die Aufſtändiſchen, bei der Niedermetzelung zahlreicher italieniſcher Soldaten durch dieſe und bei der klar erwieſenen Teilnahme regulärer polniſcher Soldaten nicht energiſcher eingeſchritten iſt, obgleich ſie ſich bei der Übernahme ihrer Herrſchaft feierlichſt verpflichtet hatte, gegen Unruheſtifter rückſichts- und gnadenlos zu verfahren, bleibt offen. Mangel an Machtmitteln dafür anzugeben, iſt m. E. eine Verzerrung der Wirklichkeit.

Ich hatte die Oberleitung des Selbſtſchutzes unter Zurückſtellung ſtarker Bedenken übernommen, weil es meine Pflicht war, mich dem Rufe nicht zu entziehen, der Heimat und dem Vaterlande zu dienen, zumal ich durch perſönliche Erfahrungen wohl einen beſſeren Einblick in die ſchwierigen oberſchleſiſchen Verhältniſſe hatte als die meiſten anderen. Ich hatte mich nicht dazu gedrängt; als mich das Schickſal aber an die Spitze geſtellt, war ich mit heißem Bemühen beſtrebt, die Aufgabe in vernünftiger Art durchzuführen. Unkluges, heißſporniges Handeln, oder gar ein Ehrgeiz, der nach glänzenden Erſcheinungsformen trachtete, Nichtbeachtung der trotz großer Überraſchungserfolge unzulänglichen Mittel und Nichtbeachtung der politiſchen Geſamtlage konnte hier ſehr verhängnisvoll werden. Das Bewußtſein meiner Verantwortlichkeit gegen das Reich, gegen Oberſchleſien und gegen die Kameraden ließ mich die Lage ſehr ernſt beurteilen, wie ſie es ja auch tatſächlich war. Wie gern wäre ich mit den tapferen Männern des Selbſtſchutzes vorgeſtürmt, um die ganze geliebte Heimat von ihren Peinigern zu befreien, aber der gordiſche Knoten konnte hier, auch bei ſtarker Willenskraft, nicht gewaltſam durchhauen werden, die Tatſachen entſprachen nicht unſeren Wunſchbildern. Der heiße Drang mußte gezähmt werden und kühle Würdigung aller einſchlägigen Verhältniſſe ergab für mich, daß ein anderes Handeln, wie geſchehen, das Mögliche überſchätzt, den heißen Wünſchen unſerer Gegner entſprochen hätte, der nutzloſe Untergang des Selbſtſchutzes geweſen wäre und Oberſchleſien und dem Reich ſchweren Schaden gebracht hätte. Ich verweiſe auf meine früheren Beurteilungen der Lagen auf den Seiten: 185 u. f., 202, 216 u. f. Ich achte aber auch voll und ganz die Überzeugungen, die nicht mit den meinen übereinſtimmten; denn alle hatten nur das Wohl von Heimat und Vaterland im Auge. Daß dabei vor allem viele ein ſchärferes Vorgehen des Selbſtſchutzes

erwünſcht hatten, liegt auf der Hand. Auch ich bedauerte tief, daß dies nicht möglich war. In aufgeregten, nervöſen Zeiten iſt es leichter, eine draufgängeriſche Truppe gewähren zu laſſen, als ſie zurückzuhalten und klügliche Mäßigung zu betätigen. In ſolchen Lagen müſſen die Führer hart gegen ſich ſelbſt und gegen ihre Gefolgſchaft ſein. Eigenwillige Befriedigung der Kampfesluſt und Widerſetzlichkeit gegen die Befehle derer, die die Verantwortung tragen und die Geſamtlage am beſten überſehen, führt leicht zur Schädigung der Belange des Vaterlandes. Aus eigenem, freiem Willen zuſammengekommene Krieger, wie die des Selbſtſchutzes, bedürfen ſtarker Autorität, denn nur dann wird die unerläßliche Diſziplin geübt. Nur wer im Mittelpunkt der Geſchehniſſe ſteht, kann überſehen, was durchführbar und was nicht möglich oder nützlich iſt — alſo die Folgen ausreichend beurteilen. Auch ſpäter gibt nur genaue Kenntnis aller Vorausſetzungen, Erwägungen und verborgenen Zuſammenhänge die Möglichkeit, die Beſchlüſſe auf ihre Berechtigung hin kritiſch gerecht zu prüfen. Unſere damaligen Gegenſpieler, die Franzoſen, haben die Abſichten, die ſie verfolgten, ihren Nebenbuhlern, den Engländern und Italienern, gegenüber ſicher in ein harmloſes Gewand gehüllt, und ſie können ſie weiter darlegen, wie es ihnen vorteilhaft ſcheint. Die zweimalige Drohung — am 21. Mai und 4. Juni — mit Zurückziehung der franzöſiſchen Truppen aus den Induſtrieſtädten z. B. kann man als wohlgemeinte Neutralitätsmaßnahme darſtellen. Wie ſie mit uns umgeſprungen wären, wenn ſie uns im Sack hatten, bleibt eine offene Frage. Weiſe Leute, die alles beſſer gewußt und gemacht hätten als die Verantwortlichen, gibt es ſtets, ſie fehlten auch hier nicht. Man wird mir vielleicht vorrechnen, daß ich mit mehr Mut und Energie glänzende Siege hätte erfechten können. Möge man es tun, es berührt mich nicht. Ich wußte wohl, daß Verantwortungsfreudigkeit und entſchloſſenes Handeln die vornehmſten Führereigenſchaften ſind und daß Unterlaſſen und Verſäumnis einen Führer ſchwerer belaſten als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. Ich wußte aber auch, daß ſich die Handlungen des Führers in den richtigen Grenzen der ihm übertragenen Aufgaben halten müſſen, daß ſie den eigenen Kräften und dem Verhalten des Gegners anzupaſſen ſind, und daß Selbſtändigkeit nicht zur Willkür werden darf. Meine Überzeugung ſchloß nach Pflicht und Gewiſſen zu meinem tiefen Bedauern vorwärtsſtürmendes Handeln als verderblich aus. Ich glaubte damals und ich glaube jetzt noch, dadurch den Selbſtſchutz vor kläglichem Ende bewahrt und

politiſches Unheil verhütet zu haben. Gegenteilige Überzeugungen beruhten natürlich ebenſo auf der Grundlage von Pflicht und Gewiſſen. Ein wirklich einwandfreies Urteil, welches die richtige Anſicht war, läßt ſich m. E. jetzt nicht mehr fällen. Nur die Ausführung der Rebellentat des Selbſtſchutzes hätte dies einwandfrei geklärt. Denen, welche es auf das Verhalten des Selbſtſchutzes zurückführen, daß Oberſchleſien geteilt wurde, fehlt politiſches Augenmaß.

Die Reichsregierung hatte mir durch Übergabe des Kommandos Vertrauen entgegengebracht und mir dann Selbſtändigkeit gelaſſen. In heiklen Lagen — wie z. B. nach den größeren Angriffen —, die ihr ſicher ſehr unerwünſcht geweſen, hat ſie mir energiſche diplomatiſche Unterſtützung zuteil werden laſſen. Irgendwelche Differenzen zwiſchen der Reichsregierung und mir hatten nicht beſtanden. Sie hatte auch niemals hemmend auf mich eingewirkt, etwa geſteckte militäriſche Ziele nicht zu verfolgen. Die Verantwortung für die militäriſchen Maßnahmen im großen und ganzen trage ich vor der Geſchichte. Das Verdienſt an den militäriſchen Erfolgen gebührt den betreffenden Führern und ihren Mitarbeitern; die Ehre dafür gehört ihnen und ihren heldenmütigen Truppen.

Der Zwölferausſchuß war redlich bemüht, nach beſten Kräften zu helfen. Er hat die deutſchen Belange der J.K. gegenüber mannhaft vertreten und durch ihn wurde die einmütige Geſchloſſenheit des oberſchleſiſchen Volkes aufrecht erhalten. Die Gerechtigkeit verlangt die Betonung, daß dieſe viele geſchmähten Herren, vor allen ihr energiſcher Vorſitzender, keineswegs pazifiſtiſch eingeſtellt waren. Ich kann ihnen meine volle Achtung nicht verſagen. Die Behauptung, der Zwölferausſchuß hätte mich gehindert, den Selbſtſchutz vorgehen zu laſſen, iſt unrichtig. Meine Entſchlüſſe in allen weſentlichen Fragen ſind weder durch ihn noch von anderer Seite beeinflußt worden.

Warme Dankbarkeit und innige Kameradſchaft erfüllt mich gegen die Angehörigen des ehemaligen Selbſtſchutzes Oberſchleſien. Sie haben ſich — ob an der Angriffs- oder der Abwehrfront — in echtem Freikorps- und Selbſtſchutzgeiſt als beſte deutſche Männer erwieſen. Die Siege der einen ſind dauernder Ruhm. Das Pflichtgefühl und die geiſtige Selbſtzucht der anderen, die im Rahmen der geſtellten Aufgabe die Befehle der vorgeſetzten Dienſtſtelle den eigenen Wünſchen entgegen befolgten, ſind Vorbild. Daß ein gegenſeitiges Vertrauensverhältnis zu den draufgängeriſchſten Teilen des Selbſtſchutzes nicht zuſtande gekommen iſt, war mir ſchmerzlich. Ich verſtand ihren Geiſt,

ich durfte mich aber durch das Glück ihrer Erfolge nicht blenden laſſen und das große Ganze nicht aus dem Auge verlieren.

Während des dritten Aufſtandes 1921 haben auf dem oberſchleſiſchen Boden, für deſſen Deutſchtum ſie gekämpft, etwa dreihundert deutſche Männer und Jünglinge in offenem Kampfe ihre Heimat- und Vaterlandsliebe mit ihrem Tode beſiegelt. Im ganzen hat der von Ende 1918 bis Ende 1921 geführte Kampf um Oberſchleſien — Truppen und Bevölkerung zuſammen — auf deutſcher Seite ein mehrfaches an Todesopfern gefordert. In höchſter Ehrfurcht beugen ſich alle guten Deutſchen vor ihren Manen. Aber beklagt ſein wollen unſere Gefallenen nicht. Ihrem Tode fehlte der Stachel, weil die Hingabe des Lebens für Volk und Vaterland eigene höchſte Ehre iſt. Ihr Opfer iſt nicht umſonſt geweſen, ihr Vermächtnis liegt beim Dritten Reich in feſter Obhut. Ihr Schickſal war ſtolz, denn ſie ſind uns und den kommenden Geſchlechtern leuchtendes Vorbild und Symbol. Ihr Andenken bleibt heilig für alle Zeiten!

Unſeren damaligen Gegnern, ſoweit ſie aus echter Liebe und Aufopferung für ihr Volkstum und ihr Land als tapfere Soldaten uns gegenüberſtanden, reichen wir ritterlich die Hand. Aufgabe der beiderſeitigen Frontkämpfer auf oberſchleſiſchem Boden iſt es jetzt, das ihre dazu beizutragen, die vergiftete Atmoſphäre, die ſo lange Deutſche und Polen trennte, immer mehr zu bereinigen und die von Adolf Hitler und Marſchall Pilſudſki eingeleitete Verſöhnung der beiden Nachbarvölker immer tiefer zu geſtalten. Möchte auch die unſerem Nachbar im Weſten ſo oft gebotene Hand zur Verſöhnung bald ergriffen werden! Der gemeinſame Kampf dieſer drei großen Nationen hat jetzt dem Frieden zu gelten und dem Schutze der Menſchheit gegen die bolſchewiſtiſche Gefahr. Die Haßgefühle, welche die oberſchleſiſchen Abſtimmungskämpfe ausgelöſt hatten, ſind für uns begraben. Rache und Diffamierung gelten nicht mehr. Nach der Vergangenheit wird nicht gefragt. Gegenſeitige Achtung muß das Band ſein, das jetzt alle verbindet, die dereinſt ihr Leben für ihr Volk eingeſetzt hatten. Aus dieſer Achtung wird ſich die Überzeugung entwickeln, daß mit nachbarlicher Freundſchaft und Verträglichkeit das Los jedes dieſer drei Völker zu ihrem Segen erleichtert wird.

Mit dem 9. Juli war der Sonderauftrag für mich beendet, und ſchied ich aus dem bisherigen Selbſtſchutz aus. Ich fuhr über Berlin nach meinem Wohnort Coburg. Am 11. Juli meldete ich dem Reichskanzler in Berlin die endgültige Auflöſung des Selbſtſchutzes. Hierbei

bat ich ihn, die Verſorgungsrechte der Selbſtſchutzteilnehmer möglichſt bald bekanntzugeben; ſie werden nach dem Perſonenſchädengeſetz behandelt. Als Hauptzweck kam ich nochmals eindringlich auf die Warnung des Generals Henneker zu ſprechen.

Nachklänge: 1921/22.

Die in Schleſien neu aufgezogenen ſogenannten „Arbeitsgemeinſchaften“ [1]) verfolgten einen doppelten Zweck. Einmal arbeiteten ſie mit Hilfe der Gewerkſchaften an der Arbeitsvermittelung, dann aber dienten ſie beſonders dem geheimen militäriſchen Zweck gegen einen vierten Polenaufſtand. Die Selbſtſchutzkämpfer, die nicht in die Heimat zurückkehrten, traten in die neue Organiſation ein. Man eröffnete ihnen, daß es in Oberſchleſien bald wieder losgehen werde, und daß man der gerechten deutſchen Sache treu bleiben müſſe. Sie hießen Arbeitsgemeinſchaften oder Arbeitskommandos, aber es gab wenig Arbeit und ungewollte Tatenloſigkeit laſtete in den heißen Sommertagen auf den Braven. Es war begreiflich, daß dieſer Müßiggang nachteilig auf die Manneszucht wirken mußte. Es handelte ſich jetzt hier auch um die Wahrung ſchwerwiegender Geheimniſſe, beſonders der Waffenlager. Scheinbar ſind keine ausreichenden Weiſungen darüber gegeben worden, wie ſie die Geheimhaltung zu ſchützen hatten. Die oberſchleſiſchen Selbſtſchutzabteilungen der neuen Organiſation verblieben durch die Demarkationslinie von den Polen getrennt, als geheime Wacht- und Kampftruppe im Abſtimmungsgebiet zurück in Erwartung und zur Abwehr neuer Aufſtände. Die I.K. hatte offiziell wieder die Gewalt übernommen. Das Beſtreben unſerer Gegner war es, im deutſchen Teil des Abſtimmungsgebietes wieder das Heft in die Hand zu bekommen, die Widerſtandskraft des Deutſchtums und ſeines Selbſtſchutzes zu brechen, ihre Führer zu beſeitigen und durch Rückkehr der polniſchen Inſurgenten in das deutſche Gebiet und Agitation unter der Bevölkerung den Boden für einen neuen Aufſtand reif zu machen. Der Kampf des Deutſchtums, ſein Notwehrzuſtand verblieb weiter, nur daß die Erſchwernis hinzutrat, daß der Kampf im geheimen geführt werden mußte. Dabei war zu berückſichtigen, daß die I.K. (d. h. die Franzoſen) Verräter, Spitzel und Geheimagenten über das ganze Land verſtreute und jede Notwehrhandlung Deutſcher als Verbrechen beſtrafte. Daraus ergab ſich, daß die Deutſchen die notwendigen

[1]) S. Seite 301.

Gegenmaßnahmen gegen Kampfhandlungen der Polen im geheimen durchführen mußten, wie vorher die Spezialpolizei. Es liegt auf der Hand, daß weder Deutſchland, das in Oberſchleſien nicht eingreifen durfte, noch Frankreich, das ganz offenſichtig in der Kampffront der Polen ſtand, das Deutſchtum Oberſchleſiens von dieſem ſtillen Kampf entlaſten konnten oder wollten. Die Laſt der notwendigen Maßnahmen und das Recht zu ihnen hatten alle Deutſchen in Oberſchleſien, jeder an der Stelle, die ſich aus dem aus den Verhältniſſen herausgewachſenen Gefüge der Selbſtſchutzorganiſation ergab. Für das Deutſchtum in Oberſchleſien bedurfte es damals keines Auftrages der rechtlich behinderten deutſchen Regierung, alle ſeine Handlungen beging es und konnte es begehen aus eigenem Recht, aus dem Recht der Notwehr.

Demgegenüber lebten die Arbeitsgemeinſchaften außerhalb des Abſtimmungsgebietes in einem Staate, deſſen Recht für ſie maßgebend war. Es wurde allgemein angenommen, daß die zur Abwehr eines etwaigen vierten polniſchen Überfalls aufgezogenen Arbeitsgemeinſchaften, da Klärung der oberſchleſiſchen Frage bald erwartet wurde, nur kurze Zeit beſtehen würden. Aus dieſer wurden aber viele Monate und dann diente die Geheimorganiſation „Schwarze Reichswehr“ in ähnlicher Weiſe dem Schutz der deutſchen Oſtgrenze. Um die Geheimhaltung der Waffenlager uſw. nicht zu gefährden, ſcheute man ſich naturgemäß, bei Verrat uſw. die öffentlichen ordentlichen Gerichte anzugehen. Die ſpäter ſo beliebten „Schnellrichter“ waren damals noch nicht in Mode und da manche nicht wußten, wie anders ſie handeln ſollten, griffen ſie in der guten Abſicht, dadurch der vaterländiſchen Sache am beſten zu helfen, auf eigenes Riſiko zur Selbſthilfe. Die Sorge um den Schutz des anvertrauten geheimen Gutes uſw. erzeugte Verräterfurcht und dieſe führte zur Selbſtjuſtiz. Daß dabei Mißgriffe vorkamen, war nicht verwunderlich, aber es war empörend und bleibt ein dauerndes Schandmal, wie Männer, welche hingebende Liebe zum Vaterlande vielleicht irren ließ, in der Femehetzezeit behandelt worden ſind. Von Vaterlandsgenoſſen in ſchimpflicher Weiſe geſchmäht und verfolgt, ihnen Not und Tod an den Hals gewünſcht, in ihrer bürgerlichen und wirtſchaftlichen Exiſtenz ſchwer geſchädigt, ſchleppte man die Armen, denen man nicht die nötigen Mittel zur Abwehr des Verrätertums gegeben hatte, und die in zwingender Not anders gehandelt hatten, als das Geſetz es vorſchrieb, in Gefängniſſe und deutſche Richter verurteilten ſie zum Tode und entehrenden Freiheitsſtrafen. Es war doch eine Zeit, in der man ſich oft ohne Liſt und Gewalt nicht durch-

ſetzen konnte, denn man war ſelbſt von Liſt und Gewalt umlauert. Solche Handlungen dürfen nicht mit der Gerichtswaage friedlicher Zeiten gemeſſen werden. Daß ſolches Erleben manche ſtutzig machte, iſt begreiflich, aber die Liebe zu ihrem Deutſchland raubte ihnen auch dies nicht, und, ſo bald ſie wieder frei waren, trotzten und kämpften ſie weiter gegen Schurkerei und Dummheit.

Dieſe Arbeitsgemeinſchaften hatten eine außerordentliche Wirkung. Die franzöſiſche Preſſe berichtete über großartige Vorbereitungen der Deutſchen zwecks Niederwerfung der franzöſiſchen Truppen und Beſetzung des geſamten Abſtimmungsgebietes durch irreguläre deutſche Truppen. Der franzöſiſche Miniſterpräſident Briand hatte in London und Rom auf die militäriſchen Vorbereitungen der Deutſchen in Oberſchleſien und an der Grenze des Abſtimmungsgebiets als eine unerträgliche Bedrohung des Beſchluſſes der Alliierten hingewieſen und vorgeſchlagen, die notwendigen Verſtärkungen nach Oberſchleſien zu ſenden, um die Sicherung des Beſchluſſes herbeizuführen. Am 16. Juli machte der franzöſiſche Botſchafter Laurent dem Außenminiſter Dr. Roſen mündlich Eröffnungen über dieſe Sache. Er berief ſich wegen der Gefahr einer gewaltſamen deutſchen Aktion in Oberſchleſien, falls die Entſcheidung der Mächte Deutſchland nicht befriedige, auf eingehende Berichte des Generals Le Rond und auf dringende Mitteilungen der polniſchen Regierung. Er wußte eingehend Beſcheid über die Stärke und über die Verteilung der Arbeitskommandos und ihre Bewaffnung; über die viel umfangreicheren Vorbereitungen und den rieſigen Waffenbeſitz der Polen wußte er natürlich nichts. Er führte eine Reihe von Attentaten auf, die nach dem Abzug des Selbſtſchutzes auf Franzoſen im Abſtimmungsgebiet verſucht worden waren. Er ſprach von ungeheuerlichen Äußerungen und Herausforderungen des Generals Hoefer, deſſen Kommando nicht aufgelöſt ſei, ebenſo wie die Stämme zur Bildung einer Armee, und der von Brieg aus die Vorbereitungen des Angriffs leite. (Ich befand mich ſchon ſeit dem 7. Juli nicht mehr in Brieg und war in meinem Ruhewohnſitz Coburg; mit den Arbeitsgemeinſchaften hatte ich nichts zu tun.) Er betonte die Verantwortlichkeit der Reichsregierung und erklärte, daß unter dieſen Umſtänden die franzöſiſche Regierung eine baldige endgültige Löſung der oberſchleſiſchen Frage nicht treffen könne, da dies einen Angriff der deutſchen Aufſtändiſchenarmee hervorrufen würde, der ſicher einen Krieg im Gefolge haben würde. Sie habe daher Vorkehrungen getroffen, um unverzüglich eine Diviſion zur Verſtärkung nach Oberſchleſien zu ſenden.

Er ſtellte noch die Forderungen, die Organiſation zu entwaffnen und aus dem Abſtimmungsgebiet und von der Grenze desſelben zu entfernen und anderes mehr. Der Außenminiſter Dr. Roſen führte ſogleich eine Anzahl Punkte aus, welche die außerordentlichen Vorbereitungen der Polen für einen vierten Aufſtand klar bewieſen. Die Organiſation der Inſurgenten war auch ebenſo, wie nach dem zweiten Aufſtande, voll beſtehen geblieben und ſogar Korfanty weilte auf Grund der Amneſtie wieder im Abſtimmungsgebiet. Er und ſeine Leute verkündeten überall laut und offen, daß ſie einen vierten Aufſtand machen würden, wenn ihnen die Entſcheidung über Oberſchleſien nicht paſſen ſollte.

Der engliſche und der italieniſche Botſchafter in Berlin, die aufgefordert worden waren, ſich dem Vorgehen der franzöſiſchen Regierung anzuſchließen, haben die Demarche des franzöſiſchen Botſchafters nicht unterſtützt.

Am 23. Juli brachten die Zeitungen die ſchriftliche Antwortnote des Reichsaußenminiſters an den franzöſiſchen Botſchafter [1]), in der nachgewieſen war, daß ſich die eingehenden Berichte des Generals Le Rond und die dringenden Mitteilungen der polniſchen Regierung nicht mit den tatſächlichen Zuſtänden im und am Abſtimmungsgebiete decken, und in der zu den einzelnen Attentaten Stellung genommen wurde. Er bat um nähere Informationen über die Beſchuldigungen gegen meine Perſon, teilte mit, daß ich nach Auflöſung des Selbſtſchutzes mich in Coburg aufhalte, und äußerte ſich über den Selbſtſchutz, die Arbeitsgemeinſchaft, die Entwaffnung der Formationen und wies ſchließlich eindringlichſt unter Anführung vieler Beweisſtücke auf die Gefahr eines vierten polniſchen Aufſtandes hin. Er bedauerte, daß die franzöſiſche Regierung den vielen augenſcheinlich von polniſcher Seite ausgehenden falſchen Behauptungen Glauben und Beachtung ſchenke uſw.

Der engliſche Kommiſſar bei der J.K., Sir Harald Stuart, hielt Verſtärkungen der alliierten Truppen in Oberſchleſien nicht für notwendig.

Die engliſche Regierung erſuchte Paris, die Notwendigkeit hierfür zweifelsfrei nachzuweiſen. Da Paris dies natürlich nicht konnte, wurden keine Verſtärkungen entſandt. Welch maßloſe franzöſiſche Übertreibungen! Während jede deutſche Regung in unerhört aufgebauſchter und entſtellter Form auszuſchalten verſucht wurde, waren die Franzoſen

[1]) S. Anlage 1.

blind und taub für die „Kampfaufrufe“ der polniſchen Inſurgenten, die trotz des Belagerungszuſtandes im Abſtimmungsgebiet öffentlich an den Anſchlagſäulen und den Straßenecken zu neuem Kampfe aufforderten. Sie ſahen ihre ganz offenen „Kampfvorbereitungen“ und ſchritten nicht dagegen ein. Sie wußten ganz genau, daß die Inſurgenten zahlenmäßig und nach Bewaffnung doppelt ſo ſtark waren als der bisherige Selbſtſchutz, daß ſie nicht entwaffnet und nur zum Schein abgebaut waren und daß die deutſchen Vorſichtsmaßnahmen nur der Abwehr des laut überall angekündigten vierten polniſchen Aufſtandes galten. „Havas“ brachte ziemlich unzweideutig einen Gedankengang zum Ausdruck, der der Wirklichkeit entſprach:

„... Die ſchwergeprüfte oberſchleſiſche Bevölkerung war aber auf ihrer Hut. Sie wußte, daß unſere Gegner einen Konflikt erſtrebten, daß die Polen Meiſter im Spitzel- und Agententum waren, um Zwiſchenfälle und Anſchläge herbeizuführen und deutſche Äußerungen in geriſſendſter Weiſe zu ihren Gunſten zu fälſchen.“

So brennend gern auch die große Mehrzahl der Deutſchen große Abrechnung gehalten hätte, ſo wußte ſie doch, daß es ein wahnwitziges Beginnen geweſen wäre, in ihrem machtloſen Zuſtande einen Krieg mit Frankreich, Polen uſw. heraufzubeſchwören. Die böſen Deutſchen machten ja auch keinen Aufruhr, nachdem der ungerechte, herausfordernde Teilungsbeſchluß bekanntgeworden war.

Am 13. Auguſt 1921 war dem deutſchen Geſchäftsträger in Paris ein von Briand unterfertigtes Schreiben des Oberſten Rates übergeben worden, in welchem feſtgeſtellt wird, daß die Entſcheidung über Oberſchleſien erneut verſchoben wird und die deutſche Regierung ermahnt wird, die Ruhe in Oberſchleſien zu wahren. Was letzteres anlangt, ſo ſteht feſt, daß lediglich durch polniſche Umtriebe und Gewalttaten die Ruhe in Oberſchleſien geſtört worden war[1]).

Über meine angeblichen „ungeheuerlichen Äußerungen“ ſei folgendes angeführt: „Dziennik Gdanſki“ hatte eine Meldung wiedergegeben, nach der ich in Offizierverſammlung Rede gehalten und geſagt haben ſoll, wenn Oberſter Rat Entſcheidung trifft im Gegenſatz zu den deutſchen Intereſſen, ſo werde ich mit meinen Truppen in Oberſchleſien einmarſchieren, Franzoſen vertreiben, Land von Polen ſäubern. Oberſchleſien, von dem Bewegung zum Sturz Napoleons ausgegangen, wird zum zweitenmal Ausgangspunkt Wiedererrichtung deutſcher Macht werden.

[1]) S. Anlage 2.

Wahr iſt, daß ich dieſe, wie alle meine Abſchiedsanſprachen, mit den Worten geſchloſſen habe:

„Meine Herren, Sie ſtehen hier in Schleſien auf hiſtoriſchem Boden, von dem 1813 die Bewegung zum Sturze Napoleons ausgegangen iſt. Hoffen und glauben wir, daß auch uns einmal eine ebenſo glückliche Bewegung aus Schimpf und Schande befreien werde. Die Schleſier werden dann gewiß, wie damals die Schleſiſche Landwehr, wieder in erſter Linie ſtehen.“

Dieſe ganz allgemein gehaltene Betrachtung über Vergangenheit und Zukunft iſt alſo in die törichte Abſicht einer deutſchen Erhebung gegen Frankreich und Polen aus Anlaß einer ungünſtigen Entſcheidung über Oberſchleſien entſtellt worden. Als ich bei einer Offizierverſammlung im Freien einmal gefragt worden war, was geſchehen werde, wenn unſer ganzes Oberſchleſien, wie jetzt oft befürchtet werde, den Polen zugeteilt werden ſollte, ſagte ich:

„Dieſen Fall halte ich für ganz unwahrſcheinlich. Nach dem Ergebnis der Abſtimmung können ſie die Ungerechtigkeit und Brutalität nicht ſo weit treiben. Eine ſolch niederträchtige Vergewaltigung kann ſich wohl kein Volk gefallen laſſen, auch nicht ein ſo gedemütigtes wie das unſere. Exploſionen wären alsdann wohl möglich. Viel näher aber liegt der Fall, daß die Polen, wenn unzufrieden mit der Entſcheidung, einen vierten Aufſtand machen, was ſie ja dauernd laut verkünden. Dann werden die Deutſch-Oberſchleſier, davon bin ich überzeugt, ſich anders wehren, als bei dieſem Aufſtand, und wir alle werden ihnen wieder zu Hilfe eilen.“

Auch eine weitere Anſprache von mir hatte ſolch hetzeriſche Verdrehung erfahren.

Man hört manchmal die Behauptung, daß eine kleinmütige politiſche Leitung, die zu wenig wagte, einzig und allein die Schuld an dem Landverluſt trägt, den Deutſchland in Oberſchleſien erlitten hat. Vor allem dadurch, daß die nicht ausreichende Aktivität des Selbſtſchutzes dazu geführt habe, daß England in der oberſchleſiſchen Frage ſeinen für uns wohlwollenden Standpunkt änderte [1]). Dieſes Urteil erſcheint mir nicht zutreffend. Das Verſailler Diktat und das Abſtimmungsergebnis ließen keine Hoffnung zu, daß uns Landverluſt in Oberſchleſien erſpart werden würde. Im Herzen Europas mit Feinden ringsum konnte dieſes Schickſal in unſerer Lage nicht durch Waffengewalt von

[1]) S. Seite 254.

uns abgewendet werden. Ein Verſuch hierzu mußte fehlſchlagen und Oberſchleſien und das Reich hätten dafür gebüßt. Daß England ſeinen Standpunkt in der oberſchleſiſchen Frage wegen mangelnder Aktivität des Selbſtſchutzes nicht geändert hat, geht m. E. aus den vorſtehend dargelegten Verhandlungen uſw., ſowie aus folgendem hervor. Am 18. und 19. Juni, alſo zu einer Zeit, in welcher der Aufſtand militäriſch ſchon abgeſchloſſen war, fand in Paris eine neue Konferenz zwiſchen Briand für Frankreich, Lord Curzon für England und Bonin Longare für Italien ſtatt. Lord Curzon ſagte klipp und klar:

„Nach der Anſicht meiner Regierung iſt das oberſchleſiſche Induſtriegebiet unteilbar. Nach Anſicht meiner Regierung kann angeſichts der deutſchen Mehrheit des Induſtriegebietes ſeine Zuteilung an Deutſchland nicht vermieden werden. Im übrigen iſt der General Le Rond an der unglaublichen und beſchämenden Lage in Oberſchleſien ſchuld."

Graf Sforza, der Außenminiſter Italiens vor der Regierung des Duce, der in der Nachkriegszeit eine für Deutſchland verhängnisvolle Rolle geſpielt hat, machte nach dieſer Beſprechung einen Vermittlungsvorſchlag, der das Induſtriegebiet durchſchnitt. Er rühmte ſich ſpäter, daß ihm dieſer Vorſchlag den Dank und den Enthuſiasmus ſeiner polniſchen Freunde eingetragen habe — und das alles, obgleich zahlreiche italieniſche Offiziere und Mannſchaften während des Aufſtandes in Oberſchleſien von den Polen getötet und ſehr viele verwundet worden waren. Für die polenfreundliche Haltung Sforzas hat der „Popolo d'Italia" 1925 auch intime Beziehungen zu einer Dame der polniſchen Diplomatie angegeben; außerdem war bekannt, daß er ſich um den Botſchafterpoſten in Paris bemühte und daher Frankreich Konzeſſionen in der oberſchleſiſchen Frage machen wollte. Es war natürlich ſehr ungünſtig für uns, daß die Engländer jetzt iſoliert daſtanden.

Am 21. Juni 1921 hatte Lloyd George zu dem engliſchen Botſchafter in Berlin, Viscount d'Abernon nach den Memoiren des letzteren geſagt:

„Im Hinblick auf Oberſchleſien habe ich den Wunſch, ſo viel von dem induſtriellen Gebiet für Deutſchland zu retten, wie nur möglich, aber ich habe den Eindruck, daß die Franzoſen weitgehende Verpflichtungen gegenüber den Polen übernommen haben."

Mitte Juli 1921 hatte die engliſche Regierung der franzöſiſchen mitgeteilt, daß die franzöſiſchen, engliſchen und italieniſchen Oberkommiſſare der I.K. die Unmöglichkeit erkannt hätten, zu einem ein-

mütigen Entſchluß in der Frage der Aufteilung Oberſchleſiens zu gelangen. Die Sachverſtändigenkommiſſion, deren Zuſammenkunft ſeinerzeit geplant worden ſei, falls die alliierten Kommiſſare zu keinem einmütigen Entſchluß kommen ſollten, ſollte ſich deshalb in Paris verſammeln und innerhalb einiger Tage einen Bericht zuſammenfaſſen, ſo daß der Oberſte Rat gegen den 24. d. M. zuſammentreten und noch vor dem Monat Auguſt ſeinen Beſchluß in der oberſchleſiſchen Frage faſſen könne. Frankreich ſchob mit den beliebten Sicherheitsgründen die Entſcheidung hinaus.

Am 8. Auguſt tagte eine Konferenz mit „Sachverſtändigen“ in Paris; der franzöſiſche Vertreter will das Induſtriegebiet faſt ganz den Polen, der engliſche den Deutſchen zuteilen.

Am 9. Auguſt hatte Lloyd George im Oberſten Rat im Namen des ganzen engliſchen Inperiums mit ſtarker Betonung darauf hingewieſen, daß Oberſchleſien ſeit 720 Jahren deutſchen Mächten gehört habe, alſo eine längere Zeit als die Normandie zu Frankreich, daß Oberſchleſien z. B. der Eroberung durch Friedrich den Großen ſchon länger eine deutſche Provinz geweſen ſei als Elſaß-Lothringen 1870 eine franzöſiſche, daß der Weltfriede von der Entſcheidung über Oberſchleſien abhänge, daß die Alliierten ihrer Verantwortung untreu würden, wenn ſie eine Löſung annähmen, die keine Achtung in der ganzen Welt zu erwecken vermöchte, daß die Annahme einer ſolchen Löſung nur einen Konflikt zu einem ſpäteren Zeitpunkt bedeute, daß die Entſcheidung über die Staatszugehörigkeit Oberſchleſiens nicht auf Koſten der Mehrheit der Bevölkerung getroffen werden dürfe, daß die Sicherheit Frankreichs gerade durch eine Teilung Oberſchleſiens in wirkliche Gefahr komme, da ein ſolcher Plan die Saat eines künftigen Krieges ſei. Lloyd George ſchlug vor, die Frage nochmals durch Sachverſtändige prüfen zu laſſen und machte hierfür eingehende Vorſchläge.

Am 16. Auguſt 1921 kam Lloyd George im Unterhauſe abermals auf die oberſchleſiſche Frage zu ſprechen. Er führte wiederum aus, daß Oberſchleſien keine polniſche Provinz ſei und daß $^4/_5$ der Bevölkerung deutſch ſeien. Die Auseinanderſetzung zwiſchen den Alliierten habe ſich im weſentlichen um das Induſtriedreieck gedreht, in dem die Städte deutſch und die Dörfer polniſch ſeien. Betrachte man das Gebiet als ganzes, ſo handele es ſich in Wirklichkeit um eine deutſche Mehrheit. Die induſtrielle Entwicklung, das Kapital und die Bevölkerung ſeien deutſch, ſo daß nach dem Grund-

ſatz: „Ein Mann, eine Stimme“, das Gebiet den Deutſchen zufallen müſſe.

Die Entente war damals nahe daran, wegen der tiefgehenden Uneinigkeit zwiſchen Frankreich einerſeits und England, Italien und Japan andererſeits geſprengt zu werden. Zuguterletzt ſtand Briand ganz iſoliert da mit ſeiner Forderung, daß Polen der größte und wichtigſte Teil Oberſchleſiens zugeteilt werden ſollte. Die anderen waren augenſcheinlich unerſchütterlich in ihrer Forderung, daß aus ökonomiſchen und politiſchen Gründen faſt ganz Oberſchleſien bei dem deutſchen Reich verbleiben müſſe. Die Uneinigkeit ſchien hoffnungslos, niemand wollte ſich beugen, und es konnte nicht einmal ein Kompromiß nach dem guten alten Rezept zuſtande gebracht werden. Da beſchloſſen die verſammelten uneinigen Staatsmänner, die verwickelte Frage dem Schiedsgericht des Völkerbundrates zu überweiſen. Eine andere Bezeichnung als Schiedsgericht kann wohl kaum angewendet werden, da die ſtreitenden Parteien ſich verpflichteten, ſich der vom Rat zu fällenden Entſcheidung zu beugen, wie ſie auch ausfallen möge. Und ſo wurde die Entente auch dieſes Mal gerettet.

Am 29. Auguſt 1921 trat dann der Völkerbund in Genf zuſammen. Er betraute einen Ausſchuß von vier Mitgliedern (1 Belgier, 1 Spanier, 1 Braſilianer und 1 Chineſe) mit der Ausarbeitung der neuen Grenzlinie. Dieſer Ausſchuß nahm nicht nur keinerlei Rückſicht auf die deutſche Beweisführung, ſondern lehnte auch den Standpunkt ab, den Lloyd George ſo kräftig in der Sitzung des Oberſten Rates vertreten hatte und dem ſich Italien und Japan angeſchloſſen hatten. Der Ausſchuß ernannte zwei Sachverſtändige, die als Grundlage für die weiteren Beratungen ein Gutachten über die oberſchleſiſche Frage zu verfaſſen hatten. Es war dies ein Schweizer und auffallenderweiſe ein Tſcheche, alſo der Vertreter eines Landes, das an der Regelung der oberſchleſiſchen Frage unmittelbar intereſſiert war. Beide Sachverſtändige unterlagen durchaus franzöſiſchem Einfluß, der Tſcheche noch mehr als der Schweizer. Nach Oberſchleſien ſind ſie nicht gegangen. Auch die deutſchen Sachverſtändigen wurden vom Ausſchuß beſtimmt; ſie hatten in Genf die von ihnen gewünſchten Auskünfte zu geben. Nach dem Bericht der Sachverſtändigen ſtimmte der Ausſchuß der bisherigen Auffaſſung, daß das Induſtriedreieck „unteilbar“ ſei, nicht zu und ſtellte ein Gutachten auf, nach welchem die Grenzlinie auch das Induſtriedreieck durchſchnitt. Dieſes Gutachten wurde dem Oberſten Rat mit der Bemerkung vorgelegt, daß es durchtränkt ſei von einem Geiſte der Gerechtigkeit

Die neuen Grenzen Oberſchleſiens.

Skizze 5. Die neuen Grenzen von Oberſchleſien.

und der höchſten Billigkeit. Da das Verſailler Diktat die Teilung Oberſchleſiens „von einer Volksabſtimmung und von geographiſchen und wirtſchaftlichen Zuſtänden“ abhängig gemacht hatte, begründete die Kommiſſion das Gutachten auch damit, daß das kohlenarme Polen reichlicher bedacht werden müſſe als das kohlenreiche Deutſchland.

Der Oberſte Rat machte ſich das Gutachten des Völkerbundausſchuſſes zu eigen und veröffentlichte am 20. Oktober 1921 ſein Dekret über Oberſchleſien, das die brutale Teilung dieſes Landes beſtätigte. Danach fielen der ſüdöſtliche Teil des Kreiſes Ratibor, der größte Teil des Kreiſes Rybnik, der ganze Kreis Pleß, Stadt- und Landkreis Kattowitz, Stadt- und Landkreis Königshütte, Landkreis Beuthen, der größte Teil des Kreiſes Tarnowitz (mit der Stadt Tarnowitz), ſowie Lublinitz an Polen.

Dieſe Entſcheidung über Oberſchleſien widerſpricht der Willenskundgebung der Einwohner des oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebietes, die ſich mit 60% für Deutſchland entſchieden hatten und ſie trägt den wirtſchaftlichen und geographiſchen Intereſſen nicht Rechnung. Ein durch deutſche Arbeit zur Blüte gelangtes, jahrhundertelang zu Deutſchland gehörendes Gebiet iſt gegen den Willen der Mehrheit ſeiner Bewohner und gegen wirtſchaftliche Vernunftgründe einem fremden Staate zugewieſen worden. Selbſt wenn man eine Teilung des Abſtimmungsgebietes als zuläſſig betrachten wollte, ſo bedeutete die gemeindeweiſe Abſtimmung doch nur eine Modalität zur Erfaſſung der Stimmen, nicht aber eine Grundlage zur Wertung des Ergebniſſes; denn es iſt wirtſchaftlich und politiſch gleich töricht, das Votum eines Walddorfes mit wenigen hundert Einwohnern dem einer Stadt von faſt 100 000 Menſchen gleichzuſetzen. Dieſes Verfahren hat dazu geführt, große Stadtgemeinden, die Zentralen deutſcher Kultur und Wirtſchaft, die ſich mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib bei Deutſchland entſchieden haben, von Deutſchland abzutrennen und Polen zuzuſchlagen. Insbeſondere werden auf dieſe Weiſe die Städte Kattowitz und Königshütte, die ſich mit 22 744 gegen 3900 bzw. 31 864 gegen 10 764 für Deutſchland erklärten, Polen zugeteilt. Daß eine derartige Löſung nicht als im Einklang mit der Willenskundgebung der Bewohner aufgefaßt werden kann, bedarf keiner Ausführung. Den überwiegend größeren Teil der Bodenſchätze und der Induſtrien Oberſchleſiens hatten die Polen erhalten.

Was galten die Worte Lloyd Georges? War dies hier ehrliches Spiel?

Tiefe Niedergeſchlagenheit herrſchte in ganz Deutſchland und führte zu großen Trauenkundgebungen. Am furchtbarſten traf natürlich die Oberſchleſier ſelbſt dieſer entſetzliche Schlag. Mit einem ſo niederſchmetternden Entſcheid hatte kaum jemand gerechnet. Es war eine grauſame Enttäuſchung, denn bis zuletzt hatte trotzallem faſt allgemein eine geradezu unbegreifliche Zuverſicht geherrſcht; während der langen Abſtimmungspropaganda hatte man die Hoffnungen zu hoch geſchraubt. Es entſtand zuerſt eine panikartige Stimmung, die durch eine hoffnungsloſe Reſignation abgelöſt wurde. Auch im neutralen Ausland bezeichnete man den Genfer Schiedsſpruch als einen Hohn auf die Gerechtigkeit und kam zu dem Schluß, daß in dieſer Welt nur noch die brutale Gewalt gelte.

Die Entſcheidung, die der Völkerbundsrat getroffen hatte, und auf deren Annahme ſich die Hauptmächte verpflichtet hatten, hatte bewieſen, daß der Vernichtungswille Frankreichs wieder den Sieg davongetragen hatte, ohne Rückſicht auf die dadurch hervorgerufene ſchwere Bedrohung der geſamten Wirtſchaft Europas, ohne Rückſicht auf alle ſozialen und kulturellen Schäden und Nachteile, die der oberſchleſiſchen Bevölkerung, dem Deutſchen Reich und der Menſchheit dadurch erwachſen mußten. Frankreich hatte ſein volles politiſches Schwergewicht zur Anwendung gebracht und England und Italien wagten nicht, ſich gegen Frankreich in dieſer für ſie nicht lebenswichtigen Frage aufzulehnen. Für die engliſche Regierung ſpielte das Schickſal Oberſchleſiens nur eine ſekundäre Rolle, da lebenswichtige Fragen, wie die iriſche, das Arbeitsloſenproblem und die Waſhingtoner Konferenz im Vordergrund ihrer Intereſſen ſtanden. Dazu kam, daß die Regierung in der Gegenwart einen Bruch mit Frankreich unter allen Umſtänden vermeiden mußte. Man überläßt ja gern die Zukunft ſich ſelbſt, ſolange man in der Gegenwart unmittelbaren Schwierigkeiten aus dem Wege gehen kann, obgleich dies eine ſehr kurzſichtige Politik darſtellt. Der öffentlichen Meinung Englands war das Schickſal Oberſchleſiens im Grunde genommen vollkommen einerlei, während Briand ſich bei den Konferenzen der Alliierten immer auf die geſchloſſene öffentliche Meinung zugunſten Polens berufen konnte. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß die Franzoſen auf die Staaten, welche die Mitglieder des Viererausſchuſſes und die Sachverſtändigen geſtellt hatten, ſtarke Druckmittel angewendet hatten, um von vornherein ein ihnen genehmes Votum zu erhalten. Lord d'Abernon ſagt in ſeinen Memoiren, daß die Auswahl der deutſchen Sachverſtändigen ſehr unglücklich war,

ihre Ausſagen hätten keinen überzeugenden Eindruck gemacht, und daß die deutſche Regierung darauf hingewieſen habe, daß ſie keinerlei Einfluß auf die Zuziehung dieſer Sachverſtändigen gehabt hätte, die von Genf aus unter Elementen ausgewählt worden waren, deren Verbindung mit franzöſiſchen Intereſſen berüchtigt war. Demgegenüber wurde deutſcherſeits erklärt, daß das geſamte deutſche Material allen Mitgliedern des Völkerbundes, des Völkerbundsrates uſw. bekannt war und durch zahlreiche mündliche Beſprechungen eingehend erläutert worden war, und daß die deutſchen Sachverſtändigen durch ihre ebenſo überzeugenden wie eingehenden Darlegungen der oberſchleſiſchen Verhältniſſe vor der Sachverſtändigenkommiſſion hervorragende Dienſte geleiſtet hätten. England ſuchte zu tröſten, indem es uns vorhielt, daß der Verſailler Vertrag urſprünglich ja ganz Oberſchleſien Polen geben wollte, und daß die jetzige Teilungslinie für Deutſchland viel günſtiger ſei, als die von General Le Rond ſo hartnäckig verteidigte, und daß wir dies alles nur Lloyd George zu danken hätten. Das allzu blinde Vertrauen auf England wurde furchtbar enttäuſcht, ſeine Popularität und ſein Preſtige in Deutſchland hatten einen ſchweren Schlag erlitten [1]). Lloyd George hat ſpäterhin mehrfach ſich mündlich und ſchriftlich energiſch dahin ausgeſprochen, daß er die Entſcheidung über Oberſchleſien nicht gebilligt habe. So hatte z. B. in einer Debatte im engliſchen Unterhauſe am 14. November 1928 Baldwin einen Lloyd George-Artikel zitiert, in dem dieſer die deutſche Oſtgrenze als unfair bezeichnet hatte. Lloyd George ſprang auf und erklärte, das ſei allerdings ſeine Meinung, die zu äußern er ſich nicht verbieten laſſe. Baldwin hielt ihm vor, doch immerhin der Autor der Friedensverträge zu ſein. Lloyd George rief in ſichtlicher Erregung: „Jawohl, aber nicht der Autor des Völkerbundentſcheides über die ſchleſiſche Grenzziehung.“ — Wenn auch Lloyd George die Entſcheidung nicht gebilligt hatte, ſo hatte er ihr doch zugeſtimmt, und England trägt genau die gleiche Verantwortung wie Frankreich oder Italien.

Gegen die deutſche Regierung wurde von nationalen Kreiſen der Vorwurf erhoben, nicht alles getan zu haben, um den Völkerbundsrat rechtzeitig über Oberſchleſien in deutſchem Sinne aufzuklären. Angeblich habe ſie die Hände in den Schoß gelegt und ſich in geradezu ſträflichem Optimismus, den ſie durch Reden uſw. auch auf das deutſche Volk übertragen habe, ganz auf Englands ſchöne Worte verlaſſen.

[1]) Memoiren des Lord d'Abernon.

Dabei habe ſie nicht in Betracht gezogen, daß dieſes z. B. in ihm viel wichtigeren Fragen ganz und gar von Frankreichs Gnaden abhängig war. Die deutſche Regierung wies dieſe Vorwürfe der Paſſivität als unſachlich und unberechtigt zurück. Sie wies auf ihre zahlreichen, z. T. ſcharfen und mit eingehendem Tatſachenmaterial belegten Noten vor und nach der Abſtimmung hin, die wie z. B. in der Frage der Abſtimmung der Emigranten nicht ohne Erfolg geblieben ſeien. Sie betonte auch, daß ſie Sachverſtändige in der oberſchleſiſchen Frage nach der Abſtimmung nach London, Paris und Rom entſandt habe, um teils die Miſſionen zu informieren, teils anderweit über die Berechtigung unſerer Anſprüche aufzuklären. Die Vorwürfe gegen die oberſchleſiſchen Referenten des Auswärtigen Amtes wegen Verſäumniſſen wurden als gegenſtandlos zurückgewieſen, da dieſe Herren ſich ihrer Aufgabe — Oberſchleſien völlig deutſch zu erhalten — mit ganzer Hingabe und ganzer Kraft in ſteter Fühlung mit allen zuſtändigen Inſtanzen umſichtig und energiſch gewidmet hatten. Die Vorwürfe gegen die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes und ſeiner allerdings viel zu ſpät nach Genf entſandten Vertreter wurden mit folgender Begründung entkräftet: Die unglückliche Entſcheidung von Genf war überhaupt nicht zu korrigieren. Dies beruht darauf, daß die franzöſiſche Politik ſiegreich war und ſich bei der Verfolgung ihrer Ziele den anderen Ententeländern gegenüber durchſetzen konnte. Deutſchland iſt von keiner Seite irgendwelche Hilfe erwachſen, und Deutſchland konnte ſich bekanntlich gegen die Welt überhaupt nicht wehren.

In Polen wurden überall Siegesfeiern veranſtaltet. Daß die franzöſiſchen Zeitungen über die Entſcheidung jubelten, war nach allem, was ſeit dem Tage geſchehen iſt, an dem Clemenceau den deutſchen Vertretern den „Friedenstraktat“ von Verſailles diktierte, vollkommen verſtändlich. Das einzig merkwürdige war vielleicht, daß die engliſchen Zeitungen, die vor nicht allzulanger Zeit Lloyd George in ſeiner Behauptung der Notwendigkeit tatkräftig unterſtützten, daß das deutſche Volk, das ein Menſchenalter hindurch den ungeheuren Kriegsſchadenerſatz bezahlen ſollte, das Induſtrie- und Grubengebiet Oberſchleſiens behalten müſſe — daß dieſe ſelben engliſchen Zeitungen jetzt wie auf Kommando ihren Standpunkt geändert hatten und die Genfer Entſcheidung weiſe und gerecht fanden. Das „gerechte“ beſtand darin, daß der größte und reichſte Teil dieſes Gruben- und Induſtriegebietes, das nur dank deutſcher Energie und deutſchem Unternehmungsgeiſt Generationen hindurch zu dem wurde, was es iſt, Deutſchland weg-

genommen wurde. Das „weiſe“ iſt eine von den Ausſchuß-Herren gemachte große Erfindung, nämlich ein Komitee, beſtehend aus zwei Polen, zwei Deutſchen und einem Neutralen, das in einem Zeitraum von etwa 15 Jahren darüber wachen ſoll, daß die Grenze zwiſchen Oberſchleſiens deutſchem und polniſchem Teil die freie wirtſchaftliche Verbindung und den Verkehr nicht hindern ſoll, und das auch dafür ſorgen ſoll, daß die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze nicht ſchikaniert und unterdrückt werden. Wenn nach Gerechtigkeit verfahren wurde, dann mußte ſelbſtverſtändlich von dem von Deutſchland an die ſiegreichen Gegner zu entrichtenden Schadenerſatz das abgezogen werden, was das Land durch den Schiedsſpruch des Völkerbundrates an Leiſtungsfähigkeit verloren hatte. Von einer ſolchen Gerechtigkeitshandlung war aber keine Rede — nicht eine einzige Goldmark wurde Deutſchland erlaſſen.

Am 26. Oktober 1921 überreichte der polniſche Geſandte in Paris dem franzöſiſchen Miniſterpräſidenten Briand die Note, daß ſeine Regierung die Entſcheidung der Alliierten über Oberſchleſien angenommen habe und drückte ihm den Dank dafür aus, daß Frankreich auch bei dieſer Gelegenheit Polen ſeine Unterſtützung gewährt habe.

Am 26. Oktober 1921 fügte ſich die deutſche Volksvertretung unter Proteſten und Vorbehalten dem furchtbaren Diktat; das wehr- und waffenloſe Deutſchland mußte ſich der übermächtigen Gewalt beugen, wenn es nicht Selbſtmord begehen wollte. Am 27. Oktober 1921 überreichte der deutſche Botſchafter in Paris der Botſchafterkonferenz eine Note, in welcher die deutſche Regierung Verwahrung einlegt gegen die durch das Diktat dem deutſchen Volke auferlegte Ungerechtigkeit ſowie gegen die in ihm liegende Verletzung des Verſailler Vertrages und erklärt, daß ſie lediglich unter dem Druck der Drohungen ſich gezwungen ſieht, dem Diktat zu entſprechen. Den Wortlaut dieſer Note enthält Anlage 3.

Die Botſchafterkonferenz hatte unter dem 28. Oktober 1921 eine von Briand unterzeichnete Note an den deutſchen Botſchafter in Paris gerichtet, in der ſie den Proteſt der deutſchen Regierung als unbegründet und null und nichtig erklärte. Den Wortlaut dieſer Note enthält Anlage 4.

Der Reichskanzler erklärte demgegenüber am 8. November 1921 im Auswärtigen Ausſchuß des Reichsrates, daß durch die Antwort der Botſchafterkonferenz die Tatſache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geſchafft wird. Unſere Rechtsverwahrung

wird nicht dadurch beſeitigt, daß ſie zurückgewieſen wird, ſie bleibt vor der Geſchichte für alle Zeiten beſtehen.

Der General Le Rond bekundete Anfang Januar 1922 offen ſeine Geſinnung, welche ihn bei ſeinem Treuhänderamt geleitet hatte, indem er bei einem Empfang von Polenführern betonte, daß es ihm eine Freude ſei, ſein großes Ziel gegenüber Polen und Oberſchleſien erreicht zu haben. Er verlaſſe Oberſchleſien mit den beſten Wünſchen für eine Blütezeit unter polniſchem Zepter.

Die deutſch-polniſchen Wirtſchaftsverhandlungen unter dem Vorſitz des Schweizer Bundesrates Calonder erforderte viel Zeit; Anfang Mai 1922 begannen endlich die Verhandlungen wegen der Übergabe der Verwaltung in den Deutſchland bzw. Polen zugeſprochenen Gebieten. Die deutſch-oberſchleſiſche Bevölkerung hatte in dieſer langen Zeit noch viel unter Schikanen und Übergriffen zu leiden. Am 15. Juni 1922 wurden die Räumungsvorſchriften bekanntgegeben, die in großen Umriſſen folgendermaßen lauteten: 1. Auflöſung der oberſchleſiſchen Polizei und der Gemeindevertretungen; 2. Ankunft der deutſchen und polniſchen Polizei; 3. Zurückziehung der interalliierten Verwaltungen; 4. Abmarſch der interalliierten Truppen; 5. Beſetzung des Gebietes durch die deutſchen und polniſchen Truppen. Über die Durchführung dieſes Programms ergingen beſondere Inſtruktionen, ſowie eingehende Beſtimmungen über die Übergabe. Der Beginn der Räumung war auf den 19. Juni feſtgeſetzt worden; am 9. Juli ſollte ſie beendet ſein. Sämtliche von den interalliierten Gerichten abgeurteilten Gefangenen wurden trotz deutſchen Proteſtes in Gefängniſſe des beſetzten Gebietes im Weſten des Reiches überführt. Auf Grund eines deutſch-polniſchen Vertrages wurde für die im oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebiet während der Dauer der Beſetzung verübten politiſchen Vergehen Straffreiheit gewährt; hierfür war ein gemiſchter Gerichtshof eingerichtet worden.

Am 17. Juni 1922 wurde aus Anlaß der Trennung Oberſchleſiens der in Anlage 5 aufgeführte Scheidegruß des Reichspräſidenten, der Reichsregierung und der preußiſchen Staatsregierung veröffentlicht. Reichskanzler Dr. Wirth erließ den in Anlage 6 aufgeführten Aufruf, in dem Wahrung von Ruhe und Ordnung während der Durchführung des Abtransportes der interalliierten Truppen gefordert wird. Der preußiſche Miniſter des Innern, Severing, erließ an die Beamten und ſtaatlichen Angeſtellten des oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebietes eine Dankeskundgebung.

Am erſten Räumungstage, den 19. Juni 1922, verließen die Italiener Kreuzburg und Oberglogau, die Franzoſen Kattowitz. Am folgenden Tage zogen deutſche Truppen in Kreuzburg, zu gleicher Zeit polniſche Truppen in Kattowitz ein. Die weitere Räumung bzw. Beſetzung deutſcher- und polniſcherſeits erfolgte in ähnlicher Weiſe.

Am 7. Juli 1922 war die oberſchleſiſche Polizei, die Apo, aufgelöſt und rückte Schutzpolizei in das deutſch gebliebene Oberſchleſien ein.

Die letzten beiden Tage und Nächte vor dem Abzug der letzten Beſatzungstruppen und der I.K. waren ſehr unruhig, beſonders in Oppeln. Alle wichtigen Ecken waren mit Tanks beſetzt, überall ſtanden ſchußbereite Maſchinengewehre und ſtarke Militärpoſten, bis an die Zähne bewaffnete Patrouillen durchzogen die Straßen.

Der formelle Regierungswechſel fand am 9. Juli 1922 um 9 Uhr vormittags ſtatt. Eine aus Franzoſen, Engländern und Italienern beſtehende Ehrenkompanie zog vor dem Regierungsgebäude in Oppeln auf, über deſſen Portal die Fahnen der drei alliierten Mächte ſeit dem 10. Februar 1920 wehten. 9.20 Uhr wurden dieſe Fahnen eingezogen. Fünf Minuten ſpäter wurde ebenfalls unter Ehrenbezeugungen die deutſche Reichsfahne und die Preußenfahne hochgezogen. Die fremden Kommiſſare und der Reſt der interalliierten Truppen begaben ſich zum Bahnhof, um endlich Oberſchleſien zu verlaſſen, das ſie zweiundeinhalb Jahr geknebelt hatten.

Das harte, blutige Drama „Oberſchleſien“ war zu Ende!

Oberſchleſien, das in ſieben Jahrhunderte langem Blutumlauf kulturellen und wirtſchaftlichen Lebens feſt mit dem deutſchen Volkskörper verwachſen war, war geteilt worden und lieferte 33% des Abſtimmungsgebietes (3200 km), über 40% der oberſchleſiſchen Bevölkerung und faſt 90% ſeiner induſtriellen Anlagen an Polen aus. Der Abſtimmungsprozentſatz betrug zwar 60 deutſch, 40 polniſch, aber dies wurde ſo angewendet, daß das Induſtriegebiet mit ſtarker deutſcher Bevölkerung weit überwiegend den Polen zugeteilt wurde. Frankreich hatte ſeinen Willen durchgeſetzt! Zweck und Ziel dabei war es ihm, Deutſchland möglichſt dauernd wirtſchaftlich niederzuhalten, es in möglichſt dauernde politiſche Zwietracht mit Polen zu ſtürzen und dieſes dadurch möglichſt dauernd an Frankreich zu feſſeln, um den Hegemoniegelüſten dieſer Macht zu dienen. Der Freundſchaftsvertrag Deutſchland-Polen von 1934 hat dieſe edle Abſicht vereitelt. Das ganze Vertragswerk von Verſailles lief ja darauf hinaus, uns als die Beſiegten — die aber einen Heldenkampf gegen die ganze bewaffnete Welt gekämpft

hatten, wie ihn größer und ehrenvoller kein Volk der ganzen Erde je gekämpft hat — dauernd ehrlos und im Elend zu halten. Aber unſer großer Führer und Reichskanzler Adolf Hitler gab dem deutſchen Volke ſeine Ehr und Wehr, ſeinen Glauben an ſich ſelbſt und ſeine Freiheit wieder. Und rein praktiſch und wirtſchaftlich ſtehen wir jetzt nicht mehr als die Beſiegten da. Der Wahnſinn von Verſailles traf auch die Sieger und alle Völker Europas, wie die ſchweren Kriſen, Inflationen uſw. der Nachkriegszeit bis auf den heutigen Tag zeigen. Erpreſſung gilt eben nicht auf die Dauer! Eine Reviſion des uns entriſſenen Volkes und Landes durch die Anwendung von Gewalt hat unſer Führer und Reichskanzler ausdrücklich und feierlich abgelehnt. Wir fordern aber für unſere vom Reich abgetrennten Brüder und Schweſtern — die ſich natürlich in voller Loyalität in das andere Staatsweſen einordnen müſſen — eine gerechte und wohlwollende Regierung. Ein einträchtiges Zuſammenleben mit den anderen Nationalitäten iſt wohl möglich, wenn von dieſen Treue zur alten Heimat und zum Volkstum als ſittliche Pflicht geachtet werden. Daß die Reichsdeutſchen ihren Volksgenoſſen jenſeits der Grenzen die Treue halten, ihnen ſoweit möglich helfen und dafür ſorgen, daß das geiſtige Band zwiſchen ihnen und uns nicht zerriſſen wird, iſt eine durch die menſchliche Natur bedingte Selbſtverſtändlichkeit. Die Gewalt des Siegers kann zwar ein viele Jahrhunderte altes einiges Land teilen und neue Grenzſteine ſetzen, ſie kann aber nicht die geiſtige und kulturelle Gemeinſchaft eines Volkes zerſtören. Alles Äußerliche können ſie vernichten, eins aber iſt unvernichtbar: — die deutſche Volksſeele!

Nach ſchwärzeſten Zeiten deutſcher Geſchichte wurde uns ein Mann gegeben, der uns vom Verſailler Schanddiktat befreit hat. Er wird auch den Ausweg finden, das traurige Geſchick, in das ſo viele Deutſche hineingeſchleudert worden ſind, zu lindern. Möchte ſich dies in reichſtem Maße für das oberſchleſiſche Land erfüllen!

Das walte Gott!

Anlage 1.

Antwort der deutſchen Regierung vom 23. Juli 1921 auf die am 16. Juli 1921 erfolgte Demarche des franzöſiſchen Botſchafters in Berlin:

„Die Deutſche Regierung iſt durch den Schritt des franzöſiſchen Botſchafters vom 16. Juli überraſcht worden. Die Franzöſiſche Regierung führt Beſchwerde über den

angeblich „infolge des Verhaltens der Deutſchen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberſchleſien und über die angebliche Gefahr einer gewaltſamen deutſchen Aktion". Die Deutſche Regierung hält es für unmöglich, daß die erhobenen Vorſtellungen hätten erfolgen können, wenn die Franzöſiſche Regierung über die tatſächlichen Verhältniſſe in Oberſchleſien zutreffend unterrichtet geweſen wäre. „Die ſehr beſtimmten und eingehenden Berichte des Generals Le Rond, ſowie die dringenden Mitteilungen der polniſchen Regierung", auf die ſich die von dem franzöſiſchen Botſchafter übergebene Aufzeichnung beruft, decken ſich offenbar nicht mit den tatſächlichen Zuſtänden im Abſtimmungsgebiet.

Die Lage in Oberſchleſien iſt in keiner Weiſe durch das Verhalten der deutſchen Bevölkerung bedroht. Dieſe hat ſich niemals mit dem Gedanken eines Aufſtandes getragen. Als ſie ſich Anfang Mai zur Verteidigung zuſammenſchloß, erfolgte dies nur in äußerſter Notwehr gegen polniſche Angriffe. Die deutſche Bevölkerung denkt überhaupt nicht daran, die Waffe ihres guten Rechts mit der Gewalt zu vertauſchen und wünſcht nichts ſehnlicher, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihrem Beruf ohne Störung durch polniſche Gewalttaten nachgehen zu können.

Die franzöſiſche Aufzeichnung verweiſt auf angeblich „ungeheuerliche Äußerungen und unmittelbare Herausforderungen des Generals Hoefer", welche die Schwere des in Oberſchleſien vorbereiteten Angriffs beſtätigen ſollen. Die Deutſche Regierung wäre dankbar, wenn ſie hierüber nähere Informationen erhalten könnte.

Ihr ſelbſt iſt trotz Nachforſchungen von derartigen Erklärungen oder Herausforderungen des Generals Hoefer nichts bekanntgeworden.

Die franzöſiſche Aufzeichnung ſpricht weiterhin von deutſchen Banden. Sollten mit dem Ausdruck „Bande" die früheren und inzwiſchen aufgelöſten deutſchen Selbſtſchutzformationen gemeint ſein, ſo muß dieſe für Verteidiger des Heimatbodens entwürdigende Bezeichnung mit Entſchiedenheit zurückgewieſen werden.

Die Aufzeichnung beſchwert ſich ferner über deutſche Attentate, welche beſonders gegen franzöſiſche Truppen und Beamte gerichtet ſeien. Hierzu iſt folgendes zu bemerken:

1. Die Ermordung des Majors Mont d'Allégré iſt nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht von deutſcher Seite erfolgt. Nichts berechtigt dazu, dieſe Tat mit dem deutſchen Selbſtſchutz oder mit der deutſchen Bevölkerung irgendwie in Verbindung zu bringen.
2. In dem Ratiborer Falle handelt es ſich anſcheinend um einen franzöſiſchen Leutnant, der einen Zug deutſcher Flüchtlinge vor dem Bahnhof photographierte. Dieſer franzöſiſche Offizier, der während des Aufſtandes die Übergabe der Stadt Ratibor an die Polen eifrig betrieben hatte, hat ſchon ſeit längerer Zeit die deutſche Bevölkerung durch ſein Verhalten ſtark gereizt. Er wurde an dem fraglichen Tage von der Menge bedrängt, welche die Herausgabe der Platten von ihm forderte. Er zog ſich in ſein Hotel zurück und bedrohte von dort aus die Flüchtlinge mit Handgranaten. Schließlich gab er die Platten heraus, die dem Kreiskontrolleur übergeben wurden. Mißhandlungen des Offiziers haben nicht ſtattgefunden.
3. Über den Fall des Hauptmann Lux und des Leutnants Duval liegen nähere Nachrichten nicht vor. Die Deutſche Regierung würde dankbar ſein, wenn ihr die zur Nachprüfung der Angelegenheit erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht würden.

4. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hoſpitals ſtellt ſich als die Handlung eines Betrunkenen dar, der nach Schluß der Polizeiſtunde in ein dem Hoſpital benachbartes Wirtshaus einzudringen verſuchte und von dem Wirt entfernt wurde.
5. Zu dem Falle der Mißhandlungen des Unterſuchungsrichters Schädelin iſt zu bemerken, daß es ſich offenbar um einen Racheakt eines unſchuldig in Unterſuchungshaft genommenen Mannes handelt. Eine Beraubung hat nicht ſtattgefunden. Der Vorwurf, daß die Polizei abſichtlich nicht eingeſchritten wäre, läßt ſich nach den getroffenen Erhebungen nicht aufrecht erhalten.

So bedauerlich dieſe in der franzöſiſchen Aufzeichnung angeführten Fälle auch erſcheinen mögen, ſo laſſen ſie die von der Franzöſiſchen Regierung daraus gezogenen politiſchen Folgerungen nicht zu.

Die in der franzöſiſchen Aufzeichnung aufgeſtellten Behauptungen über den deutſchen Selbſtſchutz ſind nicht zutreffend. Die Deutſche Regierung muß zunächſt die Verantwortung für den oberſchleſiſchen Selbſtſchutz ablehnen. Sie betont — wie in ihrer Note vom 23. Mai — erneut mit Nachdruck, daß der oberſchleſiſche Selbſtſchutz ſich als eine aus dem Zuſammenſchluß der Bevölkerung hervorgegangene Notwehraktion darſtellt, der ſich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutſchen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der Interalliierten Kommiſſion unterſtellt iſt. Die in der Aufzeichnung enthaltenen Angaben über die Stärke des Selbſtſchutzes, über die zahlenmäßige Beteiligung von Nichtoberſchleſiern, entſprechen ebenfalls nicht den Tatſachen. Nach der, gemäß den mit der Interalliierten Kommiſſion getroffenen Abmachungen, erfolgten Auflöſung des Selbſtſchutzes ſind ſeine oberſchleſiſchen Mitglieder in ihre Wohnſtätten zurückgekehrt, ſoweit ihnen dies bei dem immer noch herrſchenden polniſchen Terror möglich war. Die übrigen Mitglieder haben ſich in ihre Heimat begeben und ihre durch den Aufſtand unterbrochene Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen, oder haben, ſoweit ſie arbeitslos waren, von der ihnen in ſchleſiſchen und anderen Kreiſen unter Beihilfe der Gewerkſchaften und anderer Organiſationen vermittelten Arbeitsgelegenheit Gebrauch gemacht. Die Deutſche Regierung hat ihren Zuſicherungen gemäß, die in das unbeſetzte Deutſchland übergetretenen Teile des Selbſtſchutzes, ſoweit ſie noch im Beſitz von Waffen waren, von den aufgeſtellten Schutzpolizeikommandos entwaffnen laſſen. Sollten wider Erwarten auf unbeſetztem Gebiet vereinzelt noch bewaffnete Trupps auftauchen, werden ſie entwaffnet und aufgelöſt werden.

Die franzöſiſche Aufzeichnung behauptet ferner, daß die Oberleitung des Selbſtſchutzes an Ort und Stelle geblieben ſei, und daß General Hoefer ſich in Brieg befände. Dies iſt nicht der Fall. Das Kommando des Selbſtſchutzes, das in Oberglogau ſeinen Sitz hatte, iſt aufgelöſt und Oberglogau geräumt. General Hoefer weilt nicht in Brieg, wo er nur am 6. und 7. Juli geweſen iſt, um die Auflöſung des Selbſtſchutzes zu vollenden, vielmehr hat er ſich von dort nach ſeinem Wohnſitz Coburg begeben und iſt auf der Durchreiſe dorthin am 11. Juli in Berlin geweſen.

Während ſomit eine Gefährdung des Friedens von deutſcher Seite keineswegs zu befürchten iſt, beſteht die ernſte Gefahr, daß von polniſcher Seite erneut verſucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufſtänden vergeblich angeſtrebt wurde. Der deutſche Reichsminiſter des Auswärtigen hat in Übereinſtimmung mit dem geſamten Kabinett auf deſſen Wunſch am 20. Juni in einer Beſprechung mit dem franzöſiſchen Botſchafter über das Räumungsabkommen ſeiner Auffaſſung dahin Ausdruck gegeben, daß er an die ernſthafte Abſicht der polniſchen Inſurgenten, das Abſtimmungsgebiet zu räumen,

nicht glaube. Die Tatsachen haben diese Auffassung voll bestätigt. Sie sind auch dem französischen Botschafter durch einen Kattowitzer Augenzeugen am 7. Juli in Gegenwart des Außenministers bestätigt worden und sind der Französischen Regierung bekannt. Die Räumung des Gebietes durch die Polen ist nur zum Teil erfolgt. Zwar sind die regulären polnischen Truppen und Teile der Haller-Truppen mit den schweren Waffen über die Grenze gezogen, wo sie, zu neuem Einfall bereit, in ihren Ausgangsstellungen versammelt sind. Aber innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die gesamte militärische Organisation der Insurgenten bestehengeblieben. Die Waffen sind versteckt, die infolge der Amnestie straffrei gebliebenen polnischen Führer stehen auf ihrem Posten, die Mannschaften, die nach ihren eigenen Angaben nur auf einige Wochen beurlaubt sind, warten nur auf den Befehl zu neuem Losschlagen. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutschgesinnte Bevölkerung mit Haussuchungen und Verhaftungen vorgehen, ist nach hier vorliegenden Berichten für die Entwaffnung der polnischen Insurgenten bisher nichts durchgreifendes geschehen; z. T. sind sogar in den neu eingerichteten Gemeindewachen Insurgenten mit ihren Gewehren aufgenommen worden. Auch die Verwaltungsbefugnisse haben die Insurgenten nur z. T., und auch dann mehr nur zum Schein als in Wirklichkeit, an die Interalliierte Kommission abgegeben. Die Landräte haben in manchen Kreisen nur eine stark beschränkte Amtsgewalt. Die Amtsvorsteher sind z. T. vertrieben, oder können es nicht wagen, ihre Amtsbefugnisse auszuüben. Die Gemeindevorsteher stehen teilweise notgedrungen unter dem maßgebenden Einfluß ungesetzlicher polnischer Beiräte. Wie sehr sich die polnischen Insurgenten als Herren des Landes fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verschleppungen deutschgesinnter Leute, die immer wieder vorkommen, und zeigen besonders die polnischen Fahnen, die heute wieder über zahlreichen Werken wehen, nachdem sie für die Dauer der kürzlich vom General Le Rond unternommenen Inspektionsreise eingezogen waren. Vielfach haben auch die Insurgenten sogenannte Liquidationsbüros im Lande zurückgelassen, deren Leiter größtenteils während des polnischen Aufstandes Insurgentenführer gewesen sind, in Wahrheit aber sich mit der Vorbereitung neuer Putschpläne beschäftigen. In Schoppinitz besteht noch heute das Hauptquartier Korfantys in Gestalt einer sogenannten Hauptliquidationskommission.

Die Deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß die Französische Regierung den vielen augenscheinlich von polnischer Seite ausgehenden falschen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Richtigstellung der ihr vorliegenden Nachrichten zu der Überzeugung gelangen wird, daß von der „Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deutschen Drohung" nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Vermehrung der französischen Streitkräfte schwerlich dazu beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Entscheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen.

Die Deutsche Regierung hat dadurch, daß sie das Ultimatum nicht nur angenommen hat, sondern auch in seiner Ausführung schon weit vorgeschritten ist, den Beweis geliefert, daß ihre Orientierung auf Frieden und nicht auf kriegerische Abenteuer gerichtet und daß das Ziel ihrer Politik die Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen ist. Sie hat bereits ungeheure Leistungen finanzieller und wirtschaftlicher Art vollbracht und hat auch in der Entwaffnungsfrage allen Anforderungen Genüge getan. Die Deutsche Regierung wird nach wie vor in diesem Bestreben fortfahren. Innerhalb weniger

Wochen hat ſie, um nur einiges zu nennen, die ſchwere Artillerie der Land- und Küſtenbefeſtigungen, ſowie das von der Kontrollkommiſſion nicht zugelaſſene Gerät des Heeres, der Marine und der Polizei abgeliefert, ſie hat die Herſtellung von Luftfahrzeugen und Motoren verboten, und alle in Deutſchland noch beſtehenden Selbſtſchutzorganiſationen entwaffnet und aufgelöſt. Die Durchführung des Friedensvertrages hängt aber u. a. davon ab, ob es gelingt, die Polen dazu zu bringen, ihrerſeits den Friedensvertrag zu achten, von dem Streben nach unrechtmäßigen Zielen Abſtand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten."

Anlage 2.

Schreiben des Oberſten Rates an den deutſchen Geſchäftsträger in Paris vom 13. Auguſt 1921:

Herr Geſchäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, welche die Feſtſtellung einer Grenze zwiſchen Deutſchland und Polen in Oberſchleſien bietet, hat der Oberſte Rat die Entſcheidung, welche ihm in dieſer Hinſicht gemäß Artikel 88 des Vertrages von Verſailles obliegt, vertagt.

Der Oberſte Rat iſt ſicher, daß die Bevölkerung Oberſchleſiens die Geſinnung zu würdigen wiſſen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überſtürzte Löſung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlaſſen werden, damit dieſer Aufſchub ſo kurz wie möglich iſt. Der Oberſte Rat rechnet feſt darauf, daß die Deutſche Regierung ihrerſeits das deutſche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entſcheidung die größte Ruhe zu bewahren, und daß ſie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberſchleſiens ausüben wird, damit dieſe die Autorität der Interalliierten Kommiſſion achtet. Der Oberſte Rat lenkt insbeſondere die Aufmerkſamkeit der Deutſchen Regierung auf die ſchwere Verantwortung, die ſie auf ſich laden würde, wenn ſie es unterlaſſen ſollte, auf ihrem Gebiete, insbeſondere an den Grenzen Oberſchleſiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Verſuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abſtimmungsgebiet zu fördern, oder, wenn ſie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Übertritt von Banden oder Bewaffneten ſtreng unterbindet.

Anlage 3.

Am 27. Oktober 1921 überreichte der deutſche Botſchafter in Paris der Botſchafterkonferenz folgende Note:

„Die deutſche Regierung hat mit tiefſter Enttäuſchung von der Note des Oberſten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtſchaftlichen Diktat, welches dadurch dem deutſchen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutſche Volk, der ſie wehrlos gegenüberſteht, ſondern auch eine Verletzung des Verſailler Vertrages, dem die in Genf getroffene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entſcheidung widerſpricht. Die deutſche Regierung legt daher gegen den dadurch geſchaffenen Zuſtand als gegen eine Rechtsver-

letzung ausdrücklichſte Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgeſprochenen Drohungen, und um der deutſchen Bevölkerung des oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebietes die ſonſt bevorſtehende Verelendung ſo weit wie möglich zu erſparen, ſieht ſich die Deutſche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entſprechend die darin vorgeſehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der deutſchen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt."

Anlage 4.

Antwortnote der Botſchafterkonferenz vom 28. Oktober 1921:

„Eure Exzellenz haben durch Ihren Brief vom 27. d. Mts. mir mitgeteilt, daß die Deutſche Regierung gemäß der von den alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entſcheidung über die Feſtſetzung der Grenze zwiſchen Deutſchland und Polen in Oberſchleſien, die in dieſer Entſcheidung vorgeſehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müſſen, bezeichnen wird.

Ich habe die Ehre, zu Ihrer Kenntnis zu bringen, daß die alliierten Mächte von dieſer Mitteilung Kenntnis genommen haben; aber ſie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrages von Verſailles getroffene Entſcheidung irgendwie eine Verletzung dieſes Vertrages darſtellt. Infolgedeſſen betrachten ſie den Proteſt der Deutſchen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die ihnen von Eurer Exzellenz gemacht worden iſt, nur die bedingungsloſe und vorbehaltloſe Erklärung der Deutſchen Regierung feſthalten, daß ſie ſich allen Anordnungen der Entſcheidung vom 20. Oktober mit den ſich daraus ergebenden Folgen fügen wird, wie auch der Friedensvertrag Deutſchland dazu verpflichtet."

Anlage 5.

Am 17. Juni 1922 wurde aus Anlaß der Teilung Oberſchleſiens folgender Scheidegruß des Reichspräſidenten, der Reichsregierung und der preußiſchen Staatsregierung veröffentlicht:

„Der Trauertag iſt angebrochen, den zu vermeiden wir drei Jahre heiß gekämpft haben. Ein Teil Oberſchleſiens wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt; ein Teil eines Landes, deſſen Unzertrennbarkeit ſo oft von Staatsmännern und Sachverſtändigen aller Länder, am meiſten aber von den Oberſchleſiern ſelbſt, betont wurde. Ein koſtbares Stück deutſcher Erde, das in Jahrhunderte langer Arbeit durch deutſchen Fleiß und deutſche Tüchtigkeit zur höchſten wirtſchaftlichen Blüte gebracht iſt, wird dadurch vom Mutterlande losgeriſſen. Nach den erſten Friedensbedingungen ſollte ganz Oberſchleſien kurzer Hand Polen zugeſprochen werden. Eine der wenigen Änderungen, die in Verſailles durchgeſetzt werden konnten, war das Zugeſtändnis der Abſtimmung der Oberſchleſier. Wir wiſſen, unter wie vielen Hemmungen und Bedrohungen, ja, wie ſelbſt unter Gefahr für Leib und Leben die deutſche Bevölkerung an vielen Orten abſtimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verlockenden Lage Deutſchlands hat ſich die große Mehrheit für das alte Vaterland ausgeſprochen. Nunmehr aber hieß es plötzlich, daß Oberſchleſien teilbar ſei. Vergeblich ſind unſere Bemühungen geweſen,

die Widerſacher zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Verſailler Vertrages, ſondern auch das Gebot der wirtſchaftlichen Vernunft die Einheit fordern. Der Genfer Spruch hat dieſen blühenden lebenden Organismus grauſam zerſchnitten. Gegen dieſen Spruch haben wir für alle Zeiten gültige Verwahrung eingelegt.

Oberſchleſier, die Ihr heute von uns ſcheiden müßt! Euch rufen wir die letzten Abſchiedsgrüße zu. Habt Dank für Eure Treue! Die Gefühle, mit denen Ihr dieſen Tag erlebt, teilt mit Euch das deutſche Volk. Wir haben uns bemüht, durch das Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberſchleſien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage ſoll Euch vor allem das Gut erhalten werden, an dem Ihr hängt, wie wir: die deutſche Kulturgemeinſchaft, die deutſche Sprache und das deutſche Heimatgefühl.

Oberſchleſier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangem Dulden und Harren der Feſſeln der Fremdherrſchaft ledig werdet, ſeid gewiß, daß wir Euch nach Kräften helfen werden, die ſchweren Wunden zu heilen, welche Euch Jahre der Bedrückung geſchlagen haben. Unter dem Schutze des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beſchäftigung nachgehen und mit uns am Wiederaufbau des Vaterlandes arbeiten. Ihr werdet Euch durch berechtigte Erbitterung zu keiner ungeſetzlichen Handlung verführen laſſen. Ihr werdet das in Genf geſchloſſene Abkommen wahren. Ihr wißt, daß die Kommiſſion unter neutraler Führung und Schutz über die Rechte der Polen hier und der Deutſchen dort wachen wird, und daß Ihr Euren Volksgenoſſen jenſeits der neuen Grenze keinen Dienſt leiſten werdet, wenn Ihr für das Erduldete Vergeltung üben wolltet.

Oberſchleſier, in der Schickſalsſtunde, die Euer Heimatland zerreißt und Bruder von Bruder trennt, reicht Euch das ganze deutſche Volk die Hand!“

Zu gleicher Zeit veröffentlichten der deutſche und polniſche Bevollmächtigte im Einverſtändnis ihrer Regierungen je eine Erklärung betreffend die Übergabe des oberſchleſiſchen Abſtimmungsgebietes und die Rückführung der Flüchtlinge.

Anlage 6.

Die Reichsregierung, Reichskanzler Dr. Wirth, erließ folgenden Aufruf:

„In wenigen Tagen wird die I.K. Oberſchleſien verlaſſen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutſch gebliebene Teil Oberſchleſiens wird wieder mit dem Mutterlande vereint ſein. Jeder, der durch geſetzwidrige, unbeſonnene Taten gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue unabſehbare Verwicklungen heraufbeſchwört, fügt Oberſchleſien und dem ganzen Deutſchen Reiche ſchweren Schaden zu. Namens der Reichsregierung ermahne ich daher die geſamte Bevölkerung, ſowie insbeſondere alle mit der Durchführung des Abtransportes der interalliierten Truppen beauftragten Beamten dringend, Ruhe zu bewahren und ſich aller feindſeliger Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten, um ſo an der ſchnellen, reibungsloſen Durchführung der Räumung mitzuarbeiten.“

Namenverzeichnis.

D'Abernon, Viscount, engl. Botſchafter in Berlin: 319, 352, 357
Aldenhoven, Major: 50, 51, 53
von Alemann, Major: 52, 54
Anjubault, Departementschef bei der T.K.: 70
von Arnim: 245
Auch, Gewerkſchaftsſekretär: 248, 308
von Aulock, Oberleutnant: 22, 29, 50, 55, 245

Baer: 275
Baldwin, engl. Miniſterpräſident: 358
von Banck, Rittergutsbeſitzer: 110
Barth, ehem. Volksbeauftragter: 29
Bauer, Reichskanzler: 42, 68
Becker, Oberſt: 175, 292, 298
Beckmann, Major: 83
Behrends: 268
von Berchem Frh., Rittmeiſter: 50
Bergerhoff, Oberleutnant: 161, 162, 163, 171, 242, 268
von Bethuſy Huc Graf: 231, 268
Bieder, Hauptmann: 50, 53
Bisner: 314
Blau, Direktor: 313
Boehm, Leutnant: 49
Borelowſki, Inſurgentenführer: 316
Borowitz, Oberleutnant: 50
von Bothmer Frh., Hauptmann: 23
Bracht, Oberſt: 49, 51, 268
Braune, Hauptmann: 49
Breen, engl. Abgeſandter: 208
Briand, franz. Miniſterpräſident: 100, 104, 112, 119, 139, 141, 220, 221, 320, 329, 348, 350, 352, 354, 357, 360
Brüning, deutſcher Bevollmächtigter in O.-S.: 71
Brunner: 268
Buth: 268

Caligari, ital. Major: 70
Calonder, Vorſitzender der dtſch.-poln. Wirtſchaftsverhandlungen: 361
Caput, franz. Oberſt: 70, 211—214, 216, 218, 235, 269, 270, 286, 297
von Carlowitz, Leutnant: 196
Caſſe, engl. Major: 107
Caſtell Graf: 224
von Chappuis, Hauptmann: 22, 50, 52, 53, 55, 161, 162, 163, 242, 243
von Chappuis, Hauptmann d. Ldw.: 52
Chriſtenſen: 268
Clark, Departementschef bei der T.K.: 70
Clemenceau: 359
Coſter, Major: 54
Coupette, Leutnant: 83
von Cramer, Oberſt: 32, 36, 51, 52, 55
Creaſy, engl. Major: 330
Curzon, engl. Lord: 139, 329, 352
Cyrus, Mitglied der polit. Leitung in O.-S.: 113, 248
Czapla, Juſtizrat: 32, 88

Dayras, Departementschef bei der T.K.: 70
von Debſchütz, Major: 54
von der Decken: 267
Denis Comte, franz. General: 320
Dennert, Oberſt: 54
Dernen, Rittmeiſter: 50
Dey, Oberſt: 49
von Dibitſch: 115

Dietze: 268
Dillon, engl. Oberſt, Chef bei General Henneker: 255
Dömming, Kapitänleutnant: 83, 99
Dominikus, preuß. Innenminiſter: 338
Drexler: 115
Duval, franz. Leutnant: 364

von Eberhard: 268
Eberhard: 268
Ebert, Reichspräſident: 92, 361, 368
Eckardt: 56
Edelbüttel, Hauptmann: 267
Ehrhardt, Kapitänleutnant: 48, 164
Ehrhardt, Generalſekretär: 248
von Eicken: 115, 117, 162, 163, 242
von Enkevort: 53
Eſcherich, Forſtrat: 114
Eulenburg, Graf: 34, 55
Exner, Major: 150, 196

Faupel, Oberſtleutnant: 56
Fehrenbach, Reichskanzler: 104
Feuerſänger, Oberpoſtrat: 248
Finſterlin Ritter, Bataillonsführer: 115, 161, 172, 223, 268
Fitzner, Leutnant: 52
Flögel, Hauptmann d. Ref.: 49
Foch, franz. General: 192, 255
Frank, Gewerkſchaftler: 314
Franking Graf, ital. Offizier: 313
Frenkel, Hauptmann: 268
Fricke, Leutnant z. S.: 37
von Friedeburg, General: 34
Fritſch, Major: 53
von Frobel: 229, 268

Gall, Hauptmann: 16, 25
Galli, Departementschef bei der J.K.: 70
von Garnier: 231, 268
Geiſenheimer, Bergrat: 43
Genz: 83, 268
Geßler, Reichswehrminiſter: 146, 147
von Gilgenheimb: 242, 243, 268
Giolitti, ital. Miniſterpräſident: 139, 267, 320
Gomlicki, Oberleutnant: 54
Goodyear, amerik. Oberſt: 47
Gornik, poln. Kreisbeirat: 247
von Gottberg, Oberſt: 51, 53
Gratier Comte, franz. General: 70, 77, 262, 263, 265, 266, 269, 276, 277, 278, 286, 293, 294, 296, 307, 314, 315, 325, 326
von Gregory: 268
Grüner, Oberſtleutnant: 176, 267
Grützner, Oberſtleutnant: 114, 174, 175, 176, 200, 202, 223, 234, 268, 302, 313
Günther: 268

Haaſe, Gymnaſiaſt: 247
Hajok, Räuber: 37
Haller, poln. General: 29, 30, 45, 68, 100, 105, 317
Hammond, Departementschef bei der J.K.: 70
Handy: 268
Harding, nordamerik. Präſident: 139
Hartlaub, Hauptmann: 27, 51, 53
Haſſe, Oberſt, ſpäter General: 25, 37—41, 48, 52, 54, 55
Haupt, Oberſtleutnant: 52, 54
Haßfurter: 241, 268
Hatzfeld Fürſt, deutſcher Bevollmächtigter in O.S.: 71, 101, 118
von Hauenſchild, Major: 151, 152, 164, 176
Hauenſtein, gen. Heinz: 84, 115, 117, 161, 162, 163, 223, 229, 233, 242, 243, 268
Haule, Inſurgentenführer: 316
von Hautcharmoy: 267, 275
Hegenſcheid: 313
Heine; preuß. Innenminiſter: 32
Heinz, ſiehe Hauenſtein
Heinze, Dr.: 83
Henneker, engl. General: 70, 210, 225, 227, 254—260, 262, 264, 265, 270—276, 278, 280—287, 289, 290, 292—296, 298—306, 311, 314, 315, 320, 324, 325, 332, 333, 334, 337, 338, 346
Henner, Inſurgentenführer: 317
Heſſe: 268
Heſterberg, Major: 17, 18

Heuck, Oberſt: 41, 53
von Heydebreck, Major: 115, 232, 268
Hirſch, preuß. Innenminiſter: 19, 24
Hitler, Adolf, unſer Führer und Reichskanzler: 341, 345, 363
Hobus, Leutnant: 83
Höhniſch, Oberbäckermeiſter: 164
Hörſing, Staatskommiſſar von O.S.: 22, 23, 25, 26, 29, 40, 48, 59
Hoferdt, Rittmeiſter: 176, 268
Hoffmann, preuß. Kultusminiſter: 8
Hoffmann, Oberſt: 52
Hoffmann: 268
von Holleben, Oberſt: 114, 151
von Holz: 73, 242, 268
Horadam, Major: 115, 161, 162, 163, 242, 243, 268
Hübner: 268
von Hülſen, General: 114, 143, 145, 149, 151—159, 164, 167, 169, 175, 187, 188, 216—219, 222, 225—229, 232—235, 243, 251, 267, 270—274, 298
von Hülſen, Leutnant: 268

Imiclzyk: 267
Irmer: 231, 268

Jacobſen, Major: 175, 195, 196, 211, 227, 256
von Jarotzky: 268
von Jordan: 176, 268

Kagelmann: 231, 268
Kaulbach, Major: 49, 53
Keatings, engl. Major: 101, 178, 198, 199, 201, 208, 224, 225, 227, 262, 263
Keil, Oberſtleutnant: 50
von Keller, Graf, Oberſt: 25
Kemal Paſcha: 193
von Killinger, Kapitänleutnant, (Komp. „Koppe"): 164, 173, 231
Kilmarnock, Lord, bei der engl. Botſchaft: 287, 319, 320
Kintſcher, Hauptmann: 52
Kirniß, Leutnant: 52, 53
Klewitz, Oberſt: 56
von Knobelsdorf, Hauptmann: 53
Korfanty, poln. Plebiſzitkommiſſar und Führer der Inſurgenten: 5, 6, 7, 45, 71 bis 75, 78, 80, 81, 82, 88, 95, 97—105, 108, 110, 112, 119, 121, 125, 128, 130 bis 140, 144, 146, 170, 176, 177, 178, 190, 201, 202, 208, 210, 217, 218, 234, 240, 243, 244, 248, 249, 251, 253, 254, 269, 278, 282—287, 291, 296, 297, 298. 303, 309, 313, 317, 318, 319, 321, 323, 327, 328, 339, 349, 366
Kosch: 267
Kosegarten, Major: 51
Kosmalla, Leutnant: 83
Kostannecki, Inſurgentenführer: 87
Kothe, Leutnant: 50
Kox, Bergwergsdirektor: 135
Krimler, Oberſtleutnant: 49, 51, 53
Kuchorz, Bauführer: 135
Künzel: 268
Kujath: 267
Kunze, Oberleutnant: 24
Kunze, Landgerichtsrat: 248

Landsberg, Volksbeauftragter: 19, 24
Lange, Major: 49, 52
Laurent, franz. Botſchafter in Berlin: 245, 287, 318, 319, 348
Lenczyk: 268
Lenſch, Kapitänleutnant: 83, 161, 171, 242, 268
Lenz, Oberleutnant: 111
Lequis, General: 143
Lloyd George, engl. Miniſterpräſident: 100, 120, 121, 123, 124, 139, 219, 220, 252, 267, 320, 329, 352, 353, 354, 356, 358, 359
Löffler, Gewerkſchaftsſekretär: 22
von Loën, Freiherr: 115, 268
von Löwenfeld, Kapitänleutnant: 36, 41
von Löwenfeld, Oberſtleutnant: 149, 150 167, 168, 169, 176
Longare Bonin: 352
Lüdemann: 172
Lux, franz. Hauptmann: 364

Machill: 314
Madlung, Major: 52, 53
Märker, General: 196
Magnis, Graf, Oberſt: 172, 176, 229, 268
von Maltzahn, Freiherr, Leutnant: 50, 51
de Marinis, ital. General und Kommiſſar bei der J.K.: 69, 86, 103, 107, 130, 198, 236, 261, 278, 295
Martin: 231, 233, 267
Maſchke von Witowſki: 268
Materne, Major: 53
Matſchewſki, bei der Gefangenenaustauſchkommiſſion: 313
von Matzke, Oberſtleutnant: 176
May: 267
Menſching: 268
Menz: 83
Meyer, Richard, Legationsrat: 209, 245
Michael: 115
Mielczynſki, Graf; Deckname: Novina Doliva — Befehlshaber der Inſurgenten: 105, 130 131 133, 134
Milecki, poln. Agitator: 77
Möllmann: 268
von Moltke, Legationsrat: 118, 166, 170, 197, 198, 210, 213, 215, 228, 235, 236, 237, 245, 259, 267, 269, 272, 278, 284
Mont d'Allégre, franz. Major: 306, 307, 364
Mühmel, Gewerkſchaftsſekretär: 248
Müller: 267
Mulzer, Artillerieführer: 223, 268
Muther, Oberſtleutnant: 176

Nemſt, Major: 50
Neſſel: 268
Neugebauer, Hauptmann: 49
Neugebauer, Inſurgentenführer: 316
Niegiſch, Prokuriſt: 248
Nielſen: 268
Nitti, ital. Staatsmann: 92
Noldan: 268
Nollau, Oberſtleutnant: 176, 268
von Notz, Oberſt: 176, 179, 267
Novina Doliva, ſiehe Mielczynſki
Nowak: 268

Öſterreicher, Bat.-Führer: 115, 161, 172, 229, 232, 268
Ottley, engl. Major: 107
Otto, Oberleutnant: 196.

von Pappritz, Oberſtleutnant: 50, 52
Percival, engl. Oberſt und Kommiſſar bei der J.K.: 69, 86, 98, 107, 119, 198, 199, 201, 208, 209
Peſenti, ital. Oberſt: 298, 327
von Petersdorf: 56
Peterſen, Leutnant: 41
Petri, Major: 39, 52, 54
Petter, Major: 268
Pfannſchmidt: 83
Pia, Krankenſchweſter: 115
Pietruſzka, Apo-Hauptmann: 135
von Pilſudſki, poln. Staatsmann: 3, 6, 345
Piſchel, Rittmeiſter: 52, 53
Piſtorius, Generaldirektor: 127
von der Planitz: 268
von Pleſſen, Leutnant: 202, 211, 215, 256, 269, 276, 277, 299
Poehl, Rittmeiſter: 52, 54
Ponſot, Departementschef bei der J.K.: 70
Praſchma, Graf, deutſcher Bevollmächtigter in O.S.: 118, 151, 228, 284
Preiluſch, Gymnaſialdirektor: 248
Pückler, Graf, Leutnant: 196

von Raczek, Rittmeiſter: 196
Radlik, Generaldirektor: 88
Rangen, Hauptmann d. Reſ.: 23, 27, 52
Ratti, apoſtoliſcher Kommiſſar: 110
von Reibnitz, Freiherr: 267
von Reichenbach, Hauptmann: 52, 54
Reimann: 314
Reinike, Hauptmann: 52
Reiß: 267
Reyniée, franz. Oberſt: 70
von Richthofen, Freiherr: 229, 268
Rittner: 268
Römer, Hauptmann: 115, 162, 163, 182, 183, 189, 223, 229, 232, 268
Rohde, Hauptmann: 49, 52

Le Rond, franz. General und Präſident der I.K.: 69, 71, 80, 81, 82, 86, 88, 97, 99, 101, 103, 106, 107, 108, 113, 118, 119, 130, 137, 144, 166, 167, 177, 178, 188, 189, 198, 203, 208, 215, 216, 218, 220, 236, 239, 247, 253, 258, 278, 279, 284, 286, 307, 308, 319, 339, 348, 349, 352, 358, 361, 364, 366
Roſen, Dr., Reichsminiſter des Auswärtigen: 157, 287, 288, 318, 320, 348, 349
Roßbach, Oberleutnant: 115, 174, 176, 268
Rothkirch, Graf: 242, 268
Rupp: 268

Salerau, franz. Major: 247
Salvioni, ital. Oberſt: 70, 228, 260, 261, 262, 278, 314
Schädelin, franz. Unterſuchungsrichter: 365
Schaeffer, Hauptmann: 49
von Schilling, Freiherr, Major: 53
Schirmer: 268
Schlacke: 268
Schlageter, Albert Leo: 84, 161
von Schlebrügge, Leutnant: 173
Schmidt: 245, 268
Schneider: 268
Schnepper: 268
Schönermark, Leutnant: 51, 53
von Schwartzkoppen, Oberſt: 83, 113, 118, 143, 145, 146, 149—154, 157, 167, 168, 170, 175, 195, 196, 199, 213, 255, 292
Schweinitz, Graf: 202, 268
von Schweinitz, Hauptmann: 54
Schubert, Gewerkſchaftsſekretär: 248
Schuſter, Oberſt: 176, 268
Szeptycki, poln. Diviſionsführer: 317
von Seeckt, General, Chef der Heeresleitung: 157, 169, 195, 227, 256
Semdorf: 268
Serra Ogno, apoſtoliſcher Kommiſſar: 110, 142
Severing, preuß. Miniſter des Innern: 29, 361
Sforza, ital. Außenminiſter: 98, 139, 352
Siebringhaus, Bat.-Führer: 115, 161, 162, 223, 268
Siemen: 268
von Simon, Major: 49
Simons, Miniſter des Auswärtigen: 95
von Sommerfeld, Major: 50
Spieker, Kommiſſar für die öffentliche Ordnung in O.S.: 83
Splettſtößer, Major: 50
Springer, Komp.-Führer: 224
von Stablewſki, Erzbiſchof: 4
Strachwitz, Graf, Rittmeiſter: 161, 163, 242
Streit: 115
Stuart, engl. Kommiſſar bei der I.K.: 200, 236, 278, 285, 318, 319, 349

Tebbe, Ingenieur: 246
Thienel, Rechtsanwalt: 83, 205, 248, 308
Traumann, Hauptmann: 50
Tüllmann, Oberſtleutnant: 34, 38, 41, 54, 55

Ulitz: 128
Ulitzka, Pfarrer: 197, 248, 278, 279, 281, 284, 285, 295, 314, 344
Urbanek, deutſcher Plebiſzitkommiſſar: 71, 82, 88, 103, 126, 128, 248

Vater, Buchdruckereibeſitzer: 88
von Verſen, Oberſt: 26, 52
Voigt, Soldatenrat beim Generalkommando VI. A.-K.: 22

von Waldow: 268
Wanchope, engl. Oberſt: 211, 212
von Watzdorf: 171, 242, 243, 268
Weidemann: 268
Weimer, Hauptmann: 50
Wellenkamp, Landrat: 314
Wendorf: 268
Wenzel, Hauptmann: 51
Werner: 267
Werner, Direktor: 127
Weſtram, Bürgermeiſter: 314

Widdendorf: 56
von Wiedner, Major: 149, 150, 176
Wild, Amtsgerichtsrat, Major d. Reſ.: 117, 242, 243, 268
Williger, Geh. Bergrat: 24, 43, 126, 127, 144
Wilſon, nordamerik. Präſident: 30, 31, 32, 61, 63
Winkler, Ingenieur: 246
von Winkler: 161, 171, 242, 268
von Winterfeld, Hauptmann: 49
Wirth, Reichskanzler: 118, 123, 147, 247, 319, 338, 345, 360, 361, 369
Wolf: 268
Wolff: 268
von Woyrſch, Leutnant: 79

von Ziegler, Major: 51, 53
Zielinſki, poln. Diviſionsführer: 317
Zimmer, Oberpräſident: 144
Zumbruch, Leutnant: 50, 51, 53
Zyle, Inſurgentenführer: 316

Feldherren-Erinnerungen

Meine Führertätigkeit im Weltkrieg
Belgien — Osten — Balkan

Von Max von Gallwitz, General der Artillerie. 540 Seiten. Mit Titelbild und 36 Textskizzen. RM 11,70, in Ganzleinen RM 13,95.

Erleben im Westen 1916—1918

Von Max von Gallwitz, General der Artillerie. 540 Seiten mit 2 farbigen Karten. RM 12,50, in Ganzleinen RM 14,50.

Zwei Werke, die in der Geschichtsforschung und Geschichtsdarstellung der Kriegszeit nicht mehr entbehrt werden können. Diese „Betrachtungen" des Verfassers wie seine Darstellung des persönlichen Erlebens — in der Form objektiv und vornehm, aber bezüglich des Geschehens und der persönlichen Entschlüsse unbestechlich, klar und deutlich — machen die Lektüre in ganz besonderem Maße zu einem hohen geistigen Genuß. (Wehr und Waffen.)

Friedrich von Bernhardi

Denkwürdigkeiten aus meinem Leben. Nach gleichzeitigen Aufzeichnungen und im Lichte der Erinnerung. RM 13,50, in Ganzleinen RM 16,20.

Darin liegt der Reiz des Buches, daß hier ein Mann, der im öffentlichen Leben der Vorkriegszeit, besonders durch seine epochemachenden Werke über die Stellung Deutschlands im Zukunftskriege eine bedeutsame Rolle spielte, sich freimütig zu seiner politischen Auffassung der Geschichte der vergangenen Jahrzehnte bekennt.

Generalfeldmarschall
Colmar Freiherr von der Goltz

Denkwürdigkeiten. Bearbeitet und herausgegeben von Friedrich Freiherr von der Goltz, Oberst a. D., und Wolfgang Foerster, Direktor der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Oberstlt. a. D. Zweite Aufl. Mit Bildnis und 6 Skizzen. RM 7,50, in Ganzleinen RM 9,—.

Feldmarschall von der Goltz, einer der edelsten Toten des Weltkrieges! Seine Denkwürdigkeiten zugleich sein Denkmal und eins der wertvollsten Bücher über die Zeitgeschichte.

Verlag E. S. Mittler & Sohn . Berlin

Bücher über den Weltkrieg

In Stahlgewittern

Ein Kriegstagebuch

126. bis 150. Tauſend. 18., durchgeſehene Auflage. Kartoniert RM 4,–, in Ganzleinen RM 5,50.

Jüngers berühmtes Kriegstagebuch, das ſeinerzeit die lange Reihe der Kriegserlebwerke eröffnete und dieſe zumeiſt an heroiſcher Haltung preußiſch-traditioneller Pflichterfüllung übertraf und überdauerte, legt der Verlag in erneut durchgeſehener Auflage vor. Die ſtählerne Sachlichkeit des modernen Krieges wird in dieſem geſchichtlichen Dokument offenbar, das Generationen leſen werden und leſen müſſen, weil ſich in ihm deutſches Heldentum in wahrhaft klaſſiſcher Darſtellung manifeſtiert.

(Blätter für Bücherfreunde.)

Das Wäldchen 125

Eine Chronik aus den Grabenkämpfen 1918

17. bis 21. Tauſend. 6., durchgeſehene Auflage. Kartoniert RM 3,60, in Ganzleinen RM 4,80.

Es iſt rein literariſch genommen vielleicht das beſte Buch, das in Deutſchland in den letzten Jahren geſchrieben wurde, denn an ihm iſt nichts von Ehrgeiz und Mache. Alles an ihm iſt einfach und ſcharf, von der Deutlichkeit meiſterlicher Bildniſſe. In vier oder fünf Jahren gären Erlebniſſe aus; das Zufällige und Bedingte, die Trübe ſchlägt ſich am Boden nieder, der feurige Reſt bleibt in goldener Klarheit: So auch dies Tagebuch, das Wahrheit und Dichtung iſt. Wir haben eines der wenigen Kunſtwerke vor uns, die der Krieg als elementares Geſchehnis, als Schickſal, als Wille Gottes den Deutſchen hinterlaſſen hat. (Münch. Neueſte Nachrichten.)

Deutſche Kampfwagen greifen an!

Erlebniſſe eines Kampfwagenführers an der Weſtfront 1918. Von Major Ernſt Volckheim

Mit einem Geleitwort des Generals der Panzertruppen Lutz. Mit 19 Abbildungen auf Tafeln. Kartoniert RM 2,80, Ganzleinen RM 3,80.

In dieſem erſten Kriegsbuch über Kampfwagen, das das erſte Buch über Kampferleben im Kampfwagen überhaupt iſt, erzählt uns der bekannte Verfaſſer von den Angriffsfahrten deutſcher Kampfwagen im Weltkriege, wie ſie der Führer eines ſolchen deutſchen Kampfwagens ſah und mit ſeiner Beſatzung erlebte.

U-Boote Weſtwärts

Meine Fahrten um England 1914—1918

Von Ernſt Hashagen. Neue Auflage. 31. bis 40. Tauſend. Mit 22 Abbildungen, 2 Karten und 7 Zeichnungen des Verfaſſers. Kartoniert RM 3,–, Ganzleinen RM 4,–.

Dieſes wundervolle Buch, das Denkmal unvergeßlicher deutſcher U-Boot-Heldentaten, das ſeit Jahren zahlloſe Deutſche mit Stolz und Begeiſterung erfüllte, erſcheint ſoeben in neuer und verbilligter Ausgabe. Es wird jetzt, da es wieder deutſche U-Boote gibt, erſt recht zahlreiche weitere Freunde, beſonders unter unſerer Jugend finden.

Ich lege Ihr Buch aus der Hand und mir iſt zu Mut, als hätte mir jemand ein köſtliches Geſchenk gemacht. (Admiral Köthner.)

Verlag E. S. Mittler & Sohn . Berlin

Die amtlichen Dokumente über die Freikorpskämpfe

Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen Deutscher Truppen und Freikorps 1918—1923

Bearbeitet im Auftrage des Reichskriegsministeriums von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Erste Reihe: Die Kämpfe des deutschen Ostheeres auf russischem und ehemals russischem Gebiete.

I. Band: Die Rückführung des Ostheeres. Mit einem Geleitwort des Reichskriegsministers, Generalfeldmarschall von Blomberg, und einer Einführung vom Chef des Generalstabes des Heeres, General der Artillerie Beck. Mit 3 Karten und 4 Skizzen. Geheftet RM 2,80, in Ganzleinen RM 3,55.

II. Band: Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga. (Januar bis Mai 1919). Mit einem Geleitwort des Reichskriegsministers, Generalfeldmarschall von Blomberg, und einer Einführung des Chefs des Generalstabes, General der Artillerie Beck. Mit 12 Karten und Skizzen und 19 Abbildungen auf Tafeln. Geheftet RM 3,25, in Ganzleinen RM 4,—. Vorzugspreis für Besteller der ersten Reihe von 3 Bänden geheftet RM 2,65, in Ganzleinen RM 3,20.

III. Band: Der Ausgang des Baltikum-Unternehmens. (Erscheint im Laufe des Jahres 1937.)

Dieses Unternehmen kann nur wärmstens begrüßt werden, denn hier wird endlich auf Grund authentischer Dokumente eine Darstellung der Taten jener deutschen Männer gegeben, die nach dem vierjährigen Ringen des Weltkrieges die Waffen nicht aus der Hand legten, sondern an Plätzen fochten, wo der Einsatz bei der zerbrochenen Heimat aussichtslos war, aber einmal eine leidlich geordnete Rückführung des noch im Osten stehenden Heeres ermöglichte und zum andern schwere Gefahren vom Vaterland und den deutschen Grenzen abwehrte. (Deutsche Rundschau.)

Verlag E. S. Mittler & Sohn . Berlin

Feldherren-Erinnerungen

Kronprinz Wilhelm

Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf. Zweite Auflage. Mit Bildnis, 4 Kartenbeilagen und 13 Skizzen im Text. In Ganzleinen RM 3,75.

Das Kronprinzenbuch verdient eine ungewöhnliche Beachtung, es bietet eine übersichtliche, durchaus sachkundige und nirgends langatmige Schilderung der Kämpfe eines großen Teils des deutschen Heeres im Westen. In weitestem Sinne kann dieses Werk eine aus ehrlichstem Herzen kommende Gabe an das ganze deutsche Volk genannt werden. (Wissen und Wehr.)

Kronprinz Rupprecht von Bayern

Mein Kriegstagebuch. Herausgegeben von Eugen von Frauenholz. Drei Bände. 1425 Seiten, mit mehreren Bildern und Skizzen. In Ganzleinen RM 40,—.

Der Kronprinz hat während des ganzen Krieges ein ausführliches Tagebuch geführt. Der Leser hat daher nicht die Darstellung des Ablaufes des Krieges vor sich, wie sie sich aus der späteren Erkenntnis ergibt, sondern er bekommt vielmehr hier einen Einblick in das Entstehen der Entschlüsse unter den schwierigen und unklaren Verhältnissen des kriegerischen Ernstfalles.

Erich Ludendorff

Meine Kriegserinnerungen 1914 bis 1918. Neunte, durchgesehene Auflage. Mit 10 Karten und 46 Skizzen. In Halbleinen RM 21,60. Neue Volksausgabe in Ganzleinen RM 3,—.

Schlicht, einfach, männlich wird Ludendorffs Buch zu einem gewaltigen Bild der ungeheuren Leistung, die dieser Mann vollbracht hat, der die Seele der ungeheuren Kriegskräfte Deutschlands und seiner Verbündeten wird. Ein Soldat von gewaltigem Ausmaß und von um so genialer Leistung, wenn man bedenkt, daß er fast immer genötigt war, gegenüber dem zahlenmäßig überlegenen Gegner mit seinen Kräften zu rechnen und hauszuhalten.

Erich v. Falkenhayn

Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen. Mit 12 Karten und vielen Skizzen. In Halbleinen RM 9,—.

Ein ungeheures Weltgeschehen, von oberster Warte gesehen, liegt in dem Falkenhaynschen Buche. Sein Buch wird mit seiner Schilderung deutscher Kraft und Kriegskunst in der Bücherei eines jeden Deutschen enthalten sein müssen.

(Schlesische Zeitung.)

Verlag E. S. Mittler & Sohn . Berlin

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu
897 Ś
001-000897-00-0